Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik 1965-1975.
Untersuchung zur Problematik sozialdemokratischer Reformpolitik am Beispiel Westberlins

---

INAUGURAL - DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität
Berlin

vorgelegt von

Matthias Pfüller

aus Chemnitz / Sa.

1977

UNIV.
LISLIOTH
MAIL

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549607_0091

Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik 1965 - 1975. Untersuchung zur Problematik sozialdemokratischer Reformpolitik am Beispiel Westberlins

---

I N A U G U R A L - D I S S E R T A T I O N

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität
Berlin

vorgelegt von

Matthias Pfüller

aus Chemnitz/Sa.

Tag der mündlichen Prüfung: 12. 8. 1977
Tag der Promotion: 22. 8. 1977

Meinen Eltern; insbesondere meinem Vater, gest. am 6. 8. 1977

Berichterstatter: Prof. Dr. W.-D. Narr, FU Berlin
Prof. Dr. D. Haensch, TU Hannover

INHALTSÜBERSICHT

Einleitung

Jugendpolitik als Teilbereich der Sozialpolitik - Der Beitrag der Jugendsoziologie und der Sozialpädagogik zur Klärung der Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik 1

1.0 Vorbemerkung 1

1.1 Der Beitrag der Jugendsoziologie 2

1.2 Der Beitrag der Sozialpädagogik 16

1.3 Zusammenfassung und Präzisierung der Problemstellung 29

Jugend und Jugendpolitik - Theoretische Bestimmung und praktische Probleme 32a

2.0 Vorbemerkung 32a

2.0.1 Exkurs: "Bürgerliche" und "marxistische" Jugendforschung 32b

2.1 Das Problem einer allgemeinen Bestimmung der Jugendphase 33

2.2 Zur Bedeutung der Qualifikation für die Jugendlichen und die staatliche Jugendpolitik 42

2.3 Tendenzen einer zunehmenden Vergesellschaftung des Lebenszusammenhangs der Jugendlichen 55

2.4 Reformismus, sozialdemokratische Reform und Jugendpolitik 71

2.5 Zusammenfassung 79

Charakteristika und Widersprüchlichkeit der Jugendpolitik des Senats von Berlin von 1965 bis 1975 81

3.1 Einleitung 81

3.2 Schwerpunkte der Jugendpolitik 1965 bis 1974 89

3.3 Aktuelle Strukturprobleme der Jugendpolitik in Berlin 133

Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik 155

4.0 Vorbemerkung 155

4.1 Bisherige Ergebnisse 156

4.2 Die Funktion staatlicher Jugendpolitik 160

4.3 Der Wandel der staatlichen Jugendpolitik 167

4.4 Aktuelle Probleme der staatlichen Jugendpolitik 175

4.5 Zusammenfassung und Schluß 183

Anmerkungen zu Kapitel 1 186

Anmerkungen zu Kapitel 2 (mit Exkurs) 201

Anmerkungen zu Kapitel 3 277

Anmerkungen zu Kapitel 4 315

Anhang 316

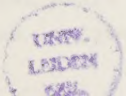
Literaturverzeichnis 362

E i n l e i t u n g

Die vorliegende Arbeit enstand in der Absicht, Erfahrungen kritisch auszuwerten, die ich selbst in der knappen Zeit sammeln konnte, in der ich neben meiner Tätigkeit als Assistent an der Hochschule vor allem im Bereich der behördlichen Jugendpflege an verschiedenen Formen der Jugendarbeit beteiligt war. Mein Interesse galt vor allem zwei Aspekten: einmal der Kritik an einer Jugendarbeit un Jugendsoziologie, die nur an einem ohnehin privilegierten Teil der Jugendlichen orientiert waren; zum anderen aber auch der Kritik an einer "antikapitalistischen Jugendarbeit", deren Ergebnis es eher zu sein schien, bei den Jugendlichen Frustrationen und politische Apathie eintreten zu lassen.

Die völlige Veränderung der jugendpolitischen Szenerie durch die strukturelle Jugendarbeitslosigkeit läßt nicht nur dieses Interesse, sondern den ganzen Zeitraum von 1965 bis etwa 1975, dem die Untersuchung gilt, als überholt und abgeschlossen erscheinen - was soll heute noch die Polemik über die Zielsetzung selbstverwalteter Jugendzentren, wenn die Zielsetzung vor dem Hintergrund eines großen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche stand? Wäre es nicht realistischer, in Anbetracht der ökonomischen und politischen Verhältnisse von heute all die "Utopien" von Selbstverwaltung und Autonomie in der Ablage ruhen zu lassen?

Diese Auffassung, die den gegenwärtigen "Notstand" als eine neue Qualität begreift, die alle bisherige Argumentation notwendig abschneidet, gibt ein mühsam genug erreichtes allgemeines Einverständnis über die Notwendigkeit von Reformen in der staatlichen Jugendarbeit ungerechtfertigt und zu rasch auf. Wer so verfährt, vergißt, daß es die gleichen Behörden sind, die weiterarbeiten, übersieht die Möglichkeit, neue Ansätze auch unter veränderten Verhältnissen nutzbar zu machen, und beugt sich dem politischen Druck, der Unterordnung und Anpassung verlangt. -
Es war mir nicht möglich, die Arbeit so umzuschreiben, daß



sie direkt gegen solche Tendenzen nutzbar wäre. Trotzdem läßt, wie ich hoffe, die Diskussion dieser zehn Jahre jugendpolitischer Entwicklungen und Auseinandersetzungen erkennen, welche progressiven Ansätze gegen formierende Tendenzen gehalten werden können und müssen. Darin ist die Arbeit von einer nur historischen Darstellung unterschieden; darin liegt ihr Gebrauchswert für die, die heute im jugendpolitischen Bereich arbeiten. Deshalb ist sie aber auch etwas "sperrig" gegenüber einem politischen Verfahren, das nur auf ökonomische "harte Fakten", d.h. auf Zwänge reagiert und nur das "Machbare" als Kriterium anerkennt.

Dem eingangs formulierten Interesse folgend habe ich mich zuerst darauf konzentriert, die jugendsoziologischen und sozialpädagogischen Theorien daraufhin zu überprüfen, ob sie für den politischen Alltag im Jugendfreizeitheim, beim Bildungsurlaub usw. in dem Sinne nützlich sind, daß sie eine Beurteilung der Richtung, der Begründung und der Konsequenzen staatlichen jugendpolitischen Handelns ermöglichen. Dazu habe ich vor allem die gegenwärtig "gängigen" Lehrbücher, Reader usw. herangezogen; Stichproben in anderen hier nicht berücksichtigten bzw. erst in letzter Zeit erschienenen Publikationen zeigen, daß der Überblick zwar nicht vollständig, aber durchaus repräsentativ ist.

Die Tatsache, daß es bis heute keine Theorie der Jugendpolitik gibt, hat es notwendig gemacht, die wichtigsten Bestimmungsfaktoren und Probleme wenigstens in einem zusammenfassenden Überblick darzustellen, um zu klären, was "Jugend" und "staatliche Jugendpolitik" heute sind. Die vorliegenden Monographien sind entweder zu speziell (wie beispielsweise die Untersuchungen zum Qualifikationsproble oder auf einen zu engen Begriff von Jugendpolitik beschränkt (beispielsweise dann, wenn sie lediglich die Politik des "zuständigen" Ressorts beschreiben). Ich habe versucht, in einem vertretbaren Maß über die Spezialisierungen und Beschränkungen hinauszugehen; allerdings wäre es zu hoch gegriffen, einen neuen, vollständigen theoretischen Bezugsrahmen zu erwarten, der die disparaten Probleme um-

schließt. Das war und ist schon deshalb nicht möglich, weil der Problembereich "Jugend" psychologische ebenso wie juristische, ökonomische ebenso wie soziokulturelle Aspekte umfaßt. Soviel interdisziplinäre Integration könnte nur eine Kollektivarbeit leisten - es geht also nicht mehr um individuellen Fleiß; noch andere, zweifellos auch relevante Aspekte zu berücksichtigen, hätte zum schlechten Dilettieren gezwungen.

Die Untersuchung der staatlichen Jugendpolitik in Berlin dient der Konkretisierung des Versuchs, einen umfassenderen Begriff von Jugendpolitik zu entwickeln. Das konnte nur punktuell geschehen; es geht weder darum, eine vollständige Geschichte der politischen Anstrengungen zu schreiben, noch darum, jede einzelne, vorher erarbeitete allgemeine Aussage in der politischen Realität der Stadt nachzuweisen. Die exemplarische Darstellung kann aber beanspruchen, als repräsentativ zu gelten.

Abschließend wird in kurzer, thesenhafter Form zusammengefaßt, was als "Funktion und Wandel" der Jugendpolitik, die der Staat betreibt, verstanden werden soll.

Soweit als möglich und vertretbar habe ich versucht, in der Arbeit die ermittelten Ergebnisse und die Belege voneinander zu trennen. Teilweise hat das dazu geführt, daß der Anmerkungsapparat umfangreicher als der Textteil wurde; im Interesse der Lesbarkeit habe ich das für gerechtfertigt gehalten.
Bereits vielfach andernorts entwickelte Ableitungen habe ich gelegentlich als bekannt vorausgesetzt oder auf Texte verwiesen, in denen solche Ableitungen exemplarisch ausführlich entwickelt sind.

In meiner Arbeit bin ich der "marxistischen Jugendforschung" verpflichtet; in ebenso hohem Maße aber auch dem Diskussionsprozeß im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, an dem ich seit 1965 teilgenommen habe.

Die fortwährende Auseinandersetzung mit nicht marxistischen ebenso wie mit den marxistischen Kollegen über Fragen des Staates, der Sozialpolitik und der Gesellschafts- bzw. Klassenanalyse ist ein Hintergrund, den ich nicht immer besonders belegen oder herausarbeiten konnte. Ohne diese z.T. kontroversen Diskussionen wäre es mir nicht möglich gewesen, die Arbeit so zu konzipieren und zu schreiben, wie sie vorliegt. Die konkrete Bedeutung, die dieser Einfluß für einzelne Fragen des methodischen Vorgehens gehabt hat, habe ich jeweils am betreffenden Ort benannt und begründet. Allgemein möchte ich vorab betonen, daß der Kollektivcharakter von Diskussion und Kooperation nicht die Individualleistung (beispielsweise dieser Arbeit) beeinträchtigt, sondern daß es sich gerade umgekehrt verhält: es wäre produktiver und damit sinnvoller gewesen, das Thema kollektiv zu erarbeiten. Die Schwächen, die die Arbeit aufweist, hätten weitgehend vermieden werden können.

Diese Einschränkung und die während der ganzen Arbeitszeit erhaltene Absicht, den Fachkollegen, den Kollegen "in der Praxis" und den Studenten klärende, unterstützende und zur Kritik anregende Argumente für ihre Alltagsarbeit zu geben, haben die Dissertation entscheidend geprägt; dieser Hinweis scheint mir für die Einordnung, Lektüre und kritische Diskussion der Arbeit notwendig.

1. JUGENDPOLITIK ALS TEILBEREICH DER SOZIALPOLITIK

1. 0. Vorbemerkung

Ein erster Überblick über die wissenschaftliche Literatur zum Thema Jugendpolitik zeigt, daß diese Fragestellung bis heute zusammenhängend nicht diskutiert worden ist. Es sind hauptsächlich zwei Mängel, die die Literatur kennzeichnen:

(a) In der im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen Literatur, also besonders in der jugendsoziologischen Literatur und in den Publikationen zur Grundlegung und/oder Soziologie der Sozialpädagogik wird die jugendpolitische Aktivität des Staates meist gar nicht thematisiert oder nur sehr marginal abgehandelt. Dementsprechend fehlen auch Aussagen über den Staat, die über die bloße Feststellung hinausgingen, er sei eine Sozialisationsinstanz neben anderen.

(b) Die Publikationen, die sich von einem sozialwissenschaftlichen Ansatz her - zumeist unter sozialpädagogischem Aspekt - mit der staatlichen Aktivität auseinandersetzen, tun dies in der Regel eher programmatisch als analytisch. Anstelle eines gemeinsamen oder vergleichbaren Ansatzes ist sowohl eine Aufsplitterung auf sehr unterschiedliche Wissenschaftsbereiche wie auch eine nur wenig explizierte Interdisplinarität zu registrieren.

Dieses Resultat der Rezeption der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur - sie bildet den ersten Schwerpunkt dieses Kapitels - löst nicht nur Überraschung aus, es stellt vielmehr die Herausforderung dafür dar, Qualität und Relevanz staatlicher Jugendpolitik genauer zu untersuchen.

Diese Untersuchung stützt sich auf die Annahme, daß die jugendpolitische Aktivität des Staates als Teil der gesamten staatlichen sozialpolitischen Tätigkeit verstanden werden muß und von entscheidender Bedeutung für die Situation der Jugend in der Bundesrepublik ist. Darüber hinaus wird die Annahme vertreten, daß eine Analyse der staatlichen Jugendpolitik in relevantem Ausmaß dazu beitragen kann, die verstreuten,qualitativ teilweise sehr unterschiedlichen und

heterogenen sozialwissenschaftlichen Aussagen unter einem übergreifenden Aspekt zusammenzufassen, zu ordnen und zu werten. Die Begründung einer solchen Analyse und ihre allgemeine Entwicklung bilden den zweiten Schwerpunkt dieses Kapitels.
Es ist leicht einzusehen, daß eine Untersuchung der gesamten sozialwissenschaftlichen Literatur zum Thema Jugendpolitik über den Zeitraum der letzten dreißig Jahre jeden vernünftigen Rahmen einer Untersuchung zu dieser Fragestellung überschreiten müßte. Die zeitliche Beschränkung auf den Zeitraum 1965 - 1975 folgt aber nicht nur technischen Erwägungen. Die Diskussion über die Notwendigkeit von Reformen im Bereich staatlicher Jugendpolitik und die Reform-Ansätze und -Versuche in diesen zehn Jahren haben eine neue Phase staatlicher Tätigkeit eingeleitet.
Die Begründung dieser Auffassung und der Versuch einer allgemeinen Darstellung und Analyse der behaupteten neuen Qualität der Staatstätigkeit bilden den dritten Schwerpunkt des Kapite
Die aus diesen drei Untersuchungsbereichen heraus entwickelten Arbeitshypothesen sind schließlich der Ausgangspunkt für die weitere, detailliertere Darstellung in den folgenden Kapiteln der Arbeit.

Der Beitrag der Jugendsoziologie und der Sozialpädagogi zur Klärung der Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik

1.1 Der Beitrag der Jugendsoziologie

Aus dem breiten Bereich der jugendsoziologischen Diskussion i den vergangenen zehn Jahren[1)] sind einige Fragenkomplexe für unser Thema von besonderem Interesse: der Begriff "Jugend" selbst; das Verhältnis Jugend - Staat; Jugend und sozialer Wandel; Generationen und Generationskonflikt, Jugendkultur. (Das allzu unscharfe Begriffspaar "Jugend und Gesellschaft" bleibt außer acht; in diesem Zusammenhang relevante Fragen werden in den Problemkreisen Jugend - Staat sowie Jugend und sozialer Wandel erörtert).

Bei den vorgetragenen Definitionen zum Begriff der Jugend fällt zunächst auf, daß die soziologische Jugendforschung zwar eine Reihe verschiedener Definitionsansätze diskutiert, sich aber auf keine einheitliche Definition einigen kann. Friedhelm Neidhardts Aufsatz "Bezugspunkte einer soziologischen Theorie der Jugend"[2] kann hier ohne weiteres als pars pro toto ausgewertet werden.[3]

Von Bedeutung ist dabei, daß Neidhardt als Resultat zusammenfassender Wertungen biologischer, psychologischer, anthropologischer, sozialer und schichtenspezifischer Aspekte vorträgt:

> "Aus diesem Sachverhalt läßt sich auf die anhaltende Schichtenspezifität der Kategorie Jugend schließen. Sie ist stark überproportional mit Aspiranten mittlerer und hoher Berufsschichten besetzt. Da diese selbst überproportional aus Familien mittlerer und oberer Schichten stammen, läßt sich auch heute (und für absehbare Zeit) sagen, daß Jugend in einem zwar abnehmenden, aber immer noch beträchtlichen Maße eine Einrichtung ist, mit der die mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft sich selbst aus ihrem eigenen Nachwuchs rekrutieren".[4]

Obwohl diese Begriffsbestimmung "Jugend" de facto auf Oberschüler und Studenten reduziert, folgen die meisten anderen Autoren dieser Einschränkung; die Differenzen, die zwischen den Jugendsoziologen ausgetragen werden, beziehen sich daher ganz überwiegend auf Aspekte, die diese relativ kleine Gruppe unter den 14 - 25jährigen aufweist.[5]

Bevor die Implikationen dieser doch erheblichen Begriffsreduktion zur Debatte stehen, sollen- wie eingangs angemerkt - einige dieser Aspekte auch unter dem Gesichtspunkt vorgestellt werden, ob nicht auch in ihnen die Reduktion bemerkbar ist und die Aussagekraft beeinträchtigt, die ihnen sonst in der jugendsoziologischen Diskussion beigemessen wird.

Im Hinblick auf den ersten hier zu diskutierenden Aspekt- den einer jugendlichen T e i l - oder S u b k u l t u r- bemerkt schon C. Wolfgang Müller in kritischem Hinweis auf ihren Ursprung, daß die amerikanische Jugendsoziologie damit ein eindeutig schichtenspezifisches Phänomen beschrieben habe.[6] Bekanntlich hat Tenbruck Anfang der sechziger Jahre[7] diese Auffassung nicht nur abgelehnt, sondern weit darüber hinausgehend behauptet:

> "Das Minimalerfordernis für eine soziale Gruppe ist normalerweise dasjenige Maß von direkten und indirekten Verbindungen zwischen ihren Mitgliedern, das ihnen ein Bewußtsein ihrer Gemeinsamkeit und damit gemeinsames Handeln erlaubt. Zur sozialen Gruppe im weiten Sinn ist also kein wirklicher und direkter Kontakt zwischen allen Mitgliedern erforderlich. So sind auch die großen Gebilde der sozialen Schichtung wie Stand, Kaste, Klasse in diesem Sinne durchaus soziale Gruppen, obgleich in ihnen kein durchgehender direkter Kontakt besteht, der immer nur wenige verbindet. (....)
> In diesem Sinne ist die Jugend eine soziale Gruppe".(8

Darüber hinaus - und hier nähert sich Tenbruck scheinbar unser Thema - befördert er die Jugend, nachdem er sie in den Rang einer eigenen "Klasse" erhoben hat, auf die Ebene pluralistischer Interessenpolitik:

> "Die Jugend avanciert zu einer Interessengruppe, die sich der informellen Mittel der Interessenpolitik bedienen wie auch eigene Organisationen mit Apparat und Funktionären zu diesem Zweck ausbilden darf".

Bis zum Ende der sechziger Jahre ist diese Auffassung weiter v treten worden; bis heute wird die Diskussion in jugendsoziologischen Standardwerken, vor allem aber in Beiträgen zur Frage "Aufstand der Jugend ?" fortgeführt.[10]

In unserem Kontext interessiert an der Ablehnung, die die Glei setzung von Jugend und Klasse weithin gefunden hat, ein Argument besonders, in das sich - selten genug - Kritiker des Marxismus mit orthodoxen Marxisten teilen. Kreutz urteilt in seiner "Soziologie der Jugend":

> "Mit einiger Vorsicht läßt sich die Hypothese vertreten, daß ein nennenswerter Teil der Bevölkerung, allen voran das unternehmerische Bürgertum, ein Modell von Jugend entwickelt hat, das durch relative Autonomie und indirekte Kontrolle gekennzeichnet ist. Wie weiter oben bereits kurz ausgeführt, wird eine relative Eigenständigkeit der Jugend nicht nur toleriert, sondern gefördert. Die so entstehende 'Jugendkultur' übernimmt eine Reihe von selbstregulierenden Funktionen, die für die Erwachsenengesellschaft äußerst ökonomisch sind, da sie von zeitraubender Kontrolle und Anweisungstätigkeiten entbinden". (11)

Igor Kohn führt diese Kritik - ganz im Sinne von Kreutz ! [12] i

> "Se si riducono i problemi dei giovani agli ele-

> menti specifici della subcultura che è loro propria, la si vuota del suo contenuto, si ruduce tutto ai particolari bisogni del giovane consumatore. Ma questi bisogni non appaiono spontaneamente, essi sono creati dalla società circostante. (...) Rudurre il movimento dei giovani alla 'controcultura', quali che siano le intentioni, significa oggettivamente limitarlo a cose relativamente anodine. (...) È caratteristico che il movimento dei giovani sia meno politicizzato proprio là dove la 'controcultura della gioventù' è maggiormente sviluppata, dove la società ufficiale la accetta maggiormente (Inghilterra, Svezia).(... Una tale pratica riduce la possibilità di seri conflitti provocati da cause particolari. Ed è proprio ciò di cui hanno bisogno i gruppi dirigenti". (13)

Der Argumentationsgang zu diesem "Verwertungszusammenhang selbst, in dem das ganze Freiluftlaboratorium 'Jugendkultur' steht" (Kreut 14), ist deshalb so ausführlich zitiert worden, weil hier an einem Punkt wenigstens die Jugend als Objekt erscheint, und zwar als Objekt sowohl ökonomischer wie auch politischer Interesse Und: hier wird über a l l e Jugendlichen gesprochen - nicht nur über eine kleine Gruppe.

Bereits dieses Beispiel scheint die Folgerung nahezulegen, die jugendsoziologische Diskussion beschränke sich weitgehend auf nur eine bestimmte Gruppe Jugendlicher, neige aber dazu, die Ergebnisse der Untersuchungen dieser Gruppe zu generalisieren; und: die Theorienbildung verdecke vielfach eher soziale, ökonomische und politische Bezüge und Abhängigkeiten. Um diese Vermutung, die immerhin in einen massiven Vorwurf münden würde, besser abzustützen, steht das G e n e r a t i o n s p r o b l e m im Mittelpunkt einer zweiten Stichproben-Überprüfung der Aspekte, die in den vergangenen zehn Jahren Gegenstand ausführlicher Analysen und Debatten waren - betrieben immerhin in der Absicht, die "Jugendrevolte" Ende der sechziger Jahre zu erklären.

Bereits die Konzeption des Generationsbegriffs bei Karl Mannheim weist zwei Grundtendenzen auf, die in ähnlicher Art bei Tenbrucks Konstruktion einer jugendlichen Teilkultur bestimmend sind: die Nähe zum Begriff der Klasse- und gleichzeitig die Abkehr vom Klassenbegriff. Mannheim hatte geschrieben:

> "Sprechen wir also von 'konkreter Gruppe', wenn entweder gewachsene oder gestiftete Bindungen Individuen zu einer Gruppe vereinigen, so ist der Generationszusammenhang ein Miteinander von Indi-

> viduen, in dem man zwar auch durch etwas verbunden ist; aber aus dieser Verbundenheit ergibt sich zunächst noch keine konkrete Gruppe. Dennoch ist der Generationszusammenhang ein soziales Phänomen, dessen Eigenart beschrieben und erfaßt werden muß. Vielleicht verhilft uns zur Klärung die Heranziehung einer ganz anders gearteten sozialen Kategorie, die zwar inhaltlich vom Generationszusammenhang grundverschieden ist, in bestimmten strukturellen Grundtatsachen aber eine Ähnlichkeit aufweist: wir denken an das Phänomen der K l a s s e n l a g e". (15)

Die Generationslage und -zugehörigkeit wird allerdings keineswegs allein vom Geburtsdatum bestimmt, sondern wesentlich von der "Erlebnisschichtung" ergänzt. Gerade an diesem Punkt setzt Schelsky kritisch korrigierend mit seiner Auffassung an, es gebe im wesentlichen drei Schichten der gesellschaftlichen Einwirkung auf die Jugend: die Schicht der "sozialen Grundgebilde oder Strukturen", die "epochale Sozialstruktur" und die "zeitgeschichtlich-politischer Situation der Gesellschaft."[16] Während er für undifferenzierte Gesellschaften die Möglichkeit einer Koinzidenz von Generation und Klasse zugesteht und für die vorindustrielle, ständische Gesellschaft ein Überwiegen der Klassentrennungen und -interessen postuliert, behauptet er für die moderne Industriegesellschaft sowohl eine Klassennivellierung wie auch eine Generationsnivellierung des sozialen Verhaltens. Diese Entwicklung habe zur Herausbildung von Rollen geführt, eine davon sei die "Jugendrolle". Diese Rolle werde von der zeitgeschichtlich-politischen Situation, in der die Gesellschaft sich befinde, geprägt (für die Jahrhundertmitte konstatiert er eben die Rollenprägung der "skeptischen Generation").

Uns interessiert dabei weniger, daß Schelsky zufolge auch Nicht-Jugendliche die Jugend-Rolle übernehmen können, als vielmehr, daß Jugendliche, die sich in einem "Übergang zwischen zwei sozialen Verhaltenshorizonten, die weitgehend gegensätzlich strukturiert sind", befinden, ein verständliches "Bedürfnis nach Verhaltenssicherheit" entwickeln; daraus erklärt sich die Bedeutung von Gleichaltrigen-Gruppen gerade für die Jugendlichen.

An diesem Punkt wiederum trifft sich die deutsche Jugendsoziologische Diskussion mit der amerikanischen, insbesondere mit den Resultaten, die Eisenstadt- auf der Grundlage der von

Talcott Parsons entwickelten analytischen Methode- vor allem in "Von Generation zu Generation" vorgelegt hat. - Auf der einen Seite ist hier wieder der Zusammenhang mit der eben behandelten problematischen "Teilkultur"-Konzeption gegeben, wie Friedeburg feststellt:

> "Diese Hypothese führt in das Zentrum einer der wichtigsten Kontroversen der modernen Jugendforschung. Zur Diskussion steht, wie weit sich die formalen und informellen Gruppen gleichaltriger Jugendlicher- die 'peer groups' in der amerikanischen Terminologie - zu einer Teilkultur der Gesellschaft, einer eigenständigen Jugendwelt, vereinen und verfestigen". (17)

Auf der anderen Seite berührt die Diskussion hier schon die weiterführende Frage, inwieweit zwischen Generationsfolge und -konflikt einerseits und sozialem Wandel andererseits ein Bezug hergestellt werden könne oder müsse.[18] Bevor wir aber diesen dritten Aspekt erörtern, muß noch die Frage nach der Relevanz der Generations-Theorien geklärt werden.
Henrik Kreutz faßt die Kritik an diesen Theorien ohne weitere Erläuterung so zusammen:

> "Die Verbindung zwischen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung, Generationsbildung und der Situation und Funktion der Jugend ist bei Schelsky und auch bei allen bisher genannten Autoren nicht befriedigend, in vielen Einzelheiten fraglich und oft sehr kursorisch". (19)

Wenn wir versuchen, diese Kritik zu präzisieren (und dabei einbeziehen, was Kreutz und andere an verschiedenen Stellen dazu beigetragen haben), müssen wir uns auf die Frage konzentrieren, inwieweit die von Schelsky konstatierten drei Schichten sozialer Einwirkung auf die Jugend tatsächlich einen Generationszusammenhang konstituieren, genauer noch: ist die Entstehung eines Generationszusammenhangs tatsächlich eine als entscheidend zu bezeichnende Konsequenz der Einwirkungen durch die "soziale Grundstruktur", die "epochale Sozialstruktur" und die "zeitgeschichtlich-politische Situation der Gesellschaft"? Die Fassung dieser drei "sozialen Einwirkungsschichten" durch Schelsky hinterläßt einen Eindruck der Unschärfe und mangelnden Präzision, der sich verstärkt, wenn Kreutz beispielhaft neben "Konjunkturzyklen, Wirtschaftskrisen, Depressionen oder Inflationen" gleichrangig "etwa das Fernsehen, die modernen Verkehrsmittel, die Anti-Baby-Pille usw." setzt. Dadurch entsteht zusätzlich ein Eindruck der Beliebigkeit "generationsbil-

dender"Faktoren, die die Aussagefähigkeit dieser Theorie erheblich verringert. So ist beispielsweise unumstritten, daß die Anti-Baby-Pille eine generationsbildende Wirkung im Sinne dieser Theorie hat- nach der allgemeinen Verbreitung der Antikonzeptiva war für die Frauen der Schritt in Richtung Emanzipation, den sie ermöglichten, relativ leicht. Festzuhalten bleibt aber auch, daß die Emanzipation der Frauen nach wie vo in schichtenspezifisch typischer Art unterschiedlich leicht b schwer zu erreichen ist; an diesem Problem hat die Pille kaum etwas geändert (ganz abgesehen von der Frage, inwieweit "die" Emanzipation gegenwärtig überhaupt realisiert werden kann). - Ein anderes Beispiel, das Kreutz anführt, zeigt in vielleicht ungewolltem Zynismus, worauf unser Einwand abzielt. Kreutz stellt fest, daß ein Krieg "besonders tiefe Generationseinheiten" hervorrufen" kann, und erwähnt in diesem Zusammenhang beiläufig "die klassenspezifisch stark divergierende Kriegssterblichkeit".[19a] Wir wollen mit diesem Beispiel keine moralische Entrüstung auslösen, sondern an die em Schlaglicht zeigen, daß sich "Generationsbildungen" klassen- bzw. schichtspezifisch unterschiedlich auswirken, und daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Zugehörigkeit zu einer Klasse/Schicht vor der Zugehörigkeit zu einer "Generation" rangiert.
Dazu kommt, daß Schelsky, Graf Blücher und andere mit der sch baren "Griffigkeit" ihrer Definitionen eine Begriffs-Inflation ausgelöst haben, die in bezeichnender Ironie den engen Bezug des Generationsbegriffs, der erst in der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" Bedeutung erlangen kann, zur "sozialen Marktwirtschaft" sichtbar macht: auf die "skeptische Generati (1957) und die "Generation der Unbefangenen" (1966) folgten d "Beat-" und "Protest"- Generationen der sechziger Jahre, die, folgt man der Werbung, reibungslos in die Konsumgesellschaft integriert sind: "Die Stuyvesant-Generation geht ihren Weg", rend der "Spiegel" von deren Kehrseite berichtet: von der "de pressiven Generation".[19b] - In Anbetracht dieser "Entfaltung möglichkeiten" ist es nützlicher, noch einmal zur Begründung der "sozialen Einwirkungsschichten" zurückzukehren.

Schelsky selbst vertritt die Auffassung, "jene geschichtlich in langen Phasen sich verändernde oder wandelnde Gesellschafts- und Produktionsverfassung" sei "für die soziologische Analyse der Jugend am bedeutendsten und ergiebigsten".[20] Leider konzentrieren sich die Arbeiten zum Generations-Problem tatsächlich auf Verhaltensweisen und Einstellungen, dabei treten wesentliche Aspekte in den Hintergrund: die materielle Situation aller Jugendlichen und die politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren, die diese Situation bestimmen. Die dafür angegebene Begründung der sozialen Nivellierung kann nicht befriedigen - zum einen ist die These von der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" aus guten Gründen umstritten;[21] zum anderen läßt sich der Verdacht nicht ausräumen, daß eine Konzentration auf Verhaltensweisen und Einstellungen und die Nivellierungsthese sich allzu leicht nur gegenseitig bestätigen und stützen. Einen ersten Ansatzpunkt zur Kritik benennt C.W. Müller, der nachzuweisen versucht, daß die "Schelsky-Gruppe" ebenso wie die "Schelsky-Kritiker" jeweils Thesen "nur für einen Teilbereich dessen, das wir Jugend nennen" unzulässig verallgemeinern und dabei auch relevante Ergebnisse der amerikanischen Jugendforschung ignorieren:

> "Es liegt auf der Hand, daß diese Interpretation schichtenspezifischer jugendlicher Subkulturen (gemeint ist eine Studie von E.A. Smith, American Youth Culture, New York 1962; M.P.), zumal sie eine Diskussion über Klassenlage und Klassenbewußtsein neu beleben könnte, bisher auf wenig Gegenliebe in Deutschland gestoßen ist" (Hervorhebung von mir, M.P.). (22)

Einen anderen Einwand bringen Lothar Böhnisch und Werner Schefold im Zusammenhang einer kritischen Abgrenzung gegen bestimmte marxistische Auffassungen vor. In ihrer Wendung gegen eine undifferenzierte Anwendung der Kategorie "Jugend" betonen sie besonders die

> "Problematik, daß sozialstrukturell bedingte Widersprüche in generationsspezifische Konflikte ('Gegensatz jung - alt') umdefiniert und damit die eigentlichen sozioökonomischen Bedingungen dieser Widersprüche und die auf ihnen aufgebauten Herrschaftsmechanismen verdeckt und der politischen Auseinandersetzung entzogen werden". (23)

Im Anschluß an diese beiden Ansatzpunkte an der Theorie der Generationszusammenhänge und -konflikte bleibt als kritischer Ein-

wand festzuhalten:

Der Begriff der Generationsbildung ist nur dann relevant, wenn ein schichtenunspezifischer Jugendbegriff als realitätsadäquat angenommen werden könnte. Eine Schichtennivellierung kann aber zumindest hinsichtlich der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht als gegeben vorausgesetzt werden. In der Ausdehnung, die Schelsky u.a. der Theorie der Generationszusammenhänge geben, ist sie unhaltbar; ihr Erklärungswert ist sehr begrenzt. Im Hinblick auf eine präzise Analyse der sozialen, ökonomischen und politischen Bezüge und Abhängigkeiten, in die sich die Jugend gestellt sieht, trägt der Generationsbegriff eher zur Verwirrung als zur Klärung bei.

Die Diskussion über Jugend und Generationsbildung überschneidet sich, wie oben schon angedeutet, oft mit der Diskussion über J u g e n d u n d s o z i a l e n W a n d e l; gelegentlich wird die Diskussion sogar auf die Frage ausgeweitet, ob Jugend als F a k t o r sozialen Wandels angesehen werden könne oder müsse. Da neben der Diskussion über eine Teil-, Sub oder Gegen-Kultur der Jugend und der über das Generationsproblem diese Frage ebenfalls die jugendsoziologische Diskussion in den letzten zehn Jahren sehr stark beschäftigt hat,[24] soll auch an ihr untersucht werden, ob sie Aufschlüsse über Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik bringt.

Ein erstes Moment von Unschärfe auch dieser Fragestellung ist dadurch bedingt, daß keineswegs immer klar definiert wird, was die einzelnen Autoren unter "sozialem Wandel" verstehen. H. Kreutz formuliert die daraus notwendig resultierende Hilflosigkeit - wohl etwas ungewollt - sehr deutlich:

> "Geht man von einem differenzierten Begriff des sozialen Wandels aus, so wird man zugestehen können, daß es sowohl vorkommen kann, daß in mancherlei Hinsicht Stabilität, in anderer Hinsicht rapider sozialer Wandel stattfindet, so daß eine bestimmte Altersgruppe wie die Jugend in enger Verbindung zu bestimmten Aspekten des Wandels steht, zu anderen aber fast überhaupt nicht . (...) Dem sozialen Wandel global eine besondere Wirkung auf die Jugendlichen zuzuschreiben, ist aber eine Leerformel, die hinter einem wohlklingenden Ausdruck intellektuelle Hilflosigkeit verbergen will". (25)

L. Rosenmayr, der sich besonders um diese Fragestellung bemüht hat, betrachtet den sozialen Wandel als Resultat rasch progredierender, technologisch begründeter Differenzierung der Industriegesellschaft durch permanente Innovation und versteht

die Revolte der Jugend daher als nachgerade adäquat:

"Auf der Basis der Unterscheidung zwischen erlernten Verhaltensmustern, die durch Institutionen in die Personen internalisiert wurden, und 'situationellen Angeboten und Herausforderungen' gelangen wir zu einer T h e o r i e s i c h w a n d e l n d e r S y s t e m e. Das (...) sowohl jugend- als auch sozialisationstheoretisch intendierte Systemmodell beansprucht hypothetisch in verschiedenen Generationseinheiten, Schichten usw. gültig zu sein. Je häufiger und intensiver die innovatorischen Einflüsse wirken, desto eher soll es gelten.
Mit Hilfe dieser unserer Theorie läßt sich zeigen, daß der Vorgang und die Art dessen, was als Revolte oder Aufstand empfunden und ausgelegt werden kann, auf schon erfolgten oder sich anbahnenden, zum Teil noch latenten Veränderungen der hochentwickelten industriellen Gesellschaft, eben als Reaktion auf bestimmte ökonomische und technologische Faktoren, als Eingehen auf situationelle Angebote unter Verwendung neu perzipierter Ideologien durch hierfür besonders disponierte Gruppen gewertet werden muß. In den generellen Prozessen des Wandels von Normen und Werten innerhalb von sozialen Strukturen, besonders in den Institutionen, beschleunigen Jugendliche und vor allem junge Erwachsene den sozialen Wandel durch ihre auf situationelle Angebote bezogenen Haltungen." (26)

Aus dieser Auffassung heraus lehnt Rosenmayr die Interpretation der Mai-Ereignisse durch Nicole Abboud strikt ab. Nicole Abboud hatte für Frankreich den Versuch des Staates, die gesamtgesellschaftliche Konsensbildung durch Entpolitisierung und Funktionalisierung der gesamten Jugend erreichen zu wollen, als Voraussetzung für das Unbehagen der Jugendlichen bezeichnet; soziale Konflikte hätten diesen Versuch des Staates zum Scheitern gebracht und die autonome politische Aktivität der Jugendlichen sei als deren Versuch zu begrüßen, sich ihrer Instrumentalisierung als sozio-ökonomischer bzw. politisch-ideologischer Kategorie zu entziehen.

Die Begründung der Ablehnung einer solchen Auffassung durch Rosenmayr ist so bezeichnend, daß sie hier noch zitiert werden soll:

"Doch ist es in einer den Staat auf soziale Leistungen drängenden Gesellschaft völlig unrealistisch, Politik n u r oder vorwiegend 'von unten' her zu erwarten. Bildungs- und Sozialplanung für und m i t der Jugend müssen auch auf übergeordneten Niveaus kommunal, regional und gesamtstaatlich erfolgen. Wir haben es mit einem utopischen Syndiko-Enthusiasmus marxistischer Prägung zu tun, wenngleich wir uns politisch keineswegs grundsätzlich gegen Basis-Aktivierung aussprechen wollen." (27)

F. Neidhardt hat in seiner knappen, präzisen Beschreibung der "Strategien sozialer Kontrolle" demgegenüber eine weiterführende Möglichkeit der Beurteilung der Frage gegeben, wie der von ihm so genannte "jugendliche Veränderungsdruck" funktionalisiert und integriert werden kann. Die erste Möglichkeit sozialer Kontrolle ist demzufolge, die einfache Unterdrückung, "wenn jugendliche Abweichungen weder als legitim, noch ihre Träger als funktional bedeutsam angesehen werden". Ist dagegen eine gewisse "Verständlichkeit" der Abweichungen ebenso wie eine minimale Relevanz der Gruppe abweichender Jugendlicher gegeben, dann wird die zweite Möglichkeit der "sekundären Institutionalisierungen" ergriffen, die auch als "repressive Toleranz" bezeichnet werden kann.
Werden schließlich zumindest partielle Legitimität und funktionelle Relevanz von Aktionen und Gruppen konzediert, dann ist als dritte Möglichkeit die "Absorption des Protests" wahrscheinlich:

> "Sie besteht in Anerkennung und Institutionalisierung der abweichenden Gruppen im Rahmen der bestehenden Organisationen der Erwachsenengesellschaft. Kontrolle und Nutzbarmachung der Wandlungsimpulse gehen Hand in Hand. In einer Gesellschaft, in der wichtige Gruppen (z.B. der Wirtschaft und Politik) sozialen Wandel begünstigen und forcieren, wird es zu einer solchen Reaktion nicht selten kommen". (28)

Dieser Auffassung folgend könnte Rosenmayrs Theorie als Begründung einer zur Repression tendierenden Variante der "Absorption des Protests" bezeichnet werden; seine Aufsätze legen dies zumindest als Vermutung nahe.-(29)
Wichtiger als solche Zuordnungen ist aber, folgende Punkte festzuhalten:
(a) Die Jugend und ihr Protest erscheinen hier keineswegs als autonome Faktoren eines wie immer gearteten Wandels, sondern als instrumentalisierte Objekte ökonomischer und politischer Intentionen, bestenfalls also als Innovationspotential, das systemkonform und -stabilisierend genutzt werden kann.
(b) Die "wichtigen Gruppen z.B. der Wirtschaft und Politik" (Neidhardt) werden in der Regel nur unpräzise benannt als Faktoren, die den sozialen Wandel maßgeblich beeinflussen; eine genauere Analyse findet sich selten.

(c) Auch noch die Verneinung der Annahme, Jugend könne ein Faktor sozialen Wandels sein, trägt in ihrer Begründung eher dazu bei, die doch vielfach konstatierten Abhängigkeiten im Unklaren zu belassen, als sie systematisch aufzuklären.
Die eben vorgenommene, stichprobenhaft beschränkte Untersuchung zentraler Probleme der jugendsoziologischen Forschung und Diskussion in den letzten zehn Jahren (3o) demonstriert deutlich, daß zwei wesentliche Schwächen die Arbeitsergebnisse kennzeichnen. Die erste Schwäche ist darin zu sehen, daß Teilergebnisse zu rasch generalisiert werden; Teilergebnisse obendrein, die Arbeitsresultate anderer Disziplinen, insbesondere der Psychologie, ohne weitere Überprüfung als Ausgangspunkte akzeptieren.
Die zweite Schwäche liegt darin, daß zwar allgemein in der jugendsoziologischen Diskussion ein politischer und ökonomischer Entwicklungsprozeß als Auslöser der behandelten Probleme benannt wird; er wird aber nicht näher analysiert. Die aus der Analyse von Einzelproblemen entwickelten Generalisierungen tragen dann ihrerseits, wie wir gesehen haben, wiederum dazu bei, die zugrunde liegenden politischen und ökonomischen Prozesse zu verdecken .
In erster Linie scheint der in der soziologischen Jugendforschung dominierende Jugendbegriff diese Schwächen zu erklären. Seine mangelhafte Differenzierung ist bereits registriert worden: daß Neidhardt - eben paradigmatisch - alle verheirateten und berufstätigen Jugendlichen nicht mehr als Jugendliche bezeichnet wissen will, ist der Ausgangspunkt für Theorien wie die Tenbrucks, der die Jugendlichen zur Klasse hypostasiert.
Bezeichnend für dieses Vorgehen, das klassenanalytische Fragestellungen ablehnt, ist die Behandlung der Probleme berufstätiger Jugendlicher. H. Kreutz, der auf den "Begriff der Jugend in der Arbeiterklasse eingeht,[31)] kann für die Reduzierung der Problematik als charakteristisches Beispiel angeführt werden: seiner Ansicht nach ist das Hauptproblem der Arbeiterjugend, daß sie von den Organisationen der Arbeiterbewegung diszipliniert

und instrumentalisiert wird. Demgegenüber treten andere Fragestellungen zurück, die bei einer Untersuchung der Lage von Hauptschülern, Lehrlingen und Jungarbeitern sofort ins Auge fallen, aber ausgeklammert werden- sie liegen einfach quer zu den Fragestellungen wie Subkultur und Generationsbildung. 32)

Daß Probleme wie Jugendkriminalität, Jugendalkoholismus und andere Äußerungen "devianten Verhaltens" Jugendlicher[33] entweder der Sozialpädagogik, der Sozialmedizin, der Kriminalsoziologie usw. ganz zugeschoben werden oder nur marginal berücksichtigt werden, stellt den Anspruch der Jugendsoziologie, allgemeine Aussagen über "die Jugend" geben zu können, entschieden in Frage.[34] Wenn nur durch diese Ausklammerung und Marginalisierung und durch die Reduzierung des Jugendbegriffs die gegenwärtig als zentral angesehenen Probleme weiterhin als zentral bezeichnet werden können, müssen wir die Feststellung, die Kreutz getroffen hat, uneingeschränkt übernehmen:

> "Ist aber eine Abhängigkeit der Forschungsziele, der Entscheidung über den Einsatz von bestimmten Methoden und Techniken und der angestrebten Generalisierungen auch von den gesellschaftlichen Funktionen der Forschung gegeben, so wäre es eine widersinnige Vogel-Strauß-Politik, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen und die tatsächlichen Ziele der Jugendsoziologie idealistisch, allein von ihrer eigenen explizit deklarierten Zielsetzung her, analysieren zu wollen. Wir können also festhalten, daß Jugendsoziologie immer auch davon abhängig ist, welche gesellschaftlichen bzw. politischen Auffassungen den Sieg zu einem gegebenen Zeitpunkt davontragen. Sie ist in das politische Kräftespiel (...) miteingespannt." (35)

Es ist erstaunlich, daß der weitaus größte Teil jugendsoziologischer Publikationen, die in den vergangenen Jahren erschienen sind, diese Fragestellung ignoriert bzw. zwar konstatiert, sie aber nicht weiter verfolgt. Gerade wenn aber die soziologische Jugendforschung in diesem Sinne als legitimierende Grundlagenforschung verstanden wird, die ihre Funktion hat für "die Selbstbestätigung der Entscheidungsträger", für einen ökonomischen "Verwertungszusammenhang" und "um den Anschein zufriedenstellender Zustände zu erhalten" usw. (36) dann wird verständlich, warum marxistische Ansätze strikt abgelehnt werden; man kann die Vermutung dazusetzen, daß die Begründung der Ablehnung auch sekundär ist.[37]

Für unseren Themenzusammenhang erklärt eine solche Interpretation insbesondere eine sonst kaum begreifliche Verkehrung in der Analyse: die Jugendsoziologie geht der Frage nach, wie sich die Jugendlichen Wirtschaft, Staat und Politik gegenüber verhalten- sie fragt aber n i c h t danach, wie die Aktivität des Staates der Jugend gegenüber begründet wird, welche Ziele sie verfolgt usw. Erst durch diese Übernahme des Standpunkts der Jugendlichen wird die übliche Auffächerung der "sozialen Bezugsgruppen und ihrer Bedeutung im Prozeß der Sozialisation" möglich, die durch die separate Untersuchung einzelner "Sozialbezirke" den Zusammenhang zerreißt, der sich durch eine konsequente Beantwortung der Frage, inwieweit Jugend ein Objekt der Politik ist, notwendig ergeben würde.[38)]

Als F a z i t bleibt für den ersten Teil der Fragestellung dieses Abschnitts: Die Jugendsoziologie leistet kaum einen nennenswerten Beitrag zu einer Klärung der Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik; der größere Teil jugendsoziologischer Fragestellungen und Untersuchungen trägt vielmehr dazu bei, eine solche Klärung zu erschweren.

1. 2 Der Beitrag der Sozialpädagogik

In Anbetracht der unklaren Definitionen gerade im Hinblick auf Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Jugendhilfe, Jugendarbeit usw. ist es zunächst notwendig, zu klären, worüber hier gesprochen werden soll. - Verschiedene Autoren erwecken den Eindruck, als seien Jugendarbeit, Sozialarbeit und Sozialpädagogik identisch oder noch nahezu kongruente Gebiete. Giesecke schreibt:

> "Jugendarbeit bezeichnet diejenigen von der Gesellschaft Jugendlichen und Heranwachsenden angebotenen und im IWG katalogisierten Lern- und Sozialisationshilfen, die außerhalb von Schule und Beruf erfolgen, die Jugendlichen unmittelbar, also nicht auf dem Umweg über die Eltern, ansprechen und von ihnen freiwillig wahrgenommen werden." (39)

Friedhelm Vahsen läßt die Jugendarbeit in der Sozialpädagogik aufgehen; zwei von ihm übernommene Definitionen "lassen ein umfassendes Handlungsfeld für Sozialpädagogen erkennen, das von der Kinder- und Jugendhilfe bis hin zur Altenfürsorge reicht". (40)

Harry Maór erklärt Sozialarbeit und Sozialpädagogik als identisch:

> "Der hauptsächlich nur im deutschen Sprachbereich gemachte Unterschied zwischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik wird sich nicht halten lassen, da beide Disziplinen an den Fachhochschulen meistens unter dem Titel 'Sozialwesen' gelehrt werden. Sie überschneiden sich auch in der Praxis . (...) Die ganze Unterscheidung mag ihre historischen Gründe gehabt haben, heute wirkt sie künstlich und vorindustriell" (41).

Die Liste solcher teils restriktiv, teils bewußt unscharf-pragmatisch gefaßter Begriffsbestimmungen ließe sich mühelos verlängern.[42] Da hier aber keine Notwendigkeit besteht, die Logik der Sozialwissenschaften ein weiteres Mal zu strapazieren, kann die Begriffsbeschreibung Walter Hornsteins übernommen werden:

> "1. Sozialpädagogik ist zwar einerseits die Theorie eines spezifischen pädagogischen Feldes, das im allgemeinen mit dem Begriff 'Jugendhilfe' bezeichnet wird; sie ist jedoch andererseits ein Aspekt, der auf die verschiedensten Sozialisationsfelder bezogen sein kann;
> 2. Sozialpädagogik muß, insofern sie auf gesellschaftliche Prozesse und deren Auswirkungen auf die Sozialisationskonflikte blickt, notwendig über die eigens zum Zwecke der Erziehung eingerichteten Institutionen wie Schule, Berufserziehung hinaus die gesellschaftlichen und politischen Prozesse und Konstellationen reflektieren, welche die Sozialisationssituation und -lage von Kindern und Jugendlichen bestimmen; sie hat von daher immer auch einen gesellschaftskritischen Aspekt" (43).

Wir werden in diesem Abschnitt zu überprüfen suchen, inwieweit in den theoretischen Untersuchungen, die dem so beschriebenen Themenbereich zugeordnet werden können, die Relevanz staatlicher Jugendpolitik und ihre Funktion Berücksichtigung finden.

Daß in der Sozialpädagogik sehr viel öfter, direkter und kritischer vom Staat die Rede ist als in der Jugendsoziologie, wird von Giesecke und H. v. Hentig sehr kurz, prägnant und schlüssig so begründet:

> "E i n - wie mir scheint - prinzipieller Unterschied zwischen allen anderen Wissenschaftlern und dem Pädagogen besteht freilich darin, daß der letztere für eine Praxis zu sorgen hat. Und daraus erwächst meine These. Denn die Praxis, um die es in diesem Fall geht, muß Politik heißen, nicht Pädagogik" (v. Hentig).- "Wer Jugendarbeit betreibt, verfügt notwendig über einen (...) theoretischen Vorstellungszusammenhang des Komplexes Erziehung - Jugend- Staat/ Gesellschaft" (Giesecke). (44)

Bei aller sonst vielfach geäußerten Bescheidenheit[45] richtet sich dieser Verweis auf die Praxis und auf die "Totalität" des Bezugskomplexes durchaus kritisch an die Adresse der Jugendsoziologie.[46]

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß alle Sozialpädagogen den staatlichen Aktivitäten in gleich hohem Maße Bedeutung zumessen. Wir können vielmehr - ohne damit ein sonderlich neues oder sachfremdes Kriterium einzuführen - die verschiedenen sozialpädagogischen Theorie-Ansätze danach einteilen, wie stark sie auf staatliche Aktivitäten eingehen, für wie zentral oder marginal sie die staatliche Jugendpolitik halten.[47] Dieses Vorgehen mag vielleicht über den hier durch das Thema vermittelten Zusammenhang hinaus auch dazu beitragen, einige Gesichtspunkte für die bisher nicht sehr weit gediehene Systematisierung dieses "Fachs" anzugeben, das von soziologischen, pädagogischen, bildungsökonomischen, verwaltungswissenschaftlichen und psychologischen Momenten bestimmt ist, ohne sie zu integrieren.[48]

Ohne hier im einzelnen auf die verschiedenen "Schulen" einzugehen, die verschiedentlich benannt werden,[49] können wir zwei Grundauffassungen registrieren, die in vielfachen Variationen vorgetragen werden:

(a) die Auffassung, das Problem reduziere sich auf Hilfe ("Hilfe zur Selbsthilfe"), die in Notfällen, bei Bedürftigkeit usw. vom Staat bzw. der Gesellschaft geleistet werden müsse:

> "Ohne beanspruchen zu wollen, den Gegenstand der Sozialpädagogik und den Begriff festzulegen, erscheint es sinnvoll, im historischen Zusammenhang, Sozialpädagogik zunächst als Hilfe zu interpretieren. Ursache sozialpädagogischen Handelns ist die soziale Lage Einzelner oder Gruppen. Diese soziale Lage der betroffenen Personen in irgendeiner Form zu lösen, erscheint als Anliegen der Sozialpädagogik." (5o)

Diese Auffassung versteht Jugendhilfe immer als Jugendfürsor, das soziale Element (im Sinne der umgangssprachlichen Formulierung vom "Sozialfall") überwiegt das pädagogische bei weitem. Eine Politik, die auf eine solche zumeist religiös-caritativ begründete Fürsorgepflicht rekurriert, stützt sich eher auf die gesellschaftliche Organisation der Hilfeleistung durch die sog. "freien Träger" als auf den Staat, der im Zweifelsfall lediglich zur Unterstützung gerufen wird.

(b) Dagegen steht die Auffassung, es sei eine generelle "Daseinsvorsorge" notwendig, die der "Sozialstaat" leisten müss dazu gehöre auch, die Jugendlichen Insgesamt - und nicht nur benachteiligte Jugendliche - dazu zu befähigen, mündige Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Der pädagogische Ansatz, der hier deutlich im Vordergrund steht, kann verschiedene Auffassungen vom "mündigen Staatsbürger" haben- gemeinsam ist allen diesen Auffassungen, daß Qualität und Quantität der Aufgabe den Staat als problemlösende Instanz erfordern.[51]

In Anlehnung an diese Auffassungen wollen wir - ähnlich wie im vorhergehenden Abschnitt- drei Fragestellungen untersuchen auf die jeweils ganz unterschiedliche Antworten gegeben wurden: (a) die Frage nach den Faktoren, die sozialpädagogis Aktivitäten auslösen; (b) die Frage nach der Zielsetzung dieser Aktivitäten; (c) die Frage nach dem Träger dieser Aktivitäten - in der Annahme, daß damit im Sinne unserer Themenstellung genügend über die von Giesecke erwähnten "theoretischen Vorstellungszusammenhänge des Komplexes Erziehung - Jugend - Staat/Gesellschaft" zu erfahren ist, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, wie die Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik in sozialpädagogischen Theorieansätzen

diskutiert wird. Die Ergebnisse aus dem vorangegangenen Abschnitt werden wir dabei, soweit das sinnvoll möglich ist, einbeziehen; daß ein - direkter wie indirekter - Zusammenhang besteht, der das ermöglicht, wurde ja schon angedeutet.[52)]

In der Auffassung, daß in Notfällen, in denen die Betroffenen aus eigener Kraft sich nicht mehr helfen können, die Gesellschaft Hilfe leisten müsse, sind sich alle Autoren einig. Die Diskussion darüber, ob jeweils im Einzelfall geholfen werden solle- ob also die "Hilfe zur Selbsthilfe" primär als Individualhilfe zu verstehen sei - oder ob größeren Gruppen Betroffener "undifferenziert" geholfen werden sollte, ist dem gegenüber eher sekundär; für den Bereich der Sozialpädagogik interessiert sie womöglich noch weniger.[53)]

Wesentlich mehr Brisanz ist in der Fragestellung angelegt, ob denn grundsätzlich von "individuellem Verschulden" ausgegangen werden müsse oder nicht. Eine Auffassung, die davon ausgeht, eine Notlage sei in der Regel auf ein Versagen eines einzelnen zurückzuführen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach weder nach gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen fragen noch auch in erster Linie nach dem Staat als Helfer rufen.[54)]

Um die Implikationen zu verdeutlichen, die mit dieser Auffassung verbunden sind, sollen drei Beispiele diskutiert werden: die historisch gewachsene Ideologie der "Hilfe"; die Debatte über die Prinzipien für "Jugendhilfe"; und schließlich ein Beispiel aus dem Bereich der Jugendkriminalität.-

Die beiden Bände von Beiträgen über "gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit" werden bewußt mit dem Aufsatz von N. Luhmann über "Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen" eingeleitet.[55)] Wichtig sind an diesem Aufsatz im Kontext unserer Fragestellung vor allem drei Gesichtspunkte. Zunächst stellt Luhmann fest, daß in "modernen Gesellschaften" Hilfe sozusagen selbstverständlich erwartet wird:

> Unsere Gesellschaft "konstituiert eine Umwelt, in der sich organisierte Sozialsysteme bilden können, die sich aufs Helfen spezialisieren. Damit wird Hilfe in nie zuvor erreichter Weise eine zuverlässig erwartbare Leistung, gleichsam Sicherheitshorizont des täglichen Lebens auf unbegrenzte Zeit in den sachlichen Grenzen der Organisationsprogramme, deren jeweiligen Inhalt man feststellen kann". (56)

Organisierung und Programmierung der Hilfe geraten aber, und das ist sein zweiter Aspekt, den er hervorhebt, vielfach in z.T. peinliche Widersprüche, insbesondere dann etwa, wenn erst umständlich nach einem "Grund" gesucht werden muß, um die Hilfeleistung zu ermöglichen.[57] Der dritte Gesichtspunkt schließlich, den Luhmann nicht erörtert, ist eben: Nach den Ursachen dafür, daß Hilfe organisiert und programmiert werden muß, wird gar nicht gefragt; Armut, Bedürftigkeit usw.werden einfach als existent "erlebt". Diese Darstellung, die Luhmann gibt, entspricht offenkundig dem Problembewußtsein der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Eine empirische Untersuchung von Inge Helfer ("Die tatsächlich Berufsvollzüge der Sozialarbeiter"), die als repräsentativ gelten kann, zeigt das einmal darin, daß der "Wunsch zu helfen" für die Berufswahl vielfach ausschlaggend ist, und er "nimmt mit dem Spezialisierungsgrad der Aufgabengebiete an Bedeutung zu", und zum andern darin, daß Änderungswünsche sich in erster Linie auf eine Verbesserung der organisatorischen Voraussetzungen beziehen und nur selten auf eine Reform der Sozialpolitik.[59]

An diesem Punkt setzt die Kritik der traditionellen Sozialarbeit und Sozialpädagogik an (es wäre wenig sinnvoll, hier schon zwischen den beiden Bereichen zu unterscheiden) und bezieht - unausgesprochen - Luhmann mit ein:

> "Bislang erscheinen der Sozialarbeit gesellschaftliche Probleme überwiegend als solche von Personen und deren psychischen Verfassungen. Nicht sozialstrukturelle Ursachen bestimmter Tatbestände werden diskutiert und analysiert, sondern lediglich deren - z.T. sehr periphere - Symptome. Die Sozialarbeit muß sich daher von einer am Einzelfall begründeten Orientierung stärker absetzen, um sich überhaupt in einer gesellschaftlichen Perspektive artikulieren zu können. In ihrer individualistischen Konzeption löst Sozialarbeit nicht den ursächlichen gesellschaftlichen Konflikt, sondern verschiebt ihn lediglich - oft in eine Sackgasse."[6o]

Dieses reduzierte Problemverständnis kennzeichnet aber keineswegs nur die Sozialarbeit und -pädagogik; in anderer Form, aber mit gleichem Inhalt finden wir es auch in der Jugend- und sozialpolitischen Diskussion. Ein bezeichnendes Beispiel für den sozialpädagogischen Bereich bietet die Auseinandersetzung um die allgemeine bildungs-politische Absicht der Bundesregie-

rung, die im Diskussionsentwurf zu einem neuen Jugendhilfegesetz (JHG) formuliert war. "Die 'Traditionalisten' unter den Kritikern wandten sich gerade gegen die Eröffnung einer solchen "gesellschaftlichen Perspektive", die zumindest eine der sozialstrukturellen Ursachen für die Probleme Jugendlicher hätte verändern können:

> "Was etwa der Diskussionsentwurf unter 'Bildung' versteht, wird in erschreckender Einseitigkeit in der Begründung deutlich, in der u.a. gesagt wird: '... Bildung meint in erster Linie die Vermittlung von Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge, Einübung in soziale Verhaltensweisen, Anregung gesellschaftlichen und sozialen Engagements und Entwicklung der Fähigkeit zu gesellschaftskritischem Denken'. Wird hier das rechtliche Einfallstor für eine beherrschende Erziehungsideologie geschaffen ? Wem aber die Begründung zum Diskussionsentwurf als unverbindliche Meinungsäußerung erscheinen mag, der muß sich mit Recht die Frage stellen, welche Bildungsinhalte die Allgemeinheit der Jugend verbindlich garantieren kann und soll und ob sich als geeignete Vermittler anstelle der Jugendhilfe nicht doch viel mehr Elternhaus, Schule, Universität und Berufsbildungsstätte anbieten .(...) Die Tendenz des Entwurfs geht auf eine Ausweitung der staatlichen Einflußnahme auf die Erziehung unter Zurückdrängung des elterlichen Bestimmungsrechts über die Kinder .(...) Man sollte sich hüten, heute Regelungen gutzuheißen, die morgen in den Dienst totalitärer Erziehungsprogramme gestellt werden können". (61)

Da diese Auffassung sich durchgesetzt hat, seien die wichtigsten Punkte noch einmal unterstrichen: der status quo darf nicht verändert werden (obwohl er die Probleme auslöst), und das bedeutet vor allem: keine "Ausweitung" der staatlichen Jugendpolitik. [62] Dem weiteren Untersuchungsgang etwas vorgreifend können wir hier schon die Frage stellen, wie denn Sozialarbeit und Sozialpädagogik unter diesen Umständen aus ihrer Zwangs-Beschränkung heraustreten sollen - ein Schritt, der als zwingend notwendig bezeichnet wird: "Unumgänglich ist daher eine kritische Revision der tradierten Sozialmodelle und Gesellschaftsbilder, die die Basis für eine 'negative Sozialstaatlichkeit' sind, in die auch die Sozialarbeit zu ihren größten Teilen eingeschlossen ist." [63]

Wir wollen noch einen dritten Problembereich streifen, um die Fragwürdigkeit des Konzepts zu verdeutlichen, das von indivi-

duellem Verschulden ausgeht und Individualhilfe vorschlägt.- Die Zusammenhänge zwischen Zugehörigkeit zu einer sozial schwachen Schicht und Straffälligkeit sind bekannt; es ist auch bekannt, daß diese Interdependenz besonders im Bereich der Jugendkriminalität gegeben ist. Die "traditionalistische" Position (im eben bezeichneten Sinn) beharrt darauf, daß "die persönliche Verantwortlichkeit des Jugendlichen und die damit verbundene 'Erziehung durch Strafe' au rechterhalten bleiben (sollte), wenn die Gesellschaft die sonst in ihr geltenden Maßstäbe nicht gegenüber der Jugend vernachlässigen will".[64] Allerdings wird von den Vertretern dieser Position außer Acht gelassen, was als unbestrittenes Faktum feststeht:

> "Jahr für Jahr verlassen ca. 80.000 beruflich kaum qualifizierte Jugendliche unser Bildungssystem. Fast jeder sechste berufsschulpflichtige Jugendliche schließt keine Berufsausbildung ab und steuert als 'Ungelernter' in das Beschäftigungssystem. Sein Leben ist von relativ geringem Einkommen, erhöhter Arbeitslosigkeit und Resignation gekennzeichnet; er kann die eigenen unbefriedigenden Verhältnisse kaum noch ändern. Neben den für diese Gruppe anfallenden sozialen Kosten ist schon die bloße Existenz eines solchen viel zu großen Heeres beruflicher Analphabeten - gemessen an den Begabungsvoraussetzungen- für eine demokratische und hochentwickelte Gesellschaft schwer erträglich". 65)

Peinlich genug für die "Traditionalisten" müßte sein, daß das Zitat Anfang einer Einleitung ist, die der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung einer Studie seines Hauses über "Jugendliche ohne Berufsausbildung" vorangestellt hat. Uns geht es hier um eine Konsequenz aus jenem Determinismus, der damit beschrieben wird.

Die Teilstudie "Gefährdete Jugendliche" in diesem Band beschäftigt sich mit der Frage, warum Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag häufiger delinquent sind als andere Jugendliche, und bestätigt im Laufe der Untersuchung die Annahme, daß "Ungelernte" überproportional häufig aus Familien kommen, in denen wenigstens die Väter ebenfalls schon "Ungelernte" sind, und daß diese Gruppe von Jugendlichen mit 48,5 %"bei den jugendlichen Strafgefangenen stark überrepräsentiert" sind. Die Untersuchung schließt mit dem Satz: "Nach alledem sieht es so aus, daß ein Sohn eines ungelernten Arbeiters eine beträchtliche Leistung vollbringt, wenn er es schafft, trotz allem nicht delinquent zu werden." (66)

Als Ergebnis solcher Studien bleibt festzuhalten, daß die beiden einander entsprechenden Prinzipien des Individualverschuldens und der individuellen "Hilfe zur Selbsthilfe" kaum gehalten werden können. "Hilfe" als eine bestimmende Grundkategorie für die Sozialpädagogik, die Ablehnung eines verstärkten staatlichen Eingriffs und die Negation schichtenspezifischer Bedingtheit von Faktoren, die das Tätigwerden von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern notwendig machen (um nicht gleich etwa davon zu reden, daß womöglich Prinzipien verantwortlich gemacht werden könnten, die allen Formen sozialer Interaktion zugrunde liegen und sie prägen) - diese an drei Beispielen demonstrierte Auffassung scheint doch deutlich zu zeigen, daß eine am Leitbild individualbezogener Fürsorge in wie immer gearteten Notfällen orientierte Sozialpädagogik - und Jugendpolitik - wohl kaum Einfluß auf diejenigen Faktoren wird nehmen können, die ihre Aktivität erfordern. Der Staat erscheint in diesem Zusammenhang nur in zweierlei Hinsicht als Problem: einmal als die Instanz, die die Hilfe und Fürsorge vor allem finanziell zu gewährleisten hat, dann aber auch als die Instanz, die diese ihre Position illegitimerweise dazu mißbrauchen könnte, auf den gesamten Problemkontext Einfluß zu nehmen.- Bei der Beantwortung der beiden noch ausstehenden Fragen werden wir dieses Resultat berücksichtigen müssen. (67)
Die Frage nach der Zielsetzung sozialpädagogischer Aktivitäten wird in der Literatur mit zwei unterschiedlichen Ansätzen beantwortet, die durchaus dem entsprechen, was wir bisher als offenbar durchgängigen Dissens gefunden haben.

Am Gegensatz einer konservativen, sozialintegrativen Resozialisierungsabsicht zu einer progressiv-reformorientierten, emanzipatorischen Zielsetzung in der sozialpädagogischen Aktivität wird deutlich, daß beide Intentionen ein chrakteristisches Defizit hinsichtlich ihres Verständnisses staatlichen Handelns aufweisen.
Die in der konservativen, "traditionalistischen" Auffassung implizierte Ablehnung einer Ausdehnung staatlicher Tätigkeit ist von einem quasi dualistischen Verständnis des Verhältnisses

Staat - Gesellschaft geprägt. Demzufolge scheint es primär darum zu gehen, gewachsene Ordnungen und Institutionen der Gesellschaft gegen den Zugriff des Staates zu verteidigen; das ist an der Argumentation gegen den Diskussionsentwurf des Jugendhilfegesetzes bereits deutlich geworden. Am Beispiel des konservativen Verständnisses der Familie läßt sich das leicht belegen: die konservative Familienpolitik versucht, die Familie gegen den sozialen Wandel zu verteidigen und bekämpft daher jede gesetzgeberische Aktivität, die als "Vollstrecker" dieses Wandels erscheint.

Diese Intention, die für eine staatliche Aktivität nur das Prinzip der Subsidarität kennt und zuläßt und die "freien Träger" sozialpolitischer wie sozialpädagogischer Funktionen dem Staat bewußt entgegensetzt, beruft sich zwar auf Geschichte, aber nur auf ihr Resultat. Die Familie in ihre gegenwärtigen Gestalt - um bei diesem Beispiel zu bleiben wird wohl als ein Produkt sozialer Entwicklung gesehen, aber als ein E n dprodukt verstanden; eine mögliche Parallelität staatlicher und familiärer Entwicklung bleibt weitgehend außer Betracht. (68)
Gerade in dem Versuch, einzelne gesellschaftliche Bereiche als "vollendete" zu bewahren, also einen einmal erreichten status quo zu sichern, wird aber das Defizit an Staatsverständnis besonders klar erkennbar: im konservativen Bewußtsein erscheinen Staat und Gesellschaft deswegen voneinander getrennt (oder stehen sich potentiell feindselig gegenüber), weil der Staat nicht mehr ausschließlich die Werte und Normen anerkennt und trägt, die als conditio sine qua non für die Existenz und die inneren Bezüge der Gesellschaft verstanden werden. In diesem Zusammenhang wird aber weder die Frage gestellt, weshalb die frühere gemeinsame Grundlage für Staat und Gesellschaft verloren gegangen ist, noch wird die Überlegung angestellt, welche Gründe den Staat zu den scheinbar gesellschafts-"feindlichen" Handlungen bewegen, die der konservative "Traditionalist" zurückweist und verurteilt.

Ganz anders stellt sich die progressiv-reformorientierte

emanzipatorische Zielsetzung dar. In dem Verständnis, das dieser Zielsetzung zugrunde liegt, ist es die gesellschaftliche Entwicklung, aus der Ansprüche an den Staat resultieren. Die entsprechende Auffassung wird wohl am nachdrücklichsten von Hermann Giesecke vertreten; der von ihm beschriebene latente Gegensatz von emanzipatorischer Zielsetzung und Staat kann daher auch stellvertretend für andere, ähnliche Auffassungen untersucht werden. (69)
Giesecke geht davon aus, daß eine "emanzipierte" Sozialpädagogik und Jugendpolitik utopisch, eine "emanzipatorische" Jugendarbeit dagegen möglich und notwendig sei. Der Ansatzpunkt für die emanzipatorische Zielsetzung sind soziale Defizite:

> "Unter Emanzipation wird hier nicht nur der Prozeß der Ablösung aus der Abhängigkeit pädagogischer Zwänge (z.B. Familie) verstanden, sondern aus allen gesellschaftlich verursachten Abhängigkeiten (...)". (70) "Emanzipation ist also ein politischer Begriff, er zielt auf gesellschaftliche Veränderungen zum Zwecke der Abschaffung einseitiger Abhängigkeiten und Unterprivilegierungen und damit auf einen Zuwachs an Demokratisierung". (71)

Aus gesellschaftlichen Mängeln heraus wird also der politische Anspruch entwickelt, der an den Staat gerichtet wird. Die Realisierung des Anspruchs wird im Sinne einer systemtranszendierenden Reform konzipiert, als

> "ein Konzept, das als historisches Konzept parteilich ist für die Abhängigen und gegen die, die aufgrund ihrer politischen, ökonomischen oder ideologischen Macht diese Abhängigen in Abhängigkeit halten können. Daraus folgt aber nun, daß die Verwirklichung des pädagogischen Konzeptes von Emanzipation eines ständigen politischen Kampfes bedarf, dessen Ausgang immer ungewiß bleibt". (72)

In dieser Reformkonzeption wird die Trennung von Staat und Gesellschaft ebenfalls vorausgesetzt, aber als aufhebbar verstanden. Da aber der negativ beschriebene Komplex von politischer, ökonomischer und/oder ideologischer Macht nicht näher analysiert wird, der das staatliche Handeln bestimmt, weist das Staatsverständnis ebenfalls defizitäre

Züge auf: hier steht, vereinfacht gesagt, das zielgerichtete sozialpädagogische Handeln als Resultat sozialer Entwicklungsprozesse einem Staat gegenüber, der als Verteidiger des status quo erscheint.

Beiden Konzeptionen gemeinsam ist, daß sie von relativ gering differenzierten Begriffen von Staat und Gesellschaft ausgehen, die sich scheinbar beziehungslos gegenüberstehen: eine beide gleichermaßen konstituierende Größe, der ökonomisch-technische Entwicklungsprozeß mit seinen vielfachen Implikationen, wird in den Analysen, die von den beiden unterschiedlichen Positionen her vorgenommen werden, nur marginal behandelt, obwohl beide diesem Bestimmungsfaktor zumindest insofern einen zentralen Rang zuerkennen, als die konservative Seite ihn für verantwortlich erklärt für die Vermassungstendenzen, die, vom Staat legislatorisch gebündelt, die Ordnung der Gesellschaft mit Erosion bedrohen, während die emanzipatorische Seite diesem "Machtkomplex" (s.o.) als Konstituens antiemanzipatorischer Verhältnisse schlechthin benennt. Die Gründe dafür, daß dieser Widerspruch nicht erklärt und die Theorien an diesem Punkt nicht weiterentwickelt werden, werden wir später eingehender erörtern. - Die Feststellung dieser "Abstinenz", die nahezu die gesamte sozialpädagogische Theorie-Diskussion betrifft, ist der eingangs erwähnten "Praxisnähe" der Sozialpädagogik und ihrer direkten Erfahrung staatlicher Aktivität widersprechend eben die, die am Ende der Betrachtung der jugendsoziologischen Theorien stand (vgl. oben S. 14 f).

Bereits ein oberflächlicher Blick auf die Problematik der Träger sozialpädagogischer Aktivitäten scheint die Auffassung, der Dissens zwischen den beiden Grundrichtungen sozialpädagogischer Tätigkeit und Forderungen komme im Verhältnis der verschiedenen Träger untereinander zwar in anderen Formen, aber inhaltlich unverändert ebenfalls zur Geltung, nur zu bestätigen. Gerade in der andauernden Kon-

kurrenz zwischen den staatlichen Institutionen und den "freien Trägern" scheint sich der Dualismus erneut auszuwirken, der für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft vielfach als charakteristisch angesehen wird. Eine nähere Untersuchung zeigt, daß diese Auffassung unhaltbar ist.

Einen ersten Anhaltspunkt für die Unhaltbarkeit einer These, die unterstellt, die Konkurrenz dauere unvermindert an, gibt Kaufmann mit dem Hinweis darauf, daß zunehmend "die soziale Sicherungspolitik ins Zentrum der Sozialpolitik rückt" und sich daher "auf der institutionell-praktischen Ebene vielfältige Berührungspunkte von Sozialarbeit und Sozialpolitik (ergeben)"; (73) auch "eine Art historischer Rekonstruktion eines der Sache nach gar nicht identischen Verhältnisses von Sozialarbeit und Sozialpolitik" könne diese These nicht retten. (74)

Aber auch für die Zeit v o r der tendenziellen Erledigung der Konkurrenz öffentlicher und privater Träger durch die Unterordnung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge unter das Prinzip einer sozialen Sicherheitspolitik lassen sich Faktoren erkennen, die die Dissens-These nachdrücklich in Frage stellen. Diese Faktoren - Kaufmann benennt beispielsweise die zunehmende Strukturähnlichkeit öffentlicher und privater Träger, die nach 1924 durch die Erhöhung des Organisationsgrades und die wachsende Zentralisierung der öffentlichen Träger eingetreten sei, und den Kampf um den Nachweis der Existenzberechtigung in der Prosperität der fünfziger und sechziger Jahre, als sich die traditionelle Fürsorgetätigkeit als potentiell überflüssig zu erweisen schien (75) - blieben relativ unbeachtet, weil eine grobe Gleichsetzung des staatlichen Anspruchs auf die Kompetenz für die inhaltliche Bestimmung der Relevanz sozialer Leistungen mit Rationalität, Transparenz und Beseitigung anachronistischer Kriterien für soziale Hilfe gerechtfertigt schien. Der Staat erschien mithin als der Protagonist für Reformen, gegen die sich konservative Verbände stemmten, die ein egoistisches Verbandsinteresse zu

disqualifizieren schien.
Die Tatsache, daß ein solches Problemverständnis durchaus berechtigt auf Mißstände bei den freien Trägern verweisen konnte, hat dazu beigetragen, daß die ursprüngliche Funktionsbestimmung sowohl der öffentlichen wie auch der privaten sozialen Aktivitäten "vergessen" wurde: die Sicherung des gesellschaftlichen status quo und die sozialintegrative Zielsetzung. Die Hilfe in unverschuldeten Notfällen hat ebenso wie die Sozialversicherung dazu beigetragen, die Frage nach den Ursachen für Armut, Abhängigkeit, Wohnungselend, kurz: nach den sozialen Problemen und Defiziten unwichtig erscheinen zu lassen. Unter diesem Aspekt erscheint der staatliche Anspruch, der die größeren Chancen hat, sich durchzusetzen, eher bedenklich. Die Verbindung der sozialintegrativen Zielsetzung mit disziplinierenden und repressiven Momenten ist als politisch brisantes Problem am Beispiel der staatlichen Kontrolle über die Vergabe öffentlicher Mittel in den vergangenen zehn Jahren mehrfach aktuell gewesen und diskutiert worden. (76)

Kaufmann stellt in seinem Aufsatz über das Verhältnis von Sozialarbeit und Sozialpolitik diesen Problemzusammenhang, der von der spektakulären Konkurrenz zwischen Staat und freien Trägern überdeckt wurde, wieder in den Vordergrund, wenn er davon ausgeht

> daß die gegenwärtige Fixierung der Sozialarbeit auf dem besonderen Bereich der sozial deklassierten Bevölkerungsteile diese selbst in ihrer Lage fixiert und gerade dadurch die Wirkungsmöglichkeiten der Sozialarbeit in diesem besonderen Bereich wie auch im Bereich der nicht deklassierten, jedoch durch vielfältige neuartige Notlagen betroffenen Bevölkerungskreise beeinträchtigt. Es kommt daher nicht von ungefähr, daß für zahlreiche Aufgaben, die dem Funktionsbereich der Sozialarbeit zuzuordnen wären, zunehmend neue Institutionen gegründet werden, die mit der öffentlichen und privaten Wohlfahrtpflege nichts gemein haben wollen". (77)

Der hier angesprochene Protest, der in der Abwendung der Betroffenen vom herkömmlichen Hilfs- und Unterstützungsangebot zum Ausdruck kommt, trifft auf zwei Probleme, die bei der Frage nach den Trägern sozialpädagogischer Aktivität und in der gesamten Erörterung der Leistungsfähigkeit

sozialpädagogischer Theorie offen geblieben sind:
(a) die Frage nach dem Widerspruch der konservativen zur emanzipatorischen Intention sozialpädagogischer Theorie und Praxis - und in Verbindung damit auch die vordergründige Interpretation der Konkurrenz zwischen den Trägern - wird diesem Protest gegenüber belanglos: die "Klienten" machen in ihrer Ablehnung keinen Unterschied; die Differenzierungen sind für sie bedeutungslos;
(b) umso schärfer stellt sich dagegen die Frage nach den Gründen für das "Versagen" in der Praxis.

Bedauerlicherweise und bezeichnenderweise steht die eben zitierte Äußerung Kaufmanns am Schluß seines Aufsatzes. Bedauerlicherweise, weil die These,die Sozialarbeit sei außerstande, den sozial deklassierten Bevölkerungsteilen zu helfen, durchaus auf die hier diskutierte Problematik zielt, aber nicht weiter expliziert wird. Bezeichnenderweise, weil der Endpunkt dieses Aufsatzes auch den Endpunkt der meisten Untersuchungen bezeichnet. Provokatorisch verkürzt: sozialpädagogische Theorien erkennen zwar die Relevanz staatlicher Tätigkeit, untersuchen aber die Funktion nicht. Bezogen auf die Frage nach dem Beitrag sozialpädagogischer Theorien zur Klärung der Relevanz und Funktion staatlicher Jugendpolitik ergibt sich als Resultat, daß er erheblich größer ist als derjenige der Jugendsoziologie, aber ebenfalls nicht ausreicht, um eine zufriedenstellende Antwort zu geben. - Die offen gebliebenen Fragestellungen sollen daher noch einmal zusammengefaßt und expliziert werden.

1. 3 Zusammenfassung und Präzisierung der Problemstellung

Der Versuch, durch eine Überprüfung der Aussagen von Jugendsoziologie und Sozialpädagogik zu einigen ausgewählten Fragestellungen zumindest annähernd zu ermitteln, was sie zum Verständnis staatlicher Jugendpolitik beitragen können, hat ein "defizit" in folgenden Punkten erkennbar werden

lassen:
(a) Weder jugendsoziologische noch sozialpädagogische Theorien zeichnen sich durch Geschlossenheit und Einheitlichkeit aus; die Tatsache, daß die zentralen Kategorien - "Jugend" für die Jugendsoziologie, "Hilfe"/"Fürsorge"/"Vorsorge" für die Sozialpädagogik, "Staat" und "Politik" für beide - nicht präzise bestimmt werden können, hat vielfach Beliebigkeit der Aussagen zur Folge.
(b) Sowohl in sozialpädagogischen wie in jugendsoziologischen Theorien ist die Rede davon, daß politische und ökonomische Entwicklungsprozesse entscheidende Bedeutung für die zentralen Fragen haben, die in den vergangenen zehn Jahren die wissenschaftliche Diskussion bestimmt haben; gerade sie werden aber in der Regel nicht näher analysiert.
(c) Jugendsoziologen und Sozialpädagogen sind sich einig darin, daß sowohl ihre Arbeitsmöglichkeiten wie auch ihre Arbeitsergebnisse durch fachfremde politische Entscheidungen beeinflußt und vielfach unkorrekt in legitimatorischer Absicht instrumentalisiert werden.
An dieser Mängelliste wird deutlich, daß Jugendsoziologie und Sozialpädagogik selbst noch den Objektstatus der Jugendlichen in doppelter Weise übernehmen:
- einerseits behandeln sie "die Jugend" als Objekt ihrer Untersuchungen z. T. sogar recht willkürlich;
- zum andern klammern beide Disziplinen (präziser formuliert die Mehrheit ihrer Vertreter) mit erstaunlicher Sicherheit diejenigen Problembereiche aus, durch deren Diskussion zwangsläufig die Einsicht näher rücken müßte, daß die Jugendlichen Objekte ökonomischer und politischer Prozesse und Programme sind, denen kaum eine Möglichkeit zu freier, selbstbestimmter Entwicklung gelassen wird.

Die Forschungsergebnisse aus diesen beiden Fächern können daher nur partiell zur Untersuchung der Frage nach Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik herangezogen werden.

Das bedeutet, daß die Begriffe "Jugend" und "Jugendpolitik" überhaupt erst bestimmt werden müssen. Nicht nur die "Fach-

wissenschaften", sondern auch die entsprechenden Ressorts im Bundeskabinett und den Länderkabinetten mit ihren Geschäftsbereichen sind zu eingeengt konzipiert, um einfach als Ausgangspunkt der Untersuchung gelten zu können. (78)

Im folgenden Kapitel werde ich versuchen, die Begriffsbestimmung gemäß einer anderen Fragestellung zu erarbeiten: Welche ökonomischen, sozialen, kulturellen Entwicklungsprozesse, Interessen und Konflikte begründen, intensivieren oder begrenzen, d.h.: bestimmen die Inhalte der jugendpolitischen Aktivitäten des Staates? (79)

Bevor das jedoch in Angriff genommen werden kann, soll in einem Exkurs die Frage diskutiert werden, warum in den Fachwissenschaften der Objektstatus der Jugendlichen bestehen bleibt. Die Einstellung dieser Frage gegenüber hat wissenschaftliche und politische Implikationen, die auch für meine Arbeit entscheidend sind; die Frage nach dem Objektstatus trennt die "marxistische" von der "bürgerlichen" Jugendforschung. (80)

2. Jugend und Jugendpolitik - Theoretische Bestimmung und praktische Probleme

2.0 Vorbemerkung

Das vorangehende Kapitel schloß - nach Lage der Dinge unvermeidlich - mit einer Negativbilanz ab und einem Katalog offener Fragen zum Voraussetzungs- und Begründungs-Zusammenhang staatlicher Jugendpolitik. Offensichtlich haben inhaltliche Verkürzungen in jugendsoziologischen und sozialpädagogischen Forschungsansätzen in enger Verschränkung mit methodischen Optionen diesen Fragen-Katalog erst entstehen lassen. Die vorliegenden - und teilweise referierten - Äußerungen der bisher vorgestellten Theoretiker und Praktiker lassen bereits erkennen, daß es sich hier nicht allein um ein Problem der "Reichweite" oder "Leistungsfähigkeit" unterschiedlicher und konkurrierender Methoden handelt, sondern um ein ebenso politisches wie wissenschaftliches Problem. Da das weitere Vorgehen in dieser Arbeit eine Entscheidung in diesem Problem verlangt, habe ich dem folgenden Kapitel einen Exkurs vorangestellt, der in möglichst knapper Thesenform die Differenzen zwischen "bürgerlicher" und "marxistischer" Jugendforschung klarstellen und die Entscheidung für das im folgenden praktizierte Vorgehen begründen soll.

Im Anschluß daran gilt die Aufmerksamkeit der Verknüpfung von sozialen, ökonomischen und politischen Faktoren und Bedingungs-"Bündeln", die die sozialdemokratische Reformpolitik gegenüber den Jugendlichen strukturieren und charakterisieren. Dabei geht es zunächst um den Prozeß, der die Jugend-Phase gegenwärtig normalerweise beherrscht, wenn nicht sogar erst erzwingt oder ermöglicht: Die Qualifikation der Arbeitskraft. -

An die Diskussion der Frage, was der Qualifikationsprozeß für die Jugendlichen bedeutet, schließt sich die Untersuchu

einer relativ neuen Kategorie der Jugendforschung an: des "Lebenszusammenhangs" Jugendlicher; dazu tritt die Erörterung der wichtigsten Tendenzen, die diesen Lebenszusammenhang nicht nur unter ökonomischen Aspekten bestimmen und verändern.

Abschließend geht es darum, die Bedeutung des sozialdemokratischen Reform-Willens für die staatliche Jugendpolitik in einem zunächst allgemeinen Sinn zu erarbeiten (die konkrete Untersuchung bleibt dem dritten Kapitel vorbehalten). Insbesondere ist dabei zu fragen, welche Form- und Bestimmungskraft die sozialdemokratische Reformabsicht gegenüber der realen sozioökonomischen Entwicklung aufbringen kann.

In Anbetracht der inzwischen teilweise unübersehbaren Literatur ist ein exemplarisches Vorgehen unvermeidlich; es wird in den einzelnen Abschnitten jeweils begründet. Die Belastung mit Zitaten im Text wird nach Möglichkeit ebenso vermieden wie die mit "Ableitungen" aus allgemeinen Kategorien; das erfordert den umfangreichen Anmerkungsapparat, der die möglicherweise gelegentlich sehr "direkten" Aussagen kommentierend belegt und begründet.

2.0.1 Exkurs: "Bürgerliche" und "marxistische" Jugendforschung

2.0.1.0 Vorbemerkung

Im vorangegangenen Kapitel habe ich bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß bürgerliche und marxistische Theorien über "die" Jugend in einem teilweise sehr starken Gegensatz zueinander stehen. Dieser Gegensatz, der von beiden Seiten unterschiedlich beschrieben und beurteilt wird, ist Gegenstand des folgenden Exkurses; auf einen Exkurs bleibt die Darstel-

lung deshalb beschränkt, weil eine ausführliche Auseinandersetzung um "bürgerliche" und/oder/versus "marxistische" Jugendforschung und -theoriebildung nicht im engeren Sinne zum Themenbereich dieser Arbeit gehört. Das liegt darin begründet, daß die "großen Linien" und die "Fronten" dieser Auseinandersetzung nahezu identisch mit denjenigen der Kontroverse um "bürgerlicher" und "marxistische" Wissenschaft im allgemeinen sind. Da die Kontroverse inzwischen nahezu alle Bereiche der universitären Disziplinen einbezogen hat und dort die immer wieder gleichen Fragen diskutiert werden, gehe ich davon aus, daß sie allgemein bekannt sind (1).
Nützlich und sinnvoll für die Arbeit erscheint dagegen zweierlei: die Darstellung der Kontroverse, soweit sie ausschließlich oder in besonderem Maße die hier untersuchten Fragen betrifft, und die Stellung, die ich dazu beziehe und die die vorliegende Arbeit entscheidend beeinflußt.
Um den Exkurs nicht allzu umfangreich geraten zu lassen und um das mir Wesentliche hervortreten zu lassen, beschränke ich mich auf eine eher thesenhafte Darstellung, deren wichtigste Belegzitate und -hinweise sich in den Anmerkungen finden. Außerdem verzichte ich auf zwei umfangreiche Themenbereiche: Diejenigen marxistischen Untersuchungen, die den Kontext für die Jugendforschung darstellen, kann ich nur streifen (2); die Diskussion in der DDR - auch, soweit sie sich mit der Jugendforschung in der Bundesrepublik auseinandersetzt - berücksichtige ich hier nicht, weil das wiederum eine nicht mehr zu vertretende besondere Diskussion der theoretischen Grundlagen für die Auffassungen der DDR-Jugendforscher einschließen müßte (3). -

Es bleibt die Frage nach den Termini "bürgerlich" und "marxistisch".
Die Diskussion um die Begriffe, die im Gefolge der Studentenbewegung an den Universitäten (wieder) begann, hat inzwischen ihre eigene, zehnjährige Geschichte (4). Der gegenwärtige

Stand, den sie erreicht hat, läßt es nicht mehr zu, sie als eine "rein wissenschaftliche" Debatte darzustellen; sie ist auch nicht mehr nur ein Wissenschafts-"Politikum". Das Minimalzugeständnis des "Wissenschaftspluralismus" in der Berufungspolitik der Ministerien und den Debatten der Parlamente ist seit fünf Jahren durch den "Extremistenbeschluß" der Länder-Ministerpräsidenten unter Vorsitz des Bundeskanzlers und die daraufhin erfolgten Berufsverbote nicht nur eingeschränkt, sondern praktisch widerrufen. Dieser status quo gestattet keine unbefangene Verwendung der Begriffe mehr, die inzwischen längst als relativ unscharf erkannt sind (5). Ich verwende sie hier trotz der beschriebenen Entwicklung, weil sie sich "eingebürgert" haben auf "beiden Seiten" und ungeachtet der in ihnen enthaltenen Verkürzungen noch am wenigsten polemisch bzw. umständlich sind (6).

2.0.1.1 Zentrale Fragestellungen der marxistischen Jugendforschung

1. Staat, Kapital und (jugendliche) Arbeitskraft

Die marxistisch orientierten Theoretiker der Jugendforschung beziehen sich in ihren Aussagen auf die bisher vorgelegten Diskussionsbeiträge zu den Themenbereichen Staat und Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses und versuchen, die von Staat, Kapital und anderen Faktoren jeweils unterschiedlich vorgegebene Situierung der Jugendlichen (7) in zunehmender Präzision zu bestimmen (die dabei entstehenden Fragen sind der Gegenstand des folgenden Kapitels).
Im Gegensatz zu ihren bürgerlichen Kollegen konzentrierten sich die Marxisten von Anfang an auf die Frage, ob und inwieweit ein Objektstatus der Jugendlichen gegeben sei (8), und verknüpften das gleichzeitig mit der Frage nach einer mögli-

chen Auflösung dieses Objektstatus (9). Damit trat neben die ökonomischen, soziologischen, juristischen etc. Fragestellungen, die in unterschiedlicher Qualität und Intensität auch Gegenstand der bürgerlichen Jugendforschung sind, auch von Anfang an und gleichberechtigt die politisch-praktische Frage nach den Problemen einer "antikapitalistischen" Aktion (10). - Von Anfang an verband sich mit dieser Problemsicht auch die Konzentration auf "Arbeiterjugendliche" bzw. die "proletarische Jugend" (11) - genauer: Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte; Gymnasiasten und Studenten wurden mit der Begründung "vernachlässigt", daß die bürgerliche Jugendforschung sich schon ausgiebig mit ihnen beschäftige, während über die "vergessene Majorität" kaum etwas bekannt sei (12).

Neben diesen eher allgemeinen Problemen, die nach wie vor diskutiert werden, wurde die Jugendpolitik als Bestandteil staatlicher Sozialpolitik zum Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der marxistischen Jugendforschung in der BRD (13). Eine entsprechende Forschungsarbeit und Theorienbildung ergab sich schlüssig aus den vorgefundenen staatlichen und privaten, speziell auf die Jugendlichen gerichteten Aktivitäten, d.h.: der "Jugendarbeit" (14). Die marxistische Jugendforschung stellte damit einen Bezug zwischen sozialstaatstheoretischen, jugendsoziologischen und sozialpädagogischen Untersuchungsbereichen her, die in der bürgerlichen Jugendforschung in der Regel separat diskutiert werden (15).
Auf diese Weise - durch die Verbindung herkömmlicherweise getrennter theoretischer und empirischer Untersuchungsbereiche - gelangte die marxistische Jugendforschung schließlich zur Kategorie des "Lebenszusammenhangs" der Jugendlichen (16), wobei allerdings betont wird, daß sie eher postulatorischen Charakter trägt und noch keineswegs die Integration aller Untersuchungsansätze leisten kann, die sich auf den

Alltag Jugendlicher beziehen (17). - Am "Lebenszusammenhang" Jugendlicher setzen in jüngster Zeit zunehmend die Kontroversen um die Praxis der "antikapitalistischen Jugendarbeit" (18) und der anderen Ansätze marxistisch orientierter Jugendforschung und entsprechender -arbeit (19) an (vgl. dazu Kap. 3). Das wichtigste Problem dabei ist für Theoretiker und Praktiker in gleichem Maße die Frage der Autonomie jugendlichen Handelns (20); Einschränkungen dieser Selbstbestimmung werden allenfalls unter dem Gesichtspunkt politischer Organisation und deren Implikationen diskutiert (21).

2. Die materielle Lage der Jugendlichen

Die heftigste Kritik der marxistischen Jugendforschung an ihrem bürgerlichen Pendant bezieht sich auf deren ungenügende empirische Ermittlung der materiellen Lage der Mehrheit der Jugendlichen (22). In Anbetracht der unverhältnismäßig stark beschränkten Möglichkeiten, die der marxistischen Jugendforschung zur Verfügung standen und stehen, sind beachtliche Studien vorgelegt worden (23). Dieses Urteil wird auch nicht durch die "interne" marxistische Kritik beeinträchtigt, da alle Arbeiten zur Analyse und Darstellung der materiellen Situation zunächst damit beginnen mußten, die allerersten Kriterien und Kategorien zu bestimmen und zu definieren, die die verlangte spezielle Klassenanalyse erst möglich machen (24). Auch hier lag der Schwerpunkt der "reinen" Jugendforschung zunächst bei den Jugendlichen aus Familien abhängig Arbeitender ("proletarische Jugendliche"); die gleichzeitige Arbeit marxistischer Bildungsökonomen und Pädagogen gewährleistete aber auch, daß (Ober-)Schüler und Studenten berücksichtigt wurden (25).

Aus dem Bereich der alternativen Schulpädagogik wurden schließlich auch erste Ansätze dazu entwickelt, die Jugendlichen nicht nur in ihrer Gesamtheit oder je nach besonderen

Gruppen speziell (26) zu behandeln (z.B. "Arbeitermädchen") sondern auch individualpsychologische Aspekte zu berücksich gen; Arbeiten dieser Art markieren ihrem eigenen Selbstver- ständnis zufolge allerdings erst einen Anfang, der kontinui liche Weiterarbeit erfordert (27).

Neben die eher allgemeinen Arbeiten sind seit 1969 in zuneh mendem Maße solche getreten, die einzelne Bereiche untersu- chen. Diese Bereiche sind - außer Schule und Betrieb - vor allem im Freizeitbereich insgesamt zu finden: Freizeitheime Sport, Sexualität sowie Kriminalität, Suchtgefährdung und -abhängigkeit einschließlich der Resozialisation, und schli lich Theater- und Medienarbeit (28).

In den letzten drei Jahren sind diese und ähnliche Problem- felder jedoch nicht mehr der Mittelpunkt der Arbeit; die marxistische Jugendforschung hat sich im Verlauf der ökonom schen Krise besonders auf die Jugendarbeitslosigkeit und ih Folgeprobleme konzentriert (29).

3. Aktivitäten, Politik und Organisation der Jugendlichen

Die marxistische Jugendforschung setzt sich auch ihrerseits mit dem Problem auseinander, das alle Ansätze marxistischer wissenschaftlicher Arbeit im Gefolge der Studentenbewegung kennzeichnet: dem "Neu-Anfang", der "Rekonstruktion" dieser Arbeit, die nach 1933 in Deutschland abgewürgt wurde und nach 1949 in der BRD kaum eine Tradition und eine Chance hatte (30). Wie in anderen Fällen auch bezog man sich auf "die Klassiker" von Marx über Liebknecht bis zu Wilhelm Reich und S. Bernfeld - ohne mehr als einige methodische An sätze von ihnen beziehen zu können (31). Aktivitäten, Poli und Organisation der Jugendlichen ließen sich aus der bloße Rezeption heraus nicht in Inhalt, Zielsetzung, Strategie un Taktik bestimmen. Eben das stellte aber das Hauptproblem de auf möglichst unverkürzte Umsetzung in die Praxis hin konz

pierten Theoriearbeit dar; daraus erklärt sich auch das lebhafte Interesse an einer Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisationen sowie speziell an dem wechselweisen Verhältnis zwischen den Organisationen und den Jugendlichen (32).

In der Diskussion dieser Fragen ergaben sich schließlich drei Themenkomplexe, die in einer nicht mehr aufzulösenden Konstellation zueinander standen: die autoritäre Bevormundung der Jugendorganiationen durch jeweils "ihre" Parteien bzw. die betreffende Gewerkschaft; das Problem der Reform, Reformismus und Radikalität; außerdem die spontane und selbstbestimmte Aktivität der Jugendlichen und ihrer Organisationen (33). Da es ernstzunehmende kommunistische oder sozialistische Parteien und ihnen verbundene Gewerkschaften nicht gab, die einen Vergleich mit der organisierten Arbeiterbewegung der Weimarer Zeit oder Italiens, Frankreichs und Englands ausgehalten hätten, blieb die Problemkonstellation auch unlösbar: Eine marxistisch orientierte Jugendorganisation, die autonom, spontan und nicht-reformistisch ohne die Rückbindung an eine entsprechende Partei hätte handeln können, war nicht vorstellbar. Entsprechende Absichten werden seit etwa drei Jahren auch nicht mehr diskutiert (34).

Aus dieser Situation ergab sich, daß die Sozialpädagogen unter reduzierten Ansprüchen und Erwartungen und unter dem zunehmenden Druck der Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor versuchen müssen, die Jugendlichen zu unterstützen, ohne sie zu bevormunden - trotz der immer deutlicheren Abwendung des öffentlichen Interesses vor einer Fortführung jugendpolitischer Reformen (35).

4. Zusammenfassung

Die marxistische Jugendforschung und die an ihr orientierte Jugendarbeit in der Bundesrepublik haben seit 1967

(a) eine stark praxisorientierte Theorie der materiellen Lage der Jugend in der Klassengesellschaft der BRD und Westberlins erarbeitet, die eine enorme Fähigkeit bewiesen hat, auch sonst disparate Forschungs- und Arbeitsbereiche zu integrieren;

(b) eine öffentlich intensiv diskutierte Praxis zu beginnen, die überregional auf breiter Basis betrieben wird und die etablierte Jugendarbeit unter teilweise erheblichen Legitimationsdruck setzt.

Diese theoretisch-praktische Arbeit hat zwar im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts eine ganze Anzahl von Zielsetzungen aufgeben oder zurückstellen und eine ganze Reihe ihrer Positionen immer wieder revidieren müssen - sie ist aber nicht gescheitert. Ihre Fähigkeit, auch die qualitativ neue Krisensituation der Gegenwart theoretisch zu reflektieren und neue Ansätze für die Weiterarbeit zu konzipieren, kann nicht in Frage gestellt werden - ebenso wenig wie ihre Fähigkeit zur Selbstkritik.

2.0.1.2 Die antimarxistische Position der bürgerlichen Jugendforschung

1. Die "normale" Abwehrhaltung

Da die bürgerliche Sozial- und Jugendforschung sich bis 1967/68 nicht ernsthaft gezwungen sah, eine Auseinandersetzung mi

marxistischen Theoremen zu beginnen, blieben viele Vertreter der Zunft ahnungs- und hilflos, als die Studentenbewegung ihnen eine solche Diskussion abforderte (36). In den seither vergangenen zehn Jahren hat sich daran offenkundig nicht viel geändert - das beklagen auch diejenigen bürgerlichen Wissenschaftler, die, ihrem Selbstverständnis zufolge, in vorderster Front des Abwehrkampfes stehen (37).

Im ersten Kapitel wurde bereits erkennbar, daß die schiere Unkenntnis entweder offen zutage tritt oder indirekt - insofern, als über marxisitische Ansätze einfach keine Aussagen gemacht werden (38). Gelegentlich behilft sich die Unkenntnis damit, daß sie nicht etwa auf die Sachaussagen marxistischer Wissenschaftler eingeht, sondern sich zu erklären versucht, warum sich diese Menschen in Theorie und Praxis so verhalten. In solchem Ringen um Verständnis werden neben psychologischen auch andere Erklärungsansätze präsentiert, die bis in existentiell-theologische Deutungsmuster reichen können (39).

Regelmäßig stellt sich heraus, daß die bürgerlichen Wissenschaftler vom Marxismus (oder genauer: von dem, was sie dafür halten) eine Art Bedrohung und Gefährdung ihrer eigenen Positionen ausgehen sehen, die oft als umfassend und zerstörerisch beschrieben wird (40). Wenn ein derartiger Eindruck sich vertieft, verhärtet sich die sonst passive Abwehrhaltung; die bürgerlichen Wissenschaftler werden aktiv und offensiv (41).

An diesem Punkt überschreitet die offensive Bekämpfung marxistischer Auffassungen den wissenschaftlichen Bereich und begibt sich auf das politische Feld. Scheinbar wissenschaftlich ausgewiesene Aussagen dienen dann dazu, politische "Maßnahmen" zu veranlassen und/oder zu legitimieren. Die daraus entstehenden Auseinandersetzungen sind nicht nur der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern oft auch der "benachbaren" Fachöffentlichkeit kaum noch verständlich (42). Das begünstigt die Regelung

von Konflikten nach der Art der einfachen Formel, daß "die Roten" in jedem Falle schwach gehalten werden müssen:

> "Auch dann, wenn man in unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch entscheidende Mängel sieht, darf man darüber hinaus hie die Frage vergessen, was als Alternativlösung angeboten wird. Die Thesen jedenfalls, die dazu von Linksextremisten unter Berufung auf Marx angeboten werden, sind abzulehnen: sie führen entweder in das Chaos oder in die Diktatur." (43)

2. Begründung und Funktion der Abwehrhaltung

Das Zitat läßt erst einen Teil der Gründe erkennen, die bürgerliche Wissenschaftler zur Ablehnung marxistischer Positionen führen. Neben die Abwehr der Kritik an den gegebenen Verhältnissen (44), die für ungerechtfertigt gehalten wird (darüber ließe sich ja durchaus noch wissenschaftlich streiten), und neben die Ablehnung einer Kritik an den Arbeitsmethoden und -ergebnissen der bürgerlichen Wissenschaft (45) (die zumindest subjektiv einsichtig wäre), tritt die Formulierung von Ängsten, die in ihrer Irrationalität und Absurdität nicht mehr nur durch jeweils persönliche Erfahrungen oder durch den Einfluß der veröffentlichten Meinung erklärlich sind (46).

Durch die Vorlage von Publikationen, die - wenn auch in jeweils unterschiedlichem Maß - diese drei Momente verknüpfen, haben gerade die prominenten Jugend-, Sozial- und Politikwissenschaftler dazu beigetragen, ein innerwissenschaftliches Feindbild zu erzeugen, das sich dem gesamtgesellschaftlichen Feindbild in der Bundesrepublik und Westberlin legitimatorisch zuordnet (47). Diese Funktion einer Unterstützung der "innerstaatlichen Feinderklärung" mit allen Konsequenzen ist zudem kein unbeabsichtigtes "Nebenprodukt"; auch für den Bereich der Jugend-Forschung, -Arbeit und -Politik gilt, daß die bürgerlichen Wissenschaftler für die Einschränkung der praktischen und theoretischen Arbeit marxistischer Wissen-

schaftler und Praktiker durch Berufsverbote und/oder ständige mißtrauische Beobachtung mitverantwortlich sind (48).

3. Zusammenfassung

Die antimarxistische Haltung der bürgerlichen Jugendforschung erweist sich als kaum wissenschaftlich begründet. Auch eine wissenschaftliche Kritik an dem Theorem marxistischer Jugendforschung ist die Ausnahme; sie wird vielfach durch politisch-polemische Stellungnahmen überlagert und erdrückt. Je mehr die bürgerlichen Jugendforscher durch ihnen schwer erklärbare Ereignisse (wie z.B. die internationale "Jugendrevolte") oder eine unabhängig von ihnen konzipierte Theorie und Praxis marxistischer Prägung in die Defensive geraten (49), umso stärker tendieren sie dazu, ihre Disziplin zu dem zu machen, das sie den marxistischen Kollegen vorwerfen: zu einer dogmatisch verengten Kampfwissenschaft (50).

2.0.1.3 Einige Schlußfolgerungen

1. Zur Relevanz der marxistischen Jugendforschung für die Arbeit

In Anbetracht der offenen Fragen aus dem ersten Kapitel überzeugt die marxistische Jugendforschung insbesondere durch ihren deutlich weiter gefaßten Arbeitsansatz, der seine Integrationsfähigkeit noch keineswegs erschöpft hat und eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis vorweisen kann, die in der bürgerlichen Jugendforschung kaum angelegt ist. Quantität und Qualität der marxistisch orientierten Publikationen sind, gemessen an dem Zeitraum, in dem sie entstanden, zumindest beachtlich.

An diesem Urteil ändert auch die "zweite Phase" der marxistischen Jugendforschung seit 1968/69 wenig (51). Die Aktivitäten und Publikationen, die dem Konzept der "antikapitalistischen Jugendarbeit" verpflichtet sind bzw. waren (52) trugen vielfach den Charakter rascher, gelegentlich übereilter Pauschalisierung durch Verkürzung ihrer eigenen, selbst wohl fundierten theoretischen Arbeiten und Postulate; sie sind gelegentlich den Resultaten ihrer Praxis nicht gewachsen gewesen, die notwendig ebenfalls zu kurz griff (53).

Diese "zweite Phase" kann jedoch als abgeschlossen gelten. Die etwa 1974/75 beginnende "dritte Phase" marxistischer Jugendforschung geht - nach einer "Pause" von etwa einem Jahr - inzwischen weit über die Arbeitsergebnisse und Begrenzungen der zweiten Phase hinaus (54). Ohne die früheren positiven Ergebnisse zu vergessen oder aufzugeben, ist es offenkundig gelungen, auch Arbeitsresultate aus anderen Forschungsbereichen zu nutzen und neue Arbeitsansätze zu entwickeln. Dabei sind insbesondere weiterentwickelte polit- und bildungsökonomische, praxisbezogene und sozialpsychologische Ansätze und Arbeitsbereiche erkennbar, die - ohne daß sie hier allesamt aufgegriffen werden könnten - zur Analyse staatlicher Jugendpolitik in hohem Maße beitragen können (55). Ohne diese Vorarbeiten hätte die vorliegende Arbeit kaum sinnvoll konzipiert werden können.
Gerade angesichts der auch im "Umkreis" und offenkundig auch Anregung der marxistischen Jugendforschung entstandenen neueren Arbeiten (56) ist es uneingeschränkt gerechtfertigt, die dort entwickelten Ansätze für das Thema der Arbeit so weit als möglich zu nutzen.

2. Zur Relevanz der bürgerlichen Jugendforschung für die Arbeit

Wie ich bereits zu zeigen versucht habe, beschränkt sich die bürgerliche Jugendforschung darauf, nur eine Teilgruppe aller Jugendlichen, ihr Verhalten und ihre Probleme zu untersuchen

Diese Beschränkung auf die Partialuntersuchung wird durch die implizit methodische Einschränkung ergänzt, die die Arbeiten der bürgerlichen Jugendforscher bis zu einem bestimmten Grad charakterisiert. Sofern diese reduzierte Fähigkeit, zu Aussagen zu gelangen, ebenso berücksichtigt wird wie die Tatsache, daß es Aussagen aus anderen Bereichen der bürgerlichen Forschung gibt, die auch für den Problembereich "Jugend und Jugendpolitik" herangezogen werden können (57), ist es nicht nur unvermeidlich, sondern auch nützlich, die Resultate bürgerlicher Forschungsanstrengungen heranzuziehen und auszuwerten.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit habe ich das versucht. Dabei galten jedoch zwei wichtige Einschränkungen: Einerseits war es nicht möglich, alle der Jugendforschung direkt oder implizit benachbarten Forschungsbereiche zu berücksichtigen (58); andererseits läßt sich hinsichtlich der bürgerlichen Jugendforschung - einschließlich der angrenzenden Gebiete - eine ähnliche Phaseneinteilung beobachten, wie sie am Beispiel der marxistischen Jugendforschung eben beschrieben wurde (59). Die aktuellen Krisenerscheinungen im gesamten Jugendbereich sind von der bürgerlichen Jugendforschung bisher erst registriert worden; neuere Arbeitsergebnisse liegen noch nicht vor (60).
Unter diesen Umständen ergab sich zwangsläufig eine - proportional gesehen - stärkere Berücksichtigung von Arbeiten aus dem Bereich der marxistischen Jugendforschung.

3. Zur Position der vorliegenden Arbeit

Es ist Ziel dieser Arbeit, zu einem Urteil über ein Jahrzehnt staatlicher Jugend-Politik zu gelangen. Bürgerliche und marxistische Jugendforschung und ihre Ergebnisse ebenso wie die angrenzender Forschungsbereiche wurden herangezogen, um eine derartige Aussage zu ermöglichen. Daraus ergab

sich nur scheinbar und nur für eine begrenzte Zeit eine neutral wertende Einstellung gegenüber den beiden prinzipiell und qualitativ stark unterschiedlichen Ansätzen der Jugendforschung (61). Die "neutrale Wertung", welcher Ansatz eine größere Reichweite besitzt, ist nicht durchzuhalten. Das ist vor allem deshalb nicht möglich, weil die festgestellte Tendenz, die Jugendlichen in einem klaren Objektstatus zu belassen, der bürgerlichen Jugendforschung und der bürgerlichen Jugendpolitik gemeinsam sind. Die marxistische Jugendforschung und die -Politik, die die Forschenden selbst betreiben, gehen das Problem nicht einfach mit umgekehrten Vorzeichen an (62): Sie reflektieren den festgestellten Objektstatus zwar (zum Teil äußerst) kritisch, können aber das Faktum der "normalen" Trennung zwischen Forschung und Politik nicht umstandslos "abschaffen".

Aus dem Dilemma, Forschung getrennt von denen zu betreiben, deren Probleme Gegenstand der Forschung sind, bei aktiv betriebener Politik zusammen mit Jugendlichen aber nicht gleichzeitig zur Forschung kommen zu können, kann sich gerade eine Dissertation kaum befreien. Die vorliegende Arbeit ist im Interesse entstanden, eine Politik argumentativ zu unterstützen, die die Jugendlichen nicht mehr im Status von Objekten beläßt, ist damit aber noch keineswegs selbst schon ein Teil solcher Politik. Das wird sich erst in der politischen Praxis herausstellen - gleichgültig, ob ich mich daran beteilige oder nicht. Es steht aber fest, daß das theoretische und praktische Interesse der Arbeit nicht mit dem der bürgerlichen Jugendforschung übereinstimmt (63).

2. 1 Das Problem einer allgemeinen Bestimmung der Jugendphase

2. 1. 1 Die Jugendphase als Qualifikationsphase

Wie bereits in Teil 1 deutlich geworden ist, entspricht die Konfrontation von "bürgerlicher" Jugendsoziologie und marxistischer Jugendforschung der real unterschiedlichen Situation von bürgerlichen und Arbeiter-Jugendlichen. Ausgangspunkt auch für dieses Problem ist die Herausbildung des kapitalistischen Produktionsprozesses seit etwa Mitte des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland, die eine Jugendphase in dem Sinn, wie sie hier diskutiert wird, erst als Möglichkeit konstituiert. Da dieser Prozeß im allgemeinen (1) und einige seiner zentralen Momente (2) - wie beispielsweise die Herausbildung des Schulwesens (3) - schon vielfach und ausreichend beschrieben wurden, kann ich mich hier auf eine sehr knappe Zusammenfassung beschränken, die nur den Zweck hat, Kontinuität und Widersprüchlichkeit dieses Entwicklungsprozesses zu beschreiben und erkennbar werden zu lassen, worin die neuen Momente und Problemstellungen zu sehen sind, die - ungefähr - das vergangene Jahrzehnt kennzeichnen.

Der Problemzusammenhang Jugend u n d Qualifikation entwickelt sich für das Bürgertum und die nichtbürgerlichen Schichten (4) von Anfang an unterschiedlich. Dem Bürgertum hatte sich das Qualifikationsproblem schon vor dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung gestellt: mit der Notwendigkeit, sich entweder für einen kaufmännischen Beruf oder für die Übernahme einer Position im Verwaltungsapparat des absolutistischen Staates zu qualifizieren (5). Das Jugendproblem ergab sich erst dann, wenn die Ausbildung eine besondere Institution erforderte, also nicht im Beruf selbst stattfinden und auch nicht im Elternhaus erledigt werden konnte (6). Damit wird deutlich, daß der Problemzusammenhang für das Bürgertum sich daraus ergab, daß sich vor die

Phase des Universitätsstudiums zunehmend die Phase eines obligatorisch werdenden Schulbesuchs schob. Diese Entwicklung war in dem Augenblick beendet, in dem das Abitur als Nachweis eines erfolgreichen Besuchs des Gymnasiums zur allgemein geforderten Voraussetzung für den Zugang zur Universität wurde.
Diese Entwicklung war zu Beginn unseres Jahrhunderts weitgehend erreicht; es ist bekannt, daß die deutsche Ausprägung des Qualifikationsprozesses ihren Klassencharakter sehr stabil halten konnte (7) und schließlich nachgerade zu einem integralen Bestandteil bürgerlicher Identität wurde (8). Dieser "status quo" hielt sich bis in die fünfziger Jahre. -

Ganz anders mußte sich das Problem für die Arbeiterfamilie darstellen, die zunächst einmal in Gefahr stand, im Industrialisierungsprozeß als soziale Einheit aufgelöst zu werden (9). Ihre in der ersten Phase der kapitalistischen Entwicklung fast totale Subsumtion unter den Produktionsprozeß ließ eine Qualifikationsphase nur zögernd entstehen; von einer Jugendphase konnte lediglich unter dem biologischen Aspekt der "Reifung" oder des "Heranwachsens" die Rede sein (10). Die Sprunghaftigkeit und Ungleichzeitigkeit der Produktivkraftentwicklung erzwingt zwar ein allgemeines Schulwesen, drückt sich aber noch deutlich genug in dessen "Buntscheckigkeit" aus, die bis heute noch nicht in einer vollständigen Vereinheitlichung aufgehoben ist.
Die Widersprüchlichkeit, die dieser Entwicklung einer staatlich besorgten, allgemeinen Qualifikation vom kapitalistischen Fortschritt recht unvermittelt aufgeprägt wird, bestimmt nicht nur das Handeln des Staates, sondern auch die Einstellung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen diesem Qualifikationsprozeß gegenüber. Einerseits läßt die Arbeiterbewegung durchaus einen regelrechten "Hunger" nach Bildung erkennen (11) - andererseits läßt sich aber auch vielfach ein deutlicher Vorbehalt gegen eine Bildung

erkennen, die den durch sie ermöglichten Aufstieg in der Regel gleichzeitig zur Integration in die bestehende Gesellschaftsordnung instrumentalisiert (12). Auch das hat sich bis in die fünfziger Jahre hinein kaum geändert (13).

In der Frühphase der Bundesrepublik verändern sich die Voraussetzungen, auf denen dieses Klassencharakter tragende Bildungswesen beruht, zwar sehr rasch und gründlich, notwendige Konsequenzen werden aber bis an den Anfang der sechziger Jahre nicht gezogen (14). Die Veränderungen betreffen mehrere Bereiche (15):

- zunächst den Bereich der Produktion selbst und die dort entstehenden neuen Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Arbeitskraft; (16)
- dann den Bereich der Familie, wenn auch zunächst nur durch die Reduktion auf die "Kleinfamilie", die der Staat nach Kräften zu stabilisieren sucht; (17)
- schließlich auch das Gefüge der politischen und sozialen Normen der gesamten Gesellschaft. (18)

Sicherlich war ein großer Teil dieser Veränderungen bereits durch den Nationalsozialismus, den Krieg, die Entstehung der beiden deutschen Staaten und die Flüchtlingsbewegung bedingt; als ebenso relevant stellt sich aber die Gesamtheit der Aspekte, die unter dem Begriff des "Wirtschaftswunders" zusammengefaßt werden, neben die anderen Faktoren (19).

Verantwortlich für den Aufschub ist die in der Tat ebenso konservative wie restaurative Politik der CDU/CSU-Bundes- und Länderregierungen: sie mühen sich nicht nur damit ab, vermeintlich "gute", vorfaschistische Verhältnisse wiederherzustellen, sondern versuchen auch, neue Entwicklungen zu vermeiden, die den erwähnten Veränderungen entsprächen (20). - Die Vielfalt und Komplexität von Faktoren, die sie dabei stützten, kann ich hier nur an einem Punkt andeuten: Die Tatsache, daß die Flüchtlinge aus der DDR (und anderen Gebieten) z. T. sogar überdurchschnittlich

qualifizierte Arbeitskräfte waren, verstellte nicht nur lange Zeit den Blick dafür, daß die Qualität des Bildungssystems immer weniger ausreichte (21), sondern begünstigte auch eine konservative Politik, da nur eine verschwindende Minderheit der Flüchtlinge wegen linksoppositioneller Einstellungen in die Bundesrepublik kam - in ihrer absoluten Mehrheit wollten die Flüchtlinge eben gerade solche Veränderungen n i c h t , wie sie in der DDR schon durchgesetzt oder laufend weiter eingeleitet wurden (22).

Anfang der sechziger Jahre ändert sich diese Szenerie ziemlich rasch: die Entwicklung der Bildungsökonomie und der sog. "Sputnikschock" werden von den USA in der BRD rezipiert; Picht und Edding machen die Notwendigkeit einer langfristigen Bildungsplanung deutlich und können die Erkenntnis durchsetzen, daß der Bundesrepublik eine "Bildungskatastrophe" droht, wenn sie nicht umgehend erhebliche Anstrengungen macht, um den Rückstand gegenüber anderen Staaten aufzuholen (23). - Wie auch immer die ausschlaggebenden Faktoren im einzelnen gewichtet werden - die Vermeidung der Bildungskatastrophe wird zum Leitmotiv bildungspolitischer Diskussionen und Konzeptionen der darauffolgenden fünf Jahre (24).
Wie unzulänglich und widersprüchlich auch immer der Reformprozeß in Gang kommt, er erzeugt bei den Betroffenen - Schülern, Lehrlingen und Studenten - sowohl eine rasch manifest werdende Erwartungshaltung wie auch eine zwar schnelle Zunahme kritischer Einstellungen gegenüber den gegebenen Verhältnissen in Schule, Hochschule und Berufsausbildung (25). Das Versprechen der Bildungsreform löst also auch seinerseits Konflikte aus, die auf realen Interessengegensätzen beruhen; wenn eine Entspannung der Situation angestrebt wurde, trat sie jedenfalls nicht ein (26). (An diesem Punkt setzt bezeichnenderweise denn auch die konservative Kritik an: es seien Erwartungen geweckt worden, von denen man schon vorab hätte wissen müssen, daß sie nicht einlösbar seien, und das werde den Konflikt nur verschärfen.) (27)

Auf die umstrittenen Konsequenzen der reformpolitischen Anstrengungen wird in Teil 2. 2 noch einzugehen sein. Hier möchte ich nur zwei Tendenzen benennen, die sich damals - ab 1965 - schon herausbilden und sich heute noch klarer fassen lassen.
Zunächst hat eine Verlängerung der Phase allgemeiner Qualifikation eingesetzt: heute gehen mehr Kinder in die Schule als in der resten Hälfte der sechziger Jahre. Diese Tendenz hat sich - und sei es paradoxerweise - auch in der gegenwärtigen Krise gehalten; sie ist auch nicht umstritten (28).
Anders verhält es sich mit einer anderen Tendenz: der scheinbaren Einebnung der Qualifikationsunterschiede durch die quantitative Ausdehnung des Angebots an Qualifikationsmöglichkeiten, die exemplarisch durch die allgemeine Einführung der Gesamtschulen erreicht werden sollte. Wie die Beispiele Nordrhein-Westfalen und Hessen zeigen, ist dieser Versuch eines schrittweisen Abbaus klassenspezifischer Qualifikationsunterschiede als Bedrohung bürgerlicher Privilegien empfunden worden (29).

Bereits dieser oberflächliche Überblick zeigt, daß die Bedeutung des Qualifikations-Aspekts für eine Bestimmung der Jugendphase allgemein kontinuierlich zugenommen hat - ganz besonders und sehr rasch aber im vergangenen Jahrzehnt (30). Eine Untersuchung staatlicher Jugendpolitik muß also die Voraussetzungen und Bedingungen der staatlichen Bildungspolitik in erheblichem Maß berücksichtigen (vgl. dazu Teil 2. 2). Die in engerem Sinne verstandene "außerschulische" staatliche Jugendpolitik ergänzt die Bildungspolitik (31); der zweite Abschnitt dieses Teils soll einen kurzen Überblick darüber geben, welche Funktion diese Ergänzung hat.

2. 1. 2 Weitere für die Jugendphase konstitutive Momente

Andeutungsweise ist eben schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich die Institution Familie im Verlaufe die-

ses Jahrhunderts sehr stark verändert hat. Die für unseren Themenzusammenhang wichtige Entwicklung seit 1945 zeigt, daß die Familie zunehmend unter starken Druck geraten ist; es steht zu erwarten, daß dieser Druck sich auch auf die Jugendlichen ausgewirkt hat und weiter auswirkt. In gewissem Sinne hat auch der Staat diesem Umstand Rechnung getragen: Jugend und Familie werden vom gleichen Ressort "betreut".

Für die Jugendphase sind - teilweise anders als für die Phase der Kindheit - vor allem folgende drei interdependenten Momente von Bedeutung:

(a) Der Druck, der dadurch auf die Familien ausgeübt wird, daß zunehmend auch die Frauen berufstätig werden (32). Damit werden die Konsequenzen noch verstärkt, die sich aus der Reduktion der Familie vom "bürgerlichen" Typus der Jahrhundertwende zur "Kleinfamilie" der Jahrhundertmitte ergeben haben: die Voraussetzungen für eine "Vergesellschaftung" bislang privater familiärer Funktionen entstehen (33).

(b) Krieg und Gefangenschaft waren vielfach schon der erste Ansatz für einen Wandel von der traditionell-patriarchalischen, autoritären zur "partnerschaftlichen" Familie (34). Die zunehmend notwendige Berufstätigkeit der Frauen bedeutete einen weiteren Schritt in diese Richtung. Die erst in jüngster Zeit relevant gewordene, aber sehr rasch zunehmende Tendenz zur Emanzipation der Frau hat diese Situation nur beschleunigt (35).

(c) Seit dem Ende der sechziger Jahre hat sich mit der Ausbreitung von Grundsätzen der "antiautoritären Erziehung" auch die Tendenz bemerkbar gemacht, eine Forderung durchzusetzen, die bereits in der Anfangsphase der Weimarer Republik im Jugendrecht verankert werden sollte: die Anerkennung von Rechten der Kinder und Jugendlichen gegenüber dem traditionellen Elternrecht (36).

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Entwicklung keineswegs kontinuierlich verläuft, daß sie in den verschiedenen sozialen Schichten in unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Intensität verläuft, und daß es

Rückschläge geben kann:
- in Krisensituationen sind die Frauen besonders stark von Arbeitslosigkeit gefährdet;
- die Emanzipation von Frauen, Kindern und Jugendlichen steht erst in den Anfängen;
- die konservative Reaktion agiert sehr geschickt und wirkungsvoll mit den verunsichernden Wirkungen dieser Prozesse. -

Der"Lebenszusammenhang" der Jugendlichen (37) wird - außer durch Familie, Schule und Berufsausbildung - von drei weiteren Aspekten bestimmt, die ihrerseits auch bei der Konzeption staatlicher Jugendpolitik berücksichtigt wurden:
(a) die schon skizzierte, nach 1945 fortgesetzte, in Sprüngen stattfindende und gegenüber der Weimarer Zeit und dem Dritten Reich spürbar beschleunigte Veränderung von (Aus-) Bildung und Familie hat in gesamtgesellschaftlichem Ausmaß eine Auflösung des tradierten sozialen Normensystems im Gefolge gehabt, die mit dem Bankrott des politischen (und teilweise auch des kulturellen) Normensystems korrespondiert (38) - Schelsky hat mit seinem Schlagwort "skeptische Generation" schon früh zum Ausdruck gebracht, daß sich die Verunsicherung nicht nur auf die unmittelbare "Nachkriegsjugend" beschränkte (39).
(b) Der neu entstandene und sich allmählich ausdehnende jugendliche Lebenszusammenhang ist sehr schnell als Markt erkannt und ausgebeutet worden (40). Die nicht-marxistische Jugendsoziologie hat das nur teilweise wahrgenommen; die Debatten über eine "Jugendkultur" bzw. "jugendliche Sub- (oder Teil-)Kultur" zeigen diesen Irrtum vielfach und sind nicht zu Unrecht in den Verdacht geraten, die Jugendlichen nur als Konsumenten ernst zu nehmen und zu untersuchen (41).
(c) Die allgemeine Verunsicherung und die Vermarktung des Lebenszusammenhangs in materieller wie ideeller Hinsicht haben bei den Jugendlichen Desorientierungs-, Vereinzelungs- und soziale Desintegrationsprozesse in stetig zunehmen-

dem Maß beschleunigt (42). Ausdrucksformen dieser Entwicklung sind u. a. Alkoholismus und Drogenkonsum sowie Jugendkriminalität im allgemeinen und Ausbreitung von Gewaltförmigkeit in den sozialen Beziehungen im besonderen (43). (Es wird auch zunehmend klarer erkennbar, daß diese Phänomene keineswegs mehr - wie früher angenommen wurde - klassen- oder schichtenspezifisch beschränkt auftreten.) (44)
Natürlich treten noch eine Reihe weiterer Aspekte hinzu, die hier nicht berücksichtigt werden können - beispielsweise das Problem der Sexualbeziehungen oder das Problem des Mangels an eigenem Wohnraum; in Teil 2. 3 wird noch davon die Rede sein.

Die aufgrund der hier grob skizzierten, langfristigen Entwicklung entstehende Unruhe unter den Jugendlichen (die keineswegs erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zum "Ausbruch" kam - vgl. beispielsweise die viel zitierten "Halbstarkenkrawalle", die Schwabinger "Krawalle" usw. (45)) führte schließlich zu einer Intensivierung der politischen Bildungsarbeit sowohl seitens der Parteien wie auch durch die Gewerkschaften und die Jugendverbände; diese Aktivitäten begannen im Gefolge der Umorientierung der Bildungspolitik Mitte der sechziger Jahre (46). -
Auch hier kam es aber nicht zu einer Beseitigung der Unruhe, sondern zu einer Transformation: die Jugendlichen begannen nach kurzer Zeit, ihre Rechte "einzuklagen". Obwohl das zunächst nur punktuell geschah, genügte es, nahezu "über Nacht" eine breite Bewegung in Gang zu setzen (47).

2. 1. 3 Zusammenfassung

Dieser erste Überblick läßt den Schluß zu, daß sich nach 1945 allmählich, ab Mitte der sechziger Jahre dann sehr rasch und sprunghaft eine neue Quantität und Qualität der

Jugendphase in der Bundesrepublik herausbildete. Jeder ihrer Bestimmungsfaktoren für sich ist mehr oder minder deutlich erkennbar von der entsprechend rasch verlaufenden Veränderung des Kapitalverwertungsprozesses bestimmt.

Die staatliche Jugendpolitik reagiert darauf mit integrativen und präventiven Aktivitäten, die aufgrund ihrer Rückbindung an die Sicherung des Kapitalverwertungsprozesses den Aktivitäten der Jugendlichen nur in widersprüchlicher Weise begegnen kann: in einigen Reformen wird der Versuch unternommen, emanzipatorische Momente zu berücksichtigen, ohne daß diese Versuche auf Konsequenz und Dauerhaftigkeit angelegt sein könnten (48).
Die beginnende "Vergesellschaftung" der Jugendphase - bei aller Widersprüchlichkeit das Resultat der Reformansätze - läßt sich auch als tendenzielle "Vereinheitlichung" der Jugendlichen fassen. Die traditionelle Trennung von "bürgerlicher" und "proletarischer" Jugend wird in Frage gestellt. Das löst auf der einen Seite die konservative Reaktion aus, auf der anderen Seite die Konflikte, die als "Aufstand der Jugend" interpretiert werden (49).
Trotz der zunehmenden Bedeutung der Qualifikation für die Jugendphase wäre es falsch, allein die veränderten Qualifikations-Anforderungen und Angebote für diesen "Aufstand" verantwortlich zu machen; die genannten anderen Faktoren sind ähnlich wichtig. Trotzdem muß der Qualifikationsaspekt in den Vordergrund gerückt werden, um deutlich zu machen, daß seine Vernachlässigung bzw. seine unzureichende Analyse die Aussagefähigkeit der Jugendsoziologie entscheidend einschränkt (50).
Im folgenden Teil soll daher herausgearbeitet werden, welche Gesichtspunkte der Diskussion über die Qualifikation der Arbeitskraft für die Problematik der Jugendphase die entscheidenden sind. Es wird sich zeigen, daß die Struktur dieser Problematik die gleiche ist, die auch die anderen Bestimmungsfaktoren kennzeichnet. Daraus lassen sich dann die Kriterien für die Funktion der Reformen in der staatlichen Jugendpolitik entwickeln.

2. 2 Zur Bedeutung der Qualifikation für die Jugendlichen und die staatliche Jugendpolitik

Selbst dann, wenn die Behandlung der Qualifikationsproblematik auf die Aspekte eingeschränkt wird, die für die Jugendlichen und die staatliche Jugendpolitik von Bedeutung sind, stellt sich das Problem, daß die Literatur darüber seit 1960 fast ins Unübersehbare angewachsen ist (51). Es läßt sich also nicht vermeiden, nur einige wenige Problembereiche auszuwählen; ich werde versuchen zu begründen, nach welchen Kriterien diese Auswahl jeweis erfolgt ist.

Ein erster Verfahrensschritt allerdings ist nur scheinbar eine Einschränkung. Wenn ich mich im folgenden hauptsächlich auf die kritisch-marxistische Literatur beschränke, bedeutet das keineswegs, daß der größere Teil der Literatur zur hier behandelten Fragestellung außer Betracht bliebe - im Gegenteil. Soweit der Überblick reicht, ist es nicht nur so, daß in der "Politischen Ökonomie des Bildungswesens" die "historisch-materialistische Theorie" wenigsten zur Kenntnis genommen wird (52); man stellt auch rasch fest, daß Wissenschaftler mit marxistischem Anspruch gerade in diesem Fach sehr häufig vertreten sind - entsprechend viele Publikationen liegen vor (53).
Allerdings werde ich auch hier einem Grundsatz folgen, der schon bei anderer Gelegenheit befolgt worden ist: weder werde ich eine Ableitung des Qualifikationsproblems unternehmen, noch mich auf die Diskussion der verschiedenen, in der Literatur vorfindbaren Ableitungen konzentrieren (54). Die Kontroverse, die am Anfang dieses Abschnittes behandelt wird, ist nur teilweise eine Ausnahme von diesem Grundsatz, da die "Gegner" in den meisten Fragen einer Ableitung nicht differieren. (55). -
Diese Kontroverse (56), die als erster Problemaspekt diskutiert wird, bezieht sich auf die Frage, wie die Interdependenz zwischen der Automatisierung immer weiterer Bereiche der Wirtschaft (57) in der Bundesrepublik und der Entwicklung der Qualifikation der Arbeiter- und Angestell-

ten-Jugendlichen adäquat beschrieben werden müsse. Genauer: es geht bei diesem ersten Schritt darum, ob eine allgemeine E r h ö h u n g der Qualifikation stattgefunden habe, oder ob lediglich eine V e r ä n d e r u n g der Qualifikation zu registrieren sei - und dies eben besonders in dem hier interessierenden Zeitraum von 1963/65 bis 1975/76 (58).

Der zweite Problemaspekt sind die Implikationen, die die Entwicklung in diesem Zeitraum für die Jugendlichen gehabt hat. Im Vordergrund des Interesses steht dabei die vom Staat betriebene Ausbildung; die in Industrie, Handwerk, Verwaltung usw. erfolgende Berufsausbildung wird nur teilweise berücksichtigt (59).

Der dritte Problemaspekt schließlich ist die Frage, welche Funktion die Qualifikation im Lebenszusammenhang der Jugendlichen hat: ob sie das alle anderen bestimmende Moment ist oder nicht (60).

Abschließend wird in der Zusammenfassung untersucht, welche Funktion der Staat in diesem Problembereich hat (61), der - wie am Schluß von Teil 2. 1. 1 bereits gesagt - in engem Zusammenhang mit dem der "außerschulischen Jugendpolitik" des Staates steht.

2. 2. 1 Zur Entwicklung der Qualifikationsproblematik seit Beginn der 60iger Jahre

Die Kontroverse, ob von einer Erhöhung der allgemeinen Qualifikation der Jugendlichen oder nur von einer Veränderung die Rede sein könne, bezieht sich nicht auf die Frage, ob in der Bundesrepublik und in Berlin (West) die Automatisierung tatsächlich begonnen und Fortschritte gemacht habe. Strittig ist vielmehr, ob im Zuge dieser Automatisierung eine Erhöhung der allgemeinen Qualifikation der Arbeitskraft notwendig geworden und auch vorgenommen worden sei oder nicht. In der Tat hat die jeweilige Antwort auf diese Frage sehr unterschiedliche Konsequenzen in den

verschiedensten Bereichen (62). - Ich beginne mit einer knappen Übersicht über die Argumentationslinien derjenigen, die es für gerechtfertigt halten, von einer Qualifikationserhöhung auszugehen.

Grundlage für diese Auffassung ist die Betonung des transitorischen Charakters kapitalistischer Produktionsweise - eine "Einsicht", die vielfach verlorengegangen (63) sei:

> "Kapitalismus wird nicht begriffen als jene Gesellschaftsformation, in deren Schoß die Keime für eine neue Gesellschaft, die Umwälzungsfermente bereits heranwachsen", (64)

daher ergäben sich zwangsläufig schon charakteristische Ausblendungen in der Theoriebildung anderer (65); für die "Umwälzungsfermente" bedeutet das beispielsweise:

> " - also müssen sie auch nirgends gesucht, herausgefunden und unterstützt werden; Kapitalismus scheint (...) in Wirklichkeit auch gar nicht widersprüchlich - trotz vieler gegenteiliger Versicherungen -, sondern was als 'im Kapitalinteresse' geschehend diagnostiziert werden kann, ist damit als im ganzen bekämpfenswert gefunden". (66)

Wenn diese Einsicht in die Widersprüchlichkeit und den transitorischen Charakter wiedergewonnen ist, die sich auf Marx' Kennzeichnung der Basis der Produktion als "revolutionär" beruft (67), ergeben sich ganz andere Untersuchungsergebnisse:

> "Die (...) empirische Untersuchung des Projekts 'Automation und Qualifikation' kommt eindeutig - im Unterschied zu bisherigen, flach systemkritischen Arbeiten aus diesem Bereich - zu dem Ergebnis, daß eine höhere Qualifizierung der Produzenten unter automatisierten Bedingungen erforderlich ist und wird". (68)

Mit dieser Auffassung steht das "Projekt 'Automation und Qualifikation'" nicht allein. M. Kruse und B. van Onna argumentieren zwar wesentlich vorsichtiger, aber durchaus in die gleiche Richtung; die Arbeiten der beiden Autoren sind ebenfalls im Rahmen eines Forschungsprojekts - "Zum Zusammenhang von Lebenspraxis und Lebensperspektive von Arbeiterjugendlichen" - entstanden (69) und beanspruchen ein entsprechendes Gewicht.

Beide sprechen von "Tendenzen einer gravierenden qualitativen Veränderung in der Herstellung des Arbeitsvermögens

des Arbeiternachwuchses", die Kruse durchaus als positiv begreift:

> "Die Ausdehnung der schulischen Qualifizierung des Arbeiternachwuchses und ihre qualitative Veränderung modernisieren tendentiell die qualifikatorische Ausstattung des Arbeitsvermögens, bedeuten eine Akzentverschiebung in der gesamten Erstqualifikation zugunsten allgemeinerer Fähigkeiten und Kenntnisse und enthalten somit (potentiell) verbesserte Möglichkeiten kognitiver und intellektueller Entwicklung der Individuen". (70)

Dieses Urteil steht vor dem Hintergrund einer ausführlichen Auseinandersetzung mit Untersuchungen über "neue Anforderungselemente in der industriellen Produktion"; in seinem direkten Widerspruch zu den Ergebnissen vieler dieser Untersuchungen ist es bemerkenswert (71). Allerdings läßt sich - gerade bei B. van Onna - nicht übersehen, daß im Gegensatz zum "Projekt 'Automation und Qualifikation'" die Erwartung einer primär aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der entsprechenden Veränderungen des Produktionsprozesses resultierenden, nahezu mechanisch eintretenden Verbesserung der Situation nicht geteilt wird, wie sie das "Projekt" knapp formuliert:

> "Qualitativ neu ist, daß der Druck der Produktivkräfte, die wissenschaftlich-technische Entwicklung, das Kapital zu zwingen scheint, eine Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskraft zu fordern". (72)

Denn einerseits ist Kruse zwar bereit, einen positiven Stellenwert der "prozeßunabhängigen Qualifikationen" zuzugestehen, wie das gerade beim "Projekt" geschieht (73). Aber er schränkt die positive Wertung gerade durch die Aufzählung einer Reihe von Faktoren wieder ein, die in engem Zusammenhang mit dem Produktionsprozeß stehen:

> "Das eigene Interesse, die Arbeitskraft verkaufbar zu machen, die widersprüchliche Orientierung der lohnabhängigen Arbeitereltern auf die Qualifizierung ihres Nachwuchses, die Entgegensetzung zu anderen Auszubildenden, Verwisenheit und Entgegensetzung zwischen Ausbildern und Auszubildenden, Gleichgültigkeit und Konkurrenz zwischen agierendem Lohnarbeiter und Arbeiterjugendlichem stellen also zusammen und gleichzeitig zentrale Bedingungen der Qualifizierung und Perspektiventwicklung dar. In ihrer Bewegung enthalten sie einschneidende Tendenzen der Beschränkung der Qua-

lifizierung und Perspektiventwicklung der Arbeiterjugend". (74)

Van Onna fügt diesen Faktoren seinerseits andere hinzu, die eher im Reproduktionsbereich wirksam sind (darauf wird noch einzugehen sein); Kruse streift sie immerhin ebenfalls (75). Durch ihre starke Betonung der Widersprüchlichkeit in der Qualifikations- und Perspektivenentwicklung der Arbeiterjugend (76) nehmen sie eine teilweise etwas unentschieden wirkende Zwischenstellung ein zwischen dem "Projekt 'Automation und Qualifikation'" und denjenigen, die vom "Projekt" angegriffen werden. Auf der einen Seite gibt es wenigstens eine partielle Übereinstimmung mit dem "Projekt" in den beiden zentralen Fragen der Betonung des transitorischen Charakters des Kapitalismus und der Wertung der prozeßunabhängigen Qualifikationen - andererseits wird dem eine Fülle von einschränkenden Faktoren so nachdrücklich entgegengesetzt, daß das "Projekt" eine solche Beurteilung nicht mehr tragen könnte (77); das gilt - und auch hier werden die Konsequenzen aus der Beantwortung der einzelnen Fragestellungen zum Qualifikationsproblem deutlich und wichtig - insbesondere für die Beurteilung der Gewerkschaften (78).

Die vom "Projekt" Angegriffenen - hauptsächlich werden Altvater, Baethge, Huisken, Kern und Schumann ablehnend zitiert (79) - beantworten die Hauptfragen in der Tat völlig anders: die Frage nach dem "Druck der Produktivkräfte" auf die Qualifikationen; die Frage nach dem Charakter der "prozeßunabhängigen Qualifikationen" und die Frage nach der Tendenz der Automatisierung und der Bildungsreform (80).

In einem kürzlich erschienenen Artikel, der weitgehend stellvertretend für die Argumentationen derjenigen angesehen werden kann, die von den gleichen Voraussetzungen wie er ausgehen (81), stellt Baethge zunächst noch einmal klar heraus, welches Prinzip kapitalistischer Produktion jeder Qualifikationserhöhung und Bildungsreform entgegensteht:

> "Da - alle anderen Bedingungen gleichgesetzt - jede Erhöhung von Ausbildungskosten in kapitalistischen Gesellschaften den Wert der Ware Arbeitskraft erhöhen und somit die Profirate senken müßte, gibt es eine permanente Tendenz zur Minimierung der Bildungsausgaben. (...) diese Tendenz ist keine absolute, sondern eine relative, und zwar im Verhältnis zum notwendigen Qualifikationsbedarf, d. h. sie wird nach unten begrenzt durch den Aufwand, der zur Herausbildung des Arbeitsvermögens nötig ist, das bei einem gegebenen Stand der sachlichen Produktionsbedingungen die Produktion aufrechterhalten und weitertreiben kann". (82)

Er warnt davor, auch noch in der ex-post-Interpretation den"Irrtümern der neoklassischen Bildungsökonomie" und ihrer politischen "nachgeschobenen Zusatzprogrammatik" aufzusitzen und beispielsweise anzunehmen, die hektische und teilweise konfuse Reformpolitik in Anbetracht der "Bildungskatastrophe" nach 1963/64 sei eine Auswirkung des Drucks der Automatisierung auf die Qualifikationen und könne jetzt nur wegen der Finanzkrise des Staates nicht fortgeführt werden (83). Seiner Auffassung nach verhilft erst eine nach den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems differenzierte Untersuchung zu einer zutreffenden Aussage über die einzelnen Reformphasen und -intentionen. Wie auch andere wendet sich Baethge strikt dagegen, ein "Primat der Politiker" gegenüber den Notwendigkeiten des Produktionsprozesses anzunehmen, und verweist demgegenüber auf soziale Mangelsituationen und/oder ökonomische Interessenkonstellationen (84). Hinsichtlich der unteren Begrenzung der Tendenz zur Minimierung der Bildungsaufgaben konkretisiert er:

> "Diese untere Grenze stellt keine starr fixierte Schranke dar, sondern hängt wesentlich auch vom Stand der Klassenauseinandersetzungen und der Stärke der Arbeiterbewegung und ihrer Bereitschaft ab, einen Kampf um die Verbesserung der Qualifikation der arbeitenden Jugend zu führen. Vom Standpunkt des Kapitals freilich ist diese Grenze relativ klar bestimmt durch die sogenannten 'Notwendigkeiten' des Produktionsprozesses, durch jene Minimalqualifikationen, deren stofflich-inhaltliche Struktur von der Art der kapitalistischen Arbeitsorganisation und dem Entwicklungsstand der Produktionstechnik genauer definiert wird (...)." (85)

Diese letztere Bemerkung ist jedoch nicht so zu interpretieren, daß Baethge sich nun doch denjenigen anschlösse, die von einer Erhöhung der Qualifikation sprechen. Er hält es für erwiesen, daß "alte" Qualifikationen entwertet wurden, "ohne an ihre Stelle neue gleichwertige zu setzen", da wenigstend bisher "keine nennenswerten Friktionen durch den bisherigen Ausbildungsstand der Arbeitskräfte für Expansion und Rationalisierung bei den Unternehmen entstehen" (86). Wenn es aber nicht die Automatisierung selbst ist, die eine Qualifikationserhöhung erzwingt, dann bleibt nur die Möglichkeit, daß

> "kollektiv-solidarische Formen des Widerstands gegen die Verhältnisse, denen diese Situation geschuldet ist, bewußt etwa von den Gewerkschaften entwickelt werden. Welche Chancen für eine derartige Politisierung der Ausbildungssituation bestehen, läßt sich heute nicht prognostizieren" (87)

Vor einer Untersuchung der Voraussetzungen, unter denen kollektiv-solidarischer "Widerstand" entstehen kann (88), möchte ich die verschiedenen Widersprüche zusammenfassend erörtern, die von allen Vertretern der einzelnen Positionen festgestellt werden (89). -

Soweit übersehbar, besteht Einigkeit darüber, daß die Schulbildung im Zuge der Reformen dazu gelangt ist, Allgemein-Qualifikationen zu vermitteln, für die zweierlei gilt:

- sie zielen auf "prozeßunabhängige Qualifikationen", indem sie sowohl Flexibilität und Mobilität, Verallgemeinerungsfähigkeit, Abstraktionsvermögen und eine erhöhte Lernfähigkeit als auch Anpassungs- und Unterordnungsbereitschaft, Pünktlichkeit, Ausdauer usw. bei den Schülern herstellen sollen (90);
- anders und besser als die durchschnittliche Schulbildung noch in den 50er Jahren sollen sie die Schüler dazu befähigen, sich dem zunehmenden Tempo der Veränderungen des Produktionsprozesses rasch und möglichst reibungslos anzupassen (91);

Abgesehen davon, daß solche Allgemein-Qualifikation bereits zwei einander entgegengesetzte Grund-Eigenschaften - eben sowohl selbständige Entscheidungsfähigkeit wie auch Anpassung und Bereitschaft zur Unterordnung - gleichzeitig erzeugen sollen, werden sie bereits in der Schule mehr oder minder weitgehend "entwertet" (92). Faktoren wie Lehrermangel, Konkurrenz, Leistungsdruck und Versagensangst, reduzierte Ausbildungsqualität durch unzulänglich und widersprüchlich vorgenommene Reformen usw. hindern die Schulen mehr oder minder stark daran, ihr Qualifikationsziel zu erreichen (93). Diese negativen Einwirkungen werden seit einigen Jahren durch fehlende Ausbildungsplätze und anhaltende Jugendarbeitslosigkeit noch zunehmend verstärkt (94).
Der Widerspruch zum Qualifikationsziel, der durch diesen "Entwertungsprozeß" entsteht, muß von den Schülern (und teilweise auch den Lehrern) individuell bewältigt werden. Schule, Familie und Umwelt bieten kaum Möglichkeiten an, den Problemen kollektiv zu begegnen - de facto eine "negative soziale Integration" (95): solange sich der Druck nur je individuell auswirkt, erzeugt er (zumindest vorerst) keine solchen Probleme, wie sie beispielsweise der von breiten Massen getragene, ständig sich verschärfende Protest der Schüler und Studenten in Italien seit einiger Zeit darstellt (96).

Zusammenfassend läßt sich festhalten:
Zwiefellos hat die Bildungsreform eine Veränderung in der Qualifikationsstruktur des allgemeinen Arbeitsvermögens bewirkt. Das Ziel dieser Veränderung ist in sich selbst widersprüchlich; sein Doppelcharakter ist der Anlaß für die Diskussion darüber, ob die Veränderung gleichzeitig auch eine"Erhöhung" der Qualifikation sei. Wie auch immer das für die Schulbildung bestritten werden mag (97): im Bereich der Schule entscheidet sich diese Frage nicht. Eine ganze Reihe von Argumenten spricht für die Annahme, daß der Produktionsprozeß selbst diese Qualifikationen nicht verlangt, teilweise entwertet.

Allerdings muß festgehalten werden, daß für die Jugendlichen die Auswirkungen des Produktionsprozesses nur eingeschränkt relevant sind (und zwar unterschiedlich je in dem Maße, in dem die Jugendlichen sich dem Produktionsprozeß "nähern" oder ihm teilweise schon subsumiert werden). Eine wertende Einschätzung der Qualifikationsveränderung muß diese daher notwendig nicht nur in Bezug zum Produktionsprozeß setzen, sondern auch zu berücksichtigen suchen, ob sie in Bezug auf andere Bereiche des Lebenszusammenhangs Auswirkungen hat, die für die Jugendlichen positiv oder negativ sind - beispielsweise bei der Bewältigung von Konflikten, bei der Konstitution von Kollektiven usw. Das wird in den nächsten Abschnitten im einzelnen zu berücksichtigen sein.
Wenn das geschehen ist, kann abschließend die Frage angegangen werden, ob die Qualifikation alle anderen Momente, die den Lebenszusammenhang der Jugendlichen mitprägen, dominiert, oder sie lediglich ein Moment unter anderen ist.

Bis dahin kann auch die Antwort auf die Frage verschoben werden, ob - wie es das "Projekt 'Automation und Qualifikation'" annimmt - das Kapital auf eine Erhöhung der allgemeinen Qualifikationen drängt (oder nicht).

2. 2. 2 Implikationen und Funktion der Qualifikationsprozesse für die Jugendlichen

Die verschiedenen Untersuchungen, die vorliegen, lassen klar erkennen, daß den Jugendlichen im Verlauf der allgemeinen Schul-Qualifikationsprozesse zwar - gemessen an etwa den 50er Jahren - andere, neue Fähigkeiten vermittelt werden. Die bis hierher angestellten Überlegungen haben lediglich den Schluß zugelassen, daß das unter günstigen Umständen für einzelne zutreffen kann; für die Masse trifft das ebenso wenig zu wie für Gruppen, die punktuell oder temporär den Versuch unternehmen, sich kollektiv zu emanzipieren (98).
In der gegenwärtigen Krisensituation wird dagegen noch klarer als in der vorangegangenen Reform- und Prosperitäts-

phase erkennbar, daß sich die Jugendlichen vor eine Pseudo-Alternative gestellt sehen. Auf der einen Seite haben sie die Möglichkeit, sich uneingeschränkt an der Realisierung des Tauschwerts ihrer Qualifikation zu orientieren. Die Zeitungsberichte und die fachwissenschaftlichen Artikel der letzten Zeit stimmen weitgehend darüber überein, daß diese Festlegung und Einengung der Perspektive auf optimale Qualifikation im Sinne ihrer Verkäuflichkeit die Jugendlichen mit Persönlichkeits- bzw. Identitätsverlust bedroht (99). Die in der Schule zum Alltag gewordene Konkurrenz hat die entsprechenden Konsequenzen längst durchschlagen lassen; inzwischen wehren sich auch die Eltern und die Fachleute dagegen (wenn auch die Reaktionen sehr widersprüchlich und die Forderungen manchmal geradezu naiv sind, die von dieser Seite vorgetragen werden)(100).- Auf der anderen Seite droht aber letztlich die gleiche gefährliche Entwicklung: auch arbeitslose Jugendliche haben mehr oder minder heftig mit Selbstwert- und Identitätsproblemen zu kämpfen (101).

Diese scheinbare "Alternative" nur so stehen zu lassen, würde der Untersuchung aber den Blick sowohl auf "echte" Alternativen verstellen wie auch daran hindern, bestimmte Verhaltensweisen der Jugendlichen adäquat zu interpretieren und, darauf aufbauend, in der Jugendarbeit sinnvoll, erfolgversprechend und nicht nur in "Feuerwehreinsätzen" Handlungsstrategien zu entwickeln (102). Dazu ist es notwendig, Klarheit darüber zu gewinnen, daß die beiden scheinbaren "Alternativen" nur jeweils unterschiedliche Ausprägungen der von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmten Chancen sind, den Tauschwert der qualifizierten Ware Arbeitskraft der Jugendlichen zu realisieren.

Erst dann wird es möglich, kritisch herauszuarbeiten, daß der Zuschnitt der Qualifikation auf die Befähigung zur Individualkonkurrenz es den Jugendlichen prinzipiell immer - also nicht allein in der Krise - erschwert, zu kollektiv-solidarischen Einstellungen, Verhaltens- und Aktionsweisen zu gelangen. Die Perspektive Individualkonkurrenz verstellt

in der Konsequenz jede Möglichkeit, die allgemeinen nhalte der von der Schule vermittelten neuen, anderen Qualifikationen seitens der Jugendlichen zu instrumentalisieren (das gilt weitgehend auch für die Lehrer) (103). Der Bereich der Schule erweist sich mithin zunehmend vom Tauschwert-Aspekt dominiert, während Reformintentionen zurückgedrängt werden; es hat den Anschein, als könnten Ansätze zu Alternativen - beispielsweise in Konflikten entstehend - eher außerhalb der Schule erkennbar und nutzbar werden (104).

Daß sich die Jugendlichen dem Druck, der auf ihnen lastet, entziehen bzw. sich ihm verweigern wollen, ist schon in den Zeiten der "Dauerkonjunktur" (und auch in anderen Ländern als der Bundesrepublik) beschrieben und diskutiert worden (105). Während aber die "Jugendrevolte" am Ende der sechziger Jahre einen vergleichsweise eindeutigen "Linkstrend" in wie unterschiedlicher Intensität auch immer zu etablieren schien, ist gegenwärtig eine auch nur annähernd klare Zuordnung nicht möglich. Die andere Qualität der Negativ-Faktoren, gegen die sich die "Revolte" richtet, prägt den Inhalten und den Formen des Protests ihren Charakter auf: die allgemein als strukturell und entsprechend langfristig anhaltend interpretierte und prognostizierte Jugendarbeitslosigkeit wirkt sich naturgemäß anders aus als eine mangelhafte Ausbildungsorganisation und schlechte Ausstattung der Ausbildungsinstitutionen, die allgemein kritisiert und von Reformern angegangen werden (106).

Die Hilflosigkeit, die das schwer faßbare Faktum Arbeitslosigkeit auch bei den Fachleuten, den Parteien, den Lehrern, den Sozialarbeitern, Richtern usw. auslöst, hat im Verhalten der Jugendlichen nicht nur entsprechend "anarchoide" Verhaltensweisen aufkommen lassen, die ein vergleichsweise unscharfes Bild abgeben, sondern auch eine Ambivalenz verstärkt, die in der Protestbewegung der späten sechziger Jahre ebnefalls nicht immer aufgelöst werden

konnte (107). Damit ist eine "Erweiterung" oder "Ergänzung" der eher passiv-kapitulativen, bereits bekannten Ausweich- oder Verweigerungsformen (Alkohol- und Drogenkonsum: Trebegang; Bandenbildung) angesprochen. Ihre vermutliche Entwicklung kann bislang nur am italienischen Beispiel andeutungsweise und mit allen Vorbehalten beobachtet werden: Manifester Protest mit relativ weitgehender Gewaltanwendung, der vielfach "quer" zu den inzwischen schon fast "klassischen" linksgerichteten Intentionen der Proteste von 1968/70 liegt (108). - Damit ist nicht gesagt, daß die Gefahr einer faschistischen oder sonstigen Rechts-Wendung der Jugendlichen anstünde und kaum zu umgehen sei; die Distanz zur Linken ist dagegen unverkennbar (109).

Militante Gewaltanwendung kann die Konsequenz sein, wenn sich in der Bundesrepublik nichts ändert. Bei uns sind die Konflikte bis jetzt noch disparat, verstreut auf das, was Oskar Negt und Alexander Kluge als "proletarische Öffentlichkeit" fassen, auf den Reproduktionsbereich (110), dessen "Spielregeln" Johannes Agnoli nennt:

> "... das Kapital ist an der eigenen Reproduktion und an der Wiedereinsetzbarkeit der Arbeitskraft zwar interessiert, aber es kümmert sich nicht um die Reproduktion der vereinzelten Arbeiter als konkrete Individuen. Es kümmert sich nur um die vergesellschaftete Arbeitskraft und verhält sich dem konkreten Arbeiter gegenüber genauso gleichgültig, wie ihm der Gebrauchscharakter einer Ware gleichgültig ist. Die Grobheit der Beziehung verlangt eine grobe Darstellung: Dem Kapital - und das ist in der Wirklichkeit keine mystische Gesamtgröße, sondern immer ein bestimmtes Unternehmen und ein bestimmter Unternehmer - kommt es in erster Linie darauf an, daß gegen gezahlten Lohn der einzelne und vereinzelte Arbeiter pünktlich und gesund das Fabriktor passiert und sich an die Arbeitsstelle begibt. Was sich außerhalb des unmittelbaren Tausch- und Ausbeutungsverhältnisses ereignet: Essen, Trinken, Familienleben, Schulbesuch der Kinder. Mütter- und Väterberatung der Arbeiterfamilie, Bumsen, Wohnen gehört dem Bereich der Produktion nicht mehr an und entfällt förmlich, obwohl genau hierin (und nicht in der produktiven Verausgabung der Arbeitskraft) die wirkliche Reproduktion der Arbeiter als Gesamtgruppe, als Klasse stattfindet. In diesem spe-

zifizierten Sinn fällt die Aufgabe der Reproduktion der Arbeiter organisatorisch dem Staat zu und verschafft ihm einen Spielraum für zweckbestimmte, das ist: im Interesse der Kapitalreproduktion liegende Entscheidungen, die äußerlich dem 'Wohl der arbeiten Bevölkerung' dienen." (111)

Agnoli macht deutlich: Eine Untersuchung, die die einzelnen Bereiche - Wohnung und Familie; Schule; andere Ausbildungsplätze; Freizeit und Gruppenzusammenhang Jugendlicher; Arbeitsplatz; Kapitalinteresse; Staat - voneinander getrennt sieht und untersucht, kann nicht vollständig sein. Im Rahmen dieser Arbeit kann ich im folgenden nur einige Aspekte dieses Gesamtzusammehanges kapitalistischer Reproduktion berücksichtigen; auch eine Analyse der Art und Bedeutung der Querverbindungen zwischen den genannten Bereichen ist nicht möglich (112). Es bleibt aber zu unterstreichen: Der Staat als regulierende, "verrechtlichende" Instanz ist auch im scheinbar privaten Reproduktionsbereich ständig mitzureflektieren. "Staatliche Jugendpolitik" ist lediglich der Ausschnitt der gesamten staatlichen Aktivitäten, die sich auf diese Regulierung der Reproduktion richten, ein Ausschnitt, bei dem andere, ebenso wichtige Bereiche wie die Schulpolitik ausgeklammert bleiben (113).

Es war die Aufgabe dieses Abschnitts, das zu beschreiben; der nächste Abschnitt wird sich mit den Problemen des Reproduktionsbereichs beschäftigen - aber mit ständigem, offenem oder implizitem Rückbezug auf die Qualifikationsproblematik.

3. Tendenzen einer zunehmenden Vergesellschaftung des Lebenszusammenhangs der Jugendlichen

3.1. Versuch einer Eingrenzung des Problems

Die Begriffe "Lebenszusammenhang" und "Vergesellschaftung" sind relativ neu in der Diskussion über das Jugendproblem; bisher sind die Definitionsversuche vielfach kontrovers und allgemein geblieben. Im folgenden möchte ich die - soweit mir bekannt ist - am weitesten vorangetriebene Kontroverse, die zwischen Manfred Liebel und Ben van Onna, in der Absicht aufgreifen, die Leistungsfähigkeit der Begriffe und die offen bleibenden Fragen wenigstens knapp zu skizzieren. Im Anschluß daran lassen sich anhand einiger Problemschwerpunkte die gegensätzlichen Tendenzen in der weiteren Entwicklung des Jugendproblems eindeutiger diskutieren (114).

Manfred Liebel schließt in einer ersten Definition des "Lebenszusammenhangs" direkt an die Interpretation an, die J. Zinnecker gegeben hatte (s.o.):

> "Sowohl in seiner 'strukturellen' wie in seiner 'biographisch-lebensgeschichtlichen' Form, sowohl in seiner 'individuellen' wie in seiner 'kollektiven' Form ist der Lebenszusammenhang als Reproduktionszusammenhang zu begreifen. Über ihn läuft die generationsmäßige Reproduktion von Individuen in gleicher oder ähnlicher Lebenslage, über ihn stellen sich die soziale Struktur und Klassenverhältnisse einer bestimmten Gesellschaftsformation ständig aufs neue her: ohne ihn also auch keine Reproduktion des täglichen Lebens und Handelns von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen und Klassen." (115)

Daß dieser allgemeine Lebenszusammenhang "in seiner Struktur und seinen Verlaufsformen von den Produktionsverhältnissen durchgehend geprägt" ist, versteht sich für Liebel von selbst; in diesem Punkt gibt es auch keine Differenzen zu anderen marxistischen Autoren, die nennenswert wären (116).

Etwas anders verhält es sich dagegen mit der Spezifizierung des Lebenszusammenhangs der Arbeiterjugend (117). Liebel schneidet die Frage auf folgende Gesichtspunkte zu:

> "Der jugendspezifische Aspekt des proletarischen Lebenszusammenhangs besteht darin, daß die Heranwachsenden völlig oder partiell vom Arbeitsprozeß getrennt sind, wodurch ihnen die Voraussetzungen einer aktiven und selbständigen gesellschaftlichen Praxis vorenthalten bleiben. Gleichwohl gilt auch für die Arbeiterjugendlichen, daß ihre soziale Existenzweise sich nicht nur durch Objekthaftigkeit auszeichnet, sondern durch spezifische Formen und Inhalte von Praxis vermittelt ist. (...) Die Untersuchung des Lebenszusammenhangs von Arbeiterjugendlichen hätte demnach gerade nach den spezifischen objektiven Möglichkeiten zu fragen, sich die soziale Wirklichkeit im Sinne gesellschaftlicher Praxis individuell und kollektiv anzueignen" (118).

Folgerichtig interessieren ihn an diesem Lebenszusammenhang und der darin möglichen Praxis hauptsächlich zwei Fragen: Ob die Jugendlichen dabei die Erfahrung von Widersprüchen machen können, und ob daraus die Erkenntnis resultieren kann, daß "eine Veränderung der Lebenssituation nur als Veränderung des gesamten Lebenszusammenhangs und seiner konstituierenden gesellschaftlichen Bedingungen möglich ist" (119).

Es ist einsichtig, daß bei dieser Definition des Lebenszusammenhangs der Qualifikationsprozeß zwar eine zentrale Stellung einnimmt, aber keineswegs den gesamten Lebenszusammenhang dominiert. Dieser Punkt markiert den Unterschied zur Position Ben van Onnas, der darauf besteht, "den sozialen Lebenszusammenhang von Jugend, seine innere Struktur und Differenzierung aus dem gesellschaftlichen Inhalt und der Form der jeweiligen Herstellung von Arbeitsvermögen zu begründen" (120).

Liebel konzediert van Onna durchaus, ein zentrales Moment für die Konstitution des Lebenszusammenhangs der Jugendlichen anzusprechen, wenn er auf die Bedeutung der außerbetrieblichen

ualifikation hinweist. Van Onnas Konzept enthält nach Auf-
assung Liebels aber zwei entscheidende Mängel:

"Wird die altersspezifische Separation vom unmittelbaren Produktionsprozeß ausschließlich als Ausdruck veränderter Qualifikationsanforderungen verstanden, so kommen die damit in Lebenszusammenhang gesetzten Widersprüche nicht in den Blick, die Abtrennung von der Produktion erscheint als gradliniger gesellschaftlicher Fortschritt, der allein auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückführbar scheint und eine generelle Höherqualifizierung des Arbeitsvermögens einschließt" (121).

iebel verweist zu Recht auf die Relativierung der Qualifi-
ation durch die jeweils aktuelle Arbeitsmarkt-Situation und
ie dadurch für die Jugendlichen gegebene mehr oder minder
arte Formen annehmende Individualkonkurrenz; seiner Auffas-
ung nach ist die "ökonomische Unselbständigkeit und Verhinde-
ung gesellschaftlicher Praxis eher ein wesentlicher und über-
reifender Gesichtspunkt für den Lebenszusammenhang der Ar-
eiterjugend (...) als die mit der Separation verbundene An-
ahme einer Anhebung des Arbeitsvermögens" (122).
ereits diese knappe Konfrontation der beiden Auffassungen
eigt, daß van Onna eine weitere Analyse der Jugendphase und
ie Erarbeitung einer Perspektive für die nächste Zeit eher
nter dem Gesichtspunkt der Evolution der kapitalistischen
roduktionsweise für adäquat hält; dabei übersieht van Onna
eineswegs, daß diese Evolution widersprüchlich verlaufen
ird, mißt aber diesen Widersprüchen keine zentrale Bedeutung
u (123). Liebel dagegen akzeptiert zwar, daß "der Schulbe-
uch, soweit er mit der Aneignung gewisser Qualifikationen zur
ealitätsbewältigung verbunden ist, auch in der bürgerlichen
esellschaft ein progressives Element" enthält (124), ist aber
avon überzeugt, daß die Widersprüche entscheidend sein wer-
en, die van Onna vernachlässigt:

"Während die Entwicklung der Produktivkräfte die Aufrechterhaltung einer besonderen Jugendphase fragwürdig werden läßt, verhindern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ihre objektiv möglich gewordene Aufhebung, d.h. die Emanzipation aus 'Naturabhängigkeiten' zu einem Zeitpunkt, an dem eine 'selbständige' Reproduktion des eigenen Lebens objektiv mög-

> lich geworden ist. Die Verschärfung des der kapitalistischer Produktionsweise immanenten Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen führt stattdessen zu einer Verschärfung von Widersprüchen auch in der Jugendphase. Dies vermittelt den Jugendlichen Erfahrungen, die emanzipativ-antikapitalistische Grundhaltungen und Handlungsimpulse befördern und auslösen helfen" (125).

Einig sind sich beide Autoren wiederum in der Auffassung, daß die weitere Entwicklung von der zunehmenden Vergesellschaftung des Lebenszusammenhangs der Jugendlichen bestimmt sein wird - so oder so. Eine Konkretisierung der Widerspruchsebenen und -potentiale wird und muß diese Vergesellschaftungstendenz in der Darstellung einbeziehen (soweit darüber gegenwärtig überhaupt Aussagen gemacht werden können) (126). Im Rahmen dieser Arbeit kann nur ein allgemeiner Überblick über den Entwicklungsgang gegeben werden; bedauerlicherweise finden sich in der vorliegenden Literatur dafür kaum Ansätze (127). Im folgenden werde ich versuchen, einige der vorliegenden Arbeitsergebnisse für wichtige Bereiche des Reproduktions- bzw. Lebenszusammenhangs der Jugendlichen zu interpretieren, und dabei die Vergesellschaftunstendenzen besonders berücksichtigen (128). Erst im Anschluß daran läßt sich die Frage nach Inhalt, Problematik und Tendenzen staatlicher Reformpolitik für den hier interessierenden Zeitraum sinnvoll stellen.

2.3.2. Einige zentrale Vergesellschaftsungstendenzen

Es wäre naiv, die fortschreitende Vergesellschaftung insgesamt als zwar in sich widersprüchlichen, aber durchaus positiven Prozeß verstehen zu wollen, der früher oder später, aber unvermeidlich dazu führt, daß die Transformation der bürgerlichen Sozialinstitutionen in eine entscheidende, irreversible Phase eintritt. Im Gegenteil: Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die immer wieder mehr oder minder zwangs-

weise "stillgelegten" Widersprüche in Konfliktsituationen in irrationalen Formen aufbrechen, die sich dem erwarteten Fortschritt quasi konterproduktiv entgegenstellen (129). In solchen Situationen wäre es bereits mit erheblichen Anstrengungen verbunden, auch nur einen status quo so wiederherzustellen, daß keine "negativen Lernprozesse" eintreten (130).

Ganz der Absicht Manfred Liebels folgend, also nach Konflikt- und Widerspruchspotentialen fragend, "die emanzipativ-antikapitalistische Grundhaltungen und Handlungsimpulse befördern und auslösen helfen" könnten, möchte ich die bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse für drei zentrale, untereinander vielfach verbundene Bereiche des Reproduktionszusammenhanges heranziehen, in denen sich die Jugendlichen im vergangenen Jahrzehnt vor rasch wachsende und sich verändernde Probleme gestellt sahen: Familie; Sexualität und Emanzipation; Freizeitbereich (131).

Gerade in diesen Bereichen handeln Jugendliche und Erwachsene ja scheinbar "autonom"; die staatliche Jugendpolitik zielte aber gleichzeitig mit ihren Reformvorhaben in erster Linie darauf ab, durch Verrechtlichung und Ausdehnung staatlicher Kompetenzen die Kontrolle über die Implikationen der Vergesellschaftsungsprozesse nicht zu verlieren (132). Neben - um nicht zu sagen: fast im Gegensatz zu - den Bereichen Betrieb/Arbeitsplatz und Schule sind die benannten "reinen Reproduktionsbereiche" aber diejenigen, in denen die Jugendlichen Widerspruchs- und Konflikterfahrungen noch am ehesten in Aktivitäten umsetzen könnten, wie es zunächst den Anschein hat (133).

Der P r o b l e m b e r e i c h F a m i l i e ist im letzten Jahrzehnt besonders intensiv untersucht und beobachtet worden (134). Eingeschränkt, d.h. nur unter denjenigen Aspekten betrachtet, die für die Jugendlichen und die Frage

nach den Vergesellschaftsungstendenzen relevant sind, bring
die Auswertung der vorliegenden Untersuchungen etwa folgend
allgemeinen Resultate (135):
Aktuell setzt sich die quantitative und qualitative Reduktio
der als typisch bezeichneten Kleinfamilie fort. Diese Tende
steht im Widerspruch zur staatlichen Familienpolitik; aller
dings ist der Widerspruch nicht durchgängig klar und in gle
cher Weise ausgeprägt (136). Den Reformen des Scheidungs-
rechts, des elterlichen Sorgerechts, der Abtreibung beispie
weise, die objektiv Tendenzen einer weiteren Transformation
bzw. eines Funktionswandels der sogenannten "Kernfamilie"
(auch im gesellschaftlichen Bewußtsein) verstärken, stehen
die traditionellen, familien- und nachwuchsfördernden Akti-
vitäten der staatlichen Familien- und Sozialpolitik gegen-
über (137).
Einer vergleichsweise radikalen Interpretation zufolge (138
ließe sich dieser Entwicklungsprozeß nur durch die Annahme
erklären, daß die "proletarische Familie" eine im Zuge der
Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und der kapita-
listischen Produktionsweise den Massen von lohnabhängig Ar-
beitenden aufgezwungene soziale Institution sei, die lang-
fristig dementsprechend auch nur mit Zwanganwendung als Re-
produktionsinstrument des "inneren gesellschaftlichen Zusam
menhalts" zu retten sei. Dananch würde sich die Frage stel
ob das Unternehmen einer Rettung und Stabilisierung des st
quo für die - gemessen an den herrschenden Normen - sozial
defekten und finanziell schwachen Familien überhaupt noch
tuell und sinnvoll sei. Offen bliebe auch, ob sich die bis-
her leidlich erfolgreiche Ausbalancierung des Widerspruchs
zwischen Erosions- und Konservierungs-Tendenzen der Famili
bei andauernder Strukturkrise in allen sozialen Bereichen
ter aufrechterhalten läßt (139).
Denn in der gegenwärtigen vielschichtigen Diskussion über
Familienproblematik läßt sich gut ablesen, daß die Institu
tion Familie nicht nur einem allgemeinen Druck ausgesetzt
der durch ihre Subsumtion unter den Kapitalverwertungsproz

langfristig gegeben ist, sondern auch in sozial spezifischer Weise von negativen inneren Entwicklungen in Frage gestellt wird, die Folge und Ausdruck der Subsumtion sind (140). Beispiele dafür sind etwa die manifeste Auflösung und Zerstörung der innerfamiliären Beziehungen vor allem in sozial schwachen Familien (wie Frauen- und Kindesmißhandlung und andere gewaltförmige Beziehungen - statt kommunikativer); ein Beispiel ist auch die rapide geschwundene Integrationskraft des Familienprinzips, das vor allem bei den Intellektuellen in Frage gestellt und teilweise radikal abgelehnt wird (141).

Demgegenüber ist fraglich, ob die in Umfragen immer wieder ermittelte Beliebtheit der traditionellen Familie und ihrer Normen bei den Jugendlichen stabil bleiben kann. (Es ist ohnehin zu berücksichtigen, daß die geäußerten Wunschvorstellungen bei den Jugendlichen von ihrer Realität abweichen; außerdem liegen bei den meisten Jugendlichen keine Erfahrungen vor, die ihnen schon ein begründetes Urteil ermöglichen würden, ob es noch möglich sein wird, sinnvolle Anstrengungen zu einer Realisierung der Wunschvorstellungen zu unternehmen. (142)) - Auf keinen Fall ist es so, daß gegenwärtig ein Eindruck von Perspektivsicherheit für die Zukunft der Familie bestünde; der Überblick über die verfügbaren Daten ergibt eine hochgradige Ambivalenz - die aktuell offene Situation kann sowohl autoritär wie auch emanzipatorisch verändert werden. Die Jugendlichen können also keine klaren Kriterien für ihre Entscheidung gewinnen (143). Das bedeutet aber wiederum, daß der Staat zwar einen Handlungsspielraum hat - aber er kann ihn gegenwärtig aufgrund der politischen Verhältnisse nicht konsequent und wirksam nutzen (144).

Nach dem Gesagten wird es problematisch, von einem Vergesellschaftungsprozeß der Familie reden zu wollen, wenn darun-

ter nicht arg schlicht nur die Subsumtion unter die Schwankungen des Kapitalverwertungsprozesses verstanden werden soll, oder - wie beispielsweise die katholische Kirche - "eine mißbräuchliche Ausnutzung staatlicher Einflußmöglichkeiten". Am Ende dieses Teils, in der Diskussion darüber, ob nicht eher von "negativer Vergesellschaftung" die Rede sein sollte, werde ich auf diese Frage noch einmal zurückkommen, wenn die Ergebnisse aus den anderen Bereichen dargestellt sind (145).

Beim Problembereich S e x u a l i t ä t und Emanzipation verhält es sich ähnlich wie im Falle der Familie. Die Anfang der sechziger Jahre einsetzende "Liberalisierung" hat gerade keine sinnvolle sexuelle Emanzipation ermöglicht - es ist vielmehr so, daß die Orientierungslosigkeit und die Misere jetzt offen zutagetreten, während sie in den fünfzig Jahren von der herrschenden Doppelmoral kaschiert wurden (1 Eine konsequente Integration der Sexualität in die Erziehung den Unterricht und die Öffentlichkeit hat auch nicht annähernd stattgefunden, sondern stößt gerade dann, wenn sie in Ansätzen verwirklicht werden soll, auf heftigen Widerstand (1 Der gegenwärtig erreichte Stand der Gesetzgebung scheint die Etabilierung der "Sexualartikel"-Industrie zu sichern und das Fortbestehen einer Konsumenten-Einstellung zu fördern, die einerseits Passivität und Stumpfsinn bei den Käufern perpetuiert, andererseits bei den Produzenten zu immer neuen Anstrenungen führt, weitere Themen zu "vermarkten", die in der Konsequenz die Abstumpfung gegenüber allen Erscheinungsformen von Sexualität vervollständigen (148).

Die Entwicklung einschlägiger Delikte bei Jugendlichen zeigt deutlich, daß die "Freigabe" von Sexualität/Pornographie in der Bundesrepublik nicht die gleichen Wirkungen wie in den skandinavischen Ländern gehabt hat (149). Die zentralen Pu

te der Problematik sind deutlicher hervorgetreten: Neben der absolut unzulänglichen Sexualerziehung und -aufklärung ist es die fehlende Emanzipation der Frau, die bei einer gleichzeitigen Überflutung mit sexuellen Reizen die Jugendlichen vor kaum lösbare Probleme und Widersprüche stellt (150). Daran hat sich trotz der Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung, der Sexualrechtsreform und der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters nichts geändert: 1977 sehen sich der Achtzehnjährige und seine Freundin fast der gleichen Unmöglichkeit gegenübergestellt, problemfrei und unter akzeptablen Bedingungen die ersten Erfahrungen im sexuellen Umgang miteinander zu gewinnen, vor der schon die Achtzehnjährigen von 1965 standen. Besonders gravierend ist dabei das Wohnungsproblem: Es ist nach wie vor praktisch unmöglich, als lediges Paar unter 20 Jahren eine eigene Wohnung zu finden (151).

Jugendlichen im allgemeinen und jungen Frauen im besonderen ist nach wie vor ein Objekt-Status aufgezwungen, den sie aus eigener Kraft in der Regel nicht verändern können (152). Im Bereich von Emanzipation und Sexualität ist es obendrein noch schwieriger als in den anderen Bereichen des jugendlichen Lebenszusammenhangs, kollektive und solidarische Aktivitäten zu entwickeln; hier zeigt sich die Kehrseite der "Vergesellschaftung": Isolation und Deformation, teilweise auch Destruktion von Individuum und Persönlichkeit, am deutlichsten (153).

Die Emanzipationsbewegung der Frauen stellt dabei insofern eine "unechte" Ausnahme dar, als sie bei Männern (noch) keine Entsprechung gefunden hat, bei den Jugendlichen nicht so weitgehend akzeptiert wurde wie bei den jungen Erwachsenen, und schließlich gerade bei den einkommensschwachen, schlecht ausgebildeten Jugendlichen und Erwachsenen nicht "ankam" (154).

Daher kann für Emanzipation und Sexualität nur die gleiche Feststellung wie für die Familie getroffen werden: Autoritäre und emanzipatorische Lösung der gegenwärtigen Ambivalenz sind die Alternativen, zwischen denen die Jugendlichen entscheiden sollen, ohne zu dieser Entscheidung durch die Erziehung adäquat befähigt zu sein und ohne in der gesellschaftlichen Alltagspraxis rationale Kriterien für eine bewußte Entscheidung finden zu können (155).

Im Problembereich F r e i z e i t ist eine Fülle von Einzelthemen einbegriffen, die hier nicht alle diskutiert werden können und sollen; sie bieten ein ungemein verwirrendes und vielfach auch deshalb unklares Bild, weil manche Probleme nicht unbestritten "jugendspezifisch" sind (156). Im 1. Kapitel ist das am Beispiel der jugendlichen "Subkultur" erörtert worden. Andere Beispiele sind:

- der sogenannte Jugend-Alkoholismus; er erhält zweifellos eine falsche Dimension, wenn nicht berücksichtigt wird, daß der gesamtgesellschaftliche Durchschnittsverbrauch an Alkohol in der Bundesrepublik ungebrochen steigende Zuwachsraten aufweist und daß die Gesellschaft das Alkoholismus-Problem lange Zeit ignoriert hat (157);

- die Attraktivität von Sekten verschiedenster Art; die "Konjunktur", die diese Vereinigungen seit einigen Jahren erleben, steht in enger Verbindung mit der Verunsicherung der ganzen Gesellschaft, die sich den Jugendlichen natürlich mitteilt und es ihnen noch schwerer macht, zur eigenen Identität zu finden und stabile Kriteriensysteme zu entwickeln (158).

In diesen Beispielen drückt sich ebenso wie in weniger vage definierten Problembereichen - beispielsweise der Jugendkriminalität - die Tatsache aus, daß Jugendliche ähnlich wie Frauen in einem Status von Abhängigkeit gesehen und gehalten werden, der sie vom "wirklichen Leben" der Gesellschaft prinzipiell in negativer Art und Weise trennt (159).

Selbst noch die "Schutzfunktion", die beispielsweise die Jugendschutzbestimmungen haben sollen, bestätigt das: Ließe man Frauen und Jugendliche frei agieren und entscheiden - man würde feststellen, daß die Befürchtungen, die einen solchen Schritt verhindern, gegenstandslos sind, weil nicht die angebliche "Schwäche" der Frauen und Jugendlichen, sondern erst "die sozialstrukturelle Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft" die "Schutzmaßnahmen" notwendig macht (160). Die Äußerungsformen und Auswirkungen der sozialstrukturellen Gewalt sind ein Faktor, der dazu beiträgt, daß die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen sich nicht klar artikulieren und erkennen lassen, sondern eher unterdrückt, deformiert der reguliert werden (161). Diese "Vorbehandlung" und die Tatsache, daß die Bedürfnisstruktur bei Jugendlichen in der Regel nicht schon verfestigt ist, markieren die Einflußmöglichkeiten und den Handlungsspielraum des anderen Faktor: des Konsumangebots an die Jugendlichen (162).
Es ist hier nicht möglich, auf die Vielfalt, den ständigen "Modewandel", die impliziten Gefährdungen und die Skrupellosigkeit einzugehen, die die Produkte und die Methoden auszeichnen, mit denen die Jugendlichen als "Käuferschicht", als Objekt von "Marktstrategien" usw. teilweise so stark sich selbst entfremdet, manipuliert und ausgenutzt werden, daß die Privatwirtschaft selbst und der Staat Kontroll- und Selbstkontroll-Institutionen und Jugendschutzbestimmungen entwickelt bzw. erlassen haben - wenn auch deren positive Funktion mit den negativen "Nebenwirkungen" so eng verklam-

mert sind, daß der "Schutz" eher Wettbewerbs- und Jugendkontrollfunktion, d.h. den Schutz der Wirtschaft und des Staates vor den Jugendlichen, ihren Ansprüchen und Interessen etabliert (163).

In dem mit diesen knappen Andeutungen nur unzureichend beschriebenen quasi "halbkolonialen" Status der Jugendlichen (164) hat sich nicht nur die Vereinzelungstendenz verstärkt, die schon für die anderen Bereiche des jugendlichen Lebenszusammenhangs konstatiert wurde; es sind nicht nur mehr Jugendliche als bisher in diesen Status einbezogen worden (165), in den einzelnen Bereichen hat sich auch der Spielraum für die Jugendlichen verringert, der es ihnen möglich macht(e), kollektive Arbeits- und Lebensformen zu finden, die stabil genug wären, um solidarisches Handeln einzuüben und wirksam werden zu lassen (166). Da den Jugendlichen nicht nur der Zugang zur "gesellschaftlichen Praxis" der Erwachsenen, sondern zunehmend auch zur selbstbestimmten, "eigenen", "jugendgemäßen" Praxis abgeschnitten wird (167), haben sich im vergangenen Jahrzehnt einige typische Ausweich-Verhaltensformen und Fluchtmechanismen herausgebildet, die sich teilweise überschneiden bzw. ergänzen:

- von Resignation ausgelöste, selbstdestruktive Flucht in die passive "Verweigerung": Alkohol- und Drogenkonsum bzw. -mißbrauch;

- zumindest partiell regressive, "nostalgische" Flucht in sogenannte "gegen-gesellschaftliche"Projekte, Gruppen oder Haltungen: Landkommunen, große Wohngemeinschaften usw.;

- freiwillige Integration und Unterordnung in autoritär strukturierte Gruppen, die scheinbar Stabilität, klare Orientierung und fundierte Wertmuster bieten: Sekten, "Psycho-Kommunen", rechtsradikale, "halb verschwörerische" Gruppen usw.;

- Abwehr und zum Teil aggressive Ablehnung des "gesellschaftlichen Zugriffs", der Sozialkontrolle: Trebegänger(innen), Einzel- und Gruppenkriminalität usw.;

- unterschiedlich abgestufte, konkrete Negation der bestehenden Gesellschaft: aktiver bis militanter "Widerstand", Terrorismus usw.

Diese und andere, hier nicht genannte Verhaltensformen (168) bleiben nicht auf den Freizeitbereich beschränkt; sie wirken auf die Familien, Schulen und Betriebe ein und provozieren dort Reaktionen, die vielfach verhaltensverstärkend wirken und noch nicht "infizierte" Jugendliche erst dazu veranlassen, sich ebenso zu verhalten (169). Insgesamt lassen solche Verhaltensformen eine "scene" entstehen, die sich ausdehnt und außer den Verhaltensformen auch eine "Sprache" entwickelt hat, deren Qualität sehr bezeichnend ist (170).
Da für Jugendliche sonst "normale" Spontanität und Direktheit, die Offenheit gegenüber Alternativen, die Lernfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft - mit anderen Worten: die "materielle Basis" sowohl der gesamtgesellschaftlichen Ideal- bzw. Wunschvorstellungen wie auch für die "Jugendfeindlichkeit" - werden in dieser "Subkultur" oder "Teilöffentlichkeit" stark reduziert oder ganz "abgebaut" (171).

2.3.3. Zur prinzipiellen Ambivalenz der Vergesellschaftungstendenzen im jugendlichen Lebenszusammenhang

Der Überblick über die Ergebnisse von Untersuchungen, die aus den Bereichen vorliegen, von denen man zweifellos zu Recht annehmen kann, daß in ihren Vergesellschaftungsprozesse oder -tendenzen ablaufen und wirksam werden, hat sehr nachdrücklich gezeigt, daß es eher gerechtfertigt ist, von negativen

Auswirkungen der Vergesellschaftung zu sprechen, als in dieser Entwicklung emanzipatorisches Potential zu sehen (172). Denn die Vereinzelung der Jugendlichen, die Isolation, die d Konkurrenz unter ihnen schafft, und die generelle Abhängigkeit, die ihre Situation kennzeichnet, lassen sich in allen Bereichen entweder als schon eingetretene "Normalität" (173) oder als relativ schnell voranschreitende Entwicklung erkennen (174). Diese "negative Vergesellschaftung", wie man sie ihrer deutlich überwiegenden Implikation wegen nennen könnte führt zur Destruktion der individuellen Identität der Jugendlichen; das gilt für Jugendliche aus sozial schwachen und benachteiligten Familien in besonders hohem Maße. (Demgegenüber fällt es schwer, das Potential der - durchaus auch vorhandenen - positiven Aspekte der Vergesellschaftungstendenzen genauer zu beurteilen; das liegt nicht nur an der Sache selbst (175), sondern auch daran, daß in der vorliegenden Literatur ebenso wie in der täglichen Berichterstattung in den Massenmedien kaum Informationen über die Aktivitäten von Jugendlichen zu finden sind, die den eben entwickelten Kriterien zufolge als positive Aktualisierungen des emanzipatorischen Potentials anzusehen wären (176).

Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, ob es gerechtfertig ist, zu erwarten, daß die Jugendlichen aus den Konflikten und Widersprüchen lernen, die in den einzelnen Bereichen ihres Lebenszusammenhangs durch die fortschreitenden Vergesellschaftungstendenzen seit Mitte der sechziger Jahre entstanden sind und gegenwärtig unter dem Druck der anhaltenden Krise teils eine Verschärfung, teils eine neue Ausprägung erhalten (177). Zur Zeit scheint eher die Annahme gerechtfertigt, daß die Jugendlichen sich gegen unerträglich gewordene Belastungen zur Wehr setzen. Konflikte also nicht passiv erleben, sondern handelnd selbst provozieren - soweit eben nicht, wie bereits angedeutet, der übermächtige Druck zu autoritärer Anpassung führt, die in Resignation mündet (178).

In neuester Zeit scheint sich eine andere Reaktionsweise der betroffenen Jugendlichen herauszubilden, die aus der offenkundigen Vergeblichkeit der Anpassung "gelernt" haben. Gerade bei Studenten, die über ein bis zwei Jahre Studienerfahrung an der Hochschule verfügen, hat sich die Einsicht ergeben, daß individuelle Anpassung die Chancen im Konkurrenzkampf nicht notwendig verbessert. Aber auch dann bleibt die weitere Entwicklung durchaus ambivalent: militanter Protest, Ausweichen in sogenannte "alternative Lebens- und Arbeitsformen" und Unterordnung in autoritär- hierarchisch strukturierten Gruppen mit unterschiedlichen Zielen, aber jeweils das Individuum kraß unterdrückenden Ideologien sind seit einiger Zeit als Alternativen erkennbar, zwischen den die Jugendlichen wählen (179). Besonders problematisch an dieser Entwicklung ist, daß sie die Klischees der Jugendfeindlichkeit der Gesellschaft bestätigt und die Jugendlichen in eine gefährliche Randstellung drängt (180). Die Gefahr besteht darin, daß - gemessen an den Verhältnissen zu Beginn der 60er Jahre - eine sehr große Anzahl von Jugendlichen in die Konfrontation mit dem extrem ausgebauten Sicherheits- und Ordnungsapparat des Staates gerät; die Auseinandersetzungen um die Kernkraftwerk-Bauplätze und vergleichbare "Objekte" illustrieren einen der Konfliktpunkte, an denen das leicht geschehen kann. Von dort ist es zu einer umfassenden Kriminalisierung nicht weit; die vielfachen Übergriffe der Polizei auf Jugendwohngemeinschaften, Resozialisierungsgruppen, selbstverwaltete Jugendzentren usw. markieren deutlich, wie weit die Verdächtigungszone heute reicht (181).
Es mag den Anschein haben, als seien solche Prognosen nicht gerechtfertigt; weil sie die Integrationsfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft unterschätzen, italienische "Vorbilder" zu leichtfertig auf unsere Verhältnisse übertrügen, schließlich die Zahl von betroffenen und zu Verweigerung bzw. Revolte neigenden Jugendlichen zu hoch ansetzten usw.

Demgegenüber scheint es mir dennoch an der Zeit, nach der weiteren Leistungsfähigkeit, den Kosten und den bisherigen Resultaten des sozialdemokratischen Modells vom "Sozialen Frieden" zu fragen, das der von der SPD betriebenen Reformpolitik zugrundeliegt. Es scheint sich anzudeuten, daß diese Zielvorstellung unter den Bedingungen der Vergesellschaftung eben nicht zu einer solidarischen, emanzipierten und aufgeklärten Gesellschaft geführt hat, die eine positive Integration der Jugend leisten könnte. Im Gegenteil scheint die Reformpolitik eine Verbindung mit repressiven Momenten gerade dann einzugehen, wenn die Jugendlichen beginnen, nach ihren Vorstellungen, ihren Interessen und Bedürfnissen folgend und im Widerstand gegen die "negative Vergesellschaftung" die aufgeklärten Ziele sozialdemokratischer Jugendpolitik zu verwirklichen: "Autonomie, Kreativität, Produktivität, Sexualität und Soziabilität" - "jeder Sachverhalt für sich im Kern ein unverwechselbares und besonders ausgeprägtes Kriterium des mündigen Menschen" (182). Der Widerspruch zwischen Solidarität, Emanzipation und Aufklärung einerseits und der am sozialen Frieden orientierten sozialdemokratischen Reformpolitik, der als erstes Resultat der Untersuchung offensteht, soll - diesen Teil abschließend - im folgenden genauer formuliert und analysiert werden.

2.4 Reformismus, sozialdemokratische Reform und die Jugendpolitik

2.4.0. Vorbemerkung

Eine präzise Analyse und Definition des "Reformismus" und der sozialdemokratischen Reformpolitik gehört gegenwärtig zu den interessantesten und gleichzeitig schwierigsten ungelösten Aufgaben der politischen Wissenschaft; das wirkt sich auch in dem knappen Versuch aus, den ich hier unternehme: eine Zusammenfassung derjenigen Aspekte, die für die Konzeption und Praxis der jugendpolitischen Reformanstrengungen der SPD im vergangenen Jahrzehnt von ausschlaggebender Bedeutung waren (und es auch noch heute sind).
In Anbetracht des eben konstatierten Widerspruchs von einer an Solidarität, Emanzipation und Aufklärung orientierten politischen Aktivität der Jugendlichen und einer dem "sozialen Frieden" verpflichteten sozialdemokratischen Reformpolitik genügen allgemeine Definitionen wie die inzwischen verbreitet rezipierte von Fülberth/Harrer nicht mehr, derzufolge Reformismus eine "Richtung der Arbeiterbewegung" ist, die

> "eine Verbesserung und Stabilisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen unter grundsätzlicher Beschränkung auf Reformen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer politischen Verfassung ökonomisch möglich und juristisch erlaubt sind, herbeizuführen versucht" (183).

Darin werden die Differenzierungen nicht sichtbar, die gegenwärtig das Reformismusproblem allgemein und die sozialdemokratische Reform der Jugendpolitik im besonderen kennzeichnen, und nicht nur eine adäquate Analyse, sondern erst recht eine jugendpolitische Praxis erschweren, die der heutigen politischen und sozio-ökonomischen Konstellationen mit ihren Entwicklungstendenzen notwendig entgegengesetzt ist.

Zu den Differenzierungen, die ich meine, gehören folgende, die ich etwas eingehender erörtern würde, weil sie für das Thema mehr oder minder direkt von Bedeutung sind:

1. Die Fähigkeit des Reformismus, über Verbesserungen des Lebensstandards, der rechtlichen Stellung und der politischen Einflußmöglichkeiten hinaus langfristig auch den Objektstatus der Arbeiterklasse und der anderen Abhängigen aufzulösen.

2. Die Fähigkeit des Reformismus, eine Theorie über die Krisen des kapitalistischen, ökonomischen und politischen Systems zu entwickeln, die ihn befähigt, in Krisensituationen politisch zu handeln.

3. Die Fähigkeit des Reformismus, durch die Etablierung einer "Arbeitsteilung" zwischen reformistischer Partei und Gewerkschaften in den "Normalphasen" der kapitalistischen Entwicklung sichtbare Erfolge in dem Sinne zu erzielen, daß die Arbeiterklasse in das politische System integriert und der "Reibungsverlust" durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit spürbar verringert wird.

4. Die Transformation des Reformismus zur sozialdemokratischen Reformpolitik, die nach dem Eintritt in die Regierung die Fähigkeit entwickelt, mit der Verwirklichung ihres Modells des "sozialen Friedens" in der pluralistisch-parlamentarischen Demokratie sich selbst als Störungsfaktor obsolet zu machen.

Sobald diese vier Punkte, die eng zusammenhänge und dabei au nicht im Sinne einer "Rangfolge" genannt sind, anhand der Reformpolitik der SPD genauer erläutert sind und die Grundlage und Perspektiven staatlicher Sozial- und Jugendpolitik seit 1969 hinreichend klar hervortreten, werde ich versuchen, die Hauptprobleme der staatlich-sozialdemokratischen Jugendpolit herauszuarbeiten (die ihrerseits für die Analyse der Westberliner Jugendpolitik den Ausgangspunkt und Bezugsrahmen darstellen).

Ich lasse dabei die gewerkschaftliche Jugendpolitik weitgehend unberücksichtigt; bei der Erörterung des 3. Punktes - Arbeitsteilung - Partei - Gewerkschaften - werde ich die Begründung dafür geben. Darüber hinaus zu gehen wäre auch Doppelarbeit; Helmut Lessing hat in seinem vor wenigen Monaten erschienenen Buch "Jugendpflege oder Selbsttätigkeit" mit Überlegungen, die meinen hier entwickelten Auffassungen sehr nahe stehen, "eine historische Untersuchung zum Verhältnis von Reformismus und Jugendarbeit" (Untertitel des Buches) gerade am Beispiel der gewerkschaftlichen Jugendarbeit veröffentlicht (184), so daß ich hier nur auf die Jugendpolitik sozialdemokratischer bzw. sozialliberaler Regierungen eingehen will.

2.4.1. Reformpolitik und Reformismus

Ziel jeder politischen Organisation der Arbeiterklasse war und ist, die Arbeiter (und anderen Abhängigen) aus ihrer Passivität als Objekt der Kapitalverwertung und des bürgerlichen Staates heraus zum autonomen Handeln zu befähigen, und, langfristig gesehen, zum Subjekt in der gesellschaftlichen Praxis zu machen. Die Problematik jeder marxistischen Organisation bestand und besteht in der Notwendigkeit, auch in Phasen der scheinbar ungebrochenen, störungsfreien kapitalistischen Prosperität mit möglichst intensivem Druck die Verbesserung der Situation der Arbeiter zu betreiben, ohne in dieser Reformaktivität "steckenzubleiben" und die Revolution als unumgängliche Entscheidung zu "vergessen" oder zu "verdrängen". Gerade das erwies sich aber als zentrales Dilemma: Je länger die krisenfreie Entwicklung anhielt und Reformen ermöglichte, die reale Verbesserungen brachten, umso stabiler schien das Abhängigkeitsverhältnis zu werden (185).

Dem Reformismus stellte sich diese Entwicklung als durchaus positiv dar; er hat sie zur Zielvorstellung erhoben. Der ohne

Krise, mit permanentem Wachstum "funktionierende" Kapitalismus, als lösbare Aufgabe betrachtet (186), kann dann als "Normal-Situation" dargestellt werden, die eine schrittweise Annäherung an den allgemeinen Wohlstand ermöglicht (187). Aus dieser Umkehrung der für die Arbeiterpartei unlösbar scheinenden politischen Aufgabe in die Programmatik der Sozialdemokratie im pluralistisch-parlamentarischen System der BRD (188) ergeben sich die anderen Prinzipien der sozialdemokratischen Reform-Position mit durchaus schlüssiger Konsequenz:

1. Es wird unsinnig, vom Objektstatus der Arbeiterklasse zu reden. Kapital und Arbeit werden zu Sozialpartnern, die ihre Differenzen auf der Grundlage der Tarifgesetzgebung klären.

2. An die Stelle der Klassengegensätze tritt der Interessenpluralismus der sozialen Gruppen, die grundsätzlich gleichberechtigt untereinander konkurrieren; das gilt natürlich auch für die politische Ebene.

3. Der bürgerlich-kapitalistische Staat kann nicht mehr als grundsätzlich feindselige, repressive Institution begriffen werden; insbesondere in seiner Ausprägung als soziale Demokratie unter sozialdemokratischer Regierung ist er nahezu sakrosankt.

4. Die bürgerliche Gesellschaft und ihre Institutionen einerseits und die Arbeiterklasse mit den ihren andererseits schließen sich nicht mehr gegenseitig aus, sondern werden unter dem Aspekt des sozialen Friedens als komplementäre Teile verstanden, deren Organisation nach dem Prinzip der sozialen Symmetrie lediglich eine Frage der Zeit ist.

Diese Ideologie und die entsprechende Praxis sind nicht durch einen einmaligen "Sündenfall" der SPD entstanden; es wäre au

bloß schlecht moralisch, die Entwicklung der Sozialdemokratie seit 1945 als fortgesetzte "Kapitulation" und "notorischen Verrat an der Arbeiterklasse" zu denunzieren. Die anschließende Herausarbeitung von negativen Konsequenzen, die inzwischen eingetreten sind, ist deshalb auch nicht als "Verriß mit Vernichtungsabsicht" zu verstehen; das hieße nur, die Ent-Dimensionalisierung, die die SPD an der Geschichte, der Sozialstruktur und der politischen Perspektive der BRD vorgenommen hat, negativ zu spiegeln (189). Gerade in der Darstellung der Probleme, die die SPD der Jugend schafft und zumutet, möchte ich auch Alternativen für die Jugendlichen sichtbar machen.

Wie sich seit der Amtsübernahme Helmut Schmidts deutlich zeigt, ist ein zentrales Problem der sozialdemokratischen Reformpolitik ihre Unfähigkeit, eine adäquate Krisenpolitik zu entwickeln - eine Konsequenz der Auffassung, der Kapitalismus sei stabil geworden und die noch auftretenden Krisen könnten mit dem Instrumentarium der Mitte der sechziger Jahre entwickelten staatlichen Wirtschaftspolitik leicht gelöst werden. Dieses Unvermögen, die kapitalistische Entwicklung "über den Tag hinaus" als prinzipiell widersprüchliche und krisenhafte zu fassen (190), hat die negative Seite der Doppelfunktion der sozialdemokratischen Reformen erkennbar werden lassen: Zweifellos tragen sie in Prosperitätsphasen erheblich zu einer realen Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bei - aber gerade die Verbesserungen heben den Objektstatus nicht auf, sondern etablieren ihn durch die Integration in den kapitalistischen Staat auf Dauer, und zwar umso nachhaltiger, als die Sozialdemokratie selbst wesentliche Elemente des Herrschaftssystems erst geschaffen hat. Je gründlicher das gelang, umso stärker waren die Integrationswirkung und der Identifikationsdruck (191); der Erfolg rechtfertigte auch die Tendenz, Konflikte und Kritik als Störfaktoren zu illegalisieren (192). Erst in der letzten Zeit ist allgemein nachvollziehbar gewor-

den, daß die sozialdemokratische Politik keineswegs per se Verbesserungen der "Lebensqualität" garantiert, sondern durchaus auch ohne den vom Koalitionspartner ausgeübten Druck zu krisenbedingten Abstrichen am "System der sozialen Sicherheit" fähig ist (193).

2.4.2. Auswirkungen der Reformpolitik

Im folgenden versuche ich, einige für die Jugendlichen negativen Konsequenzen der sozialdemokratischen Reformpolitik zusammenzufassen - negativ vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß die Jugendlichen bei ihren Versuchen, zu individueller und kollektiver Identität zu finden, durchaus zu Kriterien tendieren, die selbst ein reformistischer Sozialismus noch propagiert.

In thesenartiger Zuspitzung läßt sich formulieren:

1. Die Arbeiterbewegung als Identifikationsmöglichkeit existiert für die Jugendlichen nicht mehr real, sondern nur historisch bzw. nur außerhalb der Bundesrepublik (um nicht zu sagen: nur außerhalb des deutschen Sprachraums überhaupt).
   Hier hat die Wendung der SPD zur Volkspartei einen gründlichen "Erfolg" zu verzeichnen: Die Begriffe "Arbeiterklasse" und "Arbeiterbewegung" sind abstrakt. Der traditionelle Antikommunismus hat ganz erheblich dazu beigetragen und selbst noch den Begriff "Sozialismus" diskreditiert. Für die Jugendlichen bestünde daher, wenn sie in diese Richtung tendierten, die Notwendigkeit, erst einmal einen eigenen Bezug zum Sozialismus zu schafften (194).

2. Der Zugang zum Sozialismus bzw. zu den Traditionen der Arbeiterbewegung wird weiter dadurch erschwert, daß zentrale Wertvorstellungen und Kategorien gegen ihre heutige Interpretation zurückgewonnen werden müssen. Beispielhaft dafür ist die Kategorie der Solidarität:
Wenn die SPD heute die "Solidarität aller Demokraten" beschwört - gegen den "Terrorismus" beispielsweise - dann erreicht sie damit kaum die Jugendlichen, weil inzwischen vielfach klar geworden ist, daß diese "Solidarität" in legitimatorischer oder erpresserischer Absicht instrumentalisiert wird. "Solidarität" als Ordnungsprinzip des "Sozialen Friedens" ist längst zu einem bürgerlichen Kampfbegriff pervertiert (195).

3. Es ist bezeichnend, daß in vielen Konzeptionen sozialdemokratischer Jugend- und Bildungspolitik die Erziehung zur "Konfliktfähigkeit" eine wichtige Rolle spielt: "Emanzipation" zum freien Individuum, das in der pluralistischen Interessenkonkurrenz "konfliktfähig" ist. Darüber hinausgehende Konflikte sind dagegen absolut unerwünscht, da sie womöglich als Ansätze zum "Klassenkampf" der Sozialdemokratie angelastet werden und ihre Chancen auf Wahlerfolg mindern könnten (196).
Unter diesen Voraussetzungen wird Emanzipation zum Störfaktor für harmonistische Integrations- und Ordnungskonzepte; es ist nicht verwunderlich, daß die "Emanzipation der Frau" beispielsweise auch in der SPD kaum vorankommt (197).

4. Als außerordentlich negativ hat sich schließlich eine Anpassungsleistung der Sozialdemokratie erwiesen, die Carlo Schmid 1958 mit selbstbewußter Zuverzicht propagierte:

> "Die Entwicklung vom traditionellen zum heutigen freiheitlichen Sozialismus läßt sich mit einem Satz umreissen: Es ist der Weg von der alten Sehnsucht nach dem verlorenen irdischen Paradies der in der Unschuld des geschichtslosen Glückes Gleichen, Freien und Brüderlichen zur Selbstbescheidung mit einer Welt, deren Umstände akzeptiert werden können, ohne daß auf Selbstachtung verzichtet zu werden braucht - einer Welt, in der Wirtschaft, Gesellschaft, Staat vermenschlicht sind, in der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit nicht nur als Schlagworte sondern als gelebte Wirklichkeit herrschen können, und dies alles nicht durch eine Flucht nach Utopia, sondern durch Bejahung und Ordnung der in der geschichtlichen Welt wirkenden Realitäten nach dem Maße des Menschen." (198)

Die Reduktion der sozialistischen Perspektive auf das Machbare, genauer: der inzwischen eingetretene Verlust einer Perspektive überhaupt impliziert die Aufwertung der Gegenwart und ihrer Ordnung. Die Identifikation mit dieser Ordnung ist seit der staatskonformen Wendung des Godesberger Programms und erst recht seit der Regierungsübernahme 1969 soweit gediehen, daß die Aufwertung der Repression als "normales" Mittel sozialdemokratischer Politik so alltäglich und selbstverständlich geworden ist (199).

2.5. Zusammenfassung

Für die Begriffsbestimmung von "Jugend" und "Jugendpolitik" hat dieses Kapitel lediglich eine A n n ä h e r u n g mit a l l g e m e i n e m C h a r a k t e r bringen können; das ist im wesentlichen der notwendigen Ausdehnung der Definition zuzuschreiben, die in der herkömmlichen, stark eingegrenzten Form nicht zu halten ist. Mit dieser notwendigen Definitions-Erweiterung stößt die Arbeit aber auf ihre Grenzen: Eine Konkretisierung der allgemeinen Aussagen läßt sich in vollem Umfang nicht in einer Einzelarbeit erreichen.

Für die beiden folgenden Kapitel bleibt festzuhalten, daß der Objektstatus der Jugend sowohl in der Wissenschaft wie auch in der politischen und sozialen Praxis unverändert gegeben ist; daran ändert offenbar auch die sozialdemokratische Jugendpolitik kaum etwas.
Gerade diese letzte Aussage soll im folgenden Kapitel an einem konkreten Beispiel überprüft werden; die allgemeinen Aussagen reichen nicht aus, um ein Urteil auch im konkreten Fall genügend abzusichern und auszuweisen.

Für die Gesamt-Fragestellung "Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik" hat sich damit zweierlei ergeben:

(a) Auf der allgemeinen Ebene zeigt die Untersuchung bisher nur, daß die Jugendpolitik so eng mit Bildungs-, Familien-, Wohnungs- und generell Sozialpolitik verflochten ist, daß eine auf vorgeblich "reine" Jugendfragen beschränkte Analyse nicht nur notwendig unvollständig sein muß, sondern sich auch der Vermutung ausgesetzt sieht, in vielen Punkten ein falsches Bild zu liefern.

(b) Für die weitere Untersuchung ergibt sich meiner Auffas-
sung nach als Notwendigkeit, aus der Gesamtheit der vo-
Berliner Fachressort betriebenen Jugendpolitik den Aus-
schnitt herauszugreifen, in dem eine quasi "allgemeine"
Jugendpolitik gemacht wird. Dazu scheint mir der Berei-
der Jugendfreizeitheime besonders gut geeignet zu sein.
Dort werden im Verhalten der Jugendlichen, in ihren Fo-
derungen und ihrer Apathie gleichermaßen, die meisten
Probleme deutlich, die in ihrem Lebenszusammenhang auf-
treten; gleichzeitig zeigt sich darin auch, inwieweit
staatliche Instanzen bereit und fähig sind, sich diese
Problemen zu stellen.

Ohne eine solche Konkretisierung - und sei sie auch nur pa-
tiell möglich - bliebe jede Aussage über Funktion und Wan-
del staatlicher Jugendpolitik abstrakt und zumindest unger-

3. Charakteristika und Widersprüchlichkeit der Jugendpolitik des Senats von Berlin von 1965 bis 1975

3.1 Einleitung

3.1.0 Vorbemerkung

Zwischen den ersten beiden Kapiteln sowie dem letzten einerseits und dem folgenden dritten Kapitel andererseits ergibt sich notwendigerweise ein gewisser Bruch in der Darstellung. Er ist nicht nur dadurch bedingt, daß das folgende Kapitel im Unterschied zu den anderen eher "empirisch" orientiert ist; der Bruch liegt auch darin, daß sich die theoretischen Linien, deren Verlauf in den beiden vorangegangenen Kapiteln erkennbar werden sollte, im folgenden Kapitel nicht einfach fortsetzen.

Daß aber nicht einfach aus den vorangegangenen Kapiteln ein Problem- und Kriterienkatalog zusammengestellt wird, den geschlossen abzuhandeln ohnehin nicht möglich wäre (siehe dazu die folgenden Seiten) - das ist nicht die einzige Einschränkung.
Eine weitere notwendige Einschränkung und auch ein gewisser Bruch gegenüber dem doch relativ noch aufrecht erhaltenen Allgemeinheitsanspruch in den vorangegangenen Kapiteln liegt darin, daß eine vollständige Darstellung der Jugendpolitik des Senats gar nicht erst versucht wird. "Theoretisch" wäre sie möglich gewesen - "praktisch" aber unsinnig (1). Stellvertretend für die Gesamtheit der Gründe, die mich zu meinem Vorgehen veranlaßt haben, möchte ich nur einige wenige nennen:

(a) Vieles an dem Material, das zur Verfügung steht, ist wertlos (2). Ein Beispiel: Die offizielle Besuchersta-

tistik für die Berliner Jugendfreizeitheime für das Jahr 1970; die Besucherzahlen, die sie ausweist, sin einfach grob irreführend (3).

(b) Materialien wie der "Jugendpflegebericht" sind selte die Behörden äußern sich in der Regel nicht oder nur sehr indirekt über ihre politischen Auffassungen, un das schriftlich festgehaltene Resultat interner Dien besprechungen ist praktisch unzugänglich oder nicht zitierbar (4).

(c) Die Protokolle des entsprechenden Fachausschusses de Abgeordnetenhauses in Berlin (und das gilt pars pro toto) gegen vor allem deswegen wenig Anhaltspunkte f die tatsächlichen politischen Verhältnisse ab, weil so weit von ihnen entfernt sind: Die in den politisc Gremien verhandelten Beschlüsse erreichen die Basis in Ausnahmefällen in einem vertretbaren Zeitraum und werden noch seltener prompt umgesetzt (5). -
Jeder Versuch, so zu verfahren, daß alle Berichte ei bezogen würden, müßte so scheitern, wie es beim Juge pflegebericht der Fall war (siehe unten); deswegen h ich mich für ein exemplarisches Verfahren entschiede dessen Repräsentativität ich glaube begründen zu kön nen (6).

3.1.1 Eingrenzung des Untersuchungsbereichs

Die Herausarbeitung des allgemeinen Charakters, der Impli kationen und Konsequenzen der sozialdemokratischen Reform politik, die im vorangegangenen Kapitel versucht wurde, h nur den Rahmen für die Analyse und Kritik der Politik auf Westberliner Landes- und Bezirksebene abgeben - und nicht mehr. Es auch methodisch falsch und ein verfehlter Ansatz um jeden Preis die Entsprechungen zwischen allen allgemei

Aussagen und den jeweiligen Äußerungen der Bezirkspolitiker und der Senatsvertreter etwa herstellen zu wollen. Dieses Verfahren, das in seiner Angestrengtheit gerade viele marxistische Untersuchungen kennzeichnet, führt notwendig zu Brüchen in der Argumentation und der Darstellung (7); die Arbeit Jürgen Dittners etwa - deren Wert damit nicht geleugnet werden soll - zeigt die Nachteile deutlich, die durch diesen selbst auferlegten "Beweiszwang" unvermeidlich eintreten müssen (8).

In einem soeben erschienenen Erfahrungsbericht über die "Möglichkeiten praktischer Erzieherarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung" in einem Spandauer Jugendfreizeitheim macht Götz Aly das Problem in polemischer Zuspitzung so deutlich:

> "So scheinen uns diejenigen, die der Jugendpflege und jedem anderen Teil des bürgerlichen Staates eine klar umrissene, eindeutig repressive Funktion zuschreiben wollen, auf dem dogmatischen Holzweg zu sein. Es stimmt einfach nicht, wenn die Wilmersdorfer Jungsozialisten schreiben: 'Die tatsächlichen Probleme der Jugendlichen werden in Hobbygruppen und durch die anderen Angebote verschleiert', oder wenn Manfred Liebel loslegt: '... von den direkten Kontroll- und Disziplinierungsversuchen der Jugendpflege ganz zu schweigen'. Auch wir schweigen von diesen Versuchen: die Jugendpflege kontrolliert nicht, verschleiert nicht - sie tut einfach nicht" (9).

Heißt das aber, daß - wie die Kritiker der marxistischen Arbeiten immer wieder einwenden - damit die allgemeinen Aussagen unhaltbar sind?

Natürlich wäre es zu einfach, durch die einfache Umkehrung der Argumentation des "dogmatischen Holzwegs" die bestehenden, die Kritik fordernden Verhältnisse schlicht als die Realität des "Machbaren" zu bezeichnen und zu verlangen, daß man sich nur daran orientiere. In der folgenden Darstellung und Untersuchung versuche ich, diese beiden Extreme zu vermeiden. Es geht mir nicht darum, ausschließlich den Schlagschatten

der Repression schwarz auf weiß "nachzuweisen"; allein schon die Unterlassungen, das "Nichtstun" der Jugendpfleg haben ihre eigene, negative Qualität (10). Das ändert nic an der Notwendigkeit, die Fakten und die nicht sehr zahl- reichen Äußerungen zur Begründung der Jugendpolitik seite der staatlichen Stellen nach einem begründeten Kriterienk log wertend zu interpretieren; jede andere, d.h. auf ausg wiesene Wertung verzichtende Darstellung würde in ihrer Q lität noch hinter die (kaum diese Bezeichnung verdienende Konzeption der Jugendpolitik in Berlin zurückfallen und w insbesondere unfähig, Orientierungspunkte für eine Veränd rung der gegenwärtigen schlechten Praxis zu bezeichnen (1

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist meines Erachtens die Entscheidung verständlich und berechtigt, die Untersuchung der Charakteristika und Widersprüche in der westberliner Jugendpolitik gerade n i c h t als Analyse der wenigen aufsehenerregenden "Experimente" anzulegen, die jenseits gegen die offizielle Reformpolitik der SPD konzipiert und durchgesetzt wurden - wie z.B. die Besetzung des Georg-v. Rauch-Hauses in Kreuzberg. Mir scheint eine Untersuchung präsentativer zu sein, die einen "Normal-Fall" der sozialdemokratischen Reformversuche zum Gegenstand hat, der nicht allein von den zentralen Senatsbehörden, sondern in erster Linie von den Bezirksbehörden "betreut" wurde (12).

Diese Entscheidung bedeutet nicht, daß die Selbstverwaltungs-Initiativen unterschätzt oder gar abgelehnt würden. Sie haben als eine parallel zu den sozialdemokratischen Reformen verlaufende Entwicklung unübersehbar auf die Reformpolitik eingewirkt und sind umgekehrt - und sei es nur durch die sehr oft als notwendig empfundene "Abgrenzung" - von der Konzeption und dem Verlauf der Reformen ihrerseits beeinflußt worden. Sie stehen aber aus zwei Gründen nicht im Mittelpunkt dieser Untersuchung: Erstens sind sie bereits ausführlich analysie

kommentiert und kritisiert worden, und zweitens erfolgt die Auseinandersetzung mit ihnen aus ganz anderen Motiven heraus als denen, die diese Untersuchung hier bestimmen. Die Darstellung und Kritik der Selbstverwaltungs-Initiativen orientiert sich in erster Linie am Selbstverständnis und an den taktischen und strategischen Konzepten der linken außerparlamentarischen Oppositionsgruppen; ihr Interesse ist antizipatorisch und richtet sich auf die Verwirklichung von Alternativen zu gegenwärtig vorfindbaren Realitäten und "herrschenden" politischen Plänen. Sie hat damit einen anderen Stellenwert (das bedeutet nicht: einen geringeren!) als die Untersuchung sozialdemokratischer Reformpolitik; beide verhalten sich in gewissem Sinne komplementär zueinander (13).

Die hier vorliegende Untersuchung enthält in ihrem Kern die Analyse eines Modellversuchs - sie ist also eine "erweiterte Fallbeschreibung". Allerdings kam eine Reihe von Umständen zusammen, die diesen Modellversuch zu einem exemplarischen Fall sozialdemokratischer Reformpolitik machten: Der Modellversuch fand in einem traditionellen SPD-Bezirk einer seit langem sozialdemokratisch regierten Großstadt statt, und die Ansprüche, mit denen er gestartet wurde, waren sowohl typisch für die Reformeuphorie Anfang der siebziger Jahre, wie auch typisch für eine im Ansatz eher positive sozialdemokratische Reform, die nicht von vornherein durch einen ihr immanenten Kompromiß zu ersticken drohte (14). - Ähnliche Versuche und Reformansätze hat es auch in anderen Bereichen, Städten und Ländern gegeben; dort ergab sich dann auch die gleiche (oder doch eine sehr vergleichbare) Problementwicklung - bis hin zum jeweiligen Versanden und/oder Scheitern der Reformintention (15).

Die Untersuchung konzentriert sich in ihrem wichtigsten Teil auf nur einen Bereich der Jugendarbeit: auf die Arbeit in den Jugendfreizeitheimen.

Andere Bereiche sind bewußt vernachlässigt worden (16); denn weder in der Heimerziehung noch in der Jugendgerichtshilfe oder in einem anderen Bereich der Jugendarbeit finden sich jene quasi amtlich festgeschriebenen Intentionen, die der "Bericht über Situation und Planung im Sektor 'Jugendpflege'" (im folgenden einfach als "Jugendpflegebericht" bezeichnet) vom 2. November 1971 für das Abgeordnetenhaus als Resultat der Entwicklung in den sechziger Jahren festhält:

> "Gleichzeitig (d.h. im Verlauf der 60er Jahre; MP) wurde von Berliner Jugendpflegern die Aufgabe des Jugendfreizeitheims neu überdacht und im Gegensatz zu manchen Punkten der Frankfurter Richtlinien Anfang der 60er Jahre klar und nüchtern formuliert. Das Freizeitheim wird jetzt als ein geselliges Kommunikationszentrum gesehen, wobei die verschiedenen Formen der Gesellung gleichberechtigt und /13/ wertfrei nebeneinanderstehen. Es soll versucht nicht nur eine gesellschaftliche Schicht anzusprechen. Spezielle Angebote sollten jedem einzelnen Freizeitheim einen besonderen Charakter verleihen. Das besondere Recht des Jugendlichen wird darin gesehen, ihn als ernst zu nehmenden, gleichberechtigten Partner zu akzeptieren. Dieses Recht soll lediglich dort eingeschränkt werden, wo es die gleichen Rechte anderer Jugendlicher beschneidet. Das Jugendfreiheitheim sollte dem Jugendlichen auch Anregungen auf den Gebieten der Religion und der Politik anbieten, ihn ermutigen, auf diesen Gebieten einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Jede einseitige Beeinflussung wird abgelehnt, weil sie den Prinzipien einer partnerschaftlichen Erziehung widerspricht" (17).

Dieses Zitat zeigt (wie eine Fülle anderer Belegstellen auch), daß man in Berlin das Jugendfreizeitheim (= JFH) allgemein nicht als den Ort begriff, an dem die Methoden und Ziele, aber auch die Intensität der behördlichen Jugendpolitik am deutlichsten zum Ausdruck kommen sollten. Es ist daher gerechtfertigt, die Realisierung der staatlichen Jugendpolitik in erster Linie am Beispiel der JFH zu untersuchen.

3.1.2 Zusammenfassung

Absicht dieses Kapitels ist es also, einen ganz durchschnittlichen, aber sehr typischen Ablauf sozialdemokratischer Reformpolitik zu untersuchen - die spektakulären, paradigmatischen Fälle interessieren dabei ebenso wenig wie die Entwicklung von politischen Organisationsansätzen bei proletarischen Jugendlichen.
Im Vordergrund des Interesses stehen die tatsächlichen Träger der Reformpolitik: die Mitarbeiter in den JFH (18). Denn alle anderen Beteiligten sind nur temporär oder partiell mit den Schwierigkeiten konfrontiert, die sich Tag für Tag in der reformpolitischen Praxis ergeben: Jugendstadträte, Bezirksjugendpfleger, Sachbearbeiter, Abgeordnete z.B. haben immer die Möglichkeit, sich den Jugendlichen zu entziehen - und sei es auch nur zur durchaus notwendigen "Besinnungspause". Die Sozialarbeiter in den JFH haben diese Möglichkeit nicht (19).

Umgekehrt hat das dazu geführt, daß die wichtigsten und interessantesten Berichte, Stellungnahmen und Konzeptionen entweder von den "Praktikern" selbst kamen oder doch wenigstens in enger Zusammenarbeit mit ihnen entstanden sind. (Ein Musterbeispiel dafür ist der "Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Westberlin"; seine Aktivitäten, theoretischen Debatten und seine Veröffentlichungen sind auch über Berlin hinaus bekannt geworden.) Das hat sich auch in der inzwischen relativ breiten Diskussion in der "linken Öffentlichkeit" über "Selbstverständnis und Funktion" der Sozialarbeiter niedergeschlagen (20).

Die Konzentration in der Untersuchung auf die Beschäftigung mit den JFH, den Sozialarbeitern, ihrer Praxis und ihren Publikationen vermeidet meiner Auffassung nach zwei Gefahren, denen - unbeabsichtigt - viele Darstellungen der jugendpolitischen Problematik in unterschiedlichem Ausmaß erlegen sind:

(a) Analysen, die (völlig berechtigt) sich den Standpunkt der Jugendlichen zu eigen machen wollten, die Objekte staatlicher Jugendpolitik waren und sind, hatten und haben mit dem Problem zu tun, daß sie einerseits nur relativ wenig Daten über "die proletarische Jugend" zur Verfügung haben (was eher am Zustand der Jugendforschung in der Bundesrepublik als an deren Kritikern liegt), und daß sie andererseits genötigt sind, in ihrer Argumentation von einem "objektiven Gesamtinteresse" dieser Jugendlichen auszugehen, das theoretisch im Großen und Ganzen stimmig herausgearbeitet sein mag, aber trotzdem notwendigerweise große Unschärfen aufweisen muß.

(b) Analysen, die sich nur mit der Programmatik, den Absichtserklärungen, den Haushaltsansätzen usw. in der Jugendpolitik beschäftigen, bleiben oft auf die Ebene der Administrations- und Ideologiekritik beschränkt. Die Alltagspraxis erreichen auch sie in der Regel nicht - allerdings noch weniger als die Analysen, die engagiert für die "proletarische Jugend" Partei nehmen (21).

Voraussetzung für eine wissenschaftlich ernst zu nehmende Kritik an Funktion und Wandel der staatlichen Jugendpolitik ist eine erhebliche Intensivierung der Untersuchungstätigkeit und der kritischen Analysen, die in enger Verbindung mit der Alltagspraxis stehen. - Die vorliegende Untersuchung versucht, diesen Anspruch näherzukommen, kann ihn aber nur teilweise und unvollkommen einlösen.

3.2 Schwerpunkte der Jugendpolitik 1965 bis 1974

3.2.0 Vorbemerkung

In diesem Abschnitt möchte ich (mit den bezeichneten Einschränkungen) versuchen, den Verlauf der Reformpolitik in Berlin als einen in sich geschlossenen Prozeß (22) erkennbar zu machen. Es geht also darum, herauszuarbeiten, wie aus einer als ungenügend empfundenen Situation heraus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nach zunehmender, zumeist durchaus konstruktiver Kritik die Reformintention von den "zuständigen Stellen" aufgenommen und dabei zugleich in charakteristischer Weise deformiert wurde. - Daran anschließend soll am Beispiel des "Modellversuchs 'Prisma'" gezeigt werden, wie die bereits reduzierte und deformierte Reformintention praktisch "umgesetzt" werden mußte und daran beinahe notwendig und absehbar scheiterte. - In einem kurzen Überblick über den Kontext des "Modellversuchs" werde ich zu zeigen versuchen, daß auch in anderen Bereichen keine davon positiv abweichende Jugendpolitik gemacht wurde; dabei können aber einige zusätzliche Charakteristika und Widersprüche etwas deutlicher werden.

Bei der Darstellung des Entwicklungsverlaufs versuche ich, mich auf die wichtigsten Entwicklungslinien und -schwerpunkte zu konzentrieren. Das wird dadurch ermöglicht, daß neben mehreren "Fallbeschreibungen" einzelner Skandale der Jugendpolitik (23) - so z.B. die Dokumentation, Selbstkritik und Analyse des Projekts "Schülerladen 'Rote Freiheit'" (24) - mit Jürgen Dittners Buch "Behördliche Jugendpflege. Eine Untersuchung am Beispiel Berlin (West)" inzwischen eine allgemein zugängliche Gesamtdarstellung vorliegt. Trotz aller Kritik im Detail bleibt diese Diplomarbeit wichtig, weil sie selbst ein Stück Dokumentation ist: Der Autor war bis vor kurzer Zeit

selbst aktiv in der Jugendarbeit tätig und verfügt aufgrund seiner Erfahrungen über mehr Materialien und Hintergrund-Kenntnisse, als sie einem außenstehenden Wissenschaftler auch nach mehrjähriger Arbeit zugänglich sind; gleichzeitig ist die Arbeit in vielen Punkten repräsentativ für das Selbstverständnis vieler in der Jugendarbeit hauptberuflich Tätigen (25).

Sofern über diese Darstellung hinaus Material zugänglich wa das in konzentrierter Form Informationen liefert, die schw zugänglich sind, wurde es in den dokumentarischen Anhang aufgenommen; Vollständigkeit war aber auch hier nicht das Ziel, weil es nicht möglich ist. (Zum "Sonderfall Modellversuch" siehe die Vorbemerkung dort - Teil 3.2.2.0 -).

3.2.1 Der "Jugendpflegebericht" des Senats als Reform-Programm und -Ansatz

3.2.1.1 Statt einer Vorbemerkung: Jugendpolitik und Jugendpflege in Berlin bis 1970/71

Bis Ende 1970 entsprach die Jugendpolitik des Senats von Berlin bruchlos den politischen Bedingungen in der Stadt: von Reform keine Spur. An dieser Stelle kann ein kurzer Hinweis auf einige charakteristische Vorfälle genügen, um hinreichend genug zu verdeutlichen, was in der zweiten Häl der sechziger Jahre in Berlin "herrschende Realität" war:

1. Ökonomisch gesehen befand sich Berlin in einer Krise, d zunehmend als bedrohlich angesehen und entsprechend zum öf fentlichen Diskussionsthema wurde. Die Fragestellung "Berl - Wirtschaft und Politik - im Kern gesund" wurde keineswegs nur von der damals entstandenen Außerparlamentarischen Opp sition (ApO) negativ beantwortet (26); eine vom Senat beau

tragte Wissenschaftliche Beratungskommission kam in ihren "Studien zur Lage und Entwicklung Westberlins" Ende 1968 zu so negativen Ergebnissen und ungewöhnlichen Empfehlungen, daß darüber der Senat selbst in eine Krise geriet. Einer der Autoren des Kommissions-Gutachtens faßt zusammen:

> "Die wissenschaftliche Beratungskommission des Senats von Berlin kommt in ihrem Gutachten zu dem Ergebnis, daß im Rahmen einer Status-quo-Politik die Erfolgsaussichten der Wirtschaftspolitik auf längere Sicht als zumindest zweifelhaft anzusehen sind. Wenn selbst eine massive Verstärkung der Anreize nicht die erstrebten Wirkungen zeitigen würde, müsse - als ultima ration - die Übernahme des Produktionsapparates in eine Form gesellschaftlichen Eigentums ins Auge gefaßt werden" (27).

2. Die politische Situation in Berlin war von der heftigen Konfrontation zwischen der ApO und den etablierten politischen Kräften gekennzeichnet; die letzteren waren in vielen Punkten stark verunsichert und versuchten in vielen Fällen, ihre Autorität durch mehr oder minder sinnlose Demonstrationen von "Entschlossenheit und Stärke" zu wahren. Allerdings war keineswegs nur am Beispiel der Hochschulpolitik unübersehbar, daß Reformen unvermeidlich waren (28).

3. Gleichzeitig mit dem Einsetzen der ersten reformpolitischen Veränderungen ergaben sich - teilweise auf Druck der CDU-Opposition, teilweise aufgrund der starken rechtsgerichteten Flügel-Aktivitäten innerhalb der Regierungspartei SPD selbst - auch die ersten Versuche einer "Konterreform", die sich in rasch zunehmenden Maße auf die antikommunistischen Traditionen und Resentiments in der Stadt einigten. - Ein tpyisches Beispiel dafür, wie sich die Ablehnung der Veränderungen an der Hochschule und die antikommunistischen Emotionen in der Jugendpolitik zum absurden "Kampf" gegen Reformansätze verdichteten, ohne daß die zuständigen Politiker in der SPD etwas dagegen getan hätten, ist die Auseinandersetzung um den "Schülerladen 'Rote Freiheit'" (allerdings könnte ebenso gut auch die Auseinandersetzung um ein Kinder-Ferienlager der "Falken" als Beispiel benannt werden): Der damalige

Jugendsenator Korber und sein damaliger Sprecher Sötje zeichneten sich vor allem dadurch aus, daß sie nahezu alle Negativ-Klischees der Presse und der CDU übernahmen - auch diejenigen, die offensichtlich absurd waren (29).

(In den gleichen Zusammenhang gehört auch der Konflikt um das Jugendfreizeitheim "Prisma" im Januar 1969; selbst in der wesentlich "milderen" Form der staatlichen Reaktion zeigen sich noch die charakteristischen Momente: Eingriff aufgrund einer "juristischen Zwangslage" für die Behörde, wobei der juristische Anlaß sich gegenüber der politischen Problematik als durchaus geringfügig darstellt; dazu tritt ein juristisch wie tatsächlich schwer faßbares Moment 'emanzipatorischer Provokation', das politisch aber sehr spürbar zu Buch schlägt - und sei es in der Vorab-Befürchtung der Behörde, daß sie die politischen Kosten einer Öffentlichkeits-"Kampagne" nicht würde verkraften können. (30))

Das Ende der sogenannten "Konsumphase" in Jugendarbeit und Jugendpolitik, die J. Dittner für die Jahre 1955 - 1970 ansetzt, ist von Verwirrung gekennzeichnet, weil mehrere verschiedene unvereinbare Tendenzen aufeinanderprallen:

- Plötzlich und scheinbar unvermittelt äußert sich auch bei den Jugendlichen außerhalb der Schulen und Universitäten ein politisches Interesse, das jederzeit in "Radikalismus" umschlagen kann.

- Der Anspruch der Jugendpflege war kurz vorher als umfassender postuliert worden; es gibt "von vornherein kein Thema, keinen Stoff, keine Fertigkeit und kein Gebiet des allgemeinen Lebens, das nicht Gegenstand jugendpflegerischer Arbeit sein kann. Seinen pädagogischen Bezug und seine pädagogische Bedeutung gewinnt ein gegebener Gegenstand jeweils durch die Bedeutung und Problematik, die er für die mit ihm konfrontierten Jugendlichen hat" (31).

- "Auf diese veränderten Bedingungen und Interessen kann die behördliche Jugendpflege weder im räumlichen, ausstattungsmäßigen noch im Programmangebot eingehen, geschweige denn eine Alternative bieten. Darüber hinaus macht sich der Mangel an ausgebildeten, für diese Arbeit qualifizierten Mitarbeitern spürbar bemerkbar. Die Jugendpfleger sind inzwischen in die Rathäuser 'abgewandert'. Hier haben sie einen geregelten Dienst und eine bessere Bezahlung" (32).

Umso dringlicher und wichtiger wird in dieser Situation ein Programm für Jugendpolitik und Jugendpflege, das dem bundesweiten, auch in Berlin spürbaren Reform-Wunsch entspricht; diese Anforderung richtet sich ganz selbstverständlich an die SPD, die ja damit die Wahlen gewonnen hatte und noch eine Zeitlang weiter gewinnt.

3.2.1.2 Entstehung, Stellenwert und Kontext des "Jugendpflegebericht"

Der "Jugendpflegebericht" kam - rein formal betrachtet - als Resultat der Debatte über den Etat 1972 im Abgeordnetenhaus von Berlin zustande. Jürgen Dittner und Hellmut Lessing haben zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß bereits diese Tatsache bezeichnend ist: Zwar sind einerseits die Unruhe im "Jugendbereich" und die Veränderungen des Selbstverständnisses der in der Jugendpflege Tätigen der unbestrittene Anlaß dafür, im Landesparlament über die Neuorientierung der staatlichen Jugendpolitik zu beraten, andererseits aber entspricht die zur Debatte stehende Vorlage - eben dieser Jugendpflegebericht - kaum noch den Interessen der Betroffenen; er ist vielmehr ein typisches Resultat der Diskrepanz zwischen dem Reformdruck von außen und dem konservativen Beharrungsvermögen einer "gewachsenen" sozialdemokratischen Stadtstaat-Administration (33). - Da dieser Sachverhalt nicht nur in der berliner Debatte zu vielfachen Mißverständnissen und

falschen Frontziehungen Anlaß gegeben hat, lohnt es, kurz darauf einzugehen.

Dittner/Lessing arbeiten an einem Vergleich zwischen der "[illegible]fassung" des Berichts und der dann veröffentlichten Vorlag[illegible] heraus, welche charakteristischen Diskrepanzen zwischen de[illegible] ursprünglichen Intention und den jeweiligen Ressort-Inter-[illegible] essen bestehen. Ihr Ziel dabei war,

> "anhand der wichtigsten Konfliktpunkte um diesen Jugend-[illegible] pflegebericht aufzuzeigen, wie in der Vorbereitung und i[illegible] Verlauf staatlicher Eingriffe in bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die aus der Praxis dieses Lebe[illegible] resultierenden veränderten Anforderungen an den Staat au[illegible] Widerstand stoßen, negiert oder sogar ins Gegenteil ver-[illegible] kehrt werden".(34)

Das an den Anfang ihres Artikels gestellte Resultat der Ar[illegible] beit ist dann:

> "Der über Westberlin hinaus bekannt gewordene Jugendpfle[illegible] bericht des Berliner Senators für Familie, Jugend und Sp[illegible] (...) stellt sowohl seinem Inhalt als auch seiner Geschi[illegible] innerhalb des staatlichen Verwaltungsapparates nach ein [illegible] kument dafür dar, wie innerhalb der staatlichen Jugendpo[illegible] tik die ideologische und disziplinierende Funktion von J[illegible] gendpflege tradiert wird". (35)

Mir scheint, daß in diesen Wertungen nicht nur ein "Überzi[illegible] hen" berechtigter Kritik zum Ausdruck kommt, wie vielfach [illegible] Recht angemerkt wurde, sondern auch eine Fehlinterpretatio[illegible] des Problems sozialdemokratischer Reformpolitik - und dies[illegible] kommt nicht zuletzt in der teilweise merkwürdig anmutenden [illegible] Hilflosigkeit der Kritik seitens vieler Vertreter der "anti[illegible] kapitalistischen Jugendarbeit" zu einem fragwürdigen Resul[illegible] tat (36).

Dittner und Lessing haben zunächst mit einer Schwierigkeit[illegible] zu kämpfen, die ihnen jeder nachfühlen kann, der ähnliche

Erfahrungen machen mußte - aber auch nur der (bzw. die): Die Rigidität und Unverfrorenheit in politischer ebenso wie in sachlicher Hinsicht, mit der die ursprüngliche Vorlage zusammengestrichen, gestutzt und verstümmelt wurde, ist Außenstehenden oft kaum plausibel zu machen. Das gilt aber insbesondere dann, wenn - wie die beiden Autoren ja selbst schreiben - selbst das entstellte Resultat noch zweierlei "leistet": Wenn es sowohl nach außen hin, d.h. vor allem über die Landesgrenzen hinaus, quasi "hartnäckig" den Eindruck von Progressivität erweckt, wie auch nach innen bei denjenigen, die den Entscheidungsprozeß ebensowenig kennen wie die jeweiligen Hintergrund-Interessen der handelnden Personen, Reform-Erwartungen und -Illusionen hervorruft, die sie dann dazu bewegen, sich aktiv auf eine Verwirklichung der Politik einzulassen, die sie nach "naiver" Lektüre des Jugendpflegeberichts für möglich hielten (37).

Gerade das ist aber eingetreten. Nicht zu Unrecht glaubten in Anbetracht der bis zu diesem Zeitpunkt offiziell betriebenen Jugendpolitik, die von den "rechten" SPD-Senatoren Neubauer und Korber bestimmt wurde, viele von der ApO beeinflußte Sozialarbeiter, Studenten und andere, die "neue" Jugendpolitik habe eine echte Chance und sei deshalb als Grundlage für eine wenigstens mittelfristige Arbeitsperspektive in einem wichtigen gesellschaftlich-politischen Bereich akzeptabel. Was Dittner und Lessung 1971 schon wußten, lernten die "naiven Neulinge" allerdings vergleichsweise schnell. In einer 1973 veröffentlichten Analyse von "Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken" ist gerade über das Fach-Ressort sehr zutreffend geschrieben worden:

> "Das Dilemma einer reformistischen Verwaltung läßt sich folgendermaßen umreißen:
> 1. Sie muß mit einem Haushalt wirtschaften, der sich prinzipiell aus der traditionellen Verwaltungstätigkeit ergibt. Zusatztitel fallen demgegenüber kaum ins Gewicht (Prozente für Sonderprojekte).

2. Ein Reformminister verfügt, trotz (oder wegen) der Doppelstrategie der Jusos, kaum über eine genügende Hausmacht, um eine auch nur im entferntesten zureichende Aufstockung des Haushalts durchzukämpfen.
3. Gleichzeitig vermehren sich natürlich von Beginn der Amtstätigkeit eines Reformministers an die Geldforderun aus seinen Amtsbereichen.
4. Alle inhaltlichen Konzepte machen die gegebenen Ress grenzen problematisch. Andererseits ist keine reformist Aktivität denkbar, die die Ressortgrenzen zu durchbrech versuchte.
5. Zugleich stößt jede Reform auf den Widerstand des Be tenapparates im eigenen Haus und in den Bezirksämtern, daß sich eine reformistische Tätigkeit notwendig auf di Punkte beziehen muß, wo sich die Konflikte Amt/Bevölker so weit entwickelt haben, daß mit der Verwaltungsroutin nicht mehr zu arbeiten ist; bzw. sie muß sich auf die E wicklung von Sonderprojekten und 'Modellen' konzentrier (38)

Immerhin haben Dittner und Lessung recht: Das hätte schon R sultat einer sorgfältigen Lektüre des Jugendpflegeberichts sein können. Denn sein Stellenwert ergibt sich vor allem au dem politischen Kontext, in dem er steht.
Gerade der Kontext war aber von Einschränkungen juristische und finanzieller Art bestimmt, die durchaus bewußt politisc instrumentalisiert wurden - auch außerhalb des jugendpoliti schen Bereichs (39). Im Jugendpflegebericht hat sich diesen Kontext besonders in zwei Tendenzen bemerkbar gemacht:

(a) In der Widersprüchlichkeit gerade der als "progressiv" empfundenen Passagen; es stellte sich rasch heraus, daß die Einschränkungen des fortschrittlichen Programms ern gemeint waren. Ein Beispiel:

"... Jugendpflege ... muß ... unter Berücksichtigung ihrer Zielsetzung besonders die Erlangung der gesellschaftlichen Tüchtigkeit(sic!) junger Menschen förder und den Verfassungsgrundsatz berücksichtigen, der die Ausgestaltung unseres Staatswesens zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat verheißt (!!). Daraus folgt, daß gesellschaftliche Konflikte offen ausgetra werden müssen und dem einzelnen möglichst viel Spiel

zum Praktizieren von Selbstverantwortung und Mitbestimmung gewährt werden muß. Junge Menschen dürfen davon nicht ausgeschlossen werden, denn sie müssen Fähigkeiten erlernen und Erfahrungen sammeln, die ein mündiger Staatsbürger benötigt (!!). Dabei müssen die von der Gesellschaft anzuerkennenden (!!!) Grenzen auch von den Jugendlichen akzeptiert werden." (40; Hervorhebung von mir; MP)

(b) Jürgen Dittner stellt nach einem Überblick über "die wichtigsten Konsequenzen", die der Jugendpflegebericht tatsächlich fordert, fest:

"Die vorsichtigen Formulierungen 'sind zu verbessern, zu senken, sollen ... entsprechen, vorzusehen, zu erreichen, ermöglicht werden' nähren einerseits die Illusion, daß 'menschlicher Wille die Erziehungsziele formuliert und das Erziehungsfeld anschließend so arrangiert, daß diese Ziele optimal verwirklicht werden können', andererseits stellen sie eine minimale Zielvorgabe dar, die durch den Senat von Berlin dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gebracht und von diesem zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist". (41)

Politische Ambivalenz und "minimale Zielvorgaben" sind in ihrer negativen Konsequenzträchtigkeit sicherlich von denjenigen unterschätzt worden, die - vielfach direkt von der Hochschule kommend - in der Tätigkeit im "Staatsapparat" allgemein und im Jugendbereich im besonderen eine Möglichkeit sahen, politisch sinnvoll auf eine emanzipatorische Veränderung der bestehenden politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse hinzuarbeiten. Mir kommt es im folgenden nicht so sehr auf die Kritik dieser Auffassungen an als vielmehr darauf, an einem konkreten Beispiel herauszuarbeiten, wie die sozialdemokratische Reformpolitik selbst bei minimaler Zielvorgabe darin erfolgreich ist, sowohl die Kritik "von unten" als auch den "guten Willen", den Idealismus ihrer Mitglieder, Sympathisanten und ihrer linken Kritiker integrativ für sich zu instrumentalisieren. Dazu sind gerade die im Jugendpflegebericht vorgesehenen Modellversuche in mehrfacher Hinsicht gut geeignet.

3.2.1.3 Die Problematik der "Modellversuche"

Ziemlich versteckt findet sich im Jugendpflegebericht in zwei Sätzen formuliert eine der ganz wenigen konkreten "Planungen":

> "In der Frage der Zentren für junge Erwachsene besteht Einvernehmen, daß zunächst mit den dreijährigen Modellversuchen in Reinickendorf und Neukölln Erfahrungen gesammelt werden müssen. Sie werden, wissenschaftlich ausgewertet, Aufschluß geben, ob in jedem Bezirk eine derartige Freizeitstätte eingerichtet werden soll". (42)

Die oben bereits zitierte "Reformismus-Analyse" hatte bereits angedeutet, daß Sonderprojekte und Modelle dann die Verwaltungsroutine ersetzen, wenn sich die Reformverwaltung auf fortgeschrittene Konflikte zwischen Amt und Bevölkerung "berufen kann"; eine weiterreichende Problematisierung wurde an dieser Stelle nicht vorgenommen.
Im Berliner Kontext war das Modellversuchs-Konzept nicht nur - wie angedeutet - als Instrument zur Integration und nicht nur allgemein fragwürdig; das Angebot von zwei Modellversuchen war für "Insider" auch eine glatte Provokation.
Jürgen Dittner hat den Hintergrund für diese beiden Programmsätze des Jugendpflegeberichts dankenswerterweise aufgehellt. Die ersten Ansätze zu einer "altersmäßigen Differenzierung jugendpflegerischer Einrichtungen" registriert er bereits 1966 (43); eine Vorlage des Jugendsenators von 1968 an den Innensenator sah für die Jahre 1971 bis 1973 vor, daß von damals 97 bestehenden Einrichtungen "vorerst 59" im Zuge eines Umstrukturierungsprozesses auch für die Einrichtung von Zentren für junge Erwachsene in Frage kämen. Das Schicksal der Vorlage:

> "Wegen der personalrechtlichen Auswirkungen mußte der Innensenator (d.h.: Neubauer, der 1966 als Jugendsenator selbst diese Programmatik vertreten hatte; MP) mit der Bitte um

Mitzeichnung eingeschaltet werden. Diese wurde verweigert. Damit war die Vorlage und damit das gesamte Differenzierungsprogramm gescheitert (1968/69).
In einem sogenannten 'Chefgespräch' wurde dann Einverständnis erzielt, probeweise in vier Bezirken den Versuch mit Zentren für junge Erwachsene zu unternehmen". (44)

Warum sind aber schließlich zwei Einrichtungen zu "wissenschaftlich auszuwertenden Modellversuchen" hochstilisiert und "befördert" worden? - Die wahrscheinlich richtige Antwort kommt aus einer etwas unerwarteten Richtung: aus dem Umkreis des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, und obendrein in verblüffender Direktheit:

"Bei der Formulierung von Aufgaben der Jugendhilfe oder Berichten stößt man in den letzten Jahren häufig auf den Begriff 'Modell'. (...) Dabei kann selten der Eindruck verwischt werden, daß der Modellbegriff immer dann angewandt wird, wenn ein Sachverhalt nicht hinreichend geklärt, eine öffentliche Förderung sonst nicht möglich oder eine tiefgreifende Änderung von Bedingungen und Organisationsstrukturen nicht gewollt wurde, obwohl die Notwendigkeit dazu deutlich ist. Modellen haben in diesem Zusammenhang eine Alibifunktion für die Vertagung von Reformen. Damit bewirken sie genau das Gegenteil der Intention ihrer Träger oder Förderer: Sie verschleppen und hemmen Innovation statt sie voranzutreiben". (45)

Inzwischen ist der Skeptizismus allgemein verbreitet gegenüber dem, "'was so alles unter dem Begriff Modellversuch verkauft wird'" (Dittner). War die "Neue Linke" 1970/71 ahnungslos, als sie sich nicht nur im jugendpolitischen Bereich auf Modellversuche einließ?

Es wäre falsch und würde die Dimensionen stark verzerren, wenn die Frage in der Absicht gestellt würde, Rechtfertigungen zu erhalten. Implizit steht hinter der Fragestellung ja schon die ganze Erfahrung der inzwischen vergangenen sechs, sieben Jahre - Erfahrungen, die erst dadurch gewonnen werden konnten, daß - ex post - formuliert!- gerade durch die Mitarbeit an Modellversuchen die Voraussetzung dafür entstand, die Modellversuche in einer ganzen Anzahl von Fällen zu Lehrstücken zu machen, aus denen heute gelernt werden kann (46).

Die Frage ist auch dann falsch gestellt, wenn sie in ihrem Ansatz die Auffassung einschließt, Modellversuche seien ei besonders gerissenes "reformistisches Gaunerstück" der so- zialdemokratischen Partei und/oder ihrer Administration, inszeniert mit dem Ziel, Jugendliche, Sozialarbeiter und die "Linke" insgesamt nach einem geschickt konzipierten So zial-Betrugs-"Plan" zur selbstvergessenen Beschäftigung in scheinbar "befreite" Sandkästen abzuschieben - dahinter steckt nicht nur der Fehler, erst erworbene Erfahrungen al Voraussetzungen zu betrachten; eine solche Betrachtung führ dazu, "Entlarvung", d.h. Verweigerung als einzig "legitime Politik hinzustellen (47). Die im folgenden Teil enthalten Analyse des einen im Jugendpflegebericht erwähnten Modell- versuchs orientiert sich demgegenüber eher an dem Arbeits- ergebnis der bereits zitierten Reformismus-Analyse von 197

> "Sobald die Situation, für die der Reformismus seine Vor schläge entwickelt, auch nur ansatzweise von politisch bewußten Gruppen aus der Bevölkerung bestimmt wird, gerä der Reformismus gegenüber dem wirklichen politischen Int essenkampf in die Defensive: niemand wird sich, wenn es erst einmal um Rechte geht, auf die Prozeduren reformist schen Fortschritts einlassen und den Erwerb von elementa ren Rechten gegenüber der Verwaltung als Lebensaufgabe b treiben. Mit anderen Worten: das linke Theorem von der systemstabilisierenden Funktion einer reformistischen Ve waltung verwischt ganz einfach den entscheidenden Tatbe- stand, daß gegenwärtig jeder Reformversuch nicht die Wid sprüche verschleiert, sondern sie offenbart. Damit muß a die Reform nicht politisch am Ende sein, sondern wird zu Instrument für linke Politik". (48; Hervorhebung von mir MP)

Ich werde noch zu konkretisieren suchen, was das bedeutet - auf die sozialdemokratische, staatliche Jugend-Reformpoliti angewandt.

3.2.1.4 Zusammenfassung

Das unsichere Taktieren, gelegentliche "Zuschlagen" und überraschende Gewährenlassen seitens des Senats, genauer: seitens der beiden der rechten SPD zuzurechnenden Jugendsenatoren Neubauer und Korber in den Jahren 1965 - 1970/71, ist die widersprüchliche Reaktion auf - erstens - die Unruhe und die Diskussion bei den Administratoren der staatlichen Jugendpolitik und - zweitens - auf die sich rasch entwickelnde Außerparlamentarische Opposition. Eine durchgängige Reform der Jugendpolitik ist noch nicht erkennbar - man bewegt sich noch im Vorfeld der Reform.

Erst nach den Neuwahlen und dem Amtsantritt der neuen Senatoring für Familie, Jugend und Sport, Ilse Reichel, einer Exponentin der SPD-Linken mit Erfahrungen im Ressort, die sie schon als Jugendstadträtin im Bezirk Reinickendorf gemacht hat, kommt die "Reform von oben" langsam in Gang. Der "Jugendpflegebericht" als Reform-"Programm" zeigt die Marktierungspunkte der notwendigen Kompromißlinie ziemlich deutlich: Der Bericht enthält bei allen Einschränkungen eine Fülle von Aussagen, auf die sich diejenigen beziehen können, die bereit sind, die Reform in politische Praxis umzusetzen; große neue Projekte aber sind unmöglich.

Damit konzentriert sich die Aufmerksamkeit notwendig einerseits auf die unter den veränderten Bedingungen neuen Grenzen jugendpolitischen Reform-Engagements im Alltag, andererseits auf die beiden Modellversuche. -
Wie sich erweisen wird, sind die Modellversuche nichts anderes als der "Reform-Alltag"; Vergleiche sowohl mit anderen Berliner Berichten wie auch mit Berichten aus der Bundesrepublik zeigen deutlich, daß von einem irgendwie besonderen Modell-Verlauf in Berlin nicht die Rede sein kann (49).

In Anbetracht der auffallenden Spar-Anstrengungen bei der Konzeption des Berichts ist schließlich der Hinweis gerecht-

fertigt, daß die Minimal-Reformen in Qualität und Quantität keineswegs wegen einer "Vorahnung" der allgemeinen künftigen finanziellen Belastung durch Krise und Jugendarbeitslosigkeit so unbedeutend und eher rhetorisch ausfielen. Die Bedeutungslosigkeit selbst in der Phase der Konjunktur- und Reformeuphorie ist nur adäquater Ausdruck nicht so sehr für die oft beklagte "Randständigkeit" der Jugendpolitik, als vielmehr für den Objektstatus und die marginale Position der Jugendlichen (50).

3.2.2 Der "Modellversuch 'Prisma'"

3.2.2.0 Vorbemerkung

Wie im Jugendpflegebericht vorgesehen haben in Berlin z w e i Modellversuche stattgefunden: einer in Neukölln, der andere im "Prisma" in Reinickendorf. Meinen Informationen zufolge liegt zwar ein Bericht über den Neuköllner Modellversuch vor - aber nur behördenintern; er war mir nicht zugänglich. Im Falle des "Prisma" verhält es sich anders: Dieser Modellversuch ist geradezu redunant analysiert und kommentiert worden. Von der Problemlage her ist das kaum zu rechtfertigen; meines Wissens waren die Probleme in Neukölln im Großen und Ganzen die gleichen wie die in Reinickendorf. Da ich Gelegenheit hatte, zeitweise und in einigen Schwerpunkten an der Arbeit und den Diskussionen (und auch an den Konflikten) im "Prisma" teilzunehmen, schien es mir gerechtfertigt, mich darauf zu konzentrieren (51).
Um meine Argumentation zu stützen, habe ich an einigen Punkten meine Darstellung zum Teil ausführlich dokumentiert; ich habe mich aber darauf beschränkt, nur solche Unterlagen heranzuziehen, die in den sonstigen im Text genannten Publikationen nicht enthalten und sonst nicht zugänglich sind.

3.2.2.1 Zur Bedeutung des "Modellversuchs 'Prisma'"

Der Verlauf des Modellversuchs im Jugendfreizeitheim "Prisma" ist mindestens aus drei unterschiedlichen Interessenlagen heraus beschrieben und kommentiert worden:

(a) Einige Teamangehörige des "Prisma" haben im März 1975 unter dem Titel "Probleme der Selbstverwaltung und Mitbestimmung in Freizeiteinrichtungen" einen "Auszug aus dem Bericht über den Modellversuch 'PRISMA'" publiziert; dieser Auszug ist allerdings kaum über den Bereich der sozialpädagogischen Fortbildung hinaus bekannt geworden (er war auch in erster Linie für die interne Diskussion verfaßt worden) (52).

(b) Kurze Zeit vorher war in einem Sammelband "Proletarische Jugendarbeit in selbstverwalteten Jugendzentren - Berichte und Materialien aus Westberlin" eine Darstellung erschienen, die ebenfalls von ehemaligen Team-Angehörigen verfaßt worden war. Die Darstellung ordnete sich in den Zusammenhang der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" ein; sie entstand unabhängig von den Arbeiten an dem eben genannten "Auszug" (53).

(c) Im Mai 1976 schließlich wurde vom Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Westberlin unter dem Titel "Sozialpädagogische Arbeit im Jugendfreizeitheim - Zum Verhältnis von politischem Anspruch und pädagogischer Realität" eine sehr ausführliche Analyse des Modellversuchs im "Informationsdienst Sozialarbeit" des Sozialistischen Büros Offenbach vorgelegt. Auch daran waren Teammitglieder beteiligt (54).

Darüber hinaus sind auch weitere Berichte, Kommentare und Untersuchungen veröffentlicht worden, die sich ausschließlich oder teilweise auf den Modellversuch bezogen (55).

Damit hat der Modellversuch zwar nicht die Publizität erhalten, die das Georg-von-Rauch-Haus oder das Weißbeckerhaus hatten - aber der Modellversuch unterschied sich so deutlich von den ungleich dramatischen Selbstverwaltungs- und Besetzungs-Initiativen und Aktionen, daß der Versuch einer Klärung der Bedeutung naheliegt, die der "Fall 'Prisma' scheinbar hatte.

Mir scheint, daß die "Vorgeschichte" des Modellversuchs nicht erklärt, weshalb das "Prisma" so 'interessant' wurde; die Aufmerksamkeit in derart vielen verschiedenen Gruppen scheint mir eher dadurch geweckt worden zu sein, daß im Falle "Prisma" die Entwicklung so beinahe idealtypisch verlief. Ich möchte versuchen,das zu erklären.

Nach der Erst-Eröffnung im April 1967 geriet das "Prisma" - ein zunächst durchschnittliches "Zentrum für junge Erwachsene", d.h. ein Jugendfreizeitheim (JFH) für Jugendliche ab ca. 15 Jahren - wie viele andere JFHe auch in den Einflußbereich der ApO; ein Artikel der "Welt" vom Februar 1968 beschreibt anschaulich, wie sich das auswirkte:

> "Nun, so scheint es, ist mit Macht der angestaute Nachholbedarf (d.h.: der Jugendlichen, die bisher nicht für den Besuch der JFH zu gewinnen waren; MP) hereingebrochen: Überall wird radikal gegen den Stachel gelöckt - und so hatte man sich das auf seiten der Pädagogen anscheinend auch wieder nicht gedacht. Gleich mehrfach kam es in den letzten Tagen zum Eklat: hilflose Verwirrung, Verbote, zugeschlagene Türen bestimmen das Bild. Fristlos wurde dem Wilmersdorfer Jugendclub 'Ça ira' - bislang immer als pädagogisches Musterbeispiel hingestellt - gekündigt. Das 'offene Heim' Borsigwalde in Reinickendorf - ebenfalls ein Lieblingskind der Jugendpflege - schloß vorübergehend die Pforten am Wochenende, als eine Vietnam-Diskussion auf der Tagesordnung stand, zu der auch SDS-Vertreter geladen waren. Im Schöneberger 'Haus der Weißen Rose' nutzten am Donnerstag aufmüpfige Geister den angesetzten Gedenktag der Geschwister Scholl zu aktueller Bezugnahme und forderten in einer Resolution den Rücktritt des Senats. Der Jugendstadtrat ließ das Licht ausdrehen." (56)

Weder der Anlaß noch die Tatsache der "Prisma"-Schließung Ende Januar 1969 scheinen geeignet, das Interesse zu erklären. Das tut eher ein Passus in der Begründung des Bezirksamts für die Schließung (der damals aber nicht im Zentrum der Auseinandersetzungen stand):

> "Von einem Reinickendorfer Gymnasium kamen am Morgen des 24. Januar (erg.: 1969) zwei Flugblätter der Initiatorin der Pillenaktion, der extremen 'ad-hoc-Gruppe Prisma', und einer Gruppe von Oberschülern mit polemischen Äußerungen über die Verantwortlichen im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung zur Verteilung. In den Handzetteln der 'ad-hoc-Gruppe' wurde zu einem 'Kampf um dieses Haus' (Prisma) aufgerufen, in dem nach ihrer Meinung Bürokraten und Verwalter allein entscheidende Worte zu sprechen hätten. Eingeladen wird zu einer Diskussion am 25. Januar 1969 um 19.00 Uhr, in der weitere Aktionen besprochen werden sollten. Das Flugblatt endete mit dem Aufruf: 'Unternehmt das Prisma - schafft ein freies Prisma!'." (57)

Die Forderung nach Übernahme und Schaffung eines "freien" JFH überdauert im Gegensatz zur Pillenaktion die Schließungszeit; bei der Wiedereröffnung April 1970 wird mit einem Flugblatt die Forderung erneuert:

> "Freunde!!!
> Schlagen wir der Senatsbürokratie in die Fresse! Wenn die herrschenden Kräfte West-Berlins meinen, daß sie durch eine Stagnation des Prismas die sich selbst organisierenden jugendlichen Bewegungen aufhalten können, sind sie auf dem Holzweg!
> Unser Haß hat sich nicht verflüchtigt, sondern vermehrt. Wir werden ihnen das Instrument Prisma entreißen. Wir werden unsere Vorstellungen nicht in langatmigen Diskussionen zerstückeln lassen, sondern praktizieren! Wir werden uns nicht selbst massakrieren!
> Wir fordern alle mit der bestehenden Gesellschaftsordnung unzufriedenen Kräfte auf, ihre eigenen Vorstellungen hier im Prisma zu verwirklichen.
>
> Für ein freies Prisma!!!
>
> Aktionsgemeinschaft Prisma." (58)

Mir scheint, daß d a m i t sowohl das Leitmotiv für die späteren Konflikte wie auch für das Interesse der verschiedenen Gruppen benannt ist: uneingeschränkte Selbstverwaltung. (59)
Es ist also erst die Kombination von sozialdemokratischer Reformpolitik in Gestalt des Modellversuchs und Selbstverwaltungsinitiativen, die den "Fall Prisma" unter anderen hervorhebt, in denen die eine oder andere Komponente jeweils zum Teil sogar noch stärker ausgeprägt war. Der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) Westberlin hat diese Seite des Gesamtproblems staatliche Jugendpolitik zutreffend so formuliert:

> "Selbstverwaltung galt allenthalben, auch uns, fraglos als progressiv, weil sich damit offenbar der Gedanke der Reduzierung staatlicher Kontrolle über die Freizeit der Jugendlichen verband. Dies gilt jedoch nicht ohne Einschränkung. Insbesondere die Tatsache, daß der Staat bzw. im Falle des 'Prisma' das zuständige Bezirksamt, die Bereitschaft signalisierte, auf die Forderungen nach Selbstverwaltung einzugehen und mit den Jugendlichen entsprechende Nutzungsverträge abzuschließen, veranlaßte uns, die SV-Forderung noch einmal zu problematisieren." (60)

Im Verlauf des Modellversuchs kam es schließlich zum Konflikt zwischen allen Beteiligten - den Jugendlichen, den Teamern/Sozialarbeitern und den Behörden bzw. politischen Verantwortlichen - , weil über die Interdependenz der verschiedenen Problem-Dimensionen keine klare, einheitliche Meinung herzustellen war. Sie sollen daher noch einmal herausgearbeitet werden, denn auch in den erwähnten Untersuchungen der Beteiligten ist das nur begrenzt geschehen. Erst dann können die Implikationen des Modellversuchs hinreichend klar benannt werden.

Die erste Problemdimension ist die von der Senats- und Bezirksverwaltung vorgegebene reformpolitische Zielsetzung.

Sie wurde doppelt als Druck auf das Team spürbar: Politisch war die Grenze der Reformbereitschaft seitens der Senatorin in ihrer im Jugendpflegebericht enthaltenen Interpretation der Gründe formuliert, die sie (noch in ihrer Funktion als zuständige Jugendstadträtin) zur Schließung des "Prisma" veranlaßt hatte: Politischer Pluralismus wurde verlangt, jeder Aufruf zu gesetzeswidrigen Aktivitäten verboten (61). Die Dehnbarkeit der beiden Kategorien ließ den Behörden alle Möglichkeiten offen, in den Modellversuch einzugreifen, und schien den Handlungsspielraum des Teams stark zu beschränken. - Inhaltlich wurde kaum etwas vorgegeben, aber umsomehr erwartet:

> "Andererseits stand das Team unter dem ständigen Druck, neue richtungsweisende Erkenntnisse über 'die Arbeit mit jungen Erwachsenen' ans Tageslicht fördern zu sollen. Dies gilt in besonderem Maße für die akademische Mitarbeiterin, der die Aufgabe zufiel, den Begriff 'Modellversuch' inhaltlich zu füllen." (62)

Die zweite Problemdimension ist die der Selbstverwaltungsinitiativen. In diesem Punkt kam es fortwährend zu Mißverständnissen zwischen den Jugendlichen und den Mitarbeitern, weil beide Seiten nicht nur jeweils etwas anderes als "Selbstverwaltung" bezeichneten, sondern auch oft genug und in vielen Punkten selbst nicht genau angeben konnten, was sie darunter verstehen wollten, bzw. zu verschiedenen Zeiten verschiedene Auffassungen vertraten. Dabei gingen taktische und strategische Gesichtspunkte vielfach ohne Abgrenzung ineinander über; die zugrunde liegenden unterschiedlichen politischen Positionen wurden oftmals nicht genannt oder direkt kaschiert. Die unvermeidlich daraus entstehende Verwirrung kennzeichnet besonders den Konflikt, in den das "Prisma" exakt in dem Augenblick geriet, in dem im "Prisma" überhaupt wieder die Möglichkeit bestand, sich mit dem Selbstverwaltungsproblem auseinanderzusetzen, und außerhalb durch die Besetzung des "Georg-von-Rauch-Hauses" der Anlaß eintrat, diese Frage in breiter Öffentlichkeit zu erörtern (63).

Die dritte Problemdimension ist die der politischen Perspektiven der Beteiligten. In diesem Punkt bestand die größte Unsicherheit und Unklarheit, wenig begründete Vermutungen und teilweise starre Vorurteile waren auf allen Seiten anzutreffen. Das läßt sich auch noch in den ex post geschriebenen Berichten und Einschätzungen erkennen (64). So beispielsweise in der oben zitierten Analyse des AKS: Die Verwunderung über das Unerwartete ist noch deutlich in der Formulierung zu erkennen, man habe die Selbstverwaltungs-Forderung deswegen noch einmal problematisiert, weil das Bezirksamt die Bereitschaft signalisierte, auf die Forderung einzugehen.

3.2.2.2 Der Beginn des Modellversuchs

Der Start des Modellversuchs - etwas einseitig "von oben" verkündet" und zeitlich nie genau terminiert - brachte nicht nur politischen und inhaltlichen Druck auf die "Prisma"-Mitarbeiter, sondern von Anfang an auch den Druck durch permanenten Mangel an Mitteln, Personal und notwendigen Mindest-Regelungen für die Arbeit. J. Dittner, der in der Schlußphase des Modellversuchs die Beratung des Teams übernahm, stellt dazu fest:

> "Die 'Leistungen' der Hauptverwaltung bestanden lediglich in der Beschaffung von vier zusätzlichen Planstellen für zwei bereits bestehende Einrichtungen. Für das 'prisma' in Reinickendorf und den 'focus' in Neukölln wurde je eine Stelle BAT II a/b für einen Mitarbeiter mit Hochschulabschluß - in beiden Häusern mit einem Diplom-Politologen besetzt - und eine Stelle BAT IV a für einen Sozialarbeiter zusätzlich zur bereits bestehenden Personalausstattung geschaffen.
> Darüber hinaus bestand zwischen der Fachverwaltung und den Bezirken Einverständnis darüber, daß aufgrund der angenommenen 'gestiegenen geistigen Ansprüche und des ausgeprägten Kritikvermögens' für eine qualifizierte politische Bildungsarbeit entsprechend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen müßten und daß die Modellversuche wissenschaftlich ausgewertet werden sollten.

> Weitere finanzielle Mittel für den Umbau, die Renovierung, Ausstattung und wissenschaftliche Begleitung wurden seitens der Hauptverwaltung nicht zur Verfügung gestellt." (65)

Der Modellversuch war damit von Anfang an auch dadurch gehandicapt, daß er als "Reform, die nichts kostet", funktionieren sollte; der dadurch erforderliche zusätzliche alltägliche Arbeitsaufwand, die ungeeigneten Räumlichkeiten und die zuerst gar nicht, dann geradezu konflikttreibend geregelten Kompetenzstrukturen haben erheblich zum Scheitern des Modellversuchs beigetragen. - Am negativsten machte sich jedoch bemerkbar, daß die übergeordneten Behörden praktisch zu keinem Zeitpunkt zu erkennen gaben, ob sie überhaupt Vorstellungen vom konkreten Ablauf des Modellversuchs hatten oder nicht; bis zum Ende konnte niemand sagen, in welcher Phase der geplanten drei Jahre sich der Modellversuch gerade befand (66).

Unter diesen Umständen geriet die Erarbeitung einer Konzeption zur beinahe sinnlosen Schreibarbeit: Die Mitarbeiter wußten ungefähr, "was politisch noch ging"; außer diesem negativen Orientierungspunkt gab es keinen anderen Anhaltspunkt. Der erste Konzeptionsentwurf, der im Oktober 1971 vorgelegt wurde, zeigt auch sehr deutlich die Spuren der Versuche, den Spielraum, den der Jugendpflegebericht zu geben schien, so weit als möglich zu nutzen, ohne wegen scheinbarer Radikalität anzuecken. Charakteristisch für das Nachgeben gegenüber der als gegeben unterstellten Repressionsbereitschaft der zuständigen Behörden ist die quasi "staatstragende" Formulierung der allgemeinen Arbeitsgrundsätze und -ziele des Teams:

> "Wir vertreten die Auffassung, daß unser Ziel nicht eine problemlose Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft sein darf, sondern ihre Bereitschaft zum Engagement f ü r und nicht g e g e n diese Gesellschaft zu entwickeln. Die notwendige Glaubwürdigkeit und das Vertrauen bei den Jugendlichen werden wir aber nur erreichen, wenn wir sie davon überzeugen können, daß die Gesellschaft

> nicht statisch, sondern in progressiver Richtung veränderbar ist, und wenn wir den Mut haben, alle - auch ie uns unangenehmen - gesellschaftlichen Erscheinungen vorurteilsfrei zu erörtern und darzustellen." (67)

Die Vorsicht hatte immerhin den Erfolg, daß die Konzeption ohne nennenswerte Komplikationen die Billigung der zuständigen Behörden fand; in Auszügen wurde sie sogar in der Hauszeitschrift der Senatorin veröffentlicht (68).Für das vermiedene Problem des Eingriffs von oben handelte sich das Tea aber den permanenten Opportunismus-Verdacht der Jugendlichen und vieler linker Gruppen ein. Auch das trug später dazu bei die Konflikte im "Prisma" erheblich zu verschärfen (siehe unten).

Die Konzeption ermöglichte es ungeachtet ihres Kompromißcharakters, die Arbeit vor allem auf Lehrlinge und Jungarbeiter (weniger auf Schüler) zu orientieren mit dem Ziel, sie zur Tätigkeit in den gewerkschaftlichen und den betrieblichen Mitbestimmungsgremien zu befähigen. Die Arbeit in Gruppen wurde als die übliche Arbeitsweise verankert, ohne daß damit der einfach konsumptive Typus des Besucherverhaltens unzulässigerweise aus dem JFH hinausgedrängt worden wäre. Die Selbstverwaltung - ohne daß sie so genannt worden wäre - wurde als Arbeitsziel verstanden:

> "Erziehung zur Emanzipation und Demokratie kann schließlich nur bedeuten: Aufhebung der Fremdbestimmung zugunsten von Selbstbestimmung, d.h. aber in der Praxis, daß den entsprechenden Gruppen zum frühest geeigneten Zeitpunkt die weitestgehende im Rahmen des Prisma zu vertretende Autonomie zu geben ist." (69)

In der Konzeption wurde schließlich betont, daß Resultate nicht unbedingt in kurzer Zeit vorgezeigt werden könnten; Erfolgszwang sollte damit vermieden werden. -

Es waren keineswegs allein die Schwierigkeiten mit den Drogenabhängigen, die eine Umsetzung der Konzeption verhinderte

und schließlich zum Konflikt und zur Krise des Modellversuchs führten; es waren auch keine repressiven Staatseingriffe. Die Konzeption zur inhaltlichen Ausfüllung des Modellversuchs scheiterte eher an den konkurrierenden Auffassungen von Sozialarbeit, Reformen bzw. Reformismus und Jugendpolitik innerhalb des Teams und der Prisma-Besucher. Eine Untersuchung der Hauptpunkte im Konflikt, der durch beide Gruppen hindurchging, kann meiner Auffassung nach zeigen, worin die wichtigsten Irrtümer und falschen Voraussetzungen bestanden.

Es ist nicht leicht, die Entwicklungsprozesse im einzelnen darzustellen, die im Jahre 1972 schrittweise zum Konflikt und zur Krise führten; die Interessen und Motive vor allem der Mitarbeiter bezogen sich nicht auf klare Standpunkte oder "Linien", sondern zeichneten sich erst im Verlauf der Versuche ab, die von allen getragene Konzeption zur verwirklichen. Nachdem die "Drogenphase" überstanden war, kam es zu einer Praxis, die ein "konkret"-Bericht im Frühjahr 1973 etwas blumig, aber im wesentlichen zutreffend so skizziert:

> "Die Teamer gestatten nur noch Kooperationswilligen den Eintritt. Und um mit ihnen nicht die Abende in sinnloser Biertischrederei zu verbringen, beschließen sie: Wir gründen Arbeitsgemeinschaften. Es sind zunächst kaum dreißig Leute, die sich dazu bequemen können. Aber ihre Bereitschaft ist der Ansatzpunkt für die heutige Arbeitsweise des 'Prisma': Arbeit in kleinen Gruppen zur Bewußtmachung, Diskussion und Durchsetzung unmittelbarer Tagesinteressen. (...)
> Junge Leute an ihrer Umwelt zu interessieren, ist auch das Ziel der Teamer, wenn sie Filme zeigen wie 'Liebe Mutter, mir geht es gut' - 'Rote Fahnen sieht man besser' - 'Ich Erwin und bin 17 Jahre', oder Diskussionen angesetzt sind zu den Themen 'Wem nützt die Politik der Gewerkschaft?' oder '§218 oder Abtreibung nur für Reiche?'
> Die Teamer, aufgerieben von Gesprächen mit leisetretenden Beamten, ignoranten Jugendlichen, um die sie sich trotz deren faschistoiden Verhaltens bemühen, und 'Grundsatzdebatten' untereinander, sind häufig mutlos. Aber daß es trotzdem verangeht im 'Prisma', ist ihrer Initiative am Morgen nach ihrer jeweils letzten Mutlosigkeit zu verdanken." (70)

Gerade in dieser Praxis bilden sich die Problemkomplexe, di
zum Teamkonflikt 1973 führen: die Frage, ob die Arbeitsgru
penarbeit die Jugendlichen zu Objekten macht und überforde
die Frage, ob es gerechtfertigt ist, die Arbeit so stark a
Betrieb und Gewerkschaften hin zu konzentrieren; schließli
auch die Frage, wie die Perspektive der Arbeit politisch z
definieren sei (71).
Zunehmend stellt sich aber auch heraus, daß die jeweilige
Antwort, die die Mitarbeiter - jede(r) für sich - auf die
einzelnen Fragen geben, von Gesichtspunkten bestimmt werde
die nicht in erster Linie mit dem "Prisma"-Alltag zu tun h
ben, sondern in der gesamten linken Diskussion über Grunds
fragen wichtig sind.
Spätestens an diesem Punkt beginnt der Einfluß externer Fa
toren über die von der Modellversuchs-Konzeption gesetzten
Grenzen hinauszugehen. Das trifft nicht nur für die Mitarb
ter, sondern genauso für die Jugendlichen zu; letztere sin
gerade an den Fabrik- bzw. Hausbesetzungen und den Selbstv
waltungsansätzen in immer stärkerem Maße interessiert, die
1972 ihren ersten Höhepunkt erreichten. Die "Selbstverwal-
tungsbewegung" gewinnt in dem Maß an Boden, in dem sich de
Teamkonflikt 1973 entwickelt. Beide sind - wenn auch indir
Resultate der Unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Re
formpolitik im jugendpolitischen Bereich.

3.2.2.3 Die Krise des Modellversuchs: Teamkonflikt und Sel
verwaltungs-Initiative

Der Konflikt unter den Mitarbeitern, der sich an der Jahre
wende 1972/73 aktualisiert und nach sehr kurzer Zeit schon
Jugendlichen einbezieht, verknüpft drei Problemstränge in
Art und Weise, die den unmittelbar Beteiligten, aber auch
etwas entfernter stehenden Beobachtern (z.B. dem Bezirksam
lange Zeit undurchschaubar bleibt.

Der erste Problemstrang wird von den eher persönlichen, teilweise irrationalen Problemen der Mitarbeiter untereinander gebildet.
Der zweite besteht aus den drei durchaus ernstzunehmenden Frage-Komplexen, die eben genannt wurden (vgl. die vorangegangene Seite).
Der dritte Problemstrang schließlich kommt dadurch zustande, daß die Mitarbeiter ebenso wie die Besucher des "Prisma" politisch jeweils in bestimmter, teilweise stark unterschiedlicher Art und Weise die Positionen rezipieren, die sich in diesen Jahren in der "Nach-ApO" herausbilden (72).
Durch diese Rezeption, die im Team kaum zur Sprache kommt, wird auch die jeweilige Stellungnahme zu den Fragekomplexen des zweiten Problemstranges mehr oder minder klar bestimmt - die Entscheidungen und politischen Präferenzen werden aber nicht offengelegt, sondern hinter scheinbar sachlichen statements versteckt. Wenn zusätzlich noch an die Stelle politischer (unausgesprochener) Argumente solche ad personam treten, wird die Verwirrung vollkommen; es kommt oft dazu.

Die am eindeutigsten auftretende politische Position bezieht sich auf die Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" und deren Berliner Autoren, zu denen vor allem Hellmut Lessing und Manfred Liebel gehören, Professoren an der PH Berlin, die dort vom Sommersemester 1972 bis zum Wintersemester 1973/74 an einem Theorie-Praxis-Seminar über "Politische Bildung in Berliner Freizeitheimen" mitarbeiten, in dem auch der Modellversuch Prisma behandelt wird; zeitweise nehmen auch Team-Mitglieder vom "Prisma" daran teil (73).Besonders stark identifizieren sich PH-Studenten mit den dort entwickelten Thesen, die als Honorarkräfte im "Prisma" arbeiten. Ihre politische Position ist insbesondere von heftiger Kritik an der SPD und entschiedener Parteinahme für Hausbesetzungs- und Selbstverwaltungs-Initiativen bestimmt; sie beteiligen sich entsprechend am Aufbau einer Selbstverwaltungs-(SV-) Gruppe im "Prisma" und arbeiten eng mit

ihr zusammen. Nach einiger Zeit schließt sich ihnen - allerdings weitgehend aus anderen Beweggründen heraus - zwei hauptamtliche Mitarbeiter an; im Frühjahr 1973 bilden sie schließlich eine Fraktion im Team.
Gegen diese Fraktion steht der Rest des Teams, der den Selbstverwaltungs-Initiativen eher skeptisch gegenübersteht und an der Konzeption von 1971 festhalten will; die Leiterin des "Prisma" gehört zu dieser "Fraktion". Die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Gruppen sind nahezu ausgeglichen; es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn beide Unterstützung suchen.

Die bis dahin gemeinsame Grundlage, die Konzeption vom Oktober 1971, ist durch diesen Konflikt zu stark belastet und trägt nicht mehr; der durch den anfangs notwendigen Kompromiß zwischen der Jugendpflegeberichts-Reformpolitik und der radikal-emanzipatorischen Zielsetzung ohnedies nur mühsam überdeckte Widerspruch bricht jetzt umso heftiger auf. Die zentralen Festgestellungen, vor allem die der Selbstverwaltung, werden im Zuge des Teamkonflikts aber nur marginal diskutiert; vorgeschobene Sachprobleme und Personalisierungen vernebeln nach einigen Monaten auch diese Ansätze so stark, daß die daraus entstehende Unsicherheit selbst noch in den drei Jahren später veröffentlichten Berichten und Analysen ihre Auswirkungen hat. In der sonst sehr klaren AKS-Darstellung heißt es z.B.:

> "Das in der Konzeption des 'Prisma' formulierte programmatische Selbstverständnis, das hieß, die Jugendlichen zur 'SELBSTBESTIMMUNG' zu befähigen, wurde im Team nie richtig im Hinblick auf seine Realisierbarkeit eingeschätzt. Weder wurde reflektiert, ob Selbstbestimmung im Jugendfreizeitheim überhaupt ein realisierbares Ziel ist, noch wurden einzelne gangbare Schritte formuliert. (...)
> Es läßt sich nicht mehr rekonstruieren, wie aus der vorgesehenen - und, wie man heute sagen muß - abstrakt und unklar gebliebenen Selbstbestimmung die Forderung nach Selbstverwaltung geworden ist. Es bleibt nur eine folgenreiche Unterlassung festzustellen: Die Selbstverwaltungsforderung wurde innerhalb des Teams nicht politisch diskutiert und

> Hinblick auf mögliche, auch personelle Konsequenzen analysiert. Das führte dazu, daß die Auseinandersetzungen innerhalb des Teams auf die subjektive Ebene verlagert, d.h. zweifellos vorhandene politische und pädagogische Differenzen wurden personalisiert und psychologisiert. (...) Verbitterte Grabenkämpfe kennzeichneten die Situation, jede Seite versuchte um jeden Preis 'Boden' zu gewinnen: Die eine Fraktion versuchte, die Stärke der gegnerischen Kerngruppe zu schwächen: Sie wandte sich an den Bezirksjugendpfleger und trug Sorge, daß die Verträge der Honorarkräfte nicht verlängert wurden. Die anderen hingegen betrieben in anderen Jugendzentren 'Basisverbreiterung'." (74)

Da die Auseinandersetzung in mehrfacher Hinsicht typisch ist, möchte ich an den drei wichtigsten Punkten der Kontroverse demonstrieren, wie die unausgesprochen im Hintergrund stehenden politischen Positionen sehr wohl erkennbar die angeblich nur minimal unterschiedlichen konkurrierenden Konzeptionen prägten. Unter Position "A" findet sich die Auffassung derjenigen, die die alte Konzeption sozusagen "fortschrieben"; die gegenübergestellte Position "B" ist von denjenigen formuliert, die die Selbstverwaltung propagieren (75). - Der erste Streitpunkt war die Frage der Gewerkschaftsorientierung in der "Prisma"-Arbeit:

A	B
Die Aufgabe des Jugendzentrums sollte sein: die Mobilisierung und Heranführung von Lehrlingen und Jungarbeitern an gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Arbeit, die Vermittlung der dafür notwendigen Qualifikation, d.h. Schaffung von Motivation und Befähigung zur Arbeit in Gremien und Be-	Die Reduzierung der Aufgaben im Jugendzentrum auf eine "Vorbereitung auf Betriebs- und Gremienarbeit" halten wir für unzulässig und verantwortungslos. Die Wichtigkeit einer solchen Arbeit wird von uns nicht bestritten, jedoch muß der Stellenwert gewerkschaftlicher Organisation aufgezeigt - und in eine Konzeption (vor allem wenn sie sich einen solchen Schwer-

triebsgruppen. Aus dem bisher Gesagten läßt sich u.a. schließen, daß es eine Aufgabenteilung zwischen Jugendzentrum und Gewerkschaft (als der Organisation der Arbeitnehmer, hier speziell: der Lehrlinge und Jungarbeiter) geben könnte. Die Arbeit im Jugendzentrum, betrachtet als Vorfeld der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit, ist notwendig und wichtig gerade für Lehrlinge ohne politische Erfahrungen und Kenntnisse, weil hier erste Lernprozesse in Gang gesetzt werden können (75 A).

punkt setzt) eingeordnet werden. Denn gewerkschaftliche Organisierung ist nur ein Aspekt gesellschaftspolitischen Engagements. In jedem Falle aber müssen konkrete Arbeitsschritte und Teilziele genannt werden.

Die Arbeit des Jugendfreizeitheimes kann sich nicht auf eine - wenn auch kritische - Zuträgefunktion für die Gewerkschaften beschränken, sondern hat sich wesentlich auch sozialpädagogischen Aufgaben zuzuwenden (75 B).

Mir scheint, daß der Unterschied sehr klar wird: Position B enthält implizit ein spürbares Mißtrauen gegen den Nutzen gewerkschaftlicher Organisation und Arbeit; im Hintergrund stehen negative Erfahrungen mit der Jugendpolitik der IG Metall, die die Vorbehalte verständlich machen. Darüber hinaus zeichnet sich die Auffassung ab, für bestimmte, konkrete Aufgaben sei auch eine außergewerkschaftliche politische Organisierung denkbar, die weder SPD- noch SEW-orientiert wäre. Konkrete sozialpädagogische Aufgaben werden leider nur gefordert aber nicht spezifiziert. -

Der zweite Streitpunkt war der Objektstatus von Kindern und Jugendlichen, genauer: die Frage, wie dieser Status in der Arbeit im JFH verändert oder aufgehoben werden könnte:

A

nigkeit herrscht darüber, ß die jugendlichen Besu- er des Jugendzentrums, penso wie die Teilnehmer n Wochenendseminaren, Bil- ngsurlaubskursen und nlichen Aktivitäten cht als Objekte, sondern ls Menschen mit bestimm- en (auch "unpolitischen") edürfnissen zu behandeln ind. Es soll jedoch der ersuch unternommen wer- en, im Jugendzentrum ie gerade bei Lehrlingen bliche Trennung von Ar- eit und Freizeit ten- enziell aufzuheben.

....)

ie Erholung - als ein ystem der Reproduktion er Arbeitskraft im In- eresse der Produktion - arf und soll im allge- einen nicht das enthal- en, was die Arbeit ent- ält. Dies führt bei den ehrlingen zu einer Si- uation, die es ihnen chwierig bis unmöglich acht, zu einer Artiku- ation ihrer eigenen In- eressen zu kommen, und war bedingt durch die aum vermeidbare Abhän- igkeit von einem total

In der vorliegenden Konzeption[1] wird die Denk- und Handlungsweise von Arbeiterjugendlichen summarisch folgendermassen charakterisiert: "Abhängigkeit von Autoritäten, fehlende Selbständigkeit, Denken in festgelegten gesellschaftlichen Normen, keine Kenntnis der eigenen Interessenlage, fremdbestimmtes Handeln". Diese Charakteristik ist tendenziell richtig, macht man sie jedoch zum ausschließlichen Ansatzpunkt seiner Arbeit, degradiert man die Lehrlinge und Jungarbeiter zu aktionsunfähigen Objekten, die außerstande sind, sich selbst weiterzuentwickeln ohne die permanente Anleitung eines Pädagogen. Selbstbestimmtes Handeln und Mündigkeit lassen sich auf diese Weise nicht erreichen.

In der Konzeption[1] wird die Erholung als ein System der Reproduktion der Arbeitskraft im Interesse der Produktion definiert. Das ist richtig, aber hieraus zieht die Verfasserin offensichtlich die Konsequenz, daß alles, was sich mit den Begriffen Erholung und Zerstreuung verbinden läßt, nicht ein

---

1) Gemeint ist natürlich jeweils die konkurrierende Konzeption. MP

kommerzialisierten kulturellen Angebot, das dem Drang der Jugendlichen nach Freizeit - wenn auch nur scheinbar entgegenkommt (75 C).

"objektives" Bedürfnis der arbeitenden Jugendlichen s und daher die Befriedigung dieser Bedürfnisse in eine Jugendzentrum mit politisc Anspruch vernachlässigt we kann. Obwohl die Jugendlic zugestanden wird, daß die Scheinwelt des kommerziell Kulturangebots von ihnen e ahnt wird, werden sie eben auf diese Angebote verwies wenn sie andere Bedürfniss äußern als die, die nach A sicht der Verfasserin ihre "objektiven" sind. Diese E stellung ist brutal und ar gant.

In der Lernsituation müsse wir eine Atmosphäre unters zen, die Furcht, Abwehrhal und Konkurrenzverhalten ab d.h. wir müssen ein lernfr liches Klima schaffen.

Besondere Wichtigkeit erhä hierbei auch die Funktion Sprache. Sprache kann auch Herrschaftsmittel angewand werden. Diese Gefahr ist b ders groß bei der meist se unterschiedlichen Sozialis von Pädagogen und arbeiten Jugendlichen. Es muß gemei versucht werden, diese Fun von Sprache durchsichtig z chen und ihre Ausnutzung z istischen Zwecken zu verhi (75 D).

Nur bei einer oberflächlichen Betrachtung stellt sich den beiden statements gegenüber Verwirrung ein; bei genauerem Durchlesen sind aber die unterschiedlichen Interessenstrukturen und politischen Konzeptionen nachvollziehbar, die hinter den beiden Positionen stehen:
Position A nimmt eine eher traditionell anmutende Auffassung auf in der Wendung gegen die nahezu übermächtige Belastung der Jugendlichen durch das "total kommerzialisierte kulturelle Angebot"; daraus folgt einerseits die bekannte Forderung, ihnen zum Durchbrechen der kulturellen Kolonisierung zu verhelfen. Nicht mehr traditionell ist die Forderung nach der tendenziellen Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit (76); sie geht in die gleiche Richtung wie Götz Alys Plädoyer gegen die nur freundliche Sozialpädagogik (für Jugendliche gilt nahezu das Gleiche wie für die Kinder, über die Aly schreibt):

> "Gerade in der Arbeit mit proletarischen Kindern, die oftmals in zerrütteten Familien leben, kann es nicht darum gehen, als Erzieher nur etwas Gesprächsbereitschaft, Beratung, etwas Entfaltung, Spaß und Freizeit anzubieten. Sozialpädagogen müssen die Kinder, die nachmittags ins Freizeitheim kommen, auch wirklich fordern, sich mit ihnen auseinandersetzen und für sie mehr sein als ein freundlichen, allwissender Betreuer. Bei diesen Kindern können wir nicht auf ihren inneren Antrieb, ihre Bedürfnisse und Selbstentfaltungsmöglichkeiten setzen. Ihnen müssen wir konkrete, auch schwierige Aufgaben stellen." (77)

Abgesehen davon, daß Position B stärker darauf insistiert, an den Bedürfnissen der Jugendlichen anzusetzen, als es bei Position A zu lesen ist, geht es ihr darum, zu betonen, daß die Jugendlichen durchaus über eigene nicht-deformierte Fähigkeiten verfügen, die ihnen eigenes, rationales, ausweisbares Handeln erlauben. - Beim nächsten Punkt wird das unterstrichen:

A

Im Interesse des oben skizzierten Zieles, soll der weitere Entwicklungsprozeß dieser Gruppen weitgehend autonom verlaufen, wobei den Teamern die Aufgabe zufällt, als Diskussionsleiter, "Datenbank" und organisationsstrukturierendes Element zu wirken. Angestrebt wird vom pädagogischen Team, daß von diesen Gruppen auch die vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Teamentscheidungen betreffs der weiteren Praxis im Rahmen des gesamten Jugendzentrums in immer stärkerem Maße genutzt werden sollen, wobei aber auf jeden Fall die Gefahr vermieden werden muß, zum Hauptziel der Arbeit lediglich die Verwirklichung von Demokratie im Freiraum des Jugendzentrums ("Sandkastendemokratie") werden zu lassen.
In der Arbeit des Jugendzentrums darf also nicht nur gefragt werden nach den ad hoc aufgefundenen Bedürfnissen der Jugend-

B

Gerade die Erfahrungen der letzten zwei Jahre im Prisma haben gezeigt, daß das Angeb eines "kritischen Konsumprogrammes mit Aufforderungscharakter" zum Scheitern ver urteilt war, da es fast ausschließlich von Teamern gepl war und nicht ausreichend an den vorhandenen Vorstellunge und Bedürfnissen der Jugendl chen anknüpfte.
Wir wollen deshalb die regel mäßigen Prismabesucher stärk in die Planung und Organisie rung der offenen Arbeit einb ziehen.

Unsere pädagogische Arbeit, nicht die herkömmlichen "Erz hungs"-praktiken unkritisch übernehmen will, soll zur ge sellschaftlichen und soziale Emanzipation der Betroffenen tragen. Das bedeutet, daß wi die gesellschaftliche Gruppe mit der wir arbeiten, befähi müssen, kritisch Ideologien erstarrte Ordnungen zu erken die Strukturen der Gesellsch zu durchschauen und eigene H lungsalternativen zu entwick

Gerade bei den Jugendlichen die Sensibilität für irratio nale und autoritäre Verhalte

A

lichen, die so wie sie zunächst artikuliert werden, ja nie voll die eigenen, sondern in starkem Maß präformiert sind, sondern die Arbeit muß sich auch ausrichten nach ihren objektiven Interessen, nach dem, was für sie zu lernen geboten erscheint. Das bedeutet, daß dort, wo Artikulation der eigenen Interessen permanent verhindert wird, Artikulation ermöglicht werden muß. Es müssen klare Angebote gemacht werden, die verdeutlichen: Das, was ihr lernen sollt, könnt ihr selbst entwickeln. Lernen muß nicht das Moment der Unterdrückung beinhalten, wohl aber das der Arbeit und das der Chance, sich von Zwängen zu befreien (75 E).

B

weisen noch nicht so verschüttet, als daß sie nicht gestärkt und in verantwortliches Handeln umgesetzt werden könnte.

Das Prisma befindet sich in einer anderen Situation als die meisten Jugendzentren in Berlin, da es im Rahmen eines Modellversuchs den Auftrag bekommen hat, neue Formen der Arbeit mit jungen Erwachsenen zu erproben.

Ein wichtiges Element für die zu erprobende neue Form der Arbeit ist die stärkere Einbeziehung der Jugendlichen, wie sie bereits unter Punkt 3 näher ausgeführt wurde.

Die konkreten Formen und Schritte dieser Zusammenarbeit müssen weiter mit den interessierten Jugendlichen diskutiert und festgelegt werden (75 F).

In diesem dritten Streitpunkt - der Frage der Selbstverwaltung und der politischen Zielsetzung für die Arbeit in Jugendfreizeitheimen - wird der Unterschied noch deutlicher, der zwischen Position A und Position B in den jeweiligen Annahmen über das eigenständige Urteilsvermögen Jugendlicher und den daraus zu ziehenden Konsequenzen besteht (78). Es ist wiederum

Götz Aly, der sehr scharf formuliert, welche Gefahren seiner Auffassung nach die Position B mit sich bringt:

> "Leute wie Jürgen Dittner setzen ihre Hoffnungen zu Unrecht und wohl auch gegen besseres Wissen auf diese Generation von Erziehern. Ihre Vorschläge sind nicht einmal reformistisch, sondern einfach unrealistisch. Es ist auch absurd, von den betroffenen Jugendlichen selbst kämpferische Initiativen für ihre eigene Erziehung zu erwarten: Selbstentfaltung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Emanzipation sind Begriffe, die, so schön sie klingen, die Notwendigkeit von Erziehung bestreiten. In der Praxis der letzten Jahre hat der Glaube an die selbstbefreiende 'revolutionäre Kraft' der Jugend mit dazu geführt, die Jugendlichen sich selbst zu überlassen. Ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Kräfte verkümmern, ihr Selbstbewußtsein zerbricht, ihre Möglichkeiten zu leben, zu lernen und zu kämpfen werden zerstört. Und die Erzieher kommen sich auch noch fortschrittlich vor, wenn sie darauf verzichten, auf überschaubare, gemeinsam erreichbare Ziele hinzuarbeiten, von den Kindern und Jugendlichen auch Leistungen zu verlangen." (79)

Damit ist bereits der zweite Abschnitt der Modellversuchs-Krise inhaltlich angesprochen: die Kampagne der Selbstverwaltungs-Gruppe (SVG). Bevor ich näher darauf eingehe, bleibt darauf hinzuweisen, daß die Teammitglieder (mit Ausnahme der opponierenden ehemaligen Honorarkräfte) erkannten, daß die beiden von ihnen bezogenen Positionen zwar unterschiedlich, aber (noch) nicht unvereinbar waren; auf dieser Grundlage gelang es ihnen, sich wieder für eine gewisse Zeit zu einigen und zusammenzuarbeiten. Den Jugendlichen war es allerdings nur in Ausnahmefällen möglich, die unerwartete neue Situation zu durchschauen und zu akzeptieren. Der unveränderte Kurs der SVG und der ehemaligen Honorarkräfte bestärkte sie zunächst in ihrer Ablehnung der neuen Entwicklung auf Seiten des Teams und motivierte sie zusätzlich, die Forderungen der SVG zu unterstützen (80). (Auf diese Problematik, vor allem auf die teilweise unkontrollierte, planlose Haltung des Teams komme ich im folgenden Teil zurück.)

In Anbetracht der Unsicherheit, was unter "Selbstverwaltung" (SV) zu verstehen sei, steht am Anfang des quasi-offiziellen "Auszugs" aus dem "Prisma"-Bericht verständlicherweise der "Versuch einer Begriffsdefinition und -abgrenzung", der zu folgendem Ergebnis gelangt:

> "Die 'puritanische' Auffassung, Selbstverwaltung sei erst dann lupenrein verwirklicht, wenn die Jugendlichen das Geld für Miete, Unterhaltungskosten (sic!) und Programm selbst aufbrächten, ist ebenso falsch wie unrealistisch. Die Förderung der Jugendarbeit aus öffentlichen Mitteln ist und bleibt, in welche Richtung die Diskussion auch immer gehen mag, gesetzliche Pflicht des Staates und seiner Behörden; ohne sie wäre der verbriefte Anspruch der Jugend auf Jugendhilfe undurchsetzbar.
> Selbstverwaltung bedeutet also lediglich, daß die jeweiligen Aufgaben allein und eigenverantwortlich erfüllt, die sich daraus ergebenden Tätigkeiten selbständig organisiert und die entsprechenden Mittel selbst verwaltet werden." (81; Hervorhebungen auch im Original. MP)

An diese Definition möchte ich mich ebenfalls halten.

Das Problem, dem die SVG - stellvertretend hier etwas ausführlicher für viele andere, ähnliche Initiativen kommentiert - im "Prisma" letztlich erlegen ist, läßt sich danach relativ leicht beschreiben.
Die SVG hatte sich, wie ihre ganze Handlungsweise und ihre schriftlichen Äußerungen zeigten, auf einen langandauernden Kampf um die SV eingestellt (82). Als sie plötzlich fast uneingeschränkt und kampflos erreichte, was sie gefordert hatte, wurde klar, daß

> "hinter dem Gedanken der SV auf Seiten der Jugendlichen eine ganze Anzahl unbefriedigter Bedürfnisse steht, deren allgemeinster Nenner das Bedürfnis ist, die Freizeit einigermaßen unkontrolliert und ohne vorgegebene Programme zu verbringen." (83)

Götz Aly ergänt aus seinen Erfahrungen diese Aussage:

> "Als politische Erfahrung ist der Streit um 'Selbstverwaltung', der in Spandau nichts weiter war als die erfolgreich Forderung nach Räumen, für viele Jugendliche von Bedeutung. Nur zeigt gerade das Kladower Beispiel, wie sinnlos diese Forderung ist, sollen die Jugendlichen sie auf Dauer praktisch tragen: Schon die Kinder von Kladower Bürger sind sehr rasch an die Grenze gestoßen, wo sie entweder kapitulieren oder als aktive Avantgarde, vom Rest der Jugendlichen isoliert, plötzlich als billige Hilfssheriffs für ein Mindestmaß an Ruhe und Ordnung sorgen müssen." (84)

Wenigstens in Ansätzen spürte auch die SVG selbst, daß sie an Terrain verlor - gegenüber den Behörden ebenso wie gegenüber den Jugendlichen. Ihre Selbstkritik schien den Kern zu treffen:

> "Im Prisma läuft nichts mehr! ... Nach anfänglichen Erfolgen setzte nach den Ferien die große Flaute ein ... Wir müssen die Fehler bei uns suchen. Wir haben zwar alle die Selbstverwaltung gefordert, aber keiner wußte so richtig, was sich durch eine Selbstverwaltung im Prisma ändern sollte, außer daß das Team weg ist. Was wir eigentlich selbst verwalten wollten, war nicht klar. Als Folge hat sich die Selbstverwaltungsgruppe verselbständigt. Die paar Leute, die noch zur Vollversammlung kamen, waren nur noch Stimmvieh ..." ("Prisma-Info IV", November '73). (85)

Im Gegensatz zu dadurch vielleicht geweckten Erwartungen suchte die SVG aber nicht nach einem alternativen Arbeitsansatz und Selbstverständnis, sondern trat die Flucht nach vorn an:

> "Unsere Forderung nach Selbstverwaltung bleibt bestehen ... Die Arbeit im Prisma stellen wir uns so vor: die jetzt vorhandenen Arbeitsgruppen zu erweitern, die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu verstärken. Weiterhin wollen wir die Arbeit mit anderen Jugendzentren fördern, um dadurch die Basis zu vergrößern" (Prisma-Info 9, Februar 1974). (86)

Ohne besondere Vorbereitung und ohne Erfahrungen versuchte die SVG, mit einer Rocker-Gruppe zusammenzuarbeiten und sie in das

FH zu integrieren. Der Versuch führte sehr rasch zu Konflikten zwischen den Mitarbeitern, der SVG, den Rockern und anderen Besuchern; "am 31.4.1974 eskalierte der beschriebene Konflikt. Es kam zu schweren Verwüstungen und Ausschreitungen im 'Prisma'. Die SV-Initiative war am Ende, weil sie von niemandem mehr ernsthaft getragen wurde. Auch ein aufgrund der Ausschreitungen sofort ausgesprochenes Hausverbot gegen die Rocker änderte nichts mehr". Einen Monat vorher war das Team auseinandergebrochen; der Modellversuch wurde in aller Stille als beendet erklärt (87).

Mir scheint, es wäre zu oberflächlich, nur von einem Scheitern, einem Zusammenbruch aufgrund von Fehlern des Teams und der Selbstverwaltungs-Gruppe zu reden. Zweifellos haben sich beide in eine nahezu ausweglose Situation gebracht; aber die Fehler, die die beiden Gruppen machten, waren letztlich in Arbeitsansätzen begründet, die damals allgemein akzeptiert waren. Das Konzept der "antikapitalistischen Jugendarbeit", auf das sich die SVG berief, muß ebenso wie das Konzept der kritischen Sozialarbeit, das letztlich hinter der ursprünglichen Modellversuchs-Konzeption vom Oktober 1971 stand, in Frage gestellt werden; beide Konzepte sind zu sehr auf die sozialdemokratischen Reformen und ihre Voraussetzungen und Bedingungen bezogen, als daß sie noch für andere Voraussetzungen sinnvoll neu gefaßt werden könnten.

3.2.2.4 Zusammenfassung

Für einen abschließenden Überblick sollen noch einmal die verschiedenen Problem-Bereiche bzw. -Ebenen skizziert werden, die als "Bestimmungsfaktoren" dem Ablauf des Modellversuchs ihr Gepräge geben. In nur geringfügiger Vergröberung sind es etwa folgende Bereiche:

(a) Die Entwicklung der realen, "objektiven" Probleme der Jugendlichen;

(b) Das Verhalten sowohl der zentralen wie auch der Bezirks-Administration;

(c) Zusammensetzung und Verhaltensweise des Teams;

(d) Einstellungen und Aktivitäten der Jugendlichen.

Andere Bereiche können demgegenüber vernachlässigt werden - wie beispielsweise der Bereich der weiteren Öffentlichkeit (d.h.: der über die Fach-Öffentlichkeit hinausgehenden Öffentlichkeit).

Bei einer näheren Betrachtung der allgemeinen, "objektiven" Probleme der Jugendlichen fällt auf, daß das gegenwärtige Kern-Problem der Arbeits- und Perspektivlosigkeit praktisch noch nicht gegenwärtig ist. Bis Mitte/Ende 1973 gehörte die Knappheit bzw. das Fehlen von Lehr-, Ausbildungs- und/oder Arbeits-Plätzen für Jugendliche noch nicht zu den alltäglichen Problemen, die in den Diskussionen der Jugendlichen oder in den Beratungen der Teammitglieder immer wieder auftauchten.

Es waren eher Probleme allgemein-materieller Art (z.B. zuwenig Geld, keine eigene Wohnung und dergleichen) und Probleme aus einer gewissen allgemeinen, schwer faßbaren Perspektiv-"Armut" oder -"Verdrossenheit", die ihrerseits durch eine Vielzahl nicht immer klar erkennbarer Faktoren bestimmt waren. Jedenfalls wäre es falsch, den Drogenkonsum, der zu Beginn des Modellversuchs eine beherrschende Stelle einnahm, die Aggressivität einiger Jugendlicher, den Alkoholismus oder die ziellose Radikalität, die gegen Ende des Modellversuchs stärker hervortreten, nur jeweils auf Schwierigkeiten in der Familie, Proble am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz oder auf Schwierigkeiten wegen Mangel an Geld etwa allein zurückzuführen. Aber auch Kombinationen dieser Faktoren wurden von den Jugendlichen kaum je als verantwortlich erkannt oder gar benannt und diskutiert; da

lag offenkundig daran, daß diese Probleme und ihre Hinterründe für alle Jugendlichen zutrafen, die sich im Blickfeld der durchschnittlichen Prisma-Besucher bewegten (88).

Auf der Ebene der allgemeinen, objektiven Probleme der Jugendlichen ergab sich jedenfalls im Verlaufe des Modellversuchs nichts, was in bemerkenswerter Art und in spürbarem Umfang von den bis dahin bekannten Problemen abgewichen oder über sie hinausgegangen wäre. Das gilt insbesondere für die Arbeitslosigkeit: In den verschiedenen Berichten aus den Modellversuchs-Phasen wird sie dementsprechend auch praktisch nicht benannt. - Das darf aber nicht zu der Auffassung Anlaß geben, daß es im Verlauf des Modellversuchs gelungen wäre, die anderen, eben genannten Probleme anzugehen, geschweige denn, sie zu beheben. Soweit dies ein Ziel des Modellversuchs war, ist er mit Sicherheit gescheitert. Das Verhalten sowohl der zentralen wie auch der Bezirks-Administration und anderer zuständiger Institutionen ist allenfalls in einer Hinsicht eindeutig zu charakterisieren: Die Behörden wurden nicht ihrerseits aktiv. Das bedeutet: Weder Amtsträger aus der Senatsverwaltung noch solche aus der Bezirksverwaltung entwickelten ausgeprägte eigene Zielvorstellungen, die sie dann hätten durchsetzen wollen (89). Es wurden zwar Konzeptionen angefordert, und in unregelmäßigen Abständen fanden auch Gespräche darüber statt, was denn der Stand der Entwicklung sei - all das blieb aber im allgemeinen unverbindlich.

Die Passivität, die stattdessen gegeben war, ist womöglich am besten als das "Verwalten" eines gegebenen Zustandes anzusehen. Dieser Vorwurf trifft in erster Linie die Zentraladministration, erst in zweiter Linie die Zuständigen im Bezirksamt Reinickendorf. - Dabei läßt sich aber eine andere Situation als die erkennen, die Götz Aly kritisiert. Weder der zuständige Stadtrat noch der Bezirksjugendpfleger sind so offenkundig unfähig bzw. desinteressiert oder sonst unqualifiziert, wie er es hinsichtlich seiner Verantwortlichen glaubhaft machen kann.

Das Gemeinsame in der Handlung der Reinickendorfer und der Spandauer Jugendverwaltung ist, daß man sie nicht als "repressiv" bezeichnen kann. Trotzdem ist es gerechtfertigt, die Verhaltensweise des Reinickendorfer Bezirksamtes als ungenügend zu kritisieren. Diese Kritik bezieht sich insbesondere auf die im folgenden aufgezählten Gesichtspunkte:

- Der zuständige Stadtrat war aus Gründen einer möglichst erfolgreichen weiteren Karriere an anderen Projekten im Bereich von Jugendpflege und Sozialarbeit interessiert. Am Modellversuch interessierte ihn, da er ihn schon nicht beenden konnte, nur noch, daß er so konfliktlos und kostenfrei wie nur möglich ablief. Irgendeine Hilfestellung - sei es die Organisierung von Supervision, das Eingehen auf die Konzeption und die Probleme ihrer Verwirklichung oder auch nur die Vereinfachung und Erleichterung bürokratischer Schwierigkeiten - gab er nicht und ließ auch klar erkennen, daß derlei nicht von ihm erwartet werden könne.

- Der zuständige Bezirksjugendpfleger verhielt sich etwas anders. Er war für Probleme durchaus ansprechbar - auch außerhalb seiner Dienstzeit (so erschien er im Falle einer Beinahe-Besetzung des JFH auch im Morgengrauen oder nahm an Vollversammlungen teil, die für ihn alles andere als angenehm verliefen). Er weigerte sich grundsätzlich, die Polizei heranzuziehen (was als durchaus positiv angesehen werden muß) (90); aber er sah sich auch außerstande, über diese Haltung hinauszugehen. Bis zuletzt nahm er eine zumeist passive, positiv-neutrale Haltung dem Team und dem Modellversuch gegenüber ein.

- Insgesamt hat das Bezirksamt - von den wenigen Ausnahmen abgesehen, die dem Bezirksjugendpfleger gutzuschreiben sind - nicht die geringste Initiative erkennen lassen. Ob es sich um das Drogenproblem handelte, eine notwendige Renovierung oder eine Bildungsurlaubsreise: Er nahm zur Kenntnis, prüfte die juristischen und finanziellen Aspekte und ging in der Regel den Dienstweg. Das ist aber auf gar keinen Fall ausreichend für eine Qualifikation als Jugendpflege. Es ist lediglich ein Kressen in der eigenen Institution.

Wenn also bezüglich des Modellversuchs und seiner Zielsetzung, wie sie umrißweise im "Jugendpflegebericht" des Senats von 1971 und in den entsprechenden Konzeptionen des "Prisma"-Teams, die ja u. a. auch vom bezirklichen Jugendwohlfahrtsausschuß gebilligt wurden, erkennbar wurden, irgend ein Urteil hinsichtlich des Verhaltens der Behörde gefunden werden soll, bleibt nur festzustellen: Eine emanzipatorische Jugendpolitik ist der behördlichen Jugendpflege ein durch und durch fremdes Phänomen (vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt).

Das Team, das den Modellversuch tragen und verwirklichen sollte, war unter diesen Umständen überfordert - jedes Team wäre überfordert gewesen, wie gerechterweise sofort hinzugefügt werden muß.
Zu den bereits benannten beiden Punkten aus den beiden Problembereichen traten aber noch andere, teamimmanente Probleme hinzu. Das betrifft zunächst die Zusammensetzung des Teams, die in grobem Umriß durch den Jugendpflegebericht vorgegeben war. Er hatte eine "wissenschaftliche Begleitung" vorgesehen, die schließlich durch die Zuordnung einer Sozialwissenschaftlerin erreicht werden sollte. Daß aber diese Sozialwissenschaftlerin aufgrund ihres Status auch sogleich die Funktion einer Leiterin des Modellversuchs, des Teams und des Jugendfreizeitheims zu übernehmen hatte, wirkte sich außerordentlich negativ aus. Die sozialpädagogisch nicht im geringsten vorgebildete Leiterin hatte nach Lage der Dinge zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, über die ganz normale Alltags-Praxis in einem JFH zur Gestaltung und Reflexion eines Modellversuchs hinauszukommen.

Darüber hinaus wurde durch die Besetzung der Leitungsposition mit der Sozialwissenschaftlerin die schon normalerweise vorhandene Spannung, die die Kooperation in Teams solcher Arbeitsbereiche kennzeichnet, übermäßig gesteigert: Es ergab sich ein Statusgefälle, das immer wieder Gegenstand von un-

sinnigen und überflüssigen Konflikten wurde, in denen sich die Sozialwissenschaftlerin gelegentlich fast isoliert sah (91). - Auch der Umstand, daß die mitarbeitenden Honorarkräfte, Studenten von der Pädagogischen Hochschule Berlin, ihrerseits nicht in erster Linie Praktiker waren, hat die Arbeit im Team in dieser Konstellation eher erschwert als erleichtert.

Das derart in sich unausgewogene Team verfügte kaum über die Reserven an Kapazität, Kompetenz und externer Rückversicherung, um - über die alltäglichen Probleme hinaus - noch zu einer Modell-Praxis finden zu können:

- Einerseits verfügte niemand im Team über genügend Kenntnisse, um nacheinander mit der Drogenkonsum-Welle, dem Alkoholismus, der Aggressivität unter den Jugendlichen umgehen zu können;

- andererseits entwickelten sich gerade in der Zeit, in der der Modellversuch ablaufen sollte, erst Schritt für Schritt jene sozialpädagogischen Theorien, die heute geläufig sind - das Team konnte sich also nicht darauf stützen;

- drittens schließlich gab es weder innerhalb der Sozialdemokratie noch innerhalb der Linken, sei sie nun gewerkschaftsorientiert, antikapitalistisch oder anders orientiert gewesen, einen halbwegs zutreffenden Begriff von der damals aktuellen Situation und den beinahe unmittelbar bevorstehenden Umbrüchen in den gesamten Perspektivbedingungen für die Jugendlichen.

Diese Umstände führten dazu, daß schließlich den Mitgliedern des Teams selbst ihre eigene Praxis als unvollkommen und planlos erscheinen mußte. Noch die Berichte über die eigene Tätigkeit sind in ungewöhnlich hohem Maße von einer Selbstkritik bestimmt, die das Scheitern des Modellversuchs und der eigenen jugendpolitischen bzw. sozialpädagogischen Konzeptionen viel zu sehr als subjektiv mitverschuldet begreift. (Das war allerdings auch ein Ergebnis der innerlinken Kritik, die beispielsweise von der PH Berlin und der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" am Team formuliert wurde.) (92)

uf Seiten der Jugendlichen schließlich läßt sich lediglich m Rückblick erkennen, daß die Aufeinanderfolge von unterschiedlichen Einstellungen und Aktivitäten, die im "Einzugsbereich" des Modellversuchs stattfand, sozusagen nur in ehreren "Schichten" analysierbar ist. Auch die Interviews, ie von zwei Teammitgliedern nach dem Abschluß des Modellversuchs mit etwa zwei Drittel der regelmäßigen Besucher(innen) gemacht wurden, tragen wenig zu einer Klärung bei (93).

ei aller gebotenen Vorsicht lassen sich im Rückblick etwa olgende Problem-Verläufe, -Linien und -Strukturen erkennen:

- Der Drogen- und Alkoholkonsum bzw. -mißbrauch dürfte sich nfangs vor allem aus zwei Gründen heraus ergeben haben: inerseits aufgrund der Schwierigkeiten, die gerade im letzten rittel der Pubertät im Verhältnis zu den Eltern, zur Schule nd zu den Vorgesetzten und Mitarbeitern am Arbeitsplatz bzw. ei der immer als problematisch empfundenen Berufswahl, aber uch im Verhältnis zu Partnerin bzw. Partner auftreten; andererseits aufgrund einer langsam, aber stetig zunehmenden Distanzierung von den Maßstäben, die als die herrschenden empfunden werden.

- Die Aggressivität der Jugendlichen ist in vielfach abgestufter Form und aus unterschiedlichen Gründen heraus ständig präsent gewesen. Steigerungen zeichneten sich kaum ab; gelegentliche Ausbrüche von Aggressivität können vernachlässigt werden. - Anders verhält es sich mit der Aggressivität der "Rocker", die in der Endphase des Modellversuchs eine bestimmende Stellung einnahm; sie war zwar für den Bezirk üblich und bezeichnend, geriet aber nur vorübergehend in den Bereich des Prisma und war - insbesondere in der Verbindung mit Alkoholmißbrauch bis hin zur Brandstiftung oder schweren Sachbeschädigung und zu einigen Fällen von Gewaltanwendung gegen Personen - für das JFH nicht typisch.

- Die Radikalität bei vielen Jugendlichen blieb insofern "ziellos", als sie auf ständige externe Stimuli angewiesen war. In dem Maße, in dem sich diese Anreize abschwächten,

ließ auch die Radikalität nach - sie stabilisierte sich kaum je aufgrund von längerer Reflexion der eigenen oder der allgemeinen politischen Situation.

In bezug auf die Jugendlichen läßt sich zusammenfassend festhalten, daß der Modellversuch an ihnen spurlos vorübergegangen ist. Ein Vergleich etwa mit der Beschreibung, die Götz Aly von seiner Tätigkeit gibt, läßt nur die Schlußfolgerung zu: Im Modellversuch wurde womöglich ambitionierte Jugend- und Sozialarbeit betrieben - aber kaum eine exemplarische Arbeit, die als Modell für andere Jugendfreizeitheime hätte dienen können. Anders und härter formuliert: Der negative Lernerfolg war für die Erwachsenen durchaus gegeben; für die Jugendlichen bliebt nicht einmal das.

Zum Abschluß ist es gerechtfertigt, bezüglich des Modellversuchs festzuhalten:

1. Ein Modellversuch in zwei dafür unzulänglich ausgestatteten Jugendfreizeitheimen war von Anfang an quantitativ und qualitativ nutzlos. Das war der Fach-Öffentlichkeit auch bekannt.

2. Der Modellversuch war insbesondere deswegen nutzlos, weil er von oben geplant wurde. Es war vorher zu keinerlei Dialog gekommen, weil die für den Versuch Verantwortlichen durch die Jugendlichen nicht dazu gezwungen werden konnten.

3. Der Modellversuch blieb nutzlos, weil sein Ziel - Emanzipation - selbst in der reduzierten Form - modifizierte Selbstverwaltung in einem Jugendfreizeitheim - unter den gegebenen Umständen dazu verurteilt war, abstrakt zu bleiben. Deshalb hatte der Modellversuch lediglich negative bzw. gar keine Folgen für alle Beteiligten.

Damit stellt sich für den Modellversuch (nicht aber gleichzeitig auch für die gesamte Reformpolitik) die Frage, ob er eine Alibifunktion gehabt habe. (Etwa in der Art, daß eine scheiternde Reform bewußt produziert wurde, um andere unterlassen zu können.)

s scheint, als sei diese Auffasung übertrieben, weil sie ine bewußte politische Planung voraussetzt. Angesichts essen, was über die Modellversuche in "Prisma" und "Focus" ekannt ist, ließe sich eine solche Auffassung keineswegs alten. Es gab nicht die geringste Planung.

o stellt sich der Modellversuch dar als ein zufällig entstandenes Resultat der internen Diskussion in der Reformverwaltung, das rasch uninteressant und lästig würde; man ließ ihn mit den geringstmöglichen Kosten ablaufen, ohne an den Ergebnissen sonderlich interessiert zu sein (deswegen gab es auch keine irgend spürbaren Sanktionen, als das Scheitern nicht mehr zu übersehen war).

Natürlich spricht das alles nicht gegen Modellversuche im allgemeinen. Es muß auch weitergefragt werden, was für eine Reformpolitik es war, die solche Modellversuche ermöglicht.

3.3 Aktuelle Strukturprobleme der Jugendpolitik in Berlin

3.3.0 Vorbemerkung

Jürgen Dittner hat in seiner Monographie zur behördlichen Jugendpflege auf Strukturen der Jugendpolitik in Berlin seit 1945 aufmerksam gemacht, die eine klare Einteilung in Phasen ermöglichten, und hat darüber hinaus angedeutet, daß diese Phasen nahezu einen zyklischen Charakter tragen. Über den Anfang der Reformintentionen seit 1970, der gleichzeitig das Ende der früheren Anstrengungen seit 1955 markiert, schreibt er:

> "So finden wir zum Ende dieser Phase wieder eine ratlose Jugendpflege. Mehr als 50 % Kinder unter den Besuchern und die wenigen Jugendlichen gliedern sich noch in zwei Gruppen mit völlig unterschiedlichen Erwartungen. Einmal die, die konkrete Interessen verwirklichen wollen und zu diesem Zweck die Freizeitheime aufsuchen und auf der anderen Seite eine Gruppe von Jugendlichen, die in der Fachsprache als

'Problemjugendliche' bezeichnet werden. Mangelnde Lebensperspektive, Konflikte und Mißerfolgserlebnisse in Elternhaus, Schule und Beruf haben sie resignieren lassen, die Kommerzielle Freizeitindustrie ist keine Alternative für sie. Sie ziehen sich aus den 'Gefahrenzonen' in den Bereich des Freizeitheimes zurück. Hier 'gammeln' sie, in verschiedenen Fällen werden sie aggressiv, begeben Gewalthandlungen. Die Mitarbeiter sind überfordert, hier inhaltlich und methodisch zu arbeiten. So schließt sich der Kreis dieser zweiten Phase behördlicher Jugendpflege nach 1945.
Am Beginn - 1955 - im Hinblick auf eine an den Interessen von Kindern und Jugendlichen gemessene Arbeit die gleiche Situation wie an ihem Ende, zum Ausgang der sechziger Jahre." (94)

Es ist verblüffend, wie stark diese Beschreibung mit Situationsschilderungen des Jahres 1977 übereinstimmt (und, nicht zu vergessen, auch mit denen aus dem Jahre 1955!) (95). Das fordert nachdrücklich dazu auf, wenigstens versuchsweise einige typische Verlaufs-Linien und -Muster herauszuarbeiten, die sich in der Jugendpolitik in Berlin anscheinend wiederholen; danach wäre zu fragen, ob sie in einem erkennbaren Zusammenhang mit der durchschnittlichen Reformanstrengung in der Stadt stehen.

Um das zu erreichen, möchte ich zunächst herausarbeiten, inwieweit interne bzw. externe Faktoren und deren Zusammenspiel die Festlegung bzw. Veränderung in der Jugendpolitik bestimmt haben. ("Intern" und "extern" bezieht sich dabei auf die Jugend-Behörden - also auf die Senatsverwaltung einerseits und die entsprechenden Ressorts in den Bezirksämtern andererseits; dazu kommen aber auch die Sozialarbeiter(innen) in den verschiedenen Einrichtungen.)

Im Anschluß daran möchte ich darstellen, welche aktuellen Wendungen die jugendpolitischen Anstrengungen der Behörde seit 1974/75 genommen haben; auch hier kommt es darauf an, sichtbar zu machen, inwieweit die Behörden von sich aus gehandelt haben oder inwieweit sie durch verschiedene Umstände nahezu zu

euen Anstrengungen "gezwungen" wurden. Soweit sich das ls möglich erweist, wird die vorangegangene Phase und insesondere ihr Ende vergleichend in die Darstellung einbeogen.

.3.1 Interne und externe Bestimmungsfaktoren für die Reformpolitik

benso wie Jürgen Dittner hat auch Hermann Giesecke darauf ingewiesen, daß sich zumindest die Sozialarbeiterinnen und ozialarbeiter "im Feld" dadurch unter Legitimationsdruck esetzt sahen, daß ihnen im Verlaufe der "Konsumphase" späestens Anfang der sechziger Jahre immer weniger zu tun blieb, eil die Jugendlichen ihre Angebote ignorierten - ohne daß ie Problem für die Jugendlichen geringer geworden wären. Die adurch eingeleitete Wende von der nur im Gruppenverband stattindenden, insofern "geschlossenen" Jugendarbeit hin zu einer offenen" ist ebenfalls vielfach beschrieben worden. Diese ffene Jugendarbeit als bloße Absicht war aber noch keineswegs geeignet, die Jugendlichen wieder zum Besuch "ihrer" Einrichtungen zu bewegen; solange die Einrichtungen beinahe leertanden, blieb aber die Arbeit der Behörden und - mehr noch - ler freien Träger unausgewiesen. Sanktionen in Gestalt von Mittelkürzungen und Stellenstreichungen (spätestens auf Veranlasung der Rechnungshöfe und der Finanzminister hin) wären unumänglich gewesen (96).

iese Verlegenheit, die praktisch die gesamte Jugendarbeit in ler Bundesrepublik und in Berlin betraf, war für die Berliner esonders peinlich, weil ihre Jugendpolitik jahrelang als vorildlich gegolten hatte. Es kam - wie schon angedeutet - hinzu, aß die verantwortlichen Positionen sowohl in den Bezirken wie uch auf Landesebene in der Regel von SPD-Karriere- und Nachwuchs-Politikern besetzt waren, deren Interesse darin lag, dieses Renommee möglichst problemlos für sich und die weitere

Karriere nutzen zu können. Diskrepanzen zwischen der Sozialarbeiterschaft und ihren Klienten einerseits und den politisch Verantwortlichen andererseits waren damit fast unausweichlich vorgegeben (97).

Der Jugendpflegebericht beschreibt die Zeit von 1961 bis 1971 nicht direkt, sondern deutet im Abschnitt "2.4 Heutige Situation" (= 1971; MP) das Problem für die behördliche Jugendpflege nur in einer vagen Umschreibung an:

> "Bedeutsam ist (...) das oft vorhandene Fehlen jeder Perspektive für den weiteren Lebensweg. Daher glauben zahlreiche Jugendliche, nur Verständnis, zufriedenstellende Sozialbeziehungen und Lösungen für ihre Probleme in oder durch Gruppen Gleichaltriger zu finden. Angebote der Jugendpflege erscheinen ihnen lediglich als Mittel zur Integration in die Welt der Erwachsenen, da das Jugendamt als ein Anbietender wie jede andere Behörde mit Zurückhaltung gesehen wird und Jugendverbände - wegen ihres oft gegebenen Zusammenhangs mit Erwachsenenorganisationen - auch nicht ihren Vorstellungen vom Abstand zur Welt der Erwachsenen entsprechen. Besonders die schon berufstätigen jungen Leute wollen sich in ihrer Freizeit entspannen, tun und lassen können, was sie wollen. Sie konsumieren darum lieber, was sie an kommerziellen Freizeitangeboten vorfinden." (98)

Implizit ist damit noch immer der Vorwurf des Versagens an die Freizeiteinrichtungen der Bezirksämter gerichtet, der schon 1966 in einer Rede d-s damaligen Jugend-Senators Kurt Neubauer (im Amt seit 1963) enthalten war:

> "Die Jugendfreizeitheime müssen ansprechender werden und differenzierter arbeiten. ... Differenzierter arbeiten heißt: daß unsere Jugendfreizeitheime nicht alles für alle machen können und müssen. ... Die Jugendfreizeitheime werden ihr teilweise noch sehr uniformes Gesicht individualisieren. Dazu gehört auch ein größerer Entscheidungs- und Verantwortungsbereich für das Mitarbeiterteam und die jugendlichen Besucher, größere finanzielle Selbständigkeit und Beweglichkeit sowie eine Verwaltung mit Verständnis für die pädagogischen Erfordernisse. ... Dazu wünsche ich Mut zum Experiment, Ausdauer auch bei Fehlschlägen und Erfolg in der Arbeit." (99)

er Grund für den anhaltenden Mißerfolg in der behördlichen ugendpflege (der allerdings - das muß deutlich gesehen wer- en - zunächst keineswegs als Mißerfolg der staatlichen ugendpolitik verstanden wurde!) lag in der falschen Konzep- ion der Behörden, die ihrerseits weitgehend dem ständig evormundenden Verhältnis der Erwachsenen gegenüber Kindern nd Jugendlichen entsprach. Dieser Konzeption zufolge lag ie "Hauptaufgabe im Vorbeugenden Jugendschutz und in 'sinn- ollen Freizeitangeboten'"; sie "wirkt oft einschränkend und ehindert das Streben (erg.: der Jugendlichen) nach Selb- ständigkeit" (100).

iese Einstellung war auch kennzeichnend für die Art des Bauens on Jugendfreizeiteinrichtungen, die in den Jahren von 1957 is 1966 in Berlin ihren Höhepunkt erreicht hatte: Allein in iesem Jahrzehnt wurden 31 von insgesamt 54 Einrichtungen über- eben, die im Zeitraum von 1948 bis 1974 neu gebaut wurden. nsbesondere das Ende dieser Bauphase war dadurch charakteri- iert, daß ungeheuer aufwendige Freizeitheime konzipiert und ingerichtet wurden, die immer stärker an den Wünschen und edürfnissen der Jugendlichen vorbeigingen, die mit diesen äumen und dem darin installierten Angebot auch nichts anzu- angen wußten (101). Die Verantwortlichen wollten "die Jugend or Gefahren - besonders vor der Verunsicherung überkommener erthaltungen - bewahren"; die in einer erstaunlich aufwendi- en Materialschlacht hingesetzten Betonklötze gerieten aber nvermeidlich "in eine hoffnungslose Konkurrenz zu kommerziel- en Freizeitangeboten, die freizügiger, ungebunden an pädago- ische Kriterien (sic!) und attraktiver sind" (102).

on Verständnis für die reale Situation der Jugendlichen kaum ehelligt, wurden die Verantwortlichen aber regelrecht hyste- isch, wenn sie mit einer Jugendpflege und jugendpolitischen onzeptionen konfrontiert wurden, die den veränderten Inter- ssen der Jugendlichen eher entsprachen und vor allem darauf

zielten, ihnen das anzubieten, wozu das kommerzielle Angebot prinzipiell unfähig und unwillig war und ist: Selbständigkeit, Eigenverantwortung, feste Orientierungspunkte und die Möglichkeit, die eigene Emanzipation als Zielsetzung zu erkennen und voranzutreiben.

Gerade an diesem Problemkomplex waren die größten Defizite auszumachen; die studentische Protestbewegung als antiautoritäre Revolte setzte hier sehr wirkungsvoll an. Bei aller Kritik an der Konfusion des antiautoritären Verhaltens und der ihm entsprechenden politisch-pädagogischen Praktiken (10) war doch gleichzeitig auch anzuerkennen, daß das antiautoritäre Moment der Kritik einen außerordentlich empfindlichen wunden Punkt traf. Einer weiteren Öffentlichkeit wurde das bemerkbar, als die Praxis der außerparlamentarischen Opposition die eigenen Kreise überschritt und sich auf neue Adressaten bezog: Kinder und Jugendliche. - Geradezu "beispielhaft" für die entsprechenden Empfindlichkeiten und Hysterien und für den Kristallisations-Punkt, an dem sie zusammentraf, sind drei "Skandale" des Jahres 1969: Der "Konfliktfall 'Prisma'"; das Falken-Sommerlager in Schweden; schließlich der "Schülerladen 'Rote Freiheit'". In allen drei Fällen wurde nicht nur die im allgemeinen respektierte Privatsphäre der antiautoritären Linken überschritten (so hatte man die Kinderläden beispielsweise durchaus toleriert und gefördert und die "Massenwirksamkeit" neu aufgearbeiteter alter Kenntnisse erprobt, sondern in allen drei "Fällen" war ein verändertes Verhältnis zur Sexualität der Kern der öffentlichen Konflikt-Inszenierung (104).

An diesen Fällen zeigte sich vielleicht am deutlichsten, daß die konventionell-konservative sozialdemokratische Jugendpolitik sich in einfallslosem Geldausgeben erschöpfte, für das "der Jugend" Wohlverhalten abverlangt wurde - ohne daß die Jugendlichen irgendwann hätten bemerken können, daß sie mit materiellen Segnungen bedacht wurden und daß man deshalb etwas von ihnen erwartete.

W. F. Haug hat in seinem Versuch, die Reaktion der SPD und der Öffentlichkeit auf den "Schülerladen 'Rote Freiheit'" zu beschreiben ("Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen"), vor allem den Gleichklang zwischen der von der Springer-Presse aggressiv artikulierten, ängstlich-reaktionären öffentlichen Meinung einerseits und den rechten Sozialdemokraten andererseits herausgearbeitet; in entsprechend modifiziertem Sinne gilt das, was er dazu anmerkt, auch für die beiden anderen Fälle. Auf die spezifisch jugendpolitische Seite der Vorfälle ist er nicht eingegangen, verständlicherweise; daran, daß er es nicht für notwendig hielt, zeigt sich - selbst noch in dieser indirekten Spiegelung - die fehlende Kontur der "alten" sozialdemokratischen Jugendpolitik (105).

Die von der linken SPD getragene Reformpolitik befand sich zu diesem Zeitpunkt erst in der "Aufbauphase"; die entsprechenden Politiker(innen) riskierten noch keine offenen Konflikte in der ohnehin gespannten politischen Situation (so auch Ilse Reichel beim "Prisma"-Konflikt als Stadträtin in Reinickendorf nicht). Andererseits befanden sich die Exekutoren der "alten" Politik bereits in der Defensive (106): Der Reform-Enthusiasmus der sozialliberalen Koalition in Bonn kam nicht ihnen zugute, die kein Reformkonzept vorzuweisen hatten, sondern den berliner SPD-Linken. Die Übernahme des Ressorts von Korber durch Ilse Reichel 1971 verdeckte das Scheitern der alten SPD-Politik und entlastete die Jugendbürokratie unversehens für geraume Zeit vom Legitimationsdruck, soweit er von innen her kam. Die Krise wurde aber nur verschleppt und allenfalls zur Hälfte angegangen: Wie schon beschrieben, "täuschte" der Jugendpflegebericht nur die neuen Sozialarbeiter, die sich an der Senatorin orientierten und mit der Situation in den Bezirksämtern nicht vertraut waren (107).

Als Zwischenbilanz für die internen Auseinandersetzungen um die Linien der Jugendpolitik läßt sich also bis zur Phase

der extern aufgenötigten Auseinandersetzungen um die Selbstverwaltungsforderungen etwa Folgendes festhalten:
Der von "unten", d.h. von den Sozialarbeiter(inne)n und den Klienten kommende Legitimationsdruck stieß auf bürokratische Unbeweglichkeit, die doppelt begründet war: Die von der rechten SPD kommenden Senatoren (1963 Neubauer, 1967 Korber) hatten keinen inhaltlichen Bezug zu den Problemen und orientierten sich - außer an ihrer Karriere - an den in der SPD etablierten Mehrheitsauffassungen. Dazu kam als zweiter, ebenso wichtiger Faktor, daß die Ressorts dieser Art (108) als "schwache" Ressorts galten, die keine starke Lobby für sich mobilisieren konnten und deshalb beim Etatverteilungskampf im Senat und in der Fraktion im Zweifelsfalle immer wieder unterlagen. Das galt - und gilt - auch für das Jugend-Ressort im allgemeinen - und im besonderen dann, wenn es als Reform-Ressort fungiert, das sich (noch) nicht auf spürbaren Druck von unten berufen kann. Der bis 1971 spürbare Druck genügte aber noch nicht, um bei der zunächst noch politisch bedingten Mittelknappheit nennenswerte Etat-Bruchteile zu fordern und auch zu erhalten.

Gemessen an dieser Situation war der 1971 endlich vorgelegte Jugendpflegebericht zu früh gekommen (109). Inhaltlich hätte er sich nutzen lassen, obwohl er bereits eine stark verwässerte Kompromißlösung darstellte; da er aber in der Umsetzung absolut unzulänglich konzipiert war, scheiterte er am Ende nicht nur, sondern verstärkte nur noch einmal die grundsätzlichen Zweifel an der Reform-Willigkeit und -Fähigkeit der berliner SPD. Damit sind aber bereits wieder die externen Faktoren angesprochen, die die sozialdemokratische Jugendpolitik in Berlin ebenfalls strukturiert haben.

Die gesamtgesellschaftlich wichtigen sozioökonomischen Faktoren, die für die Jugend- und Reformpolitik wichtig waren und sind, wurden bereits beschrieben; das soll hier nicht wiederholt werden. An dieser Stelle sind nur die spezifisch

berlinerischen Faktoren von Interesse, die auf die Jugendpolitik eingewirkt haben. Naturgemäß steht dabei die innere Entwicklung in der SPD im Vordergrund. Auch deren innere Situation kann weitgehend als bekannt vorausgesetzt werden. Hinsichtlich ihrer jugendpolitischen Intentionen bleibt lediglich der Widerspruch zu verzeichnen, daß seit 1971/72 ein relativ ambitioniertes Programm vorzuliegen schien, das aber bei genauerem Hinsehen sich als reine Fassade erwies. Der Senat unter Klaus Schütz war so stark auf Unauffälligkeit, geordnete Regelmäßigkeit und "Solidität" bedacht, daß er unterschiedslos alle inneren Reformprobleme möglichst stark herunterspielte; die außenpolitische Entwicklung begünstigte diese Taktik in hohem Maße. Insofern wurden Reformprogramme lediglich aufgestellt, um der Bonner Dynamik der Regierung Brandt/Scheel Genüge zu tun; in der Alltagspraxis wurden diese Reformprogramme systematisch dethematisiert, verschleppt und vergessen (110).

An diesem festen Willen zu grauer Unauffälligkeit scheiterten auch die Versuche der außerparlamentarischen Opposition, in ihrem Kernbereich, der Hochschule, und in den anderen Sozialisationsbereichen durchschlagende und beständige Veränderungen durchzusetzen. Neue, weitergehende Reformansätze, die die angestrebte Emanzipation durch autonomes Handeln ohne staatliche Eingriffe vorantreiben bzw. bereits bestehende und leidlich funktionierende Reformprojekte und -experimente absichern sollten, wurden im Zweifelsfall auch hart abgeblockt. Ausnahmen, wie sie etwa die besetzten Jugendhäuser darstellten, wurden mit dem langen Atem behördlicher Inaktivität und ständiger Mittelkürzung entmutigt, ausgehungert und ausgetrocknet (111).

Diese "Strategie" war 1971/72 noch nicht in ihrer Tragweite erkennbar. Es war auch noch nicht absehbar, daß die ökonomische Krise in kürzester Zeit den Reformanlauf auch in der Bundesrepublik stoppen würde. Im Hinblick auf die berliner SPD läßt

das für die Zeit nach 1972 als erste Folgerung zu: Die linken Reformer in Berlin waren (wie auch früher schon) in ihrer Partei, teilweise selbst innerhalb der Parteilinken Ausnahmeerscheinungen, die immer Gefahr liefen, in die Isolation zu geraten. Die Partei verwies lieber auf "Leistungen" als auf Reformen und versank mit jedem Jahr nach Willy Brandts Weggang von Berlin mehr in provinzielle Bedeutungslosigkeit, in eine Borniertheit, der es selbst schwer fiel, gelunge Reformleistungen zu instrumentalisieren (es fragt sich, ob sie innerhalb der Partei akzeptiert wurden) (112).

Nach 1972 verschärfte die Partei ihre reformfeindliche Einstellung und Praxis und entzog der Jugendpolitik auch das letzte Verständnis bei den Jugendlichen: Eine in der Praxis nicht sehr freundliche Schulentwicklungspolitik, die Eltern und Jugendliche gleichermaßen abstieß; eine restriktive, studentenfeindliche Hochschulpolitik; eine ausgedehnte, nahezu exzessive Anwendung des Radikalenerlasses mit einer relativ hohen Quote von Berufsverboten und einem sehr hohen Einschüchterungseffekt; anhaltende Hilflosigkeit gegenüber der Drogenproblematik, aber auch gegenüber der verharmlosend dargestellten Jugendarbeitslosigkeit; Disziplinierungsdrohungen gegenüber allem, was anpassungsunwillig schien; zum Teil erstaunliche Fälle von polizeilicher Willkür - die SPD deckte das alles, während ihre Funktionäre und Amts- und Mandatsträger in der Öffentlichkeit immer mehr in den Verdacht von Mißwirtschaft, Inkompetenz, Filzokratie und Korruption gerieten (113). Fünf Jahre später, Anfang 1977, zogen Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit des Bezirks Neukölln eine nicht einmal sehr polemische Bilanz:

> "(In den letzen Jahren kam es zu einer) massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen großer Teile der Arbeiterjugendlichen, verursacht durch Wohnungsnot, Lehrstellenknappheit, Jugendarbeitslosigkeit. Die Konsequenzen und Folgeerscheinungen dieser materiellen Verelendung aber, wie Alkoholismus, Drogenkonsum und steigende Kriminalität (vor allem Körperverletzung und Sachbeschädigung

dienen immer wieder als Vorwand, um sogenannte 'randständige Jugendliche' aus den Freizeitheimen zu schmeissen oder gleich die ganze Einrichtung zu schließen. Hier kommt sehr deutlich die Unfähigkeit der Jugendbürokratie zum Ausdruck, eine Jugendarbeit zu machen, die sich an den Bedürfnissen und Interessen gerade dieser am meisten benachteiligten Jugendlichen orientiert und einen Beitrag zur Bewältigung dieser schwierigen Situation leistet. Die Folge davon ist, daß die staatlichen Jugendfreizeiteinrichtungen weitgehend leer sind, beziehungsweise die zumeist sehr teuren technischen Einrichtungen nicht voll genutzt werden. Nichtsdestotrotz versuchen Senat und Bezirksämter diese Misere zu vertuschen, indem mit großem propagandistischem Aufwand die Verstärkung der Bildungsangebote im Freizeitbereich angekündigt wird. Dies bedeutet letztlich den hilflosen Wiederbelebungsversuch einer bereits gescheiterten Jugendpflegepraxis." (114)

i den Jugendlichen selbst zeichneten sich - grob skizziert - lgende Einstellungen und Verhaltensentwicklungen ab:

Die Selbstverwaltungsinitiativen überschritten etwa 1974 ren Höhepunkt in Berlin. Nur eine geringe Anzahl konnte re selbstverwalteten Einrichtungen beibehalten (dazu gehören ch das Georg-v.-Rauch- und das Tommy-Weisbecker-Haus). Nach 75 kam es zu keinen weiteren, neuen Initiativen, da das teresse der Jugendlichen im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit von dringenderen Problemen beansprucht wurde.

Die Jugendarbeitslosigkeit verschob das Interesse vom Freizeit- und Wohnungs-Problem hin zur Arbeits- und Ausbildungsplatzbeschaffung. Soweit "alte" Initiativen diese drei Probleme gleichzeitig und im Zusammenhang angingen (wie etwa das Weißeckerhaus), gewannen sie an Bedeutung; eine ganze "Bewegung", die einige Sozialpädagog(inn)en anfangs noch hofften, bildete sich aber nicht heraus (115). Der Umfang der Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten, ohne Unterstützung von staatlicher oder privater Seite Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, beschränkten entsprechende Projekte schon im Ansatz zu stark. Die Forderungen nach Abhilfe konzentrierten sich notwendig auf den Staat und die Gewerkschaften, da die Wirtschaft ihrerseits kaum Initiativen erkennen ließ.

3. In zunehmendem Maße bildete sich bei den Jugendlichen eine Einstellung heraus, die solche Problemlösungen gar nicht mehr in Erwägung zog. Die Jugendlichen gaben die Anstrengungen auf, sich in der herkömmlichen Art um eine Integration in Beruf und Erwachsenengesellschaft zu bemühen, und interessierten sich in weitaus stärkerem Maße als früher für möglichst weitgehende Alternativen zum Leben in der Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft. Die Skala der Möglichkeiten reicht dabei von extrem negativ-passiven Verweigerungsformen (wie etwa Drogenkonsum) bis zu positiv besetzten, starke Eigeninitiativen erfordernden realen Alternativ-Unternehmungen in Berlin, in Westdeutschland oder im Ausland. Damit begannen sich Elemente einer alternativen Subkultur herauszubilden, die zwar noch kein klares Bild ergeben, sich aber deutlich als jenseits der etablierten Ordnung und gegen sie gerichtet selbst definieren (116).

Soweit eine derartige Entwicklung eingesetzt hat, liegt es auf der Hand, daß sie sich der herkömmlichen staatlichen Jugendpolitik entzieht - gleichgültig, ob diese Politik sich als "reformistisch" oder konventionell versteht. Gegenwärtig läßt sich allerdings noch nicht genau erkennen, wie weit die Distanz zu Staat und Gesellschaft bei den einzelnen Jugendlichen geht; auch sozialspezifische Differenzierungen sind noch nicht festzumachen (117).

Zusammenfassend läßt sich zur staatlichen Jugendpolitik in Berlin sagen, daß sie in der Mitte der 70er Jahre keine eigenen Konzepte mehr entwickelt, sondern sich damit begnügt, die Misere zu beobachten und ihr Freizeit-Raumangebot beizubehalten. Das trifft insbesondere für die Bezirkspolitik der SPD zu: Nach den Wahlen von 1975 stellt die SPD nur noch drei Jugendstadträte (bei denen aber keine herausragenden Aktivitäten erkennbar sind). Die Initiative ist wieder auf die Sozial-

idagog(inn)en selbst und auf die freien Träger - und dabei esonders auf die Mitarbeiter der evangelischen Kirche - ergegangen. Lediglich akute, unübersehbare Probleme wer- en noch zur Kenntnis genommen, aber eher registriert und erwaltet, als daß man den Versuch unternehmen wollte, ernst- aft nach einer Lösung zu suchen (118); das gilt insbesondere ir das Drogenproblem, das wegen der immer zahlreicher wer- enden Todesfälle gerade in Berlin einerseits nicht mehr mar- inalisiert, aber andererseits wegen der Problem-Dimension uch nicht kurzfristig und gründlich "gelöst" werden kann (119).

.3.2 Neue Arbeitsbereiche und konzeptionelle Ansätze in der Jugendarbeit

ach der beschriebenen Reduktion der staatlichen Jugendpolitik uf die Verwaltung des jeweiligen status quo bildeten sich wei neue Tätigkeits-, Konzeptions- und Problemkomplexe heraus:

Einerseits begann nach Ablauf der Planungs- und Bau-Phase endgültig die sozialpädagogische Arbeit im neuen Gesamtschultypus der Mittelstufenzentren;

andererseits äußerte sich die Reaktivierung der "Basis" in der Forderung von Mitarbeitern in der nichtstaatlichen, aber auch der staatlichen Jugendpflege nach einer neuen Art von "offener Jugendarbeit".

unächst sollen diese beiden neuen Fragestellungen diskutiert erden; anschließend wird zu fragen sein, ob sich noch andere nsätze erkennen lassen.

ezüglich der staatlichen Jugend- und sozialpädagogischen Ar- eit in den Mittelstufen-Zentren muß zunächst eine Präzisie- ung der Fragestellung gegeben werden, um Mißverständnisse u vermeiden. - In den Gesamtschulen gab es bereits einen in

den Schulbereich integrierten sozialpädagogischen Arbeitsbereich, der hier n i c h t zur Debatte steht; ähnlich wie der schulpsychologische Dienst ist er in erster Linie auf unmittelbare schulische Probleme konzentriert. Hier geht es um die Tätigkeit der Sozialpädagogen in den Jugendclubs der zu Bildungszentren (BIZ) erweiterten Mittelstufenzentren (120).

Diese Jugendclubs entsprechen noch am ehesten den Jugendfreizeitheimen. Ihnen gegenüber haben sie den Vorteil (der gleichzeitig auch in gewissem Sinne ein Nachteil ist), einerseits räumlich und thematisch eng mit dem Schulbereich verbunden zu sein, andererseits aber auch in den Freizeitbereich nach Schulschluß (also nach 16.00 Uhr) hineinzureichen und auch anderen Jugendlichen die Gelegenheit zu geben, das Angebot der Jugendclubs zu nutzen; das ist insbesondere in den sonst relativ schlecht versorgten Außenbezirken und Neubauvierteln Berlins, in denen die Bildungszentren bevorzugt eingerichtet wurden, zumindest auf den ersten Blick ein erhebliches Plus.

Selbstverständlich kam es trotzdem zu einer Fülle von Problemen, die hier nur im aktuellen Ausschnitt und soweit vorgestellt werden können, wie sie eine neue Tendenz in der staatlichen Jugendpolitik, aber auch ihre alten Fehler und Mängel sichtbar machen. - Dabei kann die Problematik der Bildungszentren insgesamt hier nicht berücksichtigt werden; dazu liegt auch längst ein ausgedehntes Literaturangebot vor (121). Für das Verständnis der Problematik ist die folgende Grundsatzbemerkung vielleicht ausreichend:

Einerseits ist die Hereinnahme der prinzipiell außerschulischen Jugendarbeit in den schulischen Bereich durchaus als Chance zu begrüßen, die negativen Aspekte der alltäglichen "Ganztagspädagogik" zu kompensieren, d.h.: die gestörte Erfahrungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler im Gesamtschulalltag wenigstens teilweise wieder zu "entstören" (122)

...ererseits droht die Gefahr einer Subsumtion unter die ...ermacht" der Schule - dann würde die Integration der ...erschulischen Jugendarbeit geradezu konterproduktiv wer... : Weder die Sozialpädagogen selbst noch die Schüler könn... die widersprüchliche Doppelfunktion des Jugendclubs und ...ner Mitarbeiter als quasi schulische Kontrollinstanz einer...ts, Vertrauensperson bzw. -institution andererseits noch ...kräften. Die Schule würde, anders gesagt, auch noch die ...ppe Freizeit auffressen und eine geradezu totalitäre Di...sion gewinnen (123). - Genau das war der Hintergrund für ... Auseinandersetzungen auf Senats- und Bezirksebene nach ...O um die Details der Planung und Realisierung der BIZ und ...er Jugendclubs.

...e Einzelheiten der Konflikte nachzuzeichnen würde hier mit ... Detailfülle nur verwirren; Jürgen Dittners Arbeit gibt ...ch hier aufgrund seines Informations-"Monopols" die noch ...aueste Beschreibung. Wichtig ist hier lediglich der zen...ale Konflikt: der Kampf zwischen den "Schulpädagogen" und ... "Sozialpädagogen" um die Zuständigkeit für die Jugendclubs. ... beide Ressorts sich alles andere als freundlich gegenüber...anden (das gilt wenigstens auch parteipolitisch für den da...ligen Schulsenator G. Löffler und Ilse Reichel, die Jugend...natorin), kam es erst kurz vor der Eröffnung der Jugendclubs ... Herbst 1974 zu einem mühsam erreichten Kompromiß, der den ...ltag der Mitarbeiter ebenso belastete wie den der Lehrer, ...hulleiter und der Verantwortlichen in den Bezirksämtern (124). ... einem ersten Erfahrungsbericht benennt die ebenfalls 1974 ...gründete Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeiter in den Jugend...ubs die Negativseite des Kompromisses im Alltag so:

> "Die meisten Konfliktpunkte mit der Schule haben ihre Ursache in der fehlenden verwaltungsmäßigen Absicherung des Jugendclubs als selbständiger Einrichtung der Jugendpflege und der fehlenden klaren Kompetenztrennung, die sich aus der Tatsache ergibt, daß die Abteilung Volksbildung die Verwaltung des Gesamtgebäudes in allen Bezirken übertragen bekommen hat." (125)

Mißverständnisse, Rivalitäten und Konflikte waren also praktisch einprogrammiert; es ergab sich ein undurchdringlicher Dschungel von Klein- und Kleinst-Problemen, die sich als außerordentlich zeit- und energieraubend erwiesen.
Ebenso erstaunlich wie Berlin-typisch ist die äußerst mangelhafte Ausstattung der Jugendclubs mit Personal- und Sachmitteln. Die Personalsituation ist dabei noch schlechter als im durchschnittlichen Jugendfreizeitheim, wie der Bericht der Mitarbeiter-Arbeitsgemeinschaft (Stand: Februar 1976) zeigt:

> "Die Personalsituation der einzelnen Jugendclubs hat sich nach zum Teil sehr schwierigen Umständen (stark verzögerten Einstellungen, Fluktuation) insgesamt konsolidiert, obwohl es in einzelnen Jugendclubs immer noch große Schwierigkeiten gibt: z.B. im Wedding, dessen Jugendclub immer noch geschlossen ist, obwohl bereits Bewerber in ausreichender Anzahl vorhanden waren, im Jugendclub Schillerstraße, der zum wiederholten Male mit neuem Team startet oder im Jugendclub Delfter Ufer, der nach halbjähriger Schließung jetzt wieder über Personal verfügt. Darüber hinaus sind Planstellen aufgrund des Stellenstops oder der Versetzung aus politischen Gründen blockiert (Achterhöfen). Aber selbst unter der Voraussetzung, daß alle Planstellen mit ausgebildetem Personal besetzt sind, wie das erst in 3 von 13 Jugendclubs der Fall ist, ist der Personalstand bezogen auf die Relation von bis zu 200 Besuchern am Tag sehr gering." (126)

Es leuchtet unmittelbar ein, daß unter diesen Umständen eine gut vorbereitete Arbeit kaum möglich ist; wegen der erzwungenen Dauerkonzentration auf die Alltagsprobleme und Schwierigkeiten im eigenen Jugendclub und seinem Kontext, dem BIZ, kommt es nicht zur Kooperation mit anderen Jugendfreizeiteinrichtungen, zu nur mangelhafter Nutzung der Fortbildungsmöglichkeiten usw. (127). Kurz: Hier wie in anderen Bereichen auch sind die Jugendlichen - in diesem Falle besonders die Schüler - die Benachteiligten, und zwar auch dann, wenn die Jugendclubs nicht geschlossen sind, die Mitarbeiter sie aber vernachlässigen müssen.

s neue Arbeitsfeld für die außerschulische staatliche
ugendarbeit zeigt, daß ein hoher Bedarf an diesen Dienst-
istungen besteht und daß sie auch sehr gezielt angewandt
rden können (128). Gleichzeitig zeigt sich aber auch, daß
e jugendpolitische Praxis hier ebenso langwierig, büro-
atisch, zähflüssig und unterbemittelt ist wie in den ande-
n Bereichen; in der Zusammensetzung zu diesem Kapitel wird
ese Feststellung noch einmal aufgenommen.

e - einige Seiten zuvor bereits zitierte - Mängelanalyse
r auch der Anlaß und Hintergrund für die von der Basis
lbst wieder aufgenommene Diskussion über eine neue Kon-
ption "offener Jugendarbeit". Die dabei angeschnittenen
obleme können hier ebenfalls nur knapp anhand der erst vor
nigen Wochen publizierten Materialien der selbstorganisier-
n Fortbildungs-Tagungswoche zu "Grundfragen Offener Jugend-
beit" vom 6. - 12.3.1977 in Neukölln vorgestellt werden
29); es bleibt abzuwarten, wie diese neueste Tendenz in der
ugendarbeit von den politisch Zuständigen aufgenommen oder
gnoriert wird bzw. wie die dort erkennbaren Initiativen "von
hten" weiterarbeiten können.
ie Veranstalter haben einen Problemkatalog vorgegeben, der
n Veränderungen in Berlin seit 1974 in vollem Umfang Rech-
ung trägt; es ist bezeichnend, daß der Katalog eher reaktiv-
zeptiv formuliert ist - und nicht politisch aktiv oder sogar
ggressiv. Die in den Arbeitsgruppen behandelten Themen waren
ohne daß die folgende Nennung einer Prioritätenliste gleich-
äme): (a) Grundfragen offener Jugendarbeit; (b) Schulsitua-
ion; (c) Jugendarbeitslosigkeit; (d) Ausländische Jugend-
iche; (e) Jugendkriminalität und Strafvollzug; (f) Alkohol
nd Drogen; (g) Mädchen im Jugendfreizeitheim.
iesem Themenkatalog entspricht in gewissem Sinne die "interne
usgangssituation" an der Basis. Auf der einen Seite sehen sich
ie Sozialpädagogen staatlichen Instanzen gegenüber, die nur
och auf der institutionellen Ebene und restriktiv reagieren,
ber keine eigenen konzeptionellen Aktivitäten mehr entwickeln.

Diese wären aber, andererseits, in Anbetracht der veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen für die außerschulische Jugendarbeit und Jugendpolitik dringend notwendig gewesen.

Unter diesen Umständen ist es dann nicht mehr erstaunlich, daß rund 100 - 200 Mitarbeiter und Interessenten aus dem Bereich von 8 überbezirklichen Einrichtungen und rund 60 bezirklichen Institutionen vor allem von staatlichen und kirchlichen Trägern an den Diskussionen der Tagungswoche teilnahmen; an einer öffentlichen, gut besuchten Podiumsdiskussion zum Tagungsthema beteiligten sich u.a. vier Jugendstadträte und zwei hohe Beamte der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport. Dieses ungewöhnliche Interesse beruhte, wie sich im Verlauf der Diskussion zeigte, vor allem darauf, daß man nach neuen Methoden und Konzeptionen suchte, sich aber auch noch nicht von den bis 1974 allgemein diskutierten Vorstellungen gelöst hatte.

Der zentrale Punkt in den Argumentationen war noch immer die Frage der Selbstverwaltung. Trotz aller Anstrengungen blieb aber in den zur Vorbereitung vorgelegten Thesen zur offenen Jugendarbeit (130) eine Reihe von bereits bekannten Problemen im Umfeld der Selbstverwaltung ungelöst: Die Frage nach der Rolle der Sozialpädagogen, nach dem konkreten Vorgehen beim Anknüpfen an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen, nach der Initiierung und Zielsetzung von Gruppenarbeit, nach der Auseinandersetzung mit den zuständigen Stellen insbesondere im Bezirksamt usw. Es scheint aber, als sei das weniger wichtig gewesen als die deutlich erkennbare Tendenz, zu neuen Lösungen zu kommen, die nicht mehr auf einem Ausschließlichkeitsanspruch einer "Methode", sondern auf einer konstruktiven Kombination verschiedener Ansätze aufbauten. In Anbetracht der neuen Gegebenheiten näherten sich die verschiedenen Positionen (auch die extremen) langsam einander an: Der antikapitalistische Ansatz der berliner Mitarbeiter der in der Zwischenzeit eingestellten Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf", der radikale Pragmatismus, wie ihn Götz Aly vertritt, und die

treter von Positionen, die vom AKS Westberlin und dem
fo Sozialarbeit" des Sozialistischen Büros formuliert
den, konnten gleichberechtigt nebeneinander bestehen.

ifellos handelt es sich dabei um eine Einmütigkeit, die
der neuen, ungewohnten Defensive heraus entstand: Alle
en sich gleichermaßen von den staatlichen Restriktionen
nsbesondere der Berufsverbote-Drohung - betroffen, und
te waren dem Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit und ihren
nsequenzen gegenüber gleichermaßen hilflos. Daraus ergab
ch erstmals seit langem die Möglichkeit, geschlossen und
fentlichkeitswirksam Forderungen an die Adresse des Staates,
er auch der Gewerkschaften zu richten (131).

otzdem bleibt Anlaß zur Skepsis. Die vorgetragenen Forderun-
n sind insofern konventionell, als sie auf einer "normalen"
tegrationsabsicht beruhen: Die Jugendlichen sollen von den
zialpädagogen zur konstruktiven Auseinandersetzung mit den
oblemen der bestehenden Gesellschaft gebracht werden. Die
esen formulieren das fast schon ungewohnt deutlich so:

> "Für die Pädagogen stellt sich (...) die Aufgabe, die Jugendlichen aktiv bei der Bewältigung der bei der Durchsetzung ihrer Selbstverwaltungsansprüche auftretenden Schwierigkeiten zu unterstützen. Das heißt: (...)
> 2. konsequente Kritik an allen sich subjektiv äußernden Fluchttendenzen wie Alkoholismus, Drogenkonsum, Kriminalität, Nachlassen der Bereitschaft einzelner Jugendlicher, sich auch unter schwierigen Bedingungen um eine regelmäßige Arbeit zu bemühen etc.,
> 3. die permanente Konfrontation der Jugendlichen mit gesellschaftlichen Ursachen ihrer Lebensbedingungen, die sich ihnen nicht unmittelbar aus der Alltagserfahrung erschließen, (...)."
> (132; Hervorhebungen von mir (MP)).

ese Aufgabenstellung ist zweifellos begründet; es scheint
er keineswegs sicher, daß sie auf breiter Ebene konsens-
ihig ist. Die bereits erwähnten subkulturellen Tendenzen
ei einer großen Anzahl Jugendlicher scheinen gerade in die
ntgegengesetzte Richtung, in die der "sich subjektiv äußern-

den Fluchttendenzen" zu verweisen. Es fällt nicht leicht, andere Ansätze zu benennen, die sich jenseits der referierten gegenwärtig abzeichnen; jede Äußerung zum Abschluß dieses Abschnittes trägt notwendig vorläufigen, teilweise sogar spekulativen Charakter. Deshalb möchte ich lediglich einige Ansatzpunkte nennen, die den Problembereich andeuten können, der bisher unberücksichtigt geblieben ist.

Als Ausgangs-Hypothese ließe sich formulieren, daß die allgemein so benannten "Fluchttendenzen" sich deshalb nicht durch Appelle stoppen lassen, weil sie Ausdruck der langfristig-strukturellen Arbeitslosigkeit sind, der sich die Jugendlichen konfrontiert sehen. Schon in der Schule wird ihnen eine Konkurrenzleistung abverlangt, die keineswegs mit Sicherheit ihre "Belohnung" findet; inzwischen wissen vielmehr fast alle, welche Kosten ein über dem Noten-Durchschnitt von 2,0 etwa liegendes Abitur den einzelnen abfordert; erst dann aber gibt es eine hinlängliche Sicherheit, ein Fach studieren zu können, das dem gegenwärtigen Kenntnisstand zufolge eine spätere einträgliche Berufspraxis eröffnet. Eine darauf abzielende Anstrengung erscheint doppelt sinnlos: Nach allgemeiner Übereinstimmung deformiert sie diejenigen, die sich der Anstrengung "erfolgreich" unterziehen; alle anderen aber sind einer abgestuften Perspektiv-Unsicherheit ausgesetzt, auf die sie kaum Einfluß nehmen können.

Eine derart evidente "Sinnlosigkeit" der "Bereitschaft ..., sich auch unter schwierigen Bedingungen um eine regelmäßige Arbeit zu bemühen etc.", legt Verweigerungshandlungen fast zwingend nahe. Alkohol- und Drogenkonsum oder "Kleinkriminalität" sind keineswegs die einzigen Verweigerungsmöglichkeiten - bewußt gesuchte Gelegenheitsjobs, die ein Minimaleinkommen garantieren können, gehören ebenso dazu wie der Eintritt in eine Gemeinschaft der neuen "Jugendreligionen" oder die Entscheidung für eine sonstige "alternative Lebensform". Nach Diskussionen mit Studtentinnen und Studenten aus Berlin und Hannover und nach längeren Debatten mit Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus auch außeruniversitär

Arbeitsfeldern in Berlin und Westdeutschland scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die breite Auseinandersetzung mit alternativ-subkulturellen Bestrebungen und Identifikationen in naher Zukunft eine eigene Art der "offenen Jugendarbeit" notwendig machen wird, deren Zielsetzungen vorab keineswegs so eindeutig definiert werden können, wie es in den zitierten Thesen der Fall ist (133). (Dazu wäre auch eine intensive Auseinandersetzung mit Formen der Jugendarbeit notwendig, die etwa in Italien, den Niederlanden oder Dänemark gegenwärtig aktuell zu sein scheinen - im Rahmen dieser Arbeit kann das naturgemäß nicht geschehen.)

3.3.3 Zusammenfassung

Die gegenwärtige Situation der staatlichen Jugendpolitik ist zweifellos von Ratlosigkeit gekennzeichnet; auch "die Mitarbeiter sind überfordert, hier inhaltlich und methodisch zu arbeiten". Mit Jürgen Dittner ist man versucht zu sagen: 'So schließt sich auch der Kreis dieser dritten Phase behördlicher Jugendpflege nach 1945', usw. Richtig daran scheint mir die Auffassung, daß eine Reformphase eindeutig zu Ende gegangen ist und daß sich eine Übergangsphase ergeben hat, deren Charakter und Dauer sich (noch) nicht absehen lassen.

Aus der Endphase der Reformpolitik bleiben für die unmittelbare Gegenwart einige Bestimmungsfaktoren im Blick, die sich in folgenden drei Punkten zusammenfassen lassen:

(a) Die sozialdemokratisch bestimmte behördliche Jugendpflege und -politik verlagert auch als zentral begriffene eigene Aufgaben der zuständigen Senatsverwaltung an den Rand des Ressorts. Nicht die Tatsache der Integration sozialpädagogischer Praxis in die Bildungszentren allein, sondern viel mehr noch die Art und Weise dieser Integration müssen

als bewußt betriebene Marginalisierung wichtiger jugendpflegerischer Funktionen (134) bezeichnet werden;

(b) die Tatsache, daß eine autonome Anstrengung der in den Behörden tätigen Sozialpädagogen "an der Basis" notwendig wurde, um den Anschluß an die fortgeschrittene Praxis der bei den freien Trägern beschäftigten Kollegen nicht zu versäumen, zeigt deutlich, daß die sozialdemokratische Jugendpolitik im staatlichen Bereich (13[illegible] keine Initiativen mehr entwickelt, sondern passiv und lediglich noch reagierend stagniert;

(c) der Rückzug von Sozialdemokraten aus den Jugend-Ressor der Bezirksämter schließlich läßt erkennen, daß die Jugendpolitik für die Berliner SPD wieder zu einem "randständigen Problem" geworden ist - inzwischen schreckt es Karrieristen ab, weil es zu "schwierig" und "undankbar" wurde (136).

Dieser wenigstens zum Teil selbst und aus freien Stücken betriebene Abbau des sachlichen, politischen und konzeptionellen Engagements (137) deutet eine Entwicklung an, die ihrem Schlußpunkt sehr rasch, sehr nahe zu kommen scheint:
Aufgabe und Verlust der definitorischen Kompetenz in der Jugendpolitik seitens der Sozialdemokraten.

Funktion und Wandel staatlicher Jugendpolitik

Vorbemerkung

Ergebnisse der bisherigen drei Kapitel und ihre Zuordnung
einander scheinen auf den ersten Blick womöglich disparat:
voneinander ziemlich weit "entfernte" Bereiche sind behan-
t worden. Beim zweiten Blick kann das nicht weiter befremden.
bundesdeutschen Gesellschaft ist "ihre" Jugend kein zentra-
Thema; daher ist es ihr gleichgültig, daß die Jugendlichen
so verschiedenen Seiten auf so unterschiedliche Art und
irgend einen erkennbaren Zusammenhang behandelt werden.
rdings kann die totalitär-faschistische Art, in der die
is mit den heute Erwachsenen umgesprungen sind, längst nicht
r als Begründung, Erklärung oder gar Rechtfertigung für das
te wissenschaftliche, (sozial-)pädagogische und politische
teresse" von heute dienen - schließlich ist das ökonomische
eresse am Objekt "Jugend" in bemerkenswerter Differenzierung
wickelt und präsent.
in diesem Kapitel eine Zusammenfassung gegeben und ein
spektiv-Versuch riskiert werden, sollten die Erwartungen
nt zu hoch gespannt werden. Der diffuse Gegenstand "staat-
he Jugendpolitik" entzieht sich dem Zugriff und kann nur
negativo beschrieben werden: als etwas, das es für die Mehr-
t der Jugendlichen nicht gibt. Der gegenwärtig klarste Aus-
ck dafür ist die faktische Nicht-Befassung nahezu aller Poli-
er/innen mit dem stetig wachsenden Problem der Jugend-Arbeits-
igkeit und seinen Folgen.
das so ist, unterbleiben auch jetzt Bemerkungen zu den weni-
staatlichen Schein-Aktivitäten (beispielsweise zum Bundes-
endplan und zur Verteilung seiner Mittel an verschiedene
anisationen, Institutionen und "Träger"). Die Minderheiten,
damit erreicht werden, sind für die durchschnittlichen Ju-
dlichen ohne Interesse und nicht repräsentativ.
bleibt mir, unter diesen Umständen die tatsächliche F u n k -
o n herauszuarbeiten, die das staatliche Verhalten hatte
hat. Im Kontext dieser bescheidenen staatlichen Handlungen
mit dem, was die Sozialdemokraten zu tun versuchten, die Be-
tung eines W a n d e l s zu; ich möchte herausarbeiten,
welchem Ausmaß dieser Wandel sich mit der sozialdemokrati-
en Reformpolitik bzw. ohne oder gegen sie vollzogen hat.

Da ich mich dabei im Wesentlichen auf die vorangegangenen Kapitel beziehen kann, verzichte ich weitgehend auf einen Anmerkungsapparat und werde auch nicht besonders auf vorangegangene Textstellen verweisen.

4.1 Bisherige Ergebnisse

Der knappe Überblick des ersten Kapitels über die aktuellen Schwerpunkte und Arbeitsresultate der Jugendsoziologie und Sozialpädagogik (mit den verwandten, angrenzenden Fachgebieten) hat ergeben, daß ein Beitrag für die Klärung der Funktion und des Wandels der staatlichen Jugendpolitik von dieser Seite nur in sehr bescheidenen Ansätzen vorliegt. Die Gründe dafür waren und sind:

(a) Es gibt offenbar keinen gesicherten Begriff, keine allgemein anerkannte Definition dessen, was unter "Jugend" verstanden werden soll.

(b) Es gibt sehr wohl die Feststellungen, daß ökonomische und staatlich-politische Zugriffe auf die Lage der Jugendlichen gegeben sind, und daß sie durchaus spürbare Wirkungen zeitigen. Trotzdem werden diese Zugriffe von diesen Disziplinen/Fächern nicht weiter untersucht.

Da die beiden Fächer in erster Linie ü b e r "die Jugend" reden, aber nicht m i t ihr, vollziehen sie das nach, was auch sonst gilt: Die Jugendlichen sind in aller Regel O b j e k t e. Der "normale" Objektstatus der Jugend spiegelt sich in der Art der wissenschaftlichen "Befassung" mit ihr mehr oder minder ungebrochen wider.

Gerade hinsichtlich der beiden Fächer Jugensoziologie und Sozialpädagogik ist das auffällig, da sie sehr wohl allgemeine Begriffe von Gesellschaft und Erziehung entwickelt haben. Die ins Auge fallende Ausblendung der wichtigsten Einflußfaktoren auf die Lage der Jugendlichen verlangt nach einer Erklärung.- Ich möchte vorab eine These formulieren, die in den beiden folgenden Abschnitten eingehender untersucht werden soll.

Es liegen genügend Untersuchungen vor, die belegen, daß sich eine Kindheits- und Jugendphase in Europa seit etwa dem 16. Jahrhundert "von oben nach unten" entwickelt hat. Die Bildung und Ausbildung der jungen Menschen bezog sich klar auf die ihnen zugedachte ökonomische und soziale Position, die sie als Erwachsene einnehmen sollten. Diese genuin b ü r g e r l i

e Entwicklung dehnte sich in dem Maße aus, in dem die An-
derungen des Kapitalverwertungsprozesses sich auf breiterer
nt durchsetzten und die Gesellschaft sich insgesamt "ver-
gerlichte".
ser Entwicklungsgang hat den Kindern und Jugendlichen eine
ißverständliche Bestimmung, einen deutlich erkennbaren "Da-
nszweck" vor Augen gestellt, an dem sie sich abarbeiten konn-
und mußten. Fortschritt, Aufstieg und damit verbundene so-
le und politische Kämpfe waren Aspekte, die "die Gesellschaft"
"ihre Jugend" auf ein gemeinsames Paradigma einten - wobei
ichst unberücksichtigt bleiben kann, von welcher Seite her
verschiedenen Klassenstandpunkte, Interessen usw. ansetz-
. - Um es verkürzt, aber vielleicht etwas klarer zu sagen:
e Jugend" hatte unter diesen Voraussetzungen eine "Funktion".

das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts läßt sich in Deutsch-
d mit einem gewissen Recht fragen, ob diese "Funktion" nur
übergehend unklar geworden oder ob sie in eine Krisenphase
getreten ist, die das Paradigma "Fortschritt" und die Zu-
nung der Jugend dazu radikal in Frage stellt. -

zweiten Kapitel wurden im wesentlichen drei Bestimmungsfak-
ren für die gegenwärtige Lage der Jugend(lichen) und für die
mulierung der staatlichen Jugendpolitik diskutiert: Das
alifikationsproblem; Lebenszusammenhang und (negative) Ver-
ellschaftung; schließlich die Hauptlinien der sozialdemokra-
schen Reformpolitik.
der Beschreibung der drei Bestimmungsfaktoren wird der ge-
wärtige Funktions- und Ordnungsrahmen erkennbar, in den die
gend(lichen) eingepaßt werden soll(en). Dieser Rahmen umfaßt
e staatlich-politische, ökonomische, soziale und kulturelle
alität und grenzt auch die Perspektiven für die nähere Zukunft
. Dabei ist es fast überflüssig, noch einmal festzuhalten,
B - wie zu erwarten stand - die Jugend auch hier Objekt-
atus hat.
eichzeitig sind hier aber auch Brüche und Widersprüche erkennbar:
) Innerhalb der herrschenden Rahmen-Vorstellungen unterscheiden
ch konservative und progressiv-liberale, insgesamt aber b ü r
e r l i c h e Vorstellungen sehr deutlich voneinander. Die
zialdemokratischen Überlegungen und Planungen sind ohne Zwei-
l als progressiv einzustufen - es ist aber eine korrekte Be-
hreibung, sie ebenfalls als "bürgerlich" zu bezeichnen, da
e sich für die Integration in die herrschenden Vorstellungen
alifizieren (wollen).

(b) Die diversen progressiven sozialdemokratischen Zielvorstellungen beginnen insbesondere im "Zielfeld Jugend" an Realitätsnähe zu verlieren. Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit läßt die speziellen jugendpolitischen Zielsetzungen ebenso zu Makulatur werden, wie die allgemeine Krise die sozialdemokratischen Orientierungs-Rahmen für 1985 mit zunehmender Geschwindigkeit im Hintergrund verschwinden läßt.

Diese Ergebnisse des zweiten Kapitels führen zu einer Erweiterung der eben formulierten These:
Die sozialdemokratische Reformpolitik versucht von der staatlichen Seite her, die traditionelle Funktionsbestimmung der Jugend - Zuordnung zum Paradigma Fortschritt - fortzuschreiben. Diese programmatische Fortschreibung stößt aber immer schneller auf ökonomische Grenzziehungen, die den sozialdemokratischen Perspektivspielraum stetig weiter einengen. Der sozialdemokratische Perspektivverlust im Hinblick auf die Jugend korrespondiert eng mit dem allgemeinen Perspektivverlust.
Die bürgerlich-konservativen Vorstellungen, soweit sie sich bei den Christdemokraten und Christsozialen bündeln, erhalten damit einen gewissen Auftrieb, der seit einigen Jahren hartnäckig mit dem Etikett "Tendenzwende" bezeichnet wird. Dabei ist aber nicht erkennbar, daß die christdemokratischen/-sozialen Ideologeme mehr für sich in Anspruch nehmen können als einen sehr schillernden sogenannten "Nostalgie-'Wert'", den die gesellschaftliche Wirklichkeit in aller Stille, aber dauerhaft und gründlich vielfach bricht.
Dieser Wirklichkeitsverlust der beiden konkurrierenden Ordnungs- und Perspektiv-Vorstellungen, die als herrschende zusammengefaßt werden können, indiziert eine fortschreitende Trennung der Gesellschaft von "ihrer" Jugend - und damit gleichzeitig einen "Funktionsverlust" für die Jugendphase. -

Das dritte Kapitel dokumentiert für den sozialdemokratischen Bereich am Beispiel der SPD-Jugendpolitik in Berlin diesen schleichenden Realitätsverlust auf allen Ebenen dieser Politik. Es wird auch erkennbar, wie das die im praktischen Vollzug der Jugendpolitik Arbeitenden so sehr hemmt und behindert, daß sich die Reformpolitik auch aus sich selbst heraus lahmlegt. Gleichzeitig treten die Jugendlichen in den Blick: Es wird deutlich, wie sehr sie durch diese Entwicklung irritiert und auf sich selbst zurückgeworfen werden. Die "gute Absicht" der so-

ah selbst zurückgeworfen werden. Die "gute Absicht" der so-
aldemokratischen Jugend-Reformpolitik erreicht sie nicht,
ihnen unbekannt und bleibt ihnen fremd - auch dann, wenn
gerade die Ziele für sich aufstellen, die auch die sozial-
okratische Politik "eigentlich" für sie formuliert hatte.

Dieß lich wird klar, daß nach dem vollzogenen Rückzug der
ialdemokratischen Politik(er/innen) aus dem "Problemfeld
end" die gegenwärtige Situation von Ratlosigkeit ebenso wie
Hilflosigkeit gekennzeichnet ist: Diejenigen, die Perspek-
en auch gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die negative
gesellschaftung zusammen mit Jugendlichen entwickelt haben
erproben wollen, können weder sich noch den Jugendlichen
fen und werden oft genug als Systemveränderer und Radikale
er "verblasene Utopisten") diskreditiert und mit Berufsverbot
roht. Diejenigen dagegen, die mit einer gewissen Ausssicht
Erfolg etwas in Bewegung setzen könnten, zeigen sich ratlos
nd dabei bleibt unerheblich, ob sie sich mit dem Hinweis
die schwer anzugehenden Bedingungsfaktoren der Jugendar-
tslosigkeit (im Rahmen der allgemeinen und ebenfalls zuneh-
den Arbeitslosigkeit nicht nur in der Bundesrepublik und
Berlin) nur bequem herausreden wollen oder nicht.

Hinblick auf die entwickelte These bedeutet das:
den beiden nächsten Abschnitten ist zunächst zu untersuchen,
vieweit die staatliche Jugendpolitik eine Funktion hatte,
der Verbürgerlichung der deutschen Gesellschaft entspricht
er widerspricht. Dabei ist es notwendig, die historische Di-
sion dieser Fragestellung in einigen Aspekten noch einmal
fzunehmen, um über den Diskussionsstand des zweiten Kapitels
hauszukommen und der Fragestellung die notwendige Tiefenschär-
zu verleihen.
Anschluß daran ist zu fragen, inwieweit die sozialdemokra-
sche Reformpolitik im Bereich Jugend tatsächlich einen Wandel
llzogen hat. Dabei soll besondere Aufmerksamkeit auf die Fra-
gerichtet werden, ob dieser Wandel sich auf die Funktions-
stimmung für "die Jugend(phase)" so auswirkt, daß er den so-
aldemokratischen Vorstellungen ganz zuwiderläuft und die Gel-
ng des Paradigmas Fortschritt gerade für die Jugend storniert
er ganz außer Kraft setzt.
ran anschließend soll die Frage gestellt werden, was sich
tsächlich für die nähere Zukunft bis zum Jahre 2000 abzeichnet

und ob es für die Jugendlichen von heute und für die der kommenden zweieinhalb Jahrzehnte eine Alternative geben kann - und es läßt sich fragen, ob das noch sinnvoll im Rahmen sozialdemokratischer Ziel- und Perspektivsetzung zu diskutieren ist.

4.2 Die Funktion staatlicher Jugendpolitik

4.2.1 Die Entstehung der "Jugendphase" und ihrer Funktionen

4.2.1.1 Kindheit und Jugend in den herrschenden Schichten

Norbert Elias und Philippe Ariès haben gezeigt, daß etwa an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert in Mittel- und Westeuropa ein Umbruch allgemeiner Art stattfindet: "Die Neuzeit" beginnt sich durchzusetzen. - Für unser Thema ist interessant, daß insbesondere ein neues Verständnis von "Kindheit" Fuß faßt und daß an die Kindheit eine Phase des Schulbesuchs angefügt wird, die durchlaufen werden muß, bevor der Übergang in das Leben als Erwachsener stattfinden kann. In der ersten Zeit ist nur ein sehr kleiner Personenkreis von dieser Entwicklung und ihren Möglichkeiten betroffen, und die Elemente, die Erziehung, Ausbildung und Bildung ausmachen, stehen noch in roher Form und unverbunden nebeneinander. Trotzdem lassen sich bereits einige Konturen erkennen, die bis heute nicht verblaßt sind:
Vor aller Kenntnisvermittlung steht die D i s z i p l i n , die die Schüler in erster Linie einhalten müssen. Sie steht in einger Verbindung mit E n t h a l t s a m k e i t und A u f s c h u b von Lust, Wünschen, Hoffnungen, Utopien und anderem, das erst in einem Erwerbsleben mit allen Erwachsenenrechten v i e l l e i c h t verwirklicht werden könnte. Darin wird die Berechtigung des gelegentlich gebrauchten Begriffs " M o r a t o r i u m " erkennbar, der als Bezeichnung für die Jugendphase gewählt wird.
Es hat den Anschein, als sei diese "Funktion" der Jugendphase wichtiger als die der unmittelbaren Fachqualifikation, die wohl eher in vielfältigen Formen der Praxis vermittelt wurde (z. B. durch Lernen in anderen Städten und/oder Ländern) als in den zumeist sehr dürftigen Schulanstalten. Das dürfte gerade für die deutschen Staaten gelten.
Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft differenzierte sich diese Funktion allerdings vertikel sehr stark aus. Als Beispiele aus dem 18. Jahrundert können etwa die Biographien von Goethe einerseits, Holderlin, Hegel, Karl-Philipp Moritz, Seume und Schiller andererseits gelten: Während der reiche Goethe ein Bildung und Ausbildung erhält, die derjenigen der Prinzen an

neren bis mittleren Höfen nicht sehr nachsteht, ist die anderen immer wieder gefährdet, weil sie an die Gunst von endiengebern geknüpft ist; sie hebt sich damit nur mit knap- Not von derjenigen der Handwerker ab.

ungeachtet bildet sich in diesem Jahrhundert der Begriff "Jünglings" heraus - er belegt, daß es zwischen dem Mann dem Knaben eine inzwischen etablierte Zwischenstufe gibt, nicht mehr an eine bestimmte, zeitlich und dem Status nach egrenzte Rolle - wie die des Studenten - gebunden ist. - chzeitig wird an der Bezeichnung erkennbar, daß Mädchen Frauen von dieser Phase ausgenommen sind: Die Übersetzung äulein" für "Mademoiselle" erhält erst sehr spät die Bedeu- g, die sie in unserem Jahrhundert hatte.

alledem zeigt sich, daß die (groß-)bürgerliche Ausbildung h zuerst auf "Grund-Tugenden" richtet - und dann an zweiter lle auf die reine Kenntnisvermittlung. Der Staat tritt erst n auf, als es um die Einrichtung des Gymnasiums geht.

.1.2 Kindheit und Jugend in den unteren Klassen und Schichten

e "Jugendphase" in der Funktion, wie sie eben für die (groß-) gerliche Jugend beschrieben wurde, gab es für die kleinbür- lichen, die bäuerlichen und die Arbeiterjugendlichen bis 20. Jahrhundert nur in Ansätzen oder garnicht (und für die blichen Jugendlichen gilt das noch in gesteigertem Ausmaß). lippe Ariès schreibt:

> "In den unteren Schichten haben sich die alten Lebensweisen (...) fast bis in unsere Zeit gehalten, da die Einwirkung der Schule nur von kurzer Dauer war. Man kann sich sogar mit Recht fragen, ob es während des ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Kinderarbeit in der Textilindustrie in dieser Hinsicht nicht einen Rückschritt gegeben hat, hat doch die Kinderarbeit ein wichtiges Merkmal der mittelalterlichen Gesellschaft bewahrt: den frühzeitigen Eintritt in die Erwachsenenwelt". (1)

s Ariès für Frankreich festhält, gilt - vermutlich mit ca. Jahren Zeitverschiebung - auch für die verschiedenen deut- hen Staaten.

st im 20. Jahrhundert werden diese Gruppen von Jugendlichen erhaupt in den Bereich des öffentlich-politischen Interesses bezogen; vorher sind sie in der Bildungs- und Ausbildungs- v. Jungarbeiterzeit dem Lehrer, dem Lehrherrn, dem Chef oder Offizier in einer der familiären analogen, patriarchalischen lt und Weise (bis hin zum Züchtigungsrecht) untergeben. Sobald e diese rechtliche Sonderstellung verlassen, gehören sie zu n Erwachsnen.

Neben den Qualifikationsanstrengungen seitens der Erwachsenen gibt es allenfalls solche zur Bekräftigung der sittlich-moralischen "Zucht"; entsprechend stark ist die (wie wir heute sagen würden) sozialpädagogische Aktivität sowohl der evangelischen wie der katholischen Kirche. - Die Fortsetzung der bereits in den Schulen gerade für die Kinder der Unterschichten als notwendig erachteten "Zucht" ergibt sich für das Jünglingsalter offenkundig vor allem deswegen, weil für diesen Personenkreis die Heirat und die Gründung eines eigenen Haushalts - und damit der Erwerb der vollendeten Selbständigkeit - teils erst sehr spät, teils ganz unmöglich war. Das schien bei den Betroffenen zu einer gewissen "Verantwortungslosigkeit" "verführt" zu haben, die die Gesellschaft zurückzudrängen suchte.
Veränderungen in diesen Bereichen zeichnen sich nur und erst in dem Umfang ab, in dem die Bildungs- und Ausbildungeinrichtungen für andere als bürgerliche Schichten geöffnet werden müssen, weil diese weder von der "Begabung" noch von der Zahl her den zunehmenden ökonomischen Anforderungen im Gefolge der wachsenden internationalen Konkurrenz für das industriell aufstrebende deutsche Kaiserreich genügen können. Vor dem ersten Weltkrieg gibt es - trotz einiger Veränderungen in einzelnen Teilbereichen - aber noch keinen spürbaren "Durchbruch".

4.2.2 Die Entstehung der staatlichen Jugendpolitik in Deutschland

Man kann H. Giesecke und A. Keil darin folgen, daß es eine staatliche Jugendpolitik, die über die Bildungspolitik hinausgeht, erst nach der Jahrhundertwende gibt, daß sie sich mit bereits bestehenden bürgerlich-kirchlichen Organisationen arrangieren muß, und daß sie ihre erste Aufgabe darin findet, die Jugendlichen insbesondere der Arbeiterklasse zur "Vaterlandsliebe" und Staatstreue anzuhalten.
In den Jahren bis zum 1. Weltkrieg zeigte sich damit bereits die Spaltung der Jugend in bürgerliche Jugendliche einerseits, proletarische andererseits. Von der staatlichen Jugendpolitik sollte sie in der Weise überdeckt werden, daß die Bedingungen für die uneingeschränkte Integration der bürgerlichen Jugendlichen trotz schleichender Auflösung der klassischen Generationsbeziehung verbessert und konsolidiert wurden; die proletarischen Jugendlichen sollten nach Möglichkeit durch Anwendung staatlichen Drucks entpolitisiert und zur "Integration" qua Unterordnung gezwungen werden.

...e Politik - insbesondere in Preußen, später im ganzen Reich ...atte auch deswegen Erfolg, weil die Frage einer separaten ...anisation der Arbeiterjugend sowohl von den Gewerkschaften ...auch von der SPD zum Teil in schroffer Form negativ beant...tet wurde:

> "Unsere gegenwärtigen Jugendorganisationen sind, wie ich glaube, auf falscher Gurndlage aufgebaut. Die norddeutsche Organisation ist zu Dingen übergegangen, die gar nicht als ihre Aufgabe betrachtet werden können. Laut ihrem Statut will sie Arbeitsnachweise errichten, den Lehrlingsschutz pflegen, in den wirtschaftlichen Kämpfen den Mitgliedern Schutz bieten und in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Ich muß sagen, wir müssen uns diese Teilnahme ganz entschieden verbitten. Es handelt sich hier um Aufgaben der Gewerkschaften, die Jugendorganisationen haben mit diesen Dingen garnichts zu tun, sie sollen sich die Bildung ihrer Mitglieder angelegen sein lassen, sich aber nicht mit unklaren Eingriffen in politische und gewerkschaftliche Dinge abgeben. Sie haben auch nicht den Lehrlingsschutz zu betreiben in der Form, wie sie es getan haben. Das ist wirkungslos und aussichtslos. Die Schwätzereien in der Zeitung, wo man irgendeinen Meister heruntermacht, sind kindisch-naiv und vollkommen zwecklos. Wir müssen uns die Eingriffe in die gewerkschaftliche Tätigkeit seitens der Jugendorganisation verbitten, denn die kann bei dem weiteren Anwachsen solcher Organisationen zu sehr unangenehmen Differenzen führen. Jugendbildung wollen wir haben, aber für die Regelung politischer Fragen und der internationalen Beziehungen ist die Partei da. Alle Vereinsspielereien und Vereinsmeiereien haben da zu schweigen. Der Träger des politischen Kampfes ist die Partei, der Träger des wirtschaftlichen Kampfes sind die Gewerkschaften, so wollen wir es auch für die Zukunft halten und uns die Durchquerung und die Quergeleien vollständig verbitten. Dann werden wir die Jugendorganisationen und Jugendbildung auf fruchtbarere Gebiete hinüberleiten. Die Jugendbildung und Erziehung bleibt für uns die Hauptsache, nicht die Jugendorganisation". (2)

...dieser Absage der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen ...iter" an die "Söhne" (und natürlich erst recht an die "Töch...") etablierte sich ein Grundmuster, das ebenso die gleichzeitige und spätere Politik seitens des Staates beherrschte: ...dung, Körper- und Gesundheitspflege und soziale Unterstützung ...besonderer Betonung und Stärkung des familiären Bezugsrahmens mit seinen autoritär-patriarchalischen Abhängigkeitsverhältnissen sowohl im privaten wie auch analog im öffentlich-politischen Bereich markieren den Spiel-Raum, in dem sich "die ...gend" bewegen darf - abhängig, unmündig und zur Anpassung ...zwungen.

Darin zeigt sich nicht nur, daß die Sozialdemokraten - genauso wie die Kommunisten! - die schwierige Solidarität unter Gleichscheuen und dem gleichen Bevormundungsdenken wie die Bürgerlichen verhaftet sind; darin zeigt sich auch, daß die Linken bei einer der wichtigsten Proben auf revolutionäre Strategie und Taktik völlig versagten.

4.2.3 Die traditionelle Funktion staatlicher Jugendpolitik

Nach 1918, besonders nach der Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG) 1922, verfestigt sich die staatliche Jugendpolitik zu einem "Instrumentarium", das in seinen Inhalten, Zielen und Formen bis in die 60er Jahre hinein als Traditions-Bestand wirksam bleibt. In dieser Tradition sind folgende Grundzüge erkennbar:

Die staatliche Jugendpflege bezieht sich auf die Freizeit der Jugendlichen, um in diesem (noch) "erziehungsfreien" Raum insbesondere hinsichtlich der potentiell aufsässigen Arbeiterjugend integrativ wirken zu können.

Der Staat verteilt Mittel an "Träger" - Organsationen der verschiedensten Couleur und Provenienz, die sich als konsensbildend und -tragend legitimieren müssen. Der Staat selbst wird erst dann tätig, wenn die Träger bestimmte Aufgaben nicht erfüllen können (oder wollen).

Dieses Subsidiaritäts- und Subventionssystem hat insbesondere zwei Wirkungen: Einerseits korrumpiert es die Trägerorganisationen; zwischen ihnen und den zuständigen staatlichen Behörden kommt es zu einer Verfilzung, die sich weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzieht. - Andererseits sind die Jugendlichen insoweit zurück- und abgestoßen, als es ihnen um Selbständigkeit geht: Gerade linke Organisationen arbeiten deshalb demonstrativ ohne staatliche Unterstützung, weil sie sonst bei ihrer Klientel unglaubwürdig würden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Jugendliche sich nur bis zu einem bestimmten Grad (bzw. innerhalb eines bestimmten Altersspielraums) selbst organisieren können. Die Umstände bringen es daher unausweichlich mit sich, daß gerade die Arbeiterjugendlichen sich auf die "Berufsjugendlichen" der Parteien und Gewerkschaften verwiesen sehen. Diese Jugendfunktionäre sind in einer der staatlichen analogen Art und Weise bürokratisch geprägt und ihren Organisationshierarchien in jeder Hinsicht verpflichtet - und nicht den Jugendlichen.

staatlichen Mittel sind in ihrer Rückbindung an die jewei-
n Etats und politischen Prioritäten sowohl der Kabinette
auch der Jugendverwaltungen begrenzt. Unter den Bedingungen
Weimarer Republik bedeutete das: Die ohnehin äußerst knap-
Mittel, die für den Jugendbereich über die notwendige Für-
e hinaus zur Verfügung standen, erlaubten lediglich eine
grative Jugendpolitik. Alle anderen Reformziele erwiesen
als unfinanzierbar. Damit blieb der staatlichen Jugend-
tik auch die Probe auf´s Exempel erspart: Ob sie zu Reform-
vitäten tatsächlich bereit und geeignet gewesen wäre, also
e auch hätte durchsetzen können.
die bürgerlich, sozialdemokratisch-sozialistische und die
munistische Jugendpolitik gilt, daß sie, von Ausnahmen abge-
n und jeweils auf ihre spezifische Art und Weise, weder
ökonomischen noch die sozialen oder innerorganisatorischen
ngigkeitsverhältnisse und Hierarchien angegriffen bzw. selbst-
isch reflektierten. Die gesamte jugendpolitische Aktivität
bg sich also auf die Wahrung des status quo auch im Prozeß
gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Damit wurden den Ju-
lichen in großem Maßstab eher die Voraussetzungen für Gehor-
gegenüber der NS-Gleichschaltung vermittelt als die Befähi-
zu selbstbewußtem, auch über die eigentliche Jugendzeit
ausgehenden Widerstand (soweit es Ausnahmen gab, blieben
dementsprechend bezeichnenderweise hilflos - ebenso wie
Erwachsenenorganisationen und deren Aktivitäten).

.4 Zusammenfassung

hat sich gezeigt, daß die staatliche Jugendpolitik erst in
Augenblick entsteht, in dem die gesellschaftlichen Struk-
en des 19. Jahrhunderts endgültig überwunden sind und die
italistische Produktionsweise die Existenz der bürgerlichen
der Arbeiterjugend festschreibt. Sie findet in den vierzig
ren von 1890 bis 1930 ihre traditionelle Ausprägung, die
h nach 1945/49 zunächst noch wirksam bleibt.
der Zielsetzung dieser Politik, in ihrer eigenen Funktions-
timmung läßt sich erkennen, daß sie die Entstehung der Ju-
dphase, deren kontinuierliche Fortentwicklung und Funktion
wenig reflektiert und insgesamt nicht verstanden hat. Das
t sich deswegen so allgemein formulieren, weil keine Klasse
deutschen Gesellschaft in diesen Jahren von diesem Urteil
genommen werden kann.

Sowohl im Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik stehen die Aufgaben der Qualifikation und Integration im Vordergrund. Diese Aufgaben werden in aller Regel i m S i n n e d e r E r w a c h s e n e n angegangen. Nirgendwo zeigt sich, daß das Verständnis für die Jugendphase über die biologischen, qualifikatorischen und integrativen Aspekte aus der Sicht der Erwachsenen hinausgegangen wäre. Gerade im kulturellen und ideologischen Bereich zeigt sich sehr deutlich, daß Termini wie "Jugend" oder "Jüngling" weniger vom Interesse bestimmt sind, etwas Bestimmtes über diese konkreten Mitglieder der Gesellschaft auszusagen, als vielmehr als Chiffren zu dienen. Diese Chiffren verweisen auf Selbstbilder und Zielsetzungen, die, politisch und sozial gesehen, nur zu oft als konservativ, reaktionär bis präfaschistisch charakterisiert werden müssen. - Die Organisationen der Linken machen hier gerade deswegen keine Ausnahme, weil sie die pro-jugendlichen Abweichler in ihren Reihen - wie beispielsweise Karl Liebknecht und Wilhelm Reich - äußerstenfalls als Alibi duldeten. In der Regel legten sie Wert darauf, "ihre" Jugend zu einer disziplinierten, klassenbewußten Avantgarde der Avantgarde des Proletariats zu machen. Daß "der Jugend die Zukunft" gehöre, bedeutete im Alltag der Organisationen ganz konkret, daß ihnen die Gegenwart n i c h t gehörte.

Insofern läßt sich die staatliche Jugendpolitik durchaus als Entsprechung zum Verhältnis von Gesellschaft und Jugend in dieser Zeit verstehen - als eine Einbahnstraßen-Beziehung. Die Jugendlichen hatten von den Erwachsenen zu lernen, bis sie "ausgelernt" hatten. Denn noch schien ausgemacht, daß man auslernen <u>konnte</u>; die Vorstellung eines lebenslangen Lernprozesses blieb in abstrakter Unverbindlichkeit aufgehoben.

Damit blieb die Möglichkeit der Erkenntnis blockiert, daß sich in der Jugend die Zukunft der Gesellschaft bereits konkretisiert hat und gegenwärtig ist; eine fruchtbare Wechselbeziehung zwischen Jugend und Gesellschaft blieb ausgeschlossen. Auch das hat sich bis in die sechziger und siebziger Jahre fortgesetzt. Der Juso-Slogan, sie seien die SPD der achtziger Jahre, wurde allenfalls mit gutmütigem Spott quittiert. Insofern wurde die Jugend allgemein zwar mit Fortschritt, Kreativität, Experimentierlust u. ä. verbunden - an ihrer Behandlung wurde aber deutlich, was die Gesellschaft von all dem hielt.

Der Wandel der staatlichen Jugendpolitik

0 Vorbemerkung

cheint das fortdauernde Dilemma der deutschen Sozialdemo-
aten zu sein, daß sie über eine respektable demokratische
rm-Programmatik und eine entsprechende Theoriebildung ver-
n können, aber in ihrer inneren Einstellung als "Privat-
e" und in ihrer politischen Praxis insbesondere dann, wenn
an Regierungen beteiligt sind oder sie allein stellen, als
tsbürger forciert "pragmatisch" handeln - das gilt offen-
besonders für die Problembereiche Familie, Frauen und Ju-
liche. In diesem Abschnitt ist das zu diskutieren und die
ge, ob die Sozialdemokraten "nur" diejenigen sind, die den
eils notwendigen Wandel in der deutschen Gesellschaft voll-
en und nach dem Vollzug gewöhnlich abtreten, weil sie ihre
uldigkeit getan haben.

.1 Der Wandel als Ausdehnung staatlicher Jugendpolitik

1945 bzw. nach 1969 haben Sozialdemokraten als Minister
Senatoren zunächst dazu beigetragen, die staatliche Jugend-
itik auszudehnen: Sie haben erreicht, daß a l l e Jugend-
hen Adressaten der staatlichen Jugendpolitik wurden. Inso-
n haben sie die alte Beschränkung tatsächlich auf, die För-
ung für den bürgerlichen Nachwuchs vorsah, aber Einschüch-
ung, notfalls auch Repression für die Arbeiterjugendlichen.
ist an diesem Punkt kein Ausweichen, sondern uneingeschränkt
echtfertigt, darauf zu verweisen, daß die sozialdemokrati-
en Politiker/innen sich mit Erfolg auf die Verwirklichung
igstens einer annähernden Chancengleichheit im Bildungsbe-
ch konzentriert haben, und es ist demgegenüber auch verständ-
h, daß der außerschulische Bereich nicht in gleichem Maße
ücksichtigt wurde. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß
Bereich der Berufsausbildung vergleichsweise unemanzipiert
unterentwickelt belassen wurde - das gilt für beide Bereiche
s dualen Berufsbildungssystems.
allel dazu hat die SPD in vielen Bereichen die Auflockerung,
lweise sogar die Auflösung überholter autoritär-patriarcha-
scher Verhältnisse gefördert - vor allem in den Familien,
er auch in den Schulen und Lehrwerkstätten. Daß sie durch
e Aufnahme des antiautoritären Impulses der außerparlamenta-
schen Opposition Ende der sechziger Jahre die Jugend aus der

bis dahin selbstverständlichen Bevormundung durch die jeweilige Eltern- und Großeltern-Generation entließ, hat dementsprechend die wütende Opposition der Konservativen herausgefordert. Allerdings zeigt sich auch hier die Ambivalenz, besser: Die Multivalenz der SPD-Politik auch sehr deutlich. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der unmittelbar ebenso wie mittelbar daraus erwachsende Jugendprotest haben den Wandel in der staatlichen Jugendpolitik ebenso erzwungen wie politisch möglich gemacht. Gegen diese Konstellation waren die konservativen Kräfte chancenlos. - Andererseits hat die SPD jeder "Systemtranszendenz" eine eindeutige Absage erteilt und das Heraustreten aus den einengenden, einschränkenden alten Verhältnissen zu einer Reform in Gestalt des "Machbaren" verkürzt. -

Das "Machbare" bedeutete in der Realität der siebziger Jahre, daß die SPD den staatlichen Handlungsspielraum nicht ausschöpfte - geschweige denn strapazierte oder gar zu den Systemgrenzen vorstieß. Mir scheint, daß die Knappheit staatlicher Mittel lediglich ein Alibi-Argument dafür darstellte, daß die SPD keine weiteren Vorstellungen davon hatte, was die Perspektive für die staatliche Jugendpolitik, für die bundesdeutsche Gesellschaft der 70er Jahre und für die Jugend selbst sein sollte. Die Flucht in die Forderung nach "Kostenneutralität", gerichtet vor allem an soziale Reformen - und damit auch an die im Bereich der Jugend - , ist, gemessen an den Ausgabeschwerpunkten der Etats von 1969 bis 1975, ein Skandal: Noch allemal haben die Industrielobbyisten selbst für evident sinnlose Projekte etwa in der Atomenergie (und -industrie, so z. B. für den "Schnellen Brüter" in Kalkar) z. T. das Mehrfache an staatlichen Mitteln von dem herausschlagen können, was nach oberflächlichen Berechnungen für ein langjähriges außerschulisches Jugendprogramm notwendig gewesen wäre.

Es bleibt festzuhalten: Soweit es um die Anpassung des staatlichen Rahmens an einen ökonomisch und sozial bereits abgeschlossenen oder doch zumindest schon sehr weit vorangeschrittenen Transformationsprozeß geht, ist die SPD weitaus besser für die handelnde Rolle geeignet als die Konservativen der CDU/CSU und deren Klientel: Sie kann damit den sozialen Frieden sichern. Der Einstieg in die Planung und Verwirklichung einer Politik, die auf einer in eben diesem sozioökonomischen Wandel begründete

spektive beruht, würde jedoch den Konsens in der SPD selbst
Frage stellen und vor allem den gerade gesicherten sozialen
den wieder gefährden.

2 Der Zusammenbruch staatlicher Jugendpolitik

t 1974 ist die erstaunliche Beobachtung zu machen, wie die
atliche Jugendpolitik lautlos und schnell in sich zusammen-
cht: Die Berliner Verhältnisse sind kein Einzelfall, sondern
Regel. Ursache dafür ist sicher auch die Wirtschaftskrise
der Jugendarbeitslosigkeit in ihrem Gefolge. Im breiten
atten, den die Krise wirft, verbergen sich aber auch andere
chen, die erwähnt werden müssen.
en dem Versiegen der Mittel für die Jugendpolitik, das durch
lweise sprunghaft steigende Ausgaben in anderen Bereichen
bedingt ist (und keineswegs allein durch den krisenbedingten
kgang der Staatseinnahmen im allgemeinen), macht sie die
zeptionslosigkeit der SPD in Sachen Jugendpolitik durch eine
ere Reduktion des Emanzipationsanspruchs bemerkbar. Diese
uktion ist bedingt durch das fehlende Verständnis der Funktion
Jugendphase für die Gesamtgesellschaft, genauer: Der SPD
ingt es nicht, zu einem Verständnis dafür vorzustoßen, daß
Jugendphase sowohl für die betreffende Generation selbst
auch für die Gesellschaft insgesamt sich nicht auf die "An-
cherung" der Tauschwertseite der jugendlichen Arbeitskraft
rch Qualifikation und Schaffung der Integrationsbereitschaft
ein beschränken läßt. Der Gebrauchswert der Jugendphase -
n hier diese legere Bezeichnung gestattet ist - bedeutet
die Jugendlichen wie für die Gesellschaft etwas anderes;
se Bedeutung liegt aber jenseits pragmatischer, augenblicks-
rpflichteter "Macherperspektiven".
Insofern die Jugendphase von der Gebrauchswertseite her gese-
n werden kann, wird sie aber auch als "kapitalismustranszen-
ht" erkennbar - sowohl aktuell ökonomisch wie auch historisch.
diese Funktion besteht, kann der Tauschwert der jugendlichen
beitskraft in Krisenphasen absinken - insbesondere dann, wenn
Jugendlichen sich den Verwertungsbedingungen nicht anpassen
len.
Jahrzehnt von 1965 - 1975 sind mehrere Prozesse parallel
er nur gering gegeneinander zeitverschoben abgelaufen: Zunächst
euerten Staat und Gesellschaft aus der teils realen, teils
schworenen "Bildungskatastrophe" heraus. Parallel dazu brach
ch die begründete Wut, Ungeduld und Frustration der Studenten,

Schüler und Lehrlinge Bahn in einer Revolte und zugleich Aufbruchsstimmung, die sich beschleunigend auf die Ende der sechziger Jahre ansetzende Reformpolitik der SPD/FDP-Koalition auswirkte, teilweise auch eine unrealistische Reformeuphorie hervortrieb, während sich international bereits die ersten Krisenanzeichen verdichteten. Mit dem in der Bundesrepublik relativ unerwarteten Hereinbruch der Krise, deren Dimension und Vielschichtigkeit offenbar noch keineswegs allen Politikern bewußt geworden ist, veränderten sich die Bedingungen für die staatliche Reformpolitik innerhalb von drei Jahren erneut von Grund auf - und zwar sowohl von der ökonomischen Seite wie auch von der sozialpolitischen Seite her.

Damit gerieten die SPD-Politker/innen gleich mehrfach in die Defensive: Gegenüber ihrer Klientel - und darunter auch gegenüber den Jugendlichen als Erstwählern bzw. Erstwählerinnen mit "traditioneller" SPD-Präferenz - , gegenüber den Bürgerlich-Konservativen mit der CDU/CSU und schließlich sozusagen sich selbst gegenüber in einer Vielzahl zunehmend erbitterterer Flügelkämpfe. Eine fast unmittelbar eintretende Konsequenz war, daß - nicht nur in Berlin - sich die "hoffnungsvollen jungen Nachwuchspolitiker/innen" und Karrieristen von den Problembereichen Jugend, Bildung und Kultur zurückzogen: Der Konnex Jugend - Fortschritt - Aufstieg/Aufschwung hatte sich aufgelöst.

Dem entspricht, daß - wie schon angedeutet - die Jugend- und die Studentenorganisation(en) der SPD in kaum erwartet raschem Tempo an politischem Gewicht verloren. Das gilt auf jeden Fall auch für die Deutschen Jungdemokraten der FDP, die sich fast noch weiter von ihrer Mutterpartei entfernten als die Jungsozialisten von der SPD. Das gilt insofern auch, als sich die Themenschwerpunkte in den Universitäten bei den Studentinnen und Studenten ebenfalls verlagerten: Bildungsreform-Interessen wurden allenfalls noch defensiv vertreten, eingepaßt in umfassendere politische und soziale Themen.

Dem entspricht weiterhin, daß die nicht organisierten Jugendlichen ihr vorher gegebenes Interesse an den außerschulischen Jugend-Freiräumen verloren: Die Welle der Kämpfe um Jugendfreizeitheime und -zentren ebbte ab; besetzte Häuser wurden zwar "gehalten", aber die Problemschwerpunkte verlagerten sich für die Jugendlichen so deutlich, daß sie diesen Aktivitäten immer weniger Sinn abgewinnen konnten. Indifferenz gegenüber den staatlich-jugendpolitischen Angeboten, Abwandern in alternativ-autono-

jekte, Interesse an Drogen im weitesten Sinne (einschließ-
der durch Musik geschaffenen "Rauschzustände"), Ablehnung
Schulbetriebs mit zunehmend stärkeren (auto-)aggressiven
destruktiven Zügen bestimmen das Erscheinungs- und Verhal-
sbild vieler Jugendlicher.
sozialdemokratischen Verantwortlichen und Zuständigen rea-
rten auf diese Entwicklung mit einer Mischung von Hilflosig-
t, Erste-Hilfe-Denken (insbesondere gegenüber dem Drogen-
blem) und teilweise auch gedankenlosem Herauskehren vermeint-
her staatlicher Stärke. In den Augen (nicht nur) der Jugend-
hen erwies sich ihre Jugendpolitik damit als reine "Schön-
ter-Politik": Die Jugendlichen wurden in dem Augenblick im
ch gelassen, in dem es nicht mehr möglich war, mit mehr oder
der großer Geste einige wenige Reform-Millionen zu verteilen.
ers gesagt: Nicht nur die SPD-Jugendpolitiker/innen wandten
h von den Jugendlichen ab, sondern die Jugendlichen verloren
h jedes Interesse an ihnen.

1.3 Die Reduktion staatlicher Jugendpolitik

a seit 1974 hat sich die staatliche Jugendpolitik auf die
was mühsame Verwaltung des schrumpfenden status quo zurück-
zogen. Die Jugendlichen und die Jugendpolitik sind in die
e "Randständigkeit" zurückgefallen, ohne daß die Politiker/in-
sich darüber klar zu sein scheinen, was ihre Einstellungen
d Prioritätensetzungen nach vorgeblichen "Sachzwängen" für
e nähere Zukunft bedeuten. In groben Zügen läßt sich heute
hon folgendes prognostizieren:
scheinbar unausweichlich-erzwungene Untätigkeit einer Ver-
ltung des Mangels durch Nichtstun stellt den eben erst einge-
iteten und in nur wenigen Teilbereichen halbwegs vollzogenen
del der staatlichen Jugendpolitik wieder in Frage. Es ist
cht zu übersehen, daß nur eine Gruppe von Jugendlichen wenig
er garnicht unter fehlenden öffentlichen Aktivitäten für die
gend zu leiden hat: Diejenige Gruppe, die man früher als "bür-
rliche Jugend" bezeichnen konnte - die Kinder aus den Kreisen
r Besserverdienenden.
s bedeutet weniger im schulischen als vielmehr im außerschu-
schen Bereich eine nicht mehr nur tendenzielle, sondern be-
its aktuelle Zurücknahme des ersten impliziten Grundsatzes
ner staatlichen Jugendpolitik nach deren Wandel: Chancengleich-
it ohne Rücksicht auf die Klassenzugehörigkeit der Kinder

und Jugendlichen. Denn gerade unter den Vorzeichen einer in ihrer Dauer noch nicht absehbaren Wirtschaftskrise mit von Jahr zu Jahr höherer Arbeitslosigkeit zeigt sich, daß die"Wohlstandsdecke" an vielen Stellen der Gesellschaft in der Bundesrepublik inzwischen schon spürbar dünn ist. Möglichkeiten einer Freizeitgestaltung unter den noch 1974 in der Denkschrift "Mehr Chancen für die Jugend" geforderten Aspekten von Spontaneität, Kreativität, Selbstverwirklichung usw. sind für die Kindern und Jugendlichen in einer Familie eines arbeitslosen ehemaligen Alleinverdieners dann nicht mehr da, wenn das staatlich-öffentliche Angebot nicht mehr existiert und nur noch die kommerziellen Möglichkeiten offenstehen. Gerade das zeichnet sich aber sowohl in den Ballungsgebieten wie auf dem flachen Lande inzwischen als künftige Realität ab.

Die Reduktion der Jugendpolitik höhlt auch den zweiten Grundsatz des eingeleiteten Wandels aus: Die Auflösung der alten autroritär-patriarchalischen Strukturen in den Familien, den Lehrverhältnissen in Schule und Beruf, dem Verhältnis zwischen Dozenten und Studenten. Dabei ist es gleichgültig, ob der konservative Angriff auf den Wandel direkt oder indirekt vorgetragen wird; durchgängig läßt sich ein Grundsatz in der sozialdemokratischen Politik erkennen: Zurückweichen vor den politischen Initiativen der CDU/CSU, und das erst recht dann, wenn die FDP sich aus den verschiedensten Gründen dem konservativen Vorstoß anschließt. Ganz zweifellos hat hier der Druck bereits spürbar zugenommen: Die Auflösung der alten innerfamiliären Strukturen wird zumindest gebremst, in einigen Bereichen bereits unterlaufen oder offen sabotiert (Kampagnen gegen die Neufassung des § 218 und gegen die neuen Scheidungsbestimmungen - unter dem Vorwand der teilweise nicht zufriedenstellenden Versorgungsregelungen - , gegen die Sexualaufklärung in den Schulen usw.). Der Druck auf die Entwicklung in den Schulen ist bekannt und hinreichend dokumentiert: Im Zuge der unvollständig verwirklichten Reform und der virulenten Gegenreform hat sich ursprüngliche Reform stellenweise bereits in ihr Gegenteil verkehrt. Ebenso bekannt ist der Druck auf die Universitäten, Gesamt- und Fachhochschulen und hier wiederum besonders auf die Lehrerausbildung; an der durch den Bundesverfassungsgerichts-Entscheid abgesicherten, neuen Stellung des Staates und der Hochschullehrer läßt sich das am deutlichsten ablesen. - Der Druck auf die Lehrverhältnisse ist eher ökonomischer Art: Wer eine Lehrstelle

reits in der Probezeit wieder zu verlieren. Im übrigen ist
ch hier der Druck insgesamt gestiegen: Neuerdings wird die
tbestimmung in Frage gestellt, und durch den Druck auf die
legenschaften sinken die Teilnehmerzahlen für Bildungsurlaubs-
ranstaltungen langsam, aber stetig ab. - Schließlich bleiben
ch die nicht unmittelbar der staatlichen Jugendpolitik zuge-
chneten, aber auf die Jugendlichen besonders stark wirkenden
lgemeinpolitischen Repressionsregelungen zu nennen: Die seit
72 anhaltende Berufsverbots-Praxis mit ihren Implikationen,
e Ausdehnung des Handlungsspielraums für Polizei und Sicher-
itsapparat - beispielsweise hinsichtlich der Aushöhlung des
monstrationsrechts durch die Furcht vor Registrierung durch
aatliche Instanzen - , und schließlich die allgemeine, durch
e Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung verviel-
ltigte und öffentlich kaum spürbare Überwachung des täglichen
bens.

bgesehen von diesen Weiterungen, die die Jugendlichen ebenso
e die Gesellschaft insgesamt betreffen, bleibt hinsichtlich
r Jugendpolitik festzuhalten: Die alten, längst und vielfach
s untauglich erkannten Strukturen von Qualifikation und Inte-
ration sind zwar aufgebrochen worden, aber keineswegs verschwun-
en. Die Reduktion der Jugendpolitik als Teil der Sozialpolitik
n umfassendem Sinn trägt dazu bei, daß die alten Strukturen
ekonstruiert bzw. restauriert werden können - und sei es in
neuer", modifizierter Gestalt.

mit stellt sich die Frage, ob diese Politik den Tauschwert
r jugendlichen Arbeitskraft weiterhin sinnvoll durch Qualifi-
tion und Herstellung der Integrationsbereitschaft garantieren
nd stabilisieren kann. Oder anders gefragt: Kann diese Art
r negativen Vergesellschaftung in irgend einer Art und Weise
ir den Kapitalverwertungsprozeß in der Krise funktional sein?

iese Fragen werden Gegenstand des letzten Abschnitts in diesem
apitel sein. Zuvor soll noch einmal zusammengefaßt werden,
as dieser Abschnitt hinsichtlich des Wandels der staatlichen
ugendpolitik als Teil der sozialdemokratisch bestimmten Reform-
olitik aussagt.

4.3.4 Zusammenfassung

Die Jugendpolitik der SPD hat den Wandel der staatlichen Jugendpolitik eingeleitet und in einigen Bereichen auch Erfolg gehabt. Die Erfolge waren in dem Maße zu erreichen und auch dauerhaft, als sie einen bereits vorangehenden ökonomischen und sozialen Wandel staatlich faßten und auch auf dieser Ebene vollzogen.

Allerdings entspricht die SPD-Politik seit 1969 nicht mehr den Vorstellungen von Fortschritt, wie sie selbst noch im Godesberger Programm von 1959 enthalten sind. Die Verkürzung der Reformprogrammatik auf Reformistisches und die Selbstbeschränkung auf das ökonomisch "Machbare" verstellten den sozialliberalen Kabinetten unter dem Kanzler Helmut Schmidt (und in der Folge ebenso den SPD-Länderkabinetten, so vor allem denen in Berlin unter K. Schütz und D. Stobbe) den Blick auf die Perspektive des Wandels.

Diese Perspektive kann darin gefaßt werden, daß in der Gleichung "Jugend = Fortschritt/Zukunft" zwar einerseits die gelungene bzw. gelingende Lösung der immer neu gegebenen Qualifikations- und Integrationsprobleme impliziert ist, andererseits aber auch eine Vorstellung von "Fortschritt" und "Zukunft", die n i c h t ökonomisch und sozialtechnologisch verkürzt ist. Für solche weiterreichenden Vorstellungen wurde (gleichgültig, ob Realem entsprechend oder nicht) Willy Brandt als "Visionär" zur Verkörperung einer wohl unvermeidlich vagen Perspektive; es ist bezeichnend, daß sich das umso deutlicher herausschält, je klarer sich Helmut Schmidt als sein "nüchterner Anti-Typus" profiliert.

Je länger dieser Prozeß andauert, umso klarer wird auch, daß die spezifisch staatstechnokratische Reduktion des Wandels sowohl für die SPD und ihre reformistische Jugendpolitik wie auch für die Jugendlichen selbst auf einen radikalen Perspektivverlust hinausläuft. Durch die Reduktion, ja sogar teilweise Perversion der herrschenden Definition von "Fortschritt" wird die Gleichung "Jugend = Fortschritt" zu einer U n g l e i c h u n g. Die aktuelle, anhaltende Krise und die SPD/FDP-Strategien zu ihrer Überwindung tragen, gerade unter dem Druck der konservativ-bürgerlichen Kräfte, das Ihre dazu bei.

Ganz konsequent ist die Sozial- und Jugend-Politik der sozialliberalen Koalition auf eine defensive Nominalpolitik unter dem Namen der "kostenneutralen Reformen" zurückgeschraubt worden. Die innere Krise, ja: die Unmöglichkeit einer solchen Re-

ormistischen Politik, die es nur noch dem Namen nach und in er Form einer inaktiven Mängeladministration gibt, hat sich raus ergeben, daß für die herrschenden sozialliberalen Politiergruppen "Fortschritt" alle sozialen und humanen Konnotationen erloren hatte, die nicht mehr tagespolitisch, wahlkampfbezogen der allenfalls mittelfristig und ökonomisch faßbar und quantifizierbar sind. Auch dieser Verlust korrespondiert eng mit der konomischen Krise.

iese Reduktion in der Substanz sozialdemokratischer Politik m allgemeinen und in der Sozial- und Jugend-Politik im besonderen führt nicht nur zu einem Perspektiv-Verlust für die Jugendlichen der 70er Jahre und für die SPD, die deren Partei ein sollte und wollte. Sie führt auch in eine schleichende egitimationskrise sozialliberalen staatlichen Handelns. Das oll im folgenden Abschnitt untersucht werden, insoweit es für en Themenbereich Jugendpolitik von Bedeutung ist.

.4 Aktuelle Probleme der staatlichen Jugendpolitik

.4.0 Vorbemerkung

ie staatliche Jugendpolitik hat mit den "Faktoren" Jugend, apital und Gesellschaft zu "rechnen"; bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hatte es den Anschein, als seien ie Gesellschaft und ihre (jeweilige) Jugend kein erhebliches roblem für Staat und Kapital, als fügten sie sich den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, dem Kapitalverwertungsprozeß und dem bis dahin überwiegend konseravtiv-bürgerlichen staatlichen Rahmen willig ein.

Auf die Umstände, die dafür maßgeblich gewesen sind, brauche ich hier nicht näher einzugehen: Sie sind Bestandteil der Nachkriegsgeschichte und hinreichend bekannt. Anders verhält es sich mit der Frage nach der "Funktion (bzw. den Funktionen) der Jugendphase", die bereits verschiedentlich angeschnitten wurde, und, darüber hinausgehend, nach einer möglichen Veränderung im "Jugendcharakter", die im Zusammenhang mit einem allgemeinen Legitimationsverlust von Staat und Gesellschaft gesehen werden kann.

Diese Fragen können hier nur vergleichsweise knapp und konzentriert behandelt werden. Das liegt nicht nur daran, daß sie das "Jugendproblem" teilweise weit überschreiten, sondern ist auch darin begründet, daß die Diskussion in der wissenschaftlichen

Literatur noch offen und unabgeschlossen ist. Entsprechend sind hier auch keine abschließenden Urteile möglich.

4.4.1 Jugend, Kapital und Gesellschaft

Das beherrschende Intersse an der Arbeitskraft ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen das Interesse an ihrem Tauschwert für die lohnabhängig Arbeitenden selbst und an ihrem Gebrauchswert für das Kapital. Infolgedessen liegt die Qualifikation der Arbeitskraft als Erhöhung ihres Tauschwerts auf der einen Seite im Interesse der Familien der lohnabhängig Arbeitenden, und als Steigerung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft auf der anderen Seite liegt sie im Interesse des Kapitals. Die entsprechenden Aufgaben nimmt der Staat wahr; wie die Lösung der dabei auftretenden Probleme organisiert wird, ist ein bekannter Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. - Diese Entwicklung der Dinge ist inzwischen in der Bundesrepublik soweit vorangeschritten, daß tatsächlich die gesamte Bevölkerung einbezogen ist; Sonderregelungen gegenüber dem allgemeinen Qualifikationssystem haben nur marginale Bedeutung.
Trotzdem ist mit diesem Stand der "Anreicherung" des Arbeitsvermögens durch Qualifikation in der Bundesrepublik und mit der hier üblichen Konsumption der Arbeitskraft im Kapitalverwertungsprozeß kein stabiler Dauerzustand erreicht. Das liegt nicht nur an der Konjunkturen und Krisen "unserer" Wirtschaft und an der außerordentlich beschleunigten technologischen Entwicklung. Unverändert macht sich auch bemerkbar, daß die Arbeitskraftbesitzer "lebendige Subjekte" sind, wie Marx in den "Grundrissen" betont:

> Die Substanzen des Kapitals "sind also jetzt vergängliche, die einmal keinen Tauschwert hätten, wenn sie keinen Gebrauchswert hätten; die aber als Gebrauchswerte ihren Wert verlieren, durch den einfachen Stoffwechsel der Natur aufgelöst werden, wenn sie nicht wirklich gebraucht werden; und die, wenn sie wirklich gebraucht werden, erst recht verschwinden. Nach dieser Seite hin kann das Gegenteil des Kapitals nicht selbst wieder eine besondre Ware sein; denn als solche bildet sie keinen Gegensatz zum Kapital, da die Substanz des Kapitals selbst Gebrauchswert ist; es ist nicht diese oder jene Ware, sondern jede Ware ist. Die gemeinschaftliche Substanz aller Waren, d. h. ihre Substanz wieder nicht als ihr materieller Stoff, also physische Bestimmung, sondern ihre gemeinschaftliche Substanz als W a r e n und darum T a u s c h w e r t e, ist die, daß sie v e r g e g e n s t ä n d l i c h t e A r b e i t sind.

> Der einzige Unterschied von der vergegenständlichten Arbeit ist die nicht vergegenständlichte, sondern sich noch vergegenständlichende, die Arbeit als Subjektivität. (...) Soweit sie (- die Arbeit; MP) als zeitlich, als lebendig vorhanden sein soll, kann sie nur als lebendiges Subjekt vorhanden handen sein, in dem sie als Fähigkeit existiert, als Möglichkeit; als Arbeiter daher. Der einzige Gebrauchswert daher, der einen Gegensatz zum Kapital bilden kann, ist die Arbeit. (...) Der dem Kapital als dem gesetzten Tauschwert gegenübertretende Gebrauchswert ist die Arbeit. Das Kapital tauscht sich aus, oder ist in dieser Bestimmtheit nur in Beziehung auf das Nicht-Kapital, die Negation des Kapitals, in Bezug auf welche allein es Kapital ist; das wirkliche Nicht-Kapital ist die Arbeit. (3)

"lebendige Subjekt" par excellence, in dem die "sich noch gegenständlichende" Arbeit "als Fähigkeit existiert, als lichkeit", der Träger des "einzige(n) Gebrauchswert(s), der en Gegensatz zum Kapital bilden kann" - ist die Jugend einer Gesellschaft. Anders gesagt: Die Bedeutung und ktion der Jugendphase liegt darin, daß sie die sich noch gegenständlichende Arbeit als lebendiges Subjekt inkorporiert. Insofern ist sie zwar schon auf das Kapital bezogen, r ihm noch nicht uneingeschränkt durch Qualifikation und egration subsumiert.

die "lebendige Arbeit" dem Kapital entgegengetzt ist, ist sie keineswegs unausweichlich dazu bestimmt Produktions- und Verwertungsprozeß aufzugehen und das Kapi- zu erhalten und zu erweitern. Sofern die lebendige Arbeit, lebendigen Subjekte nur dazu existierten, wäre es gerechtigt, hinsichtlich ihrer Kindheits- und Jugendphase ausließlich an die Qualifikation ihrer Arbeitskraft und an die stellung ihrer Integrationsbereitschaft und -fähigkeiten denken. An diesem Punkt zeigt sich die innere Reduktion einer ormpolitik gegenüber den Jugendlichen ganz deutlich, die iglich allen den gleichen Zugang zu den Qualifikationsinstiten verschaffen will.

aber die lebendigen Subjekte "die Negation des Kapitals" d - und das keineswegs nur als Denkform, sondern höchst al! -, sind sie auch diejenigen, die den Fortschritt handelnd wirklichen können, der durch die Entwicklung der Produktivfte möglich, durch die Produktionsverhältnisse gegenwärtig r eher behindert wird. Den jeweiligen Jugendlichen jeder tigen kapitalistischen Gesellschaft kommt dabei eine wichtige

Rolle zu - umso mehr, als nicht mehr allein in den Naturwissenschaften, sondern im wissenschaftlichen Bereich allgemein und in den fortgeschrittensten Bereichen der Wirtschaft immer stärker jene Eigenschaften und Fähigkeiten gefordert sind, die gemeinhin Jugendlichen zugeschrieben werden: Kreativität, Spontaneität, Unvoreingenommenheit, Beweglichkeit usw. usf. -

Diese neuere Entwicklung scheint der Jugendphase, verglichen mit ihrer Funktion in den vergangenen Jahrhunderten und gemessen an ihrer geschichtlichen Entwicklung, gegenüber der Gesellschaft insgesamt eine neue Bedeutung zu geben: Wurde die Jugendphase ursprünglich als Qualifikationsphase durch die Produktivkraftentwicklung in die bürgerliche Entwicklung hinein"gezwungt", so erweist sie sich heute darüber hinaus zunehmend als "Latenz-Zeit" in einem anderen Sinn. Die Zuschreibungen von Spontaneität Kreativität usw. weisen schon darauf hin: Die Kinder und Jugendlichen verfügen tatsächlich über diese Eigenschaften, die, gesamtgesellschaftlich gesehen, notwendig sind. In ihrer ursprünglichen, naturwüchsigen, "rohen" Form sind sie aber für das Kapital und eine an dessen Anforderungen orientierte, eben kapitalistische Gesellschaftsordnung disfunktional; sie müssen daher erst domestiziert werden.

Einstweilen scheinen Staat und Gesellschaft den Domestikationsanforderungen der Kapitalseite noch voll zu entsprechen: Gerade unter den Bedingungen der Jugend- und Erwachsnenenarbeitslosigkeit sind der Qualifikationsdruck auf die Kinder und Jugendlichen und die Wochenstundenbelastung durch die Schule so hoch wie nie zuvor: Die 40-Stunden-Woche für Schulkinder und Schüler/innen in den höheren Schulstufen ist eher die Regel geworden, und weitgehend arbeiten die Schulen noch an sechs Tagen in der Woche.

Während sich auf der einen Seite dieser Druck (noch) steigert, häufen sich andererseits die Anzeichen dafür, daß die anhaltende Krise die Argumente für den Streß ebenso untergräbt wie die in Anbetracht der Anstrengungen längst nicht mehr nur von den Kindern und Jugendlichen gestellte Frage nach deren Sinn für das weitere Leben. Diese Frage kann an die Gesellschaft weitergegeben werden: Soll die Kindheits- und Jugendphase weiterhin unverändert nur unter dem Qualifikations- und Formierungs-Aspekt für einen reibungslosen Kapitalverwertungsprozeß angesehen werden?

Bevor diese Frage abschließend diskutiert wird, soll noch das

gument der Legitimationskrise aufgenommen werden, das seit
nzem auch in Zusammenhang mit der Jugendfrage diskutiert
rd.

.2 Der allgemeine Legitimationsverlust und die Heraus-
Strukturen im "Jugend-Charakter"

ing durch den Niedergang des "CDU-Staates" und die unter ande-
n daraus entstandene radikale und außerparlamentarische Oppo-
ion insbesondere der damaligen Jugendlichen und jungen Erwach-
nen begann am Anfang der 70er Jahre eine sich rasch auffächern-
Debatte über den spätkapitalistischen Staat und seine allge-
ine Legitimationsbasis. Hinsichtlich des Legitimationsproblems
wiesen sich die Ansätze von Habermas, Offe, sowie Negt und Klu-
als die wirksamsten. Sie prägten jedenfalls die Analysen von
Döbert und G. Nunner-Winkler einerseits und Th. Ziehe anderer-
its, die sich etwa zur gleichen Zeit mit den Auswirkungen der
gitimationskrise auf die Jugendlichen beschäftigten.
e Argumentation von Döbert/Nunner-Winkler und die von Ziehe
wickelt sich über weite Strecken parallel. Ohne sie hier en
tail rekapitulieren zu wollen, seien nur die Themenbereiche
r Orientierung kurz benannt: Zunächst wird klargestellt, daß
e Ausweitung staatlich-öffentlich-administrativer (einschließ-
ch entsprechender privatwirtschaftlicher) Aktivitäten den
staatlichen Legitimationsbedarf" deswegen erhöht, weil sie nach
le vor selbst bei anhaltender Konjunktur die stetig steigende
chfrage nur defizitär befriedigen können - das Erhardsche Ver-
rechen des "Wohlstands für alle" wird nicht eingelöst, weil
r Wohlstandsbegriff (auch wegen des immer wieder beschworenen
irtschaftswunders) nach oben nicht eingegerenzt werden kann.

enso wird von den Autoren übereinstimmend darauf verwiesen,
ß "die Ideologie vom gerechten Äquivalententausch" sich nicht
lten läßt - daß also die postulierte Chancengleichheit aller
ch dauerhaft nicht einmal im Bildungssystem schaffen läßt.

chließlich weisen die Autoren anhand einer Fülle von Einzelbei-
bielen darauf hin, daß sich die "auf 'das Ganze' gerichtete
innstiftende Funktion" des klassisch-bürgerlichen Weltbildes,
die geschichtliche und gesellschaftliche Identität zu vermitteln
ersprach", inzwischen "irreversibel zersetzt" habe [4]. „Konkret

bedeutet das für das bürgerliche Weltbild, daß die oben skizzierten Legitimationsprobleme auf der Ebene des kulturellen Systems nicht lösbar sind (...); das spezifische Problem der Sinnstiftung ist im Rahmen eines reinen, von kognitiv-interpretativen Gehalten entleerten Moralsystems prinzipiell nicht mehr lösbar. Für die Individuen verstärkt sich damit die Gefahr von Identitätsdiffusion". 5)

Sowohl Ziehe wie auch Döbert/Nunner-Winkler sehen schwerwiegende Konsequenzen für die Jugendlichen. Die letzteren differenzieren dabei noch zwischen Mittel- und Unterschicht-Jugendlichen und kommen dabei zur

> "Behauptung, daß mit zunehmendem Wohlstand, der Ausweitung des Ausbildungssystems, der Verlängerung der Adoleszenzphase und Veränderungen der intrafamilialen Interaktionsmuster (Liberalisierungsschub) abweichende Lösungen der Adoleszenzkrise (individualistischer Rückzug mit der Gefahr der 'Verrottung' des Systems oder radikale Politisierung und Überforderung des Systems) nicht nur in der primär von diesen Trends betroffenen Mittelschicht wahrscheinlicher werden, sondern auch in der Unterschicht, da aufgrund der dort schon vorhandenen subkulturellen Deutungsmuster eine geringfügige Entfaltung dieser Trends starke Auswirkungen nach sich ziehen muß (...)". (6)

Dabei stützen sie sich zwar auf britisch-amerikanische Untersuchungen, finden ihre Annahmen aber bei einer eigenen Untersuchung in der Bundesrepublik bestätigt, und zwar am Beispiel von Freiwilligen Offiziersanwärtern einerseits und Wehrdienstverweigerern andererseits. -

Ziehe stützt sich demgegenüber auf seine mehrjährigen Erfahrungen in der wissenschaftlichen Begleitung eines Alternativ-Schul-Versuchs in Hannover (Glocksee-Schule) und kommt zumindest insoweit zu anderen Auffassungen, als er keinen zwingenden Grund zu sozialen Differenzierungen etwa nach Mittel- und Unterschicht sieht. Für ihn ergibt sich als Konsequenz die Herausbildung eines "neuen Sozialisationstyps".

> "Was diesen 'neuen Sozialisationstyp' vom 'klassischen Genitalcharakter unterscheidet, ist nicht nur seine psycho-strukturell narzißtische Dominanz, die auch den vergleichsweise 'herkömmlichen' narzißtischen Charakter gilt; der 'neue Sozialisationstyp' unterscheidet sich auch durch eine veränderte (geschwächte) Funktion des Ichs und durch mangelnde Ich-Gerechtigkeit der Strukturen des Ichs (Ich-Ideal). Die Schwächung des Ichs und ein vom 'Ich' abgekoppeltes Ich-Ideal geben diesem Typus ein hohes Maß an struktureller Flexibilität bzw. - negativ ausgedrückt - erzeugen einen Mangel an psychostruktureller lebenslanger Konsistenz, die

an psychostruktureller lebenslanger Konsistenz, die gerade Kennzeichen eines 'Charakters' gewesen ist". (7)

rend diese Kennzeichnung eindeutig eher auf entpolitisierte ndliche hinweist, ist Ziehe in einzelnen Fragen durchaus noch icher, was deren Politisierungspotential auch für Jugendliche macht; so fragt er sich danach, ob bestimmte Phantasien und irfnisse im Rahmen des Systems noch domestizierbar sein wer- oder nicht, ob von diesen Jugendlichen Unruhe im Produktions- eich ausgehen könne usw., um glaubwürdig zu versichern, dies g der Verfasser beim gegenwärtigen Stand der Theoriebildung der Verarbeitung entsprechenden empirischen Materials nicht entscheiden".[8]

erdings wird weder von Ziehe noch von Döbert/Nunner-Winkler anhaltende Krise in ihre Überlegungen einbezogen (was zweifel- daran liegt, daß ihre Vorarbeiten und Untersuchungen dem werpunkt nach sicherlich um einiges vor dem Jahr 1974 liegen). von ihnen vorgestellten Möglichkeiten sind vielmehr unter Bedingungen einer wenigstens annähernden Wahrung des status konzipiert. Heute, einige Jahre später, läßt sich nicht mehr her sagen, daß der status quo erhalten bleiben wird.

4.3 Gibt es mögliche Alternativen? - Zusammenfassung

Gesellschaft und den Politikern scheint inzwischen klar zu n, daß das "Jugendproblem" existiert und daß früher oder spä- eine Lösung gefunden werden muß - allerdings zeigen sich die- nigen, die diese Frage erörtern, davon gelähmt, daß von der italseite bisher keinerlei Alternativen signalisiert werden: Knappheit an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche ert an.

eine staatliche Jugendpolitik ergeben sich in dieser Situa- n wenigstens zwei Alternativen, die ich hier lediglich andeu- kann; sie scheinen mir beide in gleichem Maß politisch formu- erbar - ob sie durchsetzbar sein werden, kann ich gegenwärtig cht überblicken.

e erste Alternative ist die konservative. Sie ist überhaupt r unter der Voraussetzung zu diskutieren, daß die Krise andauert genau unter der Voraussetzung also, die Ziehe und Döbert/Nun- r-Winkler vermutlich noch nicht einbeziehen konnten. - Diese ternative dürfte gerade mit dem Druck argumentieren, der durch e Krise auf Staat, Kapital und Arbeit ausgeübt wird, und das el eines zumindest temporären Konsumverzichts etc. propagieren,

um dem Staat die Mittel zu verschaffen, die er benötigt, um die für einen Wirtschaftsaufschwung vorgeblich nötigen Investitionsimpulse an "die Wirtschaft" geben zu können. Eine CDU/CSU-Regierung würde darüber hinaus zweifellos auch versuchen, die inzwischen gegenüber dem Stand von 1969 doch fortentwickelte Sozialstaats-Qualität wieder abzusenken. Davon wären auch die Jugendlichen betroffen - zumindest relativ rasch und direkt die Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien.
Diese konservative politische Linie bildet sich zweifellos vor einem gänzlich anderen Leitbild von gesellschaftlicher Struktur. Dabei würde für die Jugendlichen nicht nur ein forcierter Qualifikations- und Integrations-Druck entstehen, sondern auch die Möglichkeit schwinden, daß sie autonom und selbstbestimmt handeln könnten. "Von Kindern und Jugendlichen lernen" wäre aus dieser konservativen Sicht heraus ein absurdes Unding.

Anders würde sich die zweite Alternative darstellen: Der Versuch die Programmatik von 1974 - "Mehr Chancen für die Jugend" - tatsächlich umzusetzen. Es läßt sich nämlich durchaus denken, das auch unter den Bedingungen zu versuchen, die die Krise setzte. Es hieße gesamtgesellschaftlich nicht einmal, aus einer Not eine Tugend zu machen, wenn man die Jugendphase aufgrund der naturwüchsigen Fähigkeiten und Eigenschaften der Jugendlichen als eine Art "Pilotphase" akzeptierte. Das würde bedeuten, daß die Gesellschaft die für alle knappe Arbeit anders verteilte, als sie es bis heute zu tun gewohnt ist; dabei würde nicht nur die bereits gegebene Arbeitslosigkeit ins Gewicht fallen, sondern zusätzlich noch diejenige, die aufgrund der zunehmenden Automatisierung und des Vordringens der elektronischen Datenverarbeitung auch in den Dienstleistungs-, d. h.: auch in den klassischen Angestelltenbereichen zu erwarten ist.
Vor allem müßte die Gesellschaft - auch durch staatliche Initiativen - davon überzeugt werden, daß es eine sinnvolle Investition in die eigene Zukunft wäre, wenn die Jugendlichen die Möglichkeit erhielten, nach tatsächlich g u t e r , d. h. durch Daten und Prognosen abgesicherter Beratung sich auf vorläufig noch offene Arbeits- und Berufsvollzüge hin zu qualifizieren. Dabei könnte die Gesellschaft tatsächlich von den Jugendlichen lernen, und die Jugendlichen könnten in ihrem Lernen und Tun den Sinn entdecken, der den meisten von ihnen längst verloren gegangen ist. -

...n diese sehr knappen Andeutungen zeigen, daß gegenwärtig nur sehr wenig ...ltspunkte für die Jugendlichen und ihre Perspektive vorliegen. Allerdings ... so betrüblich es auch sein mag, die erste Alternative noch um einiges ...scheinlicher, weil sie weniger Veränderungen in der Grundeinstellung der ...llschaft verlangt, weniger Nachdenken über die Einbettung der Jugendfrage ...ie soziale Frage insgesamt, weniger langfristige Planung usw.

...st wahrscheinlich, daß die konservative Alternative erst für alle erkennbar ...weitert sein muß, um die zweite Alternative politisch realisierbar werden ...assen. Und es ist bezeichnend, daß dies vermutlich durch die Krise geleis... werden wird - und weniger durch eine bewußte, planmäßige politische An...ngung etwa seitens der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Zusammenfassung und Schluß

...Gesamtheit der lebendigen Subjekte, in denen die sich noch vergegenständ...ende Arbeit als Fähigkeit ebenso wie als Möglichkeit existiert - um die ...'schen Worte zu wiederholen -, die Jugend also, wie auch immer neu in ...sen und Schichten aufgefächert, ist jeweils auch eine konkrete M ö g - c h k e i t der Gesellschaft, ihre Zukunft in Menschen zu erkennen und ... S o l i d a r i t ä t m i t i h n e n zu "gestalten". Ein allgemein ...nisierter Ausdruck dieser Gestaltung ist die staatliche Jugendpolitik.

... Arbeit hat gezeigt, daß diese Politik in aller Regel lediglich bestimmten, ...eits abgelaufenen oder zumindest weit vorangeschrittenen und deshalb gut ...nnbaren Veränderungs- und Wandlungsprozessen folgt. Grundlage der Wand...gen und Veränderungen ist die kapitalistische Entwicklung der BRD. Diese ...icklung ist in eine Krise eingetreten - und die staatliche Jugendpolitik ...s R e f o r m p o l i t i k mit ihr.

...st gleichzeitig die Krise sozialdemokratischer Politik. Allen erkennbaren ...chen zufolge endet sie im Jugendbereich mit dem puren Verschwinden der Po...k - im Einklang mit der Auszehrung und dem Verschwinden der Reformper...ktive sozialdemokratischer Politik. Auszehrung und Verschwinden der Reform-... Fortschritts-Perspektiven haben den integrativen Konsens der SPD nachdrück...her in Frage gestellt als jemals vorher in der bundesdeutschen Geschichte. ... gilt nach innen hin - auch in der Mitgliedschaft der Partei ist das "indu...ielle System" nicht mehr der unbefragt gültige Bezugsrahmen für Konzeptionen ...tschrittlicher sozialdemokratischer und/oder auch gewerkschaftlicher Politik. ...gilt umso mehr nach außen hin, für die in den vergangenen Jahren als "sicher" ...tende sozialdemokratische Wählerschaft - und hier wiederum besonders für ...e Jugend".

... qualitativ neue Entwicklungsphase, in die das bundesdeutsche Kapital gegen...tig hineingeht, impliziert einen Wandel für die Konstitutionsbedingungen

staatlicher Jugendpolitik, der ihre fortschrittlichste sozialdemokratische Wandlungs- und Funktionsbestimmung von 1974 zum Anachronismus werden läßt. Heute stellt sich für die nähere Zukunft die Frage, ob eine sozialdemokratisch bestimmte staatliche Jugendpolitik überhaupt noch möglich ist und welche Funktion sie haben könnte. -

Die Jugend entzieht sich der staatlichen Politik - gegenwärtig un gleich radikaler und in einem größeren Ausmaß als in den früheren Prosperitätsphasen. Die Jugendlichen verschwinden zunehmend - d. h. zumindest: mit der unter ihnen rasch um sich greifenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit - aus dem Bereich des gesamtgesellschaftlichen Konsens', der bisher die repräsentativen parlamentarisch-demokratischen Institutionen getragen hat, die bis heute der selbstverständliche politische Biotop der SPD sind. So sehr die Partei es auch beklagt: Es ist die adäquate Reaktion der Jugendlichen auf ihre evidente ökonomische und politische Marginalisierung, die sie zur Zeit erleben; sie kommen damit ihrerseits einer möglichen Ausgrenzung zuvor.

Diese neuen, keineswegs nur bei den Jugendlichen aktuellen, r e a l a l t e r n a t i v e n Einstellungen, Aktivitäten und Lebensformen sind der bis heute betriebenen staatlichen Jugendpolitik prinzipiell n i c h t m e h r zugänglich. Dem rechten, traditionalistischen Flügel der SPD sind diese neuen Entwicklungen ebenso unzugänglich - aber auch die Linken in der SPD haben umso größere Probleme, je mehr sie sich auf die genuin sozialdemokratische Orientierung auf "Staatlichkeit" eingelassen haben.

Wie es schon viele Frauen, Kernkraftgegner, Alte, Wohnungslose u. a. getan haben, gehen nun auch viele Jugendliche dazu über, von Objekten staatlicher Politik zu Subjekten mit eigener Politik zu werden. Der von den Sozialdemokraten intendierte Wandel in der Jugendpolitik war f ü r d i e Z u k u n f t teils zu geringfügig, teils kam er zu spät - er ist gegenstandslos geworden, und die jetzige staatliche Jugendpolitik hat keine Funktion mehr.

Damit hat sich zwar das Thema meiner Arbeit erledigt - soweit es auf einen bestimmten Zeitraum bezogen ist. Aber das bedeutet nicht, daß nicht eine völlig neue staatliche Jugendpolitik erforderlich wäre. Sicher ist, daß sie nicht mehr im Rahmen der bisher gültigen Bestimmungsfaktoren konzipiert werden kann. Die andauernde ökonomische Krise als ebenso bundesdeutsche wie internationale geht weit über Krisen klassischen Zuschnitts hinaus. Der Nord-Süd-Gegensatz, die in irrationale Größenordnungen hineinwuchernde Rüstung und die anstehende technologische Revolution der Produktivkräfte konstituieren einen neuen Bedingungsrahmen für die Sozial- und Jugendpolitik. Offenkundig stehen neue Verteilungskämpfe an; es ist im Augenblick aber unmöglich, deren Richtung und Umfang zu prognostizieren. Ebenso wenig läßt sich die Zukunft der SPD vorhersagen; und schließlich sind die

Strukturänderungen im Verhalten der Jugendlichen bisher zwar als Prozeß erkennbar, aber es können noch keineswegs Resultate benannt werden.

Das bedeutet, abschließend formuliert: Die klassische staatliche Jugendpolitik des bügrerlich-kapitalistischen deutschen Staates hat ihre progressivste Funktionsbestimmung durch die sozialdemokratische Jugend-Reformpolitik gefunden, die dazu einen Wandel der herkömmlichen Jugendpolitik vollzogen hat - dieser Wandel blieb aber innerhalb der Systemgrenzen.

Dieses System steht gegenwärtig vor einer Transformation eines Ausmaßes, das allenfalls mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Gesellschaft in Bezug gesetzt werden kann - vermutlich geht es noch darüber hinaus. Danach werden sowohl die staatliche Jugendpolitik wie auch die sozialdemokratische Reformpolitik neu definiert werden müssen.

Bis dahin bleiben die Jugendlichen aller Wahrscheinlichkeit nach sich selbst überlassen.

Anmerkungen zu Kapitel 1

(1) Die bisher publizierten Bibliographien, etwa die des Pädagogischen Zentrums in Berlin, zeigen eindeutig, daß ein auf Vollständigkeit abzielendes Vorhaben, diese Diskussion zu rezipieren, unsinnig wäre. Ich beziehe mich - auch der Kontrollierbarkeit wegen - hauptsächlich auf die Publikationen, die gegenwärtig (1975/76) im Zentrum dieser Diskussion stehen und im Handel erhältlich sind.
Darüber hinaus sind, soweit das möglich war, Publikationen berücksichtigt worden, die im Rahmen einer "Schule" oder "Richtung" wichtige Einzelaspekte behandelt haben. - Daß ich vielfach auf Sammelbände verweise, ist nicht einem Versuch, die Arbeit zu reduzieren, sondern vielmehr - wie mir scheint - der aktuellen Unsicherheit zuzuschreiben; "große Monographien" wie die Schelskys werden heute kaum noch publiziert.

(2) Friedhelm Neidhardt, "Bezugspunkte einer soziologischen Theorie der Jugend", in: (Autorengruppe): "Jugend im Spektrum der Wissenschaften", München 1972, S. 11 - 48

(3) Mit ähnlicher Intention und im selben Diskussions-Kontext stehen folgende Sammelbände: K. Allerbeck/L. Rosenmayr (Hrsg.): "Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie", München 1971;
Wehling, H.-G. (Hrsg.): "Jugend zwischen Auflehnung und Anpassung. Einstellungen - Verhaltensweisen - Lebenschancen", Stuttgart 1973;
sowie folgende Monographien:
Kreutz, Henrik: "Soziologie der Jugend", München 1974;
Schiffer, Jürg: "Zentrale Probleme der Jugendsoziologie", Bern 1972 (UTB Bd. 141).
Dazu habe ich zwei Publikationen aus dem Themenbereich der Jugendarbeit berücksichtigt, die über weite Strek-

ken die jugendsoziologische Diskussion rezipieren und kommentieren:
Giesecke, Hermann: "Die Jugendarbeit", München 1971, und
Böhnisch, L. (Hrsg.): "Jugendarbeit in der Diskussion. Pädagogische und politische Perspektiven", München 1973.
In den folgenden Anmerkungen zitiere ich diese Publikationen mit Kurztitel.

(4) Vgl. Neidhardt, a.a.O., S. 19

(5) Folgendes Zitat verdeutlicht recht gut, wie unbefangen das Problem betrachtet wird:
"Wenn heute von den Jugendlichen die Rede ist, dann steht vielfach die Jugend aus bürgerlichen Familien im Blickpunkt, die ein Gymnasium besucht und anschließend auf einer Hochschule ein Studium absolviert. Das sind nun heute achtzehn bis zwanzig Prozent der Altersgruppe (...). Diesen stehen die ca. siebzig Prozent der Altersgruppe gegenüber, die in einer Berufsausbildung begriffen sind, sowie die ca. zehn Prozent Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnisse, also Jungarbeiter und vor allem Jungarbeiterinnen; heute immerhin ca. 200.000. Sind diese 80 Prozent auch 'Jugend'? Man ist versucht zu sagen, ja, wenn sie eine Rockerbande, eine Gang, bilden; sonst eigentlich weniger. Sonst sind sie junge Arbeitnehmer, etwas jünger als junge Unternehmer".
(Hermann Krings, "Nachwort" zu (o. V. bzw. Hrsg.): "Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposion", München 1975 (dtv Bd. 1063), S. 202 - 217 (hier: S. 204)

(6) Müller, in Böhnisch, S. 24 ff; ebenso Friedeburg, L.v. (Hrsg.), "Jugend in der modernen Gesellschaft", Köln/Berlin 1971, Einführung S. 13; ebenso: Giesecke, Jugendarbeit, S. 142 f.

(7) In seinem Bruch "Jugend und Gesellschaft", Freiburg 1962, besonders im Kapitel "Moderne Jugend", hier zitiert nach dem Teilabdruck in Friedeburg, a.a.O.

(8) Tenbruck in Friedeburg, a.a.O., S. 92

(9) Tenbruck in Friedeburg, a.a.O., S. 94

(10) Vgl. dazu u.a. Schiffer, S. 109 ff; in diesem Zusammenhang aber besonders in Allerbeck/Rosenmayrs gleichbetitelten Reader Sheila Allens Aufsatz: "Soziale Klasse und Generationsbildung", S. 41 - 54, bes. darin die Zitate aus J. u. M. Rowntree, "Youth as a Class", S. 50

(11) Kreutz, Soziologie, S. 60

(12) Kreutz fährt unmittelbar so fort in seiner Kritik: "Diese Jugendkultur hat zudem den Vorteil, daß sich in ihr die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen relativ offen entfalten und somit besser beobachtbar sind, als sie es bei einer ständigen direkten Kontrolle durch die Erwachsenen wären. Die jugendliche Subkultur hat somit einen hohen Informationswert, wenn man daran interessiert ist, wie man die Jugendlichen am besten dazu bringt, daß sie bestimmte Waren kaufen, bestimmte Informationen glauben und bestimmte Werthaltungen bejahen. Zu diesem Zweck wird die Jugendkultur (die durch die Erwachsenen erst ermöglicht wurde) mit wissenschaftlichen Mitteln beobachtet, mit Massenmedien beeinflußt und in ihrer Bedürfnisstruktur indirekt abgelenkt. Eine solche indirekte Sozialisation ist nicht auf übergreifende Leitbilder und Vorbildfiguren angewiesen, sie schafft solche jeweils ad hoc und tauscht sie aus, sobald eine Bedürfnisverschiebung bei der Jugend registriert wird. Eine so manipulierte Jugend kann darüber hinaus auch den Erwachsenen in zunehmendem Maße als vorbildlich hingestellt werden, und das Ideal der Jugendlichkeit kann in den Massenmedien und in der Mode werbewirksam eingesetzt werden".
Kreutz, Soziologie, a.a.O., S. 61

(13) Bis auf den Schlußsatz also urteilt Kohn fast bis in die Wortwahl hinein ebenso wie Kreutz:
"Wenn man die Probleme der Jugendlichen auf die spezifischen Elemente der ihnen eigentümlichen Subkultur reduziert, verlieren sie ihren Inhalt, und alles reduziert sich auf die jeweils besonderen Bedürfnisse des jugendlichen Konsumenten. Aber diese Bedürfnisse entstehen nicht spontan; sie werden von der Gesellschaft, die sie umgibt, erst geschaffen. (...) Wenn man - aus welchen Gründen auch immer - die Jugendbewegung auf die "Gegenkultur" reduziert, dann bedeutet das objektiv, daß man sie auf vergleichsweise harmlose Dinge beschränkt versteht. (...) Es ist bezeichnend, daß die Jugendbewegung gerade dort weniger politisiert ist, wo die 'Gegenkultur der Jugend' sich weiter entwickelt hat, wo die Öffentlichkeit sie eher akzeptiert (England, Schweden). (...) Eine solche Praxis verringert die Wahrscheinlichkeit, daß besondere Gründe ernsthafte Konflikte auslösen. Und gerade das ist es, was die herrschenden Gruppen brauchen".
(Igor Kohn, "La contestazione studentesca", a cura di Massimo Massara e Flavia Rodriguez, Milano: Teti editore 1975, S. 53 f.)

(14) Kreutz, a.a.O., S. 62

(15) Karl Mannheim, "Das Problem der Generationen" in: Friedeburg (Hrsg.), Jugend, S. 23 - 48; hier: S. 33 f.

(16) Vgl. dazu im folgenden: H. Schelsky, "Die skeptische Generation",Düsseldorf 1957, hier bes. "Erster Teil. Die Jugend in der modernen Gesellschaft", 1. u. 4. Kapitel

(17) Friedeburg (Hrsg.), Jugend, "Einführung", S. 13

(18) Zu den Zusammenhängen vgl. übereinstimmend u.a.: Friedeburg, a.a.O.; Kreutz, Soziologie, S. 76 - 141; C.W. Müller: "Jugendsoziologische Aspekte", in Böhnisch (Hrsg.), "Jugendarbeit in der Diskussion", S. 18 - 30

(19) Kreutz, Soziologie, S. 99 f

(19 a) Die hier referierte Auffassung ist die von Henrik Kreutz ("Soziologie der Jugend", S. 103-105; dort auch alle Zitate), der den Versuch unternimmt, den Problemzusammenhang von Jugend, Generationsbildung und sozialem Wandel kritisch zu explizieren

(19 b) Zitat im "Spiegel", 30. Jg./Nr. 23 vom 31. Mai 1976 mit dem "Spiegel-Titel": "Schule: 'Es gibt keine fröhliche Jugend mehr'", S. 38-52, hier: S. 39

(20) Schelsky, Skeptische Generation, S. 25

(21) Die Literatur zu dieser Fragestellung ist in letzter Zeit nahezu unübersichtlich geworden. Vgl. als Überblick etwa: J. Ritsert/C. Rolnhausen: "Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland", in K. Meschkat/O. Negt (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt 1973, S. 13-40; zur hier behandelten Frage auch Giesecke, Jugendarbeit, S. 136-143 (u. öfter), sowie F. Deppe: "Nivellierung und Integration. - Neuere sozialwissenschaftliche Theorien über Lage und Bewußtsein der Arbeiter", in: derselbe, "Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins", Köln 1971, S. 11-71

(22) C.W. Müller, a.a.O., S. 28

(23) L. Böhnisch/W. Schefold: "Die gegenwärtige Diskussion um ein neueres Verständnis der Jugendarbeit - Theoretische Prämissen und praktische Umsetzbarkeit", in: Böhnisch (Hrsg.), "Jugendarbeit in der Diskussion", S. 44-60, hier: S. 56

(24) Vgl. etwa Kohns zusammenfassenden Ausführungen dazu: "Al VII congresso mondiale di sociologia che si è tenuto nel settembre 1970 a Varna, in Bulgaria, per la prima volta nella storia dell´ Associazione internazionale di sociologia uno speciale gruppo di lavoro è stato consecrato ai problemi della giobentù. Il tema assegnato a questo gruppo di lavoro era: 'La gioventù comme fattoro di cambiamento'. Si voleva sottolineare cosî il ruolo della gioventù come sogetto di azioni sociali (e non semplicemente come ogetto di socializzazione come avveniva in precedenza)". In: "La contestazione studentesca", S. 13

(25) Kreutz, a.a.O., S. 105

(26) L. Rosenmayr: "Zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie" in: Allerbeck/Rosenmayr (Hrsg.): "Aufstand der Jugend", S. 229-268, hier: S. 258 f. Hervorhebungen von Rosenmayr.

(27) Rosenmayr, a.a.O., S. 260 - 262

(28) F. Neidhardt, a.a.O., S. 40 f.

(29) In dem eben (vgl. Anm. 26 und 27) zitierten Aufsatz beispielsweise ist bemerkenswert, wie die Aufforderun "zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie" nahtlos zu einer Handlungsanweisung für "Jugendführer" überleitet, die einer Sozialtechnologie der Protestabsorption im Sinne Neidhardts sehr nahe kommt.

(30) Trotz der relativ wenigen hier zitierten Aufsätze, Sammelbände und Gesamtdarstellungen zeigt auch der Überblick über Zeitschriften wie z.B. "deutsche jugend", daß die angegebenen Themen im Mittelpunkt des Interesses standen und daß man sich immer wieder auf die zitierten Autoren bezog; insofern kann von einer "repräsentativen Auswahl" gesprochen werden.

(31) Kreutz, a.a.O., S. 63 ff.

(32) Diese Frage kann hier nicht ausführlich behandelt werden. Einen Überblick über die angesprochene Problematik vermittelt Helga Deppe-Wolfinger in ihrer Studie "Arbeiterjugend - Bewußtsein und politische Bildung", Frankfurt 1972, besonders in Kapitel I ("Prinzipien politischer Bildung mit jugendlichen Arbeitern") und III ("Das Bewußtsein der jugendlichen Arbeiter"). Darin wird auch die Widersprüchlichkeit zwischen den Intentionen und Arbeitsresultaten der Jugendsoziologie einerseits und der Sozialpädagogik andererseits diskutiert.

(33) Hier wird nicht der weiter gefaßte Begriff "abweichenden Verhaltens" angesprochen, den Rosenmayr kritisch referiert; er weist zu Recht darauf hin, daß die Subsumtion von politischer Radikalität, bohèmehafter Regellosigkeit und Delinquenz einen kaum haltbaren Ordnungs-, Normalitäts- und Stabilitätsbegriff voraussetzen. Vgl. "Zur theoretischen Neuordnung der Jugendsoziologie", a.a.O., S. 244 f., sowie S. 253 f. Der statt dessen verwendete Konfliktbegriff schließt aber die genannten Rrobleme wiederum aus.

(34) Strenggenommen verdiente das Fach die Bezeichnung nich die Selbstzweifel, die immer wieder formuliert werden, stellen das zwar in Rechnung - aber eine Änderung steh kaum zu erwarten.

(35) Kreutz, a.a.O., S. 15

(36) Kreutz, a.a.O., S. 12. Bemerkenswert ist aber, daß Kreutz trotz dieser regelrechten Selbst-Disqualifikation die Fachwissenschaft - nur gelegentlich skeptisch kommentierend - weiter ausbreitet und in eigentümliche Weise die Kritik insbesondere von marxistischer Seite so interpretiert, daß sie tatsächlich ignoriert werden

müßte, wenn die Interpretation stimmig wäre: "In dem Maße, in dem die Reformer nun an Elan einbüßen, erhält eine neue Form legitimierender Jugendsoziologie Auftrieb. Es entsteht nämlich der Bedarf an wissenschaftlichen Arbeiten, die die objektive Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit tiefgreifender Reform aufzeigen. Die Verzögerung oder gar das endgültige Ausbleiben von Reformen muß begründet und möglichst wissenschaftlich legitimiert werden. Für eine solche Aufgabe eignen sich aber vor allem radikale, klassenkämpferische Ansichten, die den bestehenden kapitalistischen Gesellschaften eine Regenerationsfähigkeit prinzipiell absprechen, dem gegenwärtigen Staat und dem gesamten politischen Subsystem der Gesellschaft eine abhängige, nachgeordnete Stellung nachweisen".
Kreutz, a.a.O., S. 13 f.

(37) Tatsächlich fällt auf, daß marxistische Kritik - wenn sie überhaupt referiert wird! - außerordentlich knapp abgefertigt wird, daß dabei offene Fehler vorkommen, wie bei Kreutz etwa, der behauptet: "Lenin kritisiert ... die Auffassung, daß die 'Jugend' durch besondere Merkmale gekennzeichnet sei und daher auch in besonderer Weise auf die Gesellschaft wirke, als bürgerliche Ideologie. ... An dieser Argumentation Lenins hat sich in den letzten siebzig Jahren wenig geändert" (!!), und vom "Fehlen einer expliziten und systematischen theoretischen Auseinandersetzung mit der Jugend" vor allem in Hinblick auf die DDR spricht und dabei offenbar die Zeitschrift "Jugendforschung" ebenso übersehen hat wie das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung.
(Kreutz, a.a.O., S. 65 und 109; vgl. dazu auch u.a. die Stichworte "Jugend" und "Jugendforschung" usw. in: Ludz/Kuppe: "DDR-Handbuch", Köln 1975.) - Vorgetragene Argumente werden nicht eben sachlich "erledigt". Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, welche "Kosten" eine intensive Auseinandersetzung erfordern würde. Vgl. Rosenmayr an der in Anmerkung 26 und 27 angegebenen Stelle.

Unsere eigene Diskussion der marxistischen Ansätze wird erst dann erfolgen, wenn der hier vertretene Ansatz entwickelt ist; dann wird auch noch einmal auf die Charakteristik der üblicherweise gegen den Marxismus in diesem Kontext vorgebrachten Einwände einzugehen sein.

(38) Ein schon erstaunliches Negativ-Beispiel für das hier monierte Vorgehen gibt J. Schiffer in seiner Arbeit "Zentrale Probleme der Jugendsoziologie": (1) Unter dem Abschnitt "Soziale Bezugsgruppen und ihre Bedeutung im Prozeß der Sozialisation" werden folgende "Bezugsgruppen oder Sozialbezirke" genannt: "A. Familie - B. Schule - C. Beruf - D. Kirche - E. Staat - F. Freizeit/Konsum/Massenmedien - G. Jugendliche Gruppen" (S. 8); (") "Der Staat" wird dabei mit ganzen 43 Druckzeilen abgehandelt; das denkwürdige Fazit sei hier ungekürzt zitiert (S. 106):
"Aus verschiedenen Gründen, teils weil für ihn bürokratische Organisationen unüberschaubar und unkontrollierbar sind, aber auch weil er manipuliert wird und ihm im staatlichen Geschehen jede politische Mitsprache vorenthalten wird, - mehr de facto als de jure - wird dem Jugendlichen der Staat suspekt. Typisch für die späte soziale Anerkennung Jugendlicher sind die Jugendparlamente, die selbst volljährigen 'Erwachsenen' einen Ersatz für die mangelnde Integrierung in das politische Geschehen bieten. Ist es deshalb verwunderlich, daß sich so wenig Jugendliche für eine Statistenrolle in der Politik interessieren, daß sie sich lieber anderen Bezugsgruppen, wie z.B. der Freizeit, zuwenden? Was ist in dieser Situation besser - Resignation oder Rebellion?"

(39) H. Giesecke, Die Jugendarbeit, S. 16

(40) F. Vahsen, "Einführung in die Sozialpädagogik", Stuttgart 1975, S. 7

(41) Harry Maôr, "Soziologie der Sozialarbeit", Stuttgart 1974, S. 147 (in Anm. 41, die resümierend für ein ganzes Kapitel steht)

(42) Diese Feststellung ist keineswegs abwertend gemeint; in der neueren Literatur, d.h. seit 1970, wird vielfach mit plausiblen Gründen auf eine dezidierte Zuordnung verzichtet. Der wissenschaftstheoretische und -politische Standort des jeweiligen Autors ist dabei relativ belanglos.

(43) Walter Hornstein, "Bildungsplanung ohne sozialpädagogische Perspektiven", in: L. Böhnisch (Hrsg.), "Jugendarbeit in der Diskussion", S. 114-142; hier: S. 116. - In seinem Aufsatz "Aspekte und Dimensionen erziehungswissenschaftlicher Theorien zum Jugendalter" hat Hornstein diese Problembeschreibung sehr ausführlich begründet; vgl. dazu auch weiter unten. (In: "Jugend im Spektrum der Wissenschaften", S. 151-202)

(44) a) Hartmut von Hentig: "Jugend. Oder: Die Unzuständigkeit der Pädagogik". In: "Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposion", München 1975, S. 7-41, hier: S. 8;
b) H. Giesecke, Die Jugendarbeit, S. 129

(45) Beispielhaft für dieses Understatement auch Hornstein, "Aspekte ..." (Anm. 43): "Schon ein ganz flüchtiger Blick auf das Schrifttum, das sich in den letzten beiden Jahrzehnten mit Jugendfragen beschäftigt hat, zeigt, daß der Beitrag der Pädagogik äußerst dürftig ist. Dies gilt vor allem im Vergleich zu den soziologischen Jugendtheorien ..." (S. 151).

(46) So im allgemeinen Sinne - aller Bescheidenheit zum Trotz - gerade wieder Hornstein: "Noch stärker auffallend ist jedoch die Tatsache, daß die Fülle der empirischen Daten, die die Jugendforschung zusammengetragen hat, bisher für die pädagogische Erörterung der Jugendfragen so gut wie ungenutzt geblieben ist. Wieweit dies auch an der mangelnden theoretisch-konzeptionellen Anlage sehr vieler Jugenduntersuchungen selbst liegt, bleibe hier unerörtert". (A.a.O., S. 152) - Spezieller ist dagegen der Vorwurf Gieseckes z.B. an die Adresse Eisenstadts und Schelskys, legitimatorische Theorien für handfeste Interessenpolitik entworfen zu haben, ohne das transparent zu machen, ja es eher zu verschleiern (im Hinblick auf sozialintegrative Sozialarbeit bzw. Jugendarbeit; vgl. neben anderen Stellen z.B. "Die Jugendarbeit", S. 136-144).Es sei aber daran erinnert, daß neben C.W. Müller, L. Böhnisch und W. Schefold, die eher der Jugendarbeit als der Jugendsoziologie verpflichtet sind, auch H. Kreutz als "reiner" Jugendsoziologe seine Kritik in dieser Richtung formuliert hat (vgl. den vorangegangenen Abschnitt passim; Belege in den Anm. 22, 23, 35 und 36)

(47) Ein Überblick etwa über folgende fünf Arbeiten:

- F. Vahsen, "Einführung in die Sozialpädagogik", Stuttgart 1975;
- E. Fooken, "Grundprobleme der Sozialpädagogik", Heidelberg 1973;
- K. Khella, "Theorie und Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 1. Teil: Einführung", Hamburg o.J. (ca. 1974/75)
- E. Bennecke/M. Müller/H. Zander: "Einführung in sozialpädagogische Fragestellungen", Kronberg/Ts. 1976;

- K. Mollenhauer, "Einführung in sozialpädagogische Fragestellungen", Weinheim, 5., erg. Aufl. 1974 (1. Aufl. 1964); - läßt trotz des jeweils allgemeinen Anspruchs kaum Gemeinsamkeiten in der Art des Herangehens an das Thema erkennen; die Begriffsbestimmungen und Zuordnungen "der " Sozialpädagogik sind entsprechend unterschiedlich.

(48) Um Mißverständnisse zu vermeiden: das ist weder als Vorwurf formuliert (bekanntlich ist Politologie selbst eine sogenannte "Integrationswissenschaft", die vor 1945 "noch nicht existierte"; wer von dieser Disziplin her urteilt, bringt für die Schwierigkeit der Sozialpädagogik durchaus Verständnis mit) noch als Anspruch gedacht worden, eine "politologische Sozialpädagogik" zu initiieren.

(49) Vgl. dazu etwa F. Vahsen, der drei "Schulen" nennt: Die ontologisch-essentielle; die empirisch-analytische; die dialektisch-historische ("Einführung ...", a.a.O., insbesondere S. 73-101). Es ist fraglich, ob solche Zuordnungen sich durchsetzen können.

(50) F. Vahsen, a.a.O., S. 14; er bezieht sich dabei auf eine Vielzahl von Autoren.

(51) Vielleicht erscheint diese Unterscheidung etwas vereinfachend; da man ähnliche aber von Publikationen über die Jugendhilfe bis zu solchen über Sozialpolitik immer wieder antrifft, scheint sie auch hier gerechtfertigt. - Die hinter dieser Einteilung stehenden ebenso wie die unausgesprochen darunter subsummierten theoretischen, politischen, methodischen und anderen Implikationen werden im weiteren Untersuchungsgang dieses Abschnitts expliziert (soweit der knappe Raum dies zuläßt).

(52) Ein wesentlicher Unterschied zum Verfahren im vorangegangenen Abschnitt über die jugendsoziologischen Theoreme wird in der Formulierung der drei Fragestellungen quasi "notwendig" deutlich: da die Sozialpädagogik eine durchweg handlungsorientierte Disziplin ist, schien es geradezu erforderlich, den Aspekt der Aktivitäten, also der Praxis als zentralen zu unterstützen. - Die jeweiligen Zusammenhänge ergeben sich daraus, daß jugendsoziologische Aussagen vielfach als begründend oder legitimierend vorausgesetzt oder auch kritisch untersucht oder zurückgewiesen werden (vgl. dazu auch Anm. 46).

(53) Diese Frage stellt sich erst unter der Voraussetzung, daß eine Hilfeleistung vorsorglich konzipiert wird, also über die Fürsorge hinausgeht.

(54) Ein extremes Beispiel für diese Einstellung bietet der Calvinismus; wo er sich durchgesetzt hat, scheinen gesamtgesellschaftliche Fürsorge- und Vorsorge-Institutionen in ihrer Entwicklung durch ihn gehindert.

(55) Abgedruckt in: H.-U. Otto/S. Schneider (Hrsg.), "Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit", 1. Halbband, Neuwied 1973, S. 21 - 45

(56) Luhmann, a.a.O., S. 32

(57) Luhmann, a.a.O., S. 34 f.

(58) Vgl. seine lapidare Feststellung: "Unseren Ausgangspunkt wählen wir vielmehr in der Einsicht, daß Helfen nur zustandekommt, wenn und soweit es erwartet werden kann". (a.a.O., S. 21)

(59) Vgl. I. Helfer, "Die tatsächlichen Berufsvollzüge der Sozialarbeiter - Daten und Einstellungen", Frankfurt 1971, S. 69-90

(60) Otto/Schneider, a.a.O., Bd. 1, S. 12

(61) Zum Begriff der "Traditionalisten": Erwin Jordan/ Wolfgang Büttner, "Einführung", in: E. Jordan (Hrsg.), "Jugendhilfe. Beiträge und Materialien zur Reform des Jugendhilferechts", Weinheim 1975, S. 37. Das darauf folgende Zitat: P. Eckl, "Kritische Anmerkungen zum Diskussionsentwurf", im selben Band, S. 60-74; hier: S. 64 f.

(62) Vgl. Eckl, a.a.O., S. 62 f

(63) Otto/Schneider, a.a.O., Bd. 1, S. 13

(64) Eckl, a.a.O., S. 70

(65) Vorwort von H.-J. Rosenthal in: (Autorengruppe): "Jugendliche ohne Berufsausbildung - ihre Herkunft, ihre Zukunft", Hannover 1975, S. 1

(66) F. Gärtner, "Gefährdete Jugendliche", in: a.a.O., S. 145

(67) Vgl. dazu Abschnitt 1.1.3.: Zusammenfassung und Präzisierung der Fragestellung

(68) Vgl. zu diesem hier angeschnittenen Themenkomplex D. Haensch, "Repressive Familienpolitik", Reinbek 1969, besonders Teil 2: Familienpolitik - Ideologiekritische Analyse der Bonner Familienpolitik, S. 69 ff.

(69) Zum hier angesprochenen Kontext der "emanzipatorischen Schule" vgl. Vorbemerkung von M. Faltermaier zur 6. Auflage (1972) des Diskussionsbandes von Müller/Kentler/ Mollenhauer/Giesecke, "Was ist Jugendarbeit? Vier Versuche zu einer Theorie", München 1964; sowie K. Mollenhauers Vorwort zum Reprint seiner 1964 entstandenen "Einführung in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe", Weinheim/Basel 1974, S. 6 - 10

(70) H. Giesecke, Die Jugendarbeit, S. 152

(71) a.a.O., S. 147

(72) a.a.O., S. 195

(73) F.X. Kaufmann, "Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialarbeit", in:Otto/Schneider, a.a.O., S. 87-106, hier: S. 92 f.

(74) a.a.O., S. 93

(75) a.a.O., S. 92

(76) Vgl. dazu für die 60er Jahre A. Keil, "Jugendpolitik und Bundesjugendplan", München 1969, besonders S. 163-1976, sowie die Diskussion über die Streichung der Unterstützungszahlungen und die Auflösung der Victor-Gollancz-Stiftung in jüngster Vergangenheit.

(77) Kaufmann, a.a.O., S. 101

(78) Vgl. dazu auch die entsprechende Erörterung des Problems bei Keil, a.a.O., S. 7 f. und S. 17 ff.

(79) Diese Annahme gilt gerade für die Zeit von 1965 bis 1975, in der die Jugendpolitik eine scheinbare Selbständigkeit gewann.

Anmerkungen zum E x k u r s (Teil 2.0.1)

1) Da der Exkurs bereits relativ früh entstanden ist, finden sich zu kleinen Teilen noch Verweise, die sich inzwischen erübrigt haben; entsprechend sind einige Anmerkungen im folgenden entfallen.

2) Den Kontext für die Jugendforschung geben Untersuchungen u. a. zur Klassenanalyse der bundesdeutschen Gesellschaft (z. B. zu Angestellten oder der technischen Intelligenz), zur ökonomischen Entwicklung, zum Bildungs- und Ausbildungssystem usw. Diese Literatur, die zu Anfang der siebziger Jahre zu erscheinen beginnt, ist inzwischen kaum noch zu übersehen. Einiges davon ist im folgenden Kapitel 2 eingearbeitet.

3) Daß es diese Literatur gibt, wird bei uns erst langsam und ebenso zögernd wie verzögert zur Kenntnis genommen (vgl. dazu beispielsweise H. Kreutz' bereits im Kap. 1 erwähnte "Soziologie der Jugend"): Man erfährt nichts über das Leipziger Institut für Jugendforschung und seine Zeitschrift, ebenso wenig etwa über seinen Leiter Walter Friedrich und sein kürzlich erschienenes Buch "Jugend und Jugendforschung. Zur Kritik der bürgerlichen Jugendpsychologie und Jugendsoziologie. Zu theoretischen und methodologischen Positionen der marxistisch-leninistischen Jugendforschung", VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften: Berlin (DDR) 1976 (Friedrich nimmt sehr wohl Notiz von H. Kreutz: Vgl. dort S. 74 - 77 u. ö.; ebenso von der marxistischen Jugendforschung - hier würde meine eigene Kritik einsetzen; aber das ist ein eigenes Thema); vgl. weiterhin das von einem Autorenkollektiv herausgegebene "Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik", Dietz-Verlag: Berlin (DDR) 1975, usw. Vieles haben DDR-Autoren auch im Kontext ihrer oft äußerst kritischen, vielfach auch schlicht unzutreffend-ungerechten Rezeption der Studenten- und Jugend-"Revolte" in der BRD und im "Westen" insgesamt zu jugendsoziologischen Problemen geschrieben.

4) Eine erste Zusammenfassung verschiedener Ansätze gab der Sonderband Nr. 50 der Berliner Zeitschrift "Das Argument": "Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften", der 1969 erschien; damit war das Stichwort sozusagen verfestigt.

5) Als Beleg dafür kann - diesmal einem anderen Bereich entnommen, stellvertretend sozusagen - der von L. Kuchenbuch zusammen mit B. Michael herausgegebene Band "Feudalismus - Materialien zur Theorie und Geschichte" gelten (erschienen als Taschenbuch im Verlag Ullstein: Berlin 1977): Im Herausgeber-Editorial und in ihrem verschiedenen Beiträgen zu den einzelnen theoretischen Ansätzen wird die Vielfalt ebenso deutlich wie die Schwierigkeit, zwischen manchen "noch bürgerlichen" und anderen "schon marxistischen" Ansätzen zu unterscheiden; allerdings ergibt sich diese Schwierigkeit bezeichnenderweise bisher eher im westlichen Ausland als bei uns.

(6) entfällt

(7) entfällt

(8) Vergleiche zum Beispiel H. Lessing/M. Liebel: "Jugend in der Klassengesellschaft. Marxistische Jugendforschung und antikapitalistischen Jugendarbeit", Juventa-Verlag: München 1974, in der Einleitung: S. 12.

(9) Vgl. a. a. O., z. B. Seite 152 ff.

(10) Vgl. dazu etwa die Konzeptionen, editorials und anderen redaktionellen Verlautbarungen der Zeitschriften "Erziehung und Klassenkampf" (= E&K); erschienen ab 1971) und "Info(rmationsdient) Sozialarbeit" (erschienen ab 1972).

(11) Die Begriffsbildung ist zweifellos primär zeitbedingt und partiell polemisch; sicherlich steht sie nicht für analytische Präzision.

(12) Vgl. dazu auch Kapitel 1.

(13) Dabei kam - den Erkenntnisschritten der Studentenbewegung seit 1965 folgend - das Interesse zunächst von der Auseinandersetzung mit dem Bildungs- und Ausbildungssystem her.

(14) So ist beispielsweise die 2. Hälfte des Lessing/Liebelschen Buches - s. Anm. - diesem Bereich gewidmet; programmatisch ist auch der Titel des 1972 erschienenen Buches von Helga Deppe-Wolfinger: "Arbeiterjugend - Bewußtsein und politische Bildung".

(15) Vgl. dazu Kapitel 1.

(16) Vgl. dazu vor allem Ben van Onna: "Jugend und Vergesellschaftung", Aspekte-Verlag: Frankfurt 1976, und die Auseinandersetzung M. Liebels damit; Genaueres vgl. weiter unten Punkt 2.3 in diesem Kapitel.

(17) Vgl. z. B. von Onna, a. a. O., etwa im Kapitel IV,6, Seite 139 ff.

(18) Vgl. M. Liebel, "Produktivkraft Jugend", Verlag Jugend und Politik: Frankfurt 1976, Kapitel II: "Zur Begründung des Lebenszusammenhangs der Arbeiterjugend", Seite 18 - 37.

(19) So beispielsweise die in der letzten Zeit spürbaren Interessen an der "biographischen Methode" in der Jugendarbeit; vgl. dazu Rainer Behrendt: "Methoden politischer Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit", Berlin 1975.

(20) Auslöser dafür waren beispielsweise die Hausbesetzungen durch Jugendliche, um Wohn- und/oder Freizeit-Raum zu gewinnen - Aktionen, die von Erwachsenen nur unterstützt (oder bekämpft), aber kaum vorhergesehen werden konnten.

(21) Diese Tendenz stößt nach den "Kaderorganisations"-Erfahrungen zu Beginn der 70er Jahre zunehmend auf heftige Kritik - vgl. dazu beispielsweise Götz Alys Buch "Wofür wirst du eigentlich bezahlt?", Rotbuch-Verlag: Berlin 1977; vgl. dazu genauer auch unten Kapitel 3.

(22) Vgl. z. B. M. Liebel: "Jugend als Gegenstand bürgerlicher Soziologie", in: Lessing/Liebel, a. a. O., S. 39 - 59.

(23) So beispielsweise: Autorenkollektiv: "Materialien zur Lage der Arbeiterjugend in Westberlin", Verlag Roter Stern: Frankfurt 1972; und: Elke Stark: "Die Lage der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik nach 1960", Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt 1973.

(24) Ebenso kritisch wie selbstkritisch wird das Problem in den Rezensionen des "Info Sozialarbeit" und von "E&K" beleuchtet; bezeichnenderweise lautet der Titel des ersten Aufsatzes im ersten Heft von E&K: "Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins" (a. a. O., Nr. 1/1971, S. 5 - 30).

(25) und (26) Belege dafür finden sich reichlich im Text und besonders im Anmerkungsapparat von Kapitel 2 und Kapitel 3 sowie im Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit.

(27) Vgl. dazu besonders beispielsweise die Arbeit von Thomas Ziehe: "Pubertät und Narzißmus", auf die ich in Kapitel 4 ausführlicher zu sprechen komme.

(28) Soweit ich die entsprechenden Titel einbeziehen konnte, sind sie in diesem und in den beiden folgenden Kapiteln einbezogen worden; darüber Hinausgehendes findet sich im Literaturverzeichnis. Inzwischen ist die Zahl der Veröffentlichungen aber fast unübersehbar geworden.

(29) Es war nicht möglich, diese vor allem in jüngster Zeit erschienenen ersten Studien einzubeziehen; im Folgenden sind daher nur allgemeine, einstweilen durchgängig akzeptierte Perspektiv-Aussagen berücksichtigt worden.

(30) Das Faktum allein bedarf keinesw weiteren Belegs; die Interpretation des Ganzen hier zu liefern hieße, zuviel zu erwarten: Es ist noch zu früh dazu: Das beobachtbare Abflauen der "Konjunktur" für marxistische Publikationen und die Zeit danach werden genauere Aussagen ermöglichen.

(31) Auch darin kommt die von den Nazis einerseits, den Kalten Kriegern andererseits betriebene, dann betonierte Provinzialisierung resp. Provinzialität des deutschen "Geisteslebens" zum Vorschein, das sich mühsam nach den Standards der Debatten zwischen 1925 und der frühen Emigration streckt.

(32) Bisher haben die meisten, die an diesem Prozeß kollektiver wissenschaftlicher Erinnerungsarbeit beteiligt sind, aber noch nicht öffentlich in Publikationen darüber nachgedacht, ob dieses Interesse mehr sein kann und soll als respektvolle Trauerarbeit (nach dem Verständnis der Mitscherlichs) zu den Resultaten, deren Vorbedingungen formelhaft mit den Namen Hitlers und Stalin gekennzeichnet werden müssen - jenseits der Platitüden simpel gleichsetzender Totalitarismus-Matechismen.

(33) Paradigmatisch für diesen Bereich ist das Buch Helmut Lessings: "Jugendpflege oder Selbsttätigkeit. Eine historische Untersuchung zum Verhältnis von Reformismus und Jugendarbeit". Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt 1976.

(34) Mehr noch: Diejenige Zeitschrift, die sich diesem Gedanken am deutlichsten verpflichtet wußte, hat ihr Erscheinen inzwischen eingestellt: E&K. - Bezeichnenderweise erscheint das eine andere Position vertretende "Info Sozialarbeit" weiter.

(35) Vgl. dazu ausführlich Kapitel 3 und 4.

(36) Das beklagt etwa Erwin K. Scheuch, Herausgeber des bereits 1968 erschienenen Sammelbandes "Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft" (Markus-Verlag: Köln ^{1}1968, ^{2}1969) und Verfasser von dessen umfangreichstem Beitrag: "Das Gesellschaftsbild der 'Neuen Linken'". - Ich beziehe mich hier auf die zweite, erweiterte Auflage.

(37) Beispielhaft dafür ist Kurt Sontheimer: "Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der BRD" (Hoffmann und Campe (sic!): Hamburg 1976; vgl. hinsichtlich der Publikationspolitik dieses Verlages meine Bemerkung in Anm. 30) in seinen Ausführungen im Vorwort zu diesem Pamphlet (etwa S. 11 f).

(38) Vgl. hierzu noch einmal Henrik Kreutz' "Soziologie der Jugend" (siehe auch Kapitel 1), der in diesem 1974 erschienenen Buch im Kapitel 2 unter der Überschrift "Der Begriff der Jugend in der Arbeiterklasse" (?!) die bezeichnende Fehlleistung des folgenden Satzes unbemerkt stehen ließ: "An dieser Argumentation Lenins hat sich in den letzten siebzig Jahren wenig geändert" (S. 65). Die Gleichgültigkeit von Kreutz geht bis in die Literaturliste; so zitiert er Tilmann Mosers Buch "Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur" als "Jugendkriminalität und Gesellschaftskultur" (a. a. O., S. 221).

(39) Besonders fürsorglich tut das der ansonsten als verdienstvoller Übersetzer hervortretende Harry Maòr in seinem Buch "Soziologie der Sozialarbeit" im Kapitel IV: "Die Kritik der Antisozialarbeit" (Kohlhammer-Verlag: Stuttgart usw. 1975; hier: S. 99 - 123, vgl. besonders: S. 103 f.).

(40) Das ist bei allen Autoren nachzulesen; es wäre interessant, die Metaphorik gerade bei denen zu untersuchen, die sich selbst als "Liberale" kennzeichnen und dazu gehören alle bisher Erwähnten.

(41) So schreibt Kurt Sontheimer (a. a. O., S. 13): "Gegenüber einer so prinzipiell polemischen Haltung (erg.: der 'Linken'; MP) gerät man als Liberaler notwendig in eine Verteidigungsposition, aus der heraus man seinerseits zum Angriff übergehen muß, um den Absolutheitsanspruch solchen Denkens abzuwehren und die freie Diskussion offenzuhalten".

(42) entfällt.

Vgl. Peter Frisch: "Extremistenbeschluß. Eine Einführung in die Thematik mit Diskussionshinweisen, Argumentationskatalog, Darstellung extremistischer Gruppen und Dokumentation", Heggen-Verlag: Köln 1975. - Hier: S. 37. - Herr Frisch ist Regierungsdirektor in Bonn (BMI).

So schreibt etwa Kurt Sontheimer: "... zwischen der Bundesrepublik, wie sie sich wirklich darstellt, und dem Bild, das die seit der Studentenrebellion bei uns virulent gewordene linke Theorie von ihr zeichnet, besteht oft ein Unterschied wie Tag und Nacht" (a. a. O., S. 24).

So wiederum Sontheimer, a. a. O., im Kapitel "Die Bundesrepublik aus der Perspektive linker Theorie" (S. 109 - 150; besonders S. 126 - 142: "Die Gesellschaft der Bundesrepublik").

Erwin K. Scheuch vergleicht beispielsweise Zukunfts-Szenarien der Neuen Linken mit "Endlösungs"-Planungen bei den Nazis (Scheuch, a.a.O., S. 134).

Vgl. zu diesem Prozeß etwa die Analyse von Peter Brückner und Alfred Krovoza: "Was heißt Politisierung der Wissenschaft und was kann sie für die Sozialwissenschaften heißen?", Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt 1972.

Nichts anderes bezwecken die Aktivitäten, Publikationen, Denunziationslisten usw. der "Notgemeinschaft für eine freie Universität" in Berlin und der bundesweit entsprechenden Organisation "Bund Freiheit der Wissenschaft" (dem auch E. K. Scheuch angehört). Die Resultate sind bereits spürbar; vgl. dazu auch Kapitel 3.

Ich habe das im 1. Kapitel zu zeigen versucht; weitere Belege folgen in den nächsten Kapiteln.

Das erläutert Margherita von Brentano genauer in ihrer Rede über "Wissenschaftspluralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs", abgedruckt in "Das Argument", 13. Jg./Nr. 66, Berlin: Okt. 1971, S. 476 - 493.

Ab 1968/69 datiere ich eine 2. Phase deswegen, weil damals die eigenständige Theoriebildung begann. Bis dahin beschränkten sich die wenigen KLinken und Marxisten auf eine oft vorsichtige Kritik der vielfach enthusiastischen Übernahme von Ergebnissen der US-Jugendsoziologie.

) entfällt; vgl. dazu Anm. 10 zu diesem Exkurs.

) Vgl. zur Konkretisierung dieser Aussage Kapitel 3.

) Das ist zweifellos Resultat zweier gegenläufiger Prozesse: Einerseits werden die Analysen durchweg "praxisgesättigter"; andererseits zwingen die neuen Erfahrungen mit den Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit zu erneuter, breiterer Reflexion.

) Vgl. dazu die neueren Hefte des "Info Sozialarbeit", des "päd. extra - Sozialarbeit" und von "Ästhetik und Kommunikation" - hier stellvertretend für eine

Vielfalt von Ansätzen genannt, die dort vorgetragen, erklärt, kritisiert und verteidigt werden - Ergebnis der Tatsache, daß die Zahl der neueren Autorinnen und Autoren angewachsen ist, verbunden mit einer selbstkritischen Differenzierung bei den Inhalten der Arbeiten.

(56) entfällt.

(57) Das gilt insbesondere für Aussagen zu den verschiedensten Aspekten des "sozialen Wandels" der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Allerdings ist es schwer möglich, einen Überblick zu behalten, da die bürgerliche Sozialwissenschaft das Chaos und die Anarchie, aber auch die Brutalität kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung meist unverstellt widerspiegelt. Das gilt besonders für die "Schwachen": Jugendliche, Frauen, Behinderte, Drogenabhängige, Strafgefangene usw. usf.

(58) Vgl. Anm. 57

(59) So scheint sich im Bereich der jugendsoziologischen Forschung gegenwärtig ein Trend abzuzeichnen, der dem in Kapitel 3 beschriebenen politischen Trend entspricht.

(60) Ich meine damit, daß Oberflächenbeschreibungen und Detailanalysen zwar veröffentlicht werden - sie beziehen sich aber entweder auf Veraltetes, oder sie klagen eine Trendwende ein, deren Umrisse unklar erscheinen; oder sie erschöpfen sich in der wenig kommentierten Rezitation von Statistiken.

(61) entfällt.

(62) Vgl. dazu im einzelnen Kapitel 3.

(63) entfällt.

Anmerkungen zu Kapitel 2

(1) Vgl. dazu z.B. Hans Mottek, "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands", Bd. I, IV. Teil, und Bd. II ("Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung") ganz.

(2) Zur Kategorie der "Öffentlichkeit": J. Habermas, "Strukturwandel der Öffentlichkeit". Kritisch dazu: Oskar Negt, "Thesen zum Begriff der Öffentlichkeit". - Zum Problem der Bildung, Philosophie und Pädagogik im Kontext der Klassenkämpfe: H. J. Heydorn und G. Koneffke, "Studien zur Sozialgeschichte und Philosophie der Bildung", Bd. I: "Zur Pädagogik der Aufklärung", Bd. II: "Aspekte des 19. Jahrhunderts in Deutschland"; dazu: B. Voigt, "Bildungspolitik und politische Erziehung in den Klassenkämpfen".

(3) Siehe dazu besonders die Aufsätze im Sammelband K. Hartmann/F. Nyssen/H. Waldeyer (Hrsg.), "Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert", in denen auch die neuere Literatur zu diesem Themenkomplex ausführlich diskutiert wird.

(4) Wie wenig in diesem Kontext schon von "Bourgeoisie" im gegenwärtig geläufigen Sinne die Rede sein kann, illustriert sehr anschaulich W. H. Bruford, "Die gesellschaftlichen Grundlagen der Goethezeit", insbesondere "Dritter Teil: Die neue Gesellschaftsordnung der Bürger" (S. 128 - 254)

(5) Vgl. z.B. Bruford, a.a.O., S. 19 - 49, S. 128 - 168 und besonders S. 222 - 254. - Wichtig sind auch die von R. Habel in diesem Band gegebenen ausführlichen Literaturhinweise, besonders zu Sozial- und Kulturgeschichte, a.a.O., S. 333 - 336

(6) Allgemein dazu siehe B. Voigt, a.a.O., 1. Teil: "Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Bildungspolitik und politischen Erziehung", S. 36 - 141; dazu ebenfalls Heydorn/Koneffke, a.a.O., Bd. I; zur Rolle von Familie und Elternhaus für das Bürgertum vgl. Heidi Rosenbaum (Hrsg.), "Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familieformen", S. 261 - 308

(7) Die Literatur zu diesem Thema ist kaum noch zu überblicken. Ich verweise daher hier auf den für einen Überblick gut geeigneten Band 80 des "Argument", "Schule und Erziehung (V)", und darin besonders auf die Rezensionen zum Schwerpunkt "Bildungskrise und Reform, Schulkritik und Gegenmodelle", S. 295 - 320

(8) Kritik und Verherrlichung gerade des Humanistischen Gymnasiums und des Abiturs sind in der Belletristik und im Theater noch typischer ausgeprägt als in der Fachliteratur; der Bogen spannt sich von "Professor Unrat" bis zur "Feuerzangenbowle". Es ist leider nicht möglich, näher auf dieses Problem einzugehen.

(9) Vgl. dazu Heidi Rosenbaum, a.a.O., S. 309 - 366, sowie W. Pols (Hrsg.), "Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen", Bd. I: 1815 - 1870, darin besonders: S. 209 - 339. - Sehr anschaulich und beeindruckend ist auch die gesamte Memoiren- und Biographien-Literatur (einschließlich der autobiographischen und Bildungs- und Entwicklungsromane, beginnend etwa mit dem "Anton Reiser" von Karl Philipp Moritz).

(10) Vgl. dazu die ausführliche Detailskizze von Klaus L. Hartmann, "Schule und 'Fabrikgeschäft'. Zum historischen Zusammenhang von Kinderarbeit, Kinderschutzgesetz und allgemeiner Elementarbildung", in: Hartmann/Nyssen/Waldeyer, a.a.O., S. 171 - 253 (darin auch zahlreiche weiterführende Literaturangaben); sowie Pöls, Deutsche Sozialgeschichte I, a.a.O., besonders S. 241 - 247).

(11) Am deutlichsten wird das in den individuell-autonomen Anstrengungen einzelner Arbeiter und in den organisierten Bestrebungen der frühen Arbeiterbewegung, "Bildungsvereine", eigene Zeitungen und Verlage usw. zu gründen.

(12) Vgl. dazu beispielsweise Voigts Untersuchungsergebnisse "Zur Schulpolitik des Deutschen Reiches bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts", a.a.O., S. 158 - 180, F. Nysseus Aufsatz "Das Sozialisationskonzept der Stiehlschen Regulative und sein historischer Hintergrund. Zur historisch-materialistischen Analyse der Schulpolitik in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts", sowie F. Wenzels Darstellung der "Sicherung von Massenloyalität und Qualifikation der Arbeitskraft als Aufgabe der Volksschule", beide in: Hartmann/Nyssen/Waldeyer, a.a.O., S. 292 - 322 und S. 323 - 386

(13) Auf diese Vorbehalte stieß auch der Anfang der Studentenbewegung: Erfahrungsberichte aus der ersten Phase der Aktion "Student aufs Land" und einzelne Äußerungen von Studenten aus Familien von Arbeitern und "kleinen" Angestellten zeigten deutlich die Vorbehalte in diesen Familien, die aus der Erfahrung entstanden waren, daß die aufgestiegenen Kinder sich ihnen nicht nur entfremdeten, sondern auch mehr oder minder direkt als zur repressiv handelnden und auftretenden Intelligenz gehörig "abgeschrieben" werden mußten. -
In quasi "organisierter" Form trat der Vorbehalt noch lange Zeit danach in der Zurückhaltung der Gewerkschaften gegenüber Akademikern auf; er ist bis heute nicht erledigt. -
Vgl. zu diesem Thema auch Hubert Bacias Überblick "Erziehungs- und Bildungsprozesse. Zur autoritären Disposition der Bevölkerung",in: Schäfer/Nedelmann (Hrsg.), "Der CDU-Staat", Bd. 2, S. 289 - 314.

(14) Das zeigt ohne die geringste Polemik gegen die CDU/CSU - Verantwortlichkeit für die Misere beispielsweise der Versuch, der SPD eine 10-Jahres-Perspektive zu geben, den U. Lohmar übernommen hat: "Deutschland 1975. Analysen, Prognosen, Perspektiven", hrsg. von U. Lohmar, München 1965; darin B. Lutz, A. Klein, K. Helfer, "Ausbildung", S. 92 - 124, aber auch der diesem vorangehende Aufsatz von C. Koch und H. Krauch, "Trends des technischen Fortschritts", A. 70 - 91. - Im einzelnen komme ich auf diese Problematik noch in Teil 2.2. zu sprechen.

(15) Natürlich kann ich hier nur einige nennen, die im engeren Sinne von Interesse sind. Gegen Mitte der sechziger Jahre ist der Versuch unternommen worden, beispielshaft wenigstens die soziale Planung voranzubringen und die Veränderungen, die sie berücksichtigen müßte, zu katalogisieren; die von Robert Jungk initiierte Reihe "Modelle für eine neue Welt" sollte 15 Bände umfassen (vgl. zu den Intentionen den programmatischen Aufsatz von R. Jungk, "Modelle für eine neue Welt", in: "Der Griff nach der Zukunft" = Bd. I der gesamten Reihe, München 1964, S. 23 - 36), von denen - bezeichnenderweise - nur ca. die Hälfte erschienen ist.

(16) Man begann damals erst schrittweise ein Verständnis für die Probleme zu entwickeln - vgl. dazu die noch etwas zögernden, teilweise nachgerade "idyllischen" Ausführungen beispielsweise bei Walter Bückingham, "Automation und Gesellschaft", und den neu aufgenommenen Beitrag von Günter Friedrichs, "Kann die Automation in den USA für die Bundesrepublik ein Beispiel sein?" (Erstauflage 1961, 3. Auflage 1967), erschienen in einer Reihe des S.-Fischer Verlags mit dem - wiederum - bezeichnenden Titel "Welt im Werden".

(17) Vgl. dazu vor allem D. Haenschs Analyse der Familienpolitik der CDU-Minister Wuermeling (1953 - 1962) und Heck (1962 - 1968) in seiner Untersuchung "Repressive Familienpolitik" (S. 59 - 153) und Petra Milhoffers Untersuchung "Familie und Klasse".

(18) Das klingt zunächst unkonkret; näheres Hinsehen bzw. die genauere Erinnerung vergegenwärtigt sehr rasch wieder einerseits die konservative Erstarrung der politischen und sozialen Normen der angeblich "nivellierten Mittelstandsgesellschaft", andererseits die nachgerade explosive Wirkung, die beispielsweise ein einziger Film wie Igmar Bergmanns "Schweigen" gerade wegen dieser Erstarrung haben konnte - heute erscheint uns der Film deswegen auch beinahe langweilig. - Dieser Themenbereich wird in Teil 2.1.2. und Teil 2.3. noch eingehender untersucht.

(19) Ein Ausdruck dafür, daß gerade das erste Jahrzehnt von 1949 bis 1959 die von Faschismus, Zweitem Weltkrieg, Befreiung und Besatzungszeit ausgelösten Veränderungen quasi "einschmilzt" und neue politische und sozioökonomische Konstellationen sich herausbilden läßt, scheint mir die Verwirrung in der SPD zu sein, die sie mit der Verabschiebung des Godesberger Programms 1959 zu überwinden versucht.

(20) Quasi stellvertretend für die Fülle kritischer Analysen, die im Vorfeld der Außerparlamentarischen Opposition erschienen, stehen zwei Sammelbände: "Politik ohne Vernunft oder Die Folgen sind absehbar" (1965) und "Der CDU-Staat" (1967), beide von Nedelmann/Schäfer herausgegeben. Die vorher erschienenen ersten Analysen der "Ära Adenauer" sind bezeichnenderweise entweder journalistische Arbeiten oder Polemiken.

(21) Es bliebe zu untersuchen (was hier in dieser Arbeit nicht möglich ist), ob das nicht in gewisser Weise auch noch für kritische Studien in der 2. Hälfte der sechziger Jahre zutrifft, so beispielsweise Kern/Schumanns Untersuchungen "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein", die 1970 publiziert wird. Eine zentrale Aussage der Autoren ist, daß der "technische Wandel" fast vollständig durch die Ausnutzung der "Bildungsreserven" im Betrieb selbst aufgefangen werden konnte (Bd. I, S. 278 ff); darauf hat sich eine ganze Anzahl späterer Autoren berufen. Dabei wird aber die Frage, ob die Flüchtlinge aus der DDR das erst wesentlich mit ermöglichten, nicht diskutiert.

(22) Dafür stehen nicht nur die Vertriebenenverbände; zur Mitgliedschaft von Flüchtlingen in CDU, CSU, NPD und anderen konservativen bis reaktionären Parteien und generell deren konservative Einstellung vgl. die Dissertation von R. Stöss: "Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik" - erscheint demnächst im Druck.

(23) Vgl. dazu (schon resümierend) K. Hüfner/J. Naumann (Hrsg.): "Bildungsplanung: Ansätze, Modelle, Probleme".

(24) Gut erkennbar beispielsweise noch in: "Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen" (1970).

(25) Ein Beleg für die Geschwindigkeit, in der dieser Prozeß ablief, ist das Erstaunen der Fachwissenschaftler, das sich beispielsweise bei Friedeburg u.a. dokumentiert ("Freie Universität und politisches Potential der Studenten") - Erstaunen darüber, daß (nicht nur) die Studenten, die man durchgängig als angepaßt oder doch wenigstens anpassungsbereit beurteilt hatte, binnen kürzester Zeit die Anpassung verweigerten.

(26) Im Hintergrund steht auch hier die Naivität mancher Reformer, deren Politik-Ferne gelegentlich beachtliche Ausmaße erreicht. Als Beispiel kann gut Hermann Giesecke dienen, dessen Konzeptionen vielfach von der sozialliberalen Koalition aufgenommen wurden; die Erwartungen, die er am Ende seines Buches "Die Jugendarbeit" formuliert (S. 195 f), sind deutlich von krasser Unterschätzung der zu erwartenden Widerstände gekennzeichnet.

(27) Beispielhaft dafür: die Kritik von Hubertus Junge, Abteilungsleiter für Jugendhilfe im Deutschen Caritasverband: "Jugendhilferechtsreform, eine verpaßte Chance", in: Erwin Jordan (Hrsg.), "Jugendhilfe", S. 227 - 234; hier besonders S. 232 ff.

(28) Vgl. zu diesem durchaus ambivalenten Aspekt die beiden Aufsätze von Dagmar Mor - "Reformillusionen contra Wirtschaftsinteressen" - und Martin Baethge - "Aktuelle Berufsbildungspolitik und ihre Abhängigkeit von der Ökonomie" - in Hans-Joachim Petzold (Hrsg.), "Jugend ohne Berufsperspektive. Berufsbildungsreform, Schulmisere, Jugendarbeitslosigkeit", S. 61 - 79 und S. 80 - 92.

(29) Jochen Kühnen diskutiert diese Frage ausführlich am Beispiel Nordrhein-Westfalen in seiner Dissertation "Erfahrungen mit der Gesamtschule. Soziale Integration als gesellschaftliche Begründung und pädagogische Praxis von Gesamtschulversuchen", vgl. besonders Teil 3, S. 69 - 131.

(30) In diesem Punkt stimmen die Argumentationsgänge von Manfred Liebel ("Produktivkraft Jugend"), Ben van Onna ("Jugend und Vergesellschaftung") und Wilfried Kruse ("Die Qualifikation der Arbeiterjugend") durchaus überein; sie alle versuchen das Material von Untersuchungen, die bis 1975 erschienen sind, auszuwerten.

(31) Dies natürlich nicht in dem platten Sinn, daß Sozialpädagogen dann ihren Dienst antreten, wenn die Lehrer den ihren beenden - die Berliner Sozialpädagogen wehren sich zu Recht gegen diese Simplifizierung, die ihnen die Berliner Jugendpolitik ansinnt. (Vgl. dazu die Diplomarbeit von J. Dittner, "Behördliche Jugendpflege. Eine Untersuchung am Beispiel Berlin (West)"; darin besonders: "Sozialpädagogik und Schule. Beispiel für die Dominanz der schulischen gegenüber der außerschulischen Bildung", S. 100 ff.)

(32) Vgl. dazu beispielsweise die kürzlich erschienene, vergleichende Monographie von Emmanuel Koliadis, "Mütterliche Erwerbstätigkeit und kindliche Sozialisation. Analyse und Auswertung von Befunden empirischer Untersuchungen".

(33) Zum Begriff der "Vergesellschaftung" siehe auch später Teil 2.3.; hier ist eine Tendenz gemeint, die in thesenhafter Kürze von Barabas/Blanke/Sachße/Stascheit in ihrem "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976" beschrieben wird: "Vergesellschaftung und private Reproduktion: das Dilemma des Sozialstaats", S. 419 ff.

(34) Sicher kann auch schon die von den Nazis betriebene Frauenarbeit in der Rüstungsindustrie (und anderen Bereichen) als ein Schritt zur Destruktion der (klein-) bürgerlichen Ideologie, die Frau gehöre ausschließlich in den Haushalt, angesehen werden; dagegen steht aber, daß das durch die Propaganda-Maschinerie ausdrücklich als die vom "totalen Krieg" geforderte Ausnahme hingestellt wurde. Die kleinbürgerliche Wunsch- und Zwangsvorstellung hat diese Kriegsphase offenbar nicht nennenswert angreifen können.

(35) Ich möchte damit keineswegs andeuten, daß die Emanzipation bereits überall so als Anspruch anerkannt sei, wie es unter den Intellektuellen vielfach geschieht, Die Mehrzahl der Berichte über Arbeitermädchen z.B. zeigt, daß sich die Emanzipationsbestrebung in unterschiedlichen Bereichen (dem sexuellen oder finanziellen z.B.) mit zum Teil sehr unterschiedlicher Intensität entwickelt. Wie gering die bisherigen Fortschritte sein können, illustrieren sehr plastisch und eindeutig etwa die Berichte über die Bedingungen, unter denen Frauen arbeiten müssen, die in "traditionelle Männerbereiche eingebrochen" sind; vgl. dazu die bisher erschienenen Hefte der Berliner Frauenzeitschrift "Courage" 1976/77.

(36) Vgl. dazu Erwin Jordans vorzügliche Kurzdarstellung dieser Problematik in seiner (zusammen mit W. Büttner verfaßten) "Einführung" in den von ihm herausgegebenen Reader "Jugendhilfe. Beiträge und Materialien zur Reform des Jugendhilferechts", S. 17 - 50.

(37) Im Augenblick kann der auf O. Negt zurückgehende Begriff nicht näher konkretisiert werden; die Diskussion darüber wird in Teil 2.3. ausführlich aufgenommen.

(38) Entfällt

(39) Allerdings hat sich die Formulierung wohl eher wegen ihrer "Griffigkeit" behaupten können und weniger des Inhalts wegen, den Schelsky ihr gab. Als Beispiel schon für die zeitgenössische Kritik an Schelskys Verfahren und den schließlich gezogenen Konsequenzen vgl. Ulrich Sonnemann: "Die alles nur nicht skeptische Generation" (1958 entstanden) in ders., "Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten. Deutsche Reflexionen", Reinbek, Rowohlt 1963, S. 184 - 192.

(40) Das belegen nicht nur die Entstehung und Entwicklung von Zeitschriften wie "Bravo" oder "twen", die Krise, in die die traditionelle Jugendarbeit mit ihrem Prinzip der Arbeit in geschlossenen Gruppen geriet, war auch dadurch beschleunigt worden, daß die Jugendlichen die kommerziellen Freizeitangebote als die besser plazierten fast durchgängig auch trotz der höheren Kosten akzeptierten und bevorzugten. (Vgl. dazu beispielsweise Giesecke, "Die Jugendarbeit", S. 61 - 128; ebenso Dittner, "Behördliche Jugendpflege", Abschnitt "Die Entwicklung der Arbeit in den Jugendheimen - Konsumphase - Jugendpflege 1955 - 1970", S. 41 - 52).

(41) Vgl. dazu die bereits in Teil 1 gegebenen Hinweise auf Kreutz, Kohn und Müller

(42) Vgl. dazu Joachim Hellmer: "Die Bedeutung der Jugendkriminalität als soziales Phänomen liegt vor allem darin, daß sie - eher als die Kriminalität der Erwachsenen - ein Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse ist (Offenbarungsfunktion), da der Jugendliche in erhöhtem Maße Umwelteinflüsse ausgesetzt ist. Eine umfassende Jugendkriminalität deutet daher auf ein wertdünnes Klima und ein Nichtgenügen kultureller und sozialer Maßstäbe und Kontrollen hin.
Auch die Art der Delikte ist kennzeichnend. Eine hohe Bereicherungskriminalität verrät eine Vorherrschaft materiellen Strebens nicht nur im einzelnen Fall, sondern auch bei der Kriminalität als sozialer Erscheinung. Je höher allgemein materieller Wohlstand eingeschätzt wird, um so mehr wird gerade die Jugendkriminalität Bereicherungskriminalität sein".
(In: "Jugendkriminalität", 3., völlig neu bearbeitete Auflage, Neuwied, Luchterhand 1975, S. 3)

(43) Vgl. dazu Günther Kaiser, "Jugendrecht und Jugendkriminalität. Jugendkriminologische Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Gesellschaft, Jugendrecht und Jugendkriminalität", Weinheim, Beltz Verlag 1973, z.B.: "Struktur der registrierten Jugendkriminalität", S. 223 - 228. - Ebenso aber auch Hellmer, a.a.O.

(44) Das soll natürlich nicht gleichzeitig bedeuten, daß die Strafverfolgung und Kriminalisierung etc. aufgehört hätten, einen klassen- und schichtenspezifischen Charakter zu tragen; vgl. dazu wieder Hellmer (a.a.O., S. 2, S. 11), der einerseits schreibt: "Empirische Untersuchungen haben zudem erwiesen, daß während eines Übergangsalters kriminelles Verhalten eine mehr oder weniger normale Erscheinung ist (Quensel)", andererseits aber auch betont: "Schon dem polizeilichen Zugriff sind die Altersgruppen, Schichten und Berufe in unterschiedlichem Maße ausgesetzt. Auch auf das Delikt kommt es an (...). Auf der justiziellen Ebene sind diese Verzerrungen noch stärker. Es ist bekannt, daß die Justiz je nach Ansehen der Person verschieden streng verfährt und die Verurteilungswahrscheinlichkeit um so geringer wird, je länger sich ein Prozeß hinzieht".

(45) Im Rückblick und aus der Distanz recht informativ sind beispielsweise die Bemerkungen von H. H. Muchow über "Die sogenannten Halbstarken und die Verachtung der Erwachsenen", in: "Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend", Hamburg, "rowohlts deutsche enzyklopädie" 1959, S. 124 - 138.

(46) Vgl. dazu Helga Deppe-Wolfinger, "Arbeiterjugend - Bewußtsein und politische Bildung", insbesondere S. 49 - 84 und S. 209 - 326; ebenso Helmut Lessing, "Jugendpflege oder Selbsttätigkeit", S. 176 - 228.

(47) Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die ungeheuere Breitenwirkung, die die Besetzung des "Georg-von-Rauch-Hauses" weit über Berlin hinaus hatte; ähnliches gilt für die "jour fixe"-Bewegung nach dem Hamburger Beispiel. Auf

die Studentenbewegung muß nicht mehr gesondert verwiesen werden.

(48) Eine Grenze der Berücksichtigung emanzipatorischer Momente ist von vornherein dadurch gezogen, daß "störende Konsequenzen" wie z.B. solidarische, selbstbestimmte und kollektiv organisierte Aktivitäten nicht eintreffen dürfen. Die "Emanzipation" - das wird noch zu zeigen sein - ist in der Regel eingeschränkt auf die "Freisetzung" des Individuums von Einschränkungen, die seine Arbeits- und/oder Konsumfähigkeit beeinträchtigen, kollektive Zusammenhänge werden demgegenüber allenfalls mit Mißtrauen geduldet (z.B. Wohngemeinschaften von Jugendlichen, "autonome" Jugendfreizeitheime etc.).

(49) Geradezu musterhaft läßt sich diese Entwicklung an der Konzeption und Realisierung von Gesamtschulen ablesen: Die konservative Reaktion auf diesen Ansatz, eine durchaus im bürgerrechtlichen Sinn verstandene "Chancengleichheit" herzustellen, betreibt auf der individuellen Ebene u.a. die Flucht zurück in die traditionellen Gymnasien, auf der politischen Ebene die Blockierung der Gesamtschulen. - Bei den Jugendlichen entwickelt sich - eher "chaotisch= als organisiert - der Protest gegen die reformierte Schulausbildung, die wegen der konservativen Obstruktion zur sinnlosen und belastenden Farce für die Schüler ebenso wie für die Lehrer geworden ist; vgl. dazu u.a. J. Kühnen, "Erfahrungen mit der Gesamtschule", und die von ihm verarbeitete neueste Literatur. - Im übrigen ist mit dem Terminus, die traditionelle Trennung von bürgerlicher und proletarischer Jugend werde in Frage gestellt, zunächst nur der Nivellierungstrend angesprochen, der in großen Zügen bei Ritsert/Rolshausen beschrieben wird ("Zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland", in: Negt/Meschkat (Hrsg.), "Gesellschaftsstrukturen", S. 13 - 40; detaillierter in den verschiedenen seither erschienenen Monographien und Gesamtdarstellungsversuchen zur Klassenstruktur der BRD).

(50) Über das jeweils besondere "Gewicht" der einzelnen Faktoren wird noch im einzelnen zu diskutieren sein; vgl. dazu vor allem Teil 2.5.

(51) Ein simples Beispiel: Es wäre bereits eine überzogene Forderung an einen einzelnen, das Programm auch nur eines der auf diese Problematik spezialisierten Verlage - z.B. des Beltz-Verlages - durchzuarbeiten; mehrere Zeitschriften wie "betrifft: erziehung" und "päd. extra" beobachten und kommentieren laufend die aktuelle Bildungspolitik usw.

(52) Weder die Verlage noch die Forschungsinstitute verfahren eben durchgäng so, wie die Polemik K. Sontheimers das seit neuestem nahelegt; vgl. beispielsweise H.-J. Petzold im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Band "Jugend ohne Berufsperspektive" (a.a.O., S. 7 - 9), oder die Vorworte des Forschungsrates des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund in den Bänden von Kruse und van Onna.

(53) Das ist ein einfaches Resultat der Studentenbewegung: von Anfang an war die Analyse und Kritik der Hochschul-, Schul- und Berufsausbildung, später dann die Diskussion über die Lehrerausbildung ein zentrales Problem der Selbstverständigung über die eigene Situation.

(54) Solche Ableitungen sind immer wieder vorgetragen worden - vgl. dazu Altvater/Huisken, "Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors"; Renate Heinrich: "Zur politischen Ökonomie der Schulreform"; Dirk Axmacher: "Erwachsenenbildung im Kapitalismus"; Wilfried Kruse: "Die Qualifikation der Arbeiterjugend"; Jochen Kuhnen: "Erfahrungen mit der Gesamtschule" - ich setze also voraus, daß diese Ableitungen inzwischen nicht mehr immer wieder erneut vorgetragen werden müssen.

- Die Diskussion der einzelnen, noch ungelösten Probleme der Ableitungen hat sich längst zu einem Spezialgebiet entwickelt, über das eigene Arbeiten geschrieben werden könnten, die ihrerseits wieder in Verbindung mit aktuellen Forschungsprojekten gebracht werden müßten usw. usw.

(55) Die Differenz zwischen den erörterten Positionen liegt in einer globalen Grundannahme (vgl. dazu Teil 2.2.1.), die mit dem Ableitungsproblem wenig zu schaffen hat; ansonsten wird zugestanden, daß es viele Parallelen gibt.

(56) Die Gegensätze sind im politischen Bereich erheblicher als im wissenschaftlichen - das erzeugt erst die Spannung, die es notwendig macht, von einer Kontroverse zu sprechen. Am prononciertesten ist das Problem von Frigga Haug in ihrem Aufsatz "Zum Streit um die Bildungsökonomie. Altvater und die Folgen" formuliert worden (in: "Das Argument" Nr. 88/Dez. 1974, S. 883 - 909; vgl. insbesondere Abschnitt III von S. 887 - 898).

(57) Im folgenden werde ich beim einfachen Begriff "Automatisierung" bleiben, der sich auch eher eingebürgert hat als andere, wie z.B. der in der DDR gängige Begriff der "wissenschaftlich-technischen Revolution", oder die in der Bundesrepublik manchmal verwendeten Begriffe "technisch-ökonomischer Wandel" oder "zweite (resp. dritte) industrielle Revolution", während andere wie "Computerisierung" nur Teilaspekte ansprechen.

(58) Auch hier möchte ich bei der Kurzbezeichnung "Qualifikation" bleiben, auch wenn es korrekter heißen müßte: "Qualifikation der Arbeitskraft der Jugendlichen (oder Arbeiter usw.)".

(59) Das geschieht nicht etwa deswegen, weil dieser Bereich des dualen Ausbildungssystems weniger wichtig wäre. Ausschlaggebend ist vielmehr, daß dieser Bereich mehr oder minder direkt dem Kapitalverwertungsprozeß subsumiert und damit privat, aber nicht vergesellschaftet ist. Ich möchte hier nur auf allgemeine Tendenzen, nicht auf Einzelkapitale, Branchen usw. eingehen.

(60) Zur Bedeutung dieses Unterschieds später mehr; hier kann der Hinweis auf die entsprechenden Passagen bei Manfred Liebel ("Produktivkraft Jugend", S. 18 - 36) und Ben van Onna ("Jugend und Vergesellschaftung", S. 87 - 103 und S. 139 - 143) einstweilen genügen.

(61) Das bedeutet auch hier nicht, daß dieser besondere Bereich der Staatsaktivitäten "abgeleitet" werden sollte - auch das leisten die in Anm. genannten Autoren durchaus schon. Es geht - sehr viel einfacher - darum, ob diese Funktion tatsächlich unter den Begriffen der "sozialen Integration" und der "Prävention" gefaßt werden kann und soll, wie es insbesondere bei D. Axmacher, R. Heinrich und J. Kuhnen diskutiert wird. Gerade an diesen Punkten würde sich aber - das sei hier vorwegnehmend gesagt - die Bildungspolitik mit der Jugend- und Familienpolitik treffen.

(62) So schreibt F. Haug beispielsweise, als allgemeine Strategie folge aus der Verneinung einer Qualifikationserhöhung "allenfalls, das ganze Bildungssystem zu bekämpfen, sich nicht näher damit zu befassen bzw. das Sich-Einlassen zu beschränken auf die Negation aller auf den Arbeitsprozeß rückführbarer Bildungselemente" (a.a.O., S. 898); sie weist auch darauf hin, daß sich Unterschiede hinsichtlich einer Zielbestimmung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ergeben müßten (S. 908). - Daß das auch für jede Politik im Jugendfreizeitbereich zutreffen müßte, versteht sich danach von selbst.

(63) So schon die Überschrift des III. Abschnitts im zitierten Aufsatz von F. Haug: "Zum Verlust in die Einsicht in die 'transitorische Notwendigkeit des Kapitalismus' bei Altvater und Huisken" (a.a.O., S. 887 - 898).

(64) a.a.O., S. 892

(65) Vgl. Anm. 33, in der F. Haug schreibt (a.a.O., S. 893): "Eine empirische Forschungsarbeit unserer Projektgruppe 'Automation und Qualifikation', in der u.a. die Thesen und Ergebnisse von Kern und Schumann widerlegt werden, wird zur Zeit durchgeführt. (...)" - in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß diese Untersuchung von sehr vielen Autoren als Beleg herangezogen wird. Umso bedauerlicher ist, daß die dazu angekündigte Publikation bisher noch nicht erschienen ist.

(66) F. Haug, a.a.O., S. 892

(67) F. Haug bezieht sich hier auf ein Zitat aus dem "Kapital" (MEW Bd. 23, S. 510 f.): "Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war" (a.a.O., S. 892).

(68) a.a.O., S. 909 - Siehe auch Anm.

(69) Beide Autoren haben von 1972 - 1975 in der Sozialforschungsstelle Dortmund zusammengearbeitet und waren jeweils vorher in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig. Beides spricht dafür, ihrem Argumentationsgang aufmerksam zu folgen und sie ernstzunehmen.

(70) Beide Zitate bei M. Kruse, a.a.O., S. 262

(71) Im Gegensatz zu F. Haug bemüht sich M. Kruse sehr ausführlich darum, aus der Auseinandersetzung mit anderen Autoren seine Thesen zu belegen; vgl. in seinem Buch insbesondere die Kapitel 4 und 5 (a.a.O., S. 101 - 256). Eine Gegenkritik der Betroffenen liegt leider meines Wissens noch nicht vor.

(72) Vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation: "Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals", in: "Das Argument" Nr. 80 (Sonderband "Schule und Erziehung V"/ August 1973, S. 13 bis 55 (hier: S. 13).

(73) Vgl. Kruse, a.a.O., S. 262. Vgl. dazu auch S. 121 ff. Differenzierter van Onna, a.a.O., S. 123 ff.

(74) Kruse, a.a.O., S. 314

(75) In den Kapiteln V ("Lebenszusammenhang von Jugend als vergesellschaftete Komplexität", S. 151 - 176) und VI ("Der gesellschaftliche Lebenszusammenhang von Jugend als Einheit und Verschiedenheit von sozialen Situationen", S. 176 - 201) seines Buches. Kruse konzentriert sich in den beiden abschließenden Abschnitten seines Buches ("Qualifizierungsphase und Perspektiventwicklung" sowie "Soziale Beziehungen, Erfahrungen und Orientierung", a.a.O., S. 274 - 317) auf Problem- und Spannungsbereiche wie Individuum-Kollektiv, Loslösung von der Familie und Verselbständigung des Individuums usw.

(76) Vgl. dazu neben den bereits bezeichneten Stellen bei Kruse etwa van Onna, a.a.O., S. 172 f.

(77) Die Vorsicht und Skepsis Kruses und van Onnas sind beispielsweise nicht mit dem platten Optimismus vereinbar, mit dem das "Projekt" deklamiert: "Die durch das Privateigentum an Produktionsmitteln gesetzte Anarchie der Produktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab findet sich in beständigem Widerspruch zur wachsenden Vergesellschaftung der Arbeit, welche gesamtgesellschaftliche Planung notwendig macht (...).

So wird schließlich durch die Höherentwicklung des Arbeitsprozesses in Richtung auf Automation eine immer umfangreichere Schulung der Arbeiterklasse notwendig, die die Einsicht in die Überwindbarkeit des Kapitalismus leicht möglich macht und daneben die Fähigkeit vermittelt, die gesamte Produktion einschließlich Planung und Leitung zu übernehmen". (Projektgruppe Automation, a.a.O., S. 15)

(78) Insbesondere Kruse attestiert den Gewerkschaften, den Arbeiterjugendlichen sowohl in der Perspektiventwicklung wie auch im täglichen Erkenntnisprozeß eine "politische Dimension" zu verstellen, und fährt fort: "Diese erhält sie (die Arbeiterjugend, MP) erst, wenn die fachliche Qualifizierung der Arbeiterjugend im Zusammenhang mit den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise theoretisch erfaßt und die Probleme der Perspektiventwicklung der Arbeiterjugend als politische Frage der Zukunft der Klasse begriffen und organisiert werden können" (a.a.O., S. 317).

(79) Dazu kommt noch das "Projekt Klassenanalyse" (PKA), das ich im Kontext dieser Arbeit jedoch nicht berücksichtigen möchte; die Publikationen des PKA sind vielfach in den Vergleich der verschiedensten "Ableitungen" untereinander und eine Polemik dagegen verfangen und erzeugen in ihrer Praxisferne allzuoft eine bedauerlicher, akademisch anzusehende Wirrnis. - Beide "Projekte" haben in der Auseinandersetzung mit vielerlei Gegnern den Eindruck von konkurrierenden marxistischen "Schulen" erweckt, der für die benannten Autoren nicht zutrifft.

(80) Wie noch zu zeigen sein wird, sind damit nicht alle entscheidenden Probleme angesprochen; die vier genannten Punkte stehen aber durchaus im Mittelpunkt der Debatten seit Mitte der 60er Jahre.

(81) Martin Baethge: "Aktuelle Berufsbildungspolitik und ihre Abhängigkeit von der Ökonomie", in: Petzold, H.-J. (Hrsg.), "Jugend ohne Berufsperspektive", Weinheim 1976, S. 80 - 92

(82) Baethge, a.a.O., S. 90

(83) Alle Zitate: Baethge, a.a.O., S. 87 f.

(84) Baethge, a.a.O., S. 88

(85) Baethge, a.a.O., S. 90

(86) Baethge, a.a.O., S. 91/92

(87) Baethge, a.a.O., S. 86 f.

(88) Vgl. dazu die folgenden Abschnitte von Kap. 2. - Der Begriff "Widerstand" verweist auf die Unklarheiten, die bei Theoretikern und Praktikern darüber bestehen, wie der Misere im Bildungs-, Ausbildungs- und Freizeitbereich zu begegnen sei. Jedenfalls ist die Assoziation von "Widerstand" und Bürgerinitiativen nur teilweise für die Situation in diesen Bereichen signifikativ.

(89) Allerdings ist eine wesentliche Einschränkung zu berücksichtigen: die Positionen sind nur teilweise kongruent; nicht jede "Gruppe" akzeptiert einen Widerspruch, der für eine oder mehrere andere relevant ist. Ein Beispiel: Während Kruse, van Onna, Baethge, Kuhnen u.a. die tendentielle Entwertung der Allgemein-Qualifikationen in der Schule selbst schon für entscheidend halten, ist diese Auffassung für das "Projekt Automation" nicht repräsentativ; dieses Autorenkollektiv hält das für marginal.

(90) Anpassung, Unterordnungsbereitschaft, Pünktlichkeit, Ausdauer usw. sind weniger in der Schule als im Bereich der Berufspädagogik (sowie im Zweiten Bildungsweg) direkte Zielsetzungen - vgl. dazu zum Beispiel Gisela Stütz, "Berufspädagogik unter ideologiekritischem Aspekt", Ffm: Suhrkamp 1970, sowie Karin Storch, "Der Zweite Bildungsweg. Chance oder Illusion", Ffm: Fischer 1974. Auch hier gilt also die "Faustregel": Mit der Nähe zum Produktionsprozeß steigt die autoritäre und sinkt die emanzipatorische Komponente, die in der Schule (und teilweise in der Freizeitpädagogik) noch als wichtig akzeptiert wird.

(91) Im Hintergrund steht das Problem, daß, wie Bathge schreibt, bei den abhängigen Arbeitskräften "zwar die überwiegende Zahl (ca. zwei Drittel) eine Berufsausbildung absolviert haben, von denen aber sehr viel weniger an einem ihrer Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz beschäftigt sind" (a.a.O., S. 92); solch große Diskrepanzen mit entsprechenden Folgekosten für die Unternehmen kann die "neue" Schulausbildung reduzieren.

(92) Dazu auch der genannte Widerspruch selbst bei - und nicht nur die die Institution Schule betreffenden Mängel. Vgl. dazu etwa Manfred Liebel, "Produktivkraft Jugend", S. 51 ff. und S. 59 - 75.

(93) Diese Entwicklung verläuft ebenfalls in sich widersprüchlich - gut erkennbar etwa am Beispiel der Gesamtschule, deren Konstruktion zunächst Erfolge erwarten ließ, die sich nicht einstellten, da die Lehrer überfordert wurden und die Schüler vielfach nur den negativen Aspekt der Auflösung des alten Schulklassen-Zusammenhangs insbesondere als Vereinzelung erfuhren - wodurch natürlich die Leistung und die Integrationsfähigkeit der Schule sank, und eben darauf bauten dann CDU und CS mit ihrer Ablehnung des Gesamtschulkonzepts ihre Gegenposition weiter auf und aus.

(94) Wenn Presseberichte der letzten sechs Monate zutreffen, ließe sich tatsächlich befürchten, daß Liebels These, auch bei uns würden in absehbarer Zeit "amerikanische Verhältnisse" an den Schulen eintreten, Wirklichkeit werden könnte; vgl. dazu seine Skizze dieses Problems in "Produktivkraft Jugend", a.a.O., S. 58 - 68.

(95) Das bedeutet: In den Schulen werden Individuen "herausgebildet", die insgesamt eher negative Erfahrungen und Perspektiven haben, ohne eine gemeinsame Strategie schon allein auf dieser Grundlage entwickeln zu können und ohne zu einer Bereitschaft zur positiven Beteiligung an der Gesellschaft, die sie vorfinden, sonderlich motiviert zu sein - auch eine Art der Vereinheitlichung. - Zu Begriff und Zielsetzung der "sozialen Integration" vgl. J. Kuhnen, "Erfahrungen mit der Gesamtschule".

(96) Vgl. dazu die Berichterstattung der italienischen Presse und ihre Kommentare etwa zu den "Schlachten" in Bologna und Rom im Februar und Anfang/Mitte März 1977, nach denen die Unruhe in der Schüler- und Studentenschaft praktisch auf ganz Italien übergriff. Siehe als neueres Beispiel: Angias, Corrado: "Roma, Universitâ 1977 - I cento giorni della grande violenza", in: "La Repubblica", Roma, 17. Mai 1977 (= II. Jg./Nr. 111), S. 10/11, sowie aus der Distanz der Ambivalenz dieser "Jugendbewegung" herausarbeitend, D. Claussen/H. Grün: "Jugendrevolte und Linke in Italien", in: "Links", Offenbach, Nr. 88/ Mai 1977, S. 23 - 26.

(97) Vgl. dazu beispielsweise den Abschnitt "Schule und Jugendarbeitslosigkeit" in H.-J. Petzold (Hrsg.), "Jugend ohne Berufsperspektive", S. 200 - 246.

(98) Hier wie in den folgenden Abschnitten wird eine Schwierigkeit immer wieder auftreten: die gravierende, aber leicht erklärliche Unschärfe der verschiedenen Termini - hier also des Begriffs "Emanzipation". Da eine jeweils grundsätzliche Klärung nur in Ausnahmefällen möglich ist, beschränke ich mich auf eine äußerst knappe Begriffsbestimmung. "Emanzipation" verstehe ich hier als den kollektiv und aus eigener Kraft vorangetriebenen und verantworteten Prozeß der Loslösung von Normen, Verhältnissen und Abhängigkeiten, die die Jugendlichen in ihrer Entwicklungsmöglichkeit einschränken, behindern und unterdrücken. Dabei kann es sich um die Familie, die Wohnungssituation, die Sexualnormen, die Schule usw. usf. handeln - mir kommt es darauf an, den kollektiven Charakter der Emanzipation zu betonen. Damit ist auch ein klarer Unterschied etwa zu den Emanzipationsvorstellungen benannt, die in der schon mehrfach zitierten Konzeption des BMJFG enthalten sind und sich eben prinzipiell an einer individuellen Emanzipation orientieren, die in sich widersprüchlich sein muß. (Siehe dazu später. - Vgl.: Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit als Herausgeber, "Mehr Chancen für die Jugend - zu Inhalt und Begriff einer offensiven Jugendhilfe - ", Stuttgart: Kohlhammer 1974)

(99) Vgl. dazu beispielsweise den Abschnitt "Schule und Jugendarbeitslosigkeit" in H.-J. Petzold (Hrsg.), "Jugend ohne Berufsperspektive", Weinheim: Beltz 1976, S. 200 - 246

(100) Ein gutes Beispiel dafür: der Artikel "Pädagogen treten gegen die Angst der Kinder in der Schule an" von Jutta Roitsch in der "Frankfurter Rundschau" vom 21.5.1977 (33. Jg./Nr. 117), S. 1 (!). Es wird berichtet über ein "Salzburger Manifest" einer gemeinsamen "Aktion 'Angst-

freie Schule'" von "Pädagogen, Psychologen, Ärzte(n) und Eltern aus der Bundesrepublik, aus Luxemburg, Österreich und der Schweiz". In dem Artikel heißt es u.a.: "Ihre Vorschläge wollen die Initiatoren nicht als einen Angriff auf Lehrer und Schulverwaltung verstanden wissen. Ziel ihrer 'Notwehraktion zugunsten der Kinder' sei, Unterrichtspraktiken und Prüfungsmethoden der Schulen so zu verbessern, 'daß der Freude am Lernen und Lehren Vorrang eingeräumt wird, ohne daß damit die unvermeidliche Überprüfung und Bestätigung von Lehr- und Lernerfolgen ausgeschaltet wird'. Erreicht werden müsse die 'Erlösung der Schüler, Eltern und Lehrer von der Schulangst'. Daß dies keine Dramatisierung der Schulsituation bedeute, belegt die Initiativgruppe mit den jährlichen Selbstmorden von Schülern und dem Hinweis auf zahlreiche Untersuchungen von Ärzten, Psychologen und Erziehungsberatern. Unmißverständlich warnt die Initiativgruppe: 'Jeder Tag, an dem nichts Wirkungsvolles gegen die Ursachen und Anlässe dieser Schulangst unternommen wird, gefährdet weiter Leben und Gesundheit unserer Schulkinder und belastet alle, die für diese Gefährdung mitverantwortlich sind'". - Umgekehrt wenden sich bekanntlich viele Eltern massiv gegen einzelne Elemente des Unterrichts, die gerade dazu geeignet sein könnten, den Kindern Angst zu nehmen, oder gegen Schultypen, die bei der Konkurrenz später auf dem Arbeitsmarkt Nachteile bringen könnten (vgl. dazu die "Frankfurter Rundschau" vom 28. Mai 1977 mit den Artikeln: "Katholische Eltern sollen Schulbücher zensieren" / S. 13 und "Im Hintergrund: Vom Rückzug in der Schulpolitik" von Hartwig Suhrbier / S. 4).

(101) Vgl. dazu neben der bereits früher zitierten Literatur aus der jüngsten Vergangenheit z.B. M. Liebels Kapitel V seiner Arbeit "Produktivkraft Jugend": "Aspekte des

Zusammenhangs von Schule, Arbeit und Arbeitslosigkeit in der BRD" (S. 69 - 101). Ein typisches Beispiel für die Unsicherheit der Bewertung auch nach bereits mehreren Jahren Arbeitslosigkeit mit zynischen Einschlägen ist Heft 21 des "Spiegel" (31. Jg./16.6.1977) mit dem Titel "arbeitslos - arbeitsscheu?"; bezeichnend ist an den drei unter diesem Titel zusammengefaßten Kurz-Aufsätzen (insgesamt nur 10 Seiten) in erster Linie, daß eine veränderte Einstellung zur Arbeit bei Jugendlichen und älteren Arbeitern und Angestellten eklatant fehlinterpretiert wird.

(102) An dieser Stelle geht es (noch) nicht darum, die wenigen Ansätze zu alternativen Interpretationen und Praktiken kritisch zu überprüfen. Wichtig ist zunächst nur, deutlich werden zu lassen, daß es sinnlos wäre, auch die Versuche, sich gegen die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Jugendlichen zu wehren, von den "Schwankungen" des Konjunktur- bzw. Krisenverlaufs bestimmen zu lassen - und das gilt schon auf der konzeptionellen Ebene

(103) Die Schwierigkeit der Instrumentalisierung von Qualifikationen durch Qualifizierende und Qualifizierte selbst steckt nicht nur in den eingeschliffenen Gewohnheiten und dem Widerstand der Institutionen, sondern vor allem darin, daß die Qualifikationen selbst sich zunächst dagegen sperren, und zwar umso mehr, je "niedriger" sie sind. Ein gutes Beispiel für die (allerdings nicht in allen Punkten durchschaute) Verknüpfung von allen drei Schwierigkeiten bietet der Aufsatz von Jutta Roitsch: "Bielefelder Experimente vor dem Ende. 'Schuld' gibt es auf beiden Seiten ("Frankfurter Rundschau", 21.5.1977, Beilage S. III).

(104) Die Dominanz des Tauschwert-Aspekts besteht natürlich, solange die Schule selbst besteht (als allgemeine Einrichtung); sie setzt sich nur in unterschiedlichem Maße

durch. Das knappe "Reformjahrzehnt" von etwa 1964/65 bis 1972/73 hat gerade wegen der undurchschauten Implikationen einer auf die Individuen zugeschnittenen Emanzipation vielfach übersteigerte Erwartungen hergestellt. Heute ist längst klar, daß kollektiv-solidarisches Handeln in der Schule mit Sicherheit nicht eingeübt wird. Dazu können auch die Konflikte in den Schulen nicht beitragen (wie beispielsweise die Streiks, Resolutionen usw. gegen die sog. "Verdichtung" der Schulklassen in Berlin seit ca. einem Jahr, die größere Klassen bei gleichbleibender Lehrerzahl bringt usw. - vgl. dazu insbesondere die laufende Berichterstattung im Berliner "Tagesspiegel", die nicht zuletzt deshalb so engagiert ist, weil auch die "gehobene" Leserschaft dieser Zeitung betroffen ist, wie beispielsweise die Leserbriefe ausweisen).

(105) Einen guten Überblick gibt Frank Deppe mit den beiden Aufsätzen "Nivellierung und Integration. Neuere sozialwissenschaftliche Theorien über Lage und Bewußtsein der Arbeiter" und "Empirische Untersuchungen zum Arbeiter- und Klassenbewußtsein im Spätkapitalismus" (in: ders., "Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins", Köln: Pahl-Rugenstein 1971, hier: S. 11 - 71 und S. 72 - 117); auf weitgehend das gleiche Material bezieht sich auch (mit - wie dargestellt - ganz anderen Folgerungen) Leopold Rosenmayr in seinem Aufsatz "Zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie" (in: Allerbeck/Rosenmayr (Hrsg.): "Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie", München: Juventa 1971; hier: S. 229 - 268).

(106) Genauere Untersuchungen über die Langzeitwirkungen der gegenwärtigen Bewußtseinsverschiebungen nicht nur bei den Jugendlichen liegen noch nicht vor. Eine Prognose wird überdies dadurch erschwert, daß die Mehrheit der Jugendlichen keine Äußerungsformen entwickelt hat, die

mit denen der späteren sechziger Jahren vergleichbar wären. Das Verhalten der jüngeren Studentinnen und Studenten schließlich, das wir gegenwärtig an den Universitäten beobachten können, dürfte kaum als repräsentativ gelten. Daher bleibt auch hier zunächst nur die Möglichkeit, grob-allgemeine Aussagen aufgrund von Statistiken und Presseberichten zu machen, die die Realität nur ungenügend beschreiben können.

(107) Die Ambivalenz in der Einstellung der damaligen radikalen Linken am Ende der sechziger Jahre bezog sich vor allem auf die sogenannten "Randgruppen". Das Interesse an diesen Gruppen ging auf die US-amerikanischen Erfahrungen und Berichte, insbesondere über die radikale Farbigen-Bewegung (Black Panther Party), und auf Interpretationen dessen zurück, was Herbert Marcuse im "Eindimensionalen Menschen" an Überlegungen zu diesem Thema publiziert hatte. Daraus ergaben sich mehrere Konsequenzen, von denen ich hier nur drei nennen möchte, die bekannt geworden sind: (a) die Beteiligung von "Randgruppen"-Angehörigen bei Demonstrationen; (b) die "Randgruppen-Konferenz" in Berlin im Februar 1970; (c) Die Aufnahme der Arbeit insbesondere mit "Trebegängern". Vgl. dazu: "Zur Randgruppenstrategie" (Autorenkollektiv), in: "Rote Presse Korrespondenz" (RPK), Berlin, 1. Jg./1969, Nr. 39 vom 14.11.1969, S. 11 - 13; Helmut Kapczynski: "Zur Frage einer sozialistischen Randgruppenstrategie", in: "RPK", 1. Jg./1969, Nr. 41 vom 28.11.1969, S. 2 - 7; "Randgruppenkonferenz in Berlin. Berichte und Materialie (kollektive Zusammenstellung), in: "RPK", 2. Jg./1970, Nr. 54 vom 27.2.1970, S. 1 - 14 (mit Arbeitsberichten au Berlin, Frankfurt und München); zusammenfassend und die Entwicklung ab 1968 darstellend schließlich: Autorenkollektiv: "Grenzen der Sozialpädagogik. Berichte von Trebe gängern, Rockern und Heimjugendlichen. Diskussion über Randgruppen und ihre Probleme", Berlin: Karin Kramer Ver lag 1974. Ohne diesen Kontext und diese Ambivalenz sind

viele spätere, widersprüchliche Aktionen und Prozesse nicht verständlich, wie z.B. die Besetzung und die Praxis danach im Georg-v.-Rauch-Haus usw.

(108) Diese Qualifizierung bedeutet nicht, daß jede Parallele fehlte und damit jede Möglichkeit, überhaupt zu verstehen, weshalb Gewalt wieder ins Spiel gebracht wird. Die allgemeine Diskussion - soweit man davon sprechen kann - verläuft jedoch anders als 1968/69; dazu sind auch die Umstände viel zu stärk verändert.

(109) Das gilt nicht nur akut für das italienische Beispiel. Auch in der Bundesrepublik läßt sich beobachten, daß die Studentinnen und Studenten z.B. längst nicht mehr - wie 1972 noch unterstellt - nur darauf warteten, "den Marxismus" zu rezipieren. Im Gegenteil: unpolitische, gruppenorientierte Auffassungen stellen die Frage, daß in der gegenwärtigen Situation ein "Marx-Studium" überhaupt etwas Sinnvolles genannt werden könne. Das verhält sich nicht nur an den Hochschulen so; über die allgemeinen Ursachen wird noch zu diskutieren sein.

(110) Natürlich ist nicht gemeint, "proletarische Öffentlichkeit" und Reproduktionsbereich seien etwa identisch; es ist klar, daß letztere nur ein Teil der ersteren sein kann. (Das bedeutet indes nicht, daß die Begriffe exakt definiert seien - auch hier gilt eher das oben bereits in Anm. 10c: "Unschärfe-Problem".) Der Disparatheit der Konflikte und ihrer mangelhaften "Faßbarkeit" entspricht natürlich das Empfinden der Ohnmacht auf der individuellen Ebene; ich kann hier nicht ausdiskutieren, inwieweit dieser Umstand auf Dauer gesehen dazu beitragen könnte, auch eine mögliche Eruption von Gewalt blinder, zielloser und heftiger werden zu lassen.

(111) Aus: Johannes Agnoli, "Der Staat des Kapitals", in: ders., "Überlegungen zum bürgerlichen Staat", Berlin: Wagenbach 1975; hier: S. 72.

(112) Im übrigen bestünde die Gefahr, daß eine solche Analyse "zu theoretisch" würde - also ü b e r den Alltag der Jugendlichen etwas aussagen könnte, ihn selbst aber nicht träfe.

(113) Das heißt: auf Seiten des Staates ebenso wie auf Seiten mancher Analytiker und Kritiker der staatlichen Jugendpolitik.

(114) Ich beziehe mich dabei hauptsächlich auf das Kapitel "Zur Begründung des Lebenszusammenhangs der Arbeiterjugend" in Manfred Liebels Buch "Produktivkraft Jugend" (Frankfurt/M.: Vgl. Jugend und Politik 1976, S. 18 - 37) und auf den weitaus größten Teil des Buches "Jugend und Vergesellschaftung" von Ben van Onna (Frankfurt/M.: Aspekte Vlg. 1976). Das Buch von Liebel ist das später erschienene; er kann daher auf van Onna eingehen. Eine Replik van Onnas ist mir leider nicht bekannt. -
In den Diskussionszusammenhang beziehe ich weiter vorrangig folgende Arbeiten ein: Claus Offe, "Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus" (in: ders., "Strukturprobleme des kapitalistischen Staates", Frankfurt/M.:Suhrkamp 1972, S. 153 - 168); O. Negt/A. Kluge: "Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit" (Frankfurt/M.:Suhrkamp 1972); sowie teilweise Johannes Agnoli, "Der Staat des Kapitals" (in: ders., "Überlegungen zum bürgerlichen Staat", Berlin: Wagenbach 1975). Dazu gehört schließlich das Schlußkapitel in dem von Barabas/Blanke/Sachße/Stascheit herausgegebenen "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976": "Zur Theorie der Sozialarbeit: Sozialisation als öffentliche Aufgabe" (Hamburg: Rowohlt 1975; S. 374 - 442) und, teilweise, Oskar Negt, "Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral" (Frankfurt/M.: Suhrkamp 1976).
In den Arbeiten dieser Autoren wird wenigstens partiell entwickelt, inwieweit "Vergesellschaftung" als eine

aktuelle Tendenz im Reproduktionsbereich/Lebenszusammenhang verstanden werden kann; einige der hier vorgetragenen Argumentationsgänge konnten nur vor diesem Hintergrund entwicklet werden (ohne daß es möglich wäre, in jedem Fall präzise zu benennen, welche Aussage "zu wieviel Prozent" auf welche Autoren zurückgeführt werden könnte).

(115) M. Liebel, a.a.O., S. 21 (Hervorhebungen hier - wie auch sonst, wenn nicht anders vermerkt - vom Autor).

(116) M. Liebel, a.a.O., S. 22: "Der Lebenszusammenhang konstituiert sich für die Individuen in dem Sinne, daß sie die verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in ihrer Person selbst miteinander vermitteln. Sie sind Produzenten und Konsumenten in einer Person, haben als Person teil sowohl am Prozeß der Produktion als auch am Prozeß der Reproduktion. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß der innere Zusammenhang des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ohne die Beachtung der historisch-spezifischen Produktionsverhältnisse eine "leere Abstraktion" darstellt. Er ist in seiner Struktur und seinen Verhaltensformen von den Produktionsverhältnissen durchgehend geprägt, folglich auch der durch ihn konstituierte Lebenszusammenhang".

(117) Zweifellos wäre es möglich, auch an diesem Punkt eine längere Debatte darüber zu führen, ob es sich um ein theoretisch hochbrisantes Problem handelt, wenn von Jugendlichen allgemein und von Arbeiterjugendlichen im besonderen gesprochen wird. Ich verzichte hier aus zwei Gründen darauf: Erstens ist der qualitative ebenso wie der quantitative Aspekt dieser Fragestellung bereits im ersten Teil dieser Arbeit und im Exkurs zu Beginn dieses Teils ausführlich erörtert worden; zweitens schreiben die

hier herangezogenen Autoren praktisch ausnahmslos über die gleiche Mehrheit aller Jugendlichen, die keine Oberschul-, geschweige denn eine Hochschulausbildung absolvieren - und einen allgemin akzeptierten hinreichend genauen Terminus für diese Jugendlichen gibt es nicht; ich übernehme hier lediglich den am häufigsten benutzten.

(118) M. Liebel, a.a.O., S. 26 f.

(119) M. Liebel, a.a.O., S. 28

(120) B. v. Onna, a.a.O., S. 4

(121) M. Liebel, a.a.O., S. 30

(122) M. Liebel, a.a.O., S. 31

(123) Vgl. dazu Ben van Onna, a.a.O., S. 143: "Will man diese Verlängerung der Qualifikationsphase, die zugleich eine Verlängerung der Jugendphase impliziert, im Verhältnis zu der früher durchschnittlich kürzeren Qualifikations- bzw. Jugendphase begründen oder überhaupt analysieren, warum sich historisch eine von der unmittelbaren Produktion getrennte Herstellung von Arbeitsvermögen herausgebildet hat, so kann man nicht einfach auf die sozialen Bedingungen der lohnabhängigen Existenz verweisen, sondern muß vorrangig die aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sich ergebende stoffliche Seite des Produktionsprozesses und die damit verbundene permanente technologische Umwälzung einbeziehen. Die von ihr geforderte Auslagerung der Qualifizierung des Arbeitsvermögens aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß konstituiert eine sowohl im Hinblick auf die Arbeiterfamilie als auch bezogen auf den Produktionsprozeß eigenständige Qualifikationsphase und damit eine Jugendphase. Gleichwohl ist diese Phase die gesellschaftliche Form der Subsumtion von Jugend unter das Kapitalverhältnis insgesamt. Die soziale Konstitution einer eigenständigen

Jugendphase ist somit die soziale Form, in der der Vergesellschaftungsprozeß von Jugend stattfindet. Zugleich ist dieser Vergesellschaftungsprozeß der theoretische Ansatzpunkt dafür, sowohl die Differenzierung von Lebensbereichen und -dimensionen im einheitlichen und durch die Phase der Herstellung des Arbeitsvermögens sich strukturierende Lebenszusammenhang von (Arbeiter-) Jugend als auch die innere Auffächerung schichten- und gruppenspezifischer Jugendphasen zu erklären".

(124) M. Liebel, a.a.O., S. 33. - Zum gesamten Argumentationszusammenhang vgl. a.a.O., S. 32 - 35, sowie die Kapitel III, bes. S. 44 - 53, und V, S. 69 - 75.

(125) M. Liebel, a.a.O., S. 35

(126) Ich möchte hier vorab nur an einem charakteristischen Beispiel aus den gegenwärtigen Auseinandersetzungen illustrieren, auf welchen Sachverhalt ich mich beziehe. In einer Polemik gegen den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts schreibt das Zentralkommitee der deutschen Katholiken u.a.: "Der Rechtsschutz für die Ehe ist im vergangenen Jahr durch das Eherechtsreformgesetz stark eingeschränkt worden. Nunmehr versuchen die Koalitionsfraktionen, mit dem Entwurf eines Gesetzes über das elterliche Sorgerecht in die Freiheit der Familie einzugreifen. Trotz gegenteiliger Beteuerung in der Begründung des Entwurfs wird die Tendenz einer zunehmenden Vergesellschaftung der Eltern-Kind-Beziehungen verfolgt". (Aus: "Die Bundestagsabgeordneten sind aufgefordert", in: "Frankfurter Rundschau" vom 3. Juni 1977, S. 10. - Hervorhebungen von mir; M.P.).

(127) Weder Liebel noch van Onna gehen in ihren Arbeiten über die bereits zitierten allgemeinen Aussagen hinaus; das gilt auch für das "Jahrbuch Sozialarbeit 1976". Dabei liegen - um nur ein Beispiel zu nennen - in vielen Bänden der Reihe "Texte zur politischen Theorie und Praxis" (bis einschließlich 1976 im Fischer-Taschenbuchverlag mit über 30 Titeln ediert) inzwischen genügend Arbeitsergebnisse aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Bereichen vor, die es durchaus gestatten, zu ersten zusammenfassenden und konkretisierenden Aussagen für Bereiche zu kommen, die für die Jugendlichen relevant sind: Familie, Sozialisation, sexuelle Emanzipation, Bewußtseinsentwicklung usw.

(128) Ich werde mich dabei auf die Bereiche Familie, sexuelle Emanzipation und Freizeit beschränken; die Bereiche Schule und Betrieb können hier unberücksichtigt bleiben, da sie bereits in Teil 2.2. sowie anschließend in Teil 2.5. in die Darstellung und Analyse einbezogen sind.

(129) Bei aller Differenzierung in der Ableitung stützt das Kapital "Zur Theorie der Sozialarbeit: Sozialisation als öffentliche Aufgabe" (in Barabas u.a., "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976") am ehesten Annahmen, die einen "einfachen" Vergesellschaftsungsprozeß postulieren - vgl. z.B. den Abschnitt "Vergesellschaftung von Sozialisation als Resultat staatlicher Familienauflösung (a.a.O., S. 419 - 424); zur Kritik einiger Prämissen dieser Vergesellschaftstheorie vgl. Anmerkung weiter unten. -
Im Gegensatz zum schon erwähnten italienischen Beispiel läßt sich in der BRD bis heute lediglich ziellose, destruktive Aggression bei Jugendlichen beobachten, die allerdings schon Einbrüche rechtsradikaler Einflüsse

aufweisen; vgl. dazu beispielsweise den Artikel von Michael Kalmar "Welle der Gewalt an den Berliner Schulen" im "Abend", 32. Jg./Nr. 136 vom 15. Juni 1977, S. 3.

(130) Siehe dazu die am Ende dieses Abschnittes entwickelten Überlegungen zur Ambivalenz der Perspektiven für das kommende Jahrzehnt (soweit sich Entwicklungstendenzen bereits jetzt erkennen lassen).

(131) Mir scheint, daß diese Bereiche in der neueren Literatur etwas vernachlässigt werden, was ihre Konfliktträchtigkeit angeht - ganz im Gegensatz zur Phase der intensiven Diskussionen Ende der sechziger Jahre in der Außerparlamentarischen Opposition, auf deren Anregungen und Experimente hin viele der heute vorliegenden Publikationen entstanden sind.

(132) Den gleichen Sachverhalt spricht Offe in seiner Diskussion der "Bedingungen entwickelter Vergesellschaftung auch der Reproduktion" an, wenn er schreibt: "Selbstverständlich ließen sich, unter nicht-kapitalistischen Bedingungen, die meisten der Folge- und Nebenkosten der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft, die unter großstädtisch-industriellen Lebensbedingungen neu hinzugekommen sind, reduzieren und im Rahmen kollektiv-solidarischer Organisationsformen wesentlich rationeller aufbringen; der Wechsel von individuellen zu kollektiven Transportmitteln ist nur eines der Beispiele hierfür, die mögliche kollektive Verrichtung der 'kapitalintensiven' hauswirtschaftlichen Funktionen in Kommunen ein anderes. Unter kapitalistischen Bedingungen stehen jedoch zwei Bedingungen einer solchen Rationalisierung im Reproduktionsbereich im Wege: Einerseits sind ganze Industriezweige davon abhängig, daß die typischen Reproduktions- und Nebenkosten der Arbeitskraft nicht in kollektiver, son-

dern in individualistischer Weise aufgebracht werden - sonst bleiben Millionen von Automobilen, Fernsehgeräten und Kühlschränken unverkauft; und andererseits ist die privatistische, haushalts- und familienbezogene Erfüllung sozialer Bedürfnisse die ideologische und institutionelle Fiktion des Individualismus - einer der wichtigsten Mechanismen der Disziplinierung und Entpolitisierung der Arbeiterklasse". (In: "Bürgerinitiativen ...", a.a.O., S. 155 und S. 157 f.)

(133) Es wird sich zeigen, ob diese Vermutung richtig ist, wie vielfach angenommen wird. Es scheint allerdings, als nähmen viele Autoren an, die Tatsache, daß das einzelne Kapital an der Reproduktion der Arbeitskraft in der Regel desinteressiert sei, garantiere schon den "Freiraum" - um dabei zu übersehen, daß z.B. das Bürgerliche Gesetzbuch sehr konkret und sehr konservativ gerade dem Staat (manchmal auch der Kirche) die Kriterienkompetenz für die Regelung weiter Bereiche der individuellen ebenso wie der gesellschaftlichen Reproduktion zuordnet.

(134) Das trifft nicht nur für diejenigen zu, die an den Diskussionen und Aktivitäten der Außerparlamentarischen Opposition beteiligt gewesen sind; unter dem Eindruck von "außerordentlich starken historischen Veränderungen, die in den hochentwickelten bürgerlichen Gesellschaften inzwischen einen Punkt erreicht haben, der triumphierend oder voller Schrecken als Bankrott, Untergang oder Tod der Familie wahrgenommen wird; (Heinsohn/Knieper, S. 9), beauftragte 1965 auch der Deutsche Bundestag die Bundesregierung erstmals mit der - in Zukunft regelmäßigen - Vorlage eines Familienberichts (vgl. in diesen Zusammenhängen den vom BMJFK herausgegebenen "Zweiten Familienbericht", Bonn 1975 (o.V.), S. V ff.). - Inzwischen ist die

Literatur zum Familien-Thema kaum noch übersehbar. Die Auswahl, die ich getroffen habe, war vom Interesse an fachübergreifenden Darstellungen und Analysen bestimmt, die möglichst a) die Staatsaktivität, b) die Vergesellschaftungsproblematik und c) die Bedeutung der Familie für die Jugendlichen berücksichtigen sollten. Repräsentativität war nicht angestrebt, sondern Informationsbreite.

(135) Vollständigkeit zu erreichen wäre unmöglich gewesen; ich bitte zu berücksichtigen, daß im Rahmen dieser Arbeit und dieses Teils eine akzentuierte Tendenz-Beschreibung ausreicht.

(136) Vgl. dazu die Darstellung der "Grundzüge der Familienpolitik der Bundesregierung" im "Zweiten Familienbericht" (a.a.O., S. VI ff.), die in den Punkten "Aufgaben der Familie" und "Leitbilder der Familie" (S. VII f.) die widersprüchliche Entwicklung beschreibt, sie aber nicht zu stoppen oder umkehren, sondern offenbar als "Funktionswandel" mit "Hilfe zur Selbsthilfe" weiterlaufen lassen will, ohne die Kontrolle aufzugeben.

(137) Die Widersprüchlichkeit und profamiliäre Einstellung zeigen sich in der rührenden Weigerung der Bundesregierung, die Vokabel "Kleinfamilie" zu akzeptieren (um stattdessen den wesentlich positiver klingenden, aber inhaltsleeren Begriff "Kernfamilie" zu gebrauchen): "Die Bundesregierung hält es angesichts dieser bedeutenden, in die Gesellschaft hineinwirkenden Aufgaben (erg.: der Familie; M.P.) nicht für angemessen, den abwertend wirkenden Begriff der "Kleinfamilie" zu verwenden. Die Familienpolitik der Bundesregierung berücksichtigt, daß

die heutige Familie selbstkritisch ihre Schwächen in der Erfüllung ihrer Sozialisationsaufgaben erkennt und gleichzeitig eine den Erfordernissen der Industriegesellschaft gerecht werdende moderne Familie ist, die sich durch Stabilität in ihren Binnenbeziehungen auszeichnet und darüber hinaus in Krisenzeiten fähig ist, von der Gesellschaft wahrgenommene Aufgaben zu übernehmen". (In: "Zweiter Familienbericht", a.a.O., S. VII f.)

(138) Gunnar Heinsohn/Rolf Knieper: "Theorie des Familienrechts. Geschlechtsrollenaufhebung, Kindesvernachlässigung, Geburtenrückgang". Frankfurt:Suhrkamp 1974.

(139) Am Ende eines entsprechenden Argumentationsganges, der vom objektiven Interesse des Lohnarbeiters ausgeht, geben die Autoren eine Antwort, die quasi "überzeitlich" wirkt: "Die Entwicklung von Moral, Leistungsmotivation und logischen Fähigkeiten, die historisch mit dem Inzesttabu und dem auf Privateigentum - sei es durch weibliche oder männliche Erbfolge bestimmt - gegründeten Lebenszusammenhang aufkam, meint sie nur durch Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Familie auch für die Zukunft garantieren zu können. Eine Familienstruktur, in der die Frau für die frühkindliche Erziehung und der Mann für den Lebensunterhalt zuständig sind, erhält in dieser Betrachtung den Stellenwert einer für jede denkbare Fortentwicklung der Zivilisation unverzichtbaren "Naturkonstante".
Daraus erklären sich weltweit und von gesellschaftlichen Gegensätzen kaum berührte politische Rettungsversuche der Familie ohne Rücksicht auf den Verlust ihrer historischen Entstehungsursachen. Reduzieren sich diese Rettungsversuche in den hochentwickelten bürgerlichen Nationen immer deutlicher auf moralische Appelle, hinter denen kaum noch gesetzliche Sanktions-

gewalt steht, so versuchen sozialistische Staaten, die in der bürgerlichen Gesellschaft angelegte Auflösung der Familie - nach ersten Versuchen, diese noch weiterzutreiben - wieder rückgängig zu machen: Die Präambel des Familiengesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik von 1965 z.B. dekretiert die zivilisatorische Potenz der Familie, ohne sie wirklich ausweisen zu können". (Heinsohn/Knieper, a.a.O., S. 13)

(140) Leider ist es hier nicht möglich, diesen sozial spezifischen Äußerungsformen nachzugehen; es würden sich vermutlich überraschende Resultate ergeben, die die Untersuchungsergebnisse beispielsweise von Erika Runge und Alice Schwarzer ergänzen könnten.

(141) Vgl. dazu a) die Rezeption des Frauenhaus-Gedankens und die entsprechende Programmatik in Berlin (im "Neuen Rundbrief" 1/1976, S. 40 ff.); b) die ungewöhnliche Resonanz, die Ingmar Bergmans Film "Szenen einer Ehe" 1975 in der Bundesrepublik fand.

(142) Vgl. dazu den "Stern-Report: Jugend '76 - Nüchtern, fleißig, angepaßt", in "Stern", 29. Jg./Nr. 41 vom 30.9.1976, S. 98 - 120: "Die Familie steht bei der Jugend '76 hoch im Kurs. 87 Prozent halten sie für eine 'wichtige' Institution, mehr als die Hälfte davon, insgesamt 53 Prozent geben ihr sogar das Prädikat 'sehr wichtig'".
Aus "Stern", a.a.O., S. 114:
"Lebensziel
Frage: Was möchten Sie erreicht haben, wenn sie 40 sind?

	Insg.	Mädchen	Jungen
Ich möchte eine glückliche Familie mit Kindern haben	46	56	36
Ich möchte eine glückliche Ehe ohne Kinder führen	7	8	5

".

(143) Die tatsächlich getroffenen Entscheidungen sind weitgehend von Tradition und Emotion bestimmt und "nützen" dem Prinzip Ehe nicht - weder mit der Scheidung, noch mit dem gleichgültig oder widerwillig fortgesetzten Zusammenleben.

(144) Ein Musterfall für die Blockade durchaus dezidierter staatlicher Reformvorstellungen ist die Ablehnung der Novelle des elterlichen Sorgerechts seitens der Katholischen Kirche, der CDU/CSU und ihnen nahestehenden Verbänden (z.B. Caritas-Verband); vgl. dazu die Meldung "Katholiken gegen Kinderrecht" in der FR vom 26. April 1977, S. 1 (siehe auch oben Anmerkung [illegible]).

(145) Vgl. dazu auch die Einwände von Ludmilla Müller gegegen eines der am häufigsten in der Literatur gebrauchten Argumente: Die Vergesellschaftung komme in der wachsenden Anzahl berufstätiger Frauen besonders klar zum Ausdruck. L. Müller "Kinderaufzucht im Kapitalismus - wertlose Arbeit; über die Folgen der Nichtbewertung der Arbeit der Mütter für das Bewußtsein der Frauen als Lohnarbeiterinnen", in: "Prokla", Heft 22 (Berlin, 6. Jg./1976, Nr. 1), S. 13 - 65.

(146) Vgl. dazu Ira L. Reiss: "Freizügigkeit, Doppelmoral, Enthaltsamkeit. Verhaltensmuster der Sexualität", Reinbek:Rowolt 1970: Während seine Charakterisierung

der 50er Jahre sicher zutrifft, ist seine abschliessend im Kapitel "Sexuelle Standards: Entwicklungstrends" formulierte Zuversicht wohl zu optimistisch, was die Herausbildung neuer Standards angeht (S. 170 - 201).

(147) In ihrer Untersuchung "Die Rolle der Frau und die Lebensplanung der Mädchen" kommt Gertraud Reitz hinsichtlich der "Einstellungen zur vorehelichen Sexualität und zur Institution Ehe und Familie" bei der Auswertung eigener Daten und anderer Erhebungen zu einem negativen Resultat: "Die Autoren warnen jedoch ausdrücklich davor, aufgrund dieser Ergebnisse auf eine 'weitgehende Entproblematisierung der Jugendsexualität' zu schließen. Die sexualverneinende Erziehung und die elterliche Kontrolle verursachen äußere und innere Zwänge, Hemmungen und Sexualängste. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung zuverlässiger Antikonzeptiva sind sehr groß. 'Sexuelle Schwierigkeiten, Frustrationen, Ängste und Konflikte resultieren weiterhin aus den negativen Sanktionen der Umwelt. So leiden beispielsweise Koituserfahrene unter ihrer sexuellen Deprivation. (...) Viele Koitusunerfahrene wünschen sich sexuelle Beziehungen; für sie ist die heterosexuelle Abstinenz unfreiwillig und erzwungen' (Sigusch/ Schmidt 1972, S. 131)". (München:Juventa 1974; hier: S. 110 f.)

(148) Vgl. dazu die "Spiegel"-Titelstory "Die verkauften Lolitas. Kinder auf dem Sex-Markt" (31.Jg./Nr. 22 vom 23.5.1977, S. 174 - 183). Mit der fortschreitenden Vermarktung der Ware Sexualität wächst die Unfähigkeit, noch zu begreifen, was der Unterschied zwischen Sexualität und Erotik ist; Entfremdung und inhumanes "Geschäft" ergänzen sich selten so eindeutig.

(149) Zur Differenzierung nach sozialer Herkunft, Tatmerkmalen usw. siehe Joachim Hellmer, "Jugendkriminalität", S. 34-37, und ergänzend und differenzierter Günther Kaiser, "Jugendrecht und Jugendkriminalität", S. 235 ff.

(150) Siehe dazu weiter bei G. Reitz (Anmerkung 147).

(151) Darin stimmen die Berichte aus den Jugendfreizeitheimen usw. nach wie vor überein - wenn sie dergleichen Themen überhaupt aufgreifen; das Beispiel des "Prisma" in Berlin-Reinickendorf, das wegen einer "sexualpolitischen Aktion" (einer Pillenversteigerung) schließen mußte, schreckt ebenso davon ab wie die Pressekampagnen gegen Ferienlager und den "Schülerladen Rote Freiheit" - siehe dazu genauer Kapitel 3.

(152) Das gilt zunächst für einzelne; es bedeutet aber keineswegs, daß Gruppenaktivitäten gute Erfolgsaussichten hätten, anerkannt und honoriert zu werden.

(153) Sprachschwierigkeiten und -hemmungen, Treue-Ideologien, Identitätsprobleme und eine große Anzahl anderer Probleme verdichten sich hier zu einem Block, der kaum beiseitezuschieben ist; es kommt dazu, daß die Erwachsenen-Umwelt sofort in Unruhe und hektische Repression verfällt, wenn Sexualität, Emanzipation, Jugendliche, Kollektive und Aktion zusammenkommen. Kennzeichnend ist auch hier die Doppelmoral: Einerseits haben die unsäglichen "Schulmädchen-Report"-Sexfilme offenbar Dauererfolge zu verzeichnen; andererseits hat sich die konservative Öffentlichkeit noch nicht einmal mit dem obligatorischen Sexualunterricht an den Schulen abfinden können. Daß die Diskrepanzen zu Konflikten für die Jugendlichen führen können, die ihnen unlösbar scheinen, liegt so nahe, daß eher verwundert, warum so selten gravierende Fälle publik werden.

(154) Eine sehr gute Schilderung des angesprochenen Problemzusammenhangs gibt Almut Jödicke in ihrem Bericht "Arbeitermädchen im Jugendzentrum" mit der Beschreibung der Reaktion der Jungen, auf deren repressives Verhalten hin die Mädchen eine "Frauen-Interessepruppe" bildeten. (Arbeitsmaterialien Sozialarbeit/Sozialpädagogik 2, hrsg. vom Sozialistischen Büro, Offenbach, März 1975; vgl. insbesondere S. 19 ff und 36 ff).

(155) G. Reitz hat das anhand der "Partnerschaftsideologie" herausgearbeitet: sie sieht ihre Hypothese empirisch bestätigt, "... daß die ins Gewicht fallende Veränderung der Geschlechterrollen nur im Bereich der Jugendlichen-Rollen stattgefunden hat. Aus dieser Veränderung ist lediglich zu erwarten, daß die Mädchen noch größeren Konflikten ausgesetzt werden, als es die Frauen heute schon sind. Dafür sprechen auch die Einstellungen der Mädchen, die größere Widersprüche aufweisen als die der Eltern. Allerdings ist auch damit zu rechnen, daß stärkere Konflikte, die stärkere psychische und physische Belastung bedeuten, eine erhöhte Bereitschaft zu Einsicht und Veränderung mit sich bringen". (S. 167) Damit kann die Partnerschaftsideologie infragegestellt werden - auch von Seiten der Mädchen, dagegen steht der vor allem über die Eltern vermittelte Gegendruck der Gesellschaft und die unzureichende Erziehung.

(156) Darin schlägt sich nieder, daß der Jugendbegriff nicht hinreichend geklärt ist, aber auch daß Jugendliche willkürlich von den Erwachsenen separiert werden.

(157) Vgl. die "Spiegel"-Titelstory "Jugendalkoholismus - Die neue Sucht" (28.Jg./Nr. 50 vom 9.12.1974, S. 68 - 78), die zu dem angesprochenen Zusammenhang folgenden Kommentar gibt: "Westdeutschen Eltern aber ist dieses erhöhte Risiko selten geläufig. Mitunter gar sind sie froh, wenn die Kinder nur trinken, nicht haschen. So hat die Stuttgarten Hauptkommissarin Ingrid Gruber vom Landeskriminalamt 'die erstaunliche Feststellung gemacht, daß viele Eltern aus Angst, daß ihre Kinder zu Drogen greifen, den Alkoholgenuß unterstützen und fördern'. Vor allem: Sie gehen mit schlechtem Beispiel voran. Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an reinem Alkohol erreichte 1973 mit 12,22 Litern den höchsten Stand seit der ersten Statistik im Jahre 1888. Zwölf Liter Brennstoff - das sind 588 Glas Bier plus 34 Flaschen Wein plus 11 Flaschen Branntwein. Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung trinkt ein Drittel der Bevölkerung weniger, ein anderes mehr als das. Weil sie über dieser Norm liegen, müssen nach Einschätzung des Bonner Gesundheitsministeriums 'sieben Millionen Personen in der Bundesrepublik Deutschland als deutlich und weitere neun Millionen als erheblich gefährdet angesehen werden' - eine Zahl von Problemtrinkern, die annähernd so groß ist wie die Einwohnerschaft ganz Nordrhein-Westfalens. Der Drei-Millionen-Bevölkerung Berlins und Münchens entspricht die Gruppe der exzessiven Trinker, die sich Tag für Tag mit mehr als 100 Millilitern reinem Alkohol berauschen: mit mindestens zwei Litern Bier oder einem Liter Wein oder einem viertel Liter Weinbrand. Und mehr als das Doppelte dieses Quantums lassen über 300.000 Bundesbürger in sich hineinlaufen. Liniengleich mit den verkauften Flaschen steigt die Bruchquote bei den Verbrauchern. Alkoholkrank nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation ('exzessive Trinker' mit 'deutlichen geistigen Störungen oder Konflikten in ihrer körperlichen und geistigen Ge-

sundheit, ihren mitmenschlichen Beziehungen, ihren sozialen und wirtschaftlichen Funktionen') waren nach einer SPIEGEL-Enquete vom Jahre 1960 an die 300.000 Bundesbürger. Damals lag der Alkoholkonsum je Einwohner bei 7,79 Litern. Heute hingegen muß nach Ansicht des Alkoholforschers Wilhelm Feuerlein, Mitarbeiter am Münchner Max-Planck-Institut für Psychiatrie, mit 1,2 und 1,8 Millionen Kranken gerechnet werden". (S.72/73) (...) "Im Bonner Gesundheitsministerium ist Fachmann Franke guten Willens, die Bemühungen der Länder zu unterstützen; viel Erfolg verspricht er sich nicht: 'Es gibt keine kausale Prävention'. Zu mäßigen wäre der Nachwuchs in seiner Sicht nur dann, 'wenn man an die Grundstörungen herankäme, aber wie, zum Beispiel, soll man denn nun von Bonn aus die Familien erziehungsfähiger machen?' Auch Hamburgs Schulsenator Günter Apel ist skeptisch, ob das Erziehungsprogramm der Hansestadt verschlägt: 'Alle Anstrengungen zur Eindämmung des Alkoholkonsums der Jugendlichen werden nur begrenzten Erfolg haben, wenn der exzessive Konsum von Alkohol unter den Erwachsenen nicht zurückgeht'. Doch der Promillespiegel der Deutschen wird, wie das Bonner Gesundheitsministerium befürchtet, weiter steigen und womöglich in den achtziger Jahren eine 'kritische Grenze' überschreiten: bei fast dem halben Volks ein durchschnittlicher Tageskonsum von hundert Millilitern Alkohol, der gesundheitsgefährdenden, suchtfördernden Dosis; schon jetzt sei aus den Trinkgewohnheiten der 21- bis 25jährigen, also der Mütter und Väter von morgen, zu schließen, daß sie 'zu einer deutlich höheren Konsumfrequenz gelangen werden als ihre Eltern'. Gehen die Bundesbürger wirklich weiterhin 'so leichtfertig und so fahrlässig mit dem Alkohol um, finden sie zu dem jahrhundertealten Rauschmittel nicht eine neue, ebenso kritische Einstellung wie zu den Rauschgiften, dann droht',

so praphezeit Wissenschaftler Huhn, 'eine katastrophale Entwicklung: mehr Opfer als durch Rauschgift und Straßenverkehr, Heere von Frührentnern und menschlichen Wracks, gewaltige sozioökonomische Kosten'". (S. 78)

(158) Alkohol- und Drogensucht, religiöse Präferenzen und die wachsende Zahl von Jugendlichen, die aktiv konservativ bis rechtsradikal auftreten, sind Symptome des gleichen Defizits, das in der "Spiegel"-Titelstory "Jungwähler - Schwenk zur CDU?" (30.Jg./Nr. 15 vom 5.4.1976, S. 46-60) so formuliert wird: "Was Wunder: Angesichts ungelöster Probleme wie der Jugendarbeitslosigkeit, bei denen selbst die Bonner Macher machtlos sind, muß es in der Tat 'schwerfallen, jungen Leuten zu erklären, daß sie was erreichen, wenn sie aktiv werden' (Kloffel). Wenn auch die Veränderungsexperten von der SPD keinen Ausweg wissen oder weisen - muß da nicht für viele die Ansicht naheliegen, sei seien sich selbst der Nächste?
Das mag erklären, warum nun schon Schüler ihr Leben auf die Karriere-Karte setzen; warum studentisches Langhaar spätestens zum Examen fällt; warum auf Bestseller-Listen derzeit Titel stehen wie "die Kunst, ein Egoist zu sein". Jugendliche allerdings, die keine Hoffnung haben aufzusteigen, neigen nun vermehrt dazu 'auszusteigen§ - so der Tübinger Jugendpsychiater Professor Reinhart Lempp, der die Erfahrung gemacht hat, daß die in Rezessionsjahren grassierende Zukunftsangst viele Jüngere in 'die Resignation, die Depression' führt. Die Schwächeren fliehen vor der Widrigkeit der Wirklichkeit, sagt Lempp, in 'Drogenabhängigkeit und Suizid'; die Zahl jugendlicher Selbstmorde hat sich seit 1970 nahezu verdoppelt. Junge Arbeitslose, so der Münchner Jugendpfleger Helmuth Mayr, weichen häufig aus

in die 'Bewußtlosigkeit durch Alkohol oder in die Kriminalität'. Andere, wohl die Mehrhei, ziehen sich in jene Traumwelten zurück, nach denen Kino, Comics und kommerzielle Jugendpresse, von 'Bravo' bis 'Melanie' den Weg weisen.
Nach Feierabend ins Niemandsland
Millionen von bundesdeutschen Jugendlichen, schreibt der Bochumer Pädagoge Professor Joachim H. Knoll, praktizieren einen 'gleichsam schizophrenen Lebensvollzug': Tagsüber leisten sie, mehr oder weniger apathisch, Pflichtübungen in Schule und Beruf; anschließend lassen sie sich ins Niemandsland rangieren'". (S. 57) Vor diesem Hintergrund läßt sich ein auch in Berlin zu den letzten Bundestagswahlen verteiltes Sekten-Flugblatt besser einordnen (vgl. Anhang II, Nr. S. 360f).

(159) Freies Agieren, das das Schutzangebot als das erscheinen ließe, was es wirklich ist, nämlich belästigende Beeinträchtigung, würde ja die ganze "Geschäftsgrundlage" zerstören: das Axiom der männlichen Stärke, die der Schwäche der Jugendlichen der Frauen komplementär gegenübersteht.

(160) Zur Definition der sozialstrukturellen Gewalt vgl. Peter Brückner, "Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus" (Frankfurt/M.: EVA 1972), insbesondere Kap. 1: "Sozialstrukturelle Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft - die Arbeiterklasse im Kapitalismus" (S. 13-56)

(161) Den Jugendlichen wird das als Identität verkauft, was andere dafür halten - und mit Sanktionen reagieren, wenn Ansätze zum Konsumentenstreik erkennbar werden. Man möchte erreichen, daß die "Bereit-

stellung einer positiven Identifikationsbasis" genausogut "funktioniert", wie es bei den Frauen mit Hilfe der Frauenzeitschriften gelungen ist: "Die erschreckende Übereinstimmung des Frauenbildes der Zeitschriften mit den Auffassungen vom 'Weden und den Aufgaben der Frau, die von der Mehrheit der weiblichen Bevölkerung geteilt werden, erklärt, warum dieses so irreal anmutende Frauenbild akzeptiert wird: Seine Ausklammerungen beziehen sich genau auf die diesbezüglichen Leerstellen im allgemeinen Bewußtsein. Wenn also das von den Zeitschriften gezeichnete Bild der Frau, gemessen an objektiven gesellschaftlichen Beziehungen, in denen sie als Staatsbürgerin, Arbeitnehmerin, Bürgerin einer Gemeinde, Mutter von Kindern usf. steht, sehr reduziert erscheint, wenn sie im wesentlichen als Mittelpunkt einer vom Konsum bestimmten häuslichen Idylle vom Glanzpapier der Illustrierten herunterlächelt, so entspricht dies mindestens zu einem Teil der 'sozialen Realität' der heutigen Frauen. Es handelt sich leider um die 'richtige Widerspiegelung einer falschen Wirklichkeit'". (G. Reitz, a.a.O., S. 45, das Zitat ist aus: Ingrid Langer-El Sayed, "Frau und Illustrierte im Kapitalismus")

(162) Es kostet ja bereits eine erhebliche Anstrengung, eigene Auffassungen gegen den kalkulierten Oberflächen-Perfektionismus des Konsumangebots zu entwickeln und durchzuhalten - eine Fähigkeit, die Kinder bekanntlich noch haben (bis zu einem gewissen Alter, in dem sie dann resignieren, weil sie beispielsweise nicht so "schön" zeichnen oder malen können, wie die sterilen Comics es ihnen vorführen).

Sobald aber beispielsweise beim Bildungsurlaub eigene Kriterien wiedergewonnen sind, zeigt sich schlagartig, daß es kein Angebot von billigen Rohmaterialien und Werkzeugen für eine eigene Produktion gibt - also bedient man sich des scheinbar "Fertigen" und verwendet es als Rohmaterial etwa für Collagen.

(163) Brückner behält diesen Terminus in seinem Buch durchgängig bei; er kann nur graduelle, aber nicht qualitative Unterschiede in der Lage von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Gastarbeitern, Farbigen usw. feststellen. Seiner Auffassung nach zeichnet auch den Haß innerhalb der "imperialistischen Gesellschaft" inzwischen eine Reihe von Merkmalen aus, die eng mit denjenigen korrespondieren, die Frantz Fanon bei den vom Imperialismus Kolonisierten fand (vgl. insbes. das Kapital "Von der Gewalt" und das Vorwort von Jean-paul Sartre: "die Verdammten dieser Erde", Frankfurt/M.: Suhrkamp 1966, S. 7 - 73).

(164) Genau das wird an der sozialliberalen Schulpolitik von konservativer Seite im Kern kritisiert: die "Gleichmacherei", die "Nivellierung" (- die nur stimmig wäre, wenn man tatsächlich zu Recht davon reden könnte, daß die Bourgeoisie ein geistiges Niveau hätte, das nennenswert gesenkt werden könnte; auch das konservative Bildungsbürgertum, das eher betroffen ist, beklagt eher die Gefährdung von Privilegien als die Verbreitung von Bildung) als Konsequenz der "Proletarisierung".

(165) Die Auflösung der Schulklassen, die die ganze Schulzeit zusammenbleiben, in den Gesamtschulen, ist ebenso ein Beispiel dafür, wie die Auflösung der alten "Arbeiterviertel" in den Städten.

(166) Dafür sorgen mehrere Umstände: 1. die knappe Zeit, besonders bei Schülern; 2. die Organisation der Freizeit im Rahmen der Ganztagsschule; 3. der Mangel an Ansatzpunkten, Materialien und verfügbaren Plätzen und Räumen usw. - das führt dazu, daß die Jugendlichen in der Zeit, die tatsächlich ihnen gehört, kaum noch die Möglichkeit sehen, kontinuierlich über längere Zeit hin kollektiv, kooperativ und produktiv etwas zu planen und zu tun.

(167) Die Verhaltensmuster können durchaus auch von Mischformen der genannten Hauptströmungen oder von genereller Passivität, Inaktivität, "Tagträumerei" oder dergleichen bestimmt sein. Bemerkenswert und charakteristisch ist, daß die verschiedenen Gruppen und Strömungen die bestehende soziale Realität ablehnen und in der Regel keine linksgerichteten Alternativen entwickeln.

Dem scheinen zwei Richtungen zunächst nicht zu entsprechen: diejenige, die eine "Gegengesellschaft" bzw. "Gegenökonomie" anstreben, sowie die Terroristen, die eine "linke" Begründungsphraseologie für ihre Anschläge verwenden. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß

1. die "gegenökonomischen" Ansätze zwar teilweise sehr beeindruckend sind und insbesondere dann, wenn Resozialisierungs- und Rehabilitierungs-Arbeit eingeschlossen ist, auch eine kaum zu unterschätzende soziale Leistung erbringen; eine gesellschaftsverändernde Qualität weisen aber solche Unternehmen kaum auf, und sie wollen es vielfach auch nicht; eine entpolitisierende Wirkung kann auf Dauer vermutet werden;

2. terroristische Gruppe nach dem Muster der "2. Juni"-Gruppe, deutlicher noch nach dem Muster der italienischen "brigate rosse" oder "nuclei armati proletari" der Linken eindeutig schaden; ihre Verbindungen zum organisierten Verbrechen und offenbar

partiell auch zu faschistischen Terroristengruppen stehen in einigen Fällen fest - damit stellt sich die Zurechnung zur Linken, die in den Massenmedien in der Bundesrepublik ebenso wie von Seiten vor allem christ- und freidemokratischer Politiker immer wieder vertreten wird, als ein Argument dar, das zu durchsichtig der Linken schaden soll.

(168) entfällt

(169) Vielfach ist die Konfrontation bzw. Provokation auch ein Mittel, die Bereitschaft der meisten Jugendlichen zur Solidarität zu wecken, um sie dann leichter "rekrutieren" zu können.

(170) Sprache und Sprachmodus sind von Unklarheiten, Verschleifungen, abwertenden Bezeichnungen für Personen, Scheinabstraktionen, Verkürzungen, Schablonen- und Versatzstück-Grammatik und -Vokabular bestimmt; sie ist denen gegenüber, die sie verwenden, ebenso gleichgültig wie gegen die, über die sie etwas aussagen will. - Es geht mir keineswegs darum, Sprachpurismus zu demonstrieren bzw. zu verlangen; ich berücksichtige durchaus, daß es schichtspezifische Sprachbarrieren und -beschränkungen gibt. Beide Einwände treffen hier aber nicht.

(171) Walter Schurian hat sich in seiner Monographie über "Jugendfeindlichkeit. Jugendliche als diskriminierte Minderheit" (Weinheim/Basel: Beltz 1976) sehr ausführlich mit der Interdependenz von Idealisierung und irrationaler Abwertung der Jugendlichen seitens der Erwachsenen auseinandergesetzt und ist zu Resultaten gekommen, die er in folgenden beiden Abschnitten zusammenfaßt: "Gegenwärtig ist Jugendlichkeit offensichtlich das Ziel vieler Wünsche,

Bedürfnisse und Interessen der Erwachsenen. Die Ausrichtung der Konsumindustrie auf die Zielgruppen der Jugendlichen ist sicherlich ein treibendes, motivierendes Moment dahinter: mit dem Appeal des Jungseins wird das zur Zeit unerwünschte Altsein überdeckt, mit Jungsein werden Illusionen und Produkte verkauft und Hoffnungen geweckt". (S. 81)
(...)
"Sicherlich ist Jugendlichen eine spezifische Spontanität und Impulsivität eigen; Ihr Verhalten ist mal asozial, mal kritiklos angepaßt, ihre Sprache und ihr Denken provokativ, divergent. Verhalten, Kleidung, Werte, Aktivitäten sind eigenen, nicht leicht einsichtigen und insbesondere nicht immer etablierten Gesetzmäßigkeiten unterworfen; sie sind mit den Verhaltensweisen von Erwachsenen nicht ohne weiteres kompatibel. Ihre Interessen und Auffassungen von Tätigkeiten, Leistungen und diesbezüglichen Motivationen stehen oftmals in krassem Gegensatz zu den Erwartungen der Erwachsenen. Aber was besagt das alles? Ist das Verhalten von Jugendlichen daher unausgeglichen? Ja, wenn ihr Verhalten am Verhalten einer anderen Gruppe gemessen wird. Nein, wenn man ihren Verhaltensweisen eine Eigengesetzlichkeit konzediert, die auch Kindern und Erwachsenen zugestanden wird. Dann nämlich müssen jugendliche Verhaltensweisen vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Relevanz für die Jugendlichen selbst gesehen werden und nicht für Erwachsene oder wie Erwachsene dazu stehen" (S. 92).
Von daher betrachtet, erweist sich diese "Subkultur" als Produkt der Jugendfeindlichkeit, die ihrerseits als wesentliches Moment der sozialstrukturellen Gewalt erklärt werden kann.

(172) Ich möchte hier eine Skepsis anmelden, die in ähnlicher Art auch Wolf Wagner zu seiner Kritik an der Verelendungstheorie geführt hat: es sind schon erhebliche Anstrengungen erforderlich, wenn man die Auffassung begründen will, gerade Niederlagen, negative Erlebnisse, Frustrationen, anhaltende direkte und indirekte Unterdrückung usw. seien vorzüglich geeignet, emanzipatorische Energien zu produzieren. Mit dem jeweils sinngemäßen Ersetzen des Terminus "Verelendungstheorie" durch "Vergesellschaftungstheorie" kann ich mich der Kritik ". Wagners an solchen Konzepten nur anschließen, wenn er formuliert: "Deshalb kann die Verelendungstheorie auch nicht den Anspruch erfüllen, eine Handlungsanleitung für die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu sein. Denn wenn sich die wirkliche Entwicklung so verhielte, wie es die Verelendungstheorie behauptet, wäre das Proletariat weder materiell noch psychisch oder physisch (und erst recht nicht von seinen Kenntnissen her) in der Lage, einen Kampf zu führen, der über eine kurze Revolte hinausginge, geschweige denn, die gesellschaftliche Reproduktion in eigene Regie zu übernehmen. Vor allen Dingen aber ist eine Agitation, die in einer Situation, wo es sowieso immer schlechter geht, mit der Parole zur Aktivität aufrufen wollte, es gehe noch mehr bergab, ein Schlag ins Gesicht: Sie negiert die täglich beobachtbaren Schutzreaktionen der menschlichen Psyche: Resignation, Apathie und vor allem die Verdrängungsmechanismen, die bis zur völligen Verkehrung der Erfahrungsverarbeitung gehen können. Nimmt man noch hinzu, daß in einer Prestige- und Status-orientierten

Gesellschaft der Abstieg nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich im tagtäglichen Sozialverkehr geächtet wird, dann wird schlagend deutlich, daß die Strategie der 'Entlarvung' und der 'Zerstörung der Illusionen der Arbeiter über ihre Lage', daß die Verelendungstheorie als Mobilisierungsstrategie letzlich in die Isolierung führen muß. Daraus folgt, daß die Verelendungstheorie als Theorie über die Entstehung massenhaften revolutionären Klassenbewußtseins und Kampfeswillens, als Theorie über die Entstehung der sozialistischen Revolution jeder Basis entbehrt". (Wolf Wagner, "Verelendungstheorie - die hilflose Kapitalismuskritik", Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch 1976, S. 95 f.)
Auf diese Kritik wird noch näher einzugehen sein, wenn die Selbstverwaltungsinitiativen Jugendlicher zur Debatte stehen, da in der Begründung für die Agitation zu solchen Initiativen vielfach eine Vermengung von widersprüchlichen Theorie-Elementen aus der Verelendungs- und der Vergesellschaftungstheorie anzutreffen ist.

(173) Deswegen "Normalität", weil die gesellschaftliche Sensibilität bestimmten Zuständen, Verhältnissen und Bedingungen gegenüber sich vergleichsweise rasch anpassen kann, auch wenn über Jahre vorher ein anderer "Normalitäts"-Begriff maßgeblich schien; im Bereich der sexuellen Toleranz ist das besonders einfach festzustellen: die durchschnittlich - "seriöse" Werbung zeichnet sich heute durch eine Trendstabilität aus, deren Merkmal ist, daß sie Sex nur in Ausnahmefällen noch bemüht - oft ist auch die indirekte Verwendung heute weiter zurückgenommen

als zwischen 1960 und 1965. Trotzdem ist die Sättigung noch spürbar, die deutlich von der Situation 1960 absticht: die "Normalität" hat einen anderen Inhalt.

(174) Am deutlichsten - weil allgemein als Erfahrung zugänglich - ist das im Schulbereich geworden, dessen Funktion nicht ersetzbar und mit einer Fülle anderer Funktionen unmittelbar verknüpft ist. Vgl. dazu als gute Illustration die "Spiegel"-Titelstory "Schulangst" (30.Jg./Nr. 23 vom 31.5.76, S. 38 - 52); wenig später begann im "Stern" eine entsprechende Serie unter dem Titel "Verdammte Schule".

(175) Entsprechend schwer tun sich die bisher vorliegenden Untersuchungen mit der Konkretisierung ihrer theoretischen Postulate; Manfred Liebel etwa, der, wie zitiert, "eine spezielle Widerspruchsdynamik" als gegeben ansieht, kann nur knapp über "Beispiele zu möglichen Konsequenzen" berichten: "a) Ein Beispiel aus der Schule: Klassenreise; b) Ein Beispiel aus dem Jugendfreizeitheim: Medienproduktion" (Manfred Liebel, "Produktivkraft Jugend", S. 90 - 98). - Eine Ausnahme in der Berichterstattung stellen lediglich Zeitschriften wie "ran" (DGB), "blickpunkt" (Landesjugendring Berlin) oder die Fachzeitschriften dar; dazu kommen die linken Zeitschriften wie "konkret" - und im übrigen gilt, daß Informationen über sog. "Basisaktivitäten" zwar vorhanden sind, aber nicht "abgenommen" werden.

(176) Sofern kein "pathologisches Lernen" gemeint sein soll und auch nicht nur eine mehr oder minder geglückte Anpassungsleistung, fällt die Antwort auf die Frage nach dem "Lernerfolg" schwer. - Aus eigenen Erfahrungen und Berichten von Kollegen auf hochschuldidaktischen Tagungen zum Schwerpunkt Grundkurs- und Studienanfänger-Problematik läßt sich kaum mehr sagen, als daß Studentinnen und Studenten der ersten beiden Semester außer starkem Mißtrauen und sehr spürbarer Zurückhaltung in den Lehrveranstaltungen eine hochgradige Sensibilität für das hochschulübliche "Bluff-Verhalten" entwickelt haben - ohne deshalb schon imstande zu sein, sich ohne Schwierigkeiten in Kleingruppen zu organisieren und zu artikulieren.

(177) Eine entsprechende Entwicklung beginnt sich in den Demonstrationen der letzten Monate abzuzeichnen, ohne daß sich schon eine "neue Jugendbewegung" abzeichnete, die imstande wäre, die ziellose, nahezu allgegenwärtige Aggressivität aufzufangen und auf ein Ziel hin zu "bündeln".

(178) Ein Zwischenergebnis eines einwöchigen, in eigener Regie organisierten Seminars von Studenten des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politische Wissenschaft) im September/Oktober 1976 in Hof, in einer Zeitung der Fachbereichs-Initiative publiziert, formulierte als Bestandsaufnahme bezeichnenderweise: "Nach diesem rundgespräch begannen wir eine diskussion zur verallgemeinerung unserer erfahrungen. wir meinten, daß man drei oder vier perspektiven absehen könnte:
1. keine perspektive

2. irgendwo reinrutschen evt. über beziehungen oder eben glück und da dann (individuell) was verändern zu versuchen
3. job 2.rangig, nur zum reproduzieren, berufsrevolutionäre
4. kollektiv irgendwas machen, gegenmilieu schaffen (kneipe, werkstatt, landkommune, lehrergruppe usw.)

Frage: ist keine konkrete berufsperspektive haben für die osi-ini-leute symptomatisch? fürs osi symptomatisch, für die uni's s. oder gar für die ganze heutige gesellschaft charakterisierend?"

(179) Vgl. dazu die Abschnitte "Jugendliche als diskriminierte Minderheit" und "Angst vor der Unordnung" bei Schurian (a.a.O., S. 14 - 32 und S. 85 - 104).

(180) Schon die beiden Ausgaben des "Spiegel" vom 28.2. und 7.3.1977 (31.Jg./Nr. 10 und 11) - "Lauschangriff auf Bürger T." und "Abhöraffäre Traube" - vermitteln einen Eindruck davon, welchen Umfang die Verdächtigungszone erreichen muß, falls auch nur entfernt in den Größenordnungen weitergebaut wird, wie bis heute geplant. - Um zu verdeutlichen, daß hier kein Tatbestand ausgesprochen wird, der nicht mit dem Thema "Jugend und Politik" zusammenhängt, dokumentiere ich im Anhang eine bezeichnende Berliner Episode, die das Ausmaß der aktuellen Verunsicherung belegt ("Prinzip des mündigen Lesers in der Gedenkbibliothek", vgl. Anhang II, Nr. 359).

(181) entfällt

(182) "Mehr Chancen für die Jugend - zu Inhalt und Begriff einer offensiven Jugendhilfe" - (verfaßt von einem Ausschuß des Bundesjugendkuratoriums; hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Stuttgart: Kohlhammer 1974; hier: S. 32).

(183) Georg Fülberth/Jürgen Harrer, "Die deutsche Sozialdemokratie 1890 - 1933", Darmstadt/Neuwied 1974, S. 7 - Hier zitiert nach Brauns u.a.: "Die SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945", Frankfurt/M.: Fischer 1976, S. 11.

(184) Hellmut Lessing: "Jugendpflege oder Selbsttätigkeit. Eine historische Untersuchung zum Verhältnis von Reformismus und Jugendarbeit", Frankfurt/M.:Europäische Verlagsanstalt 1976. - Lessing schreibt über Interesse, Schwerpunkt und Methode seiner Arbeit:
"Das Interesse der vorliegenden Arbeit zielt darauf, die hier skizzierte Beziehung zwischen Jugendpflege und Bildungsproblematik als Gegenstand der politischen Praxis in dem Teil der Arbeiterbewegung zu untersuchen, in dem die Arbeiterjugendpflege etabliert wurde. Dabei erfolgt die Analyse weniger im Hinblick auf bildungspolitische Konzepte, die für Schule oder Berufsausbildung gegenüber Staat und Kapital entwickelt wurden; die Frage wird vielmehr vom Zentrum der politischen Praxis ausgehend zu stellen versucht, indem die durch die Arbeiterbewegung selbst betriebene Jugend- und Bildungsarbeit analysiert wird, eine Praxis also, in der objektiv die Voraussetzungen für eine Überwindung bürgerlicher Jugend- und Bildungsvorstellungen erlangt sind. Da aber die Jugendfrage in Theorie und Praxis großer Teile der Arbeiterbewegung vor allem als Bildungsfrage begriffen wird, ist die Herausbildung bestimmter Bildungsideen und deren Funktion ebenso Untersuchungsinhalt wie die Analyse des Reformismus als der politischen Richtung, die die Arbeiterjugendpflege hervorgebracht hat: konkret die Analyse des Verhältnisses zwischen reformistischer Politik und der Jugend- und Bildungsarbeit und insofern die der in diesem Zusammenhang relevanten Aspekte des Reformismus. Wenn dabei diese Politik

vor allem an der Geschichte der deutschen Gewerkschaften thematisiert wird, so erfolgt die Untersuchung mit der Absicht, die auch die Jugendarbeit kennzeichnende Vorstellung zu vertiefen, daß 'eine historisch legitimierte und autonome Ausgangsbasis der gewerkschaften Bildungsarbeit sich langfristig ... nur herstellen (läßt), wenn die Gewerkschaften selber eine autonome Politik der Arbeiterinteressen betreiben'". (Lessing, a.a.O., S. 9)

(185) Die partielle Integration auf den verschiedenen Ebenen:
- auf der Unternehmensebene durch Betriebsräte;
- auf der Zirkulationsebene durch Tarifverträge;
- auf der Konsumtionsebene durch Genossenschaften;
- auf der Reproduktionsebene durch Sozialpolitik usw.

bringt es zusammen mit der Integration der reformistischen Partei in das politische System der parlamentarischen Demokratie fast unausweichlich mit sich, daß die relative Sicherheit der Arbeiter in zunehmendem Maße an die Stabilität des ökonomischen und politischen Systems gebunden zu sein scheint. Versuche der Arbeiterbewegung, an der politischen Macht zu partizipieren, geraten unter den Druck der Furcht, per se die Stabilität zu zerstören und die eigene Situation genauso zu verschlechtern, wie eine Krise es tun würde: das Schein-Dilemma ist entstanden, das auf der Annahme beruht, es gäbe einen Kapitalismus ohne Krisen.

(186) Genau das ist eingetreten: die scheinbar "gekonnte" Bewältigung der Rezession in den 60er Jahren durch Schiller und Strauß hatte nicht etwa zur Konsequenz, im Sinne eines "Wir sind noch einmal davongekommen"

die Beschäftigung mit der Krisenanfälligkeit des Systems zu intensivieren - im Gegenteil:
"Zwei Jahre arbeitete die Kommission unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt. Der im Juni 1972 vorgelegte erste Entwurf des sozialdemokratischen Orientierungsrahmens stand ganz im Zeichen des 'Quantifizierungsdogmas'. Für 1975 - 1985 berechnete man ein reales Wirtschaftswachstum am Bruttosozialprodukt schrittweise von 28 auf 34 Prozent, dann ließen sich aus dem Zuwachs alle für notwendig gehaltenen 'innenpolitischen Reformen' ohne tiefere Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur verwirklichen. Das Drängen der Lohnabhängigen auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, die unüberhörbaren Forderungen nach 'mehr Lebensqualität', 'Humanisierung der Arbeitswelt' usw. waren endlich im Diesseits der Marktwirtschaft untergebracht. Von der Krisenfreiheit des kapitalistischen Systems war die Kommission so fest überzeugt, daß sie auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und Eingriffe in die gegenwärtige Gesellschaftsordnung meinte verzichten zu können. Alles, was nicht zu quantifizieren war, wurde als 'theoretische Spinnerei' ohne Realitätsbezug bezeichnet und abgetan.
Am Beispiel des prognostizierten Wachstums von 5 Prozent läßt sich die gesamte Naivität jenes Theorieansatzes verdeutlichen. Die Quantifizierung des Reformprozesses im Kapitalismus wurde eingeführt, um systemüberwindende Grundsatzforderungen in der Partei einzudämmen. Sie erwies sich nur zu bald als ein Maßstab, der unfreiwillig die fehlende Reformierbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bloßlegte und deshalb schleunigst aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Allerdings zogen diejenigen, die den Ansatz entwickelt hatten, keine Konsequenzen aus dem Scheitern. Ohne Diskus-

sion verschwand auch die angenommene Wachstumsrate, als selbst die sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten deren Fehlerhaftigkeit eingesehen hatten". (Brauns, u.a., a.a.O., S. 267 f.) Und auch im OR '85 der 2. Fassung steht nichts anderes, als daß zwar Krisen auftäten, daß diese aber im Prinzip lösbar seien.

(187) Das ist jedenfalls die "klassische" reformistische Position, die noch die Priorität der materiellen Besserstellung der Arbeiter vertritt.

(188) Bodo Zeuner beschreibt die verschiedenen Aspekte dieses Wandlungsprozesses sehr prägnant:
Es wird"gezeigt, daß innerhalb der SPD und zum Teil auch in den Gewerkschaften das traditionell-reformistische Selbstverständnis durch eine Ideologie abgelöst worden ist, in der die Interessen der Lohnarbeiter nur noch als partikulare Interessen gegenüber einem als sozialen Ausgleich definierten, von der Volkspartei SPD vertretenen Gemeinwohl gelten könnten. Diese Entwicklung war zwar stets in reformistischer Theorie und Politik angelegt; gleichwohl darf der Unterschied zwischen einer reformistischen Arbeiterpartei und einer "Volkspartei" wie der SPD nach 1959 nicht übersehen werden: Die erstere versucht das auf Gesellschaftsumwälzung gerichtete Interesse der Arbeiterklasse mit Methoden zu vertreten, die ein hohes Maß an sozialem Frieden ermöglichen; die letztere erhebt den sozialen Frieden - etwa als Schmidtsches "Modell Deutschland" - zum Ziel um seiner selbst willen, dem sich das Klasseninteresse unterzuordnen hat. Der Weimarer Reformismus und Pluralismus der Sozialdemokratie war, wie Wolfgang Müller gezeigt hat, Ausdruck eines bewußten Klassenkompromisses. Der Bonnder Integrationismus der Sozialdemokratie ist dagegen Ausdruck der Vorstellung, im Kapitalismus sei nunmehr das Stadium erreicht, in dem die Interessen von Lohnarbeit und Kapital prinzipiell zusammenfallen und der

Interessengruppe der Unternehmer nur noch dort, wo sie sich besonders uneinsichtig und egoistisch verhalte, durch das Gegengewicht der Interessengruppe der Arbeitnehmer sozial- und verteilungspolitische Konzessionen abgetrotzt werden müßten, um sozialen Frieden auf Dauer zu sichern. Während der Reformismus eine politisch-theoretische Orientierung benötigt, die von den Massen und ihren Führern geteilt wird, kommt das Programm des sozialen Friedens damit aus, den Massen unter Verweis auf oberflächliche, aber reale Verbesserungen ihrer Lage (oder auf die optimale Verminderung von Verschlechterungen) ein diffuses Vertrauen in die Kompetenz der politischen Führer zu suggerieren. Dem entspricht, daß die SPD und in ihrem Gefolge bis zur Mitte der 60er Jahre auch die Gewerkschaften in der BRD im Gegensatz zu Weimar auf Pflege und Verbreitung von politischer Theorie durch Schulungs- und Bildungsarbeit fast vollständig verzichtet haben". (Bodo Zeuner, "'Solidarität' mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der Gewerkschaften", in: Prokla 26 (6. Jg. 1977, Nr. 1), S. 3 - 32; hier: S. 16.)

(189) Die SPD ist allerdings auch für die "Bewußtseinskrise" der "Selbstverständniskrise" in der BRD und Westberlin verantwortlich: sie hat die Geschichte mit der Annahme der krisenfreien Entwicklung entproblematisiert, die Klassengegensätze als erledigt hingestellt und die Perspektive der BRD kalkulierbar gemacht. In Anbetracht dessen, daß die Ordnungsvorstellungen der SPD sich als unzulänglich erwiesen haben, daß aber auch CDU/CSU und FDP keine plausiblen, "echten" Alternativen bieten können, stellt sich allgemeine Lustlosigkeit ein wegen der Aussicht, daß sich kaum etwas ändern wird und die Anstrengungen, einen keineswegs gerechten, ausgewogenen status quo beizubehalten, nicht nachlassen werden, sondern eher steigern dürften. Diese "Stimmung" wirkt sich

natürlich auch auf die Jugendlichen aus. Vgl. dazu auch die Beiträge zum "päd. extra"-Titel "1977 - Jahr der Resignation?" (Heft 1/1977)

(190) "Auch nach der Ansicht des Nachfolgers von K. Schiller hat die 'wettbewerbsgesteuerte Wirtschaft', für die sich die 'Bundesrepublik entschieden hat, zu bedeutenden Erfolgen geführt'. 'Wir haben keinerlei prinzipielle Erfahrung gemacht, und wir sehen auch keine beeindruckenden Beispiele im Ausland, die uns angeraten erschienen könnten, den Weg zu verlassen'." (Helmut Schmidt; zitiert nach Brauns u.a., a.a.O., S. 252)

(191) In erster Linie gilt das für die Funktionäre der Partei, dann für die Parteimitglieder, in nahezu gleich großem Maß aber auch für die SPD-Wähler; die Entwicklung der entsprechenden "staatstragenden" Einstellungen verläuft, grob skizziert, etwa in folgenden Schritten:
(a) Prinzipielle Anerkennung des bürgerlich-parlamentarischen Staates:

"Schließlich ist auch ein anderes Verhältnis zum Staat entstanden. Da bei Marx der Staat ja eigentlich keinen Selbstwert hat, da er nur ein Herrschaftsinstrument der Ausbeuterklasse ist und nach Herstellung der klassenlosen Gesellschaft absterben muß, konnte ein marxistischer Sozialist dem Staat nur den Rücken kehren, bestenfalls dazu beitragen, ihn zu schwächen und außerstande zu setzen, den Willen der Ausbeuterklasse vollkommen zu verwirklichen. Diese Auffassung von Staat erfuhr einen Wandel, nachdem die sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, politische Verantwortung zu übernehmen hatten. Von diesem Augenblick an blieb diesen Parteien nichts anderes übrig, als den Staat zumindest als notwendiges Übel zu bejahen und das Wohl aller Schichten der Bevölkerung wahrzunehmen, nicht nur das Wohl der Arbeiterschaft. Aus dem notwendigen Übel wurde dann eine moralische Forderung. (...)

Es ist das Verdienst Lassalles gewesen, einem vertieften Verständnis der geschichtlichen Funktion des parlamentarisch-demokratischen Staates, der in der Industriegesellschaft vorhandenen Klassengegensätze auszugleichen und zu versöhnen, die Bahn gebrochen zu haben. Und wo sich das Prinzip wandelt, wandelt sich nach einem Worte Hegels auch der Inhalt. Es ist eine merkwürdige Ironie der Geschichte, daß die Ideen Lassalles desto nachhaltiger und tiefer auf die politische Praxis der deutschen Sozialdemokratie gewirkt haben, je mehr sich die Partei - besonders auf dem Erfurter Parteitag 1891 - ideologisch von den Anschauungen Lassalles offiziell losgesagt hat! Während der Marxismus schon in den Jahren nach der Jahrhundertwende für die deutschen Sozialdemokraten - mit Ausnahme einiger Gruppen von Intellektuellen - wesentlich zum Arsenal überlieferter Thesen wurde, deren emotionaler Appell immer mehr in einen heillosen Widerspruch zur Praxis geriet, hat der Lassalleanismus gleichsam unterirdisch die konkreten politischen Vorstellungen der Sozialdemokratie in dem Maße zunehmend befruchtet, wie die Arbeiterbewegung durch die parlamentarischen Erfolge in eine politische Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft hineinwuchs. Der Boden, auf dem die Ideen Lassalles am frühesten Früchte trugen, war die Politik in den Ländern - ich nenne hier Namen wie von Volckmar und Auer - und in den Gemeinden, aber auch die Praxis der Gewerkschaften". (Carlo Schmid: "Der ideologische Standort des deutschen Sozialismus", a.a.O., S. 185 ff.)

(b) Möglichst weitgehende Integration der Arbeiterklasse (vgl. Anmerkung 185).

(c) Identifikation mit dem Staat (konkret für die unmittelbare Nachkriegszeit beschrieben bei Brauns, u.a.: "Die Hinnahme der Zulassungs- und Ernennungspolitik der Alliierten und damit der prokapitalistischen Entwicklung

ohne ernsthaften Widerstand bedeutete nicht nur eine erste und nicht ohne weiteres korrigierbare Anpassung an die Forderungen der Besatzungsmächte, sondern langfristig auch an die wiedererstarkende kapitalistische Ordnung. Die SPD bewertete ihr Interesse an einer Beteiligung am Staatsapparat höher als den programmatisch erhobenen demokratischen Anspruch, wenn sie sich an den ernannten Landesregierungen beteiligte: Demokratie verengte sich auf die Beteiligung der 'demokratischen' Sozialdemokratie an der staatlichen Machtausübung; diese Haltung machte die SPD im Sinne ihres sozialistischen Anspruchs handlungsunfähig, solange der Staatsapparat noch nicht errichtet war oder sobald sie aus ihm herausgedrängt werden würde". (Brauns u.a., a.a.O., S. 91).

(d)Etablierung und "Verdichtung" dieser Entwicklung zum "Basiskonsens" (vgl. dazu H. Schmollinger/R. Stöss: "Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik", Teil II, in: "Prokla" 26 (6. Jg. 1977, Nr. 1), S. 111 - 149; insbesondere S. 147 f.)

(192) Die vielfach konstatierte Konfliktscheu, ja: Konflikt-Angst der SPD bezog sich offenbar seit jeher auf einen Konflikt mit den anderen, ebenfalls als "tragend" anerkannten Kräften der parlamentarischen Demokratie: mit den politischen Repräsentanten der Bourgeoisie. Eine Konfrontation wird erst dann "akzeptiert", wenn es keine Möglichkeiten mehr gibt, dem Klassenkampf "von oben" auszuweichen. -
Umgekehrt richtet sich alle Aggression gegen jede Kritik von links, die die harmonistisch-integrationistische SPD-Politik in Frage stellt. Die "eigene", innerparteiliche Linke wird - bis zu einer gewissen Grenze - mit Konzessionen besänftigt und beschwichtigt, die allenfalls kosmetische Korrekturen, nie aber substantielle Veränderungen oder gar Neu-Orientierungen bewirken. - Die ganze "Härte" der SPD trifft aber die KPD bzw. heute die DKP/SEW und alle anderen "kommunistischen Kräfte".

Die Übernahme bürgerlich-parlamentarischer politischer Verkehrsformen und -prinzipien, die die SPD teilweise regelrecht verinnerlicht hat, bringt die Partei in eine absurde Position: die Konkurrenz um die reinste Repräsentanz der pluralistischen Prinzipien kann die SPD gar nicht gewinnen. Im Gegenteil: Je stärker sie sich für eine Etablierung des "sozialen Friedens" einsetzt, umso mehr illegalisiert sie ihre eigene "Herkunft" und alles, was damit in Verbindung steht.

(193) Der "Rentenskandal" vom Frühjahr 1977 war nur das deutlichste Beispiel für eine krisenkonforme Reduktion bereits etablierter substantieller Elemente der sozialen Sicherung. Daneben stehen andere, weniger gut zu durchschauende Demontagen, die sich aus der immanenten Widersprüchlichkeit des SPD-Reform-Konzepts ergeben; sie reichen von der Steuergesetzgebung über die Mitbestimmungskompromisse bis zur "Sicherheits"-Gesetzgebung und der entsprechenden Etatplanung. Im Themenzusammenhang Jugendpolitik bezieht sich das vor allem auf die enorme Intensivierung der verschiedenen "sozialen Kontroll"-Vorkehrungen; vgl. z.B. die Debatte um eine besondere "Jugendpolizei".

(194) Manfred Liebel beschreibt, was als Resultat der vielen Untersuchungen über das politische Bewußtsein der Jugendlichen gelten kann, zusammenfassend völlig berechtigterweise:
"Für die heutigen Ansätze von Arbeiterjugendbewegungen ist zu konstatieren, daß sie sich kaum als Bestandteil einer organisierten Arbeiterbewegung verstehen und entwickeln können. Sie sind noch mehr, als das vor dem I. Weltkrieg und in der Weimarer Republik der Fall war, auf sich selbst, auf Selbsthilfe verwiesen. Kommunistische und sozialistische Organisationen und Parteien lassen sich kaum noch bzw. noch nicht als Ausdruck und Repräsentanten einer breiten Arbeiterbewegung verstehen. Sofern

sich seit den spontanen Streiks im Jahre 1969 Ansätze einer Arbeiterbewegung in der BRD entwickelt haben, sind sie ohne nennenswerte Beteiligung solcher Organisationen entstanden und haben sich bestenfalls dahingehend ausgewirkt, daß die Gewerkschaften als potentielle Klassenorganisationen wieder stärkere Beachtung finden und innerhalb der Gewerkschaften die Auseinandersetzungen um die politische Linie und organisatorische Struktur ('innergewerkschaftliche Demokratie') zugenommen haben.
Auch die verschiedenen, sich auf die Arbeiterjugend beziehenden Jugendverbände haben kaum eine Bedeutung für die Teile der Arbeiterjugend gehabt, die sich gegen ihre Lebensbedingungen seit Ende der 60er Jahre aufzulehnen begonnen haben. Die seit dieser Zeit entstandenen Emanzipationsbewegungen unter der Arbeiterjugend haben sich weitgehend und - von Ausnahmen abgesehen - bestenfalls deren Rekrutierungsinteresse wachgerufen. Auch das Interesse, sich in den Gewerkschaften zu organisieren, hat unter der Arbeiterjugend - von der Zwischenphase der Lehrlingsbewegung abgesehen - kaum zugenommen und ist nach wie vor noch geringer als bei ihren erwachsenen Klassengenossen.
Aus diesen Gründen dürfte es heute wenig ergiebig sein, die Entwicklung des Verhältnisses von Jugend- und Erwachsenenverbänden in den Organisationsbereichen der Gewerkschaften, der SPD und der verschiedenen mit kommunistischem Anspruch auftretenden Gruppierungen analog zu den Debatten in der Weimarer Zeit im einzelnen zu untersuchen. Auch werde ich die vor allem für die sozialdemokratisch orientierten Jugendverbände wesentliche Frage nicht weiterverfolgen, inwieweit sie überhaupt (noch) als selbständige Interessenorganisationen von (Arbeiter-)Jugendlichen, oder vielmehr als verlängerter Arm der staatlichen Jugendpolitik, als integraler Bestandteil des ihr Handeln bestimmenden Jugendhilfesystems anzusehen sind". (Liebel, "Produktivkraft Jugend", a.a.O., S. 115)

(195) Bodo Zeuner hat die "Umfunktionalisierung" des Solidaritätsbegriffs durch die SPD und das Ausmaß der Verdrehung für die jüngste Zeit sehr klar gezeichnet:
"Eine solche staatliche Spaltungs- und Verohnmächtigungsstrategie läge durchaus auf der Linie des pervertierten 'Solidaritäts'-Begriffs in dem 1975 vom Mannheimer SPD-Parteitag beschlossenen 'Orientierungsrahmen '85'. Dort wird 'Solidarität' überwiegend als Gemeinschaftlichkeit aller Gesellschaftsmitglieder und Klassen verstanden, basierend auf der 'Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Zusammenarbeit'. Folgerichtig erhält im OR '85 der 'Grundwert der Solidarität' vor allem dann 'besondere Bedeutung', wenn es um die Abwehr 'gruppenegoistischer Erpressungsversuche' geht; die 'Solidarität' soll hier dem Staat gelten, der diese Abwehr 'kraftvoll', mit 'Autorität' und 'harten Maßnahmen' durchzuführen hat./30/ Auch in Helmut Schmidts Regierungserklärung vom Dezember 1976, vom Parteivorstandsorgan 'sozialdemokrat-magazin' als 'Programm für eine solidarische Politik' bezeichnet, steht 'Solidarität' als Synonym für die Kooperation aller Gesellschaftsgruppen miteinander und mit dem Staat: 'Die Idee der Solidarität kann nur dann eine bindende Kraft bleiben, wenn wir die Initiative einzelner Mitbürger, von Gruppen und Verbänden einerseits und staatliches Handeln andererseits kombinieren'. (...) Die 'solidarische Politik' der Schmidt-Regierung hängt in ihrem Erfolg letztlich davon ab, inwieweit es ihr gelingt, die verschiedenen Schichten dieser Lohnarbeiter voneinander zu isolieren und an der Entwicklung einer wirklichen, nämlich klassenbezogenen Solidarität zu hindern".
(B. Zeuner: "Solidarität mit der SPD ...?", a.a.O., S. 29 f.)

(196) Die Verknüpfung von Emanzipationsvorstellungen mit begrenzten Konflikten ist z.B. in den "Grundlegenden Vorstellungen über Inhalt und Begriff moderner Jugendhilfe"

sehr deutlich formuliert worden:
"Die Frage nach originären Bedürfnissen des Kindes oder des Menschen schlechthin impliziert die Annahme einer ergründbaren Natur des Menschen, an der sich dann Erziehung zu orientieren hätte. Höchste Maxime einer emanzipatorischen Erziehung müßte dann sein, den wahren, weil natürlichen Bedürfnissen der Kinder oder Jugendlichen zu folgen. Das allerdings bleibt eine Illusion. Selbst das so oft beschworene Bedürfnis nach Selbstverwirklichung oder Selbstaktualisierung ist nur greifbar vor dem Hintergrund der Interdependenz zwischen wachsender Bewußtheit der eigenen Individualität und dem Zugriff der Umwelt, die Unterordnung unter fremdbestimmte Zwänge fordert (Sauberkeitserziehung, Eßgewohnheiten, Verhalten des Lehrlings am Arbeitsplatz usw.). So wie Sexualität nur in einer Gesellschaft ein Problem und damit ein pädagogisches Anliegen wird, in der sie dem einzelnen nur noch in bestimmten Dosierungen und Formen zugestanden wird, so kann ein Bedürfnis nach Selbstverwirklichung erst dann im Bewußtsein des Individuums wie auch in der pädagogischen Diskussion aktuell werden, wenn eben diese Selbstverwirklichung nicht mehr selbstverständlich, sondern umstritten ist. Es ist demnach die Frage nach der Verwertbarkeit eines so oder anders ausgestatteten Menschen die auch die Frage nach seinen Bedürfnissen hervorbringt.
Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß zur Legitimation eines Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung wie auch nach anderen Bedürfnissen ein Rückgriff auf die "Natur des Menschen" nicht statthaft ist. Hier ist ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Zielvorstellung gefordert und eine Entscheidung notwendig, wie der Mensch sein soll, mit welchen Bedürfnissen er auszustatten ist. Entsprechend ist dann die Umwelt - nicht nur für Minderjährige - als Lernfeld für das Erlernen von Bedürfnissen zu gestalten". -

Über die "gesellschaftlichen Zielvorstellungen" wird im gleichen Kommissionsbericht wenig später klar gesagt:

"Darüber hinaus ist den anerkannten Trägern der Jugendarbeit ein Rechtsanspruch auf Förderung einzuräumen, sofern sie eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten und die Gewähr für eine sachgerechte Verwendung der öffentlichen Mittel bieten. Eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit verlangt die aktive Bejahung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der parlamentarisch-repräsentativen Willensbildung. Diese Bejahung schließt durchaus auch das Bemühen ein, Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit in Richtung auf eine humanere und demokratischere Gesellschaft weiterzuentwickeln. Einer Jugendarbeit dagegen, die auf eine Überwindung der freiheitlich-demokratischen Ordnung gerichtet ist, darf kein Förderungsanspruch eingeräumt werden. Eine Demokratie, die ihre erklärten Gegner fördert, gibt sich selbst auf".

(Beide Zitate aus: "Mehr Chancen für die Jugend ...", a.a.O.; erstes Zitat: S. 158; zweites Zitat: S. 180)

(197) Damit möchte ich die Arbeit der AsF beispielsweise keinesfalls abwerten; allerdings bleibt auch für die SPD der Vorwurf bestehen, daß sie in ihrer Organisation, in den entscheidenden Gremien, in den Fraktionen usw. von einer Gleichstellung von Mann und Frau noch weit entfernt ist.

(198) Carlo Schmid in "Politik und Geist", a.a.O., S. 174.

(199) In dieser Hinsicht gilt - nur in einem Ausmaß aktualisiert, das damals kaum vorhersehbar war - immer noch das, was Johannes Agnoli vor zehn Jahren (!) als Konsequenz des "Programms und der Technik des sozialen Friedens" über den "Staat als Friedensstifter" geschrieben

hat (in: "Transformation der Demokratie", Berlin: Voltaire 1967, S. 53):

"Es ist ein Leichtes, das Friedensprogramm konstitutionell in die offene Unterdrückung zu verlängern, deren Graduation je nach der sozialgeschichtlichen Voraussetzung des Herrschaftssystems von Land zu Land wechselt. In Ländern mit einer schwachen liberalen Tradition und einer um so stärkeren obrigkeitlichen Belastung wie Deutschland schärfer hervortretend als in etablierten bürgerlichen Demokratien: da die Rebellion immer potentiell gegenwärtig ist, liegt es genau in der Ausübung der Friedensfunktion, daß der Staat von der Friedensstiftung zur Stiftung von Ruhe und Ordnung übergeht.Der Anspruch des Staates, zum Schutz des "Ganzen" Disziplinierungs- und Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Volksteile (gegen die abhängigen Massen) zu ergreifen, ergibt sich aus der gleichen Kompetenz, das Geschäft des sozialen Ausgleichs zu besorgen. Der alte liberale Staat, der sich wenig um Sozialsicherung, Rentenwesen und Arbeitsmarktordnung kümmerte, kannte nur den nackten Armee- und Polizeieinsatz gegen die streikenden Arbeiter. Der heutige politische Staat darf den Notstand auf alle Bereiche ausdehnen, deren Regelung ihm gesellschaftlich übereignet worden ist. Deshalb zerstört seine Praxis die alte liberale Formel von der Trennung von Staat und Gesellschaft.

Der Notstandsstaat zeigt sich so als Fortsetzung und Krönung des Wohlstandsstaates, keineswegs als dessen Verneinung. Der Notstand wird ausgerufen, um den Wohlstand (den strukturellen Stand des gesellschaftlich verteilten Wohls) zu retten, falls "unvernünftige" und das heißt der Sache nach proletarische und proletarisierte Massen den sozialen Ausgleich durch hohe Forderungen gefährden; oder - die Stilregeln mißachtend und aus der Erfahrung, im Vertretungssystem nicht ausreichend ver-

treten zu sein - angesichts der Störungen in der Distribution und der für sich konkret spürbaren Irrationalität des Gesamtprozesses die Frage nach den Produktionsverhältnissen außerparlamentarisch stellen. Da die soziale Befriedung genau zum Ziel hat, die Frage nach den Produktionsverhältnissen aus dem Bewußtsein zu verdrängen, bestätigt sich (und betätigt sich effektiv) die staatliche Friedensstiftung erst in der Ordnungsstiftung. Das bedeutet aber schließlich, daß der Notstandsstaat den Verfassungsstaat keineswegs zerstört, sondern nur seine Transformation krönt.

Anmerkungen zu Kapitel 3

(1) Neben den Gründen, die im folgenden aufgeführt werden, möchte ich noch einige andere Gesichtspunkte nennen:
(a) Es ist nicht ohne weiteres möglich, Grenzen zwischen der Politik des Senats auf Landesebene und der Politik der Bezirke in den Stadtteilen zu ziehen. Einerseits sind die Bezirke durchaus darauf bedacht, ihre eigene Zuständigkeit zu wahren, andererseits benötigen sie aber auch die Mittel, die zentral vergeben werden, um ihre Jugendpolitik überhaupt machen zu können.

(b) An Fällen wie dem Georg-von-Rauch-Haus oder dem Tommy-Weisbecker-Haus zeigt sich nur etwas deutlicher, was auch sonst Praxis ist: Die Jugendlichen, die Probleme und die Konflikte halten sich nicht an die Bezirksgrenzen und an die Zuständigkeitskataloge. Gerade aber bei der Konflikt-Regelung ist es vielfach unmöglich, zwischen Senatspolitik und Bezirkspolitik zu trennen. Das trifft auch dann zu, wenn die jeweils zuständigen Bezirksstadträte und die sonstigen Verantwortlichen nicht denjenigen Parteien angehören, die gerade die Regierung (bzw. den Senat) bilden.

(c) Natürlich sind in Anbetracht der gegebenen Situation der Senator bzw. die Senatorin und die Bezirksverantwortlichen zur Kooperation gezwungen; im Zweifelsfall sitzt zwar, juristisch gesehen, die zentrale Senatsstelle am längeren Hebel - aber die Einigungsprozesse verlaufen auf der administrativen Ebene zumeist recht lautlos.

Eine "reine" Herauspräparierung der jeweiligen Senatspolitik hätte also allemal mit dem Zweifel zu kämpfen, ob im bestimmten, gerade untersuchten Fall Zusammenhänge und Zusammenspiel zwischen einzelnen Stellen aufzunehmen oder zu vernachlässigen seien, da sie doch die endgültige Senatslinie stark beeinflussen: ein unmögliches Verfahren.

(2) Nahezu alle Publikationen, die sich mit dem Material auseinandersetzen, das die behördlichen Stellen publizieren oder sonst zur Verfügung stellen, sind sich darin einig, daß die Behörden nach dem Prinzip der vorsichtigen Existenznachweis-Lieferung verfahren. Auf dem Papier ist die Situation glänzend, obwohl sie tagtäglich von der Realität dementiert wird; die ganze Problematik der Drogenabhängigen ist ein Beispiel dafür.

(3) Aus meinen eigenen Erfahrungen und aus allen Berichten aus Jugendfreizeitheimen (JFHs), die mir bekannt sind, kann ich schließen, daß die normale Wochentags-Besucherquote in einem durchschnittlichen städtischen JFH zwischen etwa 20 und maximal 50 Personen schwankt. Das ist die "Stammbelegschaft", auf die sich die Sozialarbeiter(innen) einstellen. - Die schätzungsweise 150 - 350 Jugendlichen, die aus Anlaß einer Fete, einer Filmveranstaltung oder eines Beatabends erscheinen, können im Durchschnitt kaum öfter als zweimal bis viermal im Monat registriert werden; da attraktive Veranstaltungen gerade in Berlin vom lokalen Rundfunksender in einer beliebten Sendung auch schon Tage im voraus angekündigt werden (das geschieht auch in den Programmzeitschriften, die wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinen), sind entsprechende Besucherzahlen vor allem daraus zu erklären, daß auch Jugendliche, die nicht im Bezirk wohnen, im JFH erscheinen. -
Nimmt man schließlich noch die politischen Jugendgruppen hinzu, die das Raumangebot nutzen dürfen (es sind in Berlin bekanntlich nur die der etablierten Parteien und Verbände), dann bleibt nur übrig, die angebotenen Zahlen als reinen Bluff in legitimatorischer Absicht zu nehmen (vgl. auch Götz Aly - siehe Anmerkung (9)).

(4) Gerade hinsichtlich des unten referierten Modellversuchs stellte sich heraus, daß die Arkanpraxis autoritärer Verwaltung ungebrochen fortbesteht. Auch jenseits der verständlicherweise vertraulichen Materialien zu Personalproblemen zeigt sich gerade in politischer Hinsicht, daß irgend eine Öffentlichkeit de facto nicht besteht. Mir ist zwar bekannt, daß es Besprechungen von Mitarbeitern der beteiligten Bezirks- und Senatsstellen und aus dem Modellversuch selbst gegeben hat, in vereinzelten Fällen war es sogar möglich, die Beschluß- bzw. Dissens-Protokolle einzusehen - aber das war bereits nahezu "illegal". Um die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in Schwierigkeiten zu bringen, verzichte ich darauf, mich auf derlei Informationen zu beziehen; die geschaffenen Fakten lassen sich in durchaus ergiebigem Maße interpretieren.

(5) Eine Auswertung der 21 Sitzungen des Ausschusses für Familie, Jugend und Sport des Abgeordnetenhauses, die den Zeitraum umspannen, in dem über den Jugendpflegebericht diskutiert wurde, hat ergeben, daß im Ausschuß lediglich politische Kontroversen ausgetragen wurden; fachlich-sachliche Auseinandersetzungen produktiver Art gab es in den seltensten Fällen (vgl. dazu die Protokolle des Ausschusses aus der 6. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses, von der 5. Sitzung am 5. 11. 1971 bis zur 26. Sitzung am 3. 11. 1972). - Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen - insbesondere hinsichtlich des Jugendpflegeberichtes - Jürgen Dittner und Hellmut Lessing in ihrem Aufsatz "Über die Grenzen der Jugendpolitik" (zuerst "deutsche jugend" Nr. 8/1972; erneut abgedruckt in Lessing/Liebel, "Jugend in der Klassengesellschaft", München:Juventa 1974, S. 229 - 240).

(6) Die genannte Repräsentativität erweist sich als eindeutig n e g a t i v e . Das spricht allerdings nicht gegen ihre Qualität; die zwischen 1969 und 1977 veröffentlichten Berichte über reformpolitische Projekte bzw. zeigen fast ausnahmslos an, daß ein ursprünglich breiter, detaillierter und ausgewiesener Ansatz im Verlaufe seines Weges durch die Instanzen, dann im Verlaufe seiner Realisierung bis zur Unkenntlichkeit reduziert und verstümmelt wurde - bis er geradezu unvermeidlich konterproduktiv werden mußte. Im 4. Teil werde ich auf diesen Aspekt noch einmal zu sprechen kommen.

(7) Implizit scheint entsprechend verfahrenden Untersuchungen die Annahme zugrunde zu liegen, daß gerade Sozialdemokraten quasi mit einer gewissen bewußten Lust an der Verwerflichkeit ihres reformistischen Tuns handelten; es ist bemerkenswert, mit wieviel Energie und Scharfsinn Autoren wie Manfred Liebel die Träger sozialdemokratischer Reformpolitik und deren Äußerungen zergliedern, um ihnen die Vorwürfe sozialintegrativen Handelns und des Spaltertums angedeihen lassen zu können. Unter der Konzentration auf diese Gesichtspunkte leidet dann aber oft die Darstellung der jeweiligen Probleme; die Berichte eines an Lessing und Liebel orientierten Autorenkollektivs über "Jungarbeiter- und Schülerzentren in West-Berlin" sind eindrucksvolle Beispiele dafür (Frankfurt: Roter-Stern-Verlag 1973).

(8) Siehe: Jürgen Dittner, "Behördliche Jugendpflege - eine Untersuchung am Beispiel Berlin (West)", Berlin: Rossa Vgl. 1976. - Die ständigen Exkurse in diesem in erster Linie materialreichen Buch markieren die jeweiligen Versuche, die für sich selbst sprechenden Fakten quasi theoretisch zu "über-hören"; im Verlaufe der Darstellung die sie immer wieder unterbrechen, wirken sie wie auf-

okulierte Fremdkörper. Die Arbeit ist als Diplomarbeit im Einflußbreich von Lessing und Liebel an der Pädagogischen Hochschule Berlin geschrieben worden; der Autor ist Praktiker und SPD-Politiker zugleich (und aus seinem Munde wirken die theoretisch "fundierten" Verdikte gegen die SPD oft reichlich komisch, gemessen an den Passagen, wo er aus seiner Sachkenntnis heraus Abläufe beschreibt und mit dem Material belegt, zu dem aus der Universität kommende Verfasser i. d. R. keinen Zugang haben - und darin eben liegt Wert und Verdienst der Arbeit).

(9) Götz Aly: "'Wofür wirst du eigentlich bezahlt?' Möglichkeiten praktischer Erzieherarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung", Berlin: Rotbuch Vgl. 1977 (hier: S. 9; vgl. auch die anderen Passagen der Kritik an linken Ansätzen, vor allem S. 32 - 37 und S. 72 - 80).

(10) Mir liegt daran, hier Mißverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die Berliner Sozialadministration ist nicht etwa repressionsfrei - im Gegenteil. Was auf der einen Seite, der konstruktiven nämlich, unterlassen wird, machen die Amtspersonen durch eilfertige Schnüffelei, durch Einschränkungen, Verbote usw. doppelt und dreifach wett. Es liegt also keineswegs allein am Innensenator und seiner Verfassungsschutz-Abteilung, wenn die Sozialadministration tätig wird - sie reagiert auch bereits auf bloße, widerliche Denunziation (vgl. dazu beispielsweise den Band IV der Dokumente in Sachen Berufsverbote, die das Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte - $^{c}/_{o}$ Humanistische Union Berlin - herausgegeben haben: Berlin, Eigenverlag 1976, S. 72 - 75). Von einem derartigen Fall war auch der eben zitierte Götz Aly betroffen (vgl. die eben genannte Broschüre, S. 76 - 80);

diesen Fall kann ich aus eigener Kenntnis besonders gut beurteilen, da ich Vorsitzender der Untersuchungskommission für die Vorwürfe und Vorfälle war, aufgrund derer G. Aly später, nach für ihn in der FU Berlin positiv verlaufener Untersuchungen, dennoch verklagt und - wenn auch nur zu einer Bagatellstrafe - verurteilt wurde (es würde zu weit führen, hier eine - gleichwohl notwendige - Urteilsschelte anzufügen). - Die Broschüren der beiden Komitees belegen im Faksimile derartig viele Fälle aus dem Bereich Jugendarbeit/Sozialarbeit/Sozialpädagogik, daß das oben abgegebene Urteil berechtigt ist. Trotzdem will ich mich im weiteren Verlauf nicht auf diesen Aspekt der Sache konzentrieren, da sich diese Maßnahmen in einen Kontext einordnen, der als Präventiv-Repression gegen Funktionsträger(innen) insbesondere im gesamten Sozialisationsbereich interpretiert werden kann. Die Jugendlichen sind davon bis heute noch indirekt betroffen; das heißt: sie erfahren auch auf dieser Ebene Einschüchterung und Einschränkung. Dies tritt aber zu den ganz gewöhnlichen Benachteiligungen hinzu, die die Jugendlichen dieser Klassen und Schichten durchschnittlich und dauernd betreffen; es ist - wenigstens bisher - noch keine typische Form der Repression. Gerade am Typischen aber liegt mir - ich möchte vermeiden, daß die Argumentation und Auseinandersetzung womöglich dahin abirrt, daß gesagt wird: 'Na gut; aber sonst geht es den Jugendlichen doch gut, und die sonst vom Berufsverbot Betroffenen haben sich in ihrer eigenen Sache zu wehren, die nicht die der Jugendlichen ist'. - Zu diesem gesamten hier angesprochenen Themenkomplex vgl. auch: FHSS-Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen (Hrsg.): "Berufsverbote und politische Disziplinierungen im Bereich Sozialarbeit

und Erziehung - Berichte und Dokumente", Berlin: Eigenverlag 1976; darin enthalten auch ein Verweis auf 13 parallel gelagerte Fälle aus Hamburg.

(11) Die Notwendigkeit eben dafür bezeichnet Jürgen Dittner (a.a.O., S. 110) mit der folgenden, knapp 30 Jahre resümierenden Problembeschreibung:

"Im Versuch, die Entwicklung der behördlichen Jugendpflege nach 1945 zu beschreiben, wurde über Höhen und Tiefen berichtet. Wie auch immer die einzelnen Phasen eingeschätzt werden mögen, die Tatsache, daß in diesem Feld unter meist unzulänglichen Bedingungen gearbeitet werden mußte, ist nicht zu leugnen. Und gearbeitet wurde in diesem Bereich. Nur eben immer sehr pragmatisch, in der Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen, ohne Konzeption, ohne langfristige Projektion".

(12) Die Bezeichnung "Normal-Fall" ist insbesondere insofern gerechtfertigt, als hier alles das zutrifft, was bereits in Anm. 1 zu diesem Teil gesagt wurde. Darüber hinaus aber auch insofern, als die unterschiedlichsten anderen Reformansätze im schulischen oder universitären Bereich, in der Krankenversorgung oder Sozialmedizin, bei den Kinderläden usw. usf. jeweils nach dem gleichen Muster verliefen: Nach einer Phase öffentlicher Aufmerksamkeit wurde das jeweilige Projekt, der Modellversuch (oder wie immer die Bezeichnung lautete) alltäglich-still und zäh weitergeführt - und nach drei, vier Jahren spätestens in aller Stille und folgenlos eingestellt. Neben dem hier zu beschreibenden Modellversuch werden Parallelfälle noch zu diskutieren sein.

(13) Das "komplementäre" Verhältnis von sozialdemokratischen Reformansätzen zu außerparlamentarisch bzw. von links "außen" in Gang gebrachten Projekten scheint allerdings nur für die Phase der öffentlich angekündigten Reformen und deren Abklingen zu gelten. Anders, ergänzend gesagt:

Solange noch eine Hoffnung (begründet oder nicht) darauf besteht, daß durch außengesteuerte und von außen angestoßene Projekte eine Reformen begünstigende Wirkung auf die SPD ausgeübt werden könnte, kommt es zu einer solchen Komplementarität. Sobald diese zumeist ohnehin vage Hoffnung schwindet, bieten sich wenigstens zwei andere Wege an, sofern die Resignation vermieden werden soll: (a) der Weg zur Anwendung von Waffengewalt, den die RAF/Baader-Meinhof-Gruppe, der "2. Juni" u.a. beschreiten - daß er in die Isolation und zu einem Rückfall quasi ins "Faustrecht" führt, ist dabei ebenso klar und zu bedenken wie die Tatsache, daß viele RAF-Mitglieder, so z.B. Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin, als kritische Analytiker, Theoretiker und Praktiker in sozialpädagogischen Bereichen tätig waren; (b) der Weg, der von einer Integration nicht bloß in das institutionelle, sondern auch in das ökonomische Gefüge der bundesrepublikanischen Gesellschaft dezidiert wegführt - Alternativen solcher Art, wie sie z.B. in den US-amerikanischen Landkommunen vorgegeben sind, haben sich allerdings hier noch nicht populär machen können.

(14) Der "Informationsdienst Sozialarbeit" und die Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" haben immer wieder über entsprechende Projekte in Hannover (Kornstraße, aber auch andere), Hamburg, Köln usw. berichtet; eine ausführliche Erörterung findet sich auch bei Barabas, Blanke u.a. (Hrsg.): "Jahrbuch der Sozialarbeit 1976 - Projekte, Konflikte, Recht" (Reinbek: Rowohlt 1975).

(15) Zur Zeit erscheinen die ersten Zusammenfassungen, Analysen und Berichte; so hat beispielsweise der Campus-

Verlag einen Band von W. Hollstein und M. Meinhold angekündigt mit dem bezeichnenden Titel: "Sozialpädagogische Modelle. Möglichkeiten der Arbeit im sozialen Bereich" - offenbar eine Erweiterung zu dem 1973 erschienenen Band "Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen" der gleichen Herausgeber. In der Vorankündigung heißt es: "... werden allerdings keine Utopien vorgestellt; bei den beschriebenen Modellen handelt es sich um Beispiele aus dem sozialpädagogischen Bereich, wie sie in der BRD, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden realisiert oder zumindest in Angriff genommen worden sind. Sie umfassen sowohl Möglichkeiten wie Grenzen sozialer Arbeit in der gegenwärtigen sozialpolitischen und sozio-ökonomischen Landschaft".

(16) Auch hier gilt wiederum das Argument der "Normalität", wie es bereits entfaltet worden ist. Es wird auch nicht davon entkräftet, daß dem bisherigen Verständnis zufolge Jugendarbeit eher am Notfall ansetzte.

(17) Aus: Abgeordnetenhaus von Berlin - 6. Wahlperiode - 05. 11. 71, Drucksache 6/228: Bericht über Situation und Planung im Sektor "Jugendpflege" ("Jugendpflegebericht"), Berlin: Kulturbuchverlag o. J. (1971/72); hier: S. 12 f der Drucksache.

(18) In Berlin hat sich damit bei den Mitarbeitern der Kreis geschlossen: Sie haben die Reformen gefordert, konzipiert, gegenüber Behörden und Parlament nachdrücklich vertreten, gesehen, wie ihre Vorschläge deformiert wurden - und sind jetzt mit der Aufgabe konfrontiert, die Reformruine wohnlich zu gestalten (um im Vergleichsbild zu bleiben). - Die Formulierung "tatsächliche Träger" soll hier also in erster Linie zum Ausdruck bringen, daß die JFH-Mitarbeiter die neu entstandenen Lasten zu tragen haben.

(19) Sozialarbeiter(innen) sind nicht nur im JFH den Jugendlichen quasi unausweichlich konfrontiert; sie gelten auch außerhalb ihrer Dienstzeit durchaus als ansprechbar und "dauernd präsent". Selbst nachdem die Mehrheit von ihnen die "Helfer-Ideologie" aufgegeben hat, haben sie vielfach Verhaltensprobleme und Zuwendungsschwierigkeiten; daraus erklären sich, in Anbetracht des Faktums der "Stammbelegschaften" in den JFHs, auch oft anzutreffende Animositäten und andere Probleme, die sich gar nicht vermeiden lassen - beispielsweise, wie Götz Aly eindrücklich schildert, dann, wenn Jugendliche und Mitarbeiter(innen) gemeinsam auf Reisen gehen (vgl. G. Aly, a.a.O., im Kapitel "Jugendgruppenreisen - ein Mittel öffentlicher Erziehung (zusammen mit Dieter Wallstaff)", S. 59 bis 71).

(20) Vgl. dazu neben dem Buch von G. Aly etwa auch Kursbuch 40 zum Thema "Beruf - Langer oder kurzer Marsch?" (Berlin: Rotbuch/Kursbuch Vlg. 1975) u.a.

(21) Diese Gegensätze illustrieren in geradezu vorbildlicher Weise die beiden im gleichen Jahr 1976 erschienenen Resümee-Bände von Bruno W. Nikles: "Jugendpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungen - Merkmale - Orientierungen" (Opladen: Leske 1976) und Hellmut Lessing: "Jugendpflege oder Selbsttätigkeit. Eine historische Untersuchung zum Verhältnis von Reformismus und Jugendarbeit" (Frankfurt/Köln: Europ. Verlagsanstalt 1976).

(22) Die Formulierung "in sich geschlossener Prozeß" bedeutet nicht nur, daß ich die Reform bzw. den Reformversuch für abgeschlossen halte, sondern auch, daß mir die Interpretation stimmig erscheint, die in einer zusammen-

fassenden Bemerkung Jürgen Dittners angedeutet ist (ohne daß der Gedankengang entwickelt wäre):

"Theoretische Überlegungen wurden immer erst in der absteigenden Phase einer Periode (Hervorhebung von mir; MP) angestellt. Dann fanden Diskussionen statt, wurde reflektiert. Ergebnisse dienten dann mehr der Begründung und Rechtfertigung der Vergangenheit, als einer Perspektive für die Arbeit" (Dittner, a.a.O., S. 110).

Das bedeutet - was noch weiter zu entwickeln ist -, daß meiner Auffassung nach in Entsprechung zu, aber nicht (nur) in direkter Dependenz von ökonomischen Konjunkturphasen eine Art von "Reformstau" entsteht, der von der jeweiligen Behörde aufgenommen und, je nach den vorhandenen Mitteln und je nach gegebenem Druck von "der Basis", umgesetzt und wieder abgebaut wird.

(23) Das Verlaufsmuster solcher Skandale ist immer gleich: Eher konservative "Verantwortliche", z.B. Eltern, empören sich über etwas, das ihnen zu weit geht (wie z.B. gemeinsames Übernachten von Jungen und Mädchen in einem behördlich organisierten Zeltlager), die Springer-Presse greift es auf, nach ihr die CDU - und dann erst beginnt der Skandal, wenn nach einer CDU-Anfrage im Abgeordnetenhaus die zuständigen Beamten wilde und "hochnotpeinliche" Untersuchungen anstellen, statt gelassen abzuwehren. - Dieses Skandal-Verlaufsmuster gilt im übrigen keineswegs allein für den jugendpolitischen Bereich; die Absichten werden spätestens dann durchsichtig, wenn einige Zeit später Ähnliches völlig unbeanstandet an anderer Stelle abläuft.

(24) Vgl. Autorenkollektiv am Psychologischen Institut der FU Berlin: "Sozialistische Projektarbeit im Berliner

Schülerladen Rote Freiheit" mit dem analytischen Nachwort von W. F. Haug: "Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen" (Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Vlg. 1971).

(25) Das Selbstverständnis wird besonders deutlich in der ungebrochenen Reform-Energie, die nach einer für die Berliner Jugendpolitik eigentlich vernichtenden Analyse ("Es sollte verdeutlicht werden, daß die im Feld behördlicher Jugendpflege vorhandenen Zwänge in gleicher Weise auf eine Institution der beruflichen Fortbildung wirken. Unterschiede sind lediglich in den Erscheinungsformen erkennbar. Von Freiräumen oder gar Autonomie kann keine Rede sein") unverdrossen zur Formulierung findet: "Mit dieser Definition, diesem Selbstverständnis von beruflicher Fortbildung kann unter Ausnutzung des Standortes und der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten der Prozeß der Reform im Bereich der behördlichen Jugendpflege unterstützt werden (...)" und schließt: "Sollte ein Kritiker meinen, 'idealistische Passagen' entdeckt zu haben, so ist das grundsätzlich falsch. Es handelt sich dann um optimistische Einschätzungen.
Allen Lesern, die Widersprüche entdecken, sei schon jetzt zugestimmt. Was haben SIE angesichts des immer noch bestehenden, sich ständig verschärfenden Grundwiderspruchs von einer Arbeit wie dieser erwartet?" (Zitate von den Seiten 125 u. 126 bei Dittner, a.a.O.)

(26) Eine Broschüre dieses Titels wurde als "Materialien zur Diskussion vorgelegt vom Berlin-Arbeitskreis im Republikanischen Club Westberlin" im April 1968 (erschienen im Eigenverlag).

(27) So resümiert Joachim Mänicke, "Sommer 1967 bis Ende 1968 Wissenschaftlicher Assistent bei der 'Wissenschaftlichen Beratungskommission beim Senat von Berlin'", in seinem Aufsatz "Der wirtschaftliche Status Westberlins" (abgedruckt in: H. Albertz/D. Goldschmidt: "Konsequenzen. Thesen, Analysen und Dokumente zur Deutschlandpolitik", Reinbek: Rowohlt Vlg. 1969, S. 104 - 139; hier: S. 139).

(28) So schreibt der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) Berlin in seiner Selbstdarstellung:

"Der Erfolg der Apo beflügelte auch uns, die Bürokratie durch Druck der Kollegen - je nach politischem Standort - völlig zu eliminieren bzw. zu demokratisieren, daß ein Arbeiten wieder möglich würde." Es kam zu "einem Go-in im Gesundheitsamt Wedding, als dessen erste Folgen vom Staatsapparat Strafanträge gestellt und disziplinarische Untersuchungen gegen die Teilnehmer eingeleitet wurden. Für die beiden Gruppen im AKS (der 'demokratischen' und der 'radikalen') kam die Reaktion des Staatsapparates völlig überraschend. Sie widersprach jeder bisher auf dem Kampus gemachten Erfahrung, von der ausgehend wir annahmen, die Bürokratie befinde sich bereits in der Agonie. Statt dessen zeigte sich der Staatsapparat durchaus present, wenn auch etwas unsicher" (in: AKS Westberlin: Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit, in: "Info Sozialarbeit" Heft 8, Offenbach: Soz. Büro 1974, S. 3 - 49, hier: S. 7).

(29) Ein besonders abstoßendes Beispiel dafür liefert der Aufsatz von Peter Sötje "Schülerladen 'Rote Freiheit' - ein verantwortungsloses Experiment", in: "Neuer Rundbrief" 3/1970, S. 49 f; vgl. dazu auch die Leserbriefe dazu in der folgenden Ausgabe des "Neuen Rundbriefs" (4/1970) sowie die Würdigung, die Sötjes Aufsatz durch W. F. Haug erfährt (a.a.O. - vgl. Anm. 24 -, S. 443 ff).

(30) Es bliebe jedoch im einzelnen genauer zu untersuchen, inwieweit sich hier der politische Wahlbeamte, d.h. der zuständige Stadtrat (in diesem Falle die zukünftibe bzw. gegenwärtige Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Ilse Reichel) und die ihm unterstellte Bezirksbehörde wechselweise argumentativ decken (müssen). - Sicher ist, daß die CDU ihre Propaganda laufend gegen die Politik der SPD mit der Behauptung richte, die SPD zersetze die Familie auf vielfältige Art und Weise. Die SPD, das zeigen die Ereignisse in Berlin und anderswo immer wieder, erliegt sehr oft der Gefahr, nur defensiv zu reagieren, ohne zu sehen, daß sie dadurch in jedem Falle immer nur Spielraum einbüßt. - Es wird im weiteren Verlauf noch genauer zu sehen sein, inwieweit dies auch hier, im Falle des "Prisma", zutrifft.

(31) Vgl. Dittner, a.a.O., S. 59

(32) So Dittner, a.a.O., S. 61

(33) An diesem Punkt spätestens wird zweierlei deutlich: (a) es handelt sich um keine irgendwie speziell dem Jugend-Bereich eigene Problematik - sie kennzeichnet zumindest den Bereich sozialdemokratischer sozialpolitischer Praxis in Berlin; (b) an dieser Problematik wird deutlich, daß der "Reformismus" der SPD heute mit demjenigen der SPD der Jahrhundertwende kaum etwas gemein hat: Es geht nicht mehr um eine wie immer geartete Modifikation einer Arbeiter-Politik, die auf radikale Veränderung gerichtet ist, sondern eher darum, wie durch politische Manöver, die eine gewisse "Stoßdämpfer-Wirkung" haben, eben die radikalen Veränderungen abgefangen werden können.

(34) J. Dittner/H. Lessing: Jugendpflege und die Grenzen der Jugendpolitik, in: Lessing/Liebel: "Jugend in der Klassengesellschaft", München: Juventa 1974, S. 229 - 240; hier: S. 229.

(35) A.a.O., S. 229

(36) Zum "Überziehen" in der Formulierung von Kritik kommt es in erster Linie dadurch, daß "die" Sozialdemokratie zu undifferenziert gefaßt wird - und das führt wiederum zu der bemerkten Hilflosigkeit der Kritik: Wäre "die" SPD tatsächlich durch und durch so "vergaunert", wie die antikapitalistisch orientierte Kritik an der Reformpolitik es darstellt - es gäbe kaum noch eine Chance für überhaupt irgendeine linke Politik. (Geschweige denn für eine, die den Versuch unternimmt, direkt oder indirekt auf die SPD einzuwirken.)

(37) Beiden hat der Jugendpflegebericht nachweislich geleistet. Damit hat er die Intentionen der dafür verantwortlichen Behörde ebenso "sabotiert" wie auch die Befürchtungen der Kritiker zumindest teilweise unerfüllt gelassen. Das wird nicht immer so gesehen: daß in einer bestimmten Konstellation sich die Absicht des Reformtrugs in Reformdruck verwandeln kann. Eine solche Konstellation ergibt sich aber nicht nur aus dem Zusammentreten "objektiver Umstände", sondern auch aus dem höchst subjektiven Handeln engagierter Subjekte. An diesem Punkt unterschätzen die antikapitalistisch orientierten Kritiker die von ihnen dargestellte Problematik regelmäßig hinsichtlich ihrer Möglichkeiten.

(38) Rote Hilfe West-Berlin: "Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken", in: Kursbuch 31 - "Staatsgewalt und Reformismus" -, Berlin: Kursbuch-Vlg./Wagenbach 1973, S. 29 - 125; hier: S. 86 f.

(39) Insgesamt wurden in allen Bereichen sozialliberaler Reformpolitik mit dem Argument der Mittelknappheit diejenigen Gruppen einem Lähmungs- oder Spaltungsversuch ausgesetzt, die besonders nachdrücklich auf Reformen beharrten.

(40) Jugendpflegebericht, a.a.O., S. 8, linke Spalte unten.

(41) Dittner, Behördliche Jugendpflege, a.a.O., S. 95.

(42) Jugendpflegebericht, a.a.O., S. 16, linke Spalte oben.

(43) Vgl. Dittner, a.a.O., besonders S. 96 f.

(44) Dittner, a.a.O., S. 97.

(45) In: "Mehr Chancen für die Jugend - zu Inhalt und Begriff einer offensiven Jugendhilfe -", hrsg. vom BMJFG, Stuttgart: Kohlhammer-Vlg. 1974, im Abschnitt 3.3.5: "Sinn und Widersinn von Modellen der Jugendhilfe", S. 163.

(46) Das dahinter stehende Problem ist, letzten Endes, ungeheuer verwickelt; ich kann hier nur eine Problem-Ebene andeutungsweise skizzieren: Einerseits haben die "Deterministen" teilweise recht, die behaupten, die Teilnahme an einem solchen Modellversuch, insbesondere die engagierte Mitarbeit, seien nur geeignet, den bestehenden, immer wiederholten Unsinn falscher Reformpolitik ständig in neuer Auflage fortzusetzen. - Andererseits ist keineswegs allemal eindeutig klar und ausgemacht, daß ein gegebener, abschaffenswerter Umstand notwendig gegen alle Intentionen so bleiben wird, wenn genügend Energie aufgewandt wird, ihn zu verändern. Das Beharren auf Regeln teilt die Diskussionsteilnehmer allenfalls in Optimisten und Pessimisten; zu einer Klärung für die anstehende Entscheidung trägt es selten bei.

(47) In nicht geringem Umfang steckt hinter der Entlarvungs-"Strategie" auch eine gewisse Fixierung auf die Administration - eine Fixierung, die nicht nur unfruchtbar ist, weil die Administration per se relativ gut instrumentalisierbar ist, sondern auch politisch falsch, weil die Fixierung nicht von den Regeln (d.h.: Gesetzen, Verordnungen, Aktenvermerken etc.) loskommt, die bekanntlich interpretierbar sind, und die Interpretationen nimmt die Administration auf unterschiedlichen Druck hin eben unterschiedlich vor.

(48) Rote Hilfe West-Berlin, a.a.O., S. 88.

(49) Hier ergänzen sich in der Beschreibung fast ideal die beiden Bücher von Bruno W. Nickles ("Jugendpolitik ...", vgl. Anm. 21) und Erwin Jordan ("Jugendhilfe"); B. Nickles "Bilanz" seines Kapitels "4.4 'Neue Orientierungen' 1969 - 1972" (S. 98 - 113) wird fortgeschrieben und ergänzt von E. Jordans (mit W. Büttner zusammen verfaßter "Einführung", die auch die Jahre nach 1972 noch einschließt und zu beurteilen sucht (S. 17 - 53).

(50) Diese Aussage läßt sich ausweiten auf die anderen, ebenso benachteiligten sozialen Gruppen (wie z.B. Alte, alleinstehende Mütter, Kinder usw.); nicht umsonst sind sie immer wieder "Gegenstand" der Reformbemühungen der Reform-Ressorts, die wiederum nicht zufällig oft genug von "Alibi-Frauen" geleitet werden, deren "Schwäche" und Erfolglosigkeit "vorprogrammiert" sind, usw. usf.

(51) Die Teilnahme an diesem "sozialen Prozeß" blieb keineswegs auf eine "teilnehmende Beobachtung" beschränkt (die Praxis zumindest in diesem Bereich eines JFH scheint mir eindeutig zu zeigen, daß eine "teilnehmende Beobachtung" fast unmöglich ist). In diesem Sinne ist - trotz des zeitlichen Abstandes - viel "Parteiliches" auch noch in diese

Arbeit hier eingegangen. Ich kenne aber auch sonst keine andere Arbeit, die, bei einigem Engagement der Verfasser, in einem strikten Sinne "wertfrei" gewesen wäre. Wenn ein Anspruch auf "Wertfreiheit" erhoben wird, liegt eher der Verdacht nahe, daß die entsprechende Arbeit wertlos ist. Dieser Eindruck bestätigt sich auch, wenn ich zwei andere, wesentlich ausführlichere Darstellungen aus der Jugendarbeit heranziehe: Die Arbeit von Götz Aly, die bereits erwähnt wurde, und die Arbeit von Friedrich W. Düwer, Gerda Fellbarg und Jörg Kraußlach: "Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast" (München: Juventa Vlg. 1976); in beiden Fällen ist keine glatte, "gefühllose" Wissenschaftlichkeit gewahrt - aber der "Wert" ist wesentlich höher als bei anderen Berichten, die ohne solche Informationen kaum zu gebrauchen wären. Insofern bin ich den Berichten von Götz Aly und Düwer/Fellberg/Kraußlach verpflichtet.

(52) (Ohne Autorenangabe): "Probleme der Selbstverwaltung und Mitbestimmung in Freizeiteinrichtungen (Auszug aus dem Bericht über den Modellversuch 'Prisma')" im März 1975 erschienen als Nr. 3 der "Materialien - Jugendförderung Reinickendorf, in Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Fortbildungsstätte 'Haus am Rupenhorn' (hrsg. vom Bezirksamt Reinickendorf von Berlin, Abt. Jugend und Sport, Eigenverlag, als Manuskript gedruckt, Berlin 1975).

(53) Autorenkollektiv (anonym): "Proletarische Jugendarbeit in selbstverwalteten Jugendzentren. Berichte und Materialien aus Westberlin" (erschienen als Band 3 der Reihe "Untersuchungen und Materialien"), Frankfurt: Vlg. Roter Stern 1973, als das Kapitel: "Jugendzentrum Prisma",

S. 211 - 230. (Auf dem Cover steht ein anderer Titel als der oben angegebene: Autorenkollektiv: Jungarbeiter- und Schülerzentren in West-Berlin. Erfahrungen und Berichte"; so ist es auch in das Literaturverzeichnis aufgenommen worden.)

(54) AKS Westberlin: "Sozialpädagogische Arbeit im Jugendfreizeitheim", in: "Informationsdienst Sozialarbeit" Nr. 13, Offenbach: Sozialist. Büro/Vlg. 2000, März 1976, S. 9 - 44.

(55) Es ist wenig sinnvoll, sie hier alle aufzuzählen; sie werden in den Anmerkungen aufgeführt. Es handelt sich dabei zum Teil um Artikel in Zeitschriften, zum Teil um einige Partien in Berichten, die sich mit weiteren Themen beschäftigen, und zum Teil schließlich um interne Papiere und Berichte. Von letzteren sind zentrale Teile in den Materialteil der vorliegenden Arbeit aufgenommen worden.

(56) So in der Berliner Ausgabe von "Die Welt" am 24.2.1968, zit. nach Jürgen Dittner, a.a.O., S. 60.

(57) Der Bericht wird im "Jugendpflegebericht" des Senats zitiert (a.a.O., S. 22).

(58) Flugblatt vom 3.3.1970, zitiert nach dem "Auszug" (Anm. 52), S. 13.

(59) Die Betonung liegt hier auf "uneingeschränkt"; die späteren Debatten kreisten hauptsächlich um die Frage, ob eine uneingeschränkte Autonomie, die dennoch staatliche Finanzhilfe beansprucht, überhaupt möglich sei (zumindest war das im berliner Bereich so; auch im Falle des "Georg.-v.-Rauch-Hauses" und anderer besetzter Häuser gab es allemal spätestens dann vergleichbare Konflikte,

wenn die Behörde unter Berufung auf geltendes Recht verlangte, zumindest an der Kontrolle über die Verwendung von Mitteln beteiligt zu werden, die nicht in engerem Sinne der Sozialhilfe zugerechnet werden können, wie z.B. Reinigung und Instandhaltung von Räumen und Gebäuden usw.).

(60) AKS, a.a.O., - vgl. Anm. 54 -, S. 9.

(61) In der Folgezeit erwies sich, daß der Begriff "gesetzeswidrige Aktivitäten" am dehnbarsten war; im Wahlkampf und bei starkem Druck der CDU (sowohl im Bezirk wie auch bei Anfragen im Abgeordnetenhaus) wurde restriktiver interpretiert und verfahren als dann, wenn politisch "Ruhe herrschte". Ganz besonders eng und schikanös wurde insgesamt - d.h.: beispielsweise auch bei Wohngemeinschaften dann verfahren, wenn Aktivitäten der RAF u.a. die "Philosophie der Terroristen-Genese" erneut aktualisierten, die auf der Konstruktkette "Jugendliche - Extremisten - Radikale - Terroristen" beruht (zwar keineswegs ausschließlich und im Bundeskriminalamt etwa, sehr wohl aber in der polizeilichen Praxis "im Feld").

(62) Vgl. den "Auszug", a.a.O., S. 17.

(63) Die relativ lange Zeitspanne zwischen den ersten radikalen Selbstverwaltungs-Forderungen Anfang 1970 und ihrer Reaktualisierung Anfang 1972 erklärt das Prisma-Team zutreffend "mit der (in der Zwischenzeit, MP) ins Prisma geschwappten Drogenwelle", die alle anderen Problembereiche sekundär erscheinen ließ (vgl. den "Auszug", S. 14).

(64) Das liegt in erster Linie nicht an den persönlichen Fehlern, Hartnäckigkeiten oder der Uneinsichtigkeit der Beteiligten, sondern daran, daß die zugrundeliegende Konfliktstruktur - also beispielsweise die jeweilige Beurteilung der SPD-Politik in konkreten Fällen daraufhin, ob sie reformistisch sei oder nicht - auch mit dem Ende des Prisma-Konflikts nicht erledigt war; in anderen Fällen waren die Kontroversen auf ähnliche Probleme bezogen.

(65) J. Dittner, a.a.O., S. 98 f.

(66) Selbst Dittner resümiert: "Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen, Zielbestimmungen und darauf basierender Programmangebote wurden den völlig auf sich gestellten Mitarbeitern überlassen. Unter diesen Gesichtspunkten kann nicht von einem Modellversuch gesprochen werden" (a.a.O., S. 99).

(67) "Konzeption des Jugendzentrums Prisma am Kurt-Schumacher-Platz", als internes Diskussionspapier im Oktober 1971 vorgelegt; hier: S. 30.

(68) Erschienen in: "Neuer Rundbrief" (Information über Familie, Jugend und Sport), hrsg. vierteljährlich im Eigenverlag vom Senator für Familie, für Jugend und für Sport, Berlin, in Zusammenarbeit mit dem "Pädagogischen Zentrum", Berlin; hier: Nr. 1/1972; und zwar als Artikel von Hanna Biamino u.a., Mitarbeiter des Jugendclubs "Prisma": "Das neue Prisma-Programm. Zielvorstellungen" (S. 15 - 23).

(69) "Konzeption", a.a.O., S. 21 (im "Neuen Rundbrief", a.a.O., S. 18).

(70) "KONKRET-Serie: Die Erben Rudi Dutschkes" I, Jochen Ziem: "Proleten, Putz und Politik", in: "konkret" Nr. 14/29, 3. 1973 (Konkret-Vlg. Hamburg), S. 22 - 24, hier: Auszüge von S. 24.

(71) Vgl. dazu den folgenden Teil, insbesondere die Textkonfrontation der zwei konkurrierenden Konzeptionen. - Es ist klar, daß sich hier, wenn auch in typisch abgeschwächter Form, die gleichen Konfrontationslinien herausbilden, die sich auch an den Universitäten, in den Programmen der verschiedenen "K-Gruppen" usw. finden.

(72) Ohne daß es den damals am Konflikt Beteiligten bewußt gewesen wäre, vertraten sie Positionen, die ziemlich entsprechend in den beiden Zeitschriften "Info(rmationsdienst) Sozialarbeit" und "Erziehung und Klassenkampf" vertreten und dargestellt wurden. Das bedeutet auch, daß sich die Teamer von den diversen "Kommunistischen Parteien" ebenso fernhielten wie von denjenigen Organisationen, die Positionen wie die "Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW)" vertraten. Die Gemeinsamkeiten lagen in der - wenn auch abgestuften - antikapitalistischen Wende, das Trennende in der jeweiligen Einstellung zum Problem des "Reformismus".

(73) Die Resultate dieses Seminars, das sich auch auf die Ereignisse im "Prisma" bezog, wurden schließlich in "Erziehung und Klassenkampf" publiziert (5. Jg., Nr. 17/1975, Roter Stern Vlg., Frankfurt/M., S. 15 - 40): Autorenkollektiv: "Seminararbeit über Probleme der institutionalisierten Jugendfreizeitarbeit". Der Bericht dort ist wesentlich "gemäßigter" als der frühere, vermutlich von wenigstens partiell den gleichen Autoren stammende, in Anm. 53 genannte.

(74) AKS, a.a.O., S. 21 f.

(75) Die Position "A" wurde niedergelegt in einem ausführlichen, für das Bezirksamt angefertigten Papier mit dem Titel: "JUGENDZENTRUM PRISMA - Situationsbericht vom 7.2. bis 15.3.1973", der u.a. in den Anlagen mit einem "Konzeptions-Entwurf" ergänzt wurde. - Parallel zu diesem Bericht und in Reaktion auf den Konzeptionsentwurf (der schon einige Zeit vorher vorlag) verfaßten die Vertreter(innen) der Position "B" ebenfalls einen Bericht für das Bezirksamt, eine Gegen-Konzeption und eine Kritik an der bereits vorliegenden, anderen Konzeption. - Beide Papiere entstanden nicht lediglich als Selbstverständigung, sondern auch, weil das Bezirksamt, das längst keinen Überblick über die Inhalte und die aktuelle Situation des Konflikts mehr hatte, sie angefordert hatte, um nach einer - nur teilweise durch eine Renovierung bedingten - Schließung von mehreren Monaten (ca. Dez. 1972 bis Mai 1973) einen Startpunkt für die weitere Arbeit zu erhalten. Im Frühsommer (Juni/Juli) 1973 lagen dann beide Berichte und Konzeptionen vor; die Konzeptionen, die im folgenden auszugsweise vorgestellt werden, sind vollständig in den Materialienteil aufgenommen worden.

(75 A) Konzeptionsentwurf "A", S. 3
(75 B) Konzeptionsentwurf "B", A. 9 f.
(75 C) Konzeptionsentwurf "A", S. 7
(75 D) Konzeptionsentwurf "B", S. 10, S. 12 und S. 7
(75 E) Konzeptionsentwurf "A", S. 5, S. 8
(75 F) Konzeptionsentwurf "B", S. 3, S. 6 und S. 8

Die Zitatangaben richten sich nach den Abschriften der beiden Papiere, die im Materialteil aufzufinden sind, und nicht nach den Originalen (die zum Teil nicht reproduzierbar waren).

(76) In ihrem programmistischen Gehalt war diese Forderung ebenso utopisch wie zeitgebunden: Ihr Hintergrund ist nicht die Jugendarbeitslosigkeit, sondern eine Situation, in der die Jugendlichen fast mühelos Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden können. Die heutigen Forderungen haben sich entsprechend weit von denen Anfang der siebziger Jahre fortbewegt. - Im praktischen Teil dagegen haben sich die Positionen wenig geändert: Man will die Jugendlichen aus einer Haltung passiven Konsums herausholen, wenn und soweit sie über ein allemal berechtigtes Erholungs- und Entspannungsbedürfnis hinausgeht. Damit sind aber schon Aspekte der erst seit einiger Zeit aktuellen "Disco-Kultur" angesprochen, die eben jene Passivität stark fördert. Vgl. dazu auch den Bericht im "stern" über Diskotheken in Deutschland - Anmachen, Aufreißen, Abschleppen" ("stern magazin", Hamburg, 29. Jg./Nr. 35 vom 19.8.1976, S. 42 - 45 und 85 f.); die Entwicklung in dem knappen Jahr seither hat sich jedoch stark beschleunigt und ausgeweitet; ein Ende ist - insbesondere des kommerziellen Erfolges wegen - kaum abzusehen.

(77) Götz Aly, a.a.O., S. 124.

(78) Allerdings sind die Texte stark von zwei Absichten überlagert: Einerseits sind sie für das Bezirksamt verfaßt, andererseits für die Jugendlichen; das eigene Interesse, sich über die jeweiligen Ziele klar zu werden, tritt weitgehend dahinter zurück, beinahe so etwas wie eine Quadratur des Zirkels zu finden. Das Ergebnis war wenig überraschend: Keine der beiden Konzeptionen konnte sich durchsetzen, keine hat nachhaltige Wirkungen gehabt.

(79) Götz Aly, a.a.O., S. 125.

(80) Im "Auszug aus dem Bericht über den Modellversuch" wurde dieses Problem folgendermaßen beschrieben:

"Eine Steigerung (gemeint ist: des Interesses an der Sache bei den Jugendlichen ebenso wie die Hoffnung auf ein spannendes Spektakel) wurde noch erreicht, als bekannt wurde, daß sich die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter von ihrer Maximalforderung: 'Keine Zusammenarbeit mit der Leiterin' distanziert hatten. Die Rigorosität und Beharrlichkeit der Jugendlichen ihres Lagers - das hatten sie erkannt - mußte zunehmend zur Verselbständigung der Gruppe und ihrer Ziele führen. Sehr spät kam allen die Einsicht, ein Kompromiß sei vonnöten, sollte die Arbeit nicht vollends zerstört werden.
Der Positionswechsel der beiden war vielen Jugendlichen unbegreiflich, auch zunächst nicht zu vermitteln. Das Gefühl, enttäuscht und verraten worden zu sein, war zu stark. (...)
Die Einigung des zerstrittenen Teams hatte sich hinter verschlossenen Türen angespielt. Dieser ohnehin kaum vermittelbare Tatbestand enttäuschte auch jene, die sich auf die Seite der Leiterin geschlagen hatten. Der entstandene Identifikationsverlust ermöglichte Kritik gegenüber den Pädagogen, gleichzeitig den Abbau emotionaler Vorurteile gegenüber der Selbstverwaltungs-Gruppe und eine realistischere Prüfung der erhobenen Forderungen. Ein im Oktober 1974 geführtes Interview definiert dies repräsentativ: 'Während des Konflikts hab' ich erst eine ganze Zeitlang auf der Seite der Teamer mitgemacht und ich habe manchmal auch festgestellt, daß die Teamer nicht Recht hatten; daß eine Selbstverwaltung mal ganz schön ist".

(Vgl. den "Auszug", S. 21 und S. 26 f.)

(81) "Auszug", a.a.O., S. 5 f.

(82) So heißt es am Ende des Berichts über das "Jugendzentrum Prisma" in dem Berichts- und Materialienbund "Proletarische Jugendarbeit in selbstverwalteten Jugendzentren" Berlins, der Ende 1973 erschien, etwas konspirativ:

"Auf die weitere Strategie kann an dieser Stelle natürlich nicht eingegangen werden. Grundsätzlich muß jedoch folgendes festgestellt werden:

Das Prisma ist nicht wie der ehemalige Flamingo-Club in Schöneberg ein schon fast aufgegebenes Sorgenkind der Jugendpflege, sondern ein Renommierprojekt der SPD, das unter einem progressiven Anspruch angetreten ist und als Modellversuch bereits erhebliche finanzielle Mittel geschluckt hat. Deshalb ist starker Widerstand vom BA (= Bezirksamt, MP) zu erwarten. Das BA wird jedoch nicht offen reaktionär auftreten, sondern das Projekt durch geheucheltes Verständnis, Lockangebote, 'sachliche Schwierigkeiten', Verzögerungstaktik und Spaltungsversuche zu boykottieren versuchen (...)".

Vgl. "Proletarische Jugendarbeit ...", a.a.O., S. 223 f.

(83) Vgl. AKS, a.a.O., S. 10.

(84) Götz Aly, a.a.O., S. 34.

(85) Zitiert nach dem "Auszug", a.a.O., S. 37.

(86) Zitiert nach dem "Auszug", a.a.O., S. 39.

(87) So der AKS, a.a.O., S. 21.

(88) Das kommt durchgängig in den Interviews zum Ausdruck, die zwei Mitarbeiterinnen des "Prisma" mit 15 Jugendlichen führten; sie liegen nur als Manuskript vor und wurden auch nur zum Teil in den Abschlußbericht einbezogen: Hanna Biamino/Margrid Wiede: (15) Interviews mit jugendlichen Besuchern des Jugendzentrums Prisma, Ms., 61 Ss., Ende der Interviews: Dezember 1974.

(89) Gelegentliche Stellungnahmen von Beamten aus der Senatsverwaltung haben in der Regel legitimatorischen Charakter, keinen konzeptionellen, oder sie sind Anti-Kritiken mit verdeckt legitimatorischer Funktion. Ein gutes Beispiel dafür - auch für die Fragwürdigkeit der Argumentation, die eher als Polemik zu bezeichnen wäre - gibt der Artikel von Rüdiger Barasch, "Mitarbeiter beim Senator

für Familie, Jugend und Sport", im Neuen Rundbrief seiner Behörde: "Zur Antirevisionismus-Kritik in der Sozialpädagogik" (Nr. I/1973, S. 50 - 59); der Artikel gibt keine Orientierungsmöglichkeit, sondern verlangt mit vagen Drohungen praktisch das Aufgeben bestimmter kritischer Positionen, insbesondere des "antikapitalistischen Ansatzes".

(90) An diesem Punkt ist die auch sonst sehr parteiische Darstellung des Konfliktverlaufs im Band "Proletarische Jugendarbeit ..." besonders einseitig und "kämpferisch": Die Verständnislosigkeit für das Handeln eines ansprechbaren Beamten ist bemerkenswert. - Der Beamte ist heute Landesjugendpfleger.

(91) In diesem Punkte sind sich alle Betroffenen einig; die Sozialwissenschaftlerin selbst hat zwar versucht, die abstrakte Kompetenzzuweisung abzubauen, die durch die Hierarchisierung aufgrund eines formal "höheren" Ausbildungsabschlusses eintrat - da die zuständigen Behörden das aber nicht unterstützten, blieb es bei der irrationalen Statuszuweisung.

(92) Die Publikation der Kritik - vgl. Anm. 53 und 73 - noch im Verlauf der Arbeits- und Auswertungsphase war in hohem Maße unsolidarisch und unfair, da eine Möglichkeit der Korrektur praktisch nicht gegeben war. Wenn sich die "Berichte" auch durch Parteilichkeit und maßlosen, z.T. auch komischen "Kampfesgeist" weitgehend selbst disqualifizierten, war doch die Wirkung auf die Betroffenen nicht unerheblich, da sie aus jedem Diskussionszusammenhang argumentativ ausgegrenzt wurden. (Allerdings ist das kein Einzelfall; auch andere Berichte und Rezensionen in "Erziehung und Klassenkampf" und im Umfeld der Zeitschrift trugen diesen "vernichtend"-kritischen Charakter, der nicht zu rechtfertigen ist.)

(93) Zu den Interviews vgl. Anm. 88.

(94) Vgl. Dittner, a.a.O., S. 61.

(95) Vgl. dazu Dittner, a.a.O., S. 44: "Die zweite Phase der Nachkriegsentwicklung der Jugendpflege beginnt mit einem 'Tief' der praktischen Arbeit, weist einen 'konjunkturellen' Höhepunkt auf, um dann mit wenig genutzten Einrichtungen zu enden". Dem entsprechen ziemlich genau die Beschreibungen und Bilder, die Götz Aly seinem Buch beigibt - vgl. etwa die Beschreibung der Einrichtung "Forum Falkenhagener Feld" oder "Gelse", a.a.O., S. 18 - 22.

(96) Die Legitimierung für Mittelbeantragung und -vergabe entspricht einem nicht ohne weiteres einsichtigen "System" der Bedarfsermittlung, das in der Regel quantitativ verfährt, da aber nicht immer nach dem selben Grundsatz. Ein Beispiel: Die Jugendpflegeeinrichtungen sowohl des Staates wie auch der freien Träger müssen eine starke Nutzung nachweisen, um genügend Mittel für die weitere Arbeit im jeweils nächsten Jahr beantragen zu können - also wird eine Nutzung fingiert, die - wie oben schon angemerkt (vgl. Anm. 3) - keineswegs den Tatsachen entspricht. Darauf bauen dann die "Erfolgsmeldungen" der Behörden auf, die natürlich nicht zurückgenommen werden können, usw.

(97) Vgl. dazu vor allem die Berichte über die "Ella-Kay-Ära" in Berlin bei Jürgen Dittner, aber auch im Jugendpflegebericht ("In diesen Jahren kamen zahlreiche Delegationen von Jugendleitern und Experten nach Berlin, um diese Arbeit kennenzulernen. Mehrere in Berlin entwickelte Modelle wurden für die Jugendpflegearbeit in anderen deutschen Großstädten übernommen" - a.a.O., S. 7). Ella Kay, Senatorin bis 1963, gehörte zum linken Flügel der SPD; mit

der Amtsübernahme durch Kurt Neubauer 1963 begann für zwei Wahlperioden die beschriebene Entwicklung, die auch auf Bezirksebene nach 1971 noch praktiziert wurde. Offensichtlich verlor die Parteirechte das Interesse, als die Jugendarbeit sich als frustierend und undankbar erwies. - Damit ist jedoch ein Themenbereich angeschnitten, der nahezu unerschöpflich ist: Die Verquickung von innerparteilichen Auseinandersetzungen mit Sach- und Personalentscheidungen. Sehr informativ ist dazu Joachim Raschke: "Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD", Hamburg: Hoffmann und Campe 1974; er kann in der Regel dort herangezogen werden, wo J. Dittner sich auf Andeutungen beschränkt.

(98) Jugendpflegebericht, a.a.O., S. 7.

(99) Zitiert nach Dittner, a.a.O., S. 96. - Zur Person und zur politischen Entwicklung Kurt Neubauers, eines tpyischen rechtsstehenden SPD-Karrieristen, vgl. vor allem Raschke, a.a.O., besonders S. 179 f.

(100) Zitate: Jugendpflegebericht, a.a.O., S. 8

(101) Vgl. dazu sowohl die verschiedenen "Prisma"-Konzeptionen wie auch Götz Alys Buch - an der in Anm. 95 genannten Stelle, aber auch an zahlreichen anderen.

(102) Zitate siehe Jugendpflegebericht, a.a.O., S. 8

(103) Ein Beispiel für diese Kritik liefert insbesondere W.F. Haug am Ende seiner Untersuchung der Kampagne gegen den Schülerladen "Rote Freiheit" (vgl. Anm. 24 und 105) im Abschnitt "Lehren aus dem Scheitern und der Angreifbarkeit des Schülerladens Rote Freiheit" (a.a.O., S. 454 - 464). Haug spitzt die Kritik aber auf eine typische Fragestellung zu: Das Fehlen eines Bündnisses mit "der" Arbeiterklasse und "ihrer" Partei. Genau an diesem Punkt wird die Kritik falsch und unerträglich.

(104) Zum "Prisma" vgl. die entsprechenden Abschnitte sowohl in den Konzeptionen wie auch in den benannten Darstellungen, vor allem aber die offizielle Rechtfertigung der Staatsseite, die sogar in den Jugendpflegebericht aufgenommen wurde (unter Ziffer 5.1.2., S. 22). Zum Falkenlager und seinem Kontext vgl. Raschkes Bemerkungen über die Beziehungen zwischen Falken und SPD (a.a.O., insbesondere S. 210 ff und S. 380 f), teilweise aber auch Haug. - Zum Schülerladenkonflikt äussert sich neben Haug hinsichtlich der SPD-Reaktion auch Raschke.

(105) Vgl. Haug, a.a.O. - Haug hat seine Untersuchung vielleicht etwas zu stark auf die drei "Kontrahenten" Schülerladen-Kollektiv, Senat und Springer-Presse konzentriert; vermutlich wäre seine abschließende Kritik (vgl. Anm. 103) so nicht formuliert worden, wenn er weitere Aspekte - wie eben den jugendpolitischen - hätte einbeziehen sollen. Dabei wäre klar geworden, daß es jenseits der antiautoritären Konzeptionen und Aktionen am Ende der sechziger Jahre keine vergleichbaren, geschweige denn alternativen gab.

(106) In der Beschreibung der Möglichkeiten und des stark wechselnden Einflusses der Linken, der Rechten und der Mitte in der SPD ist Raschke unübertroffen. Es ist hicht möglich, nur einzelne Stellen aus seinem Buch anzugeben - das ganze Buch beschäftigt sich mit diesem Konflikt und dem unaufhörlichen Hin und Her, und zwar nicht nur chronologisch, sondern auch unter verschiedenen Aspekten. Deshalb werden einzelne zeitliche Phasen in der Regel nicht nur einmal, sondern mehrfach untersucht.

(107) In seiner Diplomarbeit ist Dittner relativ vorsichtig, was diesen Punkt angeht. Genauer auch in der politischen Beurteilung ist seine zusammen mit H. Lessing verfaßte

Untersuchung über das Zustandekommen des Jugendpflegeberichts und dessen Auswirkungen (vgl. Anm. 34).

(108) Raschke nennt an verschiedenen Stellen seines Buches neben dem Jugend-Ressort insbesondere noch das für Arbeit und Soziales als "Domäne" der Linken - sofern sie aufgrund innerparteilicher Übereinkünfte überhaupt an der Senatsbildung beteiligt werden. - Gerade am Beispiel des Jugendressorts zeigt sich aber auch, daß die Parteirechte dazu neigen kann, sich auch "linke" Ressorts anzueignen, wenn sie wahlwirksame Erfolge in der Ressortarbeit versprechen.

(109) Diese Aussage ist selbstverständlich zugespitzt und cum grano salis zu nehmen; ebenso ließe sich sagen, der Jugendpflegebericht sei zu spät gekommen - dann nämlich, wenn man nicht in erster Linie den politischen Druck berücksichtigt, sondern eher die potentiell vorhandenen Haushaltsmittel.

(110) Auch diese Aussage ist thesenhaft zugespitzt. Richtig ist zweifellos, daß sich die allgemeine Reform-Euphorie in der Bundesrepublik auch auf Berlin auswirkte. Gerade die Jugendpolitik des Senats profitierte davon, daß die zum Teil starken Unterschiede zwischen Bonn und Berlin hinsichtlich des Reformwillens von den Berufsanfängern der "ApO-Generation" deutlich unterschätzt wurden.

(111) Die Berichte in "Erziehung und Klassenkampf" und im "Info Sozilarbeit" stellen in dem Zeitraum seit 1971 eine fortlaufende Chronik vor allem der Berliner Vorgänge dar, zeigen aber auch deutlich, daß es vielfach nur graduelle Unterschiede zu entsprechenden Vorgängen in Westdeutschland gibt.

(112) Raschke macht darauf aufmerksam, daß Willy Brandt selbst keineswegs bereitwillig Parteilinke in seinen Senat aufnahm: "Brandt hatte die Linke Ella Kay aus dem Senat Suhr übernommen. Gegen starken eigenen Widerstand nahm er 1964 den Parteilinken Werner Stein in den Senat auf" (a.a.O., S. 387) - so lautet eine seiner typischen Anmerkungen zu diesem Sachverhalt. - Nachdem Brandt nach Bonn gegangen war, kam es allerdings zu einem kontinuierlichen "Aderlaß": Die fähigsten Leute gingen nach Bonn, und nur "die zweite Garnitur" ging in Krisensituationen nach Berlin zurück - dazu gehörte auch Klaus Schütz.

(113) Gegenwärtig ist in dieser Sicht der Dinge ein derartiger Höhepunkt erreicht, daß es überflüssig scheint, Belege dafür extra auszuweisen. Die Zahl der Pressestellungnahmen und Enthüllungen über die Affäre um den Steglitzer Kreisel, das im Bau befindliche Kongreßzentrum, die Porzellanmanufaktur usw.usf. ist bereits nicht mehr zu überschauen. Daher ist wohl nur noch der Hinweis darauf angebracht, daß die Berliner CDU offenbar auch in den Augen der Berliner keine Alternative zu bieten hat - weder auf Landesebene noch in den Bezirken. Sie ist noch provinzieller als die SPD; ihre Wahlerfolge verdankt sie eher der Mißwirtschaft der SPD als ihrer eigenen "Fähigkeit".

(114) Zitat aus dem Einleitungsaufsatz "Warum eine Tagungswoche über 'Grundfragen Offener Jugendarbeit'?" in der Sondernummer April/Mai 1977 der Berliner "Heim- und Erzieher-Zeitschrift" (hez); die Ausgabe enthält nahezu alle Materialien dieser Tagung, die vom 6. - 12.3.1977 in Berlin stattfand (vgl. dazu auch weiter unten die folgenden Textpassagen und Anmerkungen). Das hier wiedergegebene Zitat findet sich auf S. 3.

(115) Stellvertretend für viele andere seien nur zwei Sammel-Publikationen genannt: (a) das letzte Heft der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf", Nr. 18 - 20, Frankfurt 1975/

76; (b) Sybille Laturner/Bernhard Schön (Hrsg.): "Jugendarbeitslosigkeit. Materialien und Analysen zu einem neuen Problem", rororo-aktuell: Reinbek/Hamburg 1975. - Diese Hoffnungen und Erwartungen legten sich erst landsam in dem Maße, in dem sich die Erkenntnis verbreitete, daß es sich um eine langfristig-strukturelle und nicht um eine nur kurzfristig-konjunkturelle Arbeitslosigkeit handelte.

(116) Erste Entwicklungen dieser Art, an die womöglich die aktuellen anknüpfen können, hat Walter Hollstein in seiner Studie "Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen" bereits 1969 beschrieben; vgl. dazu auch Anm. 133.

(117) Was die sozialspezifischen Formen der Verweigerung angeht, können derzeit tatsächlich allenfalls Vermutungen geäußert werden. Ein Beispiel gibt das Drogen-Problem: Es wäre voreilig zu behaupten, daß sich eindeutig das bevorzugte Auftreten einer sozialen Gruppe - etwa der Oberschüler - unter den Abhängigen feststellen ließe; ebenso voreilig wäre es, den Alkoholismus als Verweigerungshaltungs-Phänomen hauptsächlich Arbeiterjugendlichen zuzuordnen, usw.

(118) Neben dem Drogenproblem ist vor allem das Problem der Jugendkriminalität Gegenstand staatlicher Aufmerksamkeit geworden; die Überlegungen sind aber nicht über die Konkretisierungsstufe der Planung von spezifischen Sondereinheiten der Polizei hinausgediehen (diese Sondereinheiten entsprechen allerdings bisher nicht der "Jugendpolizei", die als mögliche Neu-Einrichtung ebenfalls diskutiert wird).

(119) In der jüngsten Zeit ist zwar unter dem Eindruck der Todesfälle von Fixern die Einrichtung eines Drogenbeauftragten

geschaffen worden, die dem Senator für Familie, Jugend und Sport zugeordnet wird (und nicht dem gesamten Senat und damit mit einer größeren Bewegungsfreiheit ausgestattet, wie ursprünglich in der Diskussion vorgesehen); gleichzeitig besteht aber auch Klarheit darüber, daß der Drogenbeauftragte, wie fähig er auch ist, das Drogenproblem nicht lösen kann - es ist sogar sehr fraglich, ob es ihm gelingen kann, in ausreichendem Maße Rehabilitations-Einrichtungen wie z.B. therapeutische Wohngemeinschaften durchzusetzen.

(120) Zu der berlinüblichen langen und komplizierten Vorgeschichte der Mittelstufenzentren vgl. den "Länderbericht West-Berlin" in Bühlow/Hopf/Nagel/Preuß-Lausitz: "Gesamtschule zwischen Schulversuch und Strukturreform" (Weinheim/Basel: Beltz Verlag 1972; hier: S. 29 - 57).

(121) Sehr ausführliche bibliographische Angaben finden sich nicht nur bei Bühlow u.a., a.a.O., sondern auch bei Jochen Kuhnen: "Erfahrungen mit der Gesamtschule. Soziale Integration als gesellschaftliche Begründung und pädagogische Praxis von Gesamtschulversuchen", Lampertheim: Kübler-Vlg. 1976. - Speziell auf Berlin bezogene, aktuelle Angaben und ausführliche Zitate auch aus unveröffentlichten internen Arbeitspapieren und Protokollen finden sich bei Dittner, a.a.O.

(122) Vgl. dazu die Auffassung in einem "Erfahrungsbericht" einer Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeiter in den Jugendclubs (unter dem Titel "Die Jugendclubs in den Bildungszentren" veröffentlicht im "Neuen Rundbrief" Nr. 1/1976, S. 20 - 32; ab hier zitiert als "AG-Bericht"), Stand: Februar 1976: "Die Wahrnehmung der sozialpädagogischen Funktion durch den Jugendclub wird begünstigt durch die, jedenfalls verwaltungsmäßige, Unabhängigkeit von der Schulverwaltung. Aufgrund der Anstellung der Mitarbeiter

beim Jugend- und nicht beim Schulamt ist ihnen eine größere Mobilität erhalten geblieben. Damit konnte ein 'neutraler' Boden für die Konfliktaustragung zwischen Schule und Jugendlichen im Club geschaffen werden, ähnlich wie der schulpsychologische Dienst seine Tätigkeit nicht innerhalb der engeren Schulhierarchie wahrnehmen könnte. Damit ist den Jugendlichen ein relativ angstfreies Handlungs- und Experimentierfeld gegeben, in das sie ihre persönlichen Konfliktsituationen hineintragen, in dem sie ihre motorischen und emotionalen Bedürfnisse teilweise befriedigen und in dem sie ihren Neigungen nachgehen können. Die Mitarbeiter können auf diese Interessen eingehen, d.h. ihre Funktion läßt sich zusammenfassend als Unterstützungs- und Beratungstätigkeit für die Jugendlichen charakterisieren" (a.a.O., S. 24).

(123) Im AG-Bericht heißt es dazu u.a.: "Die Sozialpädagogen der Schule können ihren Auftrag nur zum Teil erfüllen. (...) In erster Linie liegt es ... an den institutionellen Bedingungen, unter denen die Sozialpädagogen im Schulbereich arbeiten müssen. Der Schulleiter ist gegenüber den Sozialpädagogen weisungsbefugt, und sein primäres Interesse besteht erfahrungsgemäß darin, den reibungslosen Ablauf des Unterrichts zu gewährleisten. Das führt zu berufsfremden Einsätzen (...) bei den Sozialpädagogen, denen dann die Zeit fehlt und folglich auch in vielen Fällen die Motivation genommen wird, sozialpädagogisch tätig zu werden. Zum anderen führt diese Situation zu Mißtrauen und Vorbehalten bei den Schülern, die eine Aufsplitterung in schulische Kontrollperson und Vertrauensperson nicht bewältigen können" (a.a.O., S. 21).

(124) Vgl. dazu bei Dittner, a.a.O., das Kapitel "Sozialpädagogik und Schule - Beispiel für die Dominanz der schulischen gegenüber der außerschulischen Bildung" (S. 100 - 112).

(125) AG-Bericht, a.a.O., S. 32.

(126) AG-Bericht, a.a.O., S. 29; entsprechende Bemerkungen finden sich für die Jugendfreizeitheime zum Vergleichen auch bei Dittner, a.a.O., S. 84 ff, sowie bei Götz Aly, a.a.O., S. 30 ff.

(127) Vgl. dazu die AG-Berichts-Abschnitte "Arbeitsvorbereitung und Fortbildung" und "Außenkontakte des Jugendclubs", a.a.O., S. 30 f.

(128) Einen detaillierten, ebenso illustrativen wie informativen Bericht über die Situation ohne eine entsprechende Regelung gibt Kuhnen, a.a.O., S. 161 ff.

(129) Vgl. dazu die Sondernummer der "hez" (Anm. 114).

(130) Vgl. "Grundfragen Offener Jugendarbeit - 8 Thesen zur Strukturierung der Diskussion" in der "hez", a.a.O., S. 7 - 10; die Thesen werden im folgenden noch charakterisiert.

(131) Wie andere zuständige und kompetente Fachleute auch waren sich die Teilnehmer an der Tagungswoche im klaren darüber, daß ein direkter Appell an "die Wirtschaft" nicht das Geringste bewirkt hätte - die Bundesregierung hatte bis zu diesem Zeitpunkt jedenfalls noch kein Entgegenkommen der Unternehmerverbände verzeichnen können.

(132) Vgl. die "hez", a.a.O., S. 9 (These 6).

(133) Inzwischen liegen bereits erste Publikationen zu diesem Problemzusammenhang vor. Eine informative Einführung mit kommentierter Bibliographie gibt, zustimmend parteiergreifend, Klaus-B. Vollmar: "Alternative Selbstorganisation auf dem Lande", Berlin: Verlag Jakobsohn ^{2}1976; vgl. aber auch

etwa Hendrik Bussiek (Hrsg.): "Veränderung der Gesellschaft - Sechs konkrete Utopien", Frankfurt: Fischer-Taschenbuch Bd. 1092, 1970.

(134) "Marginalisierung" kann durchaus auch aus Gegebenheiten heraus entstehen, die mit dem jeweiligen Sach-Problem selbst kaum etwas oder gar nichts zu tun haben; die Ressortabgrenzung als Resultat von Tradition oder Koalitionsverhandlungen etwa kann staatliche Arbeitsfelder unter Verwaltungsgesichtspunkten in einem Ressort "randständig" werden lassen. Der Erfindungsgeist von Staatsdienern ist notorisch unschlagbar und konkurrenzlos, wenn es darum geht, sich als "nicht zuständig" zu erklären - und auch das kann für eine soziale Gruppe die Marginalisierung bedeuten (lange Zeit war das etwa der Fall, als es um die Therapie und Resozialisierung bzw. Rehabilitation von Drogenabhängigen ging). - Die Abschiebung eines großen Teils der Jugendpflege zum Schulressort ist allerdings nicht unter diese beiden Erklärungen zu subsumieren - dazu ist der Vorgang zu ungewöhnlich.

(135) Die Formulierung "staatlicher Bereich" muß präzisiert werden, um Mißverständnisse zu vermeiden: Ich beziehe mich hier auf die Verantwortlichen (Senat; Bezirksstadträte; z.T. auch parteilich-parlamentarische Institutionen) - und nicht etwa auf die beispielsweise in der sozialpädagogischen Fortbildung Tätigen oder die ausführenden Praktiker.

(136) Das vorerst letzte Beispiel für die auch personelle Interessen- und Karrieren-Neuorientierung gibt der bereits erwähnte Peter Sötje: Als früherer Pressesprecher Horst Korbers übernahm er nach einem wiederum bezeichnend borniert-repressiven Einsatz als Staatskommissar an der TU Berlin den einträglichen Posten des Jugendstadtrats im Bezirksamt Wedding, wo er verleichsweise unauffällig zu administrieren scheint, um seine Karriere nicht unnötig zu gefährden. -

Ganz anders dagegen die Auffassung vom Amt und die Karriere bei den "Experten": Jürgen Dittner ist Stadtrat (wenn auch nicht in "seinem" Ressort) in Charlottenburg geworden und hat damit vermutlich den Scheitelpunkt seiner Laufbahn erreicht. Jakob Rabau, Nachfolger von Ilse Reichel als Jugendstadtrat in Reinickendorf und vorher schon in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig, hat nach vier Jahren sein Amt an einen CDU-Nachfolger abgeben müssen und spielt politisch nicht weiter mit (vgl. auch die Anm. 97 oben und den weiteren Kontext dort).

(137) Jürgen Dittners gegenteilige Beteuerungen - vgl. die Zitate in Anm. 25 - sind nicht imstande, zu überzeugen; Götz Aly kritisiert ihn in diesem Punkt zu Recht: "Unter Anwendung einer 'Mehrfachstrategie', 'projektstadtteilbezogen', 'parteilich', 'mit solidarischen Methoden', mit 'ökonomischen Hebeln' zur 'Statusverbesserung' sollen Erzieher mobilisiert werden, - und die machen das dann schon. Können sie es überhaupt? Wer sich diese Frage nicht stellt, versteckt das Ende einer Reformphase, die erkennbar nie bis zur Jugendpflege nach Spandau vorgedrungen ist, hinter Durchhalteparolen und verschiebt die Verantwortung weg von den staatlichen Behörden (...).
Leute wie Jürgen Dittner setzen ihre Hoffnungen zu Unrecht und wohl auch wider besseres Wissen auf diese Generation von Erziehern. Ihre Vorschläge sind nicht einmal reformistisch, sondern vielfach unrealistisch" (Götz Aly, a.a.O., S. 124 f).

Anmerkungen zu Kapitel 4

(1) Philippe Ariès: "Geschichte der Kindheit", Hanser-Verlag: München ^{4}1977; hier: S. 466.

(2) Hermann Giesecke: "Die Jugendarbeit", Juventa-Verlag: München 1971; hier: S. 37. - Der zitierte Sprecher ist Robert Schmidt, gewerkschaftlicher Experte für Jugendfragen; er sprach auf dem Gewerkschaftskongreß 1908 in Hamburg.

(3) Karl Marx: "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf)", Dietz-Verlag: Berlin (DDR) 1953; hier: S. 182 f und 185.

(4) Thomas Ziehe: "Pubertät und Narzißmus. Sind Jugendliche entpolitisiert?", Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt/Köln 1975; hier: S. 101. - Leider kann ich Ziehes Buch nur in den folgenden Passagen heranziehen; mir fehlen die Kenntnisse - insbesondere solche der Psychoanalyse - , um seine weitergehenden Aussagen mehr als nur rezipieren zu können.

(5) Rainer Döbert/Gertrud Nunner-Winkler: "Adoleszenzkrise und Identitätsbildung. Psychische und soziale Aspekte des Jugendalters in modernen Gesellschaften", edition suhrkamp: Frankfurt 1975; hier: S. 59 f.

(6) Döbert/Nunner-Winkler, a. a. O., S. 69

(7) Ziehe, a. a. O., S. 106 f.

(8) Ziehe, a. a. O., S. 104.

ANHANG - Inhaltsübersicht

I a : Statistische Materialien zu verschiedenen Themenbereichen aus Kapitel 2.3 317 - 322

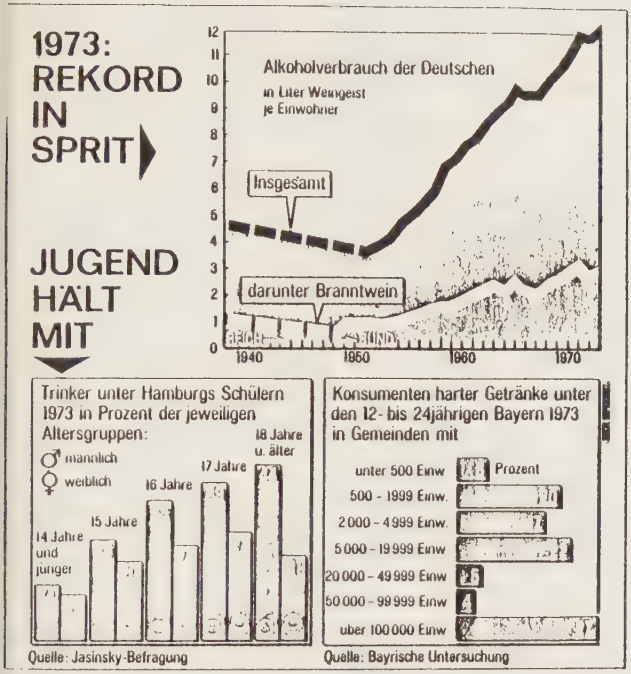
I b : Materialien zu verschiedenen weiteren Themenbereichen vorwiegend aus Kapitel 2.3 323 - 326

II : Materialien zu Themenbereichen aus Kapitel 3.2 - vor allem "Jugendpflegebericht" und "Modellversuch 'Prisma'" 327 - 354
(enthält:
a) Besucher in Jugendfreizeitheimen im Jahre 1970
b) Aus dem "Jugendpflegebericht": "Konfliktfall 'prisma'"
c) Konzeptionsentwurf für das "Prisma" vom Februar 1973
d) Konzeptionsentwurf "A", März 1973
e) Konzeptionsentwurf "B", etwa Juni 1973)

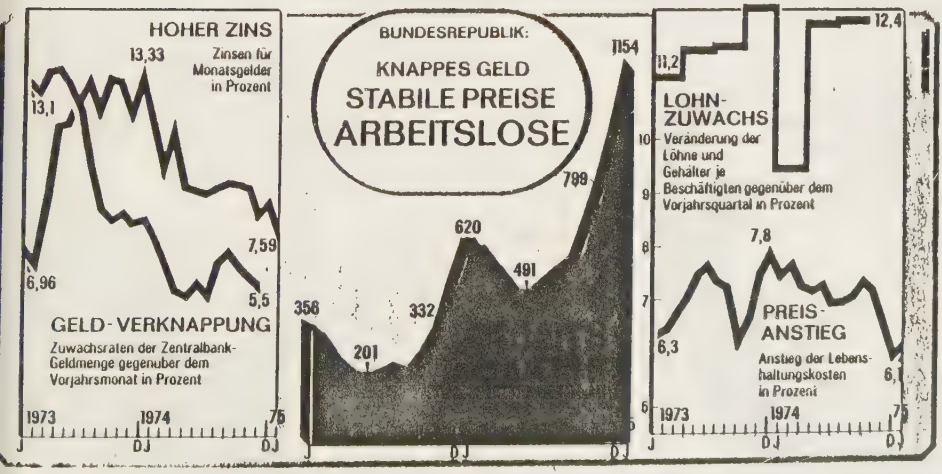
III : Materialien zu Kapitel 3.3
a) zur Schul-Situation 355 - 358
b) zu weiteren Fragen 359 - 361

Anmerkung:

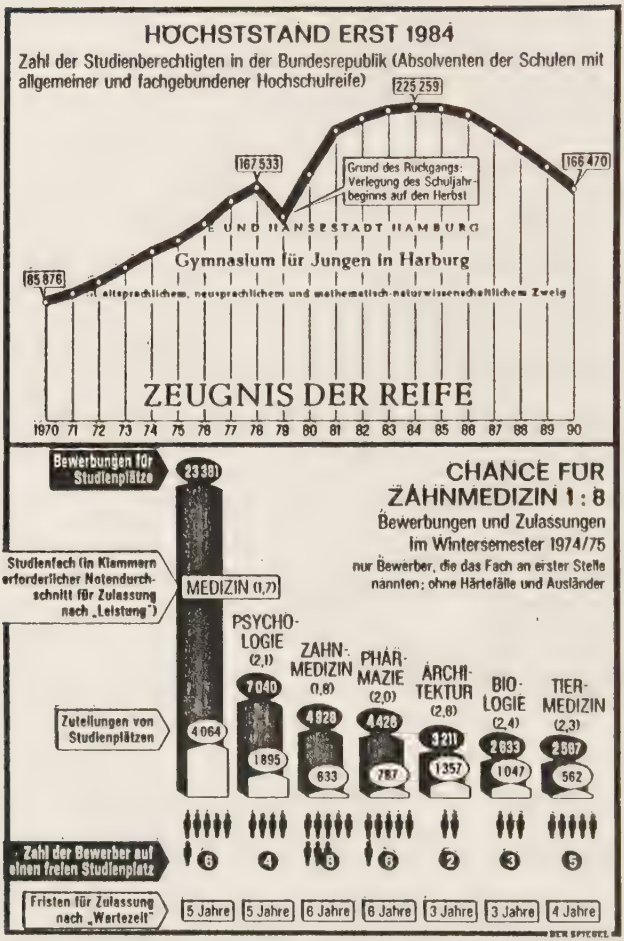
Die Verweise auf diese Materialien sind teilweise im Text, zum größeren Teil aber in den Anmerkungen zum Text enthalten.
Vollständigkeit war in keinem Falle angestrebt oder erreichbar. Gelegentlich habe ich mich darauf beschränkt, bezeichnende Publikationen in ebenso bezeichnend kurzen Zeiträumen exemplarisch aufzunehmen (Teile I b und III a).



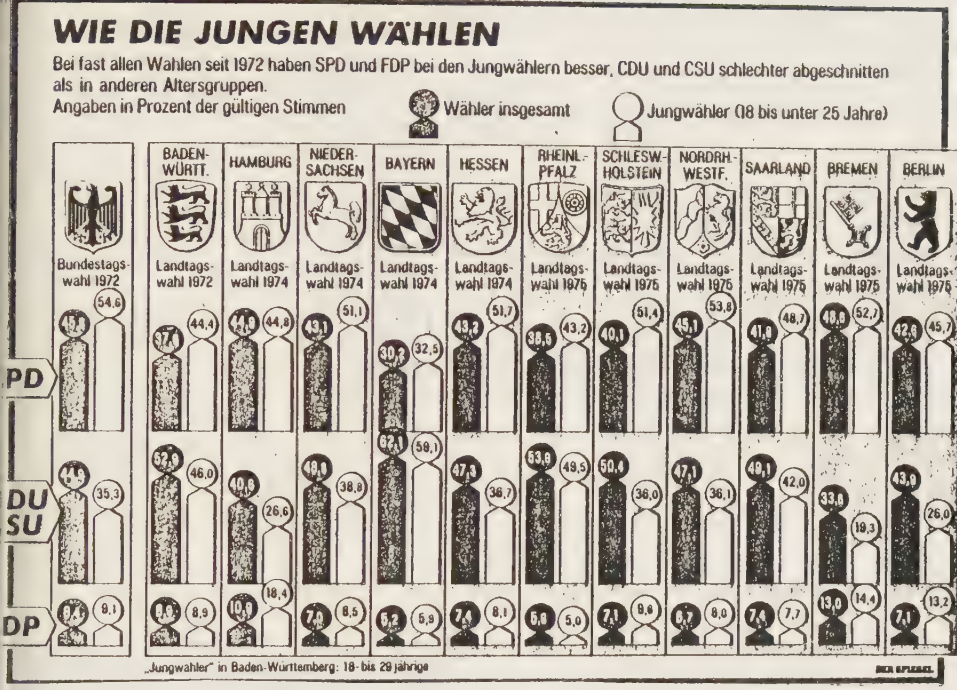
Der Spiegel, 28. Jg., Nr. 50 vom 9. Dez. 1974



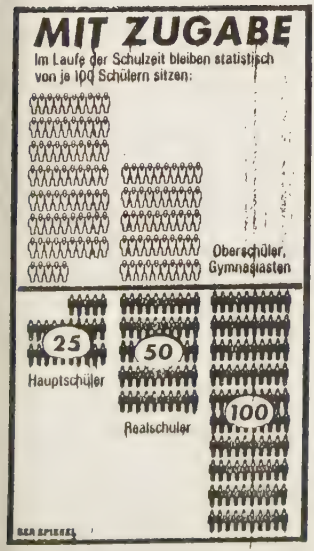
Der Spiegel, 29. Jg., Nr. 8 vom 17. Febr. 1975



Der Spiegel, 29. Jg.,
Nr. 22 vom 26. Mai 1975

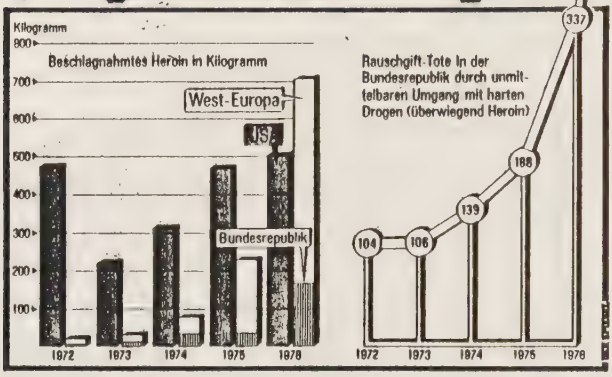


Der Spiegel, 30. Jg., Nr. 15 vom 15. April 1976



Der Spiegel, 30. Jg., Nr. 23
vom 31. Mai 1976

TODESDROGE HEROIN



Der Spiegel, 31. Jg., Nr. 23 vom 30. Mai 1977

DEMOKRATIE

Frage: Über Wert oder Unwert von Demokratie und Diktatur gibt es verschiedene Ansichten. Die einen sagen: »Ob Demokratie oder Diktatur, ist gar nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, daß fähige Staatsmänner an der Spitze stehen.« Die anderen sagen: »Diktatur ist immer gefährlich. Ich ziehe die Demokratie in jedem Fall vor.« Welcher Meinung stimmen Sie eher zu?

	Insgesamt		In Bayern	In Nordrhein-Westfalen
	1968 %	1976 %	%	%
Hauptsache, fähige Staatsmänner an der Spitze	19	28	44	16
Eine Diktatur ist immer gefährlich	78	67	52	82
Keine Angabe	3	5	3	2

Der Stern, 29. Jg., Nr. 41 vom 30. Sept. 1976

POLITIK

Frage: Interessieren Sie sich für Politik? — Welche der folgenden Stellungnahmen würde Ihrer Meinung am besten entsprechen?

	1964 %	1968 %	1976 %
Ich kümmere mich nicht um Politik	26	7	5
Man müßte sich mehr darum kümmern, aber kommt nicht dazu	11	8	8
Ich beschäftige mich ab und zu damit	40	33	28
Ich beschäftige mich häufig mit Politik	12	25	11
Ich bin an politischen Fragen sehr interessiert	9	27	48
Keine Angabe	2	0	0

PARTEIEN

Frage: Sind Sie mit den bestehenden Parteien zufrieden, oder wäre es Ihnen lieber, wenn man noch eine andere Partei wählen könnte? Und was für eine?

	1968 %	1976 %
Bin mit dem Parteiensystem zufrieden	32	31
Eine links von der SPD stehende Partei	22	9
Eine nationalkonservative Partei	22	4
Eine radikalere demokratische Partei	13	9
Eine kommunistische Partei	12	1
Eine ganz andere Partei	3	3
Keine Angabe	8	3

PARTEIEN-IMAGE

Frage: Welche Partei kann nach Ihrer Ansicht die dringendsten Gegenwartsprobleme am ehesten lösen? Was können die verschiedenen Parteien am besten?

	CDU/CSU %	SPD %	FDP %
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	39	60	12
Die Interessen der Arbeitnehmer vertreten	27	66	10
Für Recht und Ordnung sorgen	63	44	16
Die Interessen der Jugend vertreten	36	49	18
Die Arbeitslosenfrage richtig anpacken	41	49	9
Überzeugend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten	48	47	18
Die Interessen der Frauen vertreten	29	52	19
Richtig mit kommunistischen Ländern umgehen	46	43	14
Für soziale Marktwirtschaft eintreten	47	51	16
Den besten Kanzlerkandidaten präsentieren	40	57	3
Rein gefühlsmäßig sagt mir am besten zu	37	43	11

Die Antworten ergeben über 100 %, weil die Befragten an Hand einer ihnen gezeigten Liste mehrere Aufgabenbereiche nennen konnten.

PARTEIMITGLIED

Frage: Würden Sie Mitglied einer politischen Partei werden wollen? — Halten Sie das für ganz sicher, ist es möglich, nicht wahrscheinlich oder ganz unwahrscheinlich?

	1964 %	1968 %	1976 %
Ganz sicher	5	12	5
Möglich	23	45	32
Nicht wahrscheinlich	21	26	28
Ganz unwahrscheinlich	45	15	35
Keine Angabe	6	2	1

Von denen, die ganz sicher oder möglicherweise einer Partei beitreten wollen, würden sich am ehesten entscheiden für:

	%
SPD	51
CDU/CSU	33
FDP	7
DKP	3
NPD	1
Unentschieden	5

Der Stern, 29. Jg.,
Nr. 41 vom 30. Sept. 1976

LEBENSZIEL

Frage: Was möchten Sie erreicht haben, wenn Sie 40 sind?

	Insgesamt	Jungen
Ich möchte eine glückliche Familie mit Kindern haben	46	36
Ich möchte eine glückliche Ehe ohne Kinder führen	7	5
Ich möchte in einem Beruf, der mir gefällt, Erfolg haben	24	27
Ich möchte mir Dinge leisten können, die viel Geld kosten	17	22
Ich möchte mich mit 40 zur Ruhe setzen und nur noch tun, wozu ich Lust habe	12	16
Keine Angabe	0	0

Die Antworten ergeben über 100 %, weil die Befragten an Hand einer ihnen gezeigten Liste mehrere Möglichkeiten nennen konnten.

ARBEIT

Frage: Wie empfinden Sie Ihre Arbeit — in erster Linie als schwere Last, als notwendiges Übel, Möglichkeit Geld zu verdienen, befriedigende Tätigkeit oder als Erfüllung einer Aufgabe?

	Insgesamt	Hauptschulabschluß und Berufsausbildung	Hochschulbildung
	%	%	%
Schwere Last	2	2	3
Notwendiges Übel	17	17	14
Möglichkeit, Geld zu verdienen	32	41	15
Befriedigende Tätigkeit	26	25	39
Erfüllung einer Aufgabe	22	18	31
Keine Angabe	5	2	1

ZEIT

Frage: Was würden Sie tun, wenn Sie überraschend tagsüber zwei Stunden Zeit hätten?

	%
Freundin oder Freund besuchen	20
Bummeln	16
Musik hören	13
Sport treiben	10
Ein Buch lesen	8
Lieben	5
Schlafen	5
Musikinstrument spielen	4
Einen trinken gehen	4
Basteln	4
Fernsehen	3
Malen oder zeichnen	2
Museum oder Ausstellung besuchen	2
Keine Angaben	3

Die Antworten ergeben über 100 %, weil die Befragten an Hand einer ihnen gezeigten Liste mehrere Möglichkeiten nennen konnten.

GELD

Frage: Was würden Sie tun, wenn Sie überraschend 1000 Mark zur Verfügung hätten?

	%
Verreisen	25
Auf die hohe Kante legen	20
Moped oder Zubehör fürs Auto kaufen	17
Kleidung kaufen	12
Kamera oder Stereoanlage kaufen	11
Einrichtungsgegenstände oder Möbel kaufen	10
Bücher kaufen	8
Geschenke kaufen	3
Auf den Kopf hauen	0
Keine Angabe	4

Die Antworten ergeben über 100 %, weil die Befragten mehrere Ausgabenwünsche nennen konnten.

STRESS

Frage: Wie empfinden Sie den Leistungsdruck in Schule oder Beruf — als sehr groß, deutlich, mittel, wenig oder gar nicht?

	Insgesamt	Hauptschulabschluß und Berufsausbildung	Hochschulbildung
	%	%	%
Sehr groß	21	12	32
Deutlich	35	31	39
Mittel	31	39	23
Wenig	9	13	4
Gar nicht	3	5	1
Keine Angabe	0	0	0

Der Stern, 29. Jg.,
Nr. 41 vom 30. Sept. 1976

Katholische Eltern sollen Schulbücher zensieren

FR, 28.4.77 (= 33 Jg./ Nr. 98) Seite 13

Kirchen-Blatt fordert Abschaffung der Sexualkunde als Unterrichtsfach

MÜNCHEN. Die Zeitschrift der Katholikenräte in Bayern, „die lebendige Zelle", hat die katholischen Eltern aufgefordert, wegen der „Zwangssexualisierung" und politischen Ideologisierung ihrer Kinder in den Schulen regelmäßig die im Unterricht verwendeten Texte zu kontrollieren. Beschwerden, so wird empfohlen, sollten zusammen mit den „Beweisstücken" an die Schulleitung, den Elternbeirat, das zuständige Schulamt und das Kultusministerium geschickt werden. In dem Beitrag wird gleichzeitig nachdrücklich gefordert, den Sexualkundeunterricht als ordentliches Unterrichtsfach wieder aus der Schule herauszunehmen.

Bereits im Kindesalter, so die Begründung des katholischen Organs, werde der Boden für den Abbau des Schamgefühls, der letzten Tabus und der „Degradierung unserer Mädchen und Frauen zum Wegwerf- und Gebrauchsartikel" vorbereitet. Zur Information druckt „die lebendige Zelle" einige Leseproben („Schweinereien") aus der Pflichtlektüre für den Deutschunterricht der oberen Klassen einer höheren Mädchenschule ab, um daran den Kommentar zu knüpfen: „Offensichtlich geht es den Lehrkräften, die unseren Kindern diese Lektüre aufzwingen, darum, selbst volljährige Schülerinnen in ihrem Sinne umzuerziehen und Schamgefühl soweit als möglich abzubauen."

Von dem „manipulierten Unterricht" würden in der Regel aber nur die wenigsten Eltern erfahren, weil der überwiegende Teil der Mädchen immer noch eine gewisse Scheu besitze, mit ihren Eltern über Obszönitäten zu sprechen. Auch werde zu Recht befürchtet, bei Beschwerden über derartige Manipulationsversuche, „die offensichtlich von der Schule geduldet werden", der Rache von Lehrern ausgeliefert zu sein. Offenbar habe sich noch nicht herumgesprochen, „daß diese Art der Schülermanipulation in der Regel Bestandteil der von den sozialistischen Lehrern verfolgten Grundstrategie" sei, sie ziele primär auf die Zerstörung der Familie ab, was um so eher gelinge, als die Autorität gegenüber Gott und den Eltern abgebaut und anstelle des Schamgefühls die Schamlosigkeit getreten sei. Angesichts dieser Tatbestände frage man sich, „ob katholische und christliche Eltern überhaupt noch damit rechnen können, daß die Schulaufsicht... noch gewillt ist, das grundgesetzlich verbürgte Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder wenigstens zur Kenntnis zu nehmen".

KNA

*

WIESBADEN. Lehrpläne für einen Alternativunterricht zum Fach Religion soll eine Arbeitsgruppe entwerfen, die Hessens Kultusminister Hans Krollmann in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung gebildet hat. Nach Angaben der FDP-Landtagsabgeordneten Sybille Engel soll ein erstes Arbeitsergebnis bereits im Frühjahr voraussichtlich vorliegen. Krollmann habe damit der FDP-Forderung entsprochen. dpa

*

BERLIN. Nach einem rund einwöchigen Hungerstreik von etwa 50 Studenten der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (EFHSS), mit dem sie gegen die Amtsführung des Rektors Dieter-Peter Weber und gegen seine Wiederwahl protestierten, will die Leitung der Evangelischen Kirche in West-Berlin unverzüglich eine Kommission zur Prüfung der Lage einsetzen. Die Kirchenleitung

1/3/4/5/2

323

"Frankfurter Rundschau",
Dienstag, 26. April 1977,
Seite 1

Katholiken gegen Kinderrecht

Zentralkomitee lehnt Novelle des elterlichen Sorgerechtes ab

BONN, 25. April (dpa/AP). Mit scharfer Kritik hat sich das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZDK) gegen den Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition zur Neuordnung des elterlichen Sorgerechts gewandt. Das ZDK vertrat am Montag in Bonn in einer Stellungnahme die Ansicht, mit dem Gesetzentwurf werde versucht, in die Freiheit der Familie einzugreifen.

Das Gesetz dürfe nicht „zu einer mißbräuchlichen Ausnutzung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten führen". Mit der Forderung, das Recht des Kindes zu stärken und ihm zur Mündigkeit zu verhelfen, werde „die Entmündigung der Eltern im Verhältnis zu ihren Kindern betrieben und damit das Wohl der Kinder entscheidend beeinträchtigt", meinte das Zentralkomitee.

Die Familie müsse als geschlossener, eigenständiger Lebensbereich im Sinne der Wertordnung des Grundgesetzes erhalten bleiben. Mit der Novelle der Koalition würden Spannungen in die Familie hineingetragen und die Familiengemeinschaft durch die Überbetonung der Individualansprüche ihrer Glieder entscheidend geschwächt, heißt es in der Erklärung der Katholiken.

Nach dem Entwurf sollen unter anderem die Eltern bei Meinungsverschiedenheiten über Ausbildung und Berufswahl den Rat eines Berufsberaters einholen. Mißbrauchen die Eltern ihr Sorgerecht, soll das Vormundschaftsgericht künftig auch dann eingreifen können, wenn die Eltern kein Schuldvorwurf trifft. Können sich Eltern bei Angelegenheiten „von erheblicher Bedeutung" für das Kind nicht einigen, kann das Vormundschaftsgericht einem Elternteil die Entscheidung übertragen, sofern dies dem Wohle des Kindes entspricht

10101/003 P

Pädagogen treten gegen die Angst der Kinder in der Schule an

„Salzburger Manifest" fordert die Abschaffung der Noten in der Grundschule, der Hausaufgaben und des Sitzenbleibens

Von unserem Redaktionsmitglied Jutta Rottsch

FRANKFURT A. M., 20. Mai. Eine gemeinsame Aktion „angstfreie Schule" haben Pädagogen, Psychologen, Ärzte und Eltern aus der Bundesrepublik, aus Luxemburg, Österreich und der Schweiz ins Leben gerufen. In einem „Manifest", das am Freitag in Salzburg (Österreich) vorgestellt wurde, fordert die Initiativgruppe unter anderem ein Sofortprogramm für die Grundschule. In den ersten drei bis vier Jahren der Schule sollen Noten, Prüfungen und Strafen abgeschafft werden. Das Sitzenbleiben und die bisherige Form der Hausaufgaben sollen allen Schulkindern erspart bleiben.

Zu den Unterzeichnern des „Salzburger Manifests" gehören unter anderen der Erziehungswissenschaftler Andreas Flitner (Tübingen), der Musikpädagoge Wilhelm Keller (Mozarteum Salzburg), der Kinder- und Jugendpsychiater Reinhardt Lempp (Tübingen) sowie die Kinder- und Schulpsychologin Lotte Schenk-Danzinger (Universität Wien).

Als Begründung für die Aktion, die sich an Eltern, Erzieher, Lehrer und Schulpolitiker richtet, heißt es: „Unsere Kinder haben Angst vor Prüfungen, vor schlechten Zensuren und Zeugnissen, vor Strafen wegen schlechter Zensuren, vor der Schule". Angst lähme den „natürlichen Lernwillen, ersticke jede kreative Regung und läßt Lern- und Lebensfreude verkümmern". Die Angst der Schüler belaste aber auch den Lehrer, sofern er sich einen kritischen Sinn für die Nöte der Kinder bewahrt habe. Der Lehrer leide unter der „aufgezwungenen Doppelrolle eines Pädagogen und eines Prüfers und Aufsehers".

Ihre Vorschläge wollen die Initiatoren nicht als einen Angriff auf Lehrer und Schulverwaltung verstanden wissen. Ziel ihrer „Notwehraktion zugunsten der Kinder" sei, Unterrichtspraktiken und Prüfungsmethoden der Schulen so zu verbessern, „daß der Freude am Lernen und Lehren Vorrang eingeräumt wird, ohne daß damit die unvermeidliche Überprüfung und Bestätigung von Lehr- und Lernerfolgen ausgeschaltet wird". Erreicht werden müsse die „Erlösung der Schüler, Eltern und Lehrer von der Schulangst".

Daß dies keine Dramatisierung der Schulsituation bedeute, belegt die Initiativgruppe mit den jährlichen Selbstmorden von Schülern und dem Hinweis auf zahlreiche Untersuchungen von Ärzten, Psychologen und Erziehungsberatern. Unmißverständlich warnt die Initiativgruppe: „Jeder Tag, an dem nichts Wirkungsvolles gegen die Ursachen und Anlässe dieser Schulangst unternommen wird, gefährdet weiter Leben und Gesundheit unserer Schulkinder und belastet alle, die für diese Gefährdung mitverantwortlich sind."

Ihre Forderung, auf Hausaufgaben zu verzichten, begründen die Pädagogen und Kinderpsychologen mit internationalen Forschungsergebnissen. Untersuchungen, so heißt es in dem „Manifest" zum Beispiel, hätten gezeigt, wie verschiedenartig die Bedingungen seien, unter denen Kinder ihre Hausaufgaben bewältigen müßten: die räumlichen und familiären Verhältnisse, vor allem auch die persönlichen Hilfen, die die Kinder zu Hause erhalten und nicht erhalten könnten. „Trotz dieser Einsichten werden auch Hausaufgaben bewertet und bringen den einen Vorteil, den anderen wiederum Angst."

Anstelle der Noten soll in der vierten Klasse eine Bewertung erfolgen, was der einzelne Schüler könne und wo er noch Lücken aufweise. Die mündlichen und schriftlichen Prüfungen an einem bestimmten Termin sollen zugunsten „unterrichtsbegleitender Erfolgskontrollen ohne Zeitdruck" abgeschafft werden. Diese Prüfungsmethode gestehe jedem Schüler ein „individuelles Arbeitstempo" zu.

Abgebaut werden soll auch das Sitzenbleiben während der gesamten Schulzeit. An die Stelle des „Klassenziels" sollte die Festlegung bestimmter Mindestanforderungen treten, aus denen der Schüler ablesen könnte, welche Bildungswege (Berufsfachschulen, Universitäten, Fachhochschule) ihm offenstehen.

Durch „Übungsstunden in der Schule" sollen Hausaufgaben überflüssig werden. Die „beratende Hilfe" soll von Lehrern und fortgeschrittenen Schülern geleistet werden. Dieses, in Ganztagsschulen bereits verwirklichte Prinzip müßte sich nach Ansicht der Manifest-Verfasser auch in der Halbtagsschule verwirklichen lassen. Die Erfüllung der Forderungen „würde Schüler, Lehrer und Eltern in gleichem Maße von einem Bündel unnötiger, weil vermeidbarer Ängste, Sorgen und Schwierigkeiten, „befreien und den Boden für eine Erneuerung des veränderungsbedürftigen Schulwesens bereiten, heißt es abschließend im „Salzburger Manifest".

Aus: Frankfurter Rundschau vom 21.5.1977
(= 33. Jahrgang Nr. 117), S. 4

Frankfurter Rundschau 34/77 (35.Jg. Mi 9.2.) S.4

Im Hintergrund:

Vom Rückzug in der Schulpolitik

In Nordrhein-Westfalen scheint die Landtagsfraktion der FDP nach Möglichkeiten zu suchen, sich aus der bildungspolitischen Schußlinie zu nehmen: In diese hatte sie sich selbst durch einen gemeinsam mit der SPD-Fraktion erarbeiteten Gesetzentwurf zur Schulorganisation gebracht.

Überwiegend aus Mißmut über die Untätigkeit des nordrhein-westfälischen Kultusministers Jürgen Girgensohn (SPD) hatten die Regierungsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Schulstruktur in den Klassen 5 bis 10 ins Parlament eingebracht. Der Entwurf zur „Kooperativen Schule" hatte in den letzten Monaten zu für Nordrhein-Westfalen beispielhaften Auseinandersetzungen geführt. Im Vorfeld und auf dem Landesparteitag der Freien Demokraten zeigten sich jetzt erste „Absetzbewegungen".

Der Entwurf, von der CDU-Opposition, der katholischen Kirche und dem konservativen Elternverein seit Monaten massiv bekämpft, droht seit dem FDP-Parteitag zum Vehikel eines Richtungskampfes und einer Koalitionsentscheidung zu werden. Dabei steht eine mögliche Umorientierung auf eine CDU/FDP-Koalition nach der Landtagswahl 1980 im Hintergrund.

Daß eine starke liberale Minderheit um den FDP-Landesvorsitzenden Horst-Ludwig Riemer eine Absetzbewegung vom sozialdemokratischen Koalitionspartner vorbereitet, zeigen unter anderem der FR bekannt gewordene interne Äußerungen. Danach wurde den Verfechtern der — im Koalitionsvertrag als zu erledigende Regierungsaufgabe mit einstimmiger Billigung des FDP-Landesvorstandes festgeschriebene — Kooperativen Schule erklärt, bei der Aufstellung der FDP-Landesliste für die Landtagswahl 1980 werde man sie nicht mehr auf die vorderen Listenplätze lassen.

Die Kooperative Schule ist die Zusammenfassung von Haupt-, Realschule und Gymnasium in einem Schulzentrum unter einem Dach; dabei bleibt die Schulform selbständig: nur die Klassen fünf bis sechs aller drei Schularten sollen als integrierte Orientierungsstufe einen einheitlichen Unterricht haben. Dadurch soll die Beurteilung erleichtert werden, ob ein Schüler auf weiterführende Schulen gehen soll. Grund für die Einführung von Kooperativen Schulen sind die ab 1980 sinkenden Schülerzahlen, wodurch in ländlichen Gebieten 60 Gymnasien betroffen sind. Die Kooperative Schule im Schulzentrum soll das Angebot auch für den Fall sinkender Schülerzahlen sichern.

Die gegensätzlichen Meinungen in der FDP über die Kooperative Schule waren am Wochenende auf dem Landesparteitag in Münster erstmals offen ausgebrochen. Bereits in seiner Eröffnungsrede hatte FDP-Chef Riemer das Signal zum Rückzug vom Gesetzentwurf gegeben: er regte an, man solle die Kooperative Schule nur als Schulversuch zulassen, nicht aber, wie geplant, als Regelschule einführen, über deren Errichtung die Gemeinden beschließen können.

Riemers Anregung wurde fünf Stunden in einem Arbeitskreis des Parteitages heftig diskutiert. Dabei verwiesen seine Befürworter vor allem darauf, daß die Durchsetzung der umstrittenen Reform nur Wählerstimmen kosten werde. Demgegenüber betonten die Befürworter des Gesetzentwurfes, Angst vor den Wahlen sei der denkbar schlechteste Ratgeber; das Abrücken von Gesetzentwürfen gefährde die Glaubwürdigkeit und Koalitionstreue der FDP. Der Arbeitskreis lehnte Riemers Vorschlag mit 72 gegen 47 Stimmen ab. Statt dessen wurde die Linie der Fraktion bestätigt, weil deren Gesetzentwurf sowohl dem Koalitionsvertrag wie auch den liberalen Leitlinien zur Bildungspolitik von 1972 entspreche. Dieser Beschluß wurde auch von der Parteitagsmehrheit gebilligt; als Kompromiß wurde jedoch hinzugefügt, daß vor einer endgültigen Entscheidung der Fraktion der FDP-Landeshauptausschuß als kleiner Parteitag Anfang Juni noch eine Stellungnahme zum Projekt Kooperative Schule abgeben solle.

Die Fraktionsführer von FDP und SPD bestätigten am Dienstag, man werde am Gesetzentwurf festhalten. Unter dem Eindruck der öffentlichen Proteste und kritischen Anregungen von Verfassungsrechtlern will man den Gesetzentwurf jedoch überarbeiten. Dabei sollte auch erörtert werden, ob die besonders umstrittene integrierte Orientierungsstufe generell eingeführt werden soll oder ob man ihre Einrichtung den Schulträgern freistellen solle.

Auch dürfte eine Bedarfsklausel diskutiert werden, wonach die Kooperative Schule nur in dünnbevölkerten Gegenden, keinesfalls aber in Städten eingerichtet werden darf.

Oppositionsführer Heinrich Köppler erklärte am Dienstag, falls die CDU ein Volksbegehren gegen den Gesetzentwurf organisiere, werde der CDU-Bundesvorstand dies voll unterstützen.

HARTWIG SUHRBIER (Düsseldorf)

Aus: Abgeordnetenhaus von Berlin - 6. Wahlperiode - 05. 11. 71
Drucksache 6/228:
BERICHT über Situation und Planung im Sektor "Jugendpflege"
("Jugendpflegebericht")
veröffentlicht im Kulturbuchverlag, Berlin o. J. (1971/72)
hier: S. 11 - 16 der Ds. (= Punkt 4.1 Jugendpflegestätten, mit Anlage)

Anlage zu 4.1.

„Besucher in Jugendfreizeitheimen" vom 1. Januar bis 31. Dezember 1970

Bezirk	Zahl der geöffneten Einrichtungen	Besucher 1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	insgesamt
Tiergarten	3	42 162	43 256	21 065	53 145	159 628
Wedding	6	37 791	38 931	9 210	40 801	126 733
Kreuzberg	8	92 028	86 800	47 047	91 492	317 367
Charlottenburg	9	82 111	83 709	59 382	89 945	315 147
Spandau	7	51 470	41 276	16 624	56 515	165 885
Wilmersdorf	5	51 796	63 388	35 970	47 079	198 233
Zehlendorf	4	55 365	56 242	23 550	51 145	186 302
Schöneberg	9	65 884	55 800	23 681	56 603	201 768
Steglitz	7	85 534	80 110	47 821	84 403	297 868
Tempelhof	8	50 625	57 316	24 282	47 250	179 473
Neukölln	11	77 852	83 505	61 532	83 635	306 524
Reinickendorf	9	57 985	42 971	15 603	49 487	166 046
	86*)	750 403	733 304	385 767	751 500	2 620 974

*) im 2. Quartal waren 87 Einrichtungen
im 3. Quartal waren 84 geöffnet
im 4. Quartal waren 83 geöffnet

Unberücksichtigt blieben 8 Stadtrandheime, deren Besucher- bzw. Teilnehmerzahlen häufig bereits bei den Maßnahmen wie „Örtliche Erholungsmaßnahmen" (Abschnitt 5.4.1.) oder „Kurse und Lehrgänge" (Abschnitt 5.1. oder 5.3.) aufgeführt sind.

Zeitweilig waren Jugendfreizeitstätten im Berichtszeitraum geschlossen (Grund: Personalmangel, Nutzung durch Kindertagesstätten, deren eigene Räume renoviert wurden, Nutzung durch Gruppen aus dem Jugendwerkheimprogramm).

Die geringen Besucherzahlen im Dritten Quartal sind darauf zurückzuführen, daß im größeren Umfang Einrichtungen in den Monaten Juli und August geschlossen waren. Die Mitarbeiter wurden häufig bei Ferien- und Erholungsprogrammen als Betreuer benötigt.

Drucksache 6/228
Abgeordnetenhaus von Berlin - 6. Wahlperiode

5.1.2. Konfliktfall "prisma"

Die Grenzen politischer Bildung und der Aufforderung zur politischen Aktivität werden deutlich, wenn, wie am Beispiel "prisma" bewiesen wurde, extremistische Gruppen mit revolutionärer Zielsetzung zu einer Konfrontation mit der Polizei und dem bezirklichen Jugendamt aufrufen und es nicht um legitime Formen der Mitbestimmung in einem politischen Club geht. Die langen Auseinandersetzungen zwischen dem Bezirksamt und den Jugendlichen, in deren Verlauf die Mitarbeiter des "prisma" sich immer stärker mit den Jugendlichen solidarisierten und in die der Jugendwohlfahrtsausschuß und andere politische Gremien eingeschaltet waren, gipfelten in der Anti-Baby-Pillen-Aktion der "ad-hoc Gruppe Prisma" im Januar 1969. In einem Flugblatt dieser Gruppe hieß es: "Alle reden von der Pille - wir nehmen sie uns !!! Wir haben keine Lust mehr, keine Lust haben zu dürfen, außer wenn uns vor Angst die Zärtlichkeit vergeht. Deshalb brauchen wir die Anti-Baby-Pille. Ihr doch auch ?!! Könnt Ihr mir einen Arzt verraten, der bereit ist, die Pille auch an 16jährige Mädchen zu verschreiben? Ja sicher, es gibt hier und da einige Ärzte, die das machen. Gut, aber was macht Ihr, wenn sie Euch für "unreif" oder zu "jung" halten oder wenn Ihr bloß einen Freund habt und noch keinen Verlobten? Ihr seid ihnen in jedem Fall ausgeliefert. Glaubt Ihr etwa, sie handeln aus medizinischen Bedenken, wenn sie Euch die Pille nicht geben? Sie wollen Euch nur Eure angstfreie Liebe vermasseln. Also brecht den Rezeptzwang, der heute nur noch von der Polizei aufrechterhalten werden kann. Wie bricht man ihn? Man muß ihn bloßstellen! Deshalb wollen wir die Pille in einem städtischen Jugendheim öffentlich versteigern und den Erlös dem Rechtshilfefond der APO zukommen lassen. Wo? Im Prisma.

Wann? Mittwoch, den 22. Januar 1969 um 19 Uhr. Warum im Prisma? Weil dieses Haus für die Wünsche der Jugendlichen gebaut wurde. Nehmen wir den Anspruch ernst. Ad-hoc-Gruppe Prisma".

Das damit angesprochene Theme der Sexualberatung von Jugendlichen war bereits im Jugendamt diskutiert worden und stand im Stadium der Vorbereitung.

In der konkreten Situation des Konfliktes um das "prisma" ging es jedoch eigentlich nicht mehr um Anti-Baby-Pille und Sexualberatung, sondern um die Konfrontation mit der Behörde über die Funktion eines städtischen Jugendfreizeitheimes. Die Erklärung des Bezirksamtes Reinickendorf hatte daher im Höhepunkt des Konfliktes folgenden Wortlaut:

"In den Räumen der städtischen Jugendeinrichtung 'Kulturell-politisches Forum PRISMA' in Berlin 52, Scharnweberstraße 17-20, sollten am Abend des 22. Januar 1969 bei Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz Anti-Baby-Pillen öffentlich versteigert werden. Da offenkundig eine polizeiliche Konfrontation gesucht wurde und die Sicherheit in den Räumlichkeiten nicht gewährleistet war, wurde die behördliche Schließung des Heimes an diesem Abend verfügt.

Von einem Reinickendorfer Gymnasium kamen am Morgen des 24. Januar zwei Flugblätter der Initiatorin der Pillenaktion, der extremen 'ad-hoc-Gruppe Prisma', und einer Gruppe von Oberschülern mit polemischen Äußerungen über die Verantwortlichen im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung zur Verteilung. In den Handzetteln der 'ad-hoc-Gruppe' wurde zu einem 'Kampf um diesen Haus' (Prisma) aufgerufen, in dem nach ihrer Meinung Bürokraten und Verwalter allein entscheidende Worte zu sprechen hätten. Eingeladen wird zu einer Diskussion am 25. Januar 1969 um 19 Uhr, in der

weitere Aktionen besprochen werden sollten. Das Flugblatt endete mit dem Aufruf: 'Übernehmt das Prisma - schafft ein freies Prisma!'

Das Schülerpamphlet glaubt in der Bezirksverwaltung und der Lehrerschaft eine "vatikan-extremistische Gruppe"zu sehen, die ihre Monpolstellung gefährdet sieht. Es will sich gegen "die Unterdrückung von Kapitalismus, Beamten und Eltern" zur Wehr setzen. Um die Solidarität mit der Gruppe zu bekunden, wird ebenfalls zur Teilnahme an der Veranstaltung am 25. Januar aufgerufen.

In Wirklichkeit wird die Freiheit der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung in diesem Hause durch eine extremistische Gruppe verhindert. Politische Funktionäre der "APO" ließen gesetzeswidrige Handlungen begehen, um die Polizei herauszufordern. Noch nie verhinderte das Bezirksamt eine Diskussion im Prisma. Vielmehr hat die extremistische Gruppe die Diskussion beendet, weil sie Konfrontation herbeiführen will. Alle Aufforderungen von Bezirksverordneten und dem Jugendamt, eine andere Konzeption für dieses Haus zu entwickeln, waren ergebnislos. Die extremistische Gruppe zeigte sich nicht in der Lage, auch nur Entwürfe von Konzeptionen zu liefern. Sie beschränkte ihre Aktivität auf die Kundgabe revolutionärer Plattheiten. Das Prisma muß für alle Jugendlichen da sein. Dort sollten freie Diskussionen mit allen politischen Kräften möglich sein.

Da die Gefahr besteht, daß die kleine extreme Gruppe am 25. Januar und in naher Zukunft versuchen wird, das Prisma allein für ihre - zum Teil strafbaren - Aktionen zu mißbrauchen, hat Frau Bezirksstadträtin Ilse Reichel veranlaßt, die Jugendeinrichtung mit Wirkung vom 25. Januar 1969 vorübergehend zu schließen. Sie hat angeboten, über die An-

liegen der Gruppe sowie weiterer Interessierter in anderen Jugendheimen des Bezirks zu diskutieren. Die Schliessung des Prisma wurde durch Aushand bekanntgemacht."

Diese aggressive Form der Auseinandersetzung hätte vermieden werden könne. Die erfreulich positiven Ansätze in einem Jugendclub Formen der Mitbestimmung zu praktizieren, wurde unterbrochen und es muß versucht werden, diese Ansätze mühsam wieder neu zu entwickln. Es ist hoffentlich allen Beteiligten klar geworden, daß ein Aufruf zu gesetzeswidrigem Handeln die Grundlage einer Kooperation mit einer behördlichen Einrichtung verläßt.

Konzeptionsentwurf / Zentren für junge Erwachsene:
Jugendzentrum Prisma

I. Bisherige Entwicklung und jetzt erreichte Ausgangsposition

Die bisherige Entwicklung im Jugendzentrum Prisma war in mehrfacher Hinsicht durch ständige Umbruchs- und Übergangssituationen gekennzeichnet. Allerdings wird die Vorgeschichte des Prisma hier als bekannt vorausgesetzt und daher nicht noch einmal beschrieben (evtl. nachzulesen im Konzeptionsentwurf vom Oktober 1971); lediglich auf die wichtigsten Punkte, die die derzeitige Situation z.T. noch immer erheblich beeinflussen, sei an dieser Stelle hingewiesen:

a. das Prisma gilt im Bewußtsein eines Teiles der (insbesondere Reinickendorfer) Öffentlichkeit immer noch als politisch "links" orientiert, was sich erklärt aus den Aktivitäten der Leitung und der Besucher in der Phase von der Eröffnung im Jahre 1967 bis zur "Pillen-Auktion" und der damit verbundenen längerfristigen Schließung im Jahre 1969. Diese Vorurteile können bei der notwendigen Zusammenarbeit mit Betrieben und anderen Institutionen zu Schwierigkeiten führen.

b. in der Realität dagegen ist das Prisma seit kurz nach der Wiedereröffnung im Frühjahr 1970 vorwiegend von politisch desinteressierten Jugendlichen besucht worden, von denen ein großer Teil als drogenabhängig gelten konnte, zumindest aber häufig Drogen konsumierte. Die aus dieser Phase an das Prisma gebundenen Cliquen und Einzelnen vermögen die derzeitige Arbeit immer noch in gewissem Maße zu behindern und zu stören, obwohl sie durch das Entstehen einer neuen Kerngruppe nicht mehr bestimmend sind.

Dennoch ergeben sich aus den genannten Faktoren relativ störende Randbedingungen, die bei der Arbeit - zumindest in nächster Zukunft - beachtet werden müssen. Hinzu kommt, daß ein eindeutiges Versagen der Jugendpflegearbeit festzustellen ist, die sich auf die rapide Entwicklung neuer Problematiken innerhalb der Jugendarbeit bis jetzt nicht einstellen konnte (Zunahme des Drogenmißbrauchs bei Jugendlichen, Entstehen gewalttätiger Banden von Jugendlichen - besonders in neu errichteten Trabantenstädten etc.). Es ist auch nicht zu übersehen, daß es z.Z. offenkundig keinen abgesicherten Konsens über mögliche neue Methoden der Arbeit mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen gibt. Diese Tatsachen insgesamt üben natürlich ihre

Wirkung auf das Selbstverständnis und die Praxis des pädagogischen Teams im Prisma aus. Allerdings hat sich die Situation - die als permanente Experimentalsituation begriffen werden muß - in den letzten Monaten etwas konsolidiert.

II. Zielgruppe

Diese relative Konsolidation ist Ausgangspunkt für eine deutlicher zielgerichtete Arbeit, die insbesondere auf die folgenden Perspektive abzielt: Es gilt,mit den vorhandenen Mitteln mit der Zielgruppe zu arbeiten, die sich für das Prisma-Team als die relevanteste herausgestellt hat. Wenn zu Anfang des vergangenen Jahres noch Skepsis über die Möglichkeit der Arbeit mit dieser Gruppe formuliert worden ist, so läßt sich jetzt sagen, daß zwar die einzelnen Methoden durchaus noch nicht zufriedenstellend aufgearbeitet und erprobt worden sind, daß die Möglichkeit der Arbeit mit dieser Gruppe aber inzwischen unbestritten ist. Das hat sich im Prisma inzwischen auch sehr deutlich bemerkbar gemacht.

III. Ziel der Arbeit im Jugendzentrum Prisma und Arbeitsmethoden

Zur allgemeinen Problematik der Arbeit mit Lehrlingen und Jungarbeitern

Bei der Arbeit mit Lehrlingen lassen sich bestimmte prinzipielle Schranken nicht verleugnen:

a. Wichtige Forderungen der Lehrlinge können nicht von ihnen allein, sondern nur zusammen mit älteren Kollegen durchgesetzt werden, die letzteren werden aber von dem Team eines Jugendzentrums kaum erreicht.

b. Die Forderungen der Lehrlinge sind nur als gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, ein Jugendzentrum kann die Gewerkschaft als Organisation nicht ersetzen.

c. Gewerkschaftliche Forderungen sind allerdings kaum zu verwirklichen ohne Auseinandersetzung in den gewerkschaftlichen Gremien, evtl. auch mit der Gewerkschaftsbürokratie.

d. Welche Perspektiven sind für Lehrlinge in einem Jugendzentrum zu erarbeiten, wenn sie zu Jungarbeitern werden?

Aus dieser Problematik lassen sich zumindest zwei Konsequenzen ableiten: das pädagogische Team muß seine Anstrengungen in Richtung auf die Erarbeitung von theoretischen und praktischen Kenntnissen über die gewählte Zielgruppe verstärken; es hat die Aufgabe, die Lehrlinge und Jungarbeiter auf Betriebs- und Gremienarbeit vorzubereiten.

2. Zu den Aufgaben eines Jugendzentrums

Die Aufgabe des Jugendzentrums sollte sein: die Mobilisierung und Heranführung von Lehrlingen und Jungarbeitern an gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Arbeit, die Vermittlung der dafür notwendigen Qualifikation, d.h. Schaffung von Motivation und Befähigung zur Arbeit in Gremien und Betriebsgruppen. Aus dem bisher Gesagten läßt sich u.a. schließen, daß es eine Aufgabenteilung zwischen Jugendzentrum und Gewerkschaft (als der Organisation der Arbeitnehmer, hier speziell: der Lehrlinge und Jungarbeiter) geben könnte. Die Arbeit im Jugendzentrum, betrachtet als Vorfeld der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit, ist notwendig und wichtig gerade für Lehrlinge ohne politische Erfahrungen und Kenntnisse, weil hier erste Lernprozesse ingang gesetzt werden können.

Ständig berücksichtigt werden muß bei dieser Arbeit die tatsächliche Situation der Jugendlichen: aufgrund ihrer Erfahrungen mit Eltern und Schule müssen die Lehrlinge nämlich meist erst lernen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten"einzumischen" und selbständig zu werden gegenüber Eltern, Lehrern, Unternehmern und - in bestimmten Fällen - evtl. auch Gewerkschaftsbürokratie. Die Erziehung der Jugendlichen im Elternhaus, in der Schule und im Betrieb hat im allgemeinen bestimmte Folgen für ihr Denken und Handeln, die sich summarisch folgendermaßen charakterisieren lassen: Abhängigkeit von Autoritäten, fehlende Selbständigkeit, Denken in festgelegten gesellschaftlichen Normen, keine Kenntnis der eigenen Interessenlage, fremdbestimmtes Handeln. Von eben diesen Eigenschaften soll sich der Jugendliche emanzipieren.

. Zur Begründung der Methodik von Arbeit mit und in Gruppen

Diese angestrebte Emanzipation bedingt die Entwicklung von eigenen Gedanken, eigenem Handeln, was aber nur zusammen mit anderen möglich ist. Nur in Gruppen, in denen Erfahrungen gemeinsam diskutiert und aufgearbeitet werden können, werden sich Bewußtseins-

veränderungen bei den einzelnen ergeben. Trotz dieser Erkenntnis ergibt sich allerdings im Verlauf der Arbeit erfahrungsgemäß immer wieder die methodische Frage, wie man politische Bewußtseinsprozesse nicht nur bei Einzelnen ingangsetzt, sondern Lehrlinge in Gruppenarbeit motiviert und qualifiziert.

Als sicher kann in jedem Fall gelten, daß ein neu in das Jugendzentrum kommender Jugendlicher von einer Gruppe konkrete Hilfestellung bekommen soll, die es ihm ermöglicht selbst an der Beseitigung seiner Probleme mitzuarbeiten und anderen in ähnlichen Situationen ebenso helfen zu können. Im Zusammenhang mit der entsprechenden Situation anderer Lehrlinge in der Gruppe verlieren nämlich die Einzelfälle ihren subjektiven Charakter und können und können im gesellschaftlichen Zusammenhang begriffen werden. In solidarischen Aktionen durchgesetzte Forderungen (z.B. Gründung einer Wohngemeinschaft, Herstellung eines Filmes, Verbesserung der Situation einzelner am Arbeitsplatz, etc.) steigern erfahrungsgemäß das Selbstwertgefühl der Jugendlichen und motivieren zur weiteren politischen Arbeit. Die Erfahrungen der einzelnen Gruppen sollten mit anderen Gruppen zusammen aufgearbeitet werden, um zu einem sich - auch qualitativ - weiter entwickelnden Lernprozeß zu führen.

Wenn man davon ausgeht, daß diese Art von politischem Sozialisationsprozeß von jedem Jugendlichen durchlaufen werden muß, der sich für eine längerfristige Arbeit qualifizieren will, erweisen sich offene Gruppen als notwendig, d.h. Gruppen, die einen breiten Raum zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch gewährleisten, nicht aber parteipolitisch zu stark festgelegte Gruppen, die diese Diskussionen evtl. aufgrund organisatorischer Notwendigkeiten blockieren. Jeder Jugendliche muß das Gefühl haben, daß er die prinzipielle Möglichkeit erhält, sich organisatorisch und inhaltlich an der Arbeit der Gruppe zu beteiligen.

Zum derzeitigen Stand der Arbeit im Jugendzentrum / Februar 1973

Die inhaltliche Arbeit in den Gruppen muß in nächster Zeit noch genauer bestimmt und weiterentwickelt werden; im Augenblick existieren auf seiten des pädagogischen Teams jedenfalls keine entsprechenden konkreten curricularen Vorstellungen.

-5-

Zur Überwindung der Schwierigkeiten beim Aufbau von Gruppen in einem Jugendzentrum (das konzipiert ist als sogen. "Haus der offenen Tür") läßt sich inzwischen auf folgende positive Erfahrungen zurückgreifen: eine im Sommer 1972 vom Prisma veranstaltete Ferienreise mit Lehrlingen, in deren Verlauf bei der überwiegenden Mehrheit der Gruppe die Motivation geschaffen werden konnte, sich zumindest emotional an das Jugendzentrum zu binden (z.T. erstmalige Erfahrung von Gruppensolidarität bei gemeinsamen Aktivitäten und Erlebnissen, konkretes Begreifen der Tatsache, daß sich Vereinzelung aufheben läßt); drei seit Herbst 1971 in Zusammenarbeit mit dem Wannseeheim für Jugend- und Sozialarbeit durchgeführte Kurse im Rahmen des gesetzlich verankerten Rechts von Arbeitnehmern bis 21 Jahre auf Bildungsurlaub (in zwei Fällen haben Mitglieder des pädagogischen Teams des Prismas als Gastdozenten an den Kursen teilgenommen), ein vom Jugendzentrum Prisma im Dezember 1972 selbst durchgeführter Bildungsurlaub in Westdeutschland, bei denen - insbesondere im letzteren Fall - das intendierte Ziel voll erreicht wurde, d.h. es haben sich im Verlauf dieses Kurses nach vorangegangenen, von den Teamern organisierten und genau vorgeplanten Kollektivdiskussionen auf ein bestimmtes Ziel hin orientierte Arbeitsgruppen konstituiert, die die Chance einer kontinuierlichen Weiterarbeit im Jugendzentrum nutzen. Im Interesse des oben skizzierten Ziels soll der weitere Entwicklungsprozeß dieser Gruppen weitgehend autonom verlaufen, wobei den Teamern die Aufgabe zufällt, als Diskussionsleiter, "Datenbank" und organisationsstrukturierendes Element zu wirken. Angestrebt wird vom pädagogischen Team, daß von diesen Gruppen auch die vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Teamentscheidungen betreffs der weiteren Praxis im Rahmen des gesamten Jugendzentrums in immer stärkerem Maße genutzt werden sollen, wobei aber auf jeden Fall die Gefahr vermieden werden muß, zum Hauptziel der Arbeit lediglich die Verwirklichung von Demokratie im Freiraum des Jugendzentrums ("Sandkastendemokratie") werden zu lassen.

Projektiert ist außerdem (nach einem Erfahrungsaustausch mit Mitarbeitern der Ev. Industriejugend) über Kontakte zu Berufsschullehrern eine Mitarbeit des pädagogischen Teams im Sozialkundeunterricht der Berufsschulen und Hauptschulen sowie überhaupt eine Zusammenarbeit mit allen Berliner Gruppen und Institutionen, die Kurse im Rahmen des Bildungsurlaubs durchführen, um eine bessere Koordination und erhöhte Effektivität in diesem Arbeitsbereich zu gewährleisten.

-6-

Derzeit arbeiten im Prisma die folgenden Gruppen:

a. eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Problematik von Wohngemeinschaften für Jugendliche beschäftigt und sich als langfristiges Ziel den Aufbau einer eigenen Wohngemeinschaft gesetzt hat (etwa 25 Teilnehmer und 3 Teamer des Jugendzentrums Prisma).

b. eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Ausbildungssituation von Lehrlingen und deren Analyse auseinandersetzt und deren Ziel es ist, selbst einen Film zu drehen, der Hauptschulabgängern gezeigt werden soll, um diesen bei der bevorstehenden Berufswahl Entscheidungshilfen zu geben. Die Gruppe hat sich in kleinere Arbeitsgruppen unterteilt (Themen: Familie, Schule, Berufsberatung, Klein- und Großbetriebe), die ihre Arbeitsergebnisse jeweils wieder im Plenum diskutieren und korrigieren. (etwa 20 Teilnehmer, 3 Teamer des Jugendzentrums Prisma und 2 Teamer des Wannseeheims)

c. eine Arbeitsgruppe, die beabsichtigt, ein "Prisma-Info" herauszugeben, dieses aber - wenn möglich - zu einer Lehrlings-Zeitung entwickeln will, deren Leserkreis sich nicht auf das Jugendzentrum beschränken sollte.

d. eine Zeichen- und Malgruppe, die allerdings aus technischen Gründen (Renovierung des Jugendzentrums) ihre Arbeit noch nicht aufnehmen konnte.

Hinzu kommen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen, die im Jugendzentrum Prisma die entsprechenden räumlichen Arbeitsmöglichkeiten finden, ohne das darüber hinausgehende Bindungen an das Prisma bestehen. Soweit sie jedoch ein Minimum an Kooperationsbereitschaft zeigen, sollen diese Gruppen jederzeit im Prisma arbeiten können, wobei allerdings - soweit es sich als möglich erweist - längerfristig ein engerer Kontakt zwischen diesen und den oben aufgeführten Prisma-Gruppen hergestellt werden sollte. Dies erscheint dem pädagogischen Team insbesondere wichtig in bezug auf die Gewerkschaftsgruppen, da - wie oben beschrieben - erklärtes Ziel ist, die Lehrlinge und Jungarbeiter generell für gesellschaftspolitische Arbeit zu qualifizieren, die gewerkschaftliche Betriebsarbeit aber in ihrem eigenen Interesse wohl als erster Schritt betrachtet werden kann.

IV. Die Problematik des gängigen Begriffes von Freizeit

Einigkeit herrscht darüber, daß die jugendlichen Besucher des Jugendzentrums, ebenso wie die Teilnehmer an Wochenendseminaren, Bildungsurlaubskursen und ähnlichen Aktivitäten nicht als Objekte, sondern als Menschen mit bestimmten (auch "unpolitischen") Bedürfnissen zu behandeln sind. Es soll jedoch der Versuch unternommen werden, im Jugendzentrum die gerade bei Lehrlingen übliche Trennung von Arbeit und Freizeit tendenziell aufzuheben. Es läßt sich konstatieren, daß die gegenwärtige Produktionsweise in der Bundesrepublik (aber auch anderswo) einen scharfen Gegensatz schafft zwischen Arbeit und Erholung und zumindest alle geistigen Betätigungen trennt in solche, welche der Arbeit, und solche, welche der Erholung dienen. D.h. aber: die Erholung - als ein System der Reproduktion der Arbeitskraft im Interesse der Produktion - darf und soll im allgemeinen nicht das enthalten, was die Arbeit enthält.

Dies führt bei den Lehrlingen zu einer Situation, die es ihnen schwierig bis unmöglich macht, zu einer Artikulation ihrer eigenen Interessen zu kommen, und zwar bedingt durch die kaum vermeidbare Abhängigkeit von einem total kommerzialisierten kulturellen Angebot, das dem Drang der Jugendlichen nach Freizeit - wenn auch nur scheinbar - entgegenkommt. (z.B.: Möglichkeit der Abgrenzung der Jugendlichen von den Verhaltensweisen der Erwachsenen durch eigene Mode, eigene Musik, eigens für sie eingerichteten Vergnügungsstätten, Betonung des Privilegs der jungen Generation, etc.). Zu betonen ist, daß in diesem Kulturangebot keine Dimension zur Wahrnehmung der Wirklichkeit angelegt ist, daß nicht beabsichtigt ist, Erklärungshilfen für die wirklichen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Verhältnisse zu liefern. Dennoch läßt sich als positiver Aspekt immer wieder erkennen, daß die betroffenen Jugendlichen sehr wohl ahnen, daß die Scheinwelt, die ihnen beispielsweise aus Zeitschriften wie "Bravo", Schlagertexten, etc. entgegenkommt, nicht ganz die ihre ist, daß die kulturellen Waren mangels Substanz nicht mit der alltäglichen, realen, dem Arbeitsprozeß entspringenden Wirklichkeitsauffassung konkurrieren können, so daß die Jugendlichen nicht gänzlich von den Produkten der Kulturindustrie vereinnahmt werden können, sondern zumindest ansatzweise ein Bewußtsein von Differenz besitzen. Diese These ließ sich auch bestätigen durch die Tatsache, daß die vom

Jugendzentrum Prisma veranstaltete Ferienreise von den Lehrlingen den üblichen kommerziellen Jugendreiseangeboten vorgezogen wurde, und zwar z.T. mit der ausdrücklichen Begründung, daß man sich neben der gängigen Zerstreuung eine neue Erlebnisqualität in Zusammenhang der Gruppe erhoffte.

Für das pädagogische Team gilt es daher, die oben genannte Differenz produktiv zu machen auf das Ziel hin, die Betätigungen in der Freizeit hinzulenken auf solche, in denen sich die Jugendlichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit bewußt werden können und damit den gegebenen Rahmen der Zerstreuung zu sprengen und eine Funktionsveränderung der kulturellen Praxis zu bewirken. In der Arbeit des Jugendzentrums darf also nicht nur gefragt werden nach den ad hoc aufgefundenen Bedürfnissen der Jugendlichen, die, so wie sie zunächst artikuliert werden, ja nie voll die eigenen, sondern in starkem Maße präformiert sind, sondern die Arbeit muß sich auch ausrichten nach ihren objektiven Interessen, nach dem, was für sie zu lernen geboten erscheint. Das bedeutet, daß dort, wo Artikulation der eigenen Interessen permanent verhindert wird, Artikulation ermöglicht werden muß. Es müssen klare Angebote gemacht werden, die verdeutlichen: das, was ihr lernen sollt, könnt ihr selber entwickeln. Lernen muß nicht das Moment der Unterdrükkung beinhalten, wohl aber das der Arbeit und das der Chance, sich von Zwängen zu befreien.

Hierin liegt auch einer der Gründe für die Einschränkung der in Freizeitheimen sonst üblichen Programmangebote; ein zweiter Grund ist allerdings eher technischer Natur: ein Nebeneinander von konzentrierter Arbeit in den Gruppenräumen und Musik, Film, Theater, etc. im Forum ist aufgrund der nicht vorhandenen Schallisolierung der Räume des Jugendzentrums gegeneinander nicht möglich.

V. Probleme der zukünftigen Arbeit

Wollte man die derzeitige Arbeitsmethode im Jugendzentrum schlagwortartig kennzeichnen, so ließe sie sich vielleicht bezeichnen als kritisch-experimenteller Pragmatismus. Diese Methode bedingt selbstverständlich eine permanente Reflexion der geübten Praxis und zielt ab auf einen kontinuierlichen Lernprozeß sowohl bei dem pädagogischen Team wie bei der Zielgruppe.

Ziemlich schwierig gestalten wird sich dabei die Erfolgskontrolle der vom pädagogischen Team geleisteten und in Zukunft zu

leistenden Arbeit; die Bedenken gelten aber in gleicher Weise für eine Beobachtergruppe bzw. beobachtende Personen, die nach dem (mit dem pädagogischen Zentrum andiskutierten und von diesem vorgeschlagenen) Grundsatz der partizipierenden, aber objektiven (wertfreien), engagementslosen Observation verfahren wollen.

Hier müssen sich noch präzisere, für alle Beteiligten zufriedenstellende Antworten gefunden werden, die auch dem Bedürfnis der Jugendlichen nach möglichst weitgehend repressionsfreier, autonomer Arbeit Rechnung tragen.

VI. Technisches:

1. Programm
2. Außenarbeit
3. Öffnungszeiten
4. Stellenbesetzung

Zu 1) Das Verschicken eines zwar ansprechenden, aber als herkömmlich zu bezeichnenden Programms (Inhalt: monatlicher Programmkalender, kurze Mitteilungen der Gruppen und des Teams an die Besucher) anhand einer Adressenkartei hat sich nicht zuletzt aufgrund der bis vor kurzem festzustellenden Fluktuation innerhalb der Besucher des Jugendzentrums - als relativ ineffizient erwiesen. Auch der Versuch, die Zielgruppe durch das Verteilen der Programme vor Fabriktoren und in Berufsschulen direkter zu erreichen, hat nachweislich keine Erfolge gebracht.

Das pädagogische Team hofft, daß in dieser Hinsicht durch das von der "Info-Gruppe" angestrebte Verfahren (Herstellung einer Zeitung, s.o.) eine qualitative Verbesserung der Werbung bei der Zielgruppe erreicht werden kann.

Zu 2) Als sicher kann schon jetzt gelten, daß die bis jetzt praktizierte Außenarbeit (Durchführung von Bildungsurlaub und Ferienreisen), die in Zukunft verstärkt und durch die Zusammenarbeit mit Berufsschulen (Übernahme von Unterrichtseinheiten mit sozialkundlichen Themen, Durchführung von Berufsschultagen, evtl. nach dem Vorbild der Ev. Industriejugend) ergänzt werden soll (s.o.), größere Erfolge gehabt hat und verspricht.

Zu 3) Die Öffnungszeiten sind derzeit festgesetzt auf 19.oo bis 23.oo Uhr, jeweils Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Dabei ist bisher und soll auch in Zukunft Flexibilität praktiziert werden.

Der Festlegung der genannten Öffnungszeiten liegen folgende Überlegungen zugrunde:
Die Zeit der Zielgruppe (Lehrlinge und Jungarbeiter) ist in der Woche begrenzt, an Wochenenden besteht bei den meisten ein legitimes Bedürfnis nach reiner Zerstreuung; im übrigen sollen die Wochenenden evtl. für Seminare, Lehrgänge u.ä. genutzt werden. Da die Räume des Jugendzentrums für die zuletzt aufgeführten Aktivitäten leider weitgehend ungeeignet sind, müssen diese außerhalb stattfinden.

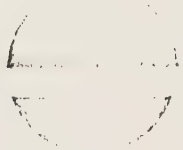
Frühere oder längere Öffnungszeiten erhöhen erfahrungsgemäß zudem die Gefahr, daß das Jugendzentrum von Jugendlichen "okkupiert" wird, die nicht mit der Zielgruppe identisch sind und unsere Arbeit zumindest erheblich erschweren. (Randständige Jugendliche, wie "Rocker", Drogenabhängige etc., die häufig keiner geregelten Arbeit nachgehen.)

Hinzu kommt, daß die erläuterte Zielsetzung vom Team eine intensive Vorbereitung auf die jeweiligen Arbeitsgruppensitzungen erfordert, d.h. daß die Organisationsanstrengungen für ein beliebiges, unverbindliches Unterhaltungsprogramm im Forum möglichst eingeschränkt, zumindest rationalisiert werden sollten. Das vorhandene Forum sollte - ohne ein zwangloses Unterhaltungsangebot auszuschließen - immer stärker zum Kommunikationszentrum der Arbeitsgruppen des Jugendzentrums werden. (vgl.: IV. Die Problematik des gängigen Freizeitbegriffs)

Zu 4) Die personelle Ausstattung umfaßt laut Geschäftsverteilungsplan des BA Reinickendorf die folgenden Stellen:

1 Angestelltenstelle nach II a / I b
1 Angestelltenstelle nach IV a

(Diese beiden Stellen sind zusätzlich geschaffen worden, um den geplanten Modellversuch durchführen zu können.)



1 Angestelltenstelle nach V b / IV b (Jugendpfleger)
2 Angestelltenstellen nach VII / VI b (Erzieher)

Derzeit sind alle Stellen besetzt, und zwar von einer Diplom-Politologin, zwei Sozialarbeiterinnen, zwei Sozialarbeitern ohne anerkannte Qualifikation. Es kommen hinzu einige Honorarkräfte für jeweils anfallende, spezifizierte Projekte und Aufgaben.

Berlin, im Februar 1973

Konzeptionsentwurf für das Jugendzentrum Prisma

Vorbemerkung

Diese Konzeption orientiert sich wesentlich am Jugendpflegebericht , insbesondere an den Aussagen über die inhaltliche Organisation von Zentren für junge Erwachsene, über politische Bildung und über die Beteiligung der Jugendlichen an den Belangen eines Jugendzentrums.

1. Zur Entwicklung der Jugendarbeit

Der Begriff Jugendzentrum kennzeichnet einen bestimmten Entwicklungsstand der Jugendarbeit.Er ist Ausdruck einer noch nicht überwundenen Unsicherheit, mit der die Jugendarbeit seit ca.20 Jahren belastet ist. Er ist gleichzeitig Ausdruck eines prinzipiellen Wandels der Vorstellungen von der Funktion der Jugendarbeit. Diese Unsicherheit ist nur im Zusammenhang einer gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen, die nach Ende des 2.Weltkriegs einsetzte.

Nach 1945 sah die Jugendarbeit ihre Aufgabe vor allem in der Demokratisierung und darin, den entwurzelten Jugendlichen bei der materiellen Sicherung ihrer Existenz behilflich zu sein. In den Jugendheimen trafen sich vor allem die Gruppen der Jugendorganisationen, die ihre durch die faschistische Ära unterbrochene Arbeit wieder aufnahmen und in ihrem Arbeitsstil dort weitermachten, wo sie vor ihrer Liquidierung aufgehört hatten.
Der wirtschaftliche Aufschwung hatte u.a. zur Folge, daß durch verkürzte Arbeitszeiten und die Verbesserung der Einkommensverhältnisse die Jugendlichen in der Lage waren, in ihrer Freizeit mehr und qualitativer zu konsumieren.

Nutznießer dieser Entwicklung war vor allem die sogenannte Freizeitindustrie. Die Jugendheime dagegen, die immer

noch im Stil der traditionellen Jugendarbeit operierten, gerieten in zunehmenden Widerspruch zu den neuen Freizeiterwartungen der Jugendlichen und litten unter wachsendem Besuchermangel. Unter diesem Druck versuchten sie, das kommerzielle Freizeitangebot nachzuahmen, z.B. durch die Einführung von Tanzabenden. Diesen fehlte es jedoch an Attraktivität (spartanische Einrichtung der Heime, kein Alkoholausschank, teilweise Verbot von modernen Tänzen). Auch dieser Versuch einer Neuorientierung war erfolglos. Ende der 60er Jahre begannen kritische Pädagogen und Sozialarbeiter die Jugendheime durch eine emanzipatorisch motivierte Gruppenarbeit wiederzubeleben. Dies bedeutete eine Abkehr vom Prinzip der "offenen Tür".

2. Unser Verständnis von den Aufgaben eines Jugendzentrums

Die oben skizzierten Erfahrungen der letzten 20 Jahre und die unserer Arbeit im Prisma in den letzten zwei Jahren haben uns gezeigt, daß weder einseitige Kleingruppenarbeit noch das klassische Prinzip der "offenen Tür" die Probleme einer gesellschaftlich orientierten Jugendarbeit lösen können. Aus diesem Grund muß ein Jugendzentrum, in dem wir arbeiten, einen kommunikativen Zusammenhang schaffen zwischen sachorientierten kleinen Gruppen und dem offenen Bereich(d.h.im Prisma: dem Forum).

3. Zur Arbeit im Forum

Zu den primären und berechtigten Bedürfnissen, die ein Jugendlicher in seiner Freizeit befriedigen will, gehören Zerstreuung, Entspannung und Geselligkeit. Obwohl diese Bedürfnisse stark vom herkömmlichen Freizeitangebot geprägt sind, ist eben jenes Angebot augenscheinlich nicht in der Lage, sie zu befriedigen . Fernsehen, Jugendzeitschriften, Kino, Diskotheken u.ä. bieten kaum eine Chance, aus der Vereinzelung herauszufinden und erziehen zur Passivität. Die daraus bei den meisten resultierende Konsumentenhaltung wollen wir gemeinsam mit den Jugendlichen verändern. Grundvoraussetzung

dafür ist, daß wir im Prisma eine Atmosphäre schaffen, in der sich jeder neue Besucher akzeptiert und angesprochen fühlen kann. Zu dieser Atmosphäre gehören: eine gemütliche räumliche Ausstattung, eine durchsichtige Informations- und Kommunikationsstruktur und nicht zuletzt engagierte Mitarbeiter. Erst dann wird ein Jugendlicher ungezwungen mit anderen über seine Probleme, z.B. in der Familie, in Bereichen der Sexualität und in Schule und Betrieb reden können.

Jeder Besucher muß in irgendeiner Weise - sei es von Teamern, sei es von Jugendlichen, die bereits aktiv im Zentrum sind - angesprochen werden, um am Angebot teilzunehmen und es allmählich aktiv mitzubestimmen. Kaum jemand wird sich durch das Lesen eines Programmes oder durch einen Anschlag hierzu motivieren lassen.
Gerade die Erfahrungen der letzten zwei Jahre im Prisma haben gezeigt, daß das Angebot eines "kritischen Konsumprogrammes mit Aufforderungscharakter" zum Scheitern verurteilt war, da es fast ausschließlich von Teamern geplant war und nicht ausreichend an den vorhandenen Vorstellungen und Bedürfnissen der Jugendlichen anknüpfte.
Wir wollen deshalb die regelmäßigen Prismabesucher stärker in die Planung und Organisierung der offenen Arbeit einbeziehen. Dazu haben wir folgende Vorstellungen entwickelt:
1. ein Programmrat, der, ausgehend von formulierten Bedürfnissen der Besucher, ein Angebot von Filmen, Theater und anderen Veranstaltungen, Diskussionen usw. organisiert
2. regelmäßige Forumsdiskussionen über die Belange des Zentrums, auch über Probleme und Konflikte und wichtige tagespolitische Ereignisse.
3. Planung und Organisation von regelmäßigen Festen gemeinsam mit den Besuchern. Feste tragen dazu bei, daß die Jugendlichen intensiver und ungezwungener zueinander Kontakt bekommen und speziell in in Gruppen arbeitenden Jugendlichen sich über den rein sachlichen Bereich hinaus kennenlernen. Auch bieten sie eine gute Möglichkeit, bei entsprechender Werbung neue Leute ins Zentrum zu holen und emotional für das Prisma zu interessieren.

4. eine Info-Gruppe, die aus Delegierten der verschiedenen Arbeitsgruppen bestehen müßte und in der Ergebnisse und Probleme der Gruppe ausgetauscht werden mit dem Ziel, sie in Form von Veranstaltungen und/oder einer Zeitung den anderen Besuchern zu vermitteln. Eine Folge davon wäre, daß Gruppen, die das Prisma nur wegen seiner Räumlichkeiten zu Arbeitssitzungen benutzen, stärker in die gesamte Arbeit einbezogen würden.
5. eine stärkere Verantwortlichkeit der Besucher dem "Problempublikum" Fixer gegenüber. Dies betrifft ebenfalls Rocker oder ähnliche Gruppen, die allerdings seltener im Prisma erscheinen.
6. Gemeinsame Organisation und Verantwortung für die Aufgaben im Forum, wie z.B. Verkauf an der Bar, Filmvorführungen, Musik usw.

4. Zur Arbeit in Gruppen

Es muß zu Beginn gesagt werden, daß es bisher nur gelungen ist, stabile Gruppen aus der Sommerreise oder aus Bildungsurlauben zu entwickeln, und daß die - wenn auch nur unzureichenden - Versuche, aus dem Forumspublikum Interessenten für bestehende oder für neu zu bildende Gruppen zu finden, mißlungen sind. Wir ziehen aus diesen Mißerfolgen jedoch nicht die Konsequenz, daß die Forumsbesucher nur zu passivem Konsum willens oder fähig sind, sondern daß die Möglichkeiten hier noch nicht ausreichend ausgeschöpft wurden, zumal die bestehenden Gruppen auch hier eine wichtige Funktion haben können.

Als Schwerpunktthemen von Gruppenarbeit sind vorstellbar: Fragen der Sexualität, der Familie, der beruflichen und schulischen Bildung, der gewerkschaftlichen Organisierung, der Massenmedien u.a.
Anlaß zur Gruppenbildung ist aber erfahrungsgemäß nicht nur

formuliertes Interesse der Besucher an bestimmten Sachgebieten, sondern das Bedürfnis nach emotionaler Sicherheit und gemeinsamen Handlungen, das oft durch bereits existierende Gruppen angeregt wird.

Unserer Meinung nach können und sollten folgende Verhaltensweisen und Einstellungen bevorzugt durch Gruppenerfahrung gefördert werden: Stärkung des Selbstwertgefühls, soziales Verhalten, Erkennen eigener Probleme als gemeinsamer, Aufbau von stabilen Beziehungen, gegenseitige Kontrolle, Entwicklung solidarischer Handlungsperspektiven.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen und unseren Erfahrungen sollte in der Gruppe nicht nur starres Lernen vorherrschen. Es ist genauso notwendig, wenn die Gruppe Einverständnis zeigt, "abschweifende" Gespräche zu führen, die nicht direkt mit den Inhalten der Gruppenarbeit zu tun haben, und auch die eigenen Gruppenprozesse zu besprechen.

Wir halten es für wichtig, daß sich unsere Gruppenarbeit nicht in Form von eingeengter Wissensvermittlung abspielt, wie sie vornehmlich in der Schule betrieben wird, sondern wir wollen gemeinsam mit denJugendlichen versuchen, Lernen und Erleben durch Einbeziehung von technischen Hilfsmitteln, Spielformen und Aktionen zu verbinden.

Die Gruppen im Prisma sollten nicht geschlossen sein. D.h. es muß jederzeit möglich sein unter Vorbehalten, die die Gruppe aufstellt, neue Leute aufzunehmen. Zweitens sollte sie auch Kontakte nach außen haben.D.h. das Forum sollte über die Arbeitsergebnisse in Form von Veranstaltungen informiert werden, wo man feststellen kann, daß eigene Gruppenprobleme auch in anderen Gruppen auftauchen. Durch dieses Konzept wird eine der größten Gefahren, nämlich die Isolation in Gruppen aufgehoben.

5. Zur Zielsetzung der Arbeit und zum Selbstverständnis des Teams

Unsere pädagogische Arbeit, die nicht die herkömmlichen "Erziehungs"praktiken unkritisch übernehmen will, soll zur gesellschaftlichen und sozialen Emanzipation der Betroffenen beitragen. Das bedeutet, daß wir die gesellschaftliche Gruppe, mit der wir arbeiten, befähigen müssen, kritisch Ideologien und erstarrte Ordnungen zu erkennen, die Strukturen der Gesellschaft zu durchschauen und eigene Handlungsalternativen zu entwickeln.
Gerade bei Jugendlichen ist die Sensibilität für irrationale und autoritäre Verhaltensweisen noch nicht so verschüttet, als daß sie nicht gestärkt und in verantwortliches Handeln umgesetzt werden könnte.

Alle unterschiedlichen inhaltlichen und methodischen Wege sowohl der Gruppen- als auch der offenen Arbeit müssen jedoch einem Prinzip folgen: nämlich, die sozialen Erfahrungen und die Bedürfnisse der Jugendlichen zum Ausgangspunkt der Arbeit zu machen.

Daraus ergeben sich für uns folgende Konsequenzen:

Jeder, der im pädagogischen Bereich tätig ist, muß sich darüber im klaren sein, daß er mehr mitbringt als Wissen und Fertigkeiten. Er muß sich seiner eigenen Ansprüche und Verhaltensweisen bewußt werden und wissen, daß sie in die Arbeit mit einfließen. Er muß in seine Arbeit einbeziehen, inwieweit seine Bedürfnisse, andere Menschen in Abhängigkeit von sich zu halten, Liebe und Zuneigung zu erringen, diese Arbeit beeinflussen.

Man lernt nicht nur, indem man etwas tut, sondern indem man die Reaktion der anderen auf dieses Tun laufend einbezieht. Wir müssen uns daher daran gewöhnen, diese reaktionen nicht als Bedrohung zu empfinden, sondern uns damit auseinander-

zusetzen.
Wissen stammt aus einer Vielfalt von Quellen. Wir dürfen nicht der Gefahr unterliegen, unsere Ansprüche ausschließlich aus unserem theoretischen Kenntnisstand abzuleiten und diesen als notwendiges Wissen anzubieten. Auch und gerade unser Umgang mit anderen Menschen trägt dazu bei, zu lernen und sich zu verändern.

In der Lernsituation müssen wir eine Atmosphäre unterstützen, die Furcht, Abwehrhaltung und Konkurrenzverhalten abbaut, das heißt wir müssen ein lernfreundliches Klim schaffen.

Besondere Wichtigkeit erhält hierbei auch die Funktion der Sprache. Sprache kann auch als Herrschaftsmittel angewandt werden. Diese Gefahr ist besonders groß bei der meist sehr unterschiedlichen Sozialisation von Pädagogen und arbeitenden Jugendlichen. Es muß gemeinsam versucht werden, diese Funktion von Sprache durchsichtig zu machen und ihre Ausnutzung für egoistische Zwecke zu verhindern.

6. Zielgruppe und derzeitige Ausgangssituation im Prisma

Ausgehend von dem Einzugsgebiet(Reinickendorf, Wedding)und von der Tatsache, daß arbeitende Jugendliche es schwerer haben,stabile Bezugsgruppen zu finden, muß sich die Jugendarbeit im Prisma schwerpunktmäßig auf Lehrlinge und Jungarbeiter konzentrieren. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Schüler der gleichen Altersgruppe nicht in die Arbeit einbezogen werden können.

Wir halten eine starre Trennung von Schülern und Lehrlingen weder für durchführbar noch für sinnvoll, weil Unterschiede erfahrbar gemacht werden müssen und beide Gruppen voneinander lernen können. Besondere Probleme, z.B. berufspolitische, lassen sich allerdings besser in homogenen Gruppen bearbeiten.

Das Prisma hat seit Mitte Dezember wegen Renovierung geschlossen und steht nur arbeitenden Gruppen offen. Neben Gruppen, die die Räume des Prisma ausschließlich für Arbeitssitzungen benutzen, gibt es zwei Gruppen, in denen Teamer mitarbeiten: die Wohngemeinschaftsgruppe(ca.20 Teilnehmer) und die Filmgruppe (ca.10 Teilnehmer). Die Mitglieder dieser Gruppen zeigen auch Interesse am Forum und sind schon mit konkreten Vorschlägen hierüber an Teamer herangetreten.

Das Prisma befindet sich in einer anderen Situation als die meisten Jugendzentren in Berlin, da es im Rahmen eines Modellversuchs den Auftrag bekommen hat, neue Formen der Arbeit mit jungen Erwachsenen zu erproben.

Ein wichtiges Element für die zu erprobende neue Form der Arbeit ist die stärkere Einbeziehung der Jugendlichen, wie sie bereits unter Punkt 3 näher ausgeführt wurde.

Die konkreten Formen und Schritte dieser Zusammenarbeit müssen weiter mit den interessierten Jugendlichen diskutiert und festgelegt werden.

Der Modellversuch hat auch die Voraussetzung für eine neue Teamzusammensetzung geschaffen insofern, als zwei außerplanmäßige Stellen hinzugekommen sind,die im Prisma von einer Diplompolitologin und einer Sozialarbeiterin besetzt sind.

Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß es zumindest problematisch ist, eine Politologin gleichzeitig auch als Leiterin eines pädagogischen Teams fungieren zu lassen.

Für die zukünftige Arbeit ist es notwendig, eine neue und klarere Bestimmung der Aufgaben von wissenschaftlichen Mitarbeitern ohne pädagogische Kenntnisse zu finden.

Kritik zum Konzeptionsentwurf für das Prisma von H. Biamino

Wir beschränken uns hier darauf, einige uns kritisch erscheinende Punkte zu problematisieren und verweisen im übrigen auf die von uns erstellte Alternativ-Konzeption.

zu I: "Bisherige Entwicklung und jetzt erreichte Ausgangsposition"

Die Situation im Prisma hat sich hauptsächlich deshalb konsolidiert, weil das Prisma seit Mitte Dezember wegen Renovierung geschlossen und nur für Arbeitsgruppen geöffnet ist. Aus diesem Grunde stellt sich das Problem des offenen Bereichs zur Zeit nicht, wir sich aber im Augenblick der Öffnung mit derselben Deutlichkeit wieder stellen.

zu II: "Zielgruppe"

Lehrlinge und Jungarbeiter sind nach unserem Verständnis nicht ausschließliche Zielgruppe, sondern Schwerpunktgruppe. Am Beispiel der Gruppe "Wohngemeinschaften" hat sich gezeigt, daß eine Zusammenarbeit von Lehrlingen und Schülern möglich ist und nützlich sein kann.

zu III: "Ziel der Arbeit im Jugendzentrum Prisma und Arbeitsmethoden"

1. "Zur allgemeinen Problematik der Arbeit mit Lehrlingen und Jungarbeitern"

Die Reduzierung der Aufgaben im Jugendzentrum auf eine "Vorbereitung auf Betriebs- und Gremienarbeit" halten wir für unzulässig und verantwortungslos. Die Wichtigkeit einer solchen Arbeit wird von uns nicht bestritten, jedoch muß der Stellenwert gewerkschaftlicher Organisation aufgezeigt - und in eine Konzeption (vor allem wenn sie sich einen solchen Schwerpunkt setzt) eingeordnet werden. Denn gewerkschaftliche Organisierung ist nur ein Aspekt gesellschaftspolitischen Engagements. In jedem Falle aber müssen konkrete Arbeitsschritte und Teilziele genannt werden.
Im Prisma ist nie über methodische Schritte gesprochen worden. Auch hat die in der vorliegenden Konzeption geforderte Reflexion der Praxis nie stattgefunden. Auf Grund dieser mangelnden Reflexion wurde aus Fehlern nicht gelernt, bzw. fanden Lernprozesse bei den Teamern nur individuell statt.

Gerade durch die Besetzung einer Stelle mit einer Akademikerin war die Chance gegeben, die Praxis des Modellversuchs wissenschaftlich aufzuarbeiten, was in den letzten 2 Jahren jedoch versäumt wurde. Es ist daher unrichtigt, von einer "permanenten Experimentiersituation"(S.1) zu sprechen. Denn Experimente müssen analysiert und ausgewertet werden.

2. "Zu den Aufgaben eines Jugendzentrums"

Die Arbeit eines Jugendfreizeitheimes kann sich nicht auf eine - wenn auch kritische - Zuträgerfunktion für die Gewerkschaften beschränken, sondern hat sich wesentlich auch sozialpädagogischen Aufgaben zuzuwenden (s. Alternativ-Konzeption).

In der vorliegenden Konzeption wird die Denk- und Handlungsweise von Arbeiterjugendlichen summarisch folgendermaßen charakterisiert: "Abhängigkeit von Autoritäten, fehlende Selbständigkeit, Denken in festgelegten gesellschaftlichen Normen, keine Kenntnis der eigenen Interessenlage, fremdbestimmtes Handeln". Diese Charakteristik ist tendenziell richtig, macht man sie jedoch zum ausschließlichen Ansatzpunkt seiner Arbeit, degradiert man die Lehrlinge und Jungarbeiter zu aktionsunfähigen Objekten, die außerstande sind, sich selbst weiterzuentwickeln ohne die permanente Anleitung eines Pädagogen. Selbstbestimmtes Handeln und Mündigkeit lassen sich auf diese Weise nicht erreichen.

3. "Zur Begründung der Methodik der Arbeit mit und in Gruppen"

Die von der Verfasserin aufgestellte Alternative (entweder politische Bewußtseinsprozesse bei Einzelnen oder massenhafte Motivierung und Qualifizierung) ist unverständlich und läßt sich aus der Praxis nicht ableiten. Wenn Gruppen tatsächlich funktionieren, dann vollziehen sich diese Prozesse gemeinsam und bei allen Teilnehmern. Die Forderung nach "massenhafter Motivierung und Qualifizierung" ist nicht nur eine methodische Frage und müßte näher erläutert werden. Uns erscheint sie innerhalb der Grenzen eines Jugendzentrums utopisch.

Eine Hilfestellung für neue Besucher können Gruppen nur leisten, wenn sie offen sind und kein in-group-Verhalten entwickeln (was sich bei den bisherigen Gruppen sehr schnell zeigte).

Wem als Gegensatz zu offenen Gruppen nur "parteipolitisch zu stark festgelegte Gruppen" einfallen, der zeigt damit, daß er sich wenig Gedanken gemacht hat über gruppendynamische Prozesse.
Das trifft ebenfalls zu bei der Beschreibung der Rolle von Teamern in Gruppen. Was bleibt an Autonomie für eine Gruppe, wenn der Teamer die Funktion"des Diskussionsleiters, der Datenbank und des organisationsstrukturierenden Elements" behält?
Es mag unbewußt sein, aber es erscheint uns bezeichnend für die Einstellung der Verfasserin, wenn sie schreibt: "Jeder Jugendliche muß das Gefühl haben, daß er die prinzipielle Möglichkeit erhält, sich organisatorisch und inhaltlich an der Arbeit der Gruppe zu beteiligen".

Außerdem werden keine Vorstellungen darüber entwickelt, wie die Erfahrungen der Gruppen untereinander ausgetauscht werden sollen. Bislang läuft ein Informationsaustausch nicht einmal im päd. Team.

4. "Zum derzeitigen Stand der Arbeit im Jugendzentrum"

Die Verfasserin spricht im Zusammenhang der Sommerreise ausschließlich von "positiven Erfahrungen". Gerade der Schwedenurlaub und die Zeit danach haben gezeigt, daß zumindest ein Teil der Jugendlichen sich emotional weniger an das Jugendzentrum, sondern mehr an einzelne Teamer gebunden fühlt. Die Ursachen hierfür sind u.a. auch darin zu suchen, daß auf Grund von nicht bewältigten Konflikten Konkurrenzverhalten und Fraktionsbildung im Team - und dann auch bei den Jugendlichen - entstanden.

Wir sind auch der Meinung, daß Demokratisierungsprozesse im Jugendzentrum nicht zum Hauptziel der Arbeit werden sollen. Aber erst das konkrete Erfahren von Demokratie ermöglicht es überhaupt, sie auch dort zu fordern, wo sie wenig, gar nicht oder nur zum Schein praktiziert wird!
Gerade die Reaktion der Besucher auf den Konflikt im Prisma (Febr.-März 73) hat gezeigt, daß diese sehr wohl imstande sind, auch im angeblichen"Freiraum" Jugendzentrum hierarchische und undemokratische Praktiken zu durchschauen und auf ihre Veränderungen hinzuwirken.
(...)

zu IV: "Die Problematik des gängigen Begriffs von Freizeit"

In der Konzeption wird die Erholung als ein System der Reproduktion der Arbeitskraft im Interesse der Produktion definiert.
Das ist richtig, aber hieraus zieht die Verfasserin offensichtlich die Konsequenz, daß alles, was sich mit den Begriffen Erholung und Zerstreuung verbinden läßt, nicht ein "objektives" Bedürfnis der arbeitenden Jugendlichen sei und daher die Befriedigung dieser Bedürfnisse in einem Jugendzentrum mit politischem Anspruch vernachlässigt werden kann. Obwohl den Jugendlichen zugestanden wird, daß die Scheinwelt des kommerziellen Kulturangebots von ihnen erahnt wird, werden sie eben auf diese Angebote verwiesen, wenn sie andere Bedürfnisse äußern als die, die nach Ansicht der Verfasserin ihre "objektiven" sind. Diese Einstellung ist brutal und arrogant. (sie zeigt sich auch deutlich an dem Punkt "Öffnungszeiten").

zu VI: "Technisches"

Wir glauben, daß die Jugendlichen, die im Prisma seit einiger Zeit aktiv sind, eher in der Lage sind, durch informelle Kontakte andere Jugendliche anzusprechen. Dies kann sich nicht nur auf die Info-Gruppe beschränken, die eine Zeitung erstellen will.

Schlußbemerkung

Der vorliegenden Konzeption liegt ein eingeengter Begriff von politischem Lernen zugrunde. Lehrlinge sollen durch intellektuelle Unterrichtung "motiviert und qualifiziert" werden, gesellschaftspolitische und betriebliche Gremienarbeit zu leisten, wobei die Bedeutung des Begriffs "gesellschaftspolitisch" im Dunkeln bleibt.
Alle sinnlichen Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich werden von vornherein ausgeklammert.
Menschen sind Objekte, die an bestimmten Stellen und für bestimmte Aufgaben einsetzbar werden sollen. Aufgaben und Zeit und Ort des Einsatzes werden ihnen (von den Pädagogen) vorgegeben.

Leider liegt zur Zeit die Vermutung nahe, daß der Senator eher versucht, die Augen vor den realen Tatsachen zu verschließen. Das zeigt die kleine Anfrage Nr. 2280 vom 11. September 1974, die der Senator am 3. Oktober 1974 beantwortet hat. In dieser Anfrage gibt er an, daß in Berlin 33 Grundschullehrer fehlen. Wie kann es zu einer so großen Differenz zwischen den Zahlen der GEW und den Zahlen des Senators für Schulwesen kommen? Während die GEW die reale Situation an den Schulen abgefragt hat, geht der Senator von einer unrealistischen Berechnungsgrundlage aus. Er berechnet den Lehrerbedarf nach der Richtfrequenz, d. h. er geht davon aus, daß in allen Bezirken die Durchschnittsfrequenz 31,4 ist.

Es gibt aber Bezirke, die — erfreulicherweise — diese Richtfrequenz unterschreiten. In einem Bezirk ist die Durchschnittsfrequenz z. B. 30,4. So fehlen diesem Bezirk also real Lehrer, die in den Berechnungen des Senators offensichtlich nicht auftauchen, weil er von fiktiven und nicht von realen Zahlen ausgeht.

Darum fordern die Fachgruppe Grundschulen und das Referat B 1 vom Senator für Schulwesen:

1. Korrekte Angaben über das reale Stundenminus an den Berliner Grundschulen, aufgeschlüsselt nach Bezirken zu den Stichtagen 15. Oktober 1974 und 7. Januar 1975.

Personalsituation an den Berliner Grundschulen - Stichtag: 15. 10. 74

Bezirke	Anzahl der Schulen	Anzahl der erfaßten Schulen		PLUSSTUNDEN		MINUSSTUNDEN		Lehrerbedarf
		absolut	in %	Anzahl der Schulen	Stunden anzahl	Anzahl der Schulen	Stunden anzahl	
Neukölln	34	26	76	2	8	24	1056	41
Wilmersdorf	12	9	75	2	6	7	109	4
Schöneberg	17	3	18		-	3	151	8
Spandau	25	25	100	2	5	22	653	25
Charlottenb.	20	10	50	2	27	8	156	8
Wedding	18	7	39	1	12	5	87	3
Tiergarten	8	4	44	2	62	2	25	1
Zehlendorf	18	2	20	-	-	2	28	1
Steglitz	18	13	72	5	88	8	127	6
Tempelhof	18	12	67	6	35	6	142	5
Reinickend.	33	18	58	1	15	16	286	11
Summe	218	130	60	22	237	103	2844	108

Berliner Lehrer Zeitung, 28.(43.) Jg.,
Nr.12 vom 15. 12. 1974

SIGRID LEHNKERING

Der Schulzweig Hauptschule ist seit langem zu einer Provokation für Schüler und Lehrer geworden. Selbst von Senatsseite wurde die Aktualität des Problems immerhin schon wahrgenommen.

Anspruch des Berliner Schulwesens ist es, „alle wertvollen Anlagen der Kinder und Jugendlichen zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln." (Berliner Schulgesetz, S. 7)

Inwieweit ist die Hauptschule in der Lage, diesem Anspruch gerecht zu werden? Inwieweit kann sie überhaupt ihre Schüler fördern und ihnen gleiche Chancen für einen Berufseintritt geben wie den Schülern der anderen Schulzweige?

Diese Frage stellt sich um so dringender, als die Hauptschule nach wie vor die Oberschule der Arbeiterschicht ist und ihre Vernachlässigung eine weitere Benachteiligung der Arbeiter in unserer Gesellschaft darstellt.

Zum Beleg sehe man sich die Verteilung der verschiedenen Schulzweige in einigen Berliner Bezirken an:

	OH	OR	OG
Kreuzberg	6	2	2
Charlottenburg	3	3	6
Zehlendorf	2	2	5
Neukölln	8	5	4

(aus: Berliner Lehrerkalender 1974/75 S. 152)

Eine Verteilung nach der Stellung der Erziehungsberechtigten im Beruf ergibt folgendes Bild:

	OH	OR	OG	Verteilung in der Berliner Bevölkerung
Selbständige	4,0 %	8,2 %	16,3 %	7,4 %
Beamte	3,7 %	10,5 %	20,6 %	6,7 %
Angestellte	20,1 %	38,7 %	41,3 %	37,6 %
Arbeiter	58,9 %	35,0 %	16,0 %	47,3 %
Rentner	7,2 %	4,5 %	3,7 %	

(aus: SEP II, S. 161/62)

Daß die Hauptschule innerhalb des Berliner Schulwesens zunehmend zur Restschule — auch im Bewußtsein der Bevölkerung — geworden ist, zeigen die zunehmenden Bestrebungen, die Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken

Übergänge aus öffentlichen Grundschulen auf öffentliche Oberschulen:

Bezirk	Übergänge auf	1967/68	1971/72
Neukölln	OH	48,8 %	42,3 %
	OR	23,0 %	32,0 %
	OG	17,6 %	23,7 %
Kreuzberg	OH	57,4 %	57,9 %
	OR	22,2 %	20,6 %
	OG	19,4 %	21,4 %
Zehlendorf	OH	21,5 %	18,4 %
	OR	24,0 %	27,1 %
	OG	54,3 %	57,4 %
Steglitz	OH	38,0 %	32,1 %
	OR	28,2 %	27,1 %
	OG	33,7 %	40,8 %
insgesamt	OH	41,9 %	35,7 %
	OR	28,5 %	29,9 %
	OG	26,9 %	31,0 %

Wie wenig jedoch diese Bestrebungen von schulischer Seite her unterstützt werden, zeigt das Ansteigen der Rückläuferzahlen im gleichen Zeitraum:

Schulart	Schuljahr	des Probehalbjahres auf die Abgänge während und am Ende Hauptschule abs.	%	Realschule abs.	%
Realschule	1967	510	12,1	—	—
	1972	983	16,2	—	—
Gymnasium	1967	—	—	221	5,9
	1972	—	—	625	9,7

(aus: SEP II, S. 160)

ihre Frequenzen und ihren Leistungsstand einigermaßen auf erhalten, wird die Hauptschule dagegen zunehmend zum melbecken unangepaßter Schüler.

Eine Untersuchung über den Leistungsstand bei Schülern 7. Hauptschulklassen in Wilmersdorf ergab:

trotz unzureichender Leistungen versetzt („pädagogische Versetzung") . . . . . überaltert . . . . . zwei und mehr Zensuren „mangelhaft" und schlechter „mangelhaft" und schlechter in deutscher Rechtschreibung . . . . . (aus: B. Roland, Zur Situation an den Berliner Hauptschule BLZ 10, 1971)

Die Zahl der Schüler, die ohne Abschlußzeugnis die Hauptsc verlassen, stieg von 1968 mit 35,6 % auf 38,8 % (1972); in Ke berg ist der Anteil bei den männlichen Schülern sogar 70 % Von Senatsseite wird die Verschlechterung des Leistungsstan auf sozialpsychologische Ursachen zurückgeführt, auf verschi terte Sozialisationsbedingungen, auf das Problem der „h ständigen Schülergruppen", statt die Ursachen in den schle ren Lernbedingungen der Hauptschule selbst zu suchen. S man annehmen, daß mit dem Anspruch auf Chancengleich Schüler, die in ihrer schulischen Sozialisation ständig benachte werden, in der Hauptschule besonders gefördert werden sol so stellt sich die Hauptschule statt dessen im Vergleich mit anderen Schultypen selbst als vernachlässigt dar. Die Di schnittsfrequenzen in den öffentlichen allgemeinbildenden S len verteilten sich 1972 wie folgt:

OH 29,1 OR 30,4 OG
(aus: SEP II, S. 168)

Dabei muß berücksichtigt werden, daß das relativ schlechte schneiden der Realschule zum Teil durch die hohen Anfang quenzen in den 7. Klassen zustande kommt, die nach dem Pr halbjahr gesenkt werden.

Bedenkt man zudem, daß „Durchschnittsfrequenzen" bede daß immer noch ein erheblicher Teil der Klassen in den über 30 Schüler hat und daß in der Hauptschule der A schwieriger Schüler weitaus höher liegt als in den and Schulzweigen, so liegt auf der Hand, daß eine pädago sinnvolle Arbeit in den Hauptschulklassen nicht gewährl ist.

Die Ausstattung der Hauptschulen mit Fachräumen und te schen Geräten spiegelt die völlig unzureichende Situation Hauptschule wider. So wurden — nach einer Umfrage der gruppe Hauptschulen im September 1973 — an 16 von 37 Sch Fachräume in Klassenräume umgewandelt.

Für das Fach Arbeitslehre — das zentrale Unterrichtsfach an Hauptschule — steht immerhin im Bereich der Kunststoffv beitung an 30 von 37 Schulen kein Fachraum zur Verfügung Sprachlabore, deren pädagogische Notwendigkeit im Fr sprachenunterricht unbestritten ist, fehlen an 25 Hauptschul 11 der Hauptschulen verfügen nicht einmal über einen eig Filmraum, an 30 Hauptschulen ist kein Farbfernseher vorhan Geräte, die zur Herstellung von Unterrichtsmaterial unbe notwendig wären, wie Photokopiergerät, Offsetdrucker, V rekorder fehlen an 15, 27 bzw. 29 Hauptschulen.

Wie sieht nun die Planung des Senats (SEP II) zur Verbess der Situation der Hauptschulen aus?

Der SEP II sieht die Herstellung der Chancengleichheit in e Linie durch die Errichtung der 13 Mittelstufenzentren als gew leistet an („Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Chan gleichheit ist in der Mittelstufe die beabsichtigte Zusamme sung der Jahrgangsstufen 7—10 in 13 Mittelstufenzentre sehen, die damit die Struktur der Gesamtschulen erhalten den." SEP II, S. 1)

Berliner Lehrer Zeitung, 29.(14.
Nr. 1 vom 15. Jan. 1975

Allerdings — von den Hauptschülern werden bis 1978 allenfalls 30 % das „Glück" haben, ein solches Mittelstufenzentrum zu besuchen. Die Forderung, gleichzeitig in der Hauptschule das 10. Pflichtschuljahr einzuführen, um einer Verschlechterung der Chancen der Hauptschüler entgegenzuwirken, wird bis 1978 nicht erfüllt werden.

Jede Hauptschule wird in den Jahren 1973 bis 1975 weiterhin 4000 — DM für die Grundausstattung und die Beschaffung von Verbrauchsmaterialien für das Fach Arbeitslehre erhalten. 1976 bis 1977 soll derselbe Betrag ausschließlich zur Beschaffung von Verbrauchsmaterial dienen. In diesen beiden Maßnahmen liegt ein Widerspruch in sich. Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß in den ersten 3 Jahren mindestens die Hälfte des angesetzten Betrages für die Beschaffung der Grundausstattung verbraucht werden muß, d. h. höchstens 2000,— DM pro Schule für die Beschaffung von Verbrauchsmaterial aufgewendet werden kann. Bei einer Durchschnittsschülerzahl von 400 pro Schule bedeutet das einen Betrag von 5,— DM pro Schüler für Verbrauchsmaterial in dem zentralen Fach der Hauptschule. Um die ungleiche Behandlung zu erkennen, braucht man nur die Ansätze für Gymnasien und Realschule anzusehen. In der Realschule werden zusätzlich zu den ohnehin vorgesehenen 3000,— DM zur Ausstattung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Kurses noch dreimal 245 000 DM zur Anschaffung von Demonstrations- und Übungsgeräten veranschlagt, in den Gymnasien sind „für die Erweiterung des naturwissenschaftlichen Übungsmaterials sowie für Tischrechner und Computermodelle 1975 60 000 DM und ab 1976 120 000 DM erforderlich" (SEP II, S. 31). In den Hauptschulen wird also zur Ausstattung des zentralen Unterrichtsbereichs Arbeitslehre soviel aufgewendet, wie in den beiden anderen Schulzweigen der Sekundarstufe I zusätzlich zu diesem Betrag noch einmal verbraucht werden kann. Es ist zu fragen, ob dabei von Chancengleichheit noch gesprochen werden kann.

Selbst wenn man nicht die Forderung vertritt, daß die Hauptschüler aufgrund ihrer früheren Benachteiligung wenigstens in der Hauptschule bessere Möglichkeiten erhalten sollten als die Schüler der beiden anderen Schulzweige, so müßte doch wenigstens in bezug auf Unterrichtsmaterialien eine Gleichbehandlung in der Weise stattfinden, daß der Unterricht in diesem zentralen Fach durch die Bereitstellung ausreichender Mittel sichergestellt ist.

Erfreulicherweise hat sich beim Senator für Schulwesen die Erkenntnis durchgesetzt, daß es notwendig ist, Schülern, die aufgrund ihrer Lebensumstände unter Lern- und Verhaltensstörungen leiden, durch therapeutische Maßnahmen zu helfen und ihre „eingeschränkte Lernfähigkeit und -bereitschaft" wiederherzustellen. Die geplante Einrichtung von „clinic classes" ist daher anzuerkennen. Es ist allerdings unverständlich, daß sie nicht durch eine sofortige Frequenzsenkung der E-Klassen vorbereitet wird. Bei der Stellenplanung für 1975 wird immer noch von einer E-Klassen-Frequenz von 25 ausgegangen, wobei eine Zahl von höchstens 15 Schülern unbedingt notwendig wäre.

In West-Berlin beträgt der Bedarf an Fachräumen an der Hauptschule rund 10 %. Im Vergleich dazu ist die Differenz zwischen anzustrebender Meßzahl und Bestand an Fachräumen im gymnasialen Bereich ebenfalls rund 10 %. Allerdings kommen bei der Planung im Hauptschulbereich in Berlin 10 Fachräume dazu (rund 2 %), an den Gymnasien dagegen 102 Fachräume (16 %). Kein einziger der Bezirke mit besonders hohem Fehlbestand erhält neue Fachräume!

Für die Stellenbedarfsplanung an den Hauptschulen werden erst ab 1977 zusätzlich Teilungsstunden für den LDU in Mathematik und Englisch vorgesehen. Bedenkt man, daß durch die hohe Minusstundenzahl an Hauptschulen und durch den hohen Krankenstand (bis zu 100 Fehlstunden sind keine Seltenheit) an einigen Schulen der LDU gar nicht durchgeführt werden kann, ist diese Planung mehr als unzureichend.

Unter diesen Umständen kann wohl von Chancengleichheit und von dem Versuch, sie herzustellen, nicht gesprochen werden, im Gegenteil — die Hauptschule erscheint in der Berliner Planung als vergessener Schulzweig.

Berliner Lehrer Zeitung,
29.(44.) Jg., Nr. 1
vom 15. Jan. 1975

Sackgasse Hauptschule:
15 und mehr erfolglose Bewerbungen

Zur Vorbereitung der Hauptschultage wurde von einer Initiativgruppe Reinickendorfer Hauptschullehrer eine Befragung von Schulabgängern zur Arbeitsplatzsuche durchgeführt. Für die Gruppe hat Wolfgang Lissy, 1 Berlin 28, Im Fischgrund 41, den folgenden Beitrag verfaßt. Die vollständige Untersuchung kann beim Autor angefordert werden.

1. Zur Untersuchung

Die „Initiativgruppe Hauptschultage" der GEW Reinickendorf plante die Befragung zur Vorbereitung der Hauptschultage der GEW. Sie wollte mit eindeutigem Zahlenmaterial die Bevölkerung Reinickendorfs informieren und dieses Material auch den Abgängern des kommenden Jahres, ihren Eltern und Lehrern zur Verfügung stellen. Die Beantwortung mehrer Fragen schwebte dabei der Gruppe vor:

a) Wie hoch ist die Zahl der Schüler unseres Bezirks, die noch keine Ausbildungsstelle haben?

b) Wie oft mußten sich Schüler unserer Hauptschulen bewerben, bis sie erfolgreich waren?

c) In welchen Berufen sind die Schüler der verschiedenen Abgangsklassen untergekommen bzw. nicht untergekommen?

d) Gibt es Beweise, daß Hauptschüler bei der Ausbildungsplatzsuche benachteiligt wurden?

Die Befragung war anonym. Es wurden lediglich das Geschlecht, die Abschlußklasse und die Art des Schulabschlusses verlangt. Die Unterlagen wurden an alle sechs Hauptschulen des Bezirks Reinickendorf verschickt. Eine Verpflichtung zur Teilnahme für den Lehrer einer Abgangsklasse bestand nicht. Es gab auch keine Verpflichtung für den Schüler, den Bogen auszufüllen. Soweit wir es überblicken können, haben sich an der Befragung die großen Hauptschulen in Wittenau, Tegel, Alt-Reinickendorf und Reinickendorf nahezu geschlossen beteiligt. Aus den zwei kleinen Schulen in Hermsdorf und Heiligensee trafen keine Ergebnisse ein.

Die Befragung wurde in der letzten Woche vor den Weihnachtsferien bzw. in der ersten Woche nach den Ferien durchgeführt. Die Zahlen beziehen sich also auf Anfang Januar.

2. Schüler mit Ausbildungsplätzen

Insgesamt liegen die Befragungsergebnisse von 323 Schülern vor:

Abgangsklasse	Schüler mit Lehrstelle	Schüler ohne Lehrstelle
7. Entlassungsklasse	0	4
8. Entlassungsklasse	1	23
9. Abschlußklasse	66 = ca. 55 %	61
10. Abschlußklasse	98 = ca. 66 %	50
10. Abschlußklasse mit Zusatzbescheinigung	13 = ca. 65 %	7
Summe	178 = ca. 55 %	145

Der Statistik kann man entnehmen, daß acht E- bzw. sieben E-Schüler so gut wie keine Chance mehr haben, eine Ausbildungsstelle zu erhalten. Bisher konnte man diese Schüler noch immer in Berufen des Handwerks unterbringen (z. B. Friseure, Verkäufer u. a.).

Mehr als die Hälfte aller Schüler der 9. Abgangsklasse haben bisher keine Ausbildungsstelle. Bei den Schülern der 10. Klassen liegen die Zahlen günstiger.

In der Gruppe „Schüler mit Lehrstellen" sind 12 Schüler der 9. Klassen und 15 Schüler der 10. Klassen, die ein Berufsgrundbildungsjahr (Schering-Oberschule, Ravené Oberschule) absolvieren. Es sind oft Schüler, die sich erfolglos um eine Lehrstelle bemüht haben. Durch den Schulbesuch schieben sie den Ausbildungsbeginn um ein, zwei Jahre hinaus, obgleich es im kommenden Jahr eher noch ungünstiger sein wird, eine Lehrstelle zu erhalten, da die nicht untergekommenen Schulentlassenen mit einer steigenden Zahl von Abgängern und einem sich verringernden Ausbildungsstellenangebot zusammentreffen.

3. Zahl der Bewerbungen

Die Klassenleiter stellten zu diesem Punkt fest, daß sich viele Schüler schämten, alle Bewerbungen im Befragungsbogen anzuführen. Die Schüler sahen dies als Beweis ihrer Unfähigkeit an, wenn sie sich ein halbes Dutzend Mal erfolglos beworben hatten, dabei vielleicht noch eine mündliche, schriftliche oder praktische Prüfung machen mußten, manchmal sogar alle drei!

Es gibt Schüler, die sich 15., 18., ja sogar 23mal beworben haben. Dies dürfte aber immer nur dann möglich sein, wenn die Schüler Bezugspersonen hatten, die das nötige Interesse mitbrachten und den Jugendlichen immer wieder zu neuen Bewerbungen motivieren konnten. Resignation dürfte der Normalfall sein.

4. Gewünschte und erhaltene Ausbildungsplätze

Schüler, die am 8. März voraussichtlich eine Zusatzbescheinigung erhalten, haben in folgenden Ausbildungsberufen noch eine geringe Chance: Sozialversicherungsfachangestellter, Rentenbearbeiter, Steuerbearbeiter, Bankbürogehilfe, Industriekaufmann, Bürokaufmann.

Schüler, die die Hauptschule mit dem Abschlußzeugnis der 10. Klasse verlassen werden, haben Chancen in folgenden Ausbildungsberufen: alle Berufe im sozialpflegerischen Bereich, Arzthelfer, Versicherungskaufmann, Anwaltsgehilfe, Bürogehilfe, Einzelhandelskaufmann, Tierpfleger, in verschiedenen Berufen des elektrotechnischen Bereichs und bei der Bereitschaftspolizei.

Schüler mit dem Abschlußzeugnis der 9. Klasse haben keine Ausbildungschancen im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung, außer als Verkäufer, allerdings nicht in großen Kaufhäusern. Dort verlangt man gelegentlich sogar den Realschulabschluß. Den Schülern stehen handwerkliche Berufe zur Verfügung, wie Bäcker, Konditor, Koch, Friseur, Schneider, Zimmerer, Tischler u. a. Besonders viele Schüler können einen Ausbildungsplatz in der Kfz-Branche beanspruchen. Einige wenige Schüler sind in den Vorschulen des sozialpflegerischen Bereichs untergekommen.

Vergeblich bewerben haben sich Hauptschüler in folgenden Berufen: Justiz und Verwaltungsangestellte, Bankkaufmann, Reisebürokaufmann, Chemielaborant, Chemiefacharbeiter, Photolaborant, Offsetdrucker, Offsetvervielfältiger, Radio- und Fernsehtechniker.

Besonders viele Ablehnungen gab es in folgenden Ausbildungsberufen: Sozialversicherungsfachangestellter, Arzthelfer, Anwalts- und Bürogehilfe, Elektrogerätemechaniker, Fernsehmeldemechaniker, Kfz-Mechaniker.

In den Schulen für Erzieherberufe benötigt man ein Zeugnis der 10. Klasse mit einem guten Notenquerschnitt. Das Friedrich-Fröbel Haus verlangt in den weiterführenden Fächern einen Notenquerschnitt von 2,7.

5. Werden Hauptschüler diskriminiert?

Benachteiligungen für die Hauptschüler sind sehr schlecht zu belegen. Man kann es Firmen sehr schlecht beweisen, daß sie sich letzten Endes nicht nach den Ergebnissen der Prüfung und der Tests gerichtet haben. Aber einige Arbeitgeber sagten ganz unverblümt, welche Schüler sie bevorzugten. Ca. 20 Schüler erwähnten unter „Begründung der Ablehnung", daß Realschülern bzw. Gymnasiasten der Vorzug gegeben wurde. Realschüler suchte man zum Beispiel als Rechtsanwaltsgehilfe, als Dekorateur, als Elektrogerätemechaniker, als Spediteurskaufmann, als Steuerberater, als Zahnarzthelfer, als Verwaltungsangestellten, als Zahntechniker, als Verkäufer in einem großen Kaufhaus, als Bürogehilfen, als Industriekaufmann. Als Bankkaufmann sucht man sogar einen männlichen Abiturienten in einem Geldinstitut.

Diese Befragung erhebt natürlich nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein. Aber sie konkretisiert so manche Vermutungen unter den Lehrern, Eltern und Schülern und gibt den Diskussionen in der Öffentlichkeit einiges Zahlenmaterial. Den Lehrern von Abgangsklassen von 1976, den Schülern und Eltern können möglicherweise Enttäuschungen erspart werden. Vor allem sollte man die Schüler ermutigen, recht bald Bewerbungen und persönliches Vorstellen zu tätigen.

Ganz abgesehen davon bleibt es immer noch unklar, wie das Landesarbeitsamt behaupten kann, daß 3000 Ausbildungsplätze Anfang Januar offen waren und nur 2400 Schüler noch keine Lehrstelle hatten. Für die vielen Schüler, die bisher auch nach 15 Bewerbungen erfolglos waren, wäre es interessant zu wissen, wo sie noch Chancen haben. Eine klare Antwort konnte uns der Berufsberater auch nicht geben. So paßte sich auch diese Befragung ganz in das Thema der Hauptschultage ein: „Sackgasse Hauptschule".

Berliner Lehrer Zeitung, 29.(44.) Jg.,
Nr. 2 vom 15. Febr. 1975

Kp. Nr. 9627/33. Jg. - 26. 5. 1977, S. 12

SSPIEGEL / BERLINER TEIL

„Prinzip des mündigen Lesers" in der Gedenkbibliothek

Aber Gespräche nach bestimmten politischen Ausleihen

Die spezielle Kennzeichnung von Büchern radikal-politischen Inhalts in der Amerika-Gedenkbibliothek hat den FDP-Abgeordneten Roloff jetzt veranlaßt, den Senat zu fragen, ob dem Verfassungsschutz die Namen der Ausleiher solcher Literatur zugänglich seien. Während die Antwort des Senats noch aussteht, hat die zuständige Hauptreferentin der Gedenkbibliothek auf unsere Frage bestätigt, daß bestimmte politische Literatur zwar gekennzeichnet sei, nicht aber für Zwecke des Verfassungsschutzes.

Ihren Angaben zufolge gibt es in der Gedenkbibliothek – „wie in anderen Bibliotheken auch" – drei Kategorien:

Bestimmte politische Bücher seien im Bibliotheksmagazin verwahrt, sie könnten aber von jedem unbeanstandet angefordert werden. Beispielsweise sind es solche Bücher, in denen die freiheitlich-demokratische Grundordnung abgelehnt werde. Diese Bücher tragen, wie alle Bücher des Magazins, einen roten Streifen.

Alle Bücher aus Ostverlagen „mit aggressiver kommunistischer Tendenz, die sich überwiegend oder teilweise gegen die BRD richtet", sind mit BP (Bibliotheca politica) gekennzeichnet. Jugendliche, die mit einem solchen Buch zur Ausleihkontrolle am Ausgang der Bibliothek kommen, werden um ein Gespräch mit einem Fachbibliothekar gebeten. Dieser empfiehlt ihnen, wie uns mitgeteilt wurde, zum Vergleich auch kontrare Literatur heranzuziehen. Verbotene politische Literatur schließlich wird in einem Sondermagazin gelagert und nur für wissenschaftliches Studium gegen entsprechenden schriftlichen Nachweis ausgeliehen.

Die Hauptreferentin der Amerika-Gedenkbibliothek betonte, bei diesen in einer Arbeitsanweisung festgelegten Maßnahmen gehe es nicht um irgendeine Form von Überwachung der Leser, sondern um den Schutz solcher Leser, die nicht alle Voraussetzungen für eine Art von Literatur hatten, „die man nicht uneingeschränkt jedermann vorsetzen kann". Grundsätzlich gelte für die Gedenkbibliothek das „Prinzip des mündigen Lesers".

*

Dem Tagesspiegel will nicht recht einleuchten, warum uns solche Auskünfte nicht gegeben worden sind, als wir uns in ähnlicher Angelegenheit bereits im Oktober vorigen Jahres an die Amerika-Gedenkbibliothek und schließlich an den Schulsenator wandten. Wir hatten gefragt, ob bestimmte politische Werke bei der Ausleihe vom Landesamt für Verfassungsschutz hinsichtlich der Leser ausgewertet würden. In der Gedenkbibliothek wird die Ausleihe auf Mikrofilm registriert, wobei der Name des Entleihers, die Signatur des Buches und das Rückgabedatum festgehalten werden. Die entwickelten Filme werden unter Kontrolle aufbewahrt und dienen nur als Unterlage für Mahnungen wegen überschrittener Frist. Auswertungen finden, wie verlautet, nur für Repräsentativ-Statistiken statt, wobei keine Einzeltitel oder deren Entleiher erfaßt werden. Auf Rückfrage des Schulsenators beim Senator für Inneres hatte dieser sich „überrascht und zugleich bestürzt" geäußert, zeige die Anfrage doch, „welche absurden Vorstellungen über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes heute in Teilen der Öffentlichkeit bestehen müssen, wenn derartige Verdächtigungen für möglich gehalten werden"; im übrigen wurde versichert, das Verfassungsschutzamt Berlin habe „keine wie auch immer geartete Überwachung der Leser bzw. Auswertung von Daten über entliehene Bücher bei der Amerika-Gedenkbibliothek oder irgendeiner anderen Berliner Bibliothek durchgeführt". (Tsp)

Pfingsten in den Rehbergen

Die traditionelle Pfingstmorgenfeier am 29. Mai um 8 Uhr in der Freilichtbühne Rehberge steht unter dem Kirchentags-Motto „Einer trage des anderen Last". Es nehmen neben Bischof Kruse Partnergäste aus Südafrika teil. (epd)

Welchen Schaden hat der Sozialismus durch die falsche Politik unserer Regierung angerichtet?

● **Die Unabhängigkeit und Ehrenhaftigkeit in der politischen Willensbildung ging verloren.**

1. Die SPD-Politiker lassen sich durch militärische und ideologische Macht erpressen.
2. Entscheidungen in der Ostpolitik werden von Moskau diktiert, wenn nicht die christlichen Parteien einschreiten.
3. Unterwanderung der Parteien und politischen Jugendorganisationen durch Kommunisten wegen der Nichtabgrenzung vom Marxismus.

● **Die Stabilität und Wirksamkeit freiheitlicher Erziehung ging verloren.**

1. Unterwanderung, bzw. Übernahme von Universitäten durch linke Ideologen (Berlin, Bremen, Heidelberg usw.),
2. Kommunistische Lehrer an Grund-, Haupt- und Oberschulen,
3. Linke Ausbilder und Agitatoren in vielen Betrieben.

● **Die Familie als Garant der Zukunft wird geschädigt.**

1. SPD-Kultusminister raten an, die Erziehung der Kinder – ideologisch verbrämt – mehr und mehr dem Staat zu übertragen.
2. Familienfeindliche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

● **Die Freiheit unseres Wirtschaftssystems wird untergraben.**

1. Gewerkschaften dürfen unzulässigen Einfluß auf Parteien und Unternehmen ausüben.
2. Abhängigkeit der Wirtschaft von Ländern des Warschauer Paktes.
3. Arbeitskämpfe, Arbeitslosigkeit, Finanzmisere.

● **Die Freiheit der Information ist eingeschränkt.**

1. Linke Ausrichtung von Fernsehen und Rundfunk,
2. Bewußte Verunglimpfung in Wort und Bild.
3. Abhören und andere „Bewachungen" nehmen zu.

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?

Der Sozialismus ist die größte Gefahr und Bedrohung für unseren Staat.
Einen Teil unseres Landes konnte er bereits übernehmen, weil die Sozialisten mit den Kommunisten gemeinsame Sache machten (April 1946).

Kommunismus und Sozialismus haben das gleiche Ziel: Machtübernahme mit allen Mitteln. Freiheits- und Menschenrechte werden zielbewußt und konsequent untergraben und abgebaut.

Die materialistische Einstellung kann die Freiheit nicht garantieren, die auf dem Boden des Christentums in Jahrhunderten entstand. Christentum und Kommunismus schließen sich aus.

Daher müssen wir zu den Grundsätzen christlicher Politik zurückkehren! Mit der linken SPD/FDP-Regierung ist dies nicht möglich! Wir wollen uns nicht an den Osten verschaukeln lassen! Wir brauchen eine Regierung mit christlicher Grundlage!

GEBEN SIE DIESE INFORMATION WEITER !

Föderation für Weltfrieden und Vereinigung e.V.
6 Frankfurt/M, Postfach 2931 · Telefon: 0611 / 28 49 63

C.A.R.P. COLLEGIATE ASSOCIATION FOR THE RESEARCH OF PRINCIPLES

Presserechtlich verantwortlich:
Günter Stangl, Gerhard Bessell

Spendenkonto der FWV:
Postscheckkonto Frankfurt 383 74-601

Eigendruck im Selbstverlag

3. Oktober 1976

Freiheit oder Sozialismus

Christentum oder Kommunismus

LITERATURVERZEICHNIS

ABENDROTH, W.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied: Luchterhand 1967

ACHINGER, H.: Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Hamburg: Rowohlt 1958

ADORNO, T.W. (Hrsg.): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? (Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages; vom 8. - 11. April 1968 in Frankfurt/M.). Stuttgart: Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1969

AGNOLI, J.: Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Berlin: Wagenbach 1975

AGNOLI, J./BRÜCKNER, P.: Die Transformation der Demokratie. Berlin: Voltaire Verlag 1967

AG SPAK (Hrsg.): Jugendwohnkollektive zwischen Chancen und Illusion. München: Eigenverlag 1976

AICHHORN, A.: Verwahrloste Jugend. Bern: H. Huber 1974

AKS Düsseldorf: Bericht von der Jugendzentrumstagung, Düsseldorf, vom 25. - 27.10.1974, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 27 - 30. Offenbach: Verlag 2000 1975

AKTIV R 16 Köln: Jugendliche zum Jugendhilferecht, in: Info Sozialarbeit, Heft 7, S. 37 - 42. Offenbach: Verlag 2000 1974

AKTIV R 16 Köln/AKS Düsseldorf: Der Referentenentwurf - Jugendhilfegesetz von Bürokraten, in: Info Sozialarbeit, Heft 7, S. 43 - 52. Offenbach: Verlag 2000 1974

AKTIV R 16 Köln/AKS Düsseldorf: Der Referentenentwurf - Jugendhilfegesetz von Bürokraten. II. Teil: Leistungen der Jugendhilfe, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 50-58. Offenbach: Verlag 2000 1975

ALLERBECK/ROSENMAYR: Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie. München: Juventa 1971

ALTVATER, E.: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: PROKLA 3 1972, S. 1 - 53

ALTVATER, E./HOFFMANN, J. u.a.: Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (1. Teil), in: PROKLA 13 1974, S. 101 - 132

ALY, G.: "Wofür wirst du eigentlich bezahlt?" Berlin: Rotbuch 1977, Nr. 163

AMT für Jugendarbeit im Kirchenkreis Neukölln (Hrsg.): Jugendliche in Neukölln II. Probleme und Aufgaben der Jugendarbeit in einem Westberliner Arbeiterbezirk. Forderungen zur Jugendpolitik. Berlin: o.V., o.J.

AMT für Jugendarbeit im Kirchenkreis Neukölln (Hrsg.): Jugendliche in Neukölln III. o.O., o.V. 1976

ANDREAE, C.A.: Ökonomik der Freizeit. Reinbek: Rowohlt 1970, ro ro ro 330/331

APEL, H.: Das Elend der neueren marxistischen Staatstheorie, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 6, S. 31 - 80. Berlin: VSA 1976

ARBEITSGRUPPE der PH Westberlin: Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Westberlin nach offiziellen und unveröffentlichten Daten, in: E. und K., Nr. 18 - 20 1975, S. 135 - 154

ARBEITSGRUPPE für Planungsgrundlagen: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. Offenbach: Verlag 2000 1971

ARBEITSGRUPPE: Modell Offener Jugendhilfe: Reader: Jugendwohnkollektive; 1. Teil: Die Entwicklung der sozialpädagogischen Jugendwohnkollektive von 1969 - 1973. Reihe: Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit Nr. 5. Hrsg.: Victor Gollancz-Stiftung. Frankfurt/M.: 1974 (Eigenverlag)

ARBEITSGRUPPE: Modell Offener Jugendhilfe: Reader: Jugendwohnkollektive; 2. Teil: Jugendkollektive und Sozialbürokratie - Texte und Dokumente - Reihe: Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit Nr. 6. Hrsg.: Victor Gollancz-Stiftung. Frankfurt/M.: 2., veränd. Aufl. 1974

ASTA und SHB - Freiburg (Hrsg.): Aktuelle Materialien zur Klassenanalyse hochentwickelter Gesellschaften. Freiburg i.Br.: 1970/71 (Eigenverlag)

AUSUBEL, D.P.: Das Jugenalter. München: Juventa 1970

AUTORENGRUPPE Bremen: Politische Bildung im Jugendfreizeitheim unter der Zielsetzung einer stadtteilbezogenen Arbeit, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 31 - 40. Offenbach: Verlag 2000 1975

AUTORENGRUPPE: Grenzen der Sozialpädagogik. Berlin: Karin Kramer Verlag 1974

AUTORENGRUPPE: Sanierung des Märkischen Viertels. Berlin: o.J., o.V.

AUTORENGRUPPE: Berufliche Sozialisation und gesellschaftliches Bewußtsein jugendlicher Erwerbstätiger. Frankfurt/M.: EVA 1973

AUTORENKOLLEKTIV: Jungarbeiter- und Schülerzentren in Westberlin. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern 1973

AUTORENKOLLEKTIV Erziehung und Klassenkampf: Vorbereitungsmaterialien zum Sozialisationsfeld "Jugendarbeit und Freizeit", in: Info Sozialarbeit, Heft 7, S. 15 - 26. Offenbach: Verlag 2000 1974

AUTORENKOLLEKTIV: Schülerladenbericht Falckensteinstraße, in: E. u. K., Nr. 2 1971, S. 79 - 104

AUTORENKOLLEKTIV: Materialien zum Kampf der Arbeiterbewegung gegen die bürgerliche Fürsorgeerziehung, in: E. u. K., Nr. 4 1971, S. 28 - 48

AUTORENKOLLEKTIV: Solidarität mit den Genossen des Georg-von-Rauch-Hauses, in: E. u. K., Nr. 8 1972, S. 49 - 64

AUTORENKOLLEKTIV: Zur Jugendpolitik der Stadt Hannover, in: E. u. K., Nr. 15 - 16 1974, S. 63 - 80

AUTORENKOLLEKTIV: Seminararbeit über Probleme der institutionalisierten Jugendfreizeitarbeit, in: E. u. K., Nr. 17, S. 15 - 40

BACKHAUS, H.-G. u.a. (Hrsg.): Gesellschaft (4). Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, Ed. 764

BAETHGE, M.: Ausbildung und Herrschaft. Frankfurt/M.: EVA 1970

BAHRDT, H.P./DIRKS, W. u.a.: Gibt es noch ein Proletariat? Frankfurt/M.: EVA 1972

BARABAS, F./BLANKE, T. u.a.: Jahrbuch der Sozialarbeit 1976. Reinbek: Rowohlt 1975, ro ro ro 6491

BDJ Südhessen: Die staatliche Anerkennung von Jugendverbänden - zum Kriterium der Fachlichkeit als Disziplinierungsinstrument, in: E. u. K., Nr. 15 - 16, S. 81 - 90

BEHRENDT, R.: Methoden politischer Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit. Berlin: o.V. 1975

BELARDI, N.: Erfahrungsbezogene Jugendbildungsarbeit. Giessen: Achenbach 1975

BELLEBAUM, A./BRAUN, H. (Hrsg.): Reader Soziale Probleme I und II. Frankfurt/M.: Herder u. Herder 1974

BENEKE/MÜLLER/ZANDER: Einführung in Sozialpädagogische Fragestellungen. Kronsberg/Ts.: Scriptor 1976

BERGMANN, J. u.a.: Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Köln: EVA 1975

BETHUSY-HUC, V. von: Sozialpolitische Alternativen. Pfullingen: Neske 1968

BIESTEK, F.: Wesen und Grundsätze der helfenden Beziehung in der sozialen Einzelhilfe. Freiburg i.Br.: Lambertus 1968

BIERHOFF, B.: Zur Begründung einer kritisch-emanzipativen Theorie und Praxis der Arbeit mit Jugendlichen. Giessen: Achenbach 1974

BILGER, I.: Sozialarbeit zwischen Caritas und Protest, in: E. u. K., Nr. 15 - 16 1974, S. 123 - 135

BIRKE/HÜPPAUF/FUNKE u.a.: Jugendhilfeforschung. Ansätze, Prozesse, Erfahrungen. München: Juventa 1975

BISCHOFF, J. u.a.: Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse, in: SOPO 6/7 1970, S. 69 - 89

BLANKE/JÜRGENS/KASTENDIEK: Kritik der Politischen Wissenschaft 1 u. 2. Frankfurt/M.: Campus 1975

BLANKE/JÜRGENS/KASTENDIEK: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, in: PROKLA 14/15, S. 51-102

BÖHNISCH, L. (Hrsg.): Jugendarbeit in der Diskussion. München: Piper 1973

BONHOEFFER/DENNINGER u.a.: Offensive Sozialpädagogik. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1973

BOTT, H.: Ein Versöhnungsversuch zwischen historisch-materialistischer Gesellschaftsanalyse und bürgerlicher Pädagogik. Anmerkungen zu Mollenhauer, in: E. u. K., Nr. 12 1973, S. 63 - 70

BRANDES, V. (Hrsg.): Handbuch 1. Perspektiven des Kapitalismus. Frankfurt/M.: EVA 1974

BRAUNS/JAEGGI u.a.: Die SPD in der Krise. Frankfurt/M.: Fischer 1976, Tb. Nr. 6518

BRECHSTEIN, E.: Die Sozialisation des Arbeiterkindes in Familie und Schule. Freiburg i.Br.: 1971 (Eigenverlag)

BREDE, H. u.a.: Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, Ed. 745

BRESSLEIN, E.: Drushba! Freundschaft? Frankfurt/M.: Fischer 1973, Tb. Nr. 1358

BROCK, A.: Lehrlingshandbuch. Darmstadt: Melzer 1972

BROSCH, P.: Fürsorge und Erziehung. Frankfurt/M.: Fischer 1975, Tb. Nr. 1648

BRÜCKNER, P.: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Frankfurt/M.: EVA 1972

BUCHWALD, J.: Von einem Versuch, Jugendzentren an die Kette zu legen - Der Konflikt um die Anerkennungsvorschriften in Westberlin, in: E. u. K., Nr. 15 - 16, S. 51 - 62

BUND Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend (Hrsg.): "Praxis in Jugendzentren". Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit. Frankfurt/M.: Verlag Jugend u. Politik 1976

BUNDESMINISTER für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Dritter Jugendbericht. Bonn: 1972 (Eigenverlag)

BUNDESMINISTER für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Mehr Chancen für die Jugend - zu Inhalt und Begriff einer offensiven Jugendhilfe - Stuttgart: Kohlhammer 1874; Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit Band 13

BUNDESMINISTER für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes Stand: 15. August 1974. Bonn: 1975 (Eigenverlag)

BUNDESMINISTER für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Familie und Wohnen. Analysen und Empfehlungen zur Wohnungsversorgung der Familien und zur Förderung familiengerechten Wohnens in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer 1975

BUNDESMINISTER für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation - Leistung und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation - 1. Teil: Stellungnahme der Bundesregierung; 2. Teil: Bericht der Sachverständigenkommission. Bonn: 1975 (Eigenverlag)

BURKHARDT, J.: Die Funktion der staatlichen Planung von Freizeiteinrichtungen, dargestellt am Beispiel von Jugendfreizeitheimen. (Diplomarbeit am Inst. für Stadt- und Regionalarbeit der TU Berlin) Berlin 1974 (unveröff. Ms.)

BUSSIEK, H. (Hrsg.): Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien. Frankfurt/M.: Fischer 1971, Tb. Nr. 1205

BUSSIEK, H. (Hrsg.): Veränderung der Gesellschaft. Sechs konkrete Utopien. Frankfurt/M.: Fischer 1970, Tb. Nr. 1092

CAESAR, B.: Autorität in der Familie. Ein Beitrag zum Problem schichtenspezifischer Sozialisation. Reinbek: Rowohlt 1972, rde 366

CHITAROW, R.: Der Kampf um die Massen. Vom 2. zum 5. Weltkongreß der KJI. Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale Band 3. München: Trikont o.J.

CLAESSENS/KLÖNNE/TSCHOEPE: Sozialkunde der Bundesrepublik. Düsseldorf: Diederichs 1973, 6., überarb. Auflage

CREMER, G. (Hrsg.): Jugend ohne Arbeit. München: Kösel 1976

CRUSIUS, R. u.a.: Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik. Offenbach: Verlag 2000 1971

DAMM, D.: Politische Jugendarbeit. München: Juventa 1975

DEHLER, J.: Zur Kritik der staatlichen Jugendbildung am Beispiel von politischer Bildung als Schwerpunkt des Bundesjugendplanes. Giessen: edition 2000 1973

DEPPE, F.: Das Bewußtsein der Arbeiter. Köln: Pahl-Rugenstein 1971

DEPPE-WOLFINGER, H.: Arbeiterjugend - Bewußtsein und politische Bildung. Frankfurt/M.: Fischer Athenäum 1972, FAT 4006

DIECKMANN, H.:SIEPE, A.: Reform der Jugendhilfe - pädagogisch-idealistisch gesehen. Zur Stellungnahme des DJI zum Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: E. u. K., Nr. 15 - 16 1974, S. 151 - 155

DIEMER, A. u.a.: "Wir wollen alles haben, wir wollen wir selber sein!" - Zur politischen Bedeutung der Kämpfe um selbstverwaltete Jugendzentren, in: E. u. K., Nr. 10 - 11 1973, S. 3 - 69

DITTNER, J.: Behördliche Jugendpflege. Eine Untersuchung am Beispiel Berlin (West). Berlin: Rossa 1976

DOLLS, M.: Zwischenauswertung des Projektes in der Familienfürsorge der Stadt Köln. Reihe: Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit Nr. 1, Hrsg.: Victor Gollancz-Stiftung. Frankfurt/M.: 1974 (Eigenverlag)

EBBIGHAUSEN, R. (Hrsg.): Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974, Ed. 674

FENNER, C./BLANKE, B. (Hrsg.): Systemwandel und Demokratisierung. Festschrift für Ossip K. Flechtheim. Frankfurt/M: EVA 1975

FETT, S./GUDRICH, H.: Die pluralistische Gesellschaftstheorie. Grundpositionen und Kritik. Mit einem Geleitwort von Hans Nicklas. Stuttgart: Kohlhammer, Urban-Tb. 863

FLATOW, S. von/HUISKEN, F.: Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: PROKLA 7, 2. Aufl. 1975, S. 83 - 153

FLECHTHEIM, O.: Westdeutschland am Wendepunkt. Berlin: Voltaire Verlag 1967

FOOKEN, E.: Grundprobleme der Sozialpädagogik. Heidelberg: Quelle u. Meyer 1973, UTB 266

FORSCHUNGSPROJEKT des RKW: Sieben Berichte. Reihe: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Band. Frankfurt/M.: EVA 1970

FRAENKEL, E.: Der Doppelstaat. Frankfurt/M.: EVA 1974

FREDRICHS, J./KRAIKER, G.: Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates und der sozialen Revolution bei Marx und Engels. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, Ed. Nr. 685

FRITZ, J.: Gruppendynamik und Jugendarbeit. München: Juventa 1974

FUHRKE/HEIMANN: Das System der sozialen Sicherung in der BRD, in: PROKLA 19/20/21 1975, S. 145-170

FURCK, C.-L.: Das Leistungsbild der Jugend in Schule und Beruf. München: Juventa 1966

GASTINGER, S.: Schwerpunkte in der Verwaltungspraxis des Sozialarbeiters. Freiburg i.Br.: Lambertus 1968

GERNET, W.: Jugendhilfe. München: E. Reinhardt 1973, UTB 223

GERSTENBERGER, H.: Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: PROKLA 8/9 1973, S. 207 - 226

GIESECKE, H.: Die Jugendarbeit. München: Juventa 1971

GLADEN, A.: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen. Wiesbaden: F. Steiner Verlag 1974

GOTTSCHALCH, W.: Soziales Lernen und politische Bildung. Frankfurt/M.: EVA 1970

GOTTSCHALCH, W./NEUMANN-SCHÖNWETTER, M./SOUKUP, G.: Sozialisation und Sozialerziehung. Vorlesung an der PH Berlin 1970. o.O., o.V., o.J.

GRAUER, G.: Jugendfreizeitheime in der Krise. Weinheim: Beltz 1973

GREVEN/GUGGENBERGER/STRASSER: Krise des Staates? Neuwied: Luchterhand 1975, SL 199

GRONEMEYER, R.: Integration durch Partizipation? Frankfurt/M.: Fischer 1973, Tb. Nr. 6517

GROTTIAN/MURSWIECK: Handlungsspielräume der Staatsadministration. Hamburg: Hoffmann und Campe 1974

GUDRICH, H./FETT, St.: Die pluralistische Gesellschaftstheorie. Stuttgart: Kohlhammer 1974, Urban-Tb. 863

GÜNTHER, H./SCHENKEL-TAPPERT, P.: Wie kommt der Mensch zu seiner Wohnung? Reinbek: Rowohlt 1974, ro ro ro 1708

HAENSCH, D.: Repressive Familienpolitik. Reinbek: Rowohlt 1969, ro ro ro 8023

HAIDHAUSER: Verteidigt eure Lebensbedingungen! GWA in München-Haidhausen. Arbeitsbericht 1971/72 vom Haidhausen-Büro. Reihe: Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit Nr. 7. Hrsg.: Victor Gollancz-Stiftung. Frankfurt/M.: 1973 (Eigenverlag)

HARTMANN, K./NYSSEN, F./WALDEYER, H. (Hrsg.): Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974, Ed. Nr. 694

HARTWICH, H.-H.: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo. Köln: Westdeutscher Verlag 1970

HAUG/MAESSEN: Was wollen die Lehrlinge? Frankfurt/M.: Fischer 1971, Tb. Nr. 1186

HÄUSERRAT Frankfurt: Wohnungskampf in Frankfurt. München: Trikont 1974

HEGELHEIMER, A.: Berufsausbildung in Deutschland. Frankfurt/M.: EVA 1972

HEIMANN, S./ZEUNER, B.: Eine neue Integrationsideologie. Zu den Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus des Peter von Oertzen, in: PROKLA 14/15 1974, S. 105-148

HEINRICH, B.: Intervention und Integration. Zum Verhältnis von Staat und Ökonometrie, in: Kursbuch 31 1973, S. 139 - 153

HEINSOHN/KNIEPER: Theorie des Familienrechts. Geschlechtsrollenaufhebung, Kindesvernachlässigung, Geburtenrückgang. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974, Ed. Nr. 747

HELFER, I.: Die tatsächlichen Berufsvollzüge der Sozialarbeiter - Daten und Einstellungen. Frankfurt: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1971

HELLMER, J.: Jugendkriminalität. Neuwied: Luchterhand 1975

HEUSS, T.: Geist der Politik. Frankfurt/M.: Fischer 1964, Nr. 621

HILDEBRANDT, E.: Entwicklung der Beschäftigungsstruktur und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, in: PROKLA 19/20/21 1975, S. 41 - 142

HIPPE, W./KROMBACH, U.: Antikapitalistische Jugendarbeit?, in: E. u. K., Nr. 13 1974, S. 47 - 57

HOFFMANN/SEMMLER: Kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit in der BRD, in: PROKLA 19/20/21 1975, S. 9 - 38

HOLLSTEIN, W.: Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegung. Neuwied: Luchterhand 1969

HOLLSTEIN/MEINHOLD (Hrsg.): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt/M.: Fischer 1973, Tb. Nr. 6512

HOPF, Chr./HOPF, W.: Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein, in: PROKLA 22 1976, S. 67 - 100

HÜBNER, Chr./LIEBEL, M./REICHELT, M: Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, in: E. u. K., Nr. 1/1971, S. 5-30

HÜBNER, M./REICHELT, M./WERDER, L.v.: Neue Literatur zur Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung 1968-71 (Sammelrezension), in: E. u. K., Nr. 3/1971, S. 56-72

HUCH, K.J.: Über die Realität des Klassenkampfes, in: Neue Rundschau, 83. Jg., Heft 1 1972, Frankfurt/M: S. Fischer

IMSF Frankfurt/M: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970. Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Frankfurt/M: Verlag Marxistische Blätter 1973

IMSF Frankfurt/M: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970. Teil II: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970. Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1974

INITIATIVE jugendpolitisches Forum (Hrsg.): Jugend in der Klassengesellschaft. Frankfurt/M.: Verlag Jugend und Politik 1975

INSTITUT für Sozialforschung: Soziologische Exkurse. Frankfurt/M.: EVA 1956

IRLE, G./BLOOS, P./WITZEL, G.: Ausbildungsbereich: Sozialarbeit. Lollar: Achenbach 1976

JAEGGI, U.: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: Fischer 1973, Tb. Nr. 6510

JANS/HAPPE: Jugendwohlfahrtsgesetz. Stuttgart: Kohlhammer 1974

JAIDE, W.: Jugend und Demokratie. München: Juventa 1971

JÖDICKE, A.: Mädchenarbeit in Jugendzentren, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 21-26. Offenbach: Verlag 2000, 1975

JORDAN, E. (Hrsg.): Jugendhilfe. Weinheim: Beltz 1975

JUGEND in der Gesellschaft. o.V. bzw. Hrsg. München: dtv 1975

JUGEND in Nordrhein-Westfalen. Bericht der Landesregierung über die Lage der Jugend und über die Maßnahmen der Jugendhilfe im Lande gem. § 20 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz der Jugendwohlfahrt - Jugendbericht - o.O., o.V., o.J.

JUGENDZENTRUM in Kreuzberg e.V.: Kämpfen Lernen Leben. Berlin: 1972 (Eigenverlag)

KAISER, G.: Jugendrecht und Jugendkriminalität. Weinheim: Beltz 1973

KAPPELER, M.: Sozialpädagogik und Sozialarbeit als Funktion des bürgerlichen Staates, in: E. u. K., Nr. 15-16 1974, S. 115 - 122

KEIL, A.: Jugendpolitik und Bundesjugendplan. München: Juventa 1969

KERN, H./SCHUMANN, M.: Der soziale Prozeß bei technischen Umstellungen. Reihe: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Neunter Band. Forschungsprojekt des RKW. Frankfurt/M.: EVA 1972

KERN, H./SCHUMANN, M.: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I und II. Reihe: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Achter Band, Forschungsprojekt des RKW. Frankfurt/M: EVA 1970

KHELLA, K.: Theorie und Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 1. Teil. Hamburg: theorie- und praxis-verlag o.J. (ca. 1974/1975)

KLATT, K.: Kommunale Sozialplanung. Am Beispiel der Planung von Jugendfreizeitheimen in Berlin (West). Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut (= FB 15) der Freien Universität Berlin. Berlin: 1974 (Unveröff. Manuskr.)

KNIRSCH, H./NICKOLMANN, F.: Die Chance der Bürgerinitiativen. Wuppertal: Hammer 1976

KÖNIG, R. (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 26. Jg. 1975, Heft 3

KOHN, I.: La contestazione studentesca. A cura di Massimo Massara e Flavia Rodriguez. Milano: Teti editore 1975

KOLIADIS, E.: Mütterliche Erwerbstätigkeit und kindliche Sozialisation. Weinheim: Beltz 1975

KONOPKA, G.: Soziale Gruppenarbeit: ein helfender Prozeß. Weinheim: Beltz 1969

KRAUßLACH, J. u.a.: Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast. München: Juventa 1976

KREUTZ, H.: Soziologie der Jugend. München: Juventa 1974

KROMBACH, U.: Die "Reform" der Berufsausbildung - Zum Gutachten des Deutschen Bildungsrates über die Berufsausbildung, in: E. u. K., Nr. 3 1971, S. 45 - 55

KRUSE, W.: Die Qualifikation der Arbeiterjugend. Frankfurt/M.: aspekte verlag 1976

KUCZYNSKI, J.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Band 7a und 7b, o.O., o.V. (Raubdruck)

KÜHNE, N. (Hrsg.): Wir arbeiten mit Jugendlichen. Gießen: Achenbach 1975

KUNSTREICH, T.: Der institutionalisierte Konflikt. Offenbach: verlag 2000 1975

KUNSTREICH, T.: Sozialarbeit ist Lohnarbeit, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 41 - 49. Offenbach: Verlag 2000 1975

KURELLA, A.: Gründung und Aufbau der KJI. Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale, Band 2. München: Trikont o.J.

KURZEJA, D.: Zu den Ursachen der Dissozialität Jugendlicher. Gießen: Achenbach 1973

LÄPPLE, D.: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Berlin: VSA 1973

LATURNER, S./SCHÖN, B. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit. Reinbek: Rowohlt 1975, rororo 1941

LEMPERT, W.: Leistungsprinzip und Emanzipation. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1971, Ed. Nr. 451

LESSING, H.: Jugendpflege oder Selbsttätigkeit. Köln: EVA 1976

LESSING, H.: Thesen für eine historische und materialistische Theorie der Arbeiterjugend, in: E. u. K., Nr. 9 1973, S. 27 - 38

LESSING/LIEBEL: Jugend in der Klassengesellschaft. München: Juventa 1974

LIEBEL, K.: Praxisbericht aus einem Jugendfreizeitheim in Westberlin, in: E. u. K., Nr. 3 1971, S. 73 - 84

LIEBEL, M.: Produktivkraft Jugend. Frankfurt/M: Verlag Jugend und Politik 1976

LIEBEL, M.: Zusammenhänge von Jugendfrage und kapitalistischer Produktionsweise, in: E. u. K., Nr. 13 1974, S. 3 - 27

LORENZ, L.: Arbeiterfamilie und Klassenbewußtsein. Gießen: Achenbach 1972

LÜMMEL, G.: Schulkonflikt anläßlich eines Berufspraktikums an einer Gesamtschule in Berlin-Spandau, in: E. u. K., Nr. 5 1972, S. 129 - 136

MUCHOW, H.H.: Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend. Reinbek: Rowohlt 1960, rde 94

MUCHOW, H.H.: Jugend und Zeitgeist. Reinbek: Rowohlt 1962, rde 147/148

MÜLLER, C.W.: Jugend, in: Gesellschaft und Erziehung, Teil IV. Heidelberg: Quelle u. Meyer 1967

MÜLLER, L.: Kinderaufzucht im Kapitalismus - wertlose Arbeit; über die Folgen der Nichtbewertung der Arbeit der Mütter für das Bewußtsein der Frauen als Lohnarbeiterinnen, in: PROKLA 22 1976, S. 13 - 65

MÜLLER, W./NEUSÜß, C.: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SOPO 6/7 1970, S. 4 - 67

MÜLLER/KENTLER, u.a.: Was ist Jugendarbeit? München: Juventa 1972

MÜLLER/NIMMERMANN: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. München: Juventa 1973

MÜNZFELD, M./KARLSSON, M.: Zur Kritik staatlicher Jugendpolitik und Jugendpflege in der BRD - Thesen zur Untersuchung - Entwicklungsetappen staatlicher Jugendpolitik - Anspruch und Wirklichkeit staatlicher Jugendpolitik in der BRD heute, in: E. u. K., Nr. 15-16, S. 5- 49

MURSWIECK, A. (Hrsg.): Staatliche Politik im Sozialsektor. München: Piper 1976

NARR, W.-D.: CDU - SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart: Kohlhammer 1966

NARR, W.-D. (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 16. Jg. 1975, Sonderheft 6/1975

NEGT, O.: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Frankfurt/M.: EVA 1970

NEGT, O.: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1976, Ed. 812

NEGT, O./KLUGE, A.: Öffentlichkeit und Erfahrung. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1972, Ed. 639

NEIDHARDT, F.: Die junge Generation. Opladen: Leske 1970

NEIDHARDT, F.: Die Familie in Deutschland, in: Struktur und Wandel der Gesellschaft. Reihe B der Beiträge zur Sozialkunde. Opladen: Leske 1971

NEIDHARDT/BERGIUS, u.a.: Jugend im Spektrum der Wissenschaften. München: Juventa 1972

NEULAND, E.: Sprachbarrieren oder Klassensprache? Frankfurt/M.: Fischer 1975, Tb. Nr. 6526

NIKLES, B.W.: Jugendpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske 1976

OFFE, K.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1972, Ed. 549

OFFE, K.: Bildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, Ed. 761

ONNA, B. van: Jugend und Vergesellschaftung. Eine Auseinandersetzung mit der Jugendsoziologie. Reihe: Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund. Frankfurt/M.: Aspekte Verlag 1976

OSTERLAND, M./DEPPE, W. u.a.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen. Frankfurt/M.: EVA 1973

OTTO/SCHNEIDER (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit I. Neuwied: Luchterhand 1975

OTTO/SCHNEIDER (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit II. Neuwied: Luchterhand 1973

OTTO/UTERMANN: Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Weg zur Professionalisierung? München: Juventa 1973

PABST, G.: Die Sozialistische Aktion auf dem Jugendhilfetag Nürnberg, Heft 6, S. 39 - 45. Offenbach: Verlag 2000 1974

PFAFF, K.: Die Welt der neuen Jugend. Olten: Walter 1962

PFÜTZE, H.: Erfahrung und Begriff der Verelendung und Klassierung, in: E. u. K., Nr. 18-20 1975, S. 205 - 230

PIRKER, T.: Die SPD nach Hitler, o.O., o.V., o.J. (Raubdruck)

POTRYKUS/RAUBALL: Der Jugendwohlfahrtsausschuß. Neuwied: Luchterhand 1975

POULANTZAS, N.: Klassenkampf und Repression - Einige Hauptzüge des kapitalistischen Staates, in: Kursbuch 31 1973, S. 129 - 136

PREUSS, U.K.: Legalität und Pluralismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1973, Ed. 626

PROJEKT Klassenanalyse: Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7), in: SOPO 14/15 1971, S. 193 - 209

PROJEKT Klassenanalyse: Oberfläche und Staat. Kritik neuerer Staatsableitungen. Berlin: VSA 1974

PROJEKT Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kriterien. Berlin: VSA 1973

PROJEKT Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Zweiter Teil: Grundriß der Klassenverhältnisse (1950-1970). Berlin: VSA 1974

PROJEKT Klassenanalyse: Thesen zum Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 6, S. 81 - 101. Berlin VSA 1976

PRÜß/TSCHOEPE: Planung und Sozialplanung. Weinheim: Beltz 1974, Bibl. 39

REDAKTIONSKOLLEKTIV: Zusammenfassender Bericht der konstituierenden Tagung der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag Hamburg, in: Info Sozialarbeit, Heft 6, S. 47 - 54, Offenbach: Verlag 2000 1974

REDAKTIONSKOLLEKTIV: Materialien zur "Halbstarken"bewegung in den 50er Jahren, in: E. u. K., Nr. 18-20 1975, S. 33 - 56

REDAKTIONSKOLLEKTIV: "Reformer" stoppen Reformen. Das Ende der Victor Gollancz-Stiftung, in: Info Sozialarbeit, Heft 10, S. 53 - 57. Offenbach: Verlag 2000 1975

REDAKTIONSKOLLEKTIV: Gewerkschaften: Zu einigen Aspekten der Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren anhand aktueller Untersuchungen, in: PROKLA 3 1972, S. 105 - 127

REISS, I.: Freizügigkeit, Doppelmoral, Enthaltsamkeit. Reinbek: Rowohlt 1970, ro ro ro 8029/8030

REITZ, G.: Die Rolle der Frau und die Lebensplanung der Mädchen. München: Juventa 1974

RIEGER, G.: Politik in Jugendzentren, in: Info Sozialarbeit, Heft 9, S. 7 - 20. Offenbach: Verlag 2000 1975

ROSENBAUM, H. (Hrsg.): Familie und Gesellschaftsstruktur. Frankfurt/M.: Fischer 1974, Tb. Nr. 6521

RÖSSNER, L.: Theorie der Sozialarbeit. München: E. Reinhardt, UTB 226

ROTE HILFE West-Berlin: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, in: Kursbuch 31 1973, S. 29 - 125

ROTH, H./OEVERMANN, U.: Sozialisation und Sprachbarrieren. o.O., o.V., o.J.

SCHÄFER/NEDELMANN (Hrsg.): Der CDU-Staat I. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1969, Ed. 370/I

SCHIFFER, J.: Zentrale Probleme der Jugendsoziologie. Bern: Haupt 1972, UTB 141

SCHMID, C.: Politik und Geist. München: dtv 1964, Nr. 261

SCHMID, C.: Deutschlands Weg seit 1945. München: Heyne Verlag 1970, SB 139

SCHMIEDERER, W./SEMMLER, W. u.a.: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II), in: PROKLA 16 1974, S. 55 - 149

SCHÜLLER, R.: Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI. Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale Band 1. München: Trikont o.J.

SCHULZ, K.-P.: Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger. München: Kindler 1963, Nr. 29

SCHUR, E.M.: Abweichendes Verhalten und Soziale Kontrolle. Frankfurt/M.: Herder u. Herder 1974

SCHURIAN, W.: Jugendfeindlichkeit. Weinheim: Beltz 1976

SCHWEIKERT, K./GRIEGER, D. u.a.: Jugendliche ohne Berufsausbildung - ihre Herkunft, ihre Zukunft - , in: Schriften zur Berufsbildungsforschung, Band 30. Hannover: H. Schroedel Verlag 1975

SCHWENGER, H.: Antisexuelle Propaganda. Reinbek: Rowohlt 1969, ro ro ro 8020

SCHWETTMANN, W./SANDER, U.: Jugend und Klassenkampf. Dortmund: Weltkreis-Verlag 1972

SILBERMANN, A.: Vom Wohnen der Deutschen. Frankfurt/M.: Fischer 1966, Tb. Nr. 730

SIMITIS, S./ZENZ, G. (Hrsg.): Seminar: Familie und Familienrecht Band 1 und 2. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975, stw 102 und 103

SIMONSOHN, B. (Hrsg.): Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpolitik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1972, Ed. 325

SONTHEIMER, K.: Das Elend unserer Intellektuellen. Hamburg: Hoffmann und Campe 1976

SOZIALISTISCHES BÜRO (Hrsg.): Fürsorgeerziehung. Info Sozialarbeit, Heft 1. Offenbach: Verlag 2000 1972

SOZIALISTISCHES BÜRO (Hrsg.): Sozialarbeit in Institutionen. Info Sozialarbeit, Heft 2. Offenbach: Verlag 2000 1974

SOZIALISTISCHES BÜRO (Hrsg.): Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie. Info Sozialarbeit, Heft 3/4. Offenbach: Verlag 2000 1973

SOZIALISTISCHES BÜRO (Hrsg.): Zur Organisierung - Funktion der Sozialarbeit - Disziplinierung in der Familienfürsorge Neukölln - 6 Fälle von Disziplinierung - Hinweise. Info Sozialarbeit, Heft 5. Offenbach: Verlag 2000 1974

SOZIALISTISCHES BÜRO (Hrsg.): Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit. Info Sozialarbeit, Heft 8. Offenbach: Verlag 2000 1974

SPRENGER, K.: Sozialarbeit in der 5. DJHT, in: Info Sozialarbeit, Heft 6, S. 35 - 38. Offenbach: Verlag 2000 1974

STARK, E.: Die Lage der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik nach 1960. Frankfurt/M.: EVA 1973

STEINVORTH, G.: Gegen sozialtechnokratische Tendenzen im Jugendhilfegesetzesentwurf, in: Info Sozialarbeit, Heft 6, S. 13 - 16. Offenbach: Verlag 2000 1974

STORCH, K.: Der zweite Bildungsweg. Frankfurt/M.: Fischer 1974, Tb. Nr. 1372

STÜTZ, G.: Berufspädagogik unter ideologikritischem Aspekt. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1970, Ed. 398

STUDENTISCHES SEMINAR "Soziolinguistik". Bochum 1969/70: Sprachbarrieren. Beiträge zum Thema: "Sprache und Schichten". Hamburg: Spartakus 1970

TODTENBERG, O./PLOOG, A.: Du gehörst dir und nicht den Bossen. Frankfurt/M.: EVA 1971

TORGES, F.K.: Der Jugendklub als Ort und Methode politischer Bildung. Neuwied: Luchterhand 1973

TSCHELIESNIG, K. (Hrsg.): Lehrlingsprotokolle. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1971, Ed 511

VAHSEN, F.: Einführung in die Sozialpädagogik. Stuttgart: Kohlhammer 1975, Urban-Tb. 229

VERSUCH EINES SEMINARS unter Leitung von Wolfram Burisch: Verhaltensweise Jugendlicher. Konstanz: Edition Neser 1974

VOIGT, B.: Bildungspolitik und politische Erziehung in den Klassenkämpfen. Frankfurt/M.: Fischer Athenäum 1973, FAT 3009

WAGNER, W.: Verelendungstheorie - die hilflose Kapitalismuskritik. Frankfurt/M.: Fischer 1976, Nr. 6531

WEHLING, H.-G. (Hrsg.): Jugend zwischen Auflehnung und Anpassung. Stuttgart: Kohlhammer 1973

WERDER, L. von: Sozialistische Erziehung in Deutschland 1848 - 1973. Frankfurt/M.: Fischer 1974, Tb. Nr. 6244

WINTERHAGER, W.D.: Lehrlinge - die vergessene Majorität. Weinheim: Beltz 1970

WOLFF, R.: Sozialarbeit als Beruf - der Traum vom unabhängigen Sachverständigen, in: E. u. K., Nr. 4 1971, S. 73 - 77

W. O. (anonym): Victor Gollancz-Stiftung - ade, in: E. u. K., Nr. 15 - 16 1974, S. 162 - 163

ZÖLLNER, W.: Obdachlos durch Wohnungsnot. Reinbek: Rowohlt 1973, ro ro ro 1663

Lebenslauf

Am 12. 11. 1945 wurde ich in Chemnitz/Sachsen (heute Karl-Marx-Stadt) geboren; meine Eltern sind der Buchhalter Rudi Pfüller und seine Ehefrau Erika, geb. Keller. 1951 übersiedelte die Familie über Berlin und Hambach/Pfalz nach Allendorf, Kreis Marburg/Lahn. Dort besuchte ich von Ostern 1952 bis Ostern 1956 die Volksschule, anschließend bis Oktober 1957 das altsprachlich-humanistische Gymnasium Philippinum in Marburg/Lahn. Ab November 1957 war ich Schüler am ebenfalls altsprachlich-humanistischen Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz/Bodensee und bestand dort im Februar 1965 das Abitur.

Im Sommersemester 1965 begann ich das Studium der Publizistik, Japanologie und Politologie an der Freien Universität Berlin; Politologie war ab Sommersemester 1966 das Hauptfach. Im Sommersemester 1967 legte ich die Zwischenprüfung ab und im Juni 1969 bei Prof. Dr. Dr. O. K. Flechtheim das Diplomexamen.

Im April 1969 habe ich die selbständige Lehrtätigkeit als Wissenschaftlicher Tutor begonnen und als vollzeitbeschäftigter Assistent am Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin ab 1. 4. 1971 bis zum 31. 3. 1977 weitergeführt. - Seit dem Wintersemester 1976/77 bin ich Lehrbeauftragter am Seminar für Wissenschaft von der Politik an der Technischen Universität Hannover; eine andere Stellung habe ich nicht.